IMT Nuremberg Archives

H – 2296

International Court of Justice

H2296 -0002

Grundauffassung über das einzuschlagende System war verschieden. Während das Wehrwirtschafts- und Waffenwesen von Anfang an eine Einschaltung der Wirtschaft in den Rüstungsaufbau und in die wehrwirtschaftlichen Mobilmachungsvorbereitungen anstrebte, war der Wunsch der Waffenämter der Wehrmachtteile, die Arbeiten scharf in ihren Ämtern zu zentralisieren und eine Heranziehung von Wirtschaftsführern nur auf das Äußerste Maß zu beschränken. Da diese Linie der Wehrmachtteile durch die scharfen Geheimhaltungsbestimmungen gefördert wurde, konnte die Heranziehung der Wirtschaft zu den Arbeiten von dem Wehrwirtschafts- und Waffenwesen nur sehr langsam betrieben werden. Der fehlende Wille des Reichskriegsministers, die Rüstungsmaßnahmen der drei Wehrmachtteile fest zusammenzufassen, hat die Arbeit des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens auf das höchste erschwert und es bedeutete eine entsagungsvolle Kleinarbeit, um beim Wehrwirtschafts- und Waffenwesen das Material zusammen zu tragen, das für Entscheidungen und Führungsmaßnahmen des Reichskriegsministers erforderlich war. Die Wehrmachtteile sahen im Wehrwirtschafts- und Waffenwesen eine Kontrollstelle und suchten jeden Weg, sich der Aufsicht durch das Wehrmachtamt zu entziehen. Dazu kam, daß seitens der Abteilung Landesverteidigung, der auf dem Organisationsgebiet führenden Dienststelle des Reichskriegsministers, überhaupt kein Interesse für die wehrwirtschaftlichen Arbeiten bestand und der Chef des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens in seinem Bestreben auf feste Führung der Rüstung dort keine Unterstützung fand. Die Schwierigkeiten wurden noch dadurch vermehrt, daß der Oberbefehlshaber der Luftwaffe zugleich

AOC4698

H2296 – 0003

zum Beauftragten des Vierjahresplanes ernannt wurde, wodurch der Luftwaffe die Möglichkeit gegeben war, auf diesem Wege Forderungen durchzudrücken, die ihr sonst vom Reichskriegsminister nicht zugebilligt wurden.

Es war für den Chef des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens selbstverständlich, daß man die gesamte Rüstung im Frieden nicht bei einer Dienststelle zusammenfassen konnte, sondern daß die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile die Verantwortung für ihre Aufrüstung tragen mußten. Es hätte aber beim Reichskriegsminister eine Dienststelle geschaffen werden müssen, die genügend Befehlsbefugnisse hatte, um im Frieden die Rüstung der drei Wehrmachtteile zu steuern und ihre Einheitlichkeit sicherzustellen, die aber außerdem die Zelle war für das Wehrmachtrüstungsamt, das sofort im Kriege geschaffen werden mußte. Leider ist diese Forderung des Chefs des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens an Ressortbedenken der drei Wehrmachtteile und an der Ablehnung des Reichskriegsministers, diese Forderung beim Führer zu vertreten, gescheitert. Auf die Zusammenhänge dieser Tatsache mit der Spitzenorganisation im Kriege wird im nächsten Abschnitt eingegangen.

Das Wehrwirtschafts- und Waffenwesen unter Oberst T h o m a s nahm seine Arbeit am 1. November 1934 auf und setzte sich zunächst zusammen aus

dem Stab,

der Wehrwirtschaftlichen Abteilung unter Major W a r l i m o n t

und

A CC-1999

H2296 - 0004

und

dem Preisprüf- und Vertragswesen unter Ministerialdirigent Z i e h m.

Die Wehrwirtschaftliche Abteilung gliederte sich in 4 Gruppen:

die 1. Gruppe unter Major i.G. B e u t l e r bearbeitete die allgemeinen wehrwirtschaftlichen Fragen,

die 2. Gruppe unter Major i.G. M ü l l e r den Aufbau der wehrwirtschaftlichen Außenorganisation,

die 3. Gruppe unter Major B e c h t die Rohstofffragen.

und

die 4. Gruppe unter Oberst J a n s e n die Wehrwirtschaft des Auslandes.

Ende Oktober 1935 erfolgt die Umbenennung des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens in " Wehrwirtschaftsstab", der sich ab Oktober 1937 in

eine Wehrwirtschaftliche Abteilung,

eine Rüstungswirtschaftliche Abteilung,

eine Rohstoffabteilung und

in das Preisprüfwesen

gliederte.

Am 1. August 1938 wurde der Wehrwirtschaftsstab zur Amtsgruppe erhoben und setzte sich wie folgt zusammen:

Stab,

Wehrwirtschaftliche Abteilung unter Oberstleutnant H ü n e r m a n n,

Rüstungswirtschaftliche Abteilung unter Freg.Kapitän R i e v e,

A 085000

H2296 - 0005

Rohstoffabteilung unter Oberstleutnant B e c h t,

Lehrstab unter Oberstleutnant N a g e l,

Vertrags- und Preisprüfwesen unter Ministerialdirigent Z i e h m.

Auf den weiteren Ausbau wird an späterer Stelle eingegangen.

Nach erfolgter Gründung des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens wurde als zweiter Schritt des Aufbaues der Wehrwirtschaftsorganisation am 19. Dezember 1934 für das Frühjahr 1935 die Aufstellung einer wehrwirtschaftlichen Außenorganisation angeordnet. Entsprechend der Wehrkreiseinteilung wurden Wehrwirtschaftsinspektionen eingerichtet, denen Bezirkswirtschaftsoffiziere in besonders wichtigen Gebieten, unterstanden. Die Zahl der Inspektionen war zunächst 10 und wurde bald auf 13 erhöht. Die Wehrwirtschaftsoffiziere der Wehrmachtteile wurden mit der Einrichtung der Wehrwirtinspektionen zu Abteilungen umgewandelt und zunächst den Wehrwirtschaftsinspektionen angegliedert. Auch hier legten in Ressortbedenken die Wehrmachtteile Wert darauf, in der Provinz eigene Stellen zu erhalten, die ihnen unterstanden. Erst ab 1. November 1937 gelang es dem Wehrwirtschaftsstab den festen Einbau dieser Abteilungen in die Inspektionen zu erreichen und damit eine Einheitlichkeit der Wehrmachtinteressen in den Außenstellen herzustellen. Die Bezirkswirtschaftsoffiziere wurden im Jahr 1936 zu Wehrwirtschaftsstellen umgewandelt, ihre Zahl im Lauf der Zeit erheblich erhöht.

Die Außenorganisation trat am 12. Februar 1935 zum

A 003001

H2296 - 0006

ersten Mal zusammen und wurde durch General K e i t e l und Oberst T h o m a s in ihre Aufgaben eingeführt. Die in der Anlage III,3 beigefügte Ansprache des Oberst T h o m a s gibt einen Überblick, wie der Chef des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens die ihm übertragenen Aufgaben aufgefaßt sehen wollte. Sie ist allerdings abgestellt auf die Linie des Vergleichs mit den Wehrmachtteilen, wie sie vom Reichskriegsminister auf Grund der obwaltenden Lage gewünscht wurde.

Da am 16. März die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erfolgte und mit ihr die Geheimhaltungsbestimmungen für die Organisation aufgehoben wurden, konnte von diesem Termin an die offene Arbeit der Wehrwirtschaftsorganisation beginnen.

Die Stellung und Arbeit der Wehrwirtschaftsinspektionen wurde ebenfalls unerfreulich beeinflußt durch die unklaren Befehlsverhältnisse zwischen dem "Wehrwirtschaftsstab" und den "Wehrmachtteilen". Besonders die Luftwaffe nahm von der bestehenden wehrwirtschaftlichen Außenorganisation wenig Notiz und versuchte durch rücksichtsloses Vorgehen ihre Interessen vor den der anderen Wehrmachtteile zu befriedigen. Es bedurfte daher einer laufenden Ausgleichstätigkeit des Wehrwirtschaftsstabes, um die im dynamischen Schwung vorwärts drängenden Kräfte des Reichsluftfahrtministeriums in die allgemeine Wehrmachtslinie einzuordnen und den Wehrwirtschaftsinspektionen auch bei der Luftwaffe die notwendige Anerkennung zu verschaffen.

Der Wille, eigene Wege zu gehen, war auch hier bei der Luftwaffe besonders betont und die Erkenntnis von der Not-

AC 85002

H2296 - 0007

wendigkeit einer zentralen Führung in der Kriegswirtschaft, wie sie Generalfeldmarschall M i l c h durch seinen Eintritt in das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion jetzt - im Jahre 1944 - besonders betont vertritt, war damals leider noch nicht vorhanden. Im Gegenteil der Gedanke wurde von der Luftwaffe auf das Stärkste bekämpft,

A 085003

H2296 - 0008

IV.

Der Einfluß der Spitzenorganisation auf Aufbau und Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation.

Die für den Krieg befohlene Spitzenorganisation der Obersten Reichsbehörden hat auf Aufbau und Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation einen so großen Einfluß ausgeübt, daß es notwendig ist, diesen Punkt eingehend zu behandeln.

Die Spitzenorganisation der Obersten Reichsbehörden für den Kriegsfall, hatte zwar schon vor 1933 in zahlreichen Besprechungen und Befehlen ihren Niederschlag gefunden, erfuhr jedoch durch die nationalsozialistische Machtergreifung und besonders durch das Hinscheiden des Reichspräsidenten von H i n d e n b u r g eine grundlegende Änderung. Die neuen Bestimmungen wurden im Reichsverteidigungsgesetz vom 21.5.1935 festgelegt, das erst im Kriegsfalle veröffentlicht werden sollte, aber mit seinen Bestimmungen schon für die Kriegsvorbereitungen in Kraft trat. Da dieses Gesetz (siehe Anlage IV,1) die Aufgaben der Wehrmacht und der übrigen Reichsbehörden im Kriege festlegte, war es auch für den Aufbau und die Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation grundlegend und ausschlaggebend.

Nach dem Hinscheiden des Reichspräsidenten von H i n d e n b u r g hatte die Organisation der obersten Spitze eine völlige Klärung erfahren, in dem der Führer und Reichskanzler die Befugnisse des Reichspräsidenten über-

A 035004

H2296 - 0009

nahm. Wenn bei der Aufstellung der Spitzenorganisation ein Kampf der Ressorts entstand, konnte es sich nur darum handeln, wie die Spitze unter dem Führer und Reichskanzler gegliedert werden sollte. Hier lagen die Dinge wie folgt: Je mehr durch die einzigartige Stellung des Führers und Reichskanzlers die Dinge bei ihm zusammenliefen, umso größer wurde selbstverständlich die Zahl der Fragen, die damit von ihm selbst zu entscheiden waren. Streng genommen mußte seine Entscheidung, also auch in Fragen sekundärer Art eingeholt werden, sofern über sie eine Einigung zwischen den Ministerien nicht zustande kam. Diese Fragen bestanden oftmals aber in Einzelheiten spezieller und technischer Art, mit denen der Führer auf keinen Fall belastet werden durfte. Diese Tatsache hat jedoch in der Praxis zu sehr vielen Schwierigkeiten und Unterlassungen geführt. Jedes Ministerium hatte es in der Hand, eine ihm unangenehme Lösung derartiger Einzelfragen unmöglich zu machen, weil es ausgeschlossen war, den Führer mit derartigen Einzelfragen zu behelligen. Dem Bestreben, den Führer und Reichskanzler zu entlasten und ihm nur die großen Fragen zur Entscheidung vorbereitet vorzulegen, kam die damals geschaffene Spitzenorganisation entgegen.

Sie sah einen Reichsverteidigungsrat als interministerielles Gremium zur Beratung der im Hinblick auf einen Krieg zu fassenden Entschlüsse vor. In ihm hatten die einzelnen Reichsminister Sitz und Stimme. Vorsitzender des Reichsverteidigungsrates war der Führer, sein Vertreter Generalfeldmarschall G ö r i n g. Der Reichsverteidigungsrat

H2296 - 0010

ist im Frieden nur selten zusammengetreten.

Die praktische Arbeit sollte vielmehr in dem vom Reichsverteidigungsrat eingesetzten Reichsverteidigungsausschuß geleistet werden, in dem die einzelnen Ministerien und sonstigen Spitzenstellen vertreten waren und dessen Vorsitz der Chef des Wehrmachtamtes führte. Als Sekretariat dieses Ausschusses war eine bei der Abteilung Landesverteidigung des OKW besonders eingerichtete Gruppe tätig. Eine positive Arbeit konnte bei der Größe des Reichsverteidigungsausschusses auch nicht geleistet werden, vielmehr dienten die Sitzungen des Ausschusses dazu, die an den Fragen der Reichsverteidigung beteiligten Stellen über den Fortgang der Arbeiten zu unterrichten. Streitfragen wurden meist abgesetzt und sollten in Sonderbesprechungen zwischen den beteiligten Ressorts gelöst werden.

So stellten Reichsverteidigungsrat und Reichsverteidigungsausschuß mehr oder minder nur eine Fassade dar, hinter der sich die praktische Arbeit in Besprechungen zwischen den an den betreffeden Fragen beteiligten Ressorts abspielte. In diesen Besprechungen kam es aber immer wieder darauf an sich zu einigen, weil eine mit irgendwelcher Entscheidungsbefugnis ausgestattete übergeordnete Stelle nicht vorhanden war und weil es unmöglich war, alle diese Einzelfragen dem Führer vorzutragen und ihn mit diesem Einzelmaterial zu belasten.

Unter diesen Verhältnissen wurde der Aufbau und die Tätigkeit der sich aus dem Nichts entwickelnden Wehrwirtschaftsorganisation besonders schwierig, umsomehr als das

A 035006

H2296 – 0011

Reichsverteidigungsgesetz auf dem wirtschaftlichen Gebiet die Abgrenzung der Befugnisse nur ganz im großen regelte. Durch das Gesetz war für den Krieg die Einrichtung eines Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft vorgesehen, für den der Reichsbankpräsident Dr. S c h a c h t in Aussicht genommen war. Er sollte als solcher in Wirtschaftsfragen ein Weisungsrecht gegenüber allen mit Wirtschaftsfragen befaßten Ministerien besitzen. Er war für die Vorbereitung aller wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen zuständig mit Ausnahme der Rüstungsindustrie, deren Vorbereitung durch das OKW erfolgen sollte.

Damit war die Wirtschaft in zwei Teile geschnitten, deren Abgrenzung, wie wir sehen werden, in der Praxis völlig unklar war. Da sich die Maßnahme bereits vor dem Kriege und vermehrt im Kriege höchst unglücklich ausgewirkt hat, muß auf diesen Punkt näher eingegangen werden.

Die Forderung, daß die Rüstungsindustrie von den Soldaten mobilmachungsmöglich vorbereitet werden muß, stammt von den Waffenämtern der Wehrmachtteile. Die Waffenämter beschafften im Frieden ihre Ausstattungen unmittelbar bei der Industrie. Diese Beschaffungen setzten ein enges Zusammenarbeiten zwischen den militärischen Dienststellen und den einzelnen Firmen voraus. Schon bei der Konstruktion und der Entwicklung des Kriegsgerätes arbeiteten die Lieferfirmen und die Waffenämter eng zusammen und es war unerwünscht und aus Geheimhaltungsgründen vielfach sogar unmöglich, anderen staatlichen Stellen einen Einblick in diese Beziehungen zu geben. Der Kreis der Firmen war zu-

H2296 - 0012

nächst klein und wuchs erst an, als die Aufrüstungsmaßnahmen sich auswirkten. Die Mobilmachungsvorarbeiten forderten indessen, daß ein möglichst großer Kreis industrieller Werke für die Fabrikation von Kriegsgerät eingearbeitet wurde, damit der Großbedarf im Kriege schnell gedeckt werden konnte. Auf der anderen Seite waren die Friedensaufträge nicht so groß, daß man diese Firmen laufend beschäftigen konnte. Infolgedessen wurden diesen Kriegsfirmen hin und wieder kleine Lehraufträge zugewiesen, damit sie Fertigungserfahrungen sammeln und im Bedarfsfall über einen Stamm von in der Kriegsfertigung geschulten Kräften verfügten. Schon damals wurde vom Wehrwirtschaftsstab der Gedanke erwogen, die Einarbeitung der Kriegsfirmen alten Stammbetrieben zu überlassen und damit die Selbstverantwortung der Industrie einzuschalten. Der Gedanke wurde von den Waffenämtern abgelehnt und auch von der Industrie nicht gut geheißen, weil die Betriebsführer sich weigerten, sich von Konkurrenzfirmen in den Betrieb sehen zu lassen. So mußte die mobilmachungsmäßige Vorbereitung der Rüstungsfirmen auch aus technischen Gründen den Waffenämtern überlassen bleiben und es kam darauf an einen Trennungsstrich zu finden, der zwischen den Rüstungsbetrieben und der übrigen Industrie auf Grund des Reichsverteidigungsgesetzes zu ziehen war.

Es liegt auf der Hand, daß mit der Teilung der Industrie in Rüstungsbetriebe einerseits und kriegs- und lebenswichtige Betriebe andererseits ein Schnitt durch die gesamte Wirtschaft gezogen wurde, der vielfach ein völlig willkürlicher war, oft sogar mitten durch einzelne Industriewerke hindurch ging. Auch trug die Regelung dem Umstand

A 035008

H2296 – 0013

keine Rechnung, daß die sog. Rüstungsbetriebe in ihrer Existenz, also in allen ihren Vorlieferungen und Zulieferungen nur auf Betriebe angewiesen waren, die meist in der Liste der kriegs- und lebenswichtigen Betriebe standen. Schließlich war auch strittig, wo im Produktionsgang das betreffende Fabrikat "rüstungswichtig" wurde.

Die Trennung der Industrie in diese zwei Teile hat sich von Anfang an als unglücklich erwiesen. Es ist jedoch nicht möglich gewesen, sie durch eine andere und bessere Lösung zu ersetzen. Eine andere Lösung hätte in der Änderung der Spitzenorganisation gelegen, der aber durch das Reichsverteidigungsgesetz festgelegt war und trotz aller Vorschläge des Wehrwirtschaftsstabes nicht geändert wurde.

Nach Ansicht des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes bestanden für die Regelung des Verhältnisses zwischen OKW und GBW drei Möglichkeiten.

Die erste Möglichkeit will ich als "zivile" Lösung bezeichnen. Sie hätte darin bestanden, daß man die gesamte wehrwirtschaftliche Vorbereitung und die spätere Steuerung im Kriege in zivile Hände legte. Entweder konnte man damit das Reichswirtschaftsministerium beauftragen oder unter dem GBW ein besonders Amt schaffen, vergleichbar mit dem englischen Munitionsministerium. Diese Lösung hätte jedoch dem Soldaten jeden bestimmenden Einfluß genommen und war schon deshalb nicht tragbar, weil seinerzeit im zivilen Sektor für diese Aufgabe keine geeignete Persönlichkeit vorhanden war und eine zivile Stelle sich damals auf keinen Fall durchgesetzt hätte.

A 005009

H2296 - 0014

Die zweite Lösung wäre die "militärische" Lösung gewesen. Man konnte die gesamten wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen dem Reichskriegsminister übertragen. Dieser hätte eine hohe militärische Persönlichkeit damit beauftragen müssen, der ein wirtschaftliches Gremium zur Seite gestellt wurde, und die Befehlsbefugnisse über alle mit Wirtschaftsaufgaben betraute Wirtschafts- und Kommandostellen erhielt. Auch diese Lösung war unerwünscht, weil sie nicht zweckmäßig war. Der Reichskriegsminister sollte nicht noch mit wirtschaftlichen Aufgaben belastet werden und außerdem wären mit dieser Lösung die Erfahrungen der Zivil-Ministerien auf wirtschaftlichem Gebiet mehr oder minder ausgeschaltet worden.

Die dritte Lösung wäre die gewesen, die vom Wehrwirtschaftsstab jederzeit vertreten worden ist. Sie schlug vor, den Einbau des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes als Staatssekretär für die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung in den Stab des GBW und seine gleichzeitige Beauftragung mit der Vertretung der Wehrwirtschaftsinteressen im Stab des Reichskriegsministers. Wenn man mit dieser Stelle auch noch die Befehlsgewalt in wirtschaftlichen Fragen gegenüber den Waffenämtern der Wehrmachtteile verbunden hätte, so wäre gesichert gewesen, daß auf der einen Seite die militärischen Aufgaben auf dem wirtschaftlichen Gebiet zentral zusammengefaßt gewesen wären und daß andererseits derselbe Stab verstärkt mit Referenten aus den einzelnen Ministerien die Arbeit in der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung der Zivil-Ministerien zentral geleitet hätte. Leider fand die-

H2296 - 0015

ser Vorschlag bereits beim Reichskriegsminister keinen Anklang.

So blieb es bei der im Reichsverteidigungsgesetz ausgesprochenen Teilung der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen auf OKW und GBW und erst die Kriegsentwicklung konnte die zuständigen Stellen davon überzeugen, daß diese im Reichsverteidigungsgesetz ausgesprochene Teilung der Wirtschaft ein einschneidender Fehler in der Organisation gewesen ist und daß der Vorschlag des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes diesen ausschlaggebenden Fehler vermieden hätte.

So ist die Organisationsfrage, wie sie das Reichsverteidigungsgesetz regelte eine Schicksalsfrage für den Aufbau und die Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation geworden. Das Ziel, das sich ihr Begründer - Oberst T h o m a s - seinerzeit bei der Aufstellung gesetzt hatte, konnte nicht erreicht werden, weil einerseits dem Wehrwirtschaftsstab nicht die genügenden Vollmachten für eine zentrale Führung den Wehrmachtteilen gegenüber gegeben wurde und weil andererseits eine klare Abgrenzung der Befugnisse zwischen der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation und der zivilen Organisation des GBW nicht erreicht wurde. Erst die Entwicklung der Dinge im fünften Kriegsjahr hat durch die Zusammenfassung aller Befugnisse beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion die Lösung gebracht, die von Anfang an vom Chef des Wehrwirtschaftsamtes vertreten wurde.

Im Abschnitt V wird ausgeführt werden, wie sich prak-

H2296 - 0016

tisch dieser Organisationsfehler auf die gesamten Rüstungs- und Mobilmachungsvorbereitungen ausgewirkt hat.

A 035012

H2296 - 0017

V.

Die Zweigleisigkeit der wehrwirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen.

Der Minister S p e e r hat am 8. Juni 1944 in seiner Rede vor Vertretern der deutschen Industrie zum Ausdruck gebracht, daß er die Rüstungsorganisation anders aufgebaut hätte, wenn er dazu 10 Jahre Zeit gehabt hätte. Ich kann Herrn Minister S p e e r nur beipflichten; denn wenn ich die Verhältnisse des 5. Kriegsjahres zur Voraussetzung nehme, hätte ich den Aufbau der Rüstungsorganisation auch anders durchgeführt. Denn daß die seinerzeit getroffene Lösung keine Ideallösung war, war allen, die daran gearbeitet haben, völlig klar. Der Aufbau der Wehrwirtschaftsorganisation ist unter Verhältnissen begonnen worden, die sich Herr Minister S p e e r wohl kaum vorstellen kann, und es bleibt das unauslöschliche Verdienst der Herren des Wehrwirtschaftsstabes, daß unter den damals obwaltenden Verhältnissen überhaupt zur Tat geschritten und eine Organisation aufgebaut wurde, die hervorragend an der Aufrüstung und an den Kriegsvorbereitungen teilgenommen hat. Der Rahmen, in dem der Aufbau erfolgen mußte, war durch die Verhältnisse und durch das vom Führer erlassene Reichsverteidigungsgesetz gegeben. Die Zweigleisigkeit der Vorbereitungen, die durch die Teilung der Industrie in zwei Gruppen durch das Reichsverteidigungsgesetz gegeben war, wurde von Anfang an als großer

AC035013

H2296 – 0018

Mißstand betrachtet. Aber weder der Chef des Wehrmachtamtes, noch der GBW waren bereit, dem Führer entsprechende Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Wie unerfreulich sich die Zweigleisigkeit der Vorbereitungen ausgewirkt hat und wie hemmend sie in den Arbeiten gewesen ist, wird nachstehend kurz ausgeführt werden, um denjenigen ein Bild über die damaligen Verhältnisse zu geben, die heute an der Organisation Kritik üben.

Wie in den vorstehenden Abschnitten ausgeführt, war in den wirtschaftlichen Ministerien in der Zeit zwischen dem ersten Weltkrieg und dem Jahr 1930 überhaupt kein Mensch dazu zu bekommen, sich mit Landesverteidigungsarbeiten zu beschäftigen. Auf den dauernden Druck des Wirtschaftsstabes der HWaA hin wurde im Jahre 1930 erreicht, daß Einzelverhandlungen mit Herren des Reichswirtschaftsministeriums gepflogen wurden, die erste Maßnahmen für Vorbereitung einer Kriegswirtschaft bezweckten. Auf Grund des Regierungswechsels kam es dann endlich im Mai 1933 zu einer Vereinbarung mit dem Reichswirtschaftsminister, wonach zur Vorbereitung der Kriegswirtschaft besondere Arbeitsausschüsse gebildet wurden. Die Arbeitsausschüsse bestanden in der Hauptsache aus Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Heereswaffenamtes, der Marineleitung und einigen Herren des Reichsministers für Luftfahrt, des Arbeitsministeriums, des Verkehrsministeriums und des Ernährungsministeriums. Gebildet wurden:

ein Hauptausschuß,

ein Roh- und Werkstoffausschuß,

4 005 014

H2296 - 0019

ein Kraftausschuß,
ein Fertigwarenausschuß,
ein technischer Ausschuß und
ein Außenhandelsausschuß.

Ziel der Arbeiten war, die laufende Versorgung der Wehrmacht, der staatlichen Verwaltung, der Zivilbevölkerung und der allgemeinen Wirtschaft mit kriegs- und lebenswichtigem Bedarf im Kriegsfall sicherzustellen. Trotz des dauernden Druckes der Vertreter der Wehrmacht kam man über theoretische Untersuchungen kaum hinaus, sodaß von 1934 ab der Chef des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens immer dringender eine gesetzmäßige Regelung forderte, die die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen für alle Stellen zur Pflicht machte und die eine organisatorische Regelung der Führung sicherstellte.

Diese Forderung führte zum Erlaß des Reichsverteidigungsgesetzes vom 21. Mai 1935, das die Einsetzung des Reichsbankpräsidenten Dr. S c h a c h t zum GBW brachte. Es muß zunächst festgestellt werden, daß sowohl der GBW wie der Chef des Wehrwirtschaftsstabes von Anfang an die Schwierigkeiten sahen, die die Teilung der Wirtschaft mit sich brachte, aber nicht in der Lage waren, sie zu beheben. Die Schwierigkeiten, die in der Zusammenarbeit auftraten, lagen einmal in der verschiedenen Auffassung über einzelne grundlegende Fragen, zum anderen in der ressortmäßigen Einstellung, die von den Bearbeitern des GBW und des Reichswirtschaftsministeriums zur Schau getragen wurde.

Der Hauptpunkt der verschiedenen grundsätzlichen Auf-

C03015

H2296 - 0020

fassung lag in folgendem: Der GBW stellte sich auf den Standpunkt, daß er im Kriege die Wirtschaft ebenso ausschließlich zu leiten habe wie der Oberbefehlshaber der Wehrmacht die Wehrmacht. Ein Primat der Wehrmacht in der Wirtschaft glaubte der GBW nicht anerkennen zu dürfen, weil dadurch die Versorgung des zivilen Sektors gefährdet würde. Das OKW vertrat von Anfang an die Ansicht, daß die Wirtschaft auch im Kriege Mittel zum Zweck der Kriegsführung ist und daß sie sich bei ihrer Arbeit in erster Linie auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Wehrmacht einzustellen habe. Die Forderungen der Wehrmacht mußten also von Seiten des GBW als vordringlich anerkannt werden. Wie sich diese gegensätzliche Auffassung in der Praxis auswirkte, wird unten ausgeführt werden.

Die zweite Differenz lag im Aufbau und in der Tätigkeit der Außenorganisation. Die militärische Wehrwirtschaftsorganisation war in wenigen Wochen aus dem Nichts geschaffen worden, der GBW stand ohne Organisation da und hemmte durch theoretische Weisungen die Tätigkeit der militärischen Stellen. Alle Versuche des Wehrwirtschaftsstabes, den GBW zu bewegen, die Selbstorganisation der Wirtschaft für die Aufgaben einzuspannen, blieben erfolglos und nur nach und nach schuf er sich eine Reihe schwacher und schlecht besetzter Außenstellen bei den Provinzialregierungen, die zunächst statistische Abteilungen, später Außenstellen des Reichswirtschaftsministeriums genannt wurden und noch später in die Landeswirtschafts-

A 005018

H2296 - 0021

fassung lag in folgendem: Der GBW stellte sich auf den Standpunkt, daß er im Kriege die Wirtschaft ebenso ausschließlich zu leiten habe wie der Oberbefehlshaber der Wehrmacht die Wehrmacht. Ein Primat der Wehrmacht in der Wirtschaft glaubte der GBW nicht anerkennen zu dürfen, weil dadurch die Versorgung des zivilen Sektors gefährdet würde. Das OKW vertrat von Anfang an die Ansicht, daß die Wirtschaft auch im Kriege Mittel zum Zweck der Kriegsführung ist und daß sie sich bei ihrer Arbeit in erster Linie auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Wehrmacht einzustellen habe. Die Forderungen der Wehrmacht mußten also von Seiten des GBW als vordringlich anerkannt werden. Wie sich diese gegensätzliche Auffassung in der Praxis auswirkte, wird unten ausgeführt werden.

Die zweite Differenz lag im Aufbau und in der Tätigkeit der Außenorganisation. Die militärische Wehrwirtschaftsorganisation war in wenigen Wochen aus dem Nichts geschaffen worden, der GBW stand ohne Organisation da und hemmte durch theoretische Weisungen die Tätigkeit der militärischen Stellen. Alle Versuche des Wehrwirtschaftsstabes, den GBW zu bewegen, die Selbstorganisation der Wirtschaft für die Aufgaben einzuspannen, blieben erfolglos und nur nach und nach schuf er sich eine Reihe schwacher und schlecht besetzter Außenstellen bei den Provinzialregierungen, die zunächst statistische Abteilungen, später Außenstellen des Reichswirtschaftsministeriums genannt wurden und noch später in die Landeswirtschafts-

Thomas

H2296 - 0022

ämter umgebildet wurden. Die Mehrzahl dieser zivilen Dienststellen ist zahlenmäßig und personall bis zum Kriegsbeginn so mangelhaft besetzt gewesen, daß sie in keiner Weise in der Lage waren, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Im Juli 1935 wurden erstmalig die Grundsätze über die Arbeitsteilung zwischen Wehrwirtschaftsorganisation und der Organisation des GBW bekanntgegeben. Hiernach sollten die "Rüstungsbetriebe" der Betreuung durch die militärischen Organe vorbehalten bleiben, während die Zivilorganisation sich mit den kriegs- und lebenswichtigen Betrieben zu befassen hatte.

Es sollten umfassen:

Die Rüstungsindustrie alle Betriebe mit Fertigung nach Wehrmachtzeichnungen und Wehrmachtanweisungen,

die kriegswichtige Industrie die gesamte sonstige für die Kriegführung wichtige Industrie,

die lebenswichtige Industrie die für die Versorgung des Volkes und der Heimat notwendige Produktion..

Zur zweiten Gruppe zählten - außer den vielseitigen Unter- und Vorlieferanten der Rüstungsindustrie - vor allem die Rohstoff erzeugende und verarbeitende Produktion und der Energiebedarf, während als lebenswichtig in erster Linie die Lebensmittelindustrie zu erwähnen wäre.

Schien der Begriff der lebenswichtigen Industrie ziemlich eindeutig, so mußte die Grenze zwischen Rüstungs- und kriegswichtiger Industrie immer ein schwankender Begriff bleiben.

H2296 – 0023

Ämter umgebildet wurden. Die Mehrzahl dieser zivilen Dienststellen ist zahlenmäßig und personall bis zum Kriegsbeginn so mangelhaft besetzt gewesen, daß sie in keiner Weise in der Lage waren, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Im Juli 1935 wurden erstmalig die Grundsätze über die Arbeitsteilung zwischen Wehrwirtschaftsorganisation und der Organisation des GBW bekanntgegeben. Hiernach sollten die "Rüstungsbetriebe" der Betreuung durch die militärischen Organe vorbehalten bleiben, während die Zivilorganisation sich mit den kriegs- und lebenswichtigen Betrieben zu befassen hatte.

Es sollten umfassen:

Die <u>Rüstungsindustrie</u> alle Betriebe mit Fertigung nach Wehrmachtzeichnungen und Wehrmachtanweisungen,

die <u>kriegswichtige</u> Industrie die gesamte sonstige für die Kriegführung wichtige Industrie,

die <u>lebenswichtige</u> Industrie die für die Versorgung des Volkes und der Heimat notwendige Produktion.

Zur zweiten Gruppe zählten – außer den vielseitigen Unter- und Vorlieferanten der Rüstungsindustrie – vor allem die Rohstoff erzeugende und verarbeitende Produktion und der Energiebedarf, während als lebenswichtig in erster Linie die Lebensmittelindustrie zu erwähnen wäre.

Schien der Begriff der lebenswichtigen Industrie ziemlich eindeutig, so mußte die Grenze zwischen Rüstungs- und kriegswichtiger Industrie immer ein schwankender Begriff bleiben.

A 085017

H2296 - 0024

Vor allem zeigte sich die untrennbare Verbundenheit der Rüstungsfertigung von den Vorlieferungen. Der noch so sorgsam vorbereitete Mobilmachungsanlauf der Rüstungsindustrie konnte vergebliche Papierarbeit bleiben, wenn es nicht gelang, die Vorproduktion in gleich sorgsamer Weise vorzubereiten. Selbst eine vorsorgliche Lagerhaltung an Ersatz- und Einzelteilen konnte immer nur über verhältnismäßig kurze Zeit hinweghelfen. Soweit es sich aber bei der Vorproduktion um "Engpässe" handelte - wie zu Kriegsbeginn beispielsweise noch bei der Kugellagerfertigung - konnte eine ausbleibende Unterlieferung für eine ganze Reihe von Waffen und Geräten entscheidend werden und damit an Bedeutung die Wichtigkeit vieler Rüstungsbetriebe wesentlich übersteigen.

Der personalle Apparat der "Außenstellen des Reichswirtschaftsministeriums" reichte aber bei Weitem nicht aus, um - neben zahlreichen sonstigen Aufgaben - etwa auch in kriegswichtigen Betrieben eine Mobilmachung ebenso vorzubereiten, wie die wehrwirtschaftliche Organisation der Rüstungsindustrie. Zudem verfügte letztere auch durch ihre bis zum Jahre 1926 zurückreichende Tätigkeit über so eingehende Personal- und Sachkenntnis in der ganzen regionalen Industrie, daß dieser Erfahrungsvorsprung auf Jahre hinaus schwer einzuholen schien.

Die Folge dieser Situation war, daß sich in der Außenorganisation zwischen den militärischen und zivilen Dienststellen dauernde Reibungen ergaben, bei der die Arbeit der militärischen Stellen durch das Versagen der zivilen

AC 5118

H2296 - 0025

zivilen Stellen ihre schwache Stellung durch dauernde kleinliche Ressortbedenken zu stärken suchten. In der Praxis wirkte sich die Zweigleisigkeit der Vorbereitungen besonders auf folgenden Gebieten aus:

a) In der Frage der Abgrenzung der Rüstungsbetriebe und der übrigen Industrie konnte in hunderten von Fällen keine Einigung gefunden werden, weil die Vertreter des GBW wichtige Betriebe nicht für Rüstungsaufgaben freigeben wollten. Der GBW nahm für sich in Anspruch, daß er bei der Bestimmung dessen, was Kriegsgerät ist, mitwirken müsse und daß die Bestimmung der Rüstungsbetriebe nicht allein vom Reichskriegsminister erfolgen könne. Der Reichskriegsminister dagegen vertrat die Ansicht, daß die Bestimmung des Begriffes Kriegsgerät militärische Fachkenntnisse voraussetze, die allein der Soldat hat.

b) Die Sicherstellung des Arbeiter-, Rohstoff- und Maschinenbedarfs innerhalb der Rüstungsbetriebe, die dem GBW zugestanden war, erfolgte durch den GBW so langsam, daß die Mobilmachungsvorbereitung in den Betrieben an vielen Stellen nicht gesichert erschien. Infolgedessen sahen sich die Wehrwirtschaftsinspektionen veranlaßt, die dem GBW zustehende Sicherung der Betriebe mit Menschen, Rohstoffen und Maschinen selbst in die Hand zu nehmen und hierfür die notwendigen Weisungen zu geben.

A 035019

H2296 - 0026

c) Auch die mobilmachungsmäßigen Vorarbeiten der kriegs- und lebenswichtigen Betriebe, deren Funktionieren die Voraussetzung für eine planmäßige Fertigung der Rüstungsindustrie bedeutete, erfolgte mangels genügenden Personals so langsam, daß hierdurch eine schwere Gefahr für den Mobfall vorlag.

d) Die vom Reichskriegsminister geforderte Festlegung der Betriebe, die im Mobilmachungsfall stillzulegen waren und ihre Arbeitskräfte und Transportmittel an die Rüstungsindustrie abzugeben hatten, erfolgte ebenfalls so langsam, daß auch hier ein Eingreifen der militärischen Stellen erforderlich wurde.

e) Auch auf dem Gebiet des Transportwesens wurden die Arbeiten so schlecht durchgeführt, daß hierdurch die Vorarbeiten auf dem Rüstungsgebiet zum Stocken kamen.

Wenn auch voll anerkannt werden muß, daß der Hauptgrund für das Versagen der Vorbereitungen durch den GBW in dem Mangel an brauchbarem Personal und in bürokratischen Arbeitsweise einzelner Referenten des Reichswirtschaftsministeriums gelegen hat, so muß doch festgestellt werden, daß diese Zweigleisigkeit die Vorbereitungen der wehrwirtschaftlichen Vorarbeiten stark gehemmt hat und der Grund dafür gewesen ist , daß auf dem Nichtaufrüstungsge-

A 035020

H2296 – 0027

biet die Vorbereitungen bei Ausbruch des Krieges völlig ungenügend gewesen sind.

Den damaligen Verhältnissen Fernstehende können mit Recht darauf hinweisen, daß auf Grund des § 4 des R.V. Gesetzes der GBW gehalten war, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Produktion der Rüstungsindustrie nach den Forderungen des OKW sicherzustellen. Aber gerade diesen Forderungen gegenüber verhielt sich der GBW oft ablehnend, da er sie für übertrieben und seiner eigenen Auffassung widersprechend bezeichnete. Es wäre also jedesmal, wann keine Einigung zwischen OKW und GBW zustande kam, notwendig gewesen, eine Führerentscheidung zu erbitten. Zu diesem Schritt war indessen keine der führenden Persönlichkeiten dieser beiden Behörden bereit und sicherlich hätte es der Führer auch abgelehnt, in solchen Einzelheiten Entscheidungen zu fällen, nachdem das R.V. Gesetz von ihm unterschrieben war. So blieb eine große Zahl für die Arbeit grundlegender Fragen unentschieden und diese Tatsache wurde für den GBW zum Anlaß, die Forderungen des OKW hinhaltend zu behandeln.

Auch die von Reichskriegsminister angeordnete Aufstellung einer Wehrwirtschaftsordnung, welche alle die Bestimmungen wehrwirtschaftlicher Art zusammenfassen sollte, die die Zusammenarbeit der mit wehrwirtschaftlichen Aufgaben betrauten Dienststellen des Reichskriegsministeriums und der anderen Reichsbehörden zu regeln hatte, kam infolge dauernder Ressortbedenken des GBW nicht vorwärts und konnte

A0030[illegible]1

H2296 - 0028

durch diese Hemmung bis zum Kriegsbeginn nicht zur Durchführung gebracht werden.

Dem OKW war es in keiner Weise daran gelegen - nachdem der Führer durch das Reichsverteidigungsgesetz vom 21.5.1935 die Aufgabenverteilung auf dem wirtschaftlichen Sektor fest bestimmt hatte - sich mehr Verantwortung und Rechte anzueignen, als durch das Reichsverteidigungsgesetz geregelt war. Es konnte aber seinerseits nicht tatenlos zusehen, daß durch das Nichtfortschreiten der Arbeit des GBW die Rüstungsvorarbeiten gehemmt und eine planmäßige wirtschaftliche Mobilmachung in Frage gestellt wurde.

Der GBW hat beim Beauftragten für den Vierjahresplan mehrfach Klage geführt wegen Übergriffe des OKW. Leider hat auf Grund eines solchen Vortrages der Beauftragte für den Vierjahresplan, nachdem ihm von dem neu ernannten GBW, Minister F u n k , die Lage nur völlig einseitig vorgetragen worden war, im Juli 1938 durch eine Stoppverordnung die Bestimmung getroffen, daß eine weitere Erklärung von Betrieben zu Rüstungsbetrieben nicht mehr stattzufindenhätte. Diese Anrodnung hat sich im Mobilmachungsfall 1939 sehr unerfreulich ausgewirkt, da dadurch der Wehrmacht der Zugriff auf viele Betriebe, die später im Kriege für die Wehrmachtfertigung als "selbstverständlich" zur Verfügung gestellt wurden, verhindert wurde.

Es muß also festgestellt werden, daß seitens des Wehrwirtschaftsstabes die Fehler der Gesamtorganisation von Anfang an klar erkannt worden sind, daß alle Versuche

A-035032

H2296 -0029

gemacht worden sind, die fehlerhafte Zweigleisigkeit der Organisation zu ändern, daß aber die Änderungsvorschläge nicht an den Führer herangebracht worden sind, der bei der angeordneten Spitzenorganisation allein die entscheidende Änderung hätte anordnen können.

A 035023

H2296 - 0030

Die Ordnung der Begriffe für die Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation.

In den verschiedenen Abschnitten ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Wehrwirtschaftsorganisation personell aus einem Nichts geschaffen werden mußte. Dieselbe Leere bestand indessen auch auf geistigem Gebiet, weil weder die "Begriffe" für die Idee und für die Aufgaben der Wehrwirtschaftsorganisation festlagen, noch irgendwelche Persönlichkeiten vorhanden waren, die sich intensiv mit dem ganzen Gedankengut der Wehrwirtschaft beschäftigt hätten. Die wenigen Offiziere, die im Heereswaffenamt schon in der Materie gearbeitet hatten, waren allzu eng in den Begriffen des Heereswaffenamtes befangen und sahen alle Fragen mehr oder weniger rein vom Fertigungsstandpunkt von Waffen, Munition und Gerät an. Im Generalstab war über die Fragen bisher so gut wie nicht nachgedacht worden, die Industrie war weit entfernt sich mit grundsätzlichen Fragen solcher Art zu beschäftigen.

Die Offiziere des Wehrwirtschaftsstabes sahen indessen bald die Größe der Aufgabe und erkannten, daß das Arbeitsgebiet immer größer wurde, je mehr man sich damit beschäftigte. Um die Arbeiten in irgendeine Form zu bringen, wurde daher für notwendig gehalten, zunächst einmal feste Begriffe für die Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation

A 000024

H2296 -0031

festzulegen und diese den mitarbeitenden Stellen aufzuzwingen. Zunächst galt es überhaupt den Begriff der Wehrwirtschaft als solchen klar zu stellen und ihn in die Tätigkeit unseres Staatsapparates einzuordnen.

Bei der Festlegung des Gedankenganges folge ich den Ausführungen des seinerzeit mit der Bearbeitung dieses Arbeitsgebietes beauftragten Major i.G. B e u t l e r. Er legte unsere seinerzeitigen Gedanken wie folgt fest:

"Es ist zu allen Zeiten das Streben des Soldaten gewesen, die Lehren aus früheren Kriegen insbesondere aus dem letztvergangenen zu ziehen. Dies hat, wie die Erfahrung lehrt, meist dazu geführt, daß die ja ständig wechselnden, sich weiter entwickelnden Erscheinungsformen des Krieges verkannt wurden. Der Soldat, der immer zum Konservativismus neigt, hat fast stets bei seinen Kriegsvorbereitungen mehr die Erscheinungsformen des letztvergangenen Krieges als die, nur spekulativ zu erfassenden des Zukunftskrieges vor Augen gehabt. Es war deshalb notwendig, die neue, noch nie gelöste Aufgabe der wehrwirtschaftlichen Kriegsvorbereitung richtig in das Bild einzuordnen, das der kommende Kriege voraussichtlich bieten würde. Man war also gezwungen, sich eine möglichst richtige Vorstellung von seinen Erscheinungsformen zu machen. Da wir Soldaten und Generalstabsoffiziere waren, war dies nicht nur unsere Pflicht, es war auch unser Recht. Außerhalb der Wehrmacht war ja ohnehin niemand befähigt und berechtigt es zu tun, denn nur der Soldat beschäftigt sich ja im Frieden hauptamtlich mit der Wissenschaft vom Kriege. Innerhalb der Wehrmacht und des General-

A 005025

H2296 – 0032

stabes waren wir aber gleichfalls dazu berufen und berechtigt - auch wenn uns die mit der Vorbereitung der "operativen Kriegsführung" besetzten Stellen deshalb scheel ansehen, ja derartige Überlegungen als ihr alleiniges Amt beanspruchten. Ihnen stand naturgemäß die militärische Kriegführung im Vordergrund. Sie machten, was mir mehr als einmal gesagt wurde, L u d e n d o r f f zum Vorwurf, sich in Dinge, die den Soldaten nicht angingen - in Politik, Wirtschaft, Propaganda usw. - gemischt zu haben. Sie verkannten dabei, daß ein moderner - totaler - Krieg nicht allein auf militärischem Gebiet ausgetragen wird, ja, daß Erscheinungsformen des Krieges, und damit auch die operative Kriegsführung von diesen anderen Faktoren entscheidend beeinflußt werden. Es mußte nach unserer Auffassung über diese Fragen gemeinsam nachgedacht werden, wobei einer vom Anderen nur lernen konnte. Die zum Teil direkt hochmütige Ablehnung solchen Denkens war im Grunde beschränkte, geistige Engigkeit. Wir haben uns durch sie nicht davon abhalten lassen, uns unsere eigenen Gedanken zu machen. Wir erkannten an, daß die Politik, nicht aber die Kriegsführung und die Wirtschaft, das letztlich Schicksalbestimmende ist. Wir sahen aber in der Kriegführung - im Gegensatz zu der meines Erachtens nach mißverstandenen, aber allgemein gebräuchlichen Definition des bekannten Wortes von Clausewitz - nicht lediglich eine "Fortsetzung" der Politik mit anderen Mitteln. Diese Auslegung Clausewitz schloß unseres Erachtens mehr oder weniger eine Ausschaltung der Politik nach Kriegsausbruch in sich, eine Ausschaltung, wie

A 033826

H2296 – 0033

sie zum Nachteil der Sache von der Reichsleitung nach Ausbruch des Krieges 1914 als selbstverständlich betrachtet und hingenommen worden war.

Demgegenüber standen wir auf dem Standpunkt, daß der Krieg nicht eine Fortsetzung, sondern eine Steigerung der Politik sei. Wir definierten es so, daß wir den Krieg als Stadium bezeichneten, in dem die Politik in ihr intensivstes Stadium tritt.

Die vom Landläufigen abweichende Auffassung mußte naturgemäß auch zu einer anderen Betrachtung des Verhältnisses zwischen Soldat und Politiker führen. War nämlich der Krieg, wie Clausewitz ja selber sagt, ein politischer Akt, so mußte der Politiker in einem viel höheren Masse als einst in das operative Denken des Soldaten mit eingeschaltet werden, ebenso wie umgekehrt, sich der Soldat nicht auf den bequemen Standpunkt stellen durfte, daß ihn die Politik nichts anginge.

Drang man aber als Soldat in die politischen Belange tiefer ein, so mußte man nach unserer Auffassung sich klar sein, daß die Politik (unter Politik in dem hier erörterten Sinne wird selbstverständlich nur die sog. " hohe Politik", also insbesondere die Außenpolitik verstanden) zu allen Lebensbelangen des Volkes und Staates in ständiger Wechselwirkung stand. Alle Zweige des staatlichen Lebens, also insbesondere die Innenpolitik, die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik, die Propaganda usw. hatten sich dem leitenden politischen Gedanken unterzuordnen. Sie waren als Funktionen dieser Politik zu betrachten.

A 0033027

H2296 – 0034

Daraus ergab sich, daß sie im Kriegsfalle ebenso Funktionen der Kriegführung zu sein hatten.

Erkannte man dies alles als richtig an, so blieb schließlich die Frage offen, was denn unter Politik selbst zu verstehen sei.

Die Aufgabe der Politik ist es, die Lebensmöglichkeit des Volkes, die Existenz des Staates und schließlich seine Machtstellung in der Welt zu gewährleisten. Die Politik ist also nicht ein Ding an sich, sondern erhält ihre Aufgaben durch die Existenz von Volk und Staat gestellt. Es lassen sich aus der Geschichte Beispiele dafür anführen, daß eine falsche Politik erst zum Verluste der Machtstellung eines Staates und schließlich zum Verlust seiner Existenz führt. Dem Verlust der staatlichen Existenz aber ist mehr als einmal der Untergang des Volkes selbst, sei es auf dem Wege der Verdrängung oder dem der Aufsaugung durch andere Völker, gefolgt.

Dies muß ausgeführt werden, um darauf hinzuweisen, daß diese Schlagworte zu falschen und irrigen Auffassungen führen können. Wenn z.B. gesagt wird, " nicht die Wirtschaft, sondern die Politik ist das Schicksal " so ist immerhin dieser Grundsatz nur mit dem Vorbehalt richtig, daß die Politik von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines Volkes her, doch ihre entscheidenden Impulse bekommen kann. Der Urdrang eines auf seinem Boden nicht mehr die Nahrungsgrundlage findenden Volkes zur Ausdehnung, ist ein Imperativ für die Gestaltung der Politik.

Aus der vorstehend geschilderten Auffassung heraus

ACC 5028

H2296 – 0035

versuchten wir nun, <u>die Wehrwirtschaft gedanklich und organisatorisch in den Staatsapparat einzuordnen.</u> Wir gingen dabei von der Auffassung aus, daß der Zweck des Krieges ist, die Völker auf ihren Wert zu prüfen. Der Kampf ums Dasein, der überall in der Natur zu beobachten ist, erreicht im Kriege seinen Höhepunkt. Der Wert eines Volkes wird aber nicht allein von seiner kriegerischen Tüchtigkeit bestimmt, so sehr diese auch zu Beginn eines Krieges in die Augen fällt und von Bedeutung ist. Ein im Verhältnis zum Feinde hoher Wert an kriegerischer Tüchtigkeit ist sogar die Voraussetzung dafür, daß sich im Laufe eines Krieges auch die anderen Werte eines Volkes auswirken können. Zu diesen anderen Werten gehört nicht zuletzt die Wirtschaft. Der erste Weltkrieg war ein Beispiel dafür, daß Völker mit geringerer, wenn auch immer noch hoher kriegerischer Leistungsfähigkeit ein Volk überwinden können, das innen an kriegerischen Tugenden weit überlegen ist, das aber auf politischem, wirtschaftlichem und anderem Gebiet hinter ihnen zurücksteht.

Die Einordnung der Wirtschaft in den Staatsorganismus im Hinblick auf den Krieg setzte klare Begriffsdefinitionen voraus. Es kam dabei weniger darauf an, ob der einzelne Begriff wirklich der denkbar beste und vom wissenschaftlichen Standpunkt aus unumstrittenste war, als vielmehr darauf, daß die einmal gewählte Begriffsbestimmung allgemein anerkannt und allgemein benutzt wurde. Leider ist uns auch auf diesem Gebiet, da die weiter unten zu erwähnende Wehrwirtschaftsordnung infolge der gegensätzlichen Auffassungen des GBW nivht zum Abschluß gekommen ist, ein voller Erfolg

A 085029

H2296 - 0036

versagt geblieben.

Wir bezeichneten mit Wehrwirtschaft all das Wirken und Tun, das im Gegensatz zu rein friedensmäßigem wirtschaftlichen Handeln auf den Krieg ausgerichtet ist. Die wehrwirtschaftliche Tätigkeit begann also schon im Frieden mit der Einwirkung auf die Wirtschaft zu dem Zwecke, sie für den Krieg auf eine möglichst große Höhe der Leistungsfähigkeit zu heben. Sie mußte sich bei Ausbruch eines Krieges in zwei Richtungen fortsetzen. Einmal galt es, die zur Waffe gewordene Wirtschaft als Kriegswirtschaft zu möglichster Leistung zu bringen. Zweitens aber hieß es, den Wirtschaftskrieg gegen die wirtschaftliche Kraft des Feindes zu führen.

Die Kriegswirtschaft umfaßte nach unserer Auffassung in dem zu erwartenden totalen Krieg also alle Zweige der Wirtschaft. Ihr Wirken war keineswegs allein auf die unmittelbare Unterstützung der Wehrmacht auszurichten. Es kam vielmehr darauf an, das Leben des gesamten Volkes wirtschaftlich sicherzustellen, wobei es selbstverständlich war, daß die Bedürfnisse der Wehrmacht den Vorrang beanspruchen konnten.

Die Mittel des Wirtschaftskrieges waren vielseitig. Mit militärischen Mitteln konnte zu Lande der Gegner wirtschaftlich wichtiger Teile seines Landes beraubt werden. Aus der Luft war es möglich, ihm schwere wirtschaftliche Schäden zuzufügen. Der Seekrieg aber war stets mehr oder weniger ein Kampf um die Wirtschaftsstrassen der Welt.

Wollte man diese beiden wehrwirtschaftlichen Haupt-

AC85030

H2296 -0037

aufgaben erfüllen, so war es notwendig, ein möglichst genaues Bild über die Wirtschaftslage unserer vermutlichen Gegner und unserer Verbündeten zu haben. Infolgedessen mußte nach unserer Auffassung als dritte wichtige große Aufgabe hinzutreten das Studium der wirtschaftlichen Wehrkraft aller die deutschen Interessen berührenden Staaten der Welt."

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß der Wehrwirtschaftsstab folgende große Probleme als die wehrwirtschaftlichen Hauptaufgaben ansah:

die Klarstellung der Bedeutung der Wirtschaft für einen kommenden Krieg,

die friedensmäßige Vorbereitung der Wirtschaft und ihre Umstellung für einen Krieg,

die Zusammenstellung der militärischen und sonstigen Forderungen an die Wirtschaft im Krieg,

die Vorbereitung des Wirtschaftskrieges

und

das Studium der wehrwirtschaftlichen Kraft der vermutlichen Feind- und Freundesstaaten.

Der Wehrwirtschaftsstab forderte, daß diese Aufgaben zentral und energisch angefaßt wurden. Da andere Behörden hierfür wenig Interesse zeigten, griff der Wehrwirtschaftsstab die Aufgaben auf und übernahm ihre Führung.

A C85031

H2296 - 0038

VII.

Die wehrwirtschaftlichen Grundlagen für die Aufrüstung.

Die deutsche Aufrüstung wurde von der Reichsregierung befohlen in dem Augenblick, als sich die große Weltwirtschaftskrise ihrem Ende zuneigte. In Deutschland war die Wirtschaftskrise, die die Reichsregierung bei ihrem Antritt antraf, bereits durch großzügige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gestoppt worden, die Wirtschaft war im Begriff sich zu erholen. Es war daher verständlich, daß die Aufrüstung von der Wirtschaft als neue willkommene Maßnahme zur Besserung der Wirtschaftslage freudig begrüßt wurde.

Die Gründe für die große Krise in Deutschland hatten neben den Auswirkungen des Versailler Vertrages und den sonstigen Kriegsfolgen in dem Sinken des deutschen Exportes und der Zunahme des deutschen Importes gelegen. Die langfristigen großen Kredite, die vom Ausland der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden waren und die eine Scheinblüte hervorgerufen hatten, hatten durch ihre Zinsen den Abfluß des deutschen Goldes und der deutschen Devisen ins Ausland vermehrt. Volkswirtschaftlich gesehen hatte es sich gezeigt, daß die Aufnahmefähigkeit des Auslandes für deutsche Exportgüter aus den verschiedenen Gründen nicht so groß war, daß dadurch eine Einfuhr finanziert werden konnte, durch die allein das Leben des deutschen Volkes auf den bisherigen Lebensstandart aufrechtzuerhalten war. Dadurch hatte sich die Arbeitslosigkeit lau-

A 003032

H2296 - 0039

fend vermehrt und die neue Reichsregierung erkannte, daß diesem Verfall nicht mehr durch Exporterhöhung und ähnliche Maßnahmen beizukommen war, sondern daß allein innerwirtschaftliche Maßnahmen dieser Krise Herr werden konnten. Aus diesem Grunde entschloß sich die Regierung zu großzügigen, öffentlichen Arbeiten, durch die zunächst einmal die Arbeitslosen von der Strasse genommen wurden. Der Bau der Reichsautobahnen war eine der wichtigsten Maßnahmen auf diesem Gebiet.

Trotzdem war es notwendig, auch der passiven Zahlungsbilanz zu Leibe zu gehen, weil die fortschreitende Verringerung der Arbeitslosigkeit die Kaufkraft erhöhte und der zu deckende Warenbedarf nicht allein aus deutschen Rohstoffen sondern zum großen Teil aus ausländischen Rohstoffen versorgt werden mußte. Um dieser neuen Schwierigkeit zu steuern, schuf der neuernannte Reichsbankpräsident, der zugleich mit der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragt worden war, den sog. " neuen Plan ". Dieser lief darauf hinaus zu verhindern, daß mehr eingeführt, als mit der tatsächlich errechneten Einfuhr finanziert werden konnte. Zugleich sah er eine Exportförderung vor, die durch ein gewisses Prämiensystem die Preise für die deutschen Waren im Ausland senken und damit die inzwischen auch aus weltanschaulichen Gründen noch verstärkte Ablehnung des deutschen Exportes bekämpfen sollte.

In dieser Situation setzten die Maßnahmen für die deutsche Aufrüstung ein und es zeigten sich hierbei in der

A C035033

H2296 -0040

Hauptsache zwei schwierige Probleme. Einmal die Bereitstellung der Rohstoffe für die Aufrüstung und zweitens die Art der Finanzierung der großen Beschaffungsaufträge für die Aufrüstung.

Die Rohstoffbeschaffung mußte zum großen Teil im Ausland vorgenommen werden und stellte an den Devisenbestand des Reiches große Forderungen. Infolgedessen setzten sofort starke Bestrebungen ein, die deutsche Rohstoffbasis durch weitere Erschließungen und durch Bau von synthetischen Anlagen zu stärken, eine Maßnahme, die später durch den Vierjahresplan ihre große Förderung fand. Im einzelnen wird darauf an späterer Stelle eingegangen.

Die Schwierigkeit der Finanzierung lag nicht darin, die erforderlichen Summen aufzubringen, sondern allein in dem Verfahren der Finanzierung, das keinesfalls zu inflationistischen Erscheinungen führen durfte. Das Verfahren wurde im Laufe der Zeit mehrfach gewechselt, zielte aber in der Hauptsache daraufhinaus, die in der Industrie durch diese große Auftragsbelegung anfallenden Gewinne, möglichst schnell wieder in die Reichskasse zurückzubekommen bezw. die bei den Banken und Sparkassen laufend zunehmenden Geldbestände zu neuen produktiven Aufgaben heranzuziehen und sie dadurch inflationistischen Gefahren zu entziehen. Daß diese Finanzierung der Aufrüstung und die sonstigen großen öffentlichen Arbeiten so ungestört vor sich gehen konnten, lag allein in dem Vertrauen, das das deutsche Volk dem Führer und seiner Regierung entgegen brachte. Der Regie-

A 005024

H2296 - 0041

rung war es wohl klar, daß angestrebt werden mußte, diese kurzfristige Verschuldung des Reiches möglichst bald durch eine Anleihe oder sonstige Maßnahme in eine langfristige Verschuldung umzuwandeln.

Es war anzunehmen, daß die großen deutschen Aufrüstungsmaßnahmen allmählich die Aufmerksamkeit unserer Weltkriegsgegner erregen mußten und daß die Aufrüstung zu großen, neuen politischen Entwicklungen führen mußte. Die deutsche Wirtschaft war aber nach dem Weltkrieg und nach dem Niedergang, den sie bis 1933 erlebt hatte, alles andere als geeignet, neuen politischen Belastungen oder gar kriegerischen Auseinandersetzungen gewachsen zu sein. Infolgedessen wurden vom Wehrwirtschaftsstab von Beginn der Aufrüstung an immer zwei Grundsätze vertreten:

a) die Aufrüstung möglichst geheim zu betreiben,

b) nicht nur eine rein militärische Aufrüstung durchzuführen, sondern zugleich die wirtschaftliche Rüstung mit allen Mitteln zu fördern.

Vom ersten Tage an war der Wehrwirtschaftsstab von dem Gedanken beseelt, daß ein kommender Krieg ein langer Krieg sein wird und daß die Aufrüstung alle die Maßnahmen mitumfassen muß, die geeignet sind, einen längeren Krieg durchzusetzen. Leider traf der Wehrwirtschaftsstab in der Vertretung dieser Ansicht auf Widerstand, da der Gedanke, durch einen überraschenden "Blitzkrieg" die Vorteile der deutschen Rüstung auszunutzen und den Gegner durch unseren Rüstungsvorsprung und unsere überlegene Führung zu schlagen, immer mehr an Boden gewann.

A C85035

H2296 - 0042

Über den Kampf des Wehrwirtschaftsstabes um diese seine Ansicht wird an späterer Stelle berichtet. Jedenfalls wurden die Forderungen, die der Wehrwirtschaftsstab in dieser Hinsicht stellte, vom Reichskriegsminister nicht erfüllt Ebenso blieb der Wunsch des Wehrwirtschaftsstabes unerfüllt, mit Beginn der deutschen Aufrüstung alle nicht unbedingt militärpolitisch wichtigen Vorhaben der öffentlichen Hand im Interesse der Rüstung zurückzustellen und dadurch die finanzielle Belastung und rohstoffmäßige Beanspruchung des Reiches zu vermindern.

Eine weitere Frage war die Form, in der der Aufbau der neuen Rüstungsindustrie erfolgen sollte. Die Bestrebungen in dieser Richtung waren sehr verschiedenartig. Die Waffenämter, insonderheit die Luftwaffe, strebten, teils aus Geheimhaltungsgründen, teils aus dem fälschlichen Gedanken, daß eine staatliche Industrie schlagkräftiger und billiger arbeitet, teils aber auch aus personellen Ressortgründen danach, wehrmachteigene Werke aufzubauen. Ehrgeizige Industrielle stellten sich für diese Aufgaben zur Verfügung und förderten diese Ideen. Große Teile der Industrie standen den großen Forderungen der Waffenämter auf Neubau von Werken abwartend gegenüber, andere stürzten sich mit großem Eifer in diese Vorhaben und sahen hier ihren Weizen blühen. Die Linie des Wehrwirtschaftsstabes ist in dieser Beziehung immer die gleiche geblieben. Er stand auf dem Standpunkt, daß der Bau von wehrmachteigenen Anlagen auf das Höchste eingeschränkt werden muß und daß, wenn sie überhaupt geschaffen werden, diese nicht nach fiskalischen

A0050036

H2296 - 0043

Grundsätzen, sondern rein nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden müssen. Er vertrat aber weiterhin den Standpunkt, daß die zweckmäßigste Wirtschaftsaufrüstung die Erweiterung der vorhandenen Industrie durch Vergrößerung der Werke und durch Vorbereitung der Werke auf 2. und 3. Schicht ist, und daß endlich die beste wirtschaftliche Kriegsvorbereitung eine blühende, in sich finanziell starke und rohstoffmäßig gut eingedeckte Industrie ist.

In Verfolg dieser Ansicht vertrat der Wehrwirtschaftsstab die Auffassung, daß es erwünscht sei zur inneren Stärkung der Industrie die deutsche Wirtschaft wieder stärker an der Weltwirtschaft zu beteiligen und hierdurch möglichst viel ausländische Rohstoffe einzuführen. Es wurde daher nicht verstanden, daß der Gedanke der Autarkie und die Loslösung von der Weltwirtschaft propagandamäßig in der deutschen Presse so stark vertreten wurde. Der Wehrwirtschaftsstab vertrat vielmehr die Ansicht, daß man den autarkischen Gedanken als Kriegsvorbereitung im Stillen vorbereiten und die notwendigen Maßnahmen dafür treffen sollte, daß man aber nach außenhin den Gedanken der Weltwirtschaft weitestgehend unterstützen müßte. Der Aufbau der die Autarkie fördernden Werke, hätte eine geheime Mobilmachungsmaßnahme bleiben müssen, ihre Produktion konnte zum Austausch gegen fehlende wichtige Rohstoffe benutzt werden. Man mußte sich immer klar sein, daß Deutschland auf eigener Rohstoffgrundlage keinen Krieg führen konnte, sondern daß es wichtig war, auch für den Krieg

A 035037

H2296 - 0044

zumindest in dem gesicherten Mitteleuropa die fremden Rohstofflieferanten zu erhalten. Daß der später einsetzende, auf Autarkie abzielende Vierjahresplan als hervorragende Kriegsvorbereitung vom Wehrwirtschaftsstab aufs Höchste begrüßt wurde, ist selbstverständlich.

AC03038

H2296 -0045

VIII.

Die Mitarbeit der Wehrwirtschaftsorganisation an der deutschen Aufrüstung.

Die durch den Ausgang des Weltkrieges 1914/1918 und durch die Auswirkungen des Versailler Vertrages hervorgerufene defaitistische Einstellung der deutschen Wirtschaft hatte sich bei großen Teilen der Wirtschaft auch auf die Jahre nach 1930 übertragen. Wenn sich auch die Verhältnisse gegenüber den in Abschnitt I geschilderten der Nachkriegsjahre gebessert hatten, so konnte man doch gerade in den großen Industriekonzernen die Feststellung machen, daß bis 1933 eine Mitarbeit dieser Konzerne an den Aufrüstungsaufgaben sehr ungern erfolgte, teilweise sogar noch abgelehnt wurde. Die Wehrwirtschaftsorganisation betrachtete es daher als ihre erste Aufgabe, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen und durch eine großzügige Propagandaarbeit das Interesse an der Mitarbeit am wehrwirtschaftlichen Aufbau zu wecken, den Wehrwillen in der Wirtschaft wieder zu festigen und die Wirtschaft auf den Gedanken der Wehrwirtschaft umzustellen. Wenn heute der Begriff "Wehrwirtschaft" genannt wird, weiß jeder, was unter ihm zu verstehen ist. 1933 war dieser Begriff bei Volk , Soldat und Wirtschaft unbekannt. Es ist das große Verdienst der Wehrwirtschaftsorganisation, diese Propagandaarbeit geleistet und die Wirtschaft wieder zu tatkräftiger Mitarbeit erzogen zu haben. Selbstverständlich

A 0035039

ist, daß diese Propagandaarbeit nur Erfolg haben konnte, weil die seitens der nationalsozialistischen Volksführung in das Volk getragenen nationalsozialistischen Gedankengänge die Möglichkeit hierzu boten.

Es wurde der Wirtschaft zunächst klar gemacht, daß die Wehrwirtschaft keine Rückkehr zur Kriegswirtschaft oder ein Hinsteuern auf eine Planwirtschaft bedeutet, sondern daß die Wehrwirtschaft eine Umstellung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns auf den Gedanken der Landesverteidigung fordert und daß eine deutsche Wirtschaft nur blühen kann, wenn ihr Leben durch ein scharfes Schwert gesichert ist. Diese Aufklärungsarbeit wurde von der Wehrwirtschaftsorganisation in zahlreichen Vorträgen und Propagandaschriften und durch Tausende von Besuchen von Industriebetrieben geleistet und hatte den Erfolg, daß die Wehrwirtschaftsorganisation sehr bald von der gesamten Wirtschaft als der Träger der wirtschaftlichen Landesverteidigung angesehen und ihr größtes Vertrauen entgegengebracht wurde.

Doch nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in militärischen Kreisen war eine derartige Aufklärungsarbeit erforderlich. Wie schon vorher angedeutet, hatte die in der Erziehung des alten Generalstabes aufgewachsene Führerschicht des Offizierkorps für die wirtschaftlichen Landesverteidigungsaufgaben wenig Interesse. Die Erfahrungen des Weltkrieges waren schnell vergessen und die militärische Führung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den operativen bezw. organisatorischen und personellen Fragen der

A 085040

H2296 - 0046

H2296 - 0047

Landesverteidigung. Die neu gebildete Dienststelle der Wehrwirtschaft - der Wehrwirtschaftsstab - fand daher auch bei den militärischen Dienststellen der Truppenführung zunächst wenig Anklang und es bedurfte intensiver Aufklärungsarbeit, um auch bei der Truppenführung ein Interesse für die Bedeutung der wehrwirtschaftlichen Aufgaben zu erwecken.

Der Chef des Wehrwirtschaftsstabes und die ihm unterstellten Generalstabsoffiziere betrachteten es als ihre besondere Aufgabe, in Generalstabskreisen das Verständnis für die Wichtigkeit des wehrwirtschaftlichen Sektors in einem künftigen Kriege zu stärken und bemühten sich, durch zahlreiche Vorträge vor der Wehrmachtsakademie, vor Generalstabskursen und bei jeder sich bietenden sonstigen Gelegenheit aufklärend und interessierend in diesen Kreisen zu wirken. Da die Rüstungsmaßnahmen der Wehrmachtteile sich mit besonderer Energie der Vergrößerung und Ausrüstung der Truppenkörper zuwandten und die wirtschaftliche Rüstung betont in den Hintergrund trat, sah sich der Chef des Wehrwirtschaftsstabes laufend veranlaßt, die Oberste Führung und die Chefs der Generalstäbe auf die Notwendigkeit einer Tiefenrüstung hinzuweisen. Ein diese Frage behandelnder Artikel " Tiefe und Breite der Rüstung" (s.Anl. VIII,1) in der Militär-wissenschaftlichen Rundschau vom Jahre 1937 setzt sich mit diesen Problemen auseinander und weist daraufhin, daß in Friedenszeiten immer eine möglichst große Breite der Rüstung gefordert wird, und daß bei dem Ansatz der Etatsmittel ungern große Mittel für die zunächst nicht sichtbaren Vorbereitungen für eine Tiefenrüstung angesetzt werden. Schon in den ersten Jahren der Aufrüstung wies der

AD85041

H2296 - 0048

der Chef des Wehrwirtschaftsstabes daher mit aller Dringlichkeit darauf hin, daß für den künftigen Krieg die Durchhaltekraft eine größere Rolle denn je spielen wird dnd daß die Durchhaltekraft nur zu schaffen ist, wenn im Großen wehrwirtschaftliche Vorbereitungen getroffen werden. Dank dieser dauernden Aufklärungsarbeit, die durch wehrwirtschaftliche Generalstabsreisen und Kriegsspiele untermauert wurde, wuchs das Verständnis und das Interesse und es kam allmählich zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Oberaten Truppenführung und dem Wehrwirtschaftsstab, als deren Ergebnis bei Kriegsausbruch die immerhin erfreuliche fabrikatorische Rüstung zu buchen war.

In gleicher Weise versuchte der Chef des Wehrwirtschaftsstabes beim Generalstab Interesse zu erregen für ein enges Zusammenwirken von operativer Führung und kriegswirtschaftlicher Führung. Ein Aufsatz über "Operatives und wirtschaftliches Denken" in den kriegswirtschaftlichen Jahresberichten 1937 gibt einen Einblick über die Gedanken und Forderungen, die von wehrwirtschaftlicher Seite auf diesem Gebiet erhoben wurden. Da diese Gedanken grundlegend wurden für Aufbau und Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation im Kriege, ist ein Abdruck des Aufsatzes als Anlage VIII,2 beigefügt.

Die gleiche Aufklärungstätigkeit wurde seitens des Wehrwirtschaftsstabes im Kreise der anderen Reichsbehörden und der Wirtschaft getrieben. Auch hier gelang es durch zahlreiche Vorträge das Interesse der Dienststellen für die Wehrwirtschaft zu wecken und sie allmählich zu einer erfreulichen Mitarbeit zu bewegen.

A 085042

H2296 – 0049

Da die Wehrwirtschafts-Inspektionen durch den WStb angehalten wurden, in ihren Gebieten dieselbe Tätigkeit zu entfalten, ist es dem WStb in fünfjähriger Tätigkeit gelungen, Wehrmacht und Wirtschaft, Behörden und Wirtschaftsorganisationen voll für die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Probleme zu interessieren und die Mitarbeit aller Stellen sicherzustellen. Da weder der CBW noch andere Reichsbehörden in dieser Richtung gearbeitet haben, bleibt es das große Verdienst der Wehrwirtschaftsorganisation in praktischer Arbeit den Boden für die große Aufrüstung bereitet und den Behörden und der Wirtschaft die Grundgedanken der Wehrwirtschaft eingehämmert zu haben. Erst nach Verkündigung des 2. Vierjahresplanes im Jahre 1938 wurde von dieser Seite aus eine tatkräftige Unterstützung geleistet.

Trotzdem die eigentliche Aufrüstung der drei Wehrmachtteile unter der Verantwortung ihrer Oberbefehlshaber stattfand und diese besonderen Wert darauf legten ihre Aufgaben vom OKW möglichst unbehelligt in eigener Verantwortung durchzuführen, zeigte sich doch sehr bald, daß nicht nur für die wirtschaftliche Mobilmachung eine einheitliche Steuerung innerhalb der Wehrmacht notwendig war, sondern daß auch für die Durchführung der durch die Aufrüstung gegebenen Beschaffungspläne der Wehrmachtteile eine Steuerung durch eine OKW-Dienststelle erforderlich war.

Hier lag die praktische Mitarbeit des Wehrwirtschaftsstabes und der Wehrwirtschaftsorganisation auf folgenden Hauptgebieten:

A 085043

H2296 – 0050

a) in der Erkundung und Feststellung der Fertigungskapazität der deutschen Rüstungswirtschaft,

b) in der Steuerung der Beschaffungsprogramme der drei Wehrmachtteile und in der Herstellung eines Ausgleichs bei Überschneidungen der Programme,

c) in der Klarlegung des Rohstoffbedarfs der Rüstung und in der Aufstellung von Forderungen für die Verbreiterung der Rohstoffgrundlage,

d) in der Mitarbeit bei der Durchführung der fabrikatorischen Vorhaben der Wehrmachtteile und des Vierjahresplanes.

Dazu traten eine Zahl von Einzelaufgaben, auf die zum Schluß noch eingegangen werden muß.

Zu a): Die Erkundung der Fertigungskapazität der deutschen Wirtschaft und ihre Festlegung in einer übersichtlichen Form war eine der Hauptvoraussetzungen für eine schnelle und sachgemäße Unterbringung der friedensmäßigen Aufrüstungsprogramme der Wehrmachtteile und wurde zugleich zur Grundlage für die wirtschaftlichen Mobilmachungsvorarbeiten. Die Feststellung der Fertigungskapazität erfolgte nur zum kleinen Teil zentral durch den Wehrwirtschaftsstab bezw. durch die Waffenämter der Wehrmachtteile mit den in Frage kommenden Spitzen der Industrie-Organisation. In der Hauptsache wurden sie dezentralisiert durchgeführt durch die Außenstellen der Wehrwirtschaftsorganisation, die Wehrwirtschafts-Inspektionen und Wehrwirtschaftskommandos. Die Offiziere und Techniker der

A 035044

wehrwirtschaftlichen Organisation wurden durch diese Erkundungstätigkeit und durch den großen Überblick, den sie sich im Laufe der Zeit erwerben konnten, zu ausgezeichneten Auskunftsorganen für die Wehrmachtteile und es gelang den Waffenämtern bei der Unterbringung ihrer Aufträge in hohem Masse eine tatkräftige Hilfe zu leisten. Diese Erkundungstätigkeit dehnte sich sehr bald aus auf die Erkundung der für die Rüstung notwendigen Vorfabrikate und Zulieferungen, sodaß bei Kriegsausbruch die Stellen der Rüstungsorganisation die einzigen Dienststellen waren, bei denen ein geschlossener Überblick über die Fertigungsmöglichkeiten des betreffenden Bezirkes vorlagen. Durch klare Richtlinien, Einführung entsprechender Muster und Formblätter wurde seitens des Wehrwirtschaftsstabes eine Einheitlichkeit in der Festlegung der Fertigungskapazitäten geschaffen und durch frühzeitige Einführung des Lochkartensystems (Juni 1937) eine einfache und schnelle Auskunftsmöglichkeit über die gesamte Rüstungsindustrie und ihre Zulieferungen festgelegt.

Zu b): Nach den Bestimmungen des Führers und Reichskanzlers waren die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile allein verantwortlich für die Durchführung ihrer Aufrüstungsprogramme. Trotzdem wurde es aber bald klar ersichtlich, daß eine Steuerung der Beschaffungsprogramme der Wehrmachtteile durch eine übergeordnete Dienst-

A 083045

H2296 - 0051

H2296 - 0052

stelle erfolgen mußte. Diese Steuerung wurde dem Wehrwirtschaftsstab übertragen.

Die Aufrüstung setzte im Jahre 1934 ein, als sich die Industrie noch in einem Beschäftigungstiefstand befand. Sowohl in den Rüstungsbetrieben wie bei den Vorlieferanten und in den Rohstoffbetrieben konnten die Forderungen nur nach einem bestimmten Anlauf erfüllt werden. Da aber in den ersten Jahren der Aufrüstung sowohl Menschen wie Maschinen und Rohstoffe genügend vorhanden waren, liefen die Beschaffungsprogramme der Wehrmachtteile im Großen planmäßig an. Etwa ab 1935 stellte sich jedoch heraus, daß auf vielen Fertigungsgebieten sich Aufträge der Wehrmachtteile überschnitten und bestimmte Fertigungen nicht erminmäßig herausgebracht werden konnten. Dazu kam, daß auch auf vielen anderen Gebieten der Aufschwung steil in die Höhe ging und daß neben der Aufrüstung andere große Projekte zur Durchführung kamen - vor allem auf dem Baumarkt - , die sich besonders auf dem Gebiete der Vor- und Halbfabrikate mit den Beschaffungsprogrammen der Wehrmacht überschnitten. Der Wehrwirtschaftsstab bemühte sich von diesem Zeitpunkt ab, diese Überschneidungen der Programme klarzulegen und Vorschläge für die Abstellung der Schwierigkeiten vorzulegen. Durch die enge Verbindung seiner Außenstellen mit der Wirtschaft gelang es ihm einerseits die notwendigen Vorschläge für die Steuerung der Beschaffungsprogramme der Wehrmacht zu machen und andererseits für einen Aus-

A 083046

H2296 -0053

gleich mit den anderen Vorhaben der Staatsführung Sorge zu tragen. Besondere Schwierigkeiten traten ein, als neben dem Beschaffungsprogramm der Wehrmachtteile und neben den anderen großen Vorhaben der öffentlichen Hand das große Bauprogramm der Westbefestigung vom Führer angeordnet wurde. Hier bedurfte es eines tatkräftigen Eingreifens der wehrwirtschaftlichen Dienststellen, um die Forderungen, die die Bauleiter der Westbefestigung stellten, in die übrigen Programme einzufügen. Der Beschäftigungsgrad der deutschen Wirtschaft war zu diesem Termin bereits so gesteigert, daß einzelne Betriebszweige schon Auftragsbestände aufwiesen, die eine mehr als 100 %ige Ausnutzung der Betriebe forderten. Dazu kamen, daß nicht nur auf dem Rohstoffgebiet - in Sonderheit auf dem Eisen- und Nicht-Eisen-Metall Gebiet - Mängel auftraten, sondern daß auch durch den starken Menschenbedarf für die Westbefestigung auf dem Menscheneinsatzgebiet Schwierigkeiten fühlbar wurden. Besonderes Eingreifen der Wehrwirtschaftsorganisation wurde auf verschiedenen Einzelgebieten erforderlich, weil hier die Größe der Aufträge und der Mangel an entsprechenden Maschinen im Widerspruch standen. Als Beispiel hierfür sei angeführt der Mangel an Schmiedepressen für die Herstellung der großen Rohlkörper für die Hydrier-Öfen und der großen Geschützrohre, das Fehlen einer genügenden Fertigungskapazität im hochwertigen Stahlguß, der Mangel an Einrichtungen für die Kugel-

A 035047

H2296 – 0054

lagerherstellung und Ähnliches.

Außerdem ermöglichte die enge Zusammenarbeit zwischen wehrwirtschaftlichen Dienststellen und Betrieben, daß die Betriebsleitung ihre Fertigungserfahrungen und Verbesserungsvorschläge für die Fertigung schnell an den Mann bringen konnten und daß die Betriebserfahrungen des Auslandes durch den Wehrwirtschaftsstab schnell an die deutsche Wirtschaft gebracht werden konnten. Es steht heute fest, daß die großen Beschaffungsaufträge der Wehrmacht in der Aufrüstungszeit der deutschen Wirtschaft einen erheblichen Antrieb gegeben und Möglichkeiten geschaffen haben für technische Fortschritte und Verbesserungen in der Wirtschaft. Die militärischen Forderungen mußten von Tag zu Tag höher getrieben werden; sie haben die deutsche Wirtschaft dazu erzogen, zu neuen Fertigungsverfahren überzugehen, Hochleistungsmaschinen zu bauen, neue Schneide- und Schweißverfahren anzuwenden und sonstige Verbesserungen in der Fertigungstechnik vorzunehmen.

Die Überbeschäftigung in der deutschen Wirtschaft und die sich dauernd steigernden militärischen Forderungen an Qualität und Quantität führten dazu, daß in den Jahren vor dem Kriege allmählich eine starke Auftragsüberlastung bei der deutschen Industrie eintrat, die rechtzeitig durch eine Einführung einer Dringlichkeit der erteilten Staatsaufträge hätte gesteuert werden müssen. In Sonder-

A 035048

H2296 - 0055

heit blockierte das von der Obersten Führung befohlene Schiffbauprogramm der Kriegsmarine stark die Fertigungsprogramme der anderen beiden Wehrmachtteile, sodaß von diesen erheblich Klage geführt wurde. Die vom Wehrwirtschaftsstab geforderte Einführung von Dringlichkeitslisten wurde von der Obersten Führung nicht genehmigt und kam erst später im Verlaufe des Krieges zur Durchführung, weil der Führer den Standpunkt vertrat, daß es zweckmäßiger sei, sich die konkurrierenden Kräfte gegeneinander auswirken zu lassen. Die Steuerung erfolgte ab 1.5.1937 vielmehr durch entsprechende Rohstoffzuteilungen, auf die unter c) besonders eingegangen wird.

Zu c): Zu Beginn der Aufrüstung konnte der Rohstoffbedarf für die Beschaffung der Wehrmachtteile voll erfüllt werden. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Ankurbelung der Wirtschaft und die damit verbundene Durchführung der verschiedenen staatlichen großen Vorhaben soviel Rohstoffe in Anspruch nahm, daß die Deckung des Rohstoffbedarfs der Wehrmacht nicht mehr voll erfolgen konnte. Der Wehrwirtschaftsstab leitete infolgedessen eine genaue Berechnung des Rohstoffbedarfs für die Beschaffungsprogramme ein und übernahm zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium eine Berechnung der in den einzelnen Jahren möglichen Rohstofflieferungen. Beide Ergebnisse wurden in übersichtlichen Tabellen zusammen-

A 085049

H2296 – 0056

gestellt und der Obersten Führung laufend zur Vorlage gebracht. Diese für die Rüstung bedeutungsvolle Bearbeitung führte sehr bald zu der Erkenntnis, daß einmal die Belieferung mit Rohstoffen kontingentiert werden muß und daß andererseits erhebliche Maßnahmen zur Verbreiterung der Rohstoffgrundlage getroffen werden mußten .

Das Kontingentierungsverfahren der Rohstoffe hat sich in den ersten Aufrüstungsjahren voll bewährt und mußte erst im Kriege einer Änderung unterzogen werden, weil die Wehrmachtteile auf Grund neuer Führerbefehle und sich steigernder Forderungen mit den ihnen zugeteilten Rohstoffkontingenten nicht auskamen und selbständig erhebliche Überziehungen in ihrem Rohstoffverbrauch vornahmen. Es darf aber festgestellt werden, daß es dem Wehrwirtschaftsstab gelungen ist, in der Aufrüstungsperiode die Steuerung der Wehrmachtprogramme sachgemäß durchzuführen, wobei der Wehrwirtschaftsstab jahrelang einen schweren Kampf mit dem Reichswirtschaftsministerium zu führen hatte wegen der geringen Zuteilung der Rohstoffmenge an die Wehrmacht und wegen des großen Verbrauchs an Rohstoffen durch die übrige Industrie. Auf die Einzelheiten wird im Rahmen der einzelnen Kriegsjahre eingegangen werden.

Zu d): Die Durchführung der fabrikatorischen Vorhaben der Wehrmachtteile, d.h. der Ausbau der Industriebetriebe für eine größere Fertigung im Mob-Falle

A 035050

H2296 - 0057

bedurfte ebenfalls einer Leitung und Steuerung durch den Wehrwirtschaftsstab, weil auch auf diesem Gebiete erhebliche Überschneidungen stattfanden. Besonders der Ausbau der Betriebe für Vorfabrikate und Halbfabrikate, die für alle drei Wehrmachtteile von Bedeutung waren, und der Ausbau der Rohstoffbetriebe bedurfte einer klaren Steuerung. In enger Zusammenarbeit mit dem Vierjahresplan wurde hier seitens des Vierjahresplanes eine erhebliche Aufbauarbeit geleistet. Die Arbeit verteilte sich im Großen derart, daß der Wehrwirtschaftsstab die Forderungen der Wehrmachtteile für ihre Mobilmachungsprogramme einholte, die er zusammenstellte und in entsprechende Zahlen für den Rohstoffbedarf übersetzte und dann auf Grund der schon vorhandenen Lieferungsmöglichkeiten die Neuforderungen für den Ausbau der Rohstoffgrundlagen aufstellte. Der eigentliche Aufbau erfolgte dann auf Grund der militärischen Forderungen durch den Vierjahresplan, wobei es wieder Aufgabe der Wehrwirtschaftsorganisation wurde, die sich aus den Vierjahresplanbauten ergebenden Forderungen in die Beschaffungsprogramme der Wehrmachtteile mit einzubauen. Besondere Erwähnung muß in dieser Verbindung finden der großzügige Ausbau der Treibstoffgrundlagen, das Pulver- und Sprengstoffprogramm, der Ausbau der Leichtmetallproduktion, der Neuaufbau der synthetischen Gummiherstellung, die Erschließung der Eisenvorkommen

AC035051

H2296 -0058

im Harz, in Verarbeitung von eisenarmen Erzen, die Erweiterung der Zellwollproduktion und die Verwertung der Kunststoffe. Dabei muß aber der geschichtlichen Wahrheit wegen erwähnt werden, daß alle diese Programme seit 1930, von dem damaligen Wirtschaftsstab des HWaA gefordert worden sind, daß sie aber nur in beschränktem Umfange zur Durchführung kommen konnten, weil die entsprechenden Mittel dazu seitens der Regierung nicht zur Verfügung gestellt worden. Erst die am 18.10.1936 erfolgte Beauftragung des damaligen Generalfeldmarschall G ö r i n g mit der Durchführung des zweiten Vierjahresplanes hat die von der Wehrmacht geforderte großzügige Verbreiterung der Rohstoffbasis in Gang gebracht.

Die Förderung der Mobilmachungsvorbereitungen auf dem Mineralölgebiet wurde von dem WStb mit besonderem Nachdruck betrieben. Vom Jahre 1935 an forderte der WStb von dem GBW die Zusammenfassung aller Treibstoffbelange bei einem neu einzusetzenden Treibstoffkommissar, der für den Ausbau unserer deutschen Mineralölbasis, für die Förderung der Einfuhren, für den Ausbau eines Tanknetzes und für die Beschaffung der notwendigen Transportmittel hauptamtlich zu sorgen hatte. Der GBW lehnte diese Forderung ab, da er der Ansicht war, daß diese Aufgabe in der Bergbau-Abteilung des RWiM durch Oberberghauptmann S c h l o t t m a n genügend vertreten würde. Wenn auch anerkannt werden muß, daß Oberberghauptmann

A 083052

H2296 – 0059

S c h l o t t m a n den Aufbau der Brabag-Anlagen förderte, so blieben die übrigen Forderungen des WStb doch erheblich im Rückstande bis der WStb selbst durch Gründung eines Arbeitsstabes und von Arbeitsgemeinschaften die Vorbereitungen in die Hand nahm und zusammen mit dem RWiM die Mob-Vorbereitungen vorwärts trieb. Später übernahm auf Weisung des Ministerpräsidenten G ö r i n g der Rohstoff- und Devisenstab den Ausbau der Mineralölgrundlagen.

Ein Punkt, der vom WStb von Beginn der Aufrüstung an besonders betont wurde, ist leider nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt worden, die Verkehrsrüstung. Alle Versuche, für dieses wehrwirtschaftliche Arbeitsgebiet eine besondere Lanze zu brechen, schlugen fehl. Die Reichsbahn verstand sich nicht durchzusetzen, sodaß ihre Beschaffungsprogramme in keiner Weise den wehrwirtschaftlichen Forderungen entsprachen. Erst der Krieg hat den Auffassungen des Wehrwirtschaftsstabes Recht gegeben.

Wenn es in wenigen Jahren geglückt ist, aus den 32 Monopol-Fabriken des Versailler Vertrages eine für unsere große Wehrmacht genügende Rüstungsindustrie hinzustellen, so haben die Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation daran hervorragenden Anteil. Weder die Waffenämter der Wehrmachtteile wären allein in der Lage gewesen, diese Riesenarbeit zu vollbringen, noch hätte die deutsche Wirtschaft als solche ihren Ausbau ohne die fachmänni-

A 005053

H2296 - 0060

sche Beratung durch die Wehrwirtschaftsorganisation durchführen können.

An weiteren Einzelaufgaben, die die Wehrwirtschaftsorganisation im Rahmen der Aufrüstung zu lösen hatte, seien folgende erwähnte:

Schon vor Beginn der Aufrüstung hatte das HWaA sich bemüht, zur Stärkung der deutschen Rüstungsindustrie Rüstungsaufträge des Auslandes nach Deutschland zu bekommen. Diese Bestrebungen wurden vom WStb mit Energie aufgenommen und führten dazu, daß sowohl die von der IMKK genehmigten Monopol-Fabriken wie auch andere interessierte Betriebe das Kriegsgerätegeschäft aufnahmen und durch geheime Lieferungen, die durch Vermittlung des WStb entsprechend getarnt wurden, belebten. In Sonderheit wurden diese Geschäfte dazu benutzt, um im Austausch gegen Kriegsgerät Mangelrohstoffe nach Deutschland zu bekommen, wobei besonders der Vertrag mit China zu erwähnen ist, der Tausch von Kriegsgerät gegen Wolfram, Zinn und anderen wichtigen Rohstoffen vorsah. Leider kam dieser Vertrag durch die Änderung der politischen Linie nur zum Teil zur Durchführung.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Unterstützung der Wirtschaft bei der Planung neuer Bauvorhaben. Bei der Enge des Raumes wurde es wichtig, daß die neuen industriellen Bauvorhaben den Forderungen der Landesverteidigung angepaßt wurden. Örtliche Lage, Luftschutzrücksichten, Schutz gegen Sa-

A 00054

H2296 – 0061

botage, Verkehrslage und Arbeiterverhältnisse mußten bei dem Neubau wichtiger Betriebe im Interesse der Landesverteidigung berücksichtigt werden und außerdem galt es, die Lage dieser Betriebe mit den sonstigen militärischen Forderungen der Truppenführung, wie Übungsplatzanlagen, Straßenbauten usw. in Einklang zu bringen. In allen diesen Fragen standen die militärischen und zivilen Gesichtspunkte häufig im scharfen Gegensatz und es wurde Aufgabe der Wehrwirtschaftsorganisation, die wirtschaftlichen und militärischen Forderungen in Einklang zu bringen und die Interessen der Landesverteidigung durchzusetzen.

Besonders tätig war der WStb in der Vorbereitung und Sicherung des für die Landesverteidigung notwendigen Energienetzes. Die Fertigstellung einer großen Ost-West-Leitung zur Verbindung der Kraftwerke von Mitteldeutschland und Westdeutschland, die Schaffung von Hochspannungsleitungen zwischen Bayern und Mitteldeutschland und der Anschluß des Norddeutschen Raumes an das Reichshochspannungsnetz waren Forderungen, die vom WStb vertreten wurden und zur Durchführung kamen. Ebenso wurde der Bau einer Ferngasleitung zwischen Ruhrgebiet und Südwestdeutschland zur Durchführung gebracht.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß der WStb frühzeitig eine enge Zusammenarbeit mit führenden Wirtschaftlern, mit den technischen Leitern der

A 033055

H2296 -0062

Hoch chulen und sonstiger Forschungsstellen angeregt und betrieben hat, die betreffenden Persönlichkeiten in Orientierungskursen in die Forderungen der Wehrwirtschaft eingewiesen und so den Forscher- und Erfindergeist des deutschen Volkes für die deutsche Aufrüstung dienstbar gemacht hat. Der Erfolg dieser Tätigkeit war so erfreulich, daß in den Jahren vor dem Kriege derartige viele Anforderungen von Hochschulen, Industrie-Organisationen und aus sonstigen Wirtschaftskreisen an den WStb herangebracht wurden, daß ein wehrwirtschaftlicher Lehrstab gebildet werden mußte, der neben der Ausbildung der eigenen Offiziere, Beamten und Techniker die Vortragsarbeit in oben genannten Kriesen zu übernehmen hatte.

A C33056

H2296 – 0063

IX.

Das Vorschriftenwerk für die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung.

Die wirtschaftliche Mobilmachung im Weltkrieg 1914/18 war, soweit eine solche überhaupt stattfand, völlig improvisiert worden, in der Hau tsache hatte sie sich allmählich auf Grund der an die Wirtschaft gestellten Forderungen selbst entwickelt. Vorbereitende Bestimmungen für die wirtschaftliche Mobilmachung waren nicht bearbeitet worden. Was an Bestimmungen und Vorschriften aus dem Weltkrieg noch vorlag, war für einen künftigen Krieg nicht benutzbar. Es wurde also erforderlich, für die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung aus dem Nichts ein völlig neues Vorschriftenwerk zu schaffen, das die notwendigen Bestimmungen für Vorbereitung und Durchführung der Mobilmachung enthielt.

Die Offiziere des WStb, denen diese Aufgabe übertragen wurde, standen dabei vor einem völlig neuen Aufgabengebiet, für das irgendwelche Vorgänge oder Erfahrungen nicht vorlagen, sodaß sie gezwungen waren, in schöpferischer Arbeit und in eigenen Gedanken dieses umfangreiche Werk zu schaffen. Wenn man bedenkt, daß für diese Arbeit weder die leitenden Grundideen noch irgendwelche Grundlagen vorlagen, bedeutet die Tatsache, daß das große Vorschriftenwerk, wie es den Kriegsvorbereitungen für den

A 085057

H2296 – 0064

neuen Weltkrieg zugrunde lag, in Jahresfrist geschaffen wurde, eine außerordentliche Leistung. Leider hat diese Leistung bei dem mangelnden Interesse an höchster Stelle für dieses Arbeitsgebiet nie die Anerkennung gefunden, die sie verdiente. Die damit beauftragten Offiziere, Major W a r l i m o n t, Major B e u t l e r, Major M ü l l e r, Major B e c h t und ihre Mitarbeiter haben mit dieser Arbeit ein erstmaliges Werk geschaffen, das Vorbild für alle befreundeten Staaten gewesen ist. Sie haben sich damit ein großes historisches Verdienst erworben.-

Das Vorschriftenwerk für die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung wurde in drei große Abschnitte gegliedert.

Der erste Abschnitt umfaßte die Aufstellung einer Wehrwirtschaftsordnung (WeWiO),

der zweite die Aufstellung eines Mobilmachungsplanes Rüstung (Mob Pl Rü)

und der dritte die Bearbeitung der Bestimmungen zur Durchführung des Fertigungsplanes (F.P.).

Die Aufstellung einer Wehrwirtschaftsordnung.

Dem Chef des WStb war von Beginn der Vorarbeiten klar, daß bei der durch das Reichsverteidigungsgesetz erfolgten Teilung der wehrwirtschaftlichen Mobilmachungsarbeiten es unbedingt erforderlich war, eine Vorschrift zu schaffen, die die Einheitlichkeit der Vorarbeiten im Reiche sicher-

A 035058

H2296 – 0065

stellte. In ihr mußten alle Bestimmungen wehrwirtschaftlicher Art zusammengefaßt werden, die das Zusammenwirken aller mit wehrwirtschaftlichen Aufgaben betrauten Dienststellen der Wehrmacht und aller anderen Reichsbehörden regelten. Infolgedessen regte der Chef des WStb beim Vorsitzenden des Reichsverteidigungsausschusses an, den WStb mit der Aufstellung einer solchen Vorschrift zu betrauen, die den Namen " Wehrwirtschaftsordnung" erhalten sollte. Am 8.5.1935 wurde der WStb beauftragt, die Aufstellung der Wehrwirtschaftsordnung vorzunehmen.

Da in dieser Vorschrift fast alle Grundlagen der Reichsverteidigung berührt wurden und da zur Aufstellung der Bestimmungen erst zahlreiche Grundfragen mit den anderen Ministerien geklärt werden mußten, konnte die Bearbeitung der WeWiO nur in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des Arbeitsausschusses des Reichsverteidigungsrates und mit den anderen an wehrwirtschaftlichen Fragen interessierten Ministerien bearbeitet werden. Diese Arbeit gestaltete sich zu einer Sysiphusarbeit, weil durch die verschiedenartigen Auffassungen beim GBW und bei dem RWiM über zahlreiche grundlegende Fragen keine Einigung erzielt werden konnte und weil, wie schon früher angedeutet, keine übergeordnete Dienststelle bereit war, eine Entscheidung in diesen Fragen beim Führer und Reichskanzler herbeizuführen. So hat sich trotz dauernder Mahnungen des WStb die Bearbeitung der WeWiO auf Jahre hingezogen. Der erste Entwurf des WStb lag am 5. Juli 1935 vor, ein letzter

A C85059

H2296 - 0066

Entwurf wurde am 9. April 1938 fertiggestellt. Infolge der Einsprüche des GBW gelang es aber nicht, diesen Entwurf unterschriftsreif zu beenden, sodaß bei Ausbruch des Krieges nur ein Entwurf für die WeWiO vorlag. Auch hierin zeigte sich der Fehler unserer Spitzenorganisation und der Mangel an Interesse und Energie für diese Arbeiten bei den zivilen Dienststellen.

Die Stoffgliederung des vom WStb aufgestellten Entwurfes der WeWiO enthielt folgende Hauptpunkte:

die Klarstellung der wehrwirtschaftlichen Grundbegriffe,

die Wehrwirtschaftsorganisation, ihr Umfang und ihre Zuständigkeit,

die wehrwirtschaftlichen Aufgaben (das Ziel, die Forderungen der Wehrmacht und der anderen Bedarfsträger im Kriege),

die Mobilmachungsvorbereitungen im Frieden (Rüstungswirtschaft, Gewerbliche Wirtschaft, Rohstoffwirtschaft, Ernährungswirtschaft, Verkehrswirtschaft),

die wirtschaftliche Führung im Kriege (Aufgaben des Reichskriegsministers, des GBW und der diesen unterstellten Ministerien und ihre Zusammenarbeit mit allen anderen Ministerien),

die Umsteuerungsmaßnahmen bei Kriegsbeginn.

Wäre man den Forderungen des Chefs des WStb gefolgt und hätte man gegebenenfalls auch gegen den Einspruch des GBW die WeWiO im Frieden zur Ausgabe gebracht, wären viele

A 0.3.3.0.3.0

H2296 – 0067

Reibereien und Mißhelligkeiten, die der Krieg mit sich gebracht hat, vermieden worden und die Mobilmachungsvorarbeiten im zivilen Sektor wären sicherlich zu einem größeren Erfolg geführt worden, als es in Wirklichkeit geschehen ist.

Die Aufstellung des Mob-Planes Rüstung.

Der Mob-Plan Rüstung war das Hauptvorschriftenwerk für die Vorbereitung und Durchführung der wirtschaftlichen Mobilmachung. Er hatte zwei große Aufgaben zu erfüllen:

Die erste Aufgabe war die Regelung der Vorbereitung und Durchführung der Mobilmachung der wehrwirtschaftlichen Dienststellen und der Rüstungsbetriebe.

Der zweite Hauptpunkt war die Schaffung der Einheitlichkeit auf folgenden Arbeitsgebieten:

1.) Es war die Einheitlichkeit auf dem Gebiet der rüstungswirtschaftlichen Mobilmachung mit der Mobilmachung aller anderen Wirtschaftsgebiete, sowie die Zusammenarbeit aller bei diesen Arbeiten beteiligten Dienststellen und Behörden sicherzustellen.

2.) Es war die Einheitlichkeit bei der Aufstellung der Mob-Kalender für die gesamte Rüstungswirtschaft zu regeln.

3.) Es war der Ausgleich der auf vielen Versorgungsgebieten zu erwartenden Mangelerscheinungen vorzunehmen und bei der Verteilung der Rüstungs -

A 035661

H2296 - 0068

faktoren (Menschen, Rohstoffe, Maschinen, Transportmittel) die Dringlichkeit zu regeln.

4.) Es war der Zusammenhang der wehrwirtschaftlichen Mobilmachungsmaßnahmen mit den für die Aufstellung der Kriegswehrmacht getroffenen Maßnahmen sicherzustellen.

Weiterhin wurden im Mob Pl Rü die für die Betriebsführung der Rüstungsbetriebe notwendigen Grundlagen festgelegt, und zwar:

a) die für die Umstellung von der Friedens- auf die Kriegsfertigung erforderlichen Maßnahmen,

b) die für die Versorgung der Betriebe im Kriege notwendigen Bestimmungen,

c) die Weisungen für die Arbeitsweise der Betriebe im Kriege.

Der Mob Pl Rü fußte auf folgenden Gesetzen:

a) Reichsverteidigungsgesetz vom 21.5.1935

b) Kriegsleistungsgesetz vom 21.5.1935

c) Gesetz über den deutschen Volksdienst vom 21.5.1935

d) Gesetz über den Sicherungszustand zum Schutze von Volk und Staat vom 21.5.1935

e) Das Wehrgesetz vom 21.5.1935

f) Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.1.1934

g) Gesetz zur Einführung des Arbeitsbuches vom 1.2.1935

h) Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 16.12.1935.

A 085062

H2296 - 0069

Der Mob Pl Rü gliedert sich in Sammelhefte. Die Sammelhefte umfaßten folgende Aufgabengebiete:

Sammelheft 1): Die Grundsätze der allgemeinen Bestimmungen für die Mobilmachung der Rüstungsbetriebe und der Wehrwirtschaftsdienststellen.

Sammelheft 2): Bestimmungen für den Fertigungsplan der Wehrmacht.

Sammelheft 3): Bestimmungen über Personalbewirtschaftung der Rüstungsindustrie und über das Wehrwirtschaftsführer-Korps.

Sammelheft 4) und 5): Die Bestimmungen über die Versorgung mit Rohstoffen und Halbzeugen.

Sammelheft 6): Bestimmungen über die Produktionsmittel.

Sammelheft 7): Bestimmungen über die Transportmittel der Rüstungsindustrie.

Sammelheft 8): Bestimmungen über die Räumung und Bergung bedrohter Gebiete.

Smmelheft 9): Bestimmungen über den Luft- und Werkschutz der Rüstungsindustrie.

Sammelheft 10): Bestimmungen über die kalendermäßige Bearbeitung der wirtschaftlichen Mobilmachung.

Sammelheft 11): Bestimmungen des Vertrags- und Preisprüfwesens für den Kriegsfall.

A 003003

H2296 - 0070

Sammelheft 12): Bestimmungen für die Bereitstellung von Mineralöl und sonstigen Treibstoffen für Wehrmacht und Rüstungswirtschaft.

Die Sammelhefte 1) bis 12) werden der Bearbeitung als Anlage beigegeben, infolgedessen wird verzichtet auf Einzelheiten ihres Inhaltes einzugehen (s.Anl. IX, 1-12).

Für die Mobilmachung der Rüstungsbetriebe und der wehrwirtschaftlichen Dienststellen wurden verschiedene Fälle vorbereitet. Auf Grund der Bestimmungen des Reichskriegsministers sollte eine Mobilmachung der Rüstungsbetriebe auch ohne öffentliche Bekanntgabe durchgeführt werden können. Dementsprechend wurden folgende Stufen des Ablaufs der Mobilmachung vorbereitet:

a) Vorausmaßnahmen für die Rüstungswirtschaft und die Wehrwirtschaftsdienststellen;

b) Mobilmachung ohne öffentliche Verkündigung;

c) allgemeine Mobilmachung mit öffentlicher Verkündigung.

Die Mobilmachung ohne öffentliche Verkündigung war nach den Bestimmungen des Reichskriegsministers so vorzubereiten, daß eine Mobilmachung der Wehrmacht einschließlich der Rüstungswirtschaft aber auch eine Mobilmachung der gesamten Wehrmacht ohen Rüstungswirtschaft erfolgen konnte.

Die Leitung der wirtschaftlichen Mobilmachung lag beim OKW / WStb, wobei die Oberkommandos der Wehrmachtteile die

A 035064

H2296 - 0071

Mobilmachung der ihnen zur Federführung zugewiesenen Rüstungsbetriebe zu übernehmen hätten und seitens des WStb nur die Rüstungsbetriebe mobil gemacht wurden, die keinem Wehrmachtteil zur Federführung zugewiesen worden waren. Die wehrwirtschaftlichen Dienststellen wurden durch die zuständigen Wehrkreiskommandos mobil gemacht.

Während der Mobvorbereitungen für die Rüstung auf Grund vorstehender Bestimmungen grundlegend geregelt waren und entsprechend gut voran kamen, blieben die Arbeiten des GBW infolge fehlender Bestimmungen stark im Rückstand. Der WStb forderte daher vom GBW die Aufstellung eines gleichen Vorschriftenwerkes in Form eines Mobilmachungsplanes der Wirtschaft, der nach langen Erörterungen endlich im Jahre 1939 zur Bearbeitung kam. Die Ausgabe des Mobilmachungsplanes der Wirtschaft sollte im Herbst 1939 erfolgen, seine Inkraftsetzung war für das Mobjahr 1940/41 vorgesehen. Zur endgültigen Aufstellung des Mobilmachungsplanes der Wirtschaft ist es nicht mehr gekommen.

A 085065

H2296 – 0072

Der Fertigungsplan Wehrmacht.

Als Ausgangslage für die Mob-Vorarbeiten der Rüstungsindustrie war es zunächst erforderlich, ein mengen- und artmäßiges Bild zu schaffen über den Bedarf der Wehrmacht im Kriege. Wenn man sich auch nur ganz im Großen ein Bild macht von der Vielseitigkeit der Ausrüstung der drei Wehrmachtteile, von der heutigen Mechanisierung und Motorisierung der Truppenteile, von der Verschiedenartigkeit der Waffen, Geräte und Fahrzeuge und endlich von dem umfangreichen Bedarf des Wehrmachtgefolges, muß man schon zu der Überzeugung kommen, daß es eine fast unlösbare Aufgabe ist, die Zusammenstellung dieses Bedarfs für den Krieg jährlich festzustellen und fertigungsmäßig in der Wirtschaft unterzubringen. Es mußte daher zunächst eine Grundlage gesucht werden auf der man diese Zusammenstellung aufbaute.

Als Ausgangslage hierfür konnten nur die Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen für die Kriegswehrmacht in Frage kommen. Aber auch hierbei war es fast unmöglich, jede einzelne Position aufzuführen und mengenmäßig festzulegen, weil damit jeder Überblick verloren ging. Der WStb schloß sich daher dem System an, daß der mit der Aufstellung der Kriegsstärke- und Ausrüstungsnachweisungen beim Allgemeinen Heeresamt beauftragte Oberst G u n d e l l in mühevoller und dankenswerter Arbeit festgelegt hatte. Dieses System ging davon aus, daß es darauf ankam, zunächst einmal gewisse

A C05086

H2296 – 0073

Begriffe und Regeln zu schaffen, nach denen die Ausrüstung des Heeres zu erfolgen hatte. Hierzu hatte Oberst G u n d e l l die unzähligen und verschiedenen einzelnen Gegenstände, die im Heer gebraucht wurden, in sogenannte "Sätze" geordnet. Damit brauchte nicht mehr mit unzähligen einzelnen Gegenständen, sondern nur noch mit diesen Sätzen, welche festlagen, gerechnet werden. Wieviel von den einzelnen Sätzen je Einheit zu bekommen hatte, legte wiederum ein besonderer Schlüssel fest, sodaß schließlich die Aufstellung der Ausrüstungsnachweisungen zu einem einfachen Rechenexempel wurde. Dieses System wurde für die Aufstellung des Fertigungsplanes ausgenutzt, in dem man aus der ersten Ausrüstung und dem voraussichtlichen Verbrauch im Kriege die Zahl der Sätze festlegte und sie dann entsprechend auf den Fertigungsplan übernahm.

Dieses System des Oberst G u n d e l l war nur bei Heer und Luftwaffe eingeführt. Die Marine war andere Wege gegangen. Der WStb benutzte dieses Gundell' sche System, um in den Beschaffungsfragen auch zu einer gewissen Einheitlichkeit zu kommen und die Sonderwege der einzelnen Wehrmachtsteile auszuschalten. Es mußte zunächst angestrebt werden, daß jedes Gerät nur von einem Wehrmachtsteil beschafft wurde und daß dieser Wehrmachtsteil die beiden anderen mit dem betreffenden Gerät versorgte. Dadurch gelang es auch, die einzelnen Beschaffungsvorhaben zusammen zu ziehen und größere Serien bezw. Massenaufträge zu erreichen. Der Widerstand, den die Wehrmachtteile gegen

A 035067

H2296 -0074

diese Vereinheitlichung lediglich aus Ressortbedenken leisteten, war ganz erheblich und es bedurfte größter Anstrengungen der Offiziere des WStb, um diese, für unsere heutige Auffassung selbstverständlichen Grundsätze zur Durchführung zu bringen.

Überhaupt bestanden seitens der Wehrmachtteile gegen die Aufstellung des Fertigungsplanes die größten Bedenken, weil während des Aufbaues der neuen Wehrmacht der Wechsel nach Art und Menge in den Ausrüstungsnachweisungen und in den Bedarfsberechnungen für den Krieg so groß war, daß es schwierig war, allein die physische Arbeit zu leisten, um den Plan immer auf dem Laufenden zu halten. Trotzdem mußte an dieser jährlichen Riesenarbeit festgehalten werden, um mit dem Fertigungsplan überhaupt erst eine brauchbare Grundlage zu schaffen für das Ausmaß der rüstungswirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen.

Der Gang der Aufstellung des Fertigungsplanes war derart, daß zunächst die Wehrmachtteile ihre Bedarfsforderungen auf allen Gebieten dem WStb vorlegten und dieser die Zusammenstellung und die Nachprüfung der Durchführbarkeit übernahm. Da die Forderungen der Wehrmachtteile teileweise den voraussichtlich wirklichen Bedarf überschritten und oftmals völlig utopische Forderungen gestellt wurden, mußte durch den WStb zunächst geprüft werden, ob diese Forderungen im Rahmen des Fertigungsplanes rohstoffmäßig und kapazitätsmäßig überhaupt erfüllbar waren. Nachdem diese Zusammenstellungen und Überprüfungen erfolgt waren, wurde

A 085068

H2296 - 0075

der Wehrmachtsfertigungsplan in Kraft gesetzt und mengenmäßig auf die einzelnen Wehrwirtschaftsinspektionen den vorgelegten Erkundungsergebnissen entsprechend verteilt. Aufgabe der Wehrwirtschaftsinspektionen war es dann, die Fertigungen auf die einzelnen Betriebe zu verteilen und die Fertigungen in den Betrieben durch Bereitstellung der entsprechenden Rohstoffe, Menschen, Arbeitskräfte, Energiemengen usw. vorzubereiten.

Es liegt auf der Hand, daß jede größere Änderung dieses Fertigungsplanes einen neuen, erheblichen Aufwand an Arbeit hervorrufen und daß eine fortlaufende Veränderung der Betriebsbelegungen für die Mitarbeit der Betriebe sich höchst unangenehm auswirken mußte. Daher wurde vom WStb laufend die Forderung vertreten, daß Änderungen im Fertigungsplan nur einmal im Jahr möglich sind, eine Forderung, die leider bei der Obersten Führung und bei den Wehrmachtteilen wenig Verständnis fand. Trotzdem ist es in den ersten Jahren gelungen, den Fertigungsplan programmäßig fertigzustellen und erst im Jahre 1939 wurde dazu übergegangen, den Fertigungsplan für die Dauer von 2 Jahren festzulegen, weil bei dem steigenden Ausmaß der Rüstung die jährliche Bearbeitung einfach nicht mehr durchführbar war.

Bei der Bearbeitung hat sich der Technische Inspektor H i l l e r vom WStb ganz besondere Verdienste erworben, in dem er in emsigster Arbeit und mit großem Überblick diese schwierige Kleinarbeit hervorragend geleistet hat. Sein früher Tod im Jahre 1940 durch Unglücksfall war für

A 085069

H2296 - 0076

den WStb ein ganz besonderer Verlust.

Auch in der Schaffung des Fertigungsplanes ist von dem WStb eine erstmalige, für die wirtschaftliche Mobilmachung grundlegende Arbeit geleistet worden, der ganz besondere Bedeutung beizumessen war.

A C03070

H2296 – 0077

X.

Die Ausbildung der Wehrwirtschaftsorganisation.

Als im Jahre 1934 zur Aufstellung der Wehrwirtschaftsorganisation geschritten wurde, standen hierfür die wenigen Offiziere des WStb und bei jedem Wehrkreiskommando ein Wirtschaftsoffizier zur Verfügung. Aus diesem kleinen Stamm mußte in kurzer Zeit eine grosse Organisation, die im Kriege die Zahl von weit über 30 000 Persönlichkeiten überschritten hat, aufgebaut werden. Da die Personalämter der Wehrmachtteile es ablehnten, aus dem vorhandenen aktiven Offizierskorps Persönlichkeiten zur Verfügung zu stellen, weil jeder Offizier und technischer Beamter zur Vergrösserung der Wehrmacht benötigt wurde, war der Wehrwirtschaftsstab darauf angewiesen, durch eine energische Werbetätigkeit sich aus Industrie, Handel und sonstigen Berufskreisen ehem. Offiziere und Ingenieure zu suchen, die für den Aufbau der neuen Organisation in Frage kamen. Die Aufgabe wurde dadurch erleichtert, daß in diesen Jahren das Interesse an der Wiederwehrhaftmachung Deutschlands besonders stark auflebte und gerade den Offizieren, die nach Kriegsschluss Unterkunft in der Industrie gefunden hatten, schien die neue Aufgabe einer wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung besonders verlockend. So gelang es in verhältnissmässig kurzer Zeit, einen Kreis von brauchbaren Offizieren und Ingenieuren für die Wehrwirtschaftsorganisation zusammen zu stellen und für die Rückübernahme in die Wehrmacht vorzusehen.

Das Wissen, das diese Offiziere mitbrachten war völlig verschiedenartig. Schon auf dem militärischen Gebiet brach-

A 035071

H2296 – 0078

ten die einen Generalstabskenntnisse, andere technische Erfahrungen, wieder andere nur reine Kenntnisse eines Frontoffiziers mit, ebenso verschiedenartig waren die wirtschaftlichen Kenntnisse. Die einen hatten als Betriebsführer Dienst getan, andere waren kaufmännisch und die Dritten rein technisch beschäftigt gewesen. Die Branchen ihrer Tätigkeit waren völlig verschiedenartig, kurzum, das ausgesuchte Personal hatte in keiner Weise eine Ausbildung, die genügend für eine erfolgreiche Tätigkeit beim Aufbau der Wehrwirtschaftsorganisation sein konnte. Eigen war eigentlich nur allen ein grosses Interesse für den Aufbau der neuen Organisation und der Wunsch im Rahmen der Wehrmacht ihrem Vaterland dienen zu können.

Es kam nun zunächst darauf an, diesem Grundstock der Wehrwirtschaftsorganisation die Ausbildung zu geben, die für ihre Aufbautätigkeit erforderlich war. Hierzu gehörte aber ein vielseitiges Wissen. Zunächst mussten die Persönlichkeiten einmal in das Problem der gesamten Wehrwirtschaft eingewiesen werden, wobei es notwendig war, ihnen nicht nur die theoretischen Begriffe ihres neuen Arbeitsgebietes klar zu machen, sondern wobei es besonders darauf ankam, ihnen die praktische Seite der Wehrwirtschaft beizubringen, sodaß sie die neue Idee auch draussen vor der Wirtschaft mit Erfolg vertreten konnten.

Es wurde dann weiter erforderlich, sie einzuweihen in das im Aufbau befindliche grosse Vorschriftenwerk für die wirtschaftliche Mobilmachung, dessen Kenntnis erst die Möglichkeit für eine praktische wirtschaftliche Mobilmachung in den Betrieben schuf. Alsdann war notwendig, ihnen

AC33072

H2296 -0079

das technische Wissen zu verschaffen, das sie zur Durchführung ihrer Aufgaben in den Betrieben benötigten. Endlich musste ihr Allgemeinwissen auf dem neuen Fachgebiet so gehoben werden, dass sie in der Lage waren, draussen als Künder und Verfechter der neuen Wehrwirtschaftsidee aufzutreten. Daneben mussten auch alle die Ausbildungsmassnahmen laufen, die notwendig waren, um die Offiziere und Beamten der Inspektionen wieder zu einem geschlossenen und ausgerichteten Offizierskaps zu formen.

Die Leitung der Ausbildung lag in den Händen des Chefs des WStb und seiner wenigen Offiziere und wurde in der Hauptsache durch zahlreiche Vorträge dieser Herren in Berlin und in den Unterkunftsorten der Inspektionen sowie durch häufige Besprechungen beim WStb vorgenommen. Erst nach einiger Zeit war es möglich, die Aufgabe den Inspekteuren zu übertragen und sie für die Ausbildung des sich dauernd vergrössernden Offizierskorps verantwortlich zu machen.

Neben dieser Ausbildung der Angehörigen der Wehrwirtschaftsorganisation war es aber notwendig, auch zugleich die Männer auszubilden, mit denen die Inspektionen draussen die Arbeit zu leisten hatten, also die Betriebsführer. Auch hierfür wurde seitens des WStb eine ungeheure Arbeit geleistet, indem durch Vorträge in der Industrie und durch die Zuweisung von entsprechendem Propagandamaterial und Ausbildungsmaterial eine grosse Zahl von Betriebsführern sehr schnell in den Gedanken der Wehrwirtschaft eingeführt und mit dem sie angehenden Gebieten vertraut gemacht wurde.

A 085073

H2296 - 0080

Im einzelnen wird auf diese Arbeit noch im Abschnitt "Das Wehrwirtschaftsführer-Korps" eingegangen werden.

Die fortlaufende Vergrösserung der Wehrwirtschaftsorganisation, das Anwachsen der Aufgaben und das grosse Interesse, was die Wirtschaft an der Entwicklung nahm, führten zu dem Entschluss einen Lehrstab für Wehrwirtschaftsausbildung beim späteren Wi RÜ Amt zu bilden. Durch ihn sollte auch eine grosse Zahl von Fragen untersucht und geklärt werden, die für die Weiterentwicklung der Wehrwirtschaftsidee von besonderer Bedeutung waren. Dieser Lehrstab, der dem Oberst N a g e l übertragen wurde und der am 1.1.1938 seine Tätigkeit übernahm, hat sich auf das Höchste bewährt, weil nur durch seine Tätigkeit die Möglichkeit geschaffen wurde, im Kriege diese ungeheure Ausweitung der Organisation mit vorgebildeten Persönlichkeiten vorzunehmen, wie es besonders durch den Ostfeldzug erforderlich wurde.

Die Lehrstab-Lehrgänge wurden in Berlin abgehalten. Sie dauerten für Neulinge 6 Wochen, für bereits in der Organisation tätige Offiziere und Beamte 14 Tage meist mit anschliessenden Lehrtagungen bei den Wehrmacht-Waffenämtern. Für Sonderaufgaben, wie z.B. der Wirtschaftssachverständigen bei den Inspektionen oder für Offiziere, die die Raumplanung zu bearbeiten hatten, wurden kurze Sonderlehrgänge durchgeführt. Über jeden Lehrgangsteilnehmer wurde bezüglich seiner Eignung und besonderen Befähigung berichtet, um der Personalabteilung Unterlagen für den Einsatz zu geben.

AC05074

H2296 - 0081

Die Aufgabe, eine wehrwirtschaftliche Unterrichtung und Ausbildung durchzuführen, konnte sich nicht darauf beschränken, nur Friedensfertigung und Mobilmachungsvorarbeiten im Rahmen der militärischen Organisation zu lehren. Es war vielmehr nötig, die gesamten Faktoren und verschiedenen Organisationsfragen darzulegen, die mit der Wehrwirtschaft in Zusammenhang stehen. Der Lehrplan umfasste daher die Wehrwirtschaft des Auslandes, aus der die entsprechenden Vergleiche mit der deutschen Wirtschaft und ihrer wirtschaftlichen Organisation gezogen wurden, und später die Landesausnutzung besetzter Gebiete. Nach dem Einsatz der deutschen Wehrmacht in Österreich, im Sudetengau und in Böhmen-Mähren wurde auf Grund der gewonnenen Erfahrungen der Einsatz wehrwirtschaftlicher Dienststellen und Einheiten in besetzten Gebieten in den Vordergrund der Ausbildung geschoben. In Sonderlehrgängen wurde die Heranbildung von IV Wi-Offiziere (die später die Bezeichnung Armeewirtschaftsführer erhielten) auf Grund der damals vorliegenden Erfahrungen betrieben. Der Lehrstab übernahm ferner - in Sonntagstagungen - die Unterweisung der Führungsstäbe der "technischen Kommandos", aus denen später die Technischen Abteilungen entstanden.

Über die weitere Ausbildungstätigkeit im Laufe des Krieges wird an späterer Stelle berichtet.

AOC3075

H2296 -0082

XI.

Das wehrwirtschaftliche Führerkorps.

Schon in den Jahren vor 1933 wurde vom damaligen Chef des Stabes des HWaA der Gedanke erwogen, ein wirtschaftliches Reserve-Offizier-Korps zu schaffen, um mit diesem auf die Offiziersehre verpflichteten Persönlichkeiten im Geheimen wehr- und rüstungswirtschaftliche Fragen behandeln zu können. Die Idee kam aber nicht zur Durchführung, weil in der Wirtschaft und in Sonderheit in der Großindustrie wenig Persönlichkeiten vorhanden waren, die bedingungslos bereit waren, sich für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Der Plan wurde im Jahre 1935 von Seiten des WStb wieder aufgenommen. Der WStb nahm Verbindung mit den Wehrmachtteilen auf und mußte aber feststellen, daß sowohl von den Personalämtern der Wehrmachtteile gegen ein wirtschaftliches Reserve-Offizier-Korps Bedenken erhoben wurden und daß auch bei den Waffenämtern für diesen neuen Gedanken keine ausgesprochene Stimmung bestand. Trotzdem wurde der Plan weiter verfolgt. Es wurde von dem Begriff eines Reserve-Offizier-Korps Abstand genommen und der neue Begriff Wehrwirtschaftsführer-Krops in Vorschlag gebracht.

Der WStb betrieb die Schaffung eines solchen Führerkorps aus folgenden Gründen:

a) es sollte ein Stamm von besonders geeigneten Wirtschaftsführern geschaffen werden, die in ein be-

A 035076

H2296 – 0083

stimmtes militärisches Verhältnis und zur Verfügung der mit der wirtschaftlichen Mobilmachung beauftragten wehrwirtschaftlichen Dienststellen des Reichskriegsministeriums gestellt wurden. Diese Wirtschaftsführer sollten durch eine planmäßige Ausbildung und enge Zusammenarbeit die Vertrauensmänner in der Wirtschaft und die Träger der wehrwirtschaftlichen Idee gegenüber ihren Berufskameraden werden. Sie sollten außerdem die Ratgeber in der praktischen Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung für den WStb, die Waffenämter und ihre Außenstellen darstellen. Endlich sollten aus ihren Reihen im Kriegsfall die Herren gezogen werden, die zur Verstärkung der wehrwirtschaftlichen Dienststellen im Mobfall benötigt wurden.

b) Der zweite Grund lag in dem Bestreben in der Industrie vertrauenswürdige Kräfte heranzuziehen, die in der Lage waren, durch ihre praktischen Kenntniss die Bereitstellung der Fertigungsunterlagen und die sonstigen Vorbereitungen für die wirtschaftliche Mobilmachung in den Betrieben zu verbessern, das Anlaufen der Rüstung zu beschleunigen und die Leistungssteigerung zu erhöhen.

c) Endlich hoffte man durch die Schaffung eines derartigen Führerkorps den Erfahrungsaustausch und den Gemeinschaftsgedanken zwischen den einzelnen Betrieben zu festigen und die aus unbilligen Konkurrenzmetho -

A 003077

H2296 - 0084

den und Preisbildungen im Mobfall zu erwartenden Schwierigkeiten herabzumindern.

Als Wehrwirtschaftsführer sollten nicht nur Betriebsführer, sondern auch Persönlichkeiten ausgewählt werden, die sich für den Gedanken der Landesverteidigung besonders interessierten und die in der Lage waren, bereits im Frieden in der Vorbereitung der Mobilmachung tatkräftig mitzuarbeiten.

Wenn später diese Grundsätze stark verwässert worden sind und man die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer als besondere Ehrung auf Herren aus Berufskreisen, die so gut wie nichts mit der Rüstung zu tun hatten, ausgeweitet hat, so lag das nicht im Sinn der Begründer dieser Organisation.

Seitens der Industrie wurde die Gründung eines Wehrwirtschaftsführer-Korps ganz besonders begrüßt;

einmal aus sachlichen Gründen, weil nur bei entsprechender Auswahl und Ausbildung der Betriebsführer das Anlaufen der Betriebe gesichert war,

dann aus persönlichen Gründen, weil auf diese Art und Weise das Drückebergertum im Kriege ausgeschaltet wurde und den Betrieben im Frieden ein geordneter Aufbau des Mob-Führertums möglich war

und endlich aus disziplinären und psychologischen Gründen, weil nur so die Autorität des Betriebsführers im Kriege den notwendigen Rückhalt im Betrieb erhielt.

Das Wehrwirtschaftsführer-Korps wurde auf Vorschlag des WStb im März 1935 geschaffen, und zwar auf der gesetz-

A[illegible]3078

H2296 - 0085

lichen Grundlage des Hilfsbeamtengesetzes.

Die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer sollte auf Vorschlag der Wehrwirtschaftsinspektionen durch den WStb erfolgen, für kriegs- und lebenswichtige Betriebe durch das RWiM nach vorheriger Einverständniserklärung durch den WStb. Auch diese Bestimmungen wurden auf Betreiben des Reichswirtschaftsministers sehr bald verwässert, in dem einmal der Reichswirtschaftsminister für sich allein in Anspruch nahm, Herren aus der Nicht-Rüstungsindustrie zu Wehrwirtschaftsführern zu ernennen und weil seitens der Partei gefordert wurde, daß auch sie ein Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer haben müsse.

Der Erfolg, der mit der Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer in der Wirtschaft erreicht wurde, war erheblich größer als von Seiten des WStb erwartet wurde. Der Titel Wehrwirtschaftsführer wurde zum Ehrentitel und führte dazu, daß er durch das Reichswirtschaftsministerium erheblich mehr verliehen wurde, als es vorher beabsichtigt war. Immerhin hatte die Schaffung dieser Organisation den gewünschten großen Erfolg und hat dazu geführt, daß die zum Wehrwirtschaftsführer ernannten Industrieführer sich mit den ihnen übertragenen Aufgaben eng verbunden hielten und anstrebten, dem Titel Ehre zu machen.

Die näheren Unterlagen für Aufbau, Organisation und Tätigkeit ergibt das Sammelheft 3). (S.Anl. IX,3).

Der Chef des WStb bemühte sich ganz besonders, die

A 035079

H2296 – 0086

Ausbildung der vom WStb ernannten Wehrwirtschaftsführer möglichst zu fördern und erreichte dieses durch zahlreiche Vorträge, die er teils in Berlin, teils in Industriegebieten hielt und bei denen er den Zuhörern alle neuen Ideen und Erfolge auf dem wehrwirtschaftlichen Gebiet des In- und Auslandes vermittelte und später im Kriege vor allem die Probleme der Kriegswirtschaft und der Verwaltung der besetzten Gebiete behandelte.

Es wurde erreicht, daß bei Kriegsausbruch in ganz Deutschland ein großer Kreis wehrwirtschaftlich geschulter Männer bereitstand , die in der Lage waren, die Mobilmachung der Wirtschaft im Sinne der wehrwirtschaftlich leitenden Stellen durchzuführen und die soweit vorgebildet waren, daß sie ihre Tätigkeit in den wehrwirtschaftlichen Dienststellen mit Erfolg aufnehmen konnten.

AC035080

H2296 – 0087

XII.

Die Zusammenarbeit mit dem Vierjahresplan.

Die erste Anregung zur Aufstellung eines Mehr-Jahres-Planes wurde bereits im Winter 1933/34 von dem damaligen Chef des Stabes des Heereswaffenamtes – Oberstlt. T h o m a s – gegeben, der dem Reichskriegsminister in einer Denkschrift die Notwendigkeit einer Planarbeit auf dem Rüstungsgebiet darlegte und die Aufstellung eines Fünfjahresplanes vorschlug

a) für die Durchführung der Beschaffungsvorhaben der drei Wehrmachtteile im Rahmen der Aufrüstung und

b) für einen planmässigen Aufbau der Ernährungs- und Rohstoffwirtschaft als Grundlage für die Landesverteidigung.

(Leider ist diese Denkschrift nicht mehr auffindbar). Die Denkschrift wurde seinerzeit von dem Reichskriegsminister dem Führer vorgetragen.

Der nächste Anstoss zur Durchführung von Planungen auf dem Landesverteidigungsgebiet wurde im Jahre 1935 durch die Entwicklung der Devisen- und Rohstofflage gegeben. Die ungünstige Ernährungslage Deutschlands hatte dazu geführt, daß in den Jahren 1934/35 erhebliche Devisen bereitgestellt werden mußten, um die großen Lücken in der deutschen Volksernährung zu schliessen. Dieser Devisenverlust musste auf die Dauer die Gesamtwirtschaftslage und damit den Aufbau der Rüstung erheblich belasten. Als im März 1936 der Reichsernährungsminister an den Reichswirtschaftsminister

AOC3081

H2296 - 0088

erneut grosse Forderungen auf dem Devisengebiet stellte, lehnte dies r in einem scharfen Schreiben die Bereitstellung weiterer Bardevisen ab und forderte, daß die ganze Lage auf dem Devisen-, Rohstoff- und Ernährungsgebiet zu einer grundlegenden Untersuchung durch einen Beauftragten des Führers gemacht würde (Abschrift des Schreibens an den Reichsernährungsminister siehe Anl.XII,1). Im April erfolgte auf Grund einer Ministerbesprechung (Niederschrift siehe Anl.XII,2) eine Führerweisung, wodurch der preussische Ministerpräsident G ö r i n g mit der Prüfung und Anordnung aller erforderlichen Maßnahmen zur Besserung der Rohstoff- und Devisenlage beauftragt wurde. Reichsminister Dr. S c h a c h t übersandte am 23.April als Unterlage hierfür einen Bericht über die gegenwärtige Rohstoff- und Devisenlage (siehe Anlage XII,3).

Auf Grund dieser Beauftr gung durch den Führer gab Generaloberst G ö r i n g in einer Ministerbesprechung seinen Plan zur Durchführung dieser Aufgabe bekannt, (Siehe Anlage XII, 4)und ordnete die Bildung eines Rohstoff- und Devisenstabes an, der Anfang Mai 1936 seine Arbeit aufnahm. Als Stabsleiter dieses Stabes wurde Oberstleutnant L ö b eingesetzt, vom Oberkommando der Wehrmacht forderte Ministerpräsident G ö r i n g Oberst T h o m a s für diese Aufgabe an (S.Anl. XII,5).

Durch den Rohstoff- und Devisenstab wurden die ersten Grundlagen für die spätere Tätigkeit des Vierjahresplanes geschaffen.

Die Arbeiten, die Ministerpräsident G ö r i n g anordnete, lagen zunächst auf dem Gebiet der der devisen-

A 0033032

H2296 - 0089

mässigen Finanzierung der Aufrüstung, zum anderen auf der Klärung der Rohstofflage zur Sicherung der weiteren Aufrüstung. Für beide Aufgaben war die Schaffung neuer Devisenbestände die Hauptsache. Über den Weg, der dazu eingeschlagen werden sollte, bestanden zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten Dr. S c h a c h t erhebliche Differenzen. Ein Bericht über eine Ministerbesprechung am 12.5.1936 über diese Frage liegt als Anlage XII, 6 bei. Das Ergebnis dieser Besprechungen war die Erkenntnis, dass der Export erheblich erhöht werden musste, um neue Devisen für den Aufkauf von Rohstoffen aufzubringen und die Erkenntnis, dass der Ernährungsminister gezwungen werden musste, die deutsche Ernährung ohne die bisherige erhebliche Devisenin anspruchnahme sicherzustellen.

Der WStb unterstützte in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit einer erhöhten Ausfuhr gegen die Auffassung der Wehrmachtteile die deutschen Exportbestrebungen mit aller Energie, auch wenn dadurch in einzelnen Punkten der glatte Ablauf der Rüstung auf kurze Zeit gestört wurde.

Die Zusammenarbeit mit dem Rohstoff- und Devisenstab wurde seitens des WStb so geregelt, daß der WStb Umfang und Art der fehlenden Rohstoffe klarstellte und der Rohstoff- und Devisenstab die Durchführung der dazu notwendigen Maßnahmen übernahm.

Als die Erkenntnis von den bestehenden grossen Lücken auf dem Ernährungs- und Rohstoffgebiet und ihre Gefahr für einen Kriegsfall immer grösser wurde, schritt der Führer zur entscheidenden Tat durch Verkündung des Vierjahresplanes auf dem Reichsparteitag 1936. Durch Verordnung vom 18.10. 36

A 035093

H2296 - 0090

wurde Ministerpräsident G ö r i n g mit der Durchführung des Vierjahresplanes beauftragt und ihm die einheitliche Lenkung aller Kräfte des deutschen Volkes und die straffe Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten in Partei und Staat übertragen. Mit dieser Massnahme wurde ein bedeutsamer Teil der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung eingeleitet.

Die Arbeiten des Vierjahresplanes lagen in der Hauptsache auf vier Gebieten:

a) in der Steuerung der deutschen Devisen-Wirtschaft,

b) in der Steuerung der Massnahmen zur Förderung unserer Ernährungsfreiheit,

c) in den Massnahmen zur Besserung unserer Rohstofflage,

d) in der Steuerung des Arbeitseinsatzes für die Rüstung und die sonstigen Vorhaben der öffentlichen Hand.

Die Aufgaben wurden in einer Sitzung des kleinen Ministerrates am 21.10. vom MinisterprÄsident G ö r i n g festgelegt (s.Anl.Aktennotiz XII,7).

Die grosse Bedeutung, die die Arbeit des Vierjahresplanes für die Rüstung hatte, führte zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen des Vierjahresplanes und dem WStb. Der Umfang der zu lösenden Aufgaben nahm stÄndig zu, sodaß aus dem Rohstoff- und Devisenstab bald ein Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe geschaffen wurde. Dieses Amt, das dem Oberst L ö b unterstand, umfasste folgende Abteilungen:

A 005084

H2296 -0091

1 Abt. Gesamtplanung und Statistik unter
Major Dr. C z i m a t i s,

1 Abt. Mineralölwirtschaft unter
Major von H e e m s k e r c k,

1 Abt. Forschung und Entwicklung unter
Dr. K r a u c h,

1 Abt. Finanzierung unter Präsident
L a n g e,

und die Hauptreferate

Eisen und Metalle unter Herrn P l e i g e r,

Textilien unter Herrn K e h r l,

Holz unter Forstmeister von H o m l o y,

Chemie und Kautschuk unter Dr. E c k e l l,

Schiess- und Sprengstoffe unter Major W i m m e r.

Die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen dieses Amtes und dem WStb war sehr eng und führte zu einer erfreulichen positiven Arbeit. Allerdings musste der WStb immer dafür sorgen, dass Einzelvorhaben auf den verschiedensten Gebieten durch übereifrige und ehrgeizige Referenten nicht in übertriebenen Ausmassen aufgezogen wurden, die nicht in den Rahmen der Gesamtrüstung fielen. Bei den oftmals in ihrem Umfang weit übertriebenen Planungen hat der WStb mit klarer Sachlichkeit vielfach den richtigen Boden der Tatsachen wieder hergestellt. Besonderes Interesse wendete der WStb für das Mineralölgebiet auf und alle Bestrebungen, die synthetische Mineralölerzeugung zu erhöhen, wurden mit grosser Tatkraft unterstützt. Diese Feststellung ist besonders wichtig für den weiteren Aufbau der Rüstung, da die Wehr-

A C035085

H2296 - 0092

machtteile und das spätere Reichsministerium für Bewaffnung und Munition immer dazu neigten, den Ausbau der Mineralölindustrie hinter den eigenen Rüstungsvorhaben zurückzustellen. Es wurde daher bei jeder sich bietenden Gelegenheit von dem WStb betont, dass in einem Kriege der Zukunft die Mineralölerzeugung einer der ausschlaggebensten Faktoren für die Erringung des Sieges sein wird und dass die Erzeugung des notwendigen Treibstoffes mal wichtiger sein kann, als die Herstellung von Waffen und Munition.

Der Ausbau der Treibstoffanlagen selbst lag nach Weisung des Beauftragten für den Vierjahresplan bei dem "Amt für Roh-und Werkstoffe", das im Jahre 1938 in die "Reichsstelle für Wirtschaftsausbau" umgewandelt wurde. Da diese Dienststelle dem R.Wi.Min. unterstellt wurde, kehrte die Verantwortung für den Ausbau der Mineralölindustrie nach dreijähriger Irrfahrt wieder in das R.Wi.Min. zurück, ein Vorgang, der der Gesamtförderung nicht gedient hat. Wäre s.Zt., wie vom WStb gefordert, ein hauptamtlicher Treibstoffkommissar eingesetzt worden, wäre vielleicht das Ergebnis der Mob-Vorbereitungen auf dem Mineralölgebiet noch erfolgreicher gewesen.

Mit der Ernährungswirtschaft hat sich der WStb nur am Rande beschäftigt, weil schon vor der Einrichtung des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens das Heeresverwaltungsamt vom Reichskriegsminister beauftragt worden war, die Wehrmachtinteressen bei dem Reichsernährungsminister wahrzunehmen. Da ausserdem zwischen dem WStb und dem damaligen Chef des Heeresverwaltungsamtes, General Karmann, und seinem 1.

A 0050086

H2296 - 0093

Mitarbeiter, Ministerialdirektor P i e c z o k , eine enge Zusammenarbeit bestand und alle die Wehrmacht berührenden Fragen vom Heeresverwaltungsamt an den Wehrwirtschaftsstab abgegeben wurden, bestand kein Anlass, eine Änderung auf diesem Gebiet eintreten zu lassen. Soweit Gesamtfragen der Wehrmacht durch die Ernährungsfragen b rührt wurden, fand ein Zusammenwirken zwischen den zuständigen Zivilstellen, dem Heeresverwaltungsamt und dem Wehrwirtschaftsstab statt.

Im Verlauf des Krieges hat sich die Zusammenarbeit zwischen Wehrwirtschaftsorganisation und Vierjahresplan laufend vertieft.

Die Zusammenarbeit zwischen dem vom Führer ernannten Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident G ö r i n g und dem vom Führer ernannten GBW Reichsbankpräsident Dr. S c h a c h t gestaltete sich weniger erfreulich. Ein in den Anlagen XII, 8 und 9 beigefügter Schriftwechsel gibt die verschiedenen Auffassungen wieder. Die Differenzen führten im Jahre 1938 zu der Ablösung des Reichsbankpräsidenten Dr. S c h a c h t als GBW und seiner Ersetzung durch Reichsminister F u n k .

A 005697

H2296 – 0094

XIII.

Die Erkundung der wehrwirtschaftlichen Kraft der fremden Staaten.

Genau wie die Mobilmachung und Kriegsvorbereitung der Wehrmacht zum grossen Teil auf der Erkenntnis der personellen und materiellen Wehrkraft und der Kriegsvorbereitungen der voraussichtlichen Gegner und der vermutlichen Bundesgenossen fusst, gehört zu einer wehrwirtschaftlichen Mobilmachung die Kenntnis von der wehrwirtschaftlichen Kraft der fremden Staaten.

Schon der Weltkrieg 1914/1918 hatte gezeigt, daß auf diesem Gebiet in unseren Vorbereitungen erhebliche Lücken bestanden. Bei Aufnahme der Arbeiten des WStb stand dieser, auch auf diesem Arbeitsgebiet vor einem Nichts. Die Verbindungen nach dem Auslande waren durch den Weltkrieg abgerissen. Die neuangeknüpften brachten auf dem Gebiet der wehrwirtschaftlichen Erkundung verständlicherweise zunächst nichts. Es wurde daher erforderlich, auch auf diesem Gebiet systematisch neu aufzubauen.

Der Aufbau musste in zweierlei Richtungen gehen.

Zunächst war es notwendig, im WStb einen Kreis von Arbeitern zu schaffen, die möglichst aus eigener Kenntnis des betreffenden Landes und auf Grund ihrer beruflichen Schulung in der Lage waren, wirkliche Sachkenner des betreffenden Landes zu werden. Soweit solche Herren nicht zu bekommen waren, wurden solche Persönlichkeiten herangezogen, die auf Grund ihrer wissenschaftlichen Beschäftigung

A 035038

H2296 - 0095

mit den wirtschaftlichen Problemen des Landes die notwendigen Kenntnisse besassen, um die Entwicklungsmöglichkeiten des betreffendmn Landes im Kriegsfalle beurteilen zu können. Nur gr ndliche Kenner der Materie vermochten sich aus der Unzahl oft propagandistisch gefärbter, zensierter und häufig falscher Nachrichten ein richtiges Bild zu machen, das die Grundlage gab für die zu treffende Entscheidung.

Es gelang dem WStb bis zum Beginn des Krieges einen persönlichen Sachkennerapparat aufzubauen, sodaß sich die Abt. Ausland des WStb bzw. des Wi Rü Amtes im Kriege als ausgezeichnetes Auskunftsorgan nicht nur für die Wehrmacht, s ndern auch für andere Reichsbehörden und für die Wirtschaft erwies.

Die zweite Aufgabe war, die notwendigen Quellen- und Nachrichtenwege zu schaffen, um das erforderliche Wehrwirtschaftsmaterial der betreffenden Länder zusammenzutragen. Dieses war besonders schwer, weil in den einzelnen Ländern, z.B. Italien, nach Weisung des Führers abwehrmässige Erkundungen nicht durchgeführt werden durften. Die Hauptquellen für die Tätigkeit der Abteilung Ausland des WStb wurden:

1. die amtlichen Statistiken der fremden Staaten, die bis kurz vor Ausbruch des Krieges in grossem Umfang zur Verfügung standen, sowie des deutschen Statistischen Reichsamtes.
2. Die Wirtschaftsliteratur der betreffenden Länder.
3. Die in- und ausländische Tagespresse (es werden bei WStb/Ausland rund 50 Tageszeitungen und über 100 Fachzeitschriften laufend ausgewertet).

A 085099

H2296 - 0096

4. Die Industrie-Handbücher.

5. Untersuchungen und Darstellungen deutscher und ausländischer Institute wie zum Beispiel

des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Kiel,

des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitute,

des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung),

des Gmelin-Instituts,

des Reichsamtes für Bodenforschung,

der Volkswirtschaftlichen Abteilungen und Archive grosser deutscher Industrie-Konzerne wie JG-Farben, Siemens, Deutsche Bank, Reichskreditgesellschaft, Metallgesellschaft usw.

6. Wirtschaftsatlanten von Industriefirmen, Behörden und Hochschulen,

7. Berichte der deutschen Waffenattachés bei den diplomatischen deutschen Vertretungen im Ausland.

8. Berichte des Auswärtigen Amtes, Reichswirtschaftsministeriums, Reichsfinanzministeriums, Ernährungsministeriums und der Reichsbank.

9. Austauschkommandos von Offizieren zu den Armeen fremder Länder.

10. Spezialarbeiten militärischer und wirtschaftlicher Fachleute des In- und Auslandes.

11. Besprechungen mit Sachverständigen aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr.

12. Erkundungsfahrten geeigneter Persönlichkeiten ins Ausland (Reise Oberst T h o m a s nach Russland, Major M a t z k y und Dr. R i e m a n n nach England, Obstlt. W a r l i m o n t nach USA usw.).

A 083090

H2296 -0097

13. In besonderem Mass die Ergebnisse der Wehrwirtschafts-erkundungen von Abwehr, sowie Mitteilungen der Abteilung Fremde Heere, des Sonderstabes HWK und der Generalstäbe des Heeres, der Luftwaffe und des Admiralstabes der Kriegsmarine, denen die Erkundung der rein militärischen Lage in den fremden Staaten oblag.

Mit allen diesen Stellen wurde engste Fühlungnahme gehalten, die besonders mit der Abwehr zu fast täglichen Aussprachen führte.

Alle diese Berichte, Meldungen und Veröffentlichungen wurden sorgsamst ausgewertet, und so ergab eine Vielheit oft vielleicht unbedeutend erscheinender Einzelheiten mosaikartig zusammengebaut bald ein abgerundetes Bild, das karteimässig verfolgt stets auf dem neuesten Stand gehalten wurde.

Die Erkundungsmöglichkeiten waren in den in Frage kommenden Staaten sehr verschieden, In Frankreich waren sie verhältnismässig gross, in Russland ausserordentlich gering. In England wurde mit Rücksicht auf den Abschluss des Flottenprogramms genau wie in Italien eine Erkundung zunächst nicht gestattet, sie wurde erst 1938 freigegeben. In den USA verhinderte der damalige deutsche Militär-Attaché eine umfangreiche Erkundungstätigkeit, weil dieser dadurch eine Trübung seines guten Verhältnisses zu den USA befürchtete.

Im Kriege ist der Erkundungsapparat dann erheblich verdichtet worden. Vor allen wurden in fast allen Hauptstädten des besetzten bzw. befreundeten Europas Aussenstellen des

A 035091

H2296 -0098

Wi Rü Amte unter der Bezeichnung WO (Wehrwirtschaftsoffizier) eingerichtet, die eine besonders wertvolle Nachrichtenquelle darstellten. Ebenso brachten die Auslandsbriefüberwachung, die Kriegsgefangenenbefragung und die Überwachung des Rundfunks und des sonstigen Funkbetriebes des Auslandes gute Nachrichten. Näheres darüber ergibt die als Anl. XIII,1 beigefügte Bearbeitung des Major v. P a y r .

Die Erkundung der Wehrwirtschaftskraft der fremden Länder wurde nach einem bestimmten Schema durchgeführt und umfasste folgende Hauptpunkte:

a) Industrielle Leistungsfähigkeit, insbesondere der Rüstungsindustrie, d.h. die Fertigung von Kriegsgerät unter Berücksichtigung von Engpässen, industrielle Zusammenballungen, Grenznähe usw.,

b) Rohstoff- und Energieversorgung, und zwar vorhandene Rohstoffquellen wie auch fehlende Rohstoffe und damit die Abhängigkeit der Rüstungsindustrie von kontinentalen oder überseeischen Importen,

c) Arbeitseinsatzlage und ihre voraussichtliche Verwendbarkeit im Kriege,

d) Ernährungslage,

e) Finanzlage und Finanzkraft eines Landes und seine evtl. Abhängigkeit von Verbündeten,

f) Aussenhandel,

g) Verkehrsverhältnisse im Land und über die Grenzen,

h) Hafenanlagen, Umschlageinrichtungen und deren Verlagerungsmöglichkeiten,

i) Soziale Verhältnisse,

k) Versorgungseinrichtungen.

A 085092

H2296 – 0099

Das Prinzip bei all den genannten Punkten war die Erkundung der tatsächlichen Lage, ihrer Stärken und Schwächen und deren Auswirkungen im Kriegsfall.

Die Ergebnisse der Erkundungen wurden in Gestalt von ländermässig angelegten Ausarbeitungen niedergelegt und zwar wurden meist je nach dem Leserkreis zwei verschiedene Bearbeitungen geschaffen, eine eingehende mit umfangreichen Kartenmaterial für die betreffenden Bearbeiter der verschiedenen Dienststellen und eine zweite verkürzte für die Stellen, die nur eine Gesamt-Orientierung benötigten. Was in dieser Form an Arbeit geschaffen worden ist, ergibt auch die Bearbeitung von Major von P a y r . Festgestellt muss werden, dass noch nie derartig gut fundierte, klar durchgearbeitete und mit umfangreichen Kartenmaterial versehene Länderbearbeitungen wehrwirtschaftlicher Natur bestanden haben wie diese Arbeiten. Sie sind sowohl für die Truppe beim Einmarsch in die betreffenden Länder wie für die Verwaltung bei der Ausnutzung der Länder von ungeheurem Wert gewesen.

Neben diesen Länderbearbeitungen erfolgten, insonderheit im Kriege, laufend Einzelbearbeitungen über Sondergebiete, deren Bearbeitung meist von den Generalstäben der drei Wehrmachtteile angefordert wurden.Ausserdem wurden in grossem Umfange vor dem Kriege und besonders im Kriege wehrwirtschaftliche Beurteilungen aufgestellt, um der Obersten Kriegführung in den betreffenden Kriegsphasen Unterlagen für ihre Entschlüsse zu geben. Auch darüber enthält die Sonderbearbeitung des Major von P a y r eingehende Unterlagen.

A 005093

H2296 - 0100

Im Interesse der Bearbeiter muss aber besonders betont werden, dass die durch die mosaikartig zusammengetragenen Unterlagen für die Beurteilung der materiellen Wehrkraft der Feindstaaten fast mit mathematischer Genauigkeit richtige Zahlen ergeben haben. Ganz besonders haben sich die Beurteilungen der wehrwirtschaftlichen Kraft Russlands und Amerikas in den verschiedenen Zeitphasen später als voll zutreffend erwiesen.

Endlich war es möglich für die Führung des Wirtschaftskrieges eingehendes Material bereitzustellen, das sowohl für die Kriegsmarine wie für die Luftwaffe von besonderer Bedeutung geworden ist.

Die im Jahre 1934 aus kleinen Anfängen aufgebaute Erkundungsorganisation der wehrwirtschaftlichen Kraft der fremden Staaten hat sich im Kriege zu einem ausgezeichneten und nie versagenden Apparat entwickelt, der allerorts, besonders beim Reichsmarschall G ö r i n g , stets hohe Anerkennung gefunden hat.

A 085094

H2296-0101

XIV.

Die wehr- und rüstungswirtschaftliche Lage im Jahre 1937.

Wehrwirtschaftlich stand das Jahr 1937 unter starken Spannungen, da die Ernährungslage und der für die Aufrüstung benötigte Rohstoffbedarf die auf das höchste gespannte Devisenlage stark belastete. Die durch Sondermaßnahme des Beauftragten für den Vierjahresplan beschafften Devisen gingen zu Ende, sodaß erforderlich wurde, den Export mehr als bisher in den Vordergrund aller wirtschaftlichen Maßnahmen zu rücken, um dadurch neue Deviseneingänge für die weitere Stützung der Ernährungslage und für die Fortführung der Aufrüstung zu schaffen. Der WStb hielt es daher für seine Pflicht, einmal die Exportbestrebungen des Reichswirtschaftsministers zu unterstützen, andererseits immer wieder darauf hinzuweisen, daß alle anderen grossen öffentlichen Arbeiten - vor allem die grossen Bauvorhaben - zurücktreten müssen, wenn der Fortgang der Aufrüstung gesichert sein soll.

Näheres ergeben die nachfolgenden Ausführungen.

Rüstungslage:

Das vom Führer auf Vorschlag des Reichskriegsministers angeordnete Rüstungsprogramm der drei Wehrmachtteile konnte dank der ausgezeichneten Leistung der deutschen Wirtschaft und der tatkräftigen Arbeit der Dienststellen der Wehrmacht bis Ende 1936 planmässig durchgeführt werden. Wenn auch das Tempo der Beschaffungsaufträge der Wirtschaft oftmals erhebliche Schwierigkeiten bereitete und Rohstoffschwierig-

AOS3095

H2296-0102

keiten an der Tagesordnung waren, war es doch geglückt, die Forderungen der Wehrmacht terminmässig zu erfüllen. Die für 1937 vorgesehenen Rüstungsmaßnahmen brachten verstärkte Forderungen mit sich, die die Gesamtwirtschaftslage erheblich beeinflussen mussten. In Sonderheit wurde es klar, daß die militärischen Forderungen nicht durchzuführen waren, wenn der Rohstoffverbrauch der anderen Bedarfsträger auf gleicher Höhe blieb. Für das Oberkommando der Wehrmacht kam es darauf an, eine Sicherheit zu schaffen, dass beim Heer die vorgesehene Aufstellung der neuen Verbände und ihre Bewaffnung durchgeführt werden konnte, dass das vom Führer befohlene Kriegsschiffbauprogramm fortgeführt werden konnte und dass bei der Luftwaffe die Umbewaffnung auf die neuen Typen erfolgen konnte. Die Schaffung von Materialreserven, der Ausbau der Rüstungsindustrie, die Landesbefestigung und die Rüstungsvorhaben auf dem Eisenbahn- und Nachrichtengebiet sollten erst in zweite Linie treten, weil es der Obersten Führung darauf ankam, infolge der Personalersatzlage zunächst den Rahmen der Wehrmacht so weit zu spannen, daß unsere heranwachsenden Jahrgänge militärisch ausgebildet werden konnten. Ebenso sollte beim Unterkunftsbau, auf den Luftschutz und auf alles nicht unbedingt Erforderliche zunächst verzichtet werden.

Trotz dieser vom Reichskriegsminister angeordneten Beschränkung in der Rüstung blieb der Stahlbedarf der Wehrmacht aber so hoch, daß der Reichswirtschaftsminister Bedenken für die Gesamtwirtschaft anmeldete. Der Reichskriegsminister erkannte an, daß bei der bestehenden Devisenlage

A 035096

H2296-0103

die Gesamtwirtschaftslage und damit auch die Rüstung durch den dauernd zurückgehenden Export gefährdet sei und beantragte daher die Einführung einer Rohstoffkontingentierung, durch die die Steuerung der Rüstung und der anderen wichtigen Programme vorgenommen werden sollte. Einzelheiten der Kontingentierungsfrage ergibt der Abschnitt "Rohstofflage".

Wenn auch die Kontingentierungsmassnahmen auf dem Rohstoffgebiet der Wehrmacht nicht die Erfüllung ihrer Wünsche brachte, so trug sie doch dazu bei, dass die Rüstungsprogramme der Wehrmachtsteile, soweit sie die erste Ausrüstung betrafen, auch im Jahre 1937 planmässig zur Durchführung kamen. Erhebliche Einschränkungen wurden indessen notwendig beim Heer auf dem Gebiete der Unterkunftsbauten, in der Ausstattung des Kriegsheeres mit Munition und Kraftwagen, im Befestigungsprogramm und bei den operativen Eisenbahnbauten. Die Marine forderte stärkere Stahlzuteilung zur Erweiterung des U-Boot-Programms und zum Bau von Hellingen für den Bau der weiteren Großkampfschiffe, die Luftwaffe forderte Mehrzuweisung, um in Sonderheit die Lage auf dem Munitionsgebiet zu bessern. Diesen Forderungen konnte jedoch nicht nachgekommen werden.

Die Mobilmachungsbereitschaft der deutschen Industrie war durch die grossen Aufträge der Wehrmachtsteile erheblich verbessert worden. Das schnelle Tempo für die Auftragsauslieferung führte aber leider dazu, daß die Heranziehung mittlerer und kleinerer Firmen zur Fertigung von Kriegsgerät nicht so erfolgen konnte, wie es die Vorbereitung der Mas-

A 005097

H2296-0104

senfertigung des Krieges verlangte. Der WStb forderte daher, daß die Waffenämter wenigstens dazu übergingen, kleine Lehraufträge auf die mittleren und kleinen Firmen zu verteilen, um diese für den Mob-Fall praktisch vorzubereiten. Weiterhin wurde den Waffenämtern aufgegeben, möglichst mehrjährige Auftragspläne herauszugeben, um eine Stetigkeit in der Beschäftigung der Industrie zu sichern. Diese Stetigkeit in der Beschäftigung der Betriebe war nicht nur eine Forderung, die der Mobilmachungsbereitschaft der Betriebe diente, sondern auch eine Forderung, die sich erheblich auf die Gestaltung der Preise auswirken konnte.

Endlich wurde vom WStb den Waffenämtern und der Wirtschaft noch die Forderung gestellt, die Belieferung mit Halbfabrikaten und Rohstoffen so zu organisieren, daß dazu möglichst geschlossene Serienfertigung und geringe Transportwege erreicht wurden.

Rohstofflage:

Die Rohstofflage war schon seit dem Jahre 1936 gespannt. Die Forderungen der Wehrmacht auf Zuweisung genügender Rohstoffe glaubte der Reichswirtschaftsminister nicht erfüllen zu können, weil die in Deutschland befindlichen Rohstoffreserven immer geringer wurden und die Beschaffung neuer Rohstoffbestände aus dem Ausland infolge der Devisenlage immer schwieriger wurde. Ausserdem lag ein erheblicher Rohstoffbedarf für die neben der Rüstung laufenden grossen Programme der öffentlichen Hand vor, sodaß von Monat zu Monat zwischen den Bedarfsträgern der Kampf um die Rohstoffzuteilung stärker entbrannte. Zur Regelung dieser Schwierig-

A 085098

H2296-0105

keiten hatte der Führer - wie weiter vorn ausgeführt - den Generaloberst G ö r i n g mit der Überwachung der Rohstoff- und Devisenlage beauftragt. Im Frühjahr 1937 erfolgte auf Antrag des Reichskriegsministers eine Kontingentierung der Rohstoffe, die zunächst eine gewisse Ordnung in die Verhältnisse brachte. Der Wehrmacht wurden durch diese Kontingentierung bei einem Anfall von 1,8 Mill. Stahl pro Monat 300 000 t überwiesen, eine Menge, die einem Bedarf von 750 000 t gegenüberstand. Der Reichskriegsminister fand sich jedoch mit diesem Kontingent ab, weil er einsah, dass die Devisenlage eine schnelle Erhöhung unserer Exportleistung verlangte, um dadurch die Ernährungslage zu bessern und Rohstoffeinkäufe im Ausland vornehmen zu können. Bald zeigte sich jedoch, daß das Kontingentierungssystem nicht funktionierte und daß die Wehrmachtteile nicht rechtzeitig in den Besitz ihrer Kontingente kamen. Der Grund für das Nichtfunktionieren lag darin, daß bei den Betrieben der Stahlindustrie Bestellungen vorlagen in einem Ausmass, die ihre monatliche Produktionsmöglichkeit weit übertrafen, weiter darin, daß von den Bedarfsträgern keine Disziplin in der Durchführung der Stahlversorgung gehalten wurde und endlich darin, daß die durch die Kontingentierung angeordnete Mengenzuweisung an die einzelnen Hauptverbraucher nicht den wirklichen Bedürfnissen entsprach. Der WStb stellte daher am 18. Juni 1937 bei Generaloberst G ö r i n g folgende Forderungen:

a) Die bisherige Kontingentierung wird aufgehoben. Feste Kontingente erhalten nur Wehrmacht und Vierjahresplan.

A 035099

H2296-0106

b) Es darf nicht mehr Stahl verteilt werden, als sicher geliefert wird.

c) Annahme- und Auslieferungszwang für Bestellungen im Rahmen der Kontingente.

d) Scharfe Überwachung des nichtkontingentierten Eisenverbrauchs.

e) Abstellung der Wehrmachtprogramme auf die zugewiesene Stahlmenge.

Diese Forderungen fanden indessen nur teilweise eine Erfüllung, weil die sich dauernd steigernde Vergrösserung der Rüstungsprogramme und der übrigen grossen Vorhaben des Staates zu einer fortdauernden Überschreitung der Stahlzuweisung führte und die Haltung einer Disziplin in der Stahlversorgung untergrub. Der Kampf um den Stahl wurde mit allen auch nicht erlaubten Mitteln geführt. Jede Stelle behauptete, ihr Auftrag sei der Wichtigste und drückte mit allen Mitteln auf eine bevorzugte Durchführung. Leider genügte die Autorität des Reichswirtschaftsministers nicht, um die notwendige Ordnung in die Stahlversorgung hineinzubringen, sodaß der Kampf um das Eisen weitere Jahre hindurch fortdauerte.

Die Lage auf dem Gebiet der Nichteisenmetalle war ebenfalls seit 1936 dauernd gespannt. Durch Bereitstellung von Devisen durch Min.Präsident G ö r i n g gelang es jedoch, die Belieferung für die Wehrmacht noch so zu gestalten, dass die wichtigsten Programme durchgeführt werden konnten. Einschränkungen durch Mangel an Nichteisenmetallen wurden allerdings erforderlich auf dem Gebiet der Munitionsherstellung und beim Ausbau des Fernkabelnetzes.

A 085190

H2296-0107

Der vom Heereswaffenamt schon seit Jahren betriebene Übergang in der Hülsen- und Kartuschfertigung von Messing auf Eisen vollzog sich leider nicht so glatt, wie es geplant war, weil fabrikatorische Schwierigkeiten eintraten und die Beschaffung der dazu notwendigen Maschinen und Werkzeuge durch den Stahlmangel laufend behindert wurde.

Da die durch den Vierjahresplan in Angriff genommenen Vorhaben zur Verbreiterung der Rohstofflage nur langsam anliefen konnten, blieb nichts anderes übrig, als zur Stärkung der deutschen Rohstoffbestände erhebliche Devisenmengen einzusetzen, was besonders kostspielig wurde, weil die Welthochkonjunktur eine erhebliche Steigerung der Rohstoffweltmarktpreise hervorgerufen hatte. Durch den stark steigenden Bedarf der Luftwaffe machten sich auch auf dem Gebiet der Leichtmetalle die ersten Mangelerscheinungen bemerkbar, sodass auch zur Kontingentierung der Aluminiumzuteilung geschritten werden musste.

Die Vorbereitungen auf dem Mineralölgebiet hatten seit 1935 laufend eine Verbesserung erfahren. Der Bau synthetischer Treibstoffanlagen wurde durch die hierfür gegründete Brabag tatkräftig gefördert, auch die Einfuhr-und Vorratslage war befriedigend, sodass man auf dem Flug- und Kraftfahrzeug-Vergasertreibstoff mit einer Deckung des vollen Bedarfs für 4 - 5 Monate, auf dem Diesel- und Heizölgebiet allerdings nur für etwa 2 Monate rechnen konnte. Der Bau reichseigener Tanklager nach militärischen Forderungen war im Gange, auch die Beschaffung der fehlenden Transportmittel war eingeleitet. Trotzdem bedurften die Vorbereitungen

A005101

H2296-0108

bei dem sich dauernd steigernden Grad der Motorisierung grösster Förderung, die der WStb laufend betrieb.

Endlich wies der WStb frühzeitig darauf hin, dass auch Kautschuk, Zellwolle, Schwefelsäure und alle auf der Phenol- und Kresolbasis beruhenden Kunststoffe einer Bewirtschaftung unterzogen werden müssen, um nicht plötzlich rüstungsmässig vor neuen Schwierigkeiten zu stehen.

Ernährungslage:

Die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht hatte bis zum Jahre 1937 wohl gewisse Erfolge gebracht, aber noch nicht dazu geführt, dass eine genügende Sicherung für den Mobilmachungsfall gegeben war. Auf dem Gebiete der Nahrungsmittel bestand eine Auslandsabhängigkeit von etwa 20 %, bei Futtergetreide von etwa 30 %, bei Fetten 50 %. Besonders bedenklich war das Fehlen jeglicher Ernährungsreserven, die einmal zur Überbrückung von Missernten erforderlich waren und die andererseits eine unbedingte Notwendigkeit für den Mob-Fall darstellten. Die Lage auf dem Ernährungsgebiet musste daher in Verbindung mit der gespannten Devisenlage im Jahre 1937 als gespannt angesehen werden und führte dazu, dass seitens der Reichsregierung und des Reichsnährstandes scharfe Massnahmen getroffen wurden, um die Produktion zu heben und möglichst starke Einkäufe zu tätigen. Auf dem Ernährungsgebiet wurde auch dank des dauernden Druckes des Min.Präsidenten G ö r i n g durch die angeordneten Massnahmen eine tatkräftige Mob-Vorarbeit getroffen. Der Erfolg dieser Maßnahmen zeigte sich in der erheblich günstigeren

NG-5102

H2296-0109

Ernährungslage beim Ausbruch des Krieges.

Anlage XIV,1 enthält Ausführungen des Staatssekretärs

B e c k e r zur Ernährungslage im Jahr 1937.

A 005103

H2296-0110

XV.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Massnahmen vom Einmarsch in Österreich (1938 bis zur Mobilmachung (1939).

Das Jahr 1938 brachte gleich zu Beginn für die Wehrmacht erhebliche organisatorische Änderungen und militär-politische Verwicklungen, die auf die Tätigkeit der Wehrwirtschafts-Organisation grossen Einfluss nehmen sollten. Durch den Rücktritt des Reichskriegsministers übernahm am 4.Februa der Führer selbst den Befehl über die Wehrmacht und befahl die Umbildung des Wehrmachtsamtes des bisherigen Reichskriegsministers in ein Oberkommando der Wehrmacht. Der WStb wurde dadurch Amtsgruppe im OKW und hat diese Stellung bis zu seiner Umwandlung in das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt zu Beginn der Mobilmachung beibehalten. Die Gliederung des WStb blieb wie bisher in 4 Abteilungen (WWi, WRü, WRo und PrPrüf).

Die am 12. Februar stattgefundene Besprechung des Führers mit dem österreichischen Staatskanzler Schuschnigg führte zu den militär-politischen Massnahmen gegen Österreich, die am 13.März mit dem Einmarsch in Österreich ihre Beendigung fanden. Dieses Unternehmen gegen Österreich, das unter dem Decknamen "Unternehmen Otto" in kurzer Zeit vorbereitet wurde, hat eine Fülle von Erfahrungen mit sich gebracht, die für die Vorbereitungen der Mobilmachung und vor allem für die wirtschaftlichen Vorbereitungen von aller grösstem Wert waren und im Laufe des Jahres durch Änderungen der Mobilmachungsbestimmungen ihre Auswirkung gefunden haben.

A 085104

H2296-0111

Es sei daher zunächst auf die Erfahrungen, - soweit sie die wehrwirtschaftliche Organisation betreffen - eingegangen.

Ein eingehender Bericht des WStb vom 11. April 1938 spricht sich darüber wie folgt aus:

"Das Unternehmen war ohne Beteiligung des WStb vorbereitet und ausgelöst worden. Die Folge war, dass die militärischen Massnahmen in der Wirtschaft ein grosses Durcheinander hervorriefen und sowohl für die Truppe wie für die Wirtschaft zunächst unerfreuliche Zustände verursachten.

Weiterhin zeigte sich, dass das Fehlen klarer Bestimmungen über die Zuständigkeiten der zivilen und militärischen Dienststellen den Ablauf der Mobilmachungsmassnahmen erheblich störte. Das Fehlen der Wehrwirtschaftsordnung und von Bestimmungen über eine übergeordnete Personalbewirtschaftung der gesamten Bevölkerung und über die Transportmittelbewirtschaftung führte zu unerfreulichen Kompetenzstreitigkeiten. Wenn trotzdem der Ablauf der militärischen Massnahmen noch zufriedenstellend glückte, lag es daran, daß sich alle Stellen, in Sonderheit die zivilen Dienststellen an die Wehrwirtschaftsinspektionen wandten und diese in der Lage waren, die Belange der gesamten Wirtschaft gegenüber der Wehrersatz-Inspektion zu vertreten."

Der WStb forderte daher beschleunigte Herausgabe des Reichsverteidigungsgesetztes, der Wehrwirtschaftsordnung und die Veröffentlichung des Volksdienstgesetzes sowie einer Vorschrift "Die Versorgung der Wehrmacht". Weiterhin wies der WStb darauf hin, dass schon die Vorgänge bei dem

A 005195

H2296-0112

kleinen Unternehmen Otto den Beweis erbracht haben, dass die Zweiteilung der Kriegswirtschaft in Rüstungsindustrie und übrige Wirtschaft und der Dualismus der Führung durch Wehrwirtschaftsinspektionen und Aussenstellen des GB unmöglich ist und dass ein klarer Führungsanspruch auf die Menschenverteilung, die Rohstoffverteilung und auf die Zuteilung der Transportmittel innerhalb der Kriegswirtschaft festgelegt werden muss. Die Versorgung der Heimat mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsmitteln muss jedoch - nach Ansicht des WStb - in der alleinigen Verantwortung des GB bleiben.

"Die personellen Mobilmachungsvorbereitungen für die Verteilung der Gesamtbevölkerung erwiesen sich insofern als mangelhaft, als der Wirtschaft in vielen Fällen unentbehrliche Arbeitskräfte entzogen wurden und von den Wehrersatzdienststellen unabkömmlich Gestellte einberufen wurden. Hierdurch traten starke Störungen ein, in Sonderheit in der Energiewirtschaft, aber auch in der Rüstungswirtschaft. Es zeigte sich, dass die Bearbeitung der Mob-Vorbereitung in den K- und L-Betrieben völlig in Rückstand war und in keiner Weise den militärischen Forderungen genügte. Besondere Störungen erfolgten dadurch, dass der Wirtschaft die notwendigsten Kraftfahrzeuge entzogen wurden und dadurch die Milch- und Lebensmittelversorgung sowie die Versorgung der Mühlen in Frage gestellt wurde. Wenn durch die mangelhaften Vorbereitungen des GB keine ernsten Folgen für die Frühjahrsbestellungen eintraten, so lag dies nur daran, dass die Einberufenen schnell wieder zurückkehr-

AC05106

H2296-0113

ten und sämtliche bayrischen Landarbeiter aus dem Arbeitsdienst entlassen wurden, und dass endlich die wahllos weggezogenen Schlepper bald zurückgegeben wurden.Auch die Pferdeaushebung gab zu Schwierigkeiten Anlass."

Das Versagen der Organisation des GB und seiner Aussenstellen veranlasste den WStb zu der Forderung, dass der Reichsfinanzminister nun schnellstens die Aussenstellen des GB personell und materiell finanziert, dass die Vorbereitungen für die Kriegswirtschaft wirksam vorwärtsgetrieben werden, und dass ein Kriegsverwaltungsgesetz erlassen wird, welches die Regelung der Arbeiten sicherstellt.

Als Ergebnis der Erfahrungen stellte der WStb fest, dass ein Funktionieren der wirtschaftlichen Mob-Vorarbeiten nur gesichert ist, wenn seitens des GB erheblich eingehendere Vorbereitungen getroffen werden, als bisher, und wenn andererseits aber auch die Wehrmacht klar erkennt, dass die Beanspruchung der Wirtschaft im Mob-Falldurch die Wehrmachtteile ihre Grenzen hat und dass ein Ausgleich der Forderungen der Wehrmachtteile und der der Kriegswirtschaft von einer Dienststelle getroffen werden muss, die nur beim OKW liegen kann.

Wichtige Einzelerfahrungen konnten bei dem Unternehmen auf dem Gebiet der Mineralölversorgung gesammelt werden. Eine Forderung des WStb auf Vermehrung und Fertigstellung der grossen Nachschubtanklager, auf vermehrten Bau von Kesselwagen und Fässern und auf Ausdehnung der Vorarbeiten auf die Mineralölfirmen wurde zur Grundlage für die weiteren Vorbereitungen auf diesem Fachgebiet.

A 085107

H2296-0114

Die wehrwirtschaftliche Organisation fand bei dem Einmarsch in Österreich ihren ersten Einsatz ausserhalb der Reichsgrenzen. Obstlt. N a g e l wurde als VO zu den die Operationen leitenden AOK kommandiert und hatte reichlich Gelegenheit, für diese Tätigkeit die notwendigen Erfahrungen zu sammeln. Er nahm sehr schnell die Verbindung mit der in Österreich bestehenden wehrwirtschaftlichen Organisation auf und übernahm bereits am 15. März die Leitung des in Wien befindlichen Kriegswirtschaftsamtes. Mit Hilfe dieser Dienststelle verschaffte sich der VO sehr schnell ein Bild über die Fertigungsmöglichkeiten im neu besetzten Gebiet und es gelang in den ersten 20 Tagen für 60 Mill. Mark Aufträge unterzubringen, die einer erheblichen Menge von Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot brachten. Der VO nahm auch sofort Verbindung mit der Technischen Nothilfe auf, um etwaige Störungen in der Kraftzuführung oder an sonstigen Stellen zu unterbinden. Ebenso glückte es, dank der geschulten Tätigkeit der nach Österreich gesandten Offiziere der Wehrwirtschaftsorganisation, die Frage der weiteren Herstellung und Ausführung von Kriegsgerät schnell zu regeln, die bestehende Rüstungswirtschaft des neu besetzten Gebietes zu erfassen und in das deutsche Arbeitsverfahren einzuordnen. Ende April erfolgte die Einrichtung der Wehrwirtschafts-Inspektionen Wien und Salzburg und damit die Auflösung des bisherigen österreichischen Kriegswirtschaftsamtes, dessen Leiter Feldmarschall-Leutnant Pflug sich für die Zusammenarbeit vom ersten Tag ab zur Verfügung stellte.

A 035108

H2296-0115

Die beim Einmarsch in Österreich besonders in der Aussenorganisation aufgetretenen Reibungen zwischen den Stellen der Wehrmacht und den Aussenstellen des GBW und die klare Erkenntnis, dass die Vorbereitung auf den Sektor des GBW nicht genügte, veranlassten den WStb, die Forderungen für die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung beim GBW zu verstärken und Klärung in die schwebenden Grundfragen zu bringen. Leider misslang der Vorstoss. Der Ende des Jahres 1937 neu zum GBW ernannte Minister F u n k trug seine Einstellung ohne Beteiligung des OKW's dem Generalfeldmarschall G ö r i n g vor, der am 16.7. in einer gemeinsamen Besprechung mit den beteiligten Dienststellen Richtlinien für die weiteren Arbeiten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Mob-Vorbereitungen gab und bestimmte Entscheidungen traf. Das in der Anlage XV,1 beigefügte Protokoll über die Sitzung, die für das Arbeiten des WStb sehr ausschlaggebend war, zeigt, dass den Forderungen des OKW in wichtigen Punkten nicht nachgekommen wurde. DEr GBW wurde zwar angewiesen, den militärischen Forderungen in weitestmöglichem Umfange Rechnung zu tragen, eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten erfolgte aber nicht. Im Gegenteil wurde OKW verpflichtet, keine weiteren K und L-Betriebe zu Rüstungsbetrieben zu erklären, eine Massnahme, die sich für die Rüstungsvorbereitungen sehr störend auswirkte. Die Wehrmacht wurde angewiesen, sich auf die militärischen Aufgaben des Waffenkrieges zu beschränken und soweit als möglich alle anderen Verantwortlichkeiten abzugeben. Diese Entscheidung musste bei der Tatsache, dass der GBW über-

AC03109

H2296-0116

haupt keine aktionsfähige Organisation hatte, zu grossen Bedenken für die Fortführung der Rüstungsvorarbeiten Anlass geben. Da der Chef des WStb bei dieser Sitzung nicht anwesend war, wurde seitens des OKW gegen diese Entscheidung leider kein Protest erhoben. Die weiterhin für die Mobilmachung im Sonderheit für den Arbeitseinsatz getroffenen Entscheidungen ergibt die Anlage XV,2.

Die bei dem Unternehmen Österreich gemachten Erfahrungen veranlassten das OKW zu dem Entschluss, neue Bestimmungen zu erlassen, die eine Trennung der Mobilmachung der Wehrmacht von der Mobilmachung des zivilen Bereiches vorsah. Es wurde eine Mobilmachung der Wehrmacht ohne öffentliche Verkündung (X-Fall) vorgesehen, wobei jedoch die Möglichkeit gegeben sein sollte, jederzeit aus der alleinigen Mobilmachung der Wehrmacht in die Gesamtmobilmachung von Staat, Volk und Wirtschaft überzugehen. Es sollte davon ausgegangen werden, dass alle Handlungen und Forderungen des X-Falles nur auf die Friedensgesetzgebung gegründet wurden, der Verteidigungszustand nicht erklärt und die Kriegsgesetze nicht in Kraft gesetzt wurden. Die Massnahmen hierfür wurden von seiten des OKW am 5. Juli angeordnet. WStb und GBW machten gegen diese Neuregelung ihre berechtigten Bedenken geltend, da eine der wirtschaftlichen Mobilmachung vorausgehende Mobilmachung der Wehrmacht in der Wirtschaft erhebliche Störungen hervorrufen und den glatten Ablauf der wirtschaftlichen Mobilmachung gefährden mussten. Da die Forderung einer geteilten Mobilmachung aber einer militär-politischen Notwendigkeit entsprang, kam sie gegen die Einsprüche des WStb und GBW zur Annahme.

A 086110

H2296-0117

Die "geteilte Mobilmachung" erforderte für die Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation grundlegende neue Bestimmungen, die durch einen Befehl des WStb vom 11.8.1938 (s.Anl. XV,3) niedergelegt wurden. Die vom GB erlassenen Weisungen enthält die Anlage XV,4. Die Schwierigkeiten, die sich im Falle eines Überganges aus dem X-Fall zur Mobilmachung der gesamten Wirtschaft ergeben mussten, wurden frühzeitig erkannt und haben sich später im Verlaufe des Krieges für die Massenfertigung von Munition und Gerät sehr unerfreulich ausgewirkt. Vom WStb wurde daher immer wieder die Forderung erhoben, eine geteilte Mobilmachung möglichst zu vermeiden und in jedem Falle die planmässige Gesamtmobilmachung zur Durchführung zu bringen.

Den ersten planmässigen Einsatz bei operativen Unternehmungen fand die Wehrwirtschafts-Organisation beim Einmarsch in das sudetendeutsche Gebiet. Den Heeresgruppenkommandos wurden Verbindungsoffiziere des OKW (WStb) zugeteilt, ihnen wurden technische Wehrwirtschaftseinheiten unterstellt und endlich wurden Wehrwirtschaftsstellen z.b.V. bereitgestellt für die Übernahme bestimmter Wirtschaftsgebiete. Die militär-politische Entwicklung bei der Besetzung des sudetendeutschen Gebietes führte dazu, dass sowohl die Verbindungsoffiziere wie die technischen Wehrwirtschaftseinheiten und die WWi-Stellen nur zum geringen Einsatz kamen. Trotzdem brachte die planmässige Vorbereitung des Einsatzes dieser Dienststellen sowie ihre Tätigkeit im sudetendeutschen Gebiet Erfahrungen, die für die späteren Mob-Vorbereitungen ebenfalls von Wert waren. Zunächst wurde von al-

A 005111

H2296-0118

len Stellen anerkannt, dass die Einrichtung der Verbindungsoffiziere des OKW (WStb) bei den Heeresgruppenkommandos sowohl für die Truppe wie für das OKW von grossem Wert ist und eine Notwendigkeit für die heutige Kriegsführung darstellt. Dies zeigte sich besonders auch darin, dass die Chefs der Zivilverwaltung über ihre Aufgaben und Befugnisse meist nicht unterrichtet waren und die VO's ihnen erst die notwendigen Einweisungen in ihre Aufgaben geben mussten.

Wenn auch von den technischen Wehrwirtschaftseinheiten meist nur die Erkundungsstäbe eingesetzt wurden und ein Einsatz der Abteilungen zur Wiederherstellung zerstörter Versorgungsbetriebe oder zu ähnlichen Aufgaben nicht notwendig wurde, so zeigte sich doch schon im sudetendeutschen Gebiet der hohe Wert, den die technischen Wehrwirtschaftseinheiten für die Versorgung der Truppe darstellen. Überall, wo durch Kohlen- oder Arbeitermangel oder durch Streiks der tschechischen Belegschaften Stillegungen drohten, waren die Wehrwirtschaftseinheiten zur Stelle und konnten Stillegungen verhindern.

Ausrüstung und Bekleidung der Einheiten war ungenügend. Auch für die Zusammensetzung der Einheiten brachte das Unternehmen Erfahrungen, sodass auch auf diesem Gebiet die Unternehmung Sudetenlandwertvolle Unterlagen für den Einsatz bei späteren Operationen bot. Die Wehrwirtschaftsstellen z.b.V. kamen nicht zum Einsatz.

Die wehr- und rüstun swirtschaftliche Lage stand während des ganzen Jahres 1938 stark unter den Einflüssen der

A 005112

H2296-0119

militärpolitischen Vorgänge. Der Einmarsch in Österreich und die Besetzung des sudetendeutschen Gebietes verschärften die bereits bestehenden politischen Spannungen und riefen seitens der politischen Führung die Forderung auf Beschleunigung der Aufrüstung hervor. Der sich hieraus ergebende Druck der politischen Führung auf die Oberkommandos der Wehrmachtteile führte dazu, dass jeder Wehrmachtteil die Durchführung seines Beschaffungsprogramms beschleunigen wollte und so die Wehrmachtteile der Industrie gegenüber stark als Konkurrenz auftraten. Dazu kam, dass zu Beginn des Jahres 1938 die Ausbauten am Westwall als besonders dringliches Programm hinzutraten, wodurch der bereits stark überlasteten Wirtschaft neue erhebliche Aufgaben zugewiesen wurden. Diese Aufgaben stiessen sich stark mit dem Rüstungsprogramm der Wehrmachtteile, sodass im Juni 1938 Gen.Feldmarschall G ö r i n g sich genötigt sah, eine Besprechung einzuberufen, in der die Unterbringung der Aufträge für die Westbefestigung in die übrigen Programme festgelegt wurde. Die Auswirkungen der grossen Westbefestigung zeigten sich nicht nur auf dem Rohstoffgebiet (Stahlmangel), sondern besonders auch auf dem Menschengebiet, da seitens der Organisation Todt für die Aufgaben der Westbefestigung zahlreiche Techniker und grosse Arbeitermengen herangeholt wurden, die anderen Programmen entzogen wurden. Ebenso wurde es notwendig, das Transportproblem zu ordnen, da die Westbefestigung sowohl auf dem Eisenbahnsektor wie auf dem Kraftwagensektor erheblichen Raumbedarf in Anspruch nahm.

A 085113

H2296-0120

Seitens der Wirtschaft gingen laufend Klagen ein über die Überbelastung der Betriebe und über den dauernden Wechsel der Auftragsprogramme. Durch fortdauernden Ausgleich und Neuzuführung von Firmen gelang es der Wehrwirtschafts-Organisation und den Waffenämtern, die Rüstungsprogramme trotzdem ziemlich planmässig zur Durchführung zu bringen und die Forderungen der Führung zu erfüllen. Die Hoffnung der Wirtschaft, dass durch das Abkommen von München das Tempo der Aufrüstung verlangsamt und die Überbelastung der Wirtschaft auf ein erträgliches Mass zurückgeschraubt werden würde, ging nicht in Erfüllung, da der Führer die Fortführung des bisherigen Rüstungstempos forderte. Da der Führer ausserdem das Jahr 1942 als erstes Zeitziel für die Rüstung festlegte, wurde es erforderlich, sowohl die Programme der Wehrmachtteile in erhöhtem Tempo durchzuführen, wie die zurückgebliebenen Vorhaben - den Ausbau der Pulver- und Sprengstoffindustrie, der Mineralöl- und Bunaindustrie, die Erweiterung der Werkzeugmaschinenindustrie, die Verbesserung des Energienetzes, den Silobau und die Verbesserung der Transportmittellage - zu beschleunigen.

Die durch die Spannungen des Jahres 1938 in der ganzen Welt angeregte Aufrüstung hatte zu erheblichen Preissteigerungen auf dem Rohstoffgebiet geführt, sodass die dringend notwendigen Aufkäufe von Nichteisenmetallen und sonstigen in Deutschland nicht vorhandenen Rohstoffen besonders schwierig wurde und die Devisenlage stark belastete. Der WStb sah es daher als seine Pflicht an, die bestehenden Exportmöglichkeiten auszunutzen und die Rüstungsprogramme so zu

A 00214

H2296-0121

steuern, dass den Industrien die Möglichkeit von Exportlieferungen verblieb. Im Herbst 1938 traf dann Feldmarschall G ö r i n g durchgreifende Massnahmen zur Verstärkung der Rohstofflage mittels erhöhtem Export.

Der Beginn des Jahres 1939 brachte einen neuen Höhepunkt in der militär-politischen Lage - die Besetzung Böhmen und Mährens durch deutsche Truppen und die Aufhebung der Selbständigkeit der Tschechoslowakei. - Auch diese Operationen wurden wehrwirtschaftlich durch Aufstellung wehrwirtschaftlicher Einheiten vorbereitet, die aber wie im Falle Sudetenland nur in geringem Umfange zum Einsatz kamen. Sofort nach der Besetzung wurde eine wehrwirtschaftliche Inspektion z.b.V. eingesetzt, die sämtliche Aufgaben aus dem tschechischen Generalsekretariat für nationale Verteidigung übernahm und die bereits am 30.3.1939 zur Wehrwirtschaftlichen Inspektion Prag umgewandelt wurde. Als Hauptaufgabe wurde der Inspektion gestellt:

Die Nutzbarmachung der gesamten gewerblichen Wirtschaft des Protektorats für Aufgaben der Reichsverteidigung;

die Überwachung der Kriegsgerätefertigung für In- und Ausland und

die Herbeiführung eines Ausgleichs der von den militärischen und zivilen Reichsstellen an die gewerbliche Wirtschaft des Protektorats zu stellenden Forderungen.

Weiterhin wurde ihr übertragen:

die Unterrichtung des Reichsprotektors über die im Interesse der Reichsverteidigung zu stellenden wirtschaftlichen Forderungen und seine Beratung hinsichtlich der daraus zu folgernden Gesetzgebung;

A 005115

H2296-0122

ferner der industrielle Luftschutz und Werkschutz, sowie die Abwehrmassnahmen in den Betrieben;

endlich die Überwachung der Preisbildung.

Einen Überblick über die für die Reichsverteidigung getroffenen Arbeiten gibt Anlage XV, 5.

Die Lage auf dem Rüstungsgebiet wurde zu Beginn des Jahres 1939 insofern gespannt, als auf Grund eines Vortrages des Chefs des OKM der Führer am 27.1. eine Weisung erliess, dass Marineaufträge allen anderen Aufträgen voranzugehen haben. Das OK der Kriegsmarine brachte diese geheime Weisung des Führers ohne Wissen des OKW zur Kenntnis der Industrie. Hierdurch wurden die Aufträge des OKH und in Sonderheit die der Luftwaffe behindert, weil vor allem bei der Halbzeugindustrie die Heeres- und Luftaufträge denen der Marine nachgeordnet wurden und dadurch erhebliche Lieferverzögerungen eintraten. Da ausserdem die Lieferungen für die Westwallbefestigungen immer grösseres Ausmass annahmen und die Klagen des OKH und der Luftwaffe über Lieferungsverzögerungen dauernd zunahmen, erbat am 30.6. der Chef des WStb über den Chef OKW beim Führer die Festsetzung einer Dringlichkeit, um die Aufträge der beiden anderen Wehrmachtteile in ihren Lieferterminen vorwärts zu bringen. Der Führer ordnete an, dass die Schwierigkeiten der beiden anderen Wehrmachtteile durch Aufweitung der Engpässe in der Industrie beseitigt werden müssten. Wenn es auch gelang, bis zum Kriegsbeginn einige der Schwierigkeiten zu beseitigen, so blieb doch das Grosschiffbauprogramm und das U-Boot-Programm der Kriegsmarine bis zu Beginn des

H2296-0123

Krieges für die Industrie im Vordergrund aller Massnahmen. Die Luftwaffe meldete zu Beginn des Krieges, dass sie durch das Marine-Programm in ihrem Flugzeugprogramm stark gehemmt worden sei.

Auf dem Rohstoffgebiet hatte sich die Lage zu Beginn des Jahres 1939 verschärft. Die Aufrüstungsvorhaben der Wehrmacht blieben infolge der ständig zunehmenden Verkrampfung in der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie terminmässig zurück. Die Gründe hierfür lagen in der Hauptsache in der unzweckmässigen Kontingentierung. Die ausgegebenen Kontingente überstiegen erheblich die Gesamterzeugung an Eisen und Stahl, sodass überall in der eisenschaffenden Industrie überhöhte Auftragsbestände vorlagen und die Liefertermine für Eisen und Stahl bis zu 9 Monaten anstiegen. Ende 1938 waren über 20 % der der Wehrmacht zugeteilten Kontingente nicht ausgeliefert. Dazu kam, dass auf einzelnen Stahlgebieten (dünnwandiger Guss, Stahlguss, Schmiedestücke) Engpässe bestanden, sodass ein Ausnützen der Kontingente nicht möglich wurde. Endlich hatten die Forderungen für die Westbefestigung umfangreiche und tiefgreifende kurzfristige Eingriffe in die Belieferung der Wirtschaft notwendig gemacht, die auch den Gesamtablauf in der Stahlindustrie erheblich störten. OKW und Wehrmachtteile stellten daher Ende Februar die Forderung auf Neufestsetzung von Stahlkontingenten, die der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft entsprachen, und Abstimmung der Aufrüstung und sonstigen Vorhaben auf diese Stahlkontingente. Das OKW forderte ausserdem die Inangriffnahme zusätz-

A C03117

H2296-0124

licher Vorhaben nur nach vorheriger Sicherstellung der Materialbelieferung. Die Forderungen fanden aber zunächst keine Erfüllung.

Die schriftlichen Mob-Vorbereitungen der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation waren für die Betriebe durch die fortlaufende Änderung der Mobilmachung und durch die Möglichkeit der Durchführung einer geteilten Mobilmachung erheblich erschwert worden. Der Chef des WStb gab daher im März 1939 Weisung, die praktische Durchführung der Mobilmachung bei den Betrieben möglichst zu vereinfachen und zu beweglichen und zu praktischeren Formen überzugehen. Das in Anlage XV, 6 beigefügte Merkblatt gibt über die zu treffenden Massnahmen Aufschluss.

ACC118

H2296-0125

XVI.

Die Tätigkeit der Preisprüfung des OKW im Frieden und im Kriege.

Um die Tätigkeit und Bedeutung der Preisprüfung für die deutsche Aufrüstung beurteilen zu können, sind drei Phasen zu unterscheiden: 1.) Die Preisbildung vor der Aufrüstung, 2.) während der Aufrüstung und3.) seit Beginn und im Verlauf des Krieges.

In der Zeit vor der Aufrüstung war die Preisbildung für alle Kampfmittel sowie für die Bekleidung und Ausrüstung mit dem Verfahren der Auftragsvergebung eng verknüpft. Die zu vergebenden Mengen standen im Missverhältnis zu den für die Bedarfsdeckung zur Verfügung stehenden Fertigungsmöglichkeiten. Der Bedarf konnte vorwiegend auf dem Wege der beschränkten Ausschreibung gedeckt werden. Dabei wurden in der Regel nur die Anbieter mit Aufträgen bedacht, die frist- und bedingungsmässig zu den "günstigsten Preisen" liefern konnten (Verdingungspreis). Aber auch diese mit dem Ausschreibungsverfahren erzielten sogenannten günstigen Preise lagen volkswirtschaftlich gesehen hoch. Die Anbieter trafen unter sich Preisabreden, um den Preisstand laufend auf einer gewissen Höhe zu halten. Teilweise bildeten sich Preisringe, die ihre kalkulatorischen Unterlagen gegenseitig austauschten, um eine Nivellierung der Preise herbeizuführen. Jedenfalls kam die gewollte Wirkung, die mit dem Ausschreibungsverfahren erzielt werden sollte, nämlich einen ge-

A 085119

H2296-0126

sunden Wettbewerb herbeizuführen und zu erhalten, in den Angebotspreisen nicht voll zum Ausdruck. Diese üblen Preismanipulationen mussten zunächst einmal durch entsprechende Gegenmassnahmen, soweit als möglich unterbunden werden. Ringbildungen und der Austausch von Preiskalkulationen wurden verboten und unter Strafe gestellt.

Mit dem Beginn der getarnten und später nach der Machtergreifung offenen Aufrüstung erfuhr die Lage eine grundlegende Änderung. Der zunehmende Bedarf zwang zu einer überwiegend freihändigan Vergebung der Aufträge. Man war nicht wie früher in der gleichen Lage, sich zur Deckung des Bedarfs die nach dem Verdingungsergebnis im Preise am günstigsten liegenden Lieferer auszusuchen, sondern sah sich gezwungen, auch Unternehmen mit weniger zweckentsprechenden Betriebseinrichtungen heranzuziehen. Die Kostenlage solcher Unternehmen war anfänglich im Vergleich mit den rationeller eingerichteten Betrieben ungünstig und bedingte höhere Preise. Im Zusammenhang hiermit traten Preisauftriebstendenzen in Erscheinung, die sich mit der Zunahme des Bedarfs und Verteilung der Aufträge auf das Reichsgebiet weiter verschärften. Auch die bis dahin günstig erzielten Preise wurden in die Höhe geschraubt, um den Preisstand nach den höher gelegenen Preisen zu orientieren und den Wettbewerb einzuengen.

Eine Preisbildung verbunden mit dem Verfahren der Ausschreibung war aus diesen Gründen nicht mehr zu verantworten. Es musste zu einer eingehenden Nachprüfung der Angebotspreise der Betriebe nach Massgabe der Kosten- und Leistungs-

A 085130

H2296-0127

gestaltung geschritten werden, um zu einer volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preisbildung zu gelangen. Selbstverständlich war bei der nunmehr einsetzenden Nachprüfung des Kostenaufbaues, der Kostengestaltung und der Preise auf breiter Linie Rücksicht auf eine reibungslose Bedarfsdeckung zu nehmen. D.h. die Gewinnmöglichkeiten aus dem Wehrmachtsumsatz durften nur insoweit eine Einengung erfahren, als erforderlich werdende Verbesserungen und Ausweitungen der Betriebseinrichtungen und Fertigungsverfahren nicht in Frage gestellt wurden. Hierzu bedurfte es der Ausarbeitung eines Preisbildungs- und Prüfverfahrens aufderGrundlage volks- und betriebswirtschaftlicher Erkenntnis, um das Preisgebaren im finanzpolitischen Interesse einheitlich zu steuern. Die erstmalig hierfür von der Preisprüfung erarbeiteten Richtlinien und Verfahrensgrundsätze wurden zunächst intern als Dienstanweisung für die Preisprüfer erlassen. Ihre Anwendung führte zu dem Erfolg, dass die anfänglich in Erscheinung tretenden Preisauftriebstendenzen verhindert und eine allmähliche Senkung der Preise auf ein angemessenes Mass erreicht werden konnte.

Die Rüstungsindustrie brachte dem angewendeten Prüfverfahren Verständnis und Interesse entgegen und wünschte, dass auch ihr die für den Dienstgebrauch herausgegebenen Richtlinien zugängig gemacht würden, um den kalkulatorischen Preisaufbau entsprechend vornehmen zu können. Um diesen Wunsch zu erfüllen, bedurfte es auf Grund der bis dahin gesammelten praktischen Erfahrungen einer Neubearbeitung und gleichzeitigen Erweiterung der Richtlinien, um

A 085121

H2296-0128

sie eindeutig, klar und objektiv zu gestalten, sodass sie im Mob- und Kriegsfall ausnahmslos auf alle neu hinzukommenden Betriebe im Rüstungssektor angewendet werden konnten.

Nach Fertigstellung wurden die Richtlinien und Verfahrensgrundsätze dem inzwischen gesetzlich bestellten Reichskommissar für die Preisüberwachung mit der Bitte um Einverständnis und Genehmigung vorgelegt. Die durch die Praxis erwiesene Zweckmässigkeit veranlasste den Preiskommissar, diese auf sämtliche öffentliche Bedarfsträger in der Form von Richtlinien für die Preisbildung öffentlicher Auftraggeber (RPÖ) und Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber (LSÖ) anzuwenden. Durch Runderlass vom 24.11. 1938 verordnete er die allgemeine Anwendung.

Die in den RPÖ und LSÖ enthaltenen Vorschriften ergänzen sich. In den RPÖ sind die Anweisungen für die öffentlichen A u f t r a g g e b e r niedergelegt, die verpflichtet werden, im Interesse einer einheitlichen, der Gesamtwirtschaft dienenden Preisgestaltung die bestehenden sonstigen Preisvorschriften, die Preisstopverordnung, Spinnstoffgesetz, Lederpreisverordnung, Auslandswarenpreisverordnung usw. und die L e i t s ä t z e anzuwenden. Diese LSÖ wenden sich andererseits an die A u f t r a g n e h m e r und geben lückenlos alle zur Ermittlung des Selbstkostenpreises erforderlichen Bestimmungen an. Führender Grundsatz dabei ist, dass erstens nur die auf das unbedingte betriebsnotwendige Mass begrenzten Kosten bei der Preisbildung berücksichtigt werden dürfen, und zweitens für die

A 005122

H2296-0129

Lieferer der gleichen Erzeugnisse nurder mittlere Selbstkostenpreis anerkannt wird. Aufschluss für die für Tätigkeit und Erfolge der Preisprüfung grundlegenden Bestimmungen der LSÖ in Verbindung mit dem später eingeführten Einheits- und Gruppenpreisverfahren wird in dem alsAnhang beigefügten Merkblatt gegeben.

Im Verlauf der zunehmenden und in schnellerem Umfang durchgeführten Aufrüstung ab 1937 wurde die Rüstungsindustrie gezwungen, durch Aus- und Neubauten die vorhandenen Produktionsbasen wesentlich zu erweitern und Ausweichbetriebe zu schaffen, um für den Kriegsfall gerüstet zu sein, falls durch Feindeinwirkung oder andere Umstände ein Teil der Produktion ausfiel. Hierzu waren erhebliche finanzielle Mittel notwendig und die Versuchung gross, diese neben den bewilligten Voraus- und Abschlagzahlungen soweit irgendmöglich durch entsprechend hohe Forderpreise im Verlauf der zu aufgenommenen Fertigungzu gewinnen.

Die Absicht dabei war, die Verschuldung gegenüber dem Staat oder disponiblem privatem Leihkapital in engsten Grenzen zu halten und das Firmenrisiko zu mindern. Allerdings muss betont werden, dass bis zu einem gewissen Grade durch die Zurückhaltung der Kreditinstitute die Aufnahme von Leihkapital erschwert wurde. Auch diesen erschien das Risiko, das mit einer stark zunehmenden Produktionserweiterung von Rüstungsgütern verbunden war, zu hoch. Der angemessenen Erhöhung des Fremd- und Eigenkapitals aber stand die Emissionssperre hinderlich im Wege. Infolgedessen war der Staat gezwungen, die betroffenen Unternehmungen zur Erfüllung

A 005133

H2296-0130

ihrer Aufgaben durch Bewilligung von Darlehen, verlorenen Zuschüssen finanziell zu unterstützen oder ihnen reichseigene Maschinen für die Produktion zur Verfügung zu stellen.

Bei der unterschiedlichen Finanz- und Betriebsstruktur der einzelnen Unternehmen war eine Vergleichbarkeit der Lieferpreise nicht gegeben, solange die Kosten und Leistungsgestaltung der einzelnen Betriebe unbekannt waren. Auch in dieser Periode traten in noch stärkerem Masse als zuvor Preisauftriebstendenzen in Erscheinung, die zurückgedrängt werden mussten, um den Wert der Geldeinheit nicht absinken zu lassen. Durch die Anwendung der auf die Kosten- und Leistungsgestaltung abgestellten Richtlinien und Verfahrensgrundsätze wurde das Ziel erreicht. Die Preise konnten nicht nur auf ihren ursprünglichen Stand zurückgeführt, sondern darüber hinaus wesentlich gesenkt werden. Nunmehr waren auch die Voraussetzungen gegeben, eine Preispolitik zu Gunsten derjenigen Lieferer durchzuführen, die sich durch echte Leistungen auszeichneten und sich laufend bemühten, eine weitere Steigerung der Produktion herbeizuführen. Denn nur auf diese Weise konnte erreicht werden, dem Leistungsprinzip Geltung zu verschaffen, die rückständigen Betriebe zu rationalisieren, anzuspornen und die Preise der gleichen Erzeugergruppen einander anzugleichen.

Mit K r i e g s b e g i n n wurde die Rüstungsindustrie besonders durch die Einbeziehung der noch in grösserem Umfang für die Konsumgütererzeugung arbeitenden Unternehmen ausgebaut. Die Folge war, dass Preise für diegleichen Erzeugnisse wiederum stark auseinanderklafften, bis der Umstellungsprozess vollzogen war.

A005124

H2296-0131

Nach wie vor war die Tendenz, die Preise im Verlauf des Krieges stabil zu halten, wenn möglich zu steigern, bei den Preisverhandlungen sehr deutlich zu erkennen. Diese Bestrebung sowie auch die beabsichtigte Steigerung wurde durch behördliche Stellen begünstigt in der Meinung, dass durch höhere Verdienste als im Frieden höhere Leistungen zu erzielen seien. Demgegenüber vertrat die Preisprüfung auf Grund ihrer in der Aufrüstungsperiode gemachten Erfahrungen den Standpunkt, dass durch einen berechtigten Druck zur Kostensenkung einerseits und durch die Anerkennung höherer Gewinne nurbei besonderen Leistungen andererseits Leistungssteigerungen erzielt werden können. An dieser grundsätzlichen Auffassung hat die Preisprüfung mit Erfolg festgehalten. Die Rentabilität der gewerblichen Wirtschaft erlitt dabei keine Einbusse sondern blieb voll erhalten und steigerte sich.

Eine neue Ausgangslage für die Preisprüfung entstand im Verlauf der ersten drei Kriegsjahre durch mehrfache Abänderungen der Nachschub- und Rüstungsprogramme sowie durch Änderungen und Neuanschaffung von Kampfmitteln aller Art. Alle diese Umstände beeinflussten die Produktion und Preisbestimmungsgründe von neuem erheblich. Ein annähernder Preisvergleich in Verbindung mit einer Preissenkung zwischen den gleichen Erzeugergruppen liess sich erst allmählich durch entsprechende Anbahnung der Preisprüfung erzielen.

Das Gesamtergebnis war, dass der Preisstand innerhalb der ersten 3 Kriegsjahre um 18 % gesenkt werden konnte. Die

A 085135

H2296-0132

Rentabilität der Unternehmen erfuhr dabei keine Schmälerung. Ihre Liquidität hatte in dieser Zeit zugenommen. Der Wehrmachthaushalt erfuhr durch die fortgesetzte Gegenwirkung der Preisprüfung in der Zeit vom 1.4.1939 bis 31.3.1943 auf Grund nicht bewilligter Forderpreise eine unmittelbare Entlastung von rd. 4,950 Mrd.RM ohne Berücksichtigung der Aufträge, die von vornherein von den Lieferern zu den von der Preisprüfung gesenkten Preisen akzeptiert wurden. Zu dem angegebenen Betrage treten noch Rückzahlungen in bar von rd. 262 Mill.RM aus überhöhten Gewinnen hinzu, ungeachtet der Belastung von Leistungsprämien für erfolgreich durchgeführte Rationalisierung in Höhe von 2,5 % vom Umsatz über den LSÖ-Gewinn hinaus. In derselben Zeit wurden marktgängige für die Wehrmacht in Frage kommende Geräte um etwa 400 Mill.RM gesenkt, sodass sich eine Gesamtentlastung des Haushaltes von rd. 5,61 Mrd.RM ergibt.

Im Vergleich hierzu trat im ersten Weltkrieg eine Preissteigerung der Rüstungsgüter von weit über 100 %, teilweise bis 250 % ein. Während im ersten Weltkrieg die Währung durch die fortschritende Inflation als Folge der ununterbrochenen Preissteigerungen zerstört wurde, konnte sie in diesem Kriege durch ein Festhalten der Preise für die Waren des eigentlichen Bedarfs einerseits und durch die bewirkte Senkung der Preise für die Kampfmittel aller Art andererseits stabil gehalten werden. Das erstere aber wäre nicht möglich gewesen, ohne das letztere, da der Rüstungssektor den weit überwiegenden Teil der Gesamtwirtschaft darstellt.

A 005136

H2296-0133

Dieser Vergleich aus der Vergangenheit und Gegenwart dürfte die Bedeutung und Wirksamkeit der Preisprüfung am besten illustrieren.

Die später Mitte 1942 gebildeten Einheits- und Gruppenpreise basieren auf den bis dahin erzielten LSÖ-Preisen. Sie konnten im allgemeinen um etwa 10 % unter diese Preise gesenkt werden, weil zur gleichen Zeit eine Konzentration der Aufträge auf die leistungsfähigsten Betriebe einsetzte und ein Erfahrungsaustausch durch die Übertragung des Bestverfahrens von einem Betrieb auf den anderen - gesteuert vom Waffen- und Munitionsministerium - Hand in Hand ging. In Auswirkung dieser Massnahmen konnten die Preise nach Ablauf eines Jahres im Durchschnitt weiter um etwa 5 % gesenkt werden. Es wäre müssig, wollte man die Wirksamkeit der Einheits- und Gruppenpreisbildung mit den nach LSÖ gebildeten Preisen in Vergleich setzen, denn ehe man an die Bildung der ersteren herantreten konnte, musste der Preisstand durch laufende Überprüfungen der Kostenlage ausgeglichen und soweit gesenkt werden, dass eine Normierung der Preise von Staats wegen kein allzu grosses Risiko mehr in sich barg. Mit anderen Worten, die LSÖ-Preisbildung war die Grundvoraussetzung für die Bildung von Einheits- und Gruppenpreisen.

Da die Prüfungen und Regulierungen der Preise nach dem LSÖ-Verfahren entfallen, können erst die Jahresabschlüsse der Lieferer ein Bild vermitteln, ob die Preise, gemessen an den verbliebenen Gewinnen, richtig geschätzt wurden oder nicht.

A 085127

H2296-0134

Neben den Preisen der eigentlichen Rüstungsgüter sind die Preise der von der Wehrmacht bezogenen marktgängigen Waren das zweite Haupttätigkeitsgebiet der Wehrmachtpreisprüfung. Die Preise dieser Erzeugnisse, bei denen es sich besonders um Waren des täglichen Bedarfs, ferner um Roh-, Bau-Betriebsstoffe, Halbzeug, Maschinen usw. handelt, bestimmen sich gemäss den Richtlinien für die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen nicht nachSelbstkosten sondern auf Grund bestehender Marktpreise. Die hier gestellte Aufgabe betraf in erster Linie, für den Wehrmachtsbezug Höchstrabatte zu erlangen. Das Ergebnis der darauf abzielenden Preisverhandlungen ist gleichfalls zufriedenstellend. Da vielfach ein grundsätzlicher Gegensatz insofern besteht, als die Verbände und Firmen ihre Vertriebsorganisationen oder Händler einschalten und schützen wollen, die Wehrmacht aber beanspruchte, direkt beim Erzeuger zu Grosshandelspreisen zu kaufen. Es war nicht immer leicht, die übergeordneten Interessen des Staates entsprechend der Kriegswirtschaftsordnung (KWVO) durchzusetzen. Soweit Bestimmungen der Marktordnung, Kartellsatzungen oder Händlerreserve dem entgegenstanden, mussten diese Bindungen im Einvernehmen mit dem Preiskommissar gelockert werden. Noch schwieriger war, wenn bei ungewöhnlich grossen Jahresbezügen ein zusätzlicher Bonus beansprucht wurde, da sich ein solches Preiszugeständnis nicht auf ein einzelnes Gerät, sondern auf ein ganzes Fabrikationsprogramm einer Firma oder sogar eines Industriezweiges erstreckt. Es erwies sich jedoch,

A C35128

H2296-0135

abgesehen von einzelnen Fällen, dass Industrie und Handel Verantwortungsgefühl genug besassen, sich auf die Dauer den Forderungen der Kriegszeit nicht zu verschliessen, und ihre Preise auf die KWVO abzustellen. Neben dem Durchsetzen der Meistbegünstigung wurden durch umfangreiche Vergleiche von Preisen und Qualität bei einer Reihe von Waren die günstigsten Bezugsquellen ermittelt. Wo der Preis- und Qualitätsvergleich nicht möglich war, wie bei Monopolstellungen von Firmen, musste zunächst durch Betriebsergebnisprüfungen festgestellt werden, ob und wieweit die Preise überhöht waren. Die daran anschliessende Preissenkungsaktion hat nicht selten zur Senkung der Katalogpreise um 20 v.H. und mehr geführt. Für die zahlreichen Fälle, in denen Beschaffungsstellen statt unmittelbar beim Erzeuger über den Handel kaufen müssen, wurden des weiteren mit den beteiligten Fachgruppen des Handels Abkommen über die Handelsaufschläge und Mengenrabatte getroffen. Alle mit Fachgruppen, Verbänden und einzelnen Herstellern getroffenen Preis- und Rabattregelungen wurden den zentralen Beschaffungsstellen, Rechnungsprüfstellen, Abrechnungsintendanturen und dem Rechnungshof bekanntgegeben, sodass auch die richtigen Bezugsquellen benutzt und die Preise und Rechnungen im einzelnen auf Richtigkeit geprüft werden können. Zur Kontrolle, ob die bestehenden Preis- und Rabattabreden von den Handelsunternehmen tatsächlich eingehalten werden, wurde eine "fliegende Kolonne" der Prüfungsstelle beim Wehrkreis III eingesetzt. Von dieser wurde eine grosse Anzahl Firmen im

AC05199

H2296-0136

ganzen Reich geprüft und ein erheblicher Teil davon zu Rückzahlungen veranlasst.

Sowohl hinsichtlich der Rüstungsgüter für ausschliesslichen Wehrmachtbedarf als auch der marktgängigen Waren erwuchs der Preisprüfung in den besetzten Gebieten ein weit ausgedehnter Arbeitsbereich. Während die Preise zu Beginn der Besetzung im allgemeinen erheblich unter dem Niveau des Reiches lagen, machten sich meist bald starke preissteigende Tendenzen geltend. Diese waren besonders darauf zurückzuführen, dass sich das Verhältnis zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben in diesen Ländern zu Ungunsten der ersteren verschob. Auch die nicht selten bestehende Ansicht, dass hohe Wehrmachtpreise Sympathien in den besetzten Gebieten erwerben könnten, spielte eine Rolle. Die Preisprüfung vertrat demgegenüber den Standpunkt, dass ein Kaufkraftschwund der fremden Währung schädlich ist, nicht zuletzt deshalb, weil er auf die mit festem Umrechnungskurs verbundene deutsche Währung übergreift. Um zu angemessenen Preisen zu kommen bzw. diese nach Möglichkeit zu halten, mussten grösstenteils erst die rechnungsmässigen Voraussetzungen für einen Nachweis der Kalkulationskosten nach deutschem Vorbild geschaffen werden. Trotz steigender Löhne und Materialpreise und erhöhter Kosten durch Ausfälle infolge von Transportschwierigkeiten u.ä. konnten die Preise für Rüstungsgüter durch gründliche Kostenkontrolle und verbesserte Arbeitsverfahren im allgemeinen unter den vergleichbaren des Reiches gehalten werden.

A 005130

H2296-0137

Neben der Preisbildung und -prüfung der Rüstungsgüter sind ferner die Preise für Bauleistungen, diese allerdings hauptsächlich in grundsätzlicher Hinsicht, bearbeitet worden. Die Tätigkeit erstreckte sich besonders auf die Mitarbeit an der normativen Baupreisregelung. Da zahlreiche Verstösse gegen die Baupreisvorschriften zeigten, dass die einschlägigen Kalkulations- und Preisvorschriften bei den bauvergebenden Dienststellen nicht immer bekannt waren, wurden diese vielfach über die geltenden Vorschriften zur Baupreisbildung unterrichtet und ihnen Richtlinien über die Vertragsgestaltung und Preisermittlung bzw. Preisprüfung zugeleitet. Grundsätzliche Fragen wurden ausserdem in Runderlassen geklärt. Bei Einzelprüfungen wurden die festgestellten Übergewinne dem Wehrmachtfiskus zum grössten Teil durch freiwillige Vereinbarungen mit den Firmen wieder zugeführt.

Die durch Zusatz- oder Stillegungsforderungen der Firmen veranlassten Teilprüfungen führten in fast allen Fällen dazu, dass diese fallen gelassen oder stark herabgesetzt wurden. Die Prüfungen erstreckten sich auch auf das besetzte Gebiet. In Frankreich wurde dergrösste Teil der von Wehrmachtdienststellen vergebenen Bauaufträge erfasst und dabei allgemeine Senkungen der Vertragspreise durchgeführt. Im Zuge der Zusammenarbeit mit den beteiligten Reichsbehörden wurde veranlasst, dass von den Finanzbehörden detaillierte Meldungen über Firmen, die Übergewinne bei Wehrmachtbauten erzielt haben, erstattet wurden. Dadurch war es möglich, in vielen Fällen ohne Durchführung eigener zeitraubender Prüfungen die Wehrmachtdienststellen zu veranlassen, geeig-

A C85131

H2296-0138

nete Schritte zu unternehmen, um das Entstehen unzulässiger Gewinne schon während des Baues zu verhindern.

Die Fortschritte der Kriegstechnik sowie unerwartete Wendungen im Kriegsverlauf erforderten eine teilweise Umsteuerung der Rüstungsproduktion. Im Herbst 1940 wurde daher eine Gruppe für die Prüfung von Firmenansprüchen aus widerrufenen oder angehaltenen Aufträgen gebildet, deren Tätigkeit sich zu einem neuen wichtigen Arbeitsbereich entwickelte. Gegenstand der Prüfungen waren zunächst die zahlreichen, nach dem Westfeldzug zurückgezogenen Munitionsaufträge, für die ein besonderes Restabgeltungsverfahren entwickelt wurde. Dieses wurde bald auf Rüstungsaufträge aller Art ausgedehnt. Später wurde das Prüfungsgebiet besonders durch die Anordnungen der Reichsstelle für Eisen und Stahl und des Munitionsministers zur Mobilisierung von Eisenreserven erweitert. Die Abrechnung von ruhenden Aufträgen, deren späterer Wiederanlauf beabsichtigt war, musste infolgedessen dadurch sofort durchgeführt werden.Auch diese mit Hilfe des mehr und mehr verfeinerten Restabgeltungsverfahrens durchgeführten Prüfungen habenein günstiges Ergebnis gezeitigt. Von Oktober 1940 bis Ende September 1942 wurden rund 2 000 zurückgezogene Aufträge abgewickelt, wobei die gestellten Forderungen um fast 1/3 herabgesetzt wurden. Nebenbei erwähnt sei, dass diebei den Prüfungen gesammelten Erfahrungen noch in anderer Hinsicht Bedeutung haben. Da es sich bei den Abgeltungsverfahren um eine Art wirtschaftlicher Teilmobilmachung handelt, liefern aie wertvolle Unterlagen für die Umstellung der Kriegswirtschaft auf den Friedensstand.

A0051D2

H2296-0139

Aus den verschiedenen weiteren Gebieten des ausgedehnten Arbeitsbereiches der Wehrmachtpreisprüfung sei noch auf die Beanspruchung bei der Finanzierung der Wehrmachtaufträge durch Kredite und Beihilfen hingewiesen. Auf dem Gebiet des allgemeinen Vertragswesens hat Preispr. ebenfalls eine vielfältige, besonders die grundsätzlichen Fragen betreffende Tätigkeit entfaltet, um die Einheitlichkeit zwischen den Wehrmachtteilen sicherzustellen. Die dabei geleistete Arbeit entzieht sich einer summarischen Erfassung. Erwähnt sei nur die Revision der Vertragsbeziehungen zwischen Rüstungsfirmen undVertretern, die auf Grund einer eigens durchgeführten Erhebung in zahlreichen Fällen erfolgte und durch Senkung der überhöhten Vertreter-Provisionssätze bedeutende Ersparnisse herbeiführte.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Gewinne in dem Rüstungssektor durch die Überwachung, Prüfung und Regulierung der Preise nach den durch die Preisprüfung ausgearbeiteten und angewendeten Verfahrensgrundsätzen auf einer volkswirtschaftlich gerechtfertigten Höhe gehalten werden konnten, und zwar im Gegensatz zu den Feindstaaten. Dort gilt der Grundsatz, dass sich das wirtschaftliche Verhalten am Ertrage und der Gewinnerwartung auszurichten habe. Die Kontrolle der Bücher durch die vereidigten Revisoren beschränkt sich lediglich auf die formale Richtigkeit der Buchungen an Hand der vorgelegten Ausweise. Ein industrielles Rechnungswesen auf Grundvon branchenüblichen Kontenplänen, wie sie unter Mitarbeit der Preisprüfung in Deutschland geschaffen und verfeinert wurden, kennt man in den Feindstaa-

A C05133

H2296-0140

ten nicht. Infolgedessen fehlen auch die Grundvoraussetzungen für einen einwandfreien kalkulatorischen Aufbau der Preisberechnung.

Die feindlichen Westmächte haben es nicht durchzusetzen vermocht, zur Beurteilung der Angebotspreise die Preiskalkulationen heranzuziehen, sondern schöpfen zu hohe Kriegsgewinne nachträglich allein durch Steuermassnahmen ab. Sie konnten nicht verhindern, dass ein ansehnlicher Teil der Rüstungsindustrie, insbesondere solcher, die ihre Produktionskapazität durch Neugründungen erweitert hat, 30 % und noch weit höhere Prozentsätze Dividende verteilte, trotz der scharfen Bestimmungen des Kriegsbesteuerungsgesetzes. Hieraus lässt sich erkennen, dass der Weg, Kriegsgewinne nur durch Steuermassnahmen abzuschöpfen, eine Halbheit bleibt, wenn nicht die Beurteilung der Preise bei der Preiskalkulation einsetzt und das Entstehen von Übergewinnen von vornherein verhindert wird. Man muss das Eine tun, darf aber das Andere nicht lassen. Die unkontrollierte Preisberechnungsfreiheit ist eine Schwäche dieser Preispolitik. In Deutschland dagegen konnte durch die in den LSÖ herausgearbeiteten preiskalkulatorischen Verfahrensgrundsätzen sowie durch die eingeführten betrieblichen Nachprüfungen bei planmässigem Einsatz der Prüfer das eingangs erwähnte weit mehr befriedigende Ergebnis erzielt werden. Die Gewinne hielten sich in dem Rahmen, der volkswirtschaftlich im Sinne der Erhaltung und des Wachstums der Produktion gerechtfertigt ist. Die ausgesprochenen Rüstungsunternehmen konnten nur durchschnittlich 6 % Dividende zur Ausschüttung

A 005134

H2296-0141

bringen, und das auch bevor der Ertrag der Aktie allgemein durch entsprechende Massnahmen auf diesen Durchschnittsstand gesenkt wurde.

Der Gesamtkomplex der einschlägigen Fragen beginnend mit dem Finanzierungsproblem, der zahlenmässigen Entwicklung der Kriegsfinanzen und die getroffenen steuer-, spar- u. preispolitischen Massnahmen sowie deren Auswirkungen ferner die organisatorische Gestaltung der Amtsgruppe auf Grund des zunehmenden Aufgabengebietes ist von Min.Dir. Z i e h m in einer Denkschrift über "Aufgaben, Tätigkeit und Ergebnisse des Vertrag- und Preisprüfwesens im OKW in den Jahren 1939/43" aufgezeigt worden.

Verfügung des OKW/Wi Rü Amt/Preispr. Nr. 577/42 A. Die LSÖ als Grundlage der Preisbildung in der Rüstungswirtschaft siehe Anlage XVI, 1.

A C05135

H2296-0142

167

XVII.

Die wehr- und rüstungswirtschaftliche

Lage bei der Mobilmachung.

AC05136

H2296-0143

XVII.

Die wehr- und rüstungswirtschaftliche Lage bei der Mobilmachung 1939.

Der WStb hatte sich von Beginn seiner Tätigkeit an auf den Standpunkt gestellt, dass es seine Aufgabe ist, alle wehr- und rüstungswirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen auf einen langen Krieg abzustellen. Er vertrat dabei die Auffassung, dass, wenn sich die Völker zu einem neuen Kriege entschliessen, dieser Krieg um Sein oder Nichtsein geführt wird und alle Kräfte des Volkes und alle materiellen Mittel des Landes in Anspruch nehmen wird. Aus dieser Begründung heraus vertrat der Chef des WStb bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Grundsatz, dass man in seinen wirtschaftlichen Massnahmen nie mit der Durchführung eines schnellen Blitzkrieges rechnen sollte und auf wehr- und rüstungswirtschaftlichem Gebiete entsprechende vorbereitende Massnahmen auf weite Sicht zu treffen habe. Dieser Standpunkt wurde sowohl bei den vorgesetzten Dienststellen wie in öffentlichen Vorträgen und bei sonstigen Gelegenheiten vom WStb immer wieder betont. Der WStb wurde hierzu noch besonders veranlasst, weil die deutsche Aufrüstung in den Jahren 1933-1938 sich auch in erster Linie auf die Breitenrüstung (Aufstellung neuer Verbände und Ausrüstung dieser) verlegte, während die Tiefenrüstung (Bereitstellung von Nachschub, industrielle Vorbereitungen, Bevorratung mit Rohstoffen) bei der geschwächten Devisenlage des Reiches

AC05237

H2296-0144

sehr vernachlässigt werden musste. Diese mangelnde Bevorratung gab noch insofern zu denken, als die deutsche Wirtschaft bei Kriegsausbruch 1939 nicht die innere Fülle und Stärke hatte wie bei Kriegsausbruch 1914, da durch die mehrjährige Aufrüstung und die sonstigen grossen staatspolitischen Vorhaben verbunden mit der durch die Ernährungslage stark angegriffenen Devisenlage die Wirtschaftslage in der Gesamtheit angespannt war.

Der WStb musste sich bei seinen Berechnungen ausserdem auf den Standpunkt stellen, dass die deutsche Wehrmacht aus dem mitteleuropäischen Raum zu versorgen war und dass ihr die Kraftquellen, die ja später durch die militärische und politische Führung und durch die Leistungen unserer Truppen in den besetzten West- und Ostgebieten angefallen sind, nicht zur Verfügung standen. Unter dieser Annahme musste man die deutsche Versorgungslage für einen Krieg ernst betrachten und es musste das Bestreben sein, vor dem Krieg soweit als irgend möglich Vorräte an Verpflegung und Rohstoffen anzuhäufen, um für die erste Kriegszeit gerüstet zu sein. Dank der Tätigkeit des Vierjahresplanes glückte es, in den Jahren vor dem Kriege gewisse Aufkäufe durchzuführen, die eine gute Grundlage für die erste Kriegszeit gegeben haben. Mit den Spannungen des Jahres 1938 wurden diese Aufkäufe immer geringer, weil England und Amerika Massnahmen trafen, um die Einfuhr nach Deutschland möglichst lahm zu legen.

Die Lage bei Ausbruch des Krieges kann wie folgt skizziert werden.

A 0055238

H2296-0145

Die Ernährungslage hatte sich auf Grund der guten Ernten 1938/39, durch einen erheblichen Einsatz von Devisen zum Ankauf von Fetten und Futtermitteln und durch die Maßnahmen des Min.Präs. G ö r i n g und des Reichsnährstandes so gebessert, dass man die Lage auf dem Ernährungsmittelsektor bei Kriegsausbruch als leidlich günstig bezeichnen konnte. Bei Brotgetreide bestanden Vorratsreserven von 6 - 6,5 Mill. t, bei Fetten in Höhe von etwa 0,5 - 0,6 Mill. t. Die Erzeugungsschlacht der vergangenen Jahre hatte zweifellos Erfolge gebracht. Immerhin bestand wertmässig gerechnet auf dem Gebiet der Nahrungsmittel eine Auslandsabhängigkeit von etwa 20 %. Die deutsche Fettlücke betrug immer noch gegen 50 %. Der zufuhrsichere europäische Raum bot zwar gewisse Ergänzungsmöglichkeiten bei Futtergetreide und Fleisch, für die Fettversorgung jedoch waren die Einfuhrmöglichkeiten sehr gering. Die Durchhaltemöglichkeit lag in erster Linie bei dem Ausfall der Ernten und der damit verbundenen Möglichkeit, die Vorratsreserven möglichst lange zu halten. Nach dem Kriegsernährungsplan sollte im Kriegsfalle der Fleischverbrauch auf 68 % des Friedensverzehrs sinken, die Fettversorgung auf 57 %. Die Brotversorgung wurde als ausreichend befunden.

Auf dem Rohstoffgebiet war durch die Maßnahmen des Vierjahresplanes und die dauernden Hinweise des WStb auch eine erfolgreiche Vorsorgearbeit geleistet worden, die aber nicht genügte, um die Rohstofflage für einen längeren Krieg zu sichern. Wertmässig war die Auslandsabhängigkeit auf dem Rohstoffgebiet etwa 1/3 des Bedarfs. In der eisenschaffenden Industrie verhielt sich der Verbrauch von Inlanderzen

A 005139

H2296-0146

zum Verbrauch von Auslandserzen in Eisengehalt etwa wie 1 : 3. Unter Berücksichtigung des inländischen Schrottanfalles machte die Auslandsabhängigkeit etwa 45 % aus. Bei den Nichteisenmetallen betrug die Auslandsabhängigkeit unter Berücksichtigung der Altmaterialverwendung für Zink 25 %, für Blei 50 %, für Kupfer 70 %, für Zinn 90 %, für Nickel 95 %, für Bauxit 99 %, bei Mineralölen 66 %, bei Kautschuk etwa 80 %. Die Rohstoffvorräte in den Werken schienen bei Kriegsausbruch gering zu sein, haben sich aber im Laufe der Zeit doch als erheblich grösser herausgestellt, als zunächst angenommen wurde. Im allgemeinen konnte man annehmen, dass die Vorräte im Grossen und Ganzen - soweit sie nicht 100 %ig im eigenen Lande erzeugt werden - für eine Kriegsdauer von 9-12 Monaten ausreichten. Die synthetische Herstellung von Treibstoff, Buna, Zellwolle und den Kunststoffen hatte bei Kriegsbeginn erhebliche Fortschritte gemacht. Sie genügte aber noch in keiner Weise, um die For--derungen der Wehrmacht und Kriegswirtschaft zu decken. Die Kautschukbestände reichten für 5-6 Monate, die Bunaerzeugung deckte den Bedarf von 30 %. Ebenso war die Aluminium-Herstellung gegenüber den Forderungen der Wehrmacht noch im erheblichen Rückstande. Auf dem Treibstoffgebiet bestanden erfreuliche Reserven, die eine gute Grundlage für die ersten Monate der Kriegsführung bildeten. Die Pulver- und Sprengstoffherstellung und die Bevorratung an Pulver und Sprengstoff waren noch erheblich im Rückstand, sodass nach einigen Monaten Grosskampf mit einer Krise auf diesem Gebiete gerechnet werden musste.

A 0051 40

H2296-0147

Die Gold- und Devisenlage war sehr angespannt. Die Reserven betrugen etwa 500-600 Mill.RM. Trotzdem wurde dieser Schwächepunkt nicht ernst genommen, weil die anderen Länder in einem Kriege zweifellos ihre Lieferungen von entsprechenden deutschen Gegenleistungen abhängig machen würden.

Die gewerbliche Wirtschaft lief bei Kriegsbeginn bereits auf Hochtouren. Der Auftragsbestand hatte die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft um etwa 15 % überschritten und es hatten sich durch die jahrelange Überbeanspruchung ein kleines Absinken in der Leistungskurve der Arbeiter ergeben. Die Bauwirtschaft nahm bei Kriegsbeginn erhebliche Kräfte für sich in Anspruch, da der Wert der 1939 vorgesehenen Bauvorhaben etwa bei 30 Milliarden RM lag, wogegen höchstens ein Bauvolumen in Höhe von 12 Milliarden pro Jahr durchführbar war. Die Industrie als solche klagte über das Ausmass der von der Wehrmacht und sonstigen Bedarfsträgern mit <u>besonderer Dringlichkeit</u> geforderten Lieferungen, über das Missverhältnis zwischen Auftragsbestand und Leistungsfähigkeit und über das Durcheinander in der Rohstoffbewirtschaftung. Endlich bestand überall ein Mangel an Arbeitskräften und ein grosser Bedarf an Reparaturen und Erneuerungen bei den Maschinenparks.

Auf dem Transportgebiet kam es seit Herbst 1937 in ständig zunehmendem Masse zu Spannungen, da sowohl bei der Reichsbahn als auch auf dem Lastkraftwagengebiet und bei

AC 55141

H2296-0148

der Binnenschiffahrt die Fahrzeugreserven ziemlich erschöpft waren. Die vom WStb in den Jahren 1937 und 1938 angebrachten Hinweise auf die Notwendigkeit des Einbaues eines Transportprogrammes in die Aufrüstungsvorhaben blieben leider erfolglos, sodass bereits im Winter 1938/39 sich infolge von Transportschwierigkeiten Störungen des Wirtschaftslebens und der Kohlenversorgung gezeigt hatten. Das von der Reichsbahn angesichts dieser Lage verspätet in Angriff genommene Beschaffungsprogramm konnte bis zum Kriegsbeginn nicht zur Durchführung kommen, da die Reichsbahn infolge der anderen wichtigen Rüstungsvorhaben nicht die notwendigen Rohstoffzuteilungen erhielt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, 1.) dass die Wirtschaft bei Kriegsbeginn arbeits- und leistungsmässig auf einem gewissen Höchststande stand, dass aber noch höhere Leistungen hätten herausgeholt werden können, wenn man rechtzeitig eine weitsichtige Planung mit einer Dringlichkeitsrangordnung geschaffen hätte, 2.) dass die Ernährungs- und Rohstofflage wohl für einen kurzen Krieg gesichert war, für einen langen Krieg aber nicht genügte.

Die wehrwirtschaftliche Organisation des OKW stand bei Ausbruch des Krieges voll arbeitsfähig für alle Aufgaben gerüstet. Sie war in der Lage, in kurzer Zeit auch die Organisation aufzustellen, die für grosszügige Operationen im Feindesland und zur evtl. Verwaltung dieses Landes benötigt wurden. Die Organisation des GB hingegen war bei Kriegsausbruch immer noch personell schwach besetzt und ausbildungsmässig noch nicht genügend vorbereitet.

A C05142

H2296-0149

Die Vorbereitung der Massenerzeugung von Munition war in der Aufrüstungszeit nur insoweit vorwärts getrieben worden, als die Maschinenparks zur Fertigung des laufenden und des Ausrüstungsbedarfs benötigt wurden. Dies genügte in keiner Weise. WStb und Heereswaffenamt hätten daher während der Aufrüstung in zahlreichen Denkschriften auf die Schwäche unserer Rüstung auf dem Munitionsgebiet hingewiesen, waren aber immer damit vertröstet worden, dass die Bereitstellung der notwendigen Kapazitäten für die Massenfertigung im Kriege erst am Schluss der Aufrüstung erfolgen könne. Auch wurde oft der falsche Standpunkt vertreten, dass Munition in jeder kleinen Maschinenfabrik und auf jeder Drehbank gefertigt werden könne, wie es im Weltkriege 1914/18 auch gewesen sei. Die Einwendungen des Heereswaffenamtes, dass die heutige Munitionsfertigung moderne Maschinen benötige, wurde nicht beachtet.

Als grosszügige Aktion war die Verbreiterung der Pulver- und Sprengstoffertigung in die Wege geleitet worden. Gen.Feldmarschall G ö r i n g hatte auf Vorschlag des WStb im Jahre 1938 die Ausarbeitung eines Pulver- und Sprengstofferzeugungsplanes angeordnet und die Durchführung dem Gen.Dir.Dr. K r a u c h von der JG-Farben übertragen. Der Plan wurde am 12.7.1938 als sogenannter Karinhallplan aufgestellt und sah bis 1.10.1940 die Schaffung einer Erzeugungsmöglichkeit von monatlich 12 000 t Pulver, 19 000 t Sprengstoff und 4 000 t Kampfstoff vor. Bis zum 1.10.1941 sollten die Kapazitäten betragen:

A 085143

H2296-0150

Pulver	18 000	t
Sprengstoff	24 000	t
Kampfstoff	8 000	t /Mon.

Infolge zahlreicher Schwierigkeiten, insbesondere infolge Fehlens von Devisen für die Maschinenkäufe, geringerer Rohstoffzuteilung und mangelnder Arbeitskräfte konnte das von Dr. K r a u c h vorgesehene Bautempo nicht inne gehalten werden, sodass bei Kriegsausbruch die vorgesehenen Zahlen nicht erreicht waren.

Der WStb hatte daher bei Ausbruch des Krieges gemeldet, dass bei einem grösseren Munitionsverbrauch und bei dem Mangel an entsprechenden Vorbereitungen für die Massenherstellung nach wenigen Monaten der Kampfführung Schwierigkeiten in der Munitionslage eintreten müssten. Diese Tatsache wurde in den Tagen vor der Mobilmachung dem Chef OKW und dem Chef OKH in deutlichster Form klargelegt. Ebenso wurde auf die Lage auf dem Pulver- und Sprengstoffgebiet verwiesen und ein Vergleich unserer Leistungsmöglichkeiten mit denen der westlichen Feindmächte vorgelegt, aus dem die Überlegenheit der Feindmächte nach einem bestimmten Anlauf hervorging. Bei der Hoffnung, den Krieg schnell zu beenden, wurden obige Bedenken vorläufig nicht allzuernst beurteilt. Erst als im Januar 1940 die Notlage eintrat, wurde der Schuldige gesucht.

So waren die Vorbereitungen der mechanischen Munitionsfertigung durch die Nichtbewilligung der fabrikatorischen Vorbereitungen im Frieden bei Kriegsausbruch erheblich im Rückstande. Das seitens des Heereswaffenamtes vorbereitete

A C05144

H2296-0151

Fertigungsprogramm war das F.P. 1938/39. Ende 1938 hatte das Heereswaffenamt auf Veranlassung des WStb einen Munitionserzeugungsplan aufgestellt, der im Jahre 1939 seine Durchführung finden sollte. Dieser enthielt 2 Varianten. Die erste Lösung stellte die Forderung auf Bereitstellung von 37 000 Maschinen, die zum grossen Teil mit Devisen im Auslande beschafft werden mussten. Die zweite Lösung war in ihren Forderungen geringer, jedoch auch so hoch, dass die Mittel hierfür nicht bereitgestellt werden konnten.

Die inzwischen eingegangenen Forderungen der Wehrmachtteile für den F.P. 1940/42 überstiegen die Forderungen des F.P. 1938/39 ganz erheblich, teilweise um das 10-fache, sodass sich das Heereswaffenamt nicht in der Lage sah - nachdem ihm die Bereitstellung der Maschinen für den Munitionserzeugungsplan abgelehnt worden war - diese Forderungen der Wehrmachtteile zu erfüllen. Der WStb forderte daher die Aufstellung eines neuen Munitionserzeugungsplanes, der den gegebenen Möglichkeiten entsprach. In diesem Moment kam es zu den kriegerischen Ereignissen, sodass im Grossen nur der F.P. 1938/39 seinen Anlauf finden konnte. Es steht ausser Zweifel, dass das Heereswaffenamt bei diesen Vorbereitungen stark gehemmt worden ist durch die Nichtbereitstellung der im Munitionserzeugungsplan geforderten Maschinen. Andererseits scheint aber auch die bürokratische Arbeitsweise des Heereswaffenamtes und die Belegung zahlreicher Fabriken, die Munition hätten fertigen können, mit anderem Kriegsgerät und endlich die Nichtausgabe von Lehraufträgen an solche Firmen, den Anlauf des Munitionsprogramms erheblich erschwert zu haben.

A 005145

H2296-0152

Über die Munitionslage bei Kriegsausbruch geben die "Angaben über die deutsche Wehrkraft, Stand 1.9.1939", aufgestellt vom Wehrmachtführungsstab, Aufschluss. Sie zeigen die geringe Bevorratung an Munition im Bereich des Heeres. Nach dieser Aufstellung war bei den Hauptwaffen des Heeres mit einer Bedarfsdeckung von 6 Wochen zu rechnen. An der von dem OKH geforderten Viermonatsbevorratung fehlten bei den verschiedenen Kalibern folgende Mengen:

Pistolenpatronen	etwa	70 %
Inf.Patronen	"	60 %
2 cm Flak	"	70 %
2 cm Kw.K.	"	95 %
lGW	"	88 %
sGW	"	90 %
l.IG.18	"	75 %
s.IG.33	"	65 %
Gebirgskanonen	"	85 %
l.FH.	"	60 %
s.FH.	"	45 %
schwerste Art.Munition	"	75 %.

Bei der Kriegsmarine war die Ausrüstung vollzählig. Bei der Luftwaffe bestand auf dem Bombengebiet ein Soll für 3 Monate.

Die Lage auf dem Arbeitseinsatzgebiet hatte sich, seitdem die Aufrüstung auf vollen Touren lief, erheblich gespannt. Auf vielen Zweigen der Rüstung, besonders dem Metallsektor, bestand ein erheblicher Mangel an Facharbeitern, der bei der Überbeschäftigung der Wirtschaft nicht gedeckt werden konnte.

A 005146

H2296-0153

Die Gründe für den Mangelwaren folgende:

a) In den Jahren vor dem Umbruch ist die Heranbildung von Facharbeiternachwuchs infolge des Rückganges der Wirtschaft schwer vernachlässigt worden, sodass, als die Wirtschaft auf höchste Leistungen gebracht werden musste, und sich der Bedarf für die Rüstung infolge der weitgehenden Mechanisierung und Motorisierung gewaltig erhöhte, ein drückender Mangel entstand. Der Facharbeiterbedarf der Truppe sowohl für ihre militärischen Einheiten als auch für die von ihr in grossem Umfange betriebenen Reparaturstätten wirkte sich in dem gleichen Sinne aus.

b) Die Ersatzverhältnisse der Truppe, die nur über einen verhältnismässigen kleinen Rahmen ausgebildeter Reserven verfügte, erschwerten den Ausgleich zwischen Truppe und Kriegswirtschaft, weil erstere mangels anderen ausgebildeten Ersatzes die der Reserve I und II angehörenden Facharbeiter nur im beschränkten Umfange freigeben konnte.

c) Die Bauwirtschaft, die insgesamt cr. 3 Mill. Menschen beschäftigt und die im letzten Krieg weit über die Hälfte ihres Bestandes bei Kriegsausbruch an andere Wirtschaftsgruppen abgeben konnte, hat diesmal keinerlei Kräfte freigestellt, vielmehr noch Zuschläge gefordert.

d) Der stark angeschwollene und überbesetzte Behördenapparat, der überdies auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft einen erheblichen Leerlauf verursacht hat, ferner erheblicher Einsatz von Kräften, und zwar auch von Fach-

A 005117

H2296-0154

arbeitern bei Polizei und Luftschutz haben den Mangel an Arbeitskräften wesentlich verstärkt.

Die Wehrmacht, in Sonderheit die Luftwaffe, hatte daher frühzeitig bei ihren Hauptrüstungsfirmen Massnahmen zur Schulung von neuen Facharbeitern getroffen und eigene Kurse dafür eingerichtet. Hierdurch wurden die Massnahmen des Reichsarbeitsministeriums zur Schaffung neuer Fachkräfte, auf die an anderer Stelle eingegangen wird, erheblich gefördert.

Besondere Vorbereitungen waren auf dem Gebiet der Räumung und Bergung getroffen worden. Die Räumung hatte den Zweck, die im bedrohten Reichsgebiet ansässige wehrfähige Bevölkerung vor dem Feind in Sicherheit zu bringen und alle Sachen, die für die Kriegswirtschaft von besonderer Wichtigkeit waren, dem feindlichen Zugriff zu entziehen.

Die Räumung war in den Grenzgebieten gegenüber Belgien, Frankreich und Polen vorbereitet worden.

Grundsätzlich erstreckte sie sich auf die Rückführung von

a) Beständen und Einrichtungen der Wehrmacht und des Reichsarbeitsdienstes (Militärräumung),

b) Wehrpflichtigen, kriegsbrauchbaren Pferden und Kraftfahrzeugen ohne Mob-Verwendung (Rückführung der Wehrergänzungen),

c) für die Kriegswirtschaft wichtigem Fachpersonal, Rohstoffen, industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, einzelnen besonders hochwertigen Maschinen (wirtschaftliche Räumung),

A 085148

H2296-0155

d) Verkehrsmitteln und Verkehrseinrichtungen (Verkehrsräumung),

e) Kassenbeständen, Dokumenten und sonstigen wichtigen Akten der Behörden und der Reichsbank (Behördenräumung),

f) Abschub der Bevölkerung aus dem Kampfgebiet.

Das Räumungsgebiet war in zwei Zonen eingeteilt. Die Zone I sollte mit Beginn oder während der Mobilmachung geräumt werden, die Zone II frühestens nach beendeter Mobilmachung. Das Räumungsgut sollte in das Bergungsgebiet zurückgeführt werden, und zwar sollten die industriellen Güter möglichst in gleiche oder verwandte Betriebe geborgen und - soweit möglich - das Wasserstrassennetz dafür ausgenutzt werden. Die friedensmässige Vorbereitung war durch den Oberbefehlshaber des Heeres durch die jährlich erscheinenden Räumungsanordnungen durchgeführt worden. Auf Grund dieser Anweisung waren von allen Dienststellen und Behörden Räumungspläne aufgestellt worden für deren Durchführung die Wehrkreiskommandos die notwendigen Befehle gaben. Nur die Verkehrsräumung wurde zentral durch den Chef des Transportwesens bearbeitet. Die industrielle Räumung war von den Wehrwirtschaftsinspekteuren im Benehmen mit den Aussenstellen des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft vorbereitet. Die praktische Vorbereitung erstreckte sich auf die Erfassung der zurückzuführenden Güter, Vorräte und Personen, auf die Vorbereitung der Rückführungsorgane, auf die Vorbereitung der Verteilung im Räumungsgebiet und auf die Nie-

A 005149

H2296-0156

derlegung von Vorräten für Flüchtlinge an den rückwärtigen Grenzen des Räumungsgebietes.

Für die Durchführung der Räumung waren bei den Wehrkreiskommandos bestimmte Räumungsstäbe gebildet.

Auf wehrwirtschaftlichem Gebiet waren bei Beginn des Krieges die Vorbereitungen soweit abgeschlossen, dass sowohl die industrielle Räumung, wie die landwirtschaftliche Räumung, die Bankenräumung und die Rückführung des Fachpersonals planmässig erfolgen konnte.

Die Durchführung nach der Mobilmachung erfolgte nicht planmässig, weil wenige Tage nach der Aussprechung der Mobilmachung die Räumung den militärischen Dienststellen entzogen und in die Hände der Reichsverteidigungskommissare g elegt wurde.

Neben diesen Vorbereitungen für Räumung und Bergung waren für das Saargebiet in enger Zusammenarbeit zwischen Generalstab, Wi Rü Amt und GBW eingehende Vorkehrungen getroffen worden für die Lähmung der Saarindustrie für den Fall eines überraschenden feindlichen Einbruchs. Die Vorarbeiten waren durch die Wehrwirtschaftsinspektion Wiesbaden in unmittelbarem Zusammenwirken mit der Industrie durchgeführt worden. Durch das Vorschieben der deutschen Westbefestigungen wurden im Juli 1939 die Vorarbeiten eingestellt, da man die Gefahr für das Saargebiet als behoben sah. Im Verlauf der ersten Kriegsmonate haben sich die getroffenen Lähmungsvorarbeiten im Abschnitt Saarbrücken jedoch noch bewährt.

AC85150

H2296-0157

XVIII.

Der Ablauf der wirtschaftlichen Mobilmachung.

A C35151

H2296-0158

XVIII.

Der Ablauf der wirtschaftlichen Mobilmachung.

Bevor auf den eigentlichen Ablauf der wirtschaftlichen Mobilmachung eingegangen wird, halte ich es für meine Pflicht, auf die Einstellung hinzuweisen, die ich als Chef des WStb zu der wehrwirtschaftlichen Möglichkeit einer erfolgreichen Kriegführung in den Augusttagen 1939 eingenommen habe. In diesen Tagen fanden beim damaligen Generaloberst K e i t e l zahlreiche Besprechungen statt, in denen die Kriegsbereitschaft und der Rüstungsstand zwischen uns und den zu erwartenden Feindstaaten besprochen wurde. In allen Besprechungen wurde von mir der Standpunkt vertreten, daß ein Krieg gegen Polen für uns kein Problem bedeuten könne, daß aber für einen großen Weltkrieg von langer Dauer unsere wirtschaftliche Rüstung noch zu schwach sei und daß im Fall eine Weltkrieges sofort durchgreifende Maßnahmen im Sinne eines totalen Krieges durchgeführt werden müßten. Diese Bedenken und die daraus sich ergebenden Forderungen fanden jedoch kein Gehör.

Der Ablauf der deutschen Mobilmachung im Jahre 1939 wurde auf das höchste durch den Gang der militärpolitischen Lage beeinflußt und stand im Zeichen der zeitlichen Überraschung des Gegners. Die bei den Operationen gegen Österreich, Sudetenland und Tschechoslowakei gemachten Erfahrungen, die zur geteilten und getarnten Mobilmachung geführt hatten, bildeten die Grundlage für die zu treffenden Maßnahmen. Die seit Juli zwischen Deutschland und Polen beste-

AOC05152

H2296-0159

hende Spannung wurde ausgenutzt, um zunächst alle die Maßnahmen zu treffen, die für einen überraschenden Angriff gegen Polen erforderlich waren. Hierzu gehörte auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet die Beschleunigung der Rüstungslieferungen, die in Sonderheit von den Wehrmachtteilen betrieben wurde und für die Wehrwirtschaftsorganisation die Aufstellung der wehrwirtschaftlichen Einheiten, die den Angriffsarmeen beizugeben waren.

Ab 1.8. erfolgte die Aufstellung und Einweisung der VO des WStb, die den AOK zugeteilt wurden, am 24.8. die Aufstellung der wehrwirtschaftlichen Einheiten für die betreffenden Angriffsarmeen. Am 25.8. erging die Ausgabe des Befehls für die getarnte Mobilmachung, wobei als erster X-Tag der 26.8. befohlen wurde (s. Anl. XVIII,1 und Anl. XVIII,2). Damit war die Mobilmachungsform befohlen, die für die wirtschaftliche Mobilmachung die ungünstigste Form darstellte. Die seitens des WStb noch am 24.8. erneut zur Sprache gebrachten Bedenken gegen die getarnte Mobilmachung wurden vom Chef OKW zurückgewiesen, weil seitens der Obersten Führung die Auffassung vertreten wurde, daß ein Krieg gegen Polen keine allgemeine Mobilmachung erforderlich mache und eine andere Form aus politischen Gründen nicht in Frage kommen.

Am 25.8., 18,30 Uhr erfolgte die Ausgabe eines Auszuges des X-Falles andie Wehrwirtschafts-Inspektionen (Auszug s. Anl. XVIII, 3).

Der Befehl vom 25.8. bestimmt ausdrücklich, daß der X-Fall auf den zivilen Bereich in seiner Gesamtheit nicht

A C03153

H2296-0160

ausgedehnt wird. Wenn auch angeordnet wurde, daß später durchzuführende Mobmaßnahmen durch unplanmäßige Beorderungen , Requisitionen und Beschlagnahmen nicht gefährdet werden dürfen, so lagen in der zeitlichen Trennung der Mobilmachung doch erhebliche Gefahren. Besonders mußte dies für die Wirtschaft gelten, weil die Anordnung für die Wirtschaft dahin lautete, daß unter weitgehendster Schonung der Gesamtwirtschaft nur die wichtigsten W-Betriebe auf den bisherigen Stand erhalten werden und daß nur einzelne Rüstungsbetriebe schnellstens auf erhöhte Ausbringung gebracht werden sollten. Diese Bestimmungen mußten bei der Einstellung der Wirtschaft, die jede unnötige Umstellung ablehnte und bei der zunächst eingeschlagenen Propaganda dazu führen, daß der planmäßige Ablauf der wirtschaftlichen Mobilmachung in Frage gestellt wurde.

Die in langjähriger Arbeit vorbereiteten Mob-Maßnahmen für die Wirtschaft wurden hierdurch zum großen Teil hinfällig. Diese Maßnahme sollte sich leider später für den Anlauf der Rüstungsindustrie und der Kriegswirtschaft störend bemerkbar machen und hat sich während der ersten vier Kriegsjahre bis zur Erklärung des totalen Krieges im Jahre 1943 fühlbar gemacht. Eine große Zahl der Maßnahmen, die in den Mobvorbereitungen des WStb enthalten waren und durch obige Maßnahme nicht zur Auslösung gebracht worden sind, ist erst im Verlaufe des Jahres 1943 auf Grund der Forderungen des Reichsministers für Bewaffnung und Munition zur Durchführung gekommen.

Am 27.8.1939 erfolgte die Verordnung über die Wirtschaft

A 005154

H2296-0161

verwaltung, wodurch die Ausrichtung und Lenkung aller wirtschaftlicher Maßnahmen des GBW den Oberpräsidenten übertragen wurde. Damit wurde die offizielle Einrichtung der Bezirkswirtschaftsämter, der Landesernährungsämter und Forst- und Holzwirtschaftsämter angeordnet, wodurch endlich die Organisation geschaffen wurde, die als Mobilmachungsverordnung des GBW schon längst hätte erfolgen müssen. (Siehe Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 149 vom 27.8.1939).

Am 29.8. erging der erste Befehl des WStb an die WT zur Regelung aller wirtschaftlichen Maßnahmen, die im Rahmen des X-Falles zu treffen sind (s.Anl. XVIII,4).

Der 30.8. brachte einen Führererlaß über die Bildung eines Ministerrates für die Reichsverteidigung, wodurch auch auf dem Gebiet der Spitzenorganisation eine Neuordnung erfolgte. Der bisherige Reichsverteidigungsrat wurde in einen Ministerrat für die Reichsverteidigung umgewandelt, wodurch die Leitung der Bearbeitung der Landesverteidigung aus den Händen des OKW in die Händes des Ministerrates für die Reichsverteidigung unter dem Vorsitz des Reichsmarschalls G ö r i n g verlagert wurde. Die Geschäfte des Ministerrates für die Reichsverteidigung wurden vom Chef der Reichskanzlei übernommen (s. Anl. XVIII,5), während bisher der WFSt die Frage federführend bearbeitet hatte.

Am 4.9. erließ der Vorsitzende des Ministerrates für die Reichsverteidigung Anordnungen, die die Aufgaben des Chefs des OKW nach der Neureglung der Spitzenorganisation festlegten. Die Verordnung, die als Anlage XVIII,6 beigefügt ist, bestätigte dem Chef OKW seine bisher bestehenden

A C65155

H2296-0162

Aufgaben auf dem Rüstungsgebiet, schränkte aber seine Tätigkeit auf allen anderen Gebieten gegenüber der früheren Tätigkeit als Leiter des Reichsverteidigungsausschusses erheblich ein.

Durch Verordnung vom 1.9.1939 (Reichsgesetzblatt 1939 Seite 1535) erfolgte die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren, denen die Steuerung der Verwaltung aller zivilen Verwaltungszweige im Bereiche der Wehrkreise sowie die Maßnahmen für die zivile Landesverteidigung übertragen wurden.

Hierdurch wurde eine neue Dienststelle im Bereich des Wehrkreises geschaffen, die auf den Ablauf der Mobilmachung und auf die zu treffenden Maßnahmen für die Landesverteidigung zunehmend Bedeutung gewinnen sollte.

Als Fortführung dieser Maßnahme erfolgte am 22.9. bei den Reichsverteidigungskommissaren die Bildung von Verteidigungsausschüssen (Reichsgesetzblatt I Seite 1937), die den Reichsverteidigungskommissaren als Berater dienen sollten. Der Wunsch des WStb, in diese Verteidigungsausschüsse grundsätzlich den Rüstungsinspekteur zu berufen, wurde leider nicht erfüllt.

Auf dem Rüstungsgebiet hatte sich die Lage im Laufe des August wie folgt entwickelt:

Die Oberste Führung verlangte von Tag zu Tag stärker eine Erhöhung der Ausbringung an Waffen, Munition und Gerät, in Sonderheit auf dem Gebiete der Munition, Kampfwagen und Flugzeuge. Eine Steigerung war nur beschränkt möglich, weil

A 005156

H2296-0163

die Rüstungsindustrie seit Monaten voll ausgenutzt war und Steigerungsmöglichkeiten nur mit Hilfe von durhcgreifenden Maßnahmen zu erreichen waren, die aber die Gesamtwirtschaftslage beeinflussen mußten und daher zunächst nicht gewünscht wurden. Am 20.8. forderte Chef OKW erneut die Erhöhung der Rüstungsfertigung. Der Chef des WStb stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Erhöhung der Rüstungsfertigung nur durch ein planmäßiges Anlaufen der Rüstungsindustrie auf die mob-planmäßige Höhe zu erreichen sei, wobei hinsichtlich des Arbeitereinsatzes und der Rohstoffbewirtschaftung durchgreifende Maßnahmen in der Gesamtwirtschaft notwendig würden, d.h. der planmäßige Anlauf der wirtschaftlichen Mob-Vorbereitungen. Da diese Maßnahme von der Obersten Führung abgelehnt wurde, schlug Chef WStb vor, nur die Fertigungszweige rüstungsmäßig zu steigern, die für eine Kampfführung gegen Polen besonders wichtig waren, wie Munition, Kampfwagen, Flugzeuge und einzelne Waffen, die einem hohen Verschleiß unterlagen und von denen nur geringe Bestände vorhanden waren. Voraussetzung für diese Maßnahme mußte aber sein, daß der absolute Vorrang des Schiffbauprogramms der Marine aufgehoben und eine klare Weisung für die Dringlichkeit herausgegeben wird. Die W.T. erhielten daraufhin Weisung, ihre Fabriken die diese Engpässe fertigten, auf höhere Leistungen zu bringen. Der Vorrang des Schiffbauprogramms wurde zunächst noch nicht aufgehoben. Der Mob-Befehl vom 25.8. brachte keine grundlegende Änderung. Es blieb zunächst bei der Weisung, daß die W.T. nur ihre wichtigsten Fertigungsgebiete auf höchste Leistung zu bringen haben, daß aber die übrige

A 035157

H2296-0164

Wirtschaft durch diese Maßnahme möglichst unbehelligt bleiben sollte. Man hoffte anscheinend, daß der Polenkrieg keine militärpolitischen Weiterungen ziehen würde und daß man mit den getroffenen Maßnahmen der Rüstungsindustrie auskommen würde. Mit Ausgabe des X-Befehles forderte der Chef des WStb erneut die Inkraftsetzung des F.P. Ein Entschluß wurde zunächst nicht gefaßt, nur für die Kriegsmarine wurde am 1.9. angeordnet, daß das Friedensprogramm der Kriegsmarine in Wegfall kommt und an seine Stelle der Dringlichkeit nach treten:

1.) Reparaturen von in den Werften befindlichen Schiffen,
2.) Ausrüstung und Umbau von 466 Hilfsschiffen,
3.) Fertigstellung größerer Schiffe, und zwar Schlachtschiffe bis zur Fertigstellung in einem Jahr, Großkreuzer bis zur Fertigstellung von 3/4 Jahr Dauer,
4.) Schiffsneubauprogramm lt. Fertigungsplan.

Am 2.9. wurde der Chef des WStb wiederum vorstellig wegen Inkraftsetzung des F.P. und wegen Einstellung einiger großer Friedensvorhaben, die den schnellen Anlauf der Rüstung hemmten bezw. wertvolle Rohstoffe in Anspruch nahmen.

Am 3.9. befahl der Führer die Gesamtmobilmachung der Wirtschaft und den planmäßigen Anlauf des F.P. der Wehrmacht. Die entsprechende Weisung an die W.T. ging am 7.9. heraus (s.Anl. XVIII,7).

Damit war zwar die Gesamtmobilmachung der Wirtschaft angeordnet, ihr planmäßiger Ablauf indessen gehemmt, weil er zeitgemäß gegen die Mobilmachung der Wehrmacht um mehrere Tage in Rückstand kam, was eine stärkere Herausziehung von

A 085158

H2296-0165

Arbeitskräften aus der Wirtschaft und sonstige unplanmäßige Auswirkungen zur Folge hatte. Außerdem enthielt die Verordnung auch die für den Ablauf der Mobilmachung gefährliche Einschränkung, daß in der Wirtschaft nur das Dringlichste durchgeführt werden sollte. Da zu diesem Vorbehalt in den weitesten Kreisen der Bevölkerung noch der Wunschtraum kam, daß mit dem schnell beendigten Polenfeldzug der Krieg bald sein Ende haben würde, kamen alle Mob-Maßnahmen der Wirtschaft nur langsam in Gang und überall in der Wirtschaft einschl. RWiM blieb das Bestreben bestehen, die Friedenserzeugung möglichst weitgehend aufrecht zu erhalten.

Der Gedanke vom totalen Krieg war den meisten Stellen noch fremd, die Propaganda tat nichts, um diese Einstellung zu bekämpfen - im Gegenteil - sie propagierte auch die Aussicht auf einen kurzen Krieg und störte dadurch den planmäßigen Ablauf der wirtschaftlichen Mobilmachung.

A 085159

H2296-0166

189

XIX.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen von Kriegsbeginn bis zum Ende des Jahres 1939.

A 005160

H2296-0167

XIX.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Massnahmen von Kriegsbeginn bis zum Ende des Jahres 1939.

Ehe ich den Ablauf der wehr- und rüstungswirtschaftlichen Massnahmen des Krieges schildere, halte ich es im Interesse des Wi Rü Amts und der kriegsgeschichtlichen Festlegung der Tatsachen für geboten, einen Punkt zu behandeln, der im Laufe des Krieges mehrfach zur Sprache gekommen ist und später auch einen Einfluss auf die Organisation der Wehrwirtschaft genommen hat.

Die Arbeit und Tätigkeit des Wi Rü Amtes hat vor dem Kriege und in den ersten Kriegsmonaten allerorts höchste Anerkennung gefunden, ganz besonders beim Reichsmarschall G ö r i n g . Auchspäter haben die Minister Dr. T o d t und S p e e r bei ihrem Amtsantritt die grossen Verdienste des Wi Rü Amtes besonders anerkannt, wie es aus ihren an späteren Stellen aufgeführten Reden hervorgeht. Der Reichsmarschall bezeichnete die wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen für den Russlandkrieg für mustergültig. Im Verlauf des Krieges deutete jedoch Feldmarschall K e i t e l dem Chef des Wi Rü Amtes hin und wieder an, dass man im Hauptquartier der Auffassung sei, die allzu sachliche Einstellung des Wi Rü Amtes zu verschiedenen Fragen der Rüstung und in Sonderheit die Auffassung über die materielle Überlegenheit unserer Feinde habe auch auf die Wirtschaft abgefärbt. Die Industrie müsse durch das Wi Rü Amt mit mehr Optimismus erfüllt werden.

A 035161

H2296-0168

Dieser Vorwurf traf das Wi Rü Amt und insbesondere seinen Chef tief, da er für sich in Anspruch nahm, gerade die Wirtschaft zu höchster Kraftentfaltung und Leistung erzogen zu haben. Infolgedessen sei zu diesem Punkt nochmals Stellung genommen:

Nachdem durch die tatkräftige und grosszügige Propagandatätigkeit des WStb die Industrie erst wieder zu einer wehrhaften Einstellung erzogen worden war und nachdem der wehrwirtschaftliche Gedanke durch die emsige Arbeit des WStb allen Stellen der Wehrmacht, der Wirtschaft und der Zivilbehörden eingehämmert worden war, ist gerade vom WStb die Industrie immer wieder auf die Notwendigkeit einer positiven Mitarbeit in der Landesverteidigung hingewiesen worden. Der Chef des Wi Rü Amtes hielt es aber für seine Pflicht in seinen Vorträgen im Laufe der Aufrüstung auf die Lücken hinzuweisen, die sich auf wehrwirtschaftlichem Gebiet und auf dem Rüstungsgebiet zeigten, weil er es als eine seiner Aufgaben ansah, möglichst schnell eine Schliessung der Lücken zu erreichen. Der Chef des Wi Rü Amtes hat dabei allerdings immer den Standpunkt vertreten, dass man bei den wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen immer den ungünstigsten Fall - den langen Krieg - voraussetzen muss und daher alle Vorbereitungen auf wehrwirtschaftlichem und rüstungswirtschaftlichem Gebiet auf einen langen Krieg abgestellt sein müssen.

Der Chef des Wi Rü Amtes hat weiterhin darauf hingewiesen, dass man nicht immer nur an die Breite der Rüstung denken darf, sondern dass die Tiefe der Rüstung, besonders für einen langen Krieg, eine genau so grosse Bedeutung ha-

085162

H2296-0169

be. Weiterhin hat er oft auf die Gefahren eines Wirtschaftskrieges verwiesen und dabei betont, dass man sich bei den Kriegsvorbereitungen nicht allein auf eine autarke Kriegsführung einstellen sollte, sondern dass man im Frieden die Leistungen der deutschen Wirtschaft ausnützen müsse, um im Welthandel die Rohstoffe einzuhandeln, die in Deutschland nicht vorhanden sind und bevorratet werden müssen.

Er hat es auch im Frieden schon für seine Pflicht gehalten, ein klares Bild zu geben über die Wehr- und Wirtschaftskraft der befreundeten Länder und der voraussichtlichen Feindländer, worauf es ihm dabei ankam zu zeigen, was man von den befreundeten Ländern erwarten dürfe und welche Gefahr in der Wirtschaftskraft Englands, Amerikas und Russlands liegt.Hier klare Verhältnisse zu schaffen, war besonders wichtig, weil von zahlreichen Stellen die Wehr- und Wirtschaftskraft dieser Staaten, in Sonderheit Russlands und Amerikas, unterschätzt wurde. Für den Wehrwirtschaftsstab kam es darauf an, die Tatsachen klarzulegen, wie die Führung sie verwandte, war ihre Sache.

In Auswertung dieser Unterlagen und zur Fortbildung der Offiziere der Wehrwirtschaftsorganisation wurden in den Jahren vor dem Kriege wirtschaftliche Generalstabsreisen und Planspiele abgehalten, in denen die durch die Arbeit gewonnenen Unterlagen untersucht und geklärt wurden. Dass dabei nicht die optimistischen Lagen, sondern schwierige Situationen angenommen wurden, war zur Erreichung des Zweckes selbstverständlich.

Wenn von anderer Seite an den Führer über die Tätigkeit des WStb andere Nachrichten herangebracht worden sind,

A C85163

H2296-0170

beruhten diese auf falschen Unterlagen.

Mit Ausbruch des Krieges hat sich das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt dann bewusst voll auf die höchsten Forderungen des Krieges umgestellt und vom ersten Tage an auf dem wehrwirtschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Gebiet eine erheblich schärfere wirtschaftliche Kriegführung gefordert, als sie zunächst zur Durchführung kam. Alle die Massnahmen, die im Jahre 1943 zur Durchführung des totalen Krieges tropfenweise getroffen worden sind, sind vom Wi Rü Amt zu Beginn des Krieges, erneut zur Jahreswende 1939/40 und mit besonderem Nachdruck vor Beginn des Russlands-Feldzuges gefordert worden. Sie kamen nicht zur Durchführung, weil sie anscheinend dem Führer gar nicht vorgelegt worden sind. Leider ist dem Chef des WStb während des Krieges versagt geblieben, diese Forderung persönlich beim Führer zu vertreten. Es wäre bei Klarlegung der Lage dann sicher manches zur Durchführung gekommen, was unterblieben ist. In den einzelnen Zeitabschnitten wird an Hand der Aktennotizen nachgewiesen werden, dass während der ersten drei Kriegsjahre das Wi Rü Amt stets der treibende und fordernde Teil gewesen ist und stets den Standpunkt vertreten hat, dass nur durch scharfe und ganze Massnahmen auf dem Wirtschaftsgebiet der Sieg an unsere Fahnen geheftet werden kann. Diese scharfen Massnahmen waren jedoch - nach Äusserung des R.Wi. Min. F u n k - in den Jahren 1939 - 1942 für die Partei aus psychologischen Gründen nicht tragbar.

Allerdings hat es das Wi Rü Amt immer für erforderlich gehalten, klare sachliche Lagebilder und Beurteilungen über

NO85164

H2296-0171

die feindliche Rüstungslage zu geben, die manchmal mit der Beurteilung anderer Stellen nicht übereinstimmten, die aber im Laufe des Krieges sich als richtig erwiesen haben. Diese Beurteilungen wurden allein der Führung vorgelegt und sind anderen Stellen nie zugänglich geworden. Der Chef des Wi Rü Amtes hätte es für eine grobe Pflichtverletzung angesehen, wenn er diese durch eingehende Unterlagen unterbauten Beurteilungen der wirtschaftlichen Feindlage nicht oder in geschminktem Zustande der Führung vorgelegt hätte.

So ist festzustellen, dass der WStb und später das Wi Rü Amt vor dem Kriege und im Kriege ihre ganze Kraft eingesetzt haben, um der Landesverteidigung nach bestem Wissen und Können zu dienen und dass es ihr Ziel gewesen ist, der Obersten Führung die Unterlagen zu schaffen, die für die Erringung des Sieges erforderlich waren. Der WStb bzw. das Wi Rü Amt ist stets erfüllt gewesen von dem Gedanken, dass der Krieg gewonnen werden kann und muss und hat diese feste Siegeszuversicht auch stets vertreten.

Das Offiziers-Korps des Wi Rü Amtes sowie die Offiziere, Beamten und Angestellten der Aussenorganisationen sind laufend in diesem Sinne erzogen und besonders in ernsten Momenten ermahnt worden, überall diese positive Einstellung zur Kriegführung zu vertreten und über alle Unterlagen, die geeignet waren, Zweifel zu erregen, Stillschweigen zu bewahren. Chef und Offizierkorps der Wehrwirtschaftsorganisation nehmen für sich in Anspruch ihren vollen Anteil zur Erreichung des Sieges geleistet zu haben.

A 085165

H2296-0172

A.

Organisation und Wehrwirtschaft.

Nachdem beim Einmarsch in Österreich und im Sudetenland die mobilmachungsmässig bei den AOK's vorgesehene Einrichtung von Verbindungsoffizieren (VO) des OKW (Wi Rü Amt) nur ein geringes Tätigkeitsfeld gefunden hatte, fand beim Feldzug gegen Polen die VO-Organisation erstmalig einen grösseren Einsatz.

Wie die Kampftruppen, war auch die VO-Organisation getarnt als "Herbstübung 1939" aufgestellt und in die Aufmarschräume im Grenzgebiet abtransportiert worden.

Bei Ausbruch der Mobilmachung standen bereit:

Major W e b e r bei AOK 3 in Mohrungen/Ostpreussen,
Obstlt. G u t s c h e r bei AOK 4 in Jastrow/Pommern,
Obstlt. Dr.Frhr.v. S c h r ö t t e r bei AOK 8 in Breslau,
Obstlt. Dr. P e t r i bei AOK 10 in Oppeln,
Oberst N a g e l bei AOK 14 in Neutitschein/Mähren.

Den VO's wurden techn. Wehrwirtschaftseinheiten und Erkundungstrupps zugeteilt.

Die besondere Art der Kriegführung gegen Polen, die schnelle Überrennung der Feindkräfte und die blitzartige Besetzung des polnischen Gebiets brachte für die VO-Organisation von Anfang an erhebliche und wichtige Aufgaben.Zunächst kam es darauf an, dafür Sorge zu tragen, dass in den polnischen Grenzgebieten, vor allem in Ostoberschlesien, die dort befindliche umfangreiche Industrie durch die Kämpfe

M 005166

H2296-0173

möglichst nicht zerschlagen, sondern schnell in unseren Besitz genommen wurde. Im weiteren Verlauf der Kämpfe war es besonders im Raum um Warschau, Tchenstochau und Radom wichtig, möglichst die Betriebe vor der Zerstörung zu retten, die eine ausschlaggebende Hilfe für die deutsche Kriegsmaschine darstellten. Da ausserdem der Pole stark mitZerstörungsmassnahmen in den Versorgungsbetrieben arbeitete, hatten die VO-s in hohem Umfange Gelegenheit, die technischen Einheiten für Instandsetzungsaufgaben einzusetzen, die sich besonders im Raume von Warschau grosse Verdienste erwarben. Ihre hervorragende Arbeit wurde von den Truppenführern in hohem Masse anerkannt. Eine wichtige Aufgabe der VO's war auch die Beeinflussung der Truppe in der Richtung einer schonenden Behandlung der vorgefundenen Vorräte und Beute, da sich allerorts zeigte, dass der Masse der Truppen die Notwendigkeit einer sparsamen und sorgfältigen Bewirtschaftung unserer Agrar- und Rohstoffbestände nicht bekanntwar.

Die VO's fanden leider in dieser Richtung auch bei vielen Truppenführern zunächst wenig Verständnis.

Wie sich die Tätigkeit der wehrwirtschaftlichen Organisation ausgewirkt hat, möge ein Auszug aus einem Bericht aus jenen Tagen zeigen:

" Das Wi Rü Amt stellte im Mob-Fall Verbindungsoffiziere zu den Heeresgruppen und AOK's, die die Aufgabe hatten, die betreffenden Befehlshaber in ihren Entschlüssen und in Sonderheit bei der Besetzung von Feindgebieten wehrwirtschaftlich zu beraten. Ausserdem wurden mobilmachungsmässig wehrwirtschaftliche Einheiten - sogenannte Techn.

AC85167

H2296-0174

Kommandos - aufgestellt, die der kämpfenden Truppe dicht auffolgen und durch schnelle Wiederinstandsetzung und Inbetriebnahme der Versorgungsbetriebe und Sicherstellung von Nachschubeinrichtungen, Betriebsstoffen usw. der kämpfenden Truppe schnell Unterstützung gewähren sollten, die darüber hinaus aber auch eine Wiederingangbringung der Wirtschaft im Feindesland vorzubereiten hatten.

Endlich wurde für den Mob-Fall die Aufstellung wirtschaftlicher Erkundungs- und Erfassungstrupss, bestehend aus Fachleuten, vorgesehen, deren Hauptaufgabe es war, vorhandene Rohstoffbestände zu erkunden, diese der Vernichtung zu entziehen und abzutransportieren.

Ich kann feststellen, dass diese Organisation sich auf das Beste bewährt und die volle Anerkennung der kämpfenden Truppe gefunden hat. Wenige Beispiele mögen Ihnen die Aufgaben erläutern:

Im Polenfeldzug rückten die wehrwirtschaftlichen Einheiten mit den kämpfenden Truppen in Kempen, Schildberg, Ostrowo und vielen anderen Städten ein und brachten noch am selben Tage für die dort bleibende Truppe die gestörten Versorgungsbetriebe wieder in Ordnung. Ein Technisches Kommando besetzte als erster geschlossener Truppenkörper Litzmannstadt und sorgte durch Ingangsetzung des schwer beschädigten Elektrizitätswerkes für Wiederinbetriebnahme des gesamten Überlandnetzes und sicherte damit auch die Ingangsetzung der Wasserversorgung, die für die Truppenversorgung und für die Feldlazarette von besonderer Bedeutung war.

A 085168

H2296-0175

Ein besonderes Ruhmesblatt haben sich die wehrwirtschaftlichen Einheiten erworben, die die stark beschädigten Versorgungsbetriebe von Warschau in einer nicht für möglich gehaltenen kurzen Zeit von wenigen Tagen wieder in Gang gebracht haben. Ich darf daran erinnern, dass bei den Übergabeverhandlungen von Warschau der polnische Kommandant darauf hingewiesen hat, dass die schnelle Kapitulation vor allem durch die unerträgliche Wasserknappheit verursacht worden sei. Bei dem unglaublichen Zustand der Versorgungsbetriebe stand man einer riesenhaften Aufgabe gegenüber. Nicht nur die Werke selbst, sondern auch die Verteilereinrichtungen, also Kabelnetze und Rohrleitungen waren völlig unbrauchbar. Beim Bau derSchützengräben, Strassensperren und Tankfallen war manches Rohr und Kabel der Spitzhacke zum Opfer gefallen. Wasser war nur noch aus den völlig unzureichenden artesischen Brunnen zu erhalten. Keine Fäkalien, keine Abwässer wurden mehr weggespült. Mit der vorgehenden Truppe war ein Technisches Kommando vorgerückt und nahm zunächst das etwa 15 km südwestlich Warschau gelegene Dampfkraftwerk Pruszkow in Betrieb. Bereits innerhalb des Gefechtsgebietes vor Warschau waren vorausschauend Vorbereitungen getroffen worden, um die Stadt schnellstens mit Notstrom versorgen zu können. Nachdem das Fort Bema in unserer Hand war, wurde dort die nach Modlin führende Hochspannungsleitung abgetrennt und damit die Stromversorgung der noch im Besitze der Polen befindlichen Festung Modlin lahmgelegt.

A 085169

H2296-0176

Noch vor dem Einmarsch der X. Division in Warschau wurden am 1.10.39 durch wehrwirtschaftliche Einheiten die lebenswichtigen städtischen Betriebe besetzt und die die Werke besetzt haltenden polnischen Militärposten entwaffnet. Es konnte Licht und Wasser zunächst für die besetzenden Truppen und dann für die Bevölkerung von 1 1/2 Millionen gesichert werden.

Ähnliche Beispiele könnte ich aus Oberschlesien anführen, wo in grossem Umfang Gruben vor dem Ersaufen gerettet wurden, oder in Galizien, wo die Erdölförderung und die Erdgasgewinnung in kürzester Zeit wieder in Gang gebracht wurden."

Mit der Besetzung Polens wurde sofort zur Errichtung einer Wehrwirtschafts- und Rüstungsorganisation in Polen geschritten, um die polnischen Betriebe und Vorräte in die deutsche Rüstung einzufügen und um das besetzte Gebiet wehrwirtschaftlich weitestgehend auszunutzen.

Es wurden eingerichtet:

a) für die Übernahme der ehem.deutschen Gebiete:

am 14.9. eine W Wi Stelle in Danzig, die am 1.11.39 in die Rü In XX umgewandelt wurde,

am 11.9. eine W Wi Stelle Gleiwitz mit einem vorgeschobenen Arbeitsstab in Kattowitz, die das gesamte Oberschlesische-Mährisch Ostrauer Gebiet übernahm, während das Olsa-Gebiet zur W Wi Stelle Troppau geschlagen wurde;

am 14.9. die W Wi Stelle Posen, die später zur Rü In umgewandelt wurde.

A 085170

H2296-0177

b) Für die Übernahme der polnischen Gebiete:

eine W Wi Stelle Krakau, die am 28.11. bereits nach Radom verlegt wurde (Am 1.3.40 wurde dafür ein neues Rü Kdo. Krakau aufgestellt).

am 3.10.39 eine W Wi Stelle Lodz,

am 4.11.39 eine W Wi Stelle Warschau und endlich

am 28.9. die Wehrwirtschaftsinspektion Oberost, die zunächst in Lodz ihren Standort nahm, aber am 31.10. nach Krakau verlegt wurde.

Am 5.12. wurde mitdem Befehl OKW W Stb/Rü Ia Nr. 6943/39 die endgültige Organisation geschaffen. Sie umfasste für die polnischen Gebiete die Rü In Oberost, die Rü Kdos Warschau, Radom und Krakau mit einigen Aussenstellen und Industriebeauftragten.

Einzelheiten über Einrichtung und Tätigkeit dieser Dienststellen siehe Bearbeitung des Rittm. V a r e i n und Geschichte des Gen.Gouvernement.

Zum Inspekteur der Rü In Oberost, die Mitte 1940 in Rü In Generalgouvernement unbenannt wurde, wurde am 29.9. Oberst N a g e l ernannt.Am 11.11.1939 wurde Oberst N a g e l für andere Aufgaben abberufen und für ihn Generalleutnant B a r c k h a u s e n zum Inspekteur ernannt.

Die Rüstungsorganisation traf in Polen auf eine über Erwarten gut eingerichtete, teilweise noch im Aufbau befindliche Industrie, die für die deutsche Rüstungswirtschaft eine sehr bedeutende Unterstützung darstellte. Die Weisungen für die Ausnutzung der polnischen Wirtschaft, die von der Obersten Führung gegeben wurden, änderten sich im Laufe der Entwicklung grundlegend. Während zunächst angeordnet wurde,

AC85171

H2296-0178

dass die ehemals deutschen Teile sofort in Betrieb zu nehmen seien, während im übrigen Polen alles bis zum letzten auszuschlachten und abzutransportieren sei, wurde später auf mehrfaches Intervenieren des Wi Rü Amtes angeordnet, dass die brauchbaren und modernen Betriebe doch für die deutsche Rüstung in Gebrauch zu nehmen seien. Erst später bekannt man sich zu dem vom Wi Rü Amt vertretenen Standpunkt, dass es zweckmässig sei, die polnische Rüstungsindustrie schon wegen seiner luftschutzmässig günstigen Lage wieder voll in Gang zu bringen und - soweit Arbeitskräfte vorhanden sind - noch auszubauen.

Das Wi Rü Amt stand in dieser Beziehung stark im Kampf mit dem Generalgouverneur, der in seinen Massnahmen zunächst auf Polen wieder befriedende Richtlinien hinsteuerte und Polen als selbständiges und abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet ansah, während das Wi Rü Amt einzig und allein die Stärkung des deutschen Rüstungspotentials im Auge haben musste.

Die polnische Industrie, der deutsche Industrie-Beauftragte zugeteilt wurden (Dienstanweisung s.Anl. XIX, 1), brachte aber sehr bald besonders für Heer und Luftwaffe allmählich eine erfreuliche Produktionssteigerung, sodass - nachdem noch weitere Ausbauten erfolgtwaren - das Generalgouvernement als wichtigstes Rüstungsgebiet bezeichnet werden konnte. Ein besonders schwieriges Problem war von Anfang an die ernährungsmässige Versorgung der polnischen Industrie.

A-005172

H2296-0179

Alle Einzelheiten über Aufbau und Tätigkeit der Wehrwirtschafts- und Rüstungsorganisation in Polen und über Ausnutzung der polnischen Wirtschaft sind zu ersehen:

a) aus der eingehenden Bearbeitung des Rittm. V a r a i n "Deutsche Rüstungswirtschaft in Polen 1939/40" und

b) aus der Geschichte der Rü In Generalgouvernement.

AC035173

H2296-0180

Wehrwirtschaftliche Verhandlungen mit den befreundeten und neutralen Staaten und Kriegslieferungen an diese.

Schon in der Aufrüstungszeit bedeutete dieMitarbeit an der Belieferung der Auslandsstaaten mit Kriegsgerät und sonstigen wehrwirtschaftlich wichtigen Produkten ein wichtiges Arbeitsgebiet des WStb. Während vor dem Umbruch Russland an vorderster Stelle der Abnehmer gestanden hatte, waren seit 1933 die Hauptlieferungen an Ungarn, Italien, Jugoslawien, Bulgarien, Schweden, China und während des spanischen Bürgerkrieges an die Regierung Franco erfolgt. Bei Kriegsbeginn standen 3 Länder im Vordergrund des Interesses: Italien, Sowjet-Russland, Rumänien.

Auf Grund der Besuche des Führers und der Chefs der WT in Italien stellten die Italiener zunächst Forderungen über Grossadmiral R a e d e r auf Schiffbaustahl, Minenleger und bestimmte U-Boot-Teile, über General M i l c h auf 200 Battr. 8,8 Flak, während die italienischen Heeresforderungen erst Ende 1939 anlässig des Besuchs einer italienischen Generalskommission eingingen. Die Lieferungen kamen jedoch zunächst nur sehr langsam in Gang.

Mit Russland wurden ab Oktober 1939 Besprechungen eingeleitet, die einen grosszügigen Austausch von Lebensmitteln und Rohstoffen gegen Industrieerzeugnisse, Schiffe, Waffen und Lizenzen aller Art zum Ziel hatten. Russland wollte liefern:

1 Mio. t Getreide
1/2 " " Weizen
900 000 t Ölderivate

A 085174

H2296-0181

Baumwolle, Holz, Phosphate, Flachs, Manganerze, Platin und Sojabohnen im Transit.

Gesamtwert: 6 - 700 Mio. Reichsmark.

Deutschland sollte dagegen liefern:

Maschinen aller Art, Schiffe, Schiffsausrüstungen, Waffen, Lizenzen besonders für kriegswichtige industrielle Verfahren.

Da die deutschen Lieferungen möglichst schnell erfolgen sollten, belasteten sie erneut die deutsche Kriegswirtschaft und es bedurfte intensiver Arbeit des Wi Rü Amtes, der Waffenämter und des Beauftragten für die Werkzeugmaschinenproduktion, um diese Wünsche in die deutschen Programme einzugliedern.

Im November erschien zur Förderung des Geschäftes und zur Besichtigung der deutschen Gegenlieferungen eine russische Offizierskommission, die auf Weisung der Reichsregierung einen Einblick in die deutsche Rüstungsindustrie erhielt. Am 4.9. wurde ein Ausschuss zur Durchführung des Russlandgeschäftes eingesetzt, zu dem neben dem Botschafter R i t t e r, die Staatssekretäre L a n d f r i e d und N e u m a n n , sowie General T h o m a s traten. Über den Ausgang dieses Geschäftes wird später berichtet.

Dazu traten erhebliche Forderungen der jugoslavischen Wehrmacht an Paks, Flaks und Flugzeugen und der bulgarischen an Kriegsgerät aller Art.

Auf die Entwicklung des Kriegsgerätegeschäftes mit Rumänien wird später eingegangen, ebenso auf die Lieferungen an Finnland und Italien.

A C05175

H2296-0182

B.

Rüstungswirtschaft.

1.) Die Folgen der geteilten und nicht öffentlichen Mobilmachung.

Wenn auch die wirtschaftliche Mobilmachung für den Aussenstehenden einen einigermassen glatten Verlauf nahm, so zeigten sich schon in den ersten Tagen und in zunehmendem Masse in den nächsten Wochen die Folgen der geteilten und nicht öffentlichen Mobilmachung. Die vom W Stb und GBW seinerzeit gegen diese Mobilmachungsform geäusserten Bedenken fanden ihre volle Bestätigung.

Durch die im Falle Österreich, Sudetenland und Tschechei gemachten Erfahrungen bestand auch in den Mobilmachungstagen des September bei den Zivilbehörden, in der Wirtschaft und im ganzen Volke der Eindruck oder zumindest die Hoffnung, dass auch diese Mobilmachung nur eine Sicherheitsmassnahme sei und dass zum wenigsten der Krieg auf eine schnelle Operation gegen Polen und auf eine kurze Zeit beschränkt werden würde. Gefördert wurde diese Einstellung durch eine entsprechende Propaganda und durch die Tatsache, dass bei der Wirtschaft die vorbereiteten Kalenderarbeiten nur zum Teil ausgelöst wurden, sodass der Eindruck einer Gesamtmobilmachung von Staat, Volk und Wirtschaft nicht bestand. So kam es, dass die mit der Wirtschaft befassten Zivilbehörden die Mobilmachung in erster Linie als eine Angelegenheit der Wehrmacht betrachteten, und dass sie in ihrer Masse in ihrer inneren Einstellung

A 005176

H2296-0183

auf Friedensbetriebe blieben. Wie sich die als politische Führungsmassnahme sicherlich richtige geteilte Mobilmachung ausgewirkt hatte, zeigt sich z.B. darin, dass der GBW in seiner grundlegenden Verordnung vom 3.9. - also nach Beginn der Feindseligkeiten - bekanntgab, dass die Worte "Mobilmachung und Krieg" in den amtlichen Verlautbarungen nicht erscheinen durften. Wenn diese Massnahme sicherlich auch politische Gründe hatte, so wurde sie in der Wirtschaft aber falsch gedeutet und führte zu halben Massnahmen. Auch die Verordnungen des GBW trugen völlig den Stempel der Halbheit. Da schon ein Grossteil der GBW-Firmen mobilmachungsmässig noch garnicht vorbereitet und infolgedessen personell nicht gesichert war, mussten Verordnungen, die keine scharfen Weisungen darstellten, sondern Ausflüchte zuliessen, bei der Wirtschaft Verwirrung hervorrufen. So führte die Verordnung, dass kriegsunwichtige Produktion nur einzustellen ist, wenn es unbedingt notwendig sei und dass Stillegungen von unwichtigen Betrieben nicht ausdrücklich verfügt werden sollten, in der Wirtschaft zu einer völlig negativen Haltung gegenüber den Mobilmachungsmassnahmen. Da ausserdem die Erzeugungspläne des Wirtschaftsministeriums, soweit sie überhaupt schon bestanden, nur in beschränktem Umfange in Kraft gesetzt wurden, blieb die Masse der deutschen Industrie in der ihr erwünschten Friedensproduktion.

Die Folgen für die Rüstung mussten naturgemäss höchst störend sein. Der Wehrmacht wurden durch diese Massnahmen die Grundlagen für einen schnellen Anlauf des F.P. entzogen. Die Facharbeiter trafen nicht ein, weil das R.Wi.M. die mob-

A 085177

H2296-0184

mässigen Stillegungen nicht ausgesprochen hatte. Die fehlenden Maschinen wurden seitens der eigentlich stillzulegenden Werke nicht bereitgestellt, weil die Werke in ihrer Friedensfertigung weiterarbeiteten. Die Rohstoffe standen in dem notwendigen Umfange nicht zur Verfügung, weil die Verfügung 22 des Beauftragten für Stahl und Eisen, die die Verarbeitung des Eisens nur für kriegswichtige Aufträge vorschrieb, seitens des Reichswirtschaftsministers wieder gelockert wurde. Die Einsparung von Kohle und Strom konnte nicht erfolgen, weil die Stillegungen nicht stattfanden. Wenn auch die eigentlichen Rüstungsbetriebe, die ja schon seit Monaten auf vollen Touren liefen, hierdurch zunächst keine direkten Störungen erlitten, so zeigten sich doch sehr bald bei den personell nicht gesicherten oder nicht zum Anlauf gebrachten Unterlieferungsfirmen erhebliche Lücken. Bei diesen Firmen strömten die jungen Kräfte zur Truppe, der Ersatz für sie blieb aus. Wie verworren die Lage wurde, zeigte sich darin, dass der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister erhebliche Bedenken anmeldeten wegen eintretender Arbeitslosigkeit und daher die für den Mobfall geplante Konzentration der Aufträge bei den leistungsfähigen Firmen aufhob und zur Streuung der Aufträge überging, wie sie der Friedensbetrieb vorgesehen hatte.

Wenn später erhebliche Klage über den mangeln den Anlauf des F.P., in Sonderheit des Munitions-Programmes erhoben wurde, und wenn sich bald die Kämpfe zwischen Front und Heimat um den Facharbeiter entwickelten, und wenn man dann sehr schnell dazu überging, den Facharbeiter der Front nach

A C05178

H2296-0185

der Heimat zurückzubeordern, so hat dies alles seinen Grund darin, dass das vorbereitete Räderwerk der wirtschaftlichen Mobilmachung nicht ausgelöst wurde und man eigentlich zu einer improvisierten wirtschaftlichen Mobilmachung geschritten ist. Wie lange und wie stark sich diese Massnahme ausgewirkt hat, wird in späteren Zeitabschnitten dargestellt werden. Ob diese Massnahme politisch erforderlich war, kann hier nicht beurteilt werden. Sicherlich hat auch sie einen bestimmten Zweck erfüllt. Für den Anlauf der Wirtschaft war die Massnahme höchst nachteilig.

A 085179

H2296-0186

2.) Planung, Rangordnung und Gestaltung der Fertigungsprogramme.

Nachdem in den ersten Mobilmachungstagen auf Grund der im Vorabschnitt besprochenen Weisung den WT völlige Freiheit über den Anlauf oder die Rangordnung ihrer Fertigungsprogramme überlassen worden war, wurde am 7.9. die erste Weisung des Führers über die Dringlichkeitsrangordnung der Fertigungsprogramme erlassen. Diese bestimmte:

1) Die vordringliche Aufgabe der deutschen Wirtschaft ist die Versorgung der kämpfenden Wehrmacht mit der notwendigen Munition und den dem Verschleiss am meisten ausgesetzten wichtigen Waffen und Geräteteilen. Die WT haben daher diese Aufgabe an die Spitze ihrer Fertigung zu stellen, alles nicht dringend erforderliche Gerät des Fertigungsplanes muss zunächst zurückgestellt werden.

Neben den wichtigsten Aufgaben des Fertigungsplanes laufen folgende Programme mit nachstehender Dringlichkeitsfolge:

2) Ju 88-Programm
3) Ausbau der Munitions- und Sprengstoffbasis,
4) Umstellung der Sparstoffe auf Austauschstoffe,
5) Ausbau des Treibstoff-Programms,
6) Ausbau der Festungsflughäfen in einfacher Form,
7) Durchführung des allerwichtigsten Reichsbahn-Programms gemäss Forderung der Wehrmacht,
8) Ausbau der Buna-und Kampfmittelstoffbasis,
9) Fortführung der Westwallarbeiten,
10) Luftschutzbauten.

Wenn auch die WT angewiesen wurden, sich zunächst den dringlichsten Aufgaben zuzuwenden und wenn auch die Bauvorhaben, die nicht zur Erfüllung dieser Programme dienten, stillgelegt oder eingeschränkt werden sollten, so brachte

A C05180

H2296-0187

dieser Befehl im Rahmen der gesamten Kriegsauftragsgestaltung nicht die eindeutige und klare Entscheidung über die Schwerpunktbildung, die bei der Fülle der Programme und bei der Überbeschäftigung der Wirtschaft erwünscht gewesen wäre. Im Gegenteil, die Masse der Programe lief weiter und neue wurden darauf gepfropft.

Der Verlauf des polnischen Krieges führte sehr schnell dazu, dass diese Rangordnung der Programmgestaltung eine Änderung erfuhr. Bereits am 4.10. wurden nach den Weisungen des Führers folgende Aufgaben in die erste Dringlichkeitsstufe der Fertigung gesetzt.

Beim Heer:

Die Aufrechterhaltung der Fertigung von Waffen, das Munitionsprogramm, die Ausstattung der Schnellen Truppen,

bei der Kriegsmarine:

die Durchführung des U-Boot-Programms und die Fertigstellung der im Jahre 1940 verwendungsfähig werdenden Schiffe,

bei der Luftwaffe:

das Ju-88-Programm, die Verbesserung der Bombenausrüstung und das notwendige Flakprogramm.

Diese Aufgaben sollen dabei in gleicher Dringlichkeit vor allen anderen Aufgaben der Wehrmachtteile stehen.

Bereits am 10.10. wurde auf Grund des starken Ausfalls an Fahrzeugen der Schnellen Truppen ein Befehl des Führers herausgegeben, demzufolge vor allen anderen Programmen der WT die Wiederinstandsetzung der Schnellen Truppen durchzuführen war, und zwar innerhalb von 4 - 6 Wochen.

A 085181

H2296-0188

Mitte November 1939 fand die Rangordnung der Aufgaben eine erneute Änderung, indem der Führer die Forderung auf schnellste Durchführung eines erhöhten Munitions- und Minenprogramms stellte, das nunmehr den Vorrang gegenüber allen anderen Fertigungsprogrammen erhielt. Da die Forderungen des Führers, die bisher vom Heereswaffenamt festgestellten Möglichkeiten weit übertrafen, mussten Luftwaffe und Kriegsmarine dem Heer Munitionsfertigungs-Kapazitäten zur Verfügung stellen, was natürlich eine Störung des Marine- und Luftwaffenprogramms darstellte. Auf die Einzelheiten dieses Programmes wird später eingegangen. Bis zum Jahresschluss blieb das Munitionsprogramm in der Dringlichkeit an der Spitze aller Massnahmen, wobei besonders die Fertigung der schweren Munition bevorzugt wurde.

Dazu kam die Anordnung, eine schnelle Erweiterung des auf der Donau vorhandenen Schifftransportraumes durchzuführen, der für die Mineralöl-Transporte erforderlich wurde, sodass die Ziffer 5) der Dringlichkeitsrangordnung vom 7.9. noch auf ein Donau-Schiffbau-Programm erweitert wurde.

Dieser starke Wechsel der Programme und die Tatsache, dass die Masse der Friedensprogramme in Sonderheit die Bauprogramme weiterliefen, veranlasste den W Stb, die Forderung auf Einrichtung einer Planungsstelle zu stellen, die weitsichtig die Fertigungsprogramme aller Dienststellen und Behörden mit den vorhandenen Möglichkeiten in Einklang bringen sollte.

Am 18.9. wurde seitens des W Stb zu einer Besprechung eingeladen zur Bildung eines Planungsausschusses. Die Not-

A 085182

H2296-0189

wendigkeit dieses Planungsausschusses wurde sowohl vom Reichwirtschaftsministerium, Reichsarbeitsministerium, dem Vierjahresplan und dem Chef des Transportwesens anerkannt, während Generalbauinspektor Dr. T o d t von der Besprechung ferngeblieben war. Es wurde beschlossen, den Planungsausschuss ohne besondere Weisung des Feldmarschall G ö r i n g zu bilden und anschliessend den Generalfeldmarschall über die Lage zu unterrichten. Weiterhin sollte der Generalfeldmarschall gebeten werden, die Oberbefehlshaber der WT anzuweisen, dass sie künftig ihre Forderungen der Rohstofflage anzupassen haben, und dass sie den Planungsausschuss rechtzeitig zu unterrichten hätten. Der Führer sollte über die Bildung unterrichtet und sein Einverständnis durch den Generalfeldmarschall G ö r i n g eingeholt werden.

Der Planungsausschuss ist leider nie zum Einsatz gebracht worden. Seine Arbeit kam dadurch nicht zum Erfolg, dass zunächst der Generalbauinspektor Dr. T o d t es ablehnte, seine Bauvorhaben in den Planungsausschuss zu bringen, da er Sonderweisung vom Führer habe und da ausserdem die Oberbefehlshaber der WT auf Grund der gegebenen Führersonderweisung ebenfalls die Verpflichtung nicht einhielten, ihre Programme der Rohstofflage anzupassen und dem Planungsausschuss vorzulegen. Die Arbeiten des Planungsausschusses gingen jedoch insofern weiter, in dem der W Stb zusammen mit dem R.Wi.M. laufend Rohstoffplanungen vornahm und diese in klaren Übersichten vierteljährlich der Obersten Führung vorlegte.

AOC5183

H2296-0190

Der schnelle Ablauf des Polenkrieges und die völlig defensive Haltung Englands und Frankreichs hatten die Hoffnungen auf einen kurzen Krieg erhöht und verstärkten bei vielen Stellen die Ansicht, dass man auch wirtschaftlich - ohne Rücksicht auf die Möglichkeit einer langen Kriegsdauer - alle verfügbaren Mittel einsetzen sollte, um den Krieg durch einen vernichtenden Schlag gegen Frankreich und England zu beenden. Da der W Stb stets vorsorglich zu wirtschaften suchte und da bei dem Ausmass der Programme, der gegenseitigen Konkurrenz der WT und der zum Teil stark angespannten Rohstofflage eine Planung für die nächsten Monate erforderlich waren, suchte der Chef des Wi Rü Amtes am 27.9.1939 durch eine kurze Denkschrift eine klare Stellungnahme der Obersten Führung zu erreichen und Richtlinien für die Wirtschaftsführung zu erlangen. Der in der Anlage XIX,2 beigefügte Schriftwechsel zwischen Wi Rü Amt und Chef des Wehrmachtführungsamtes zeigt, dass eine Klärung zu diesem Zeitpunkt nicht zu erreichen war. Diese Tatsache war für die wirtschaftliche Führung, die auf lange Zeit voraus planen muss, eine grosse Belastung, und die Entscheidung, ob man die vorhandenen Rohstoffe ganz für die erhöhte Produktion von Waffen und Munition einsetzen oder ob man einen grossen Teil auf weite Sicht zur Verbreiterung der fabrikatorischen Basis verwenden sollte, blieb eigentlich in den ersten Kriegsjahren ungefällt. Der Verlauf des Krieges und die Auffassungen der Führung über die militär-politische Lage brachten die Forderungen mit sich, dass die Wirtschaftsführung sich sehr

A 085184

H2296-0191

beweglich auf die immer wieder neuen Situationen einstellen musste und dass die so dringend wünschenswerte Stetigkeit der Durchführung der Fertigungsprogramme nicht erreicht werden konnte.

Im einzelnen wird auf die Rohstofflage im nachfolgenden Sonderabschnitt eingegangen.

Eine der dringlichsten Aufgaben zur Durchführung der Fertigungsprogramme war die Regelung der Werkzeugmaschinenzuteilung. Da die Freimachung von Maschinen in nichtkriegswichtigen Betrieben garnicht oder nur sehr zögernd auf Grund der nicht erklärten Gesamtmobilmachung erfolgte, wurde es zur Ausweitung der Rüstungskapazitäten besonders dringlich, den Wehrmachtsteilen neue Werkzeugmaschinen zur Verfügung zu stellen. Das Wi Rü Amt gründete daher am 4.9. einen Werkzeugmaschinenausschuss, der in engster Zusammenarbeit mit dem Bevollmächtigten für den Maschinenbau die Dringlichkeit der Lieferungen in einem Sofortprogramm festlegte. Auf Vorschlag des Wi Rü Amtes wurden vom Generalfeldmarschall G ö r i n g den Wehrmachtsteilen als erste Rate folgende Werkzeugmaschinen zur Verfügung gestellt:

Heer	2 500	Stück
Luftwaffe	1 500	"
Marine	1 500	" .

Ausserdem wurde das Volkswagenwerk zur Durchführung ihres Ju 88 -Programms der Luftwaffe zugewiesen.

Eine weitere, besonders dringliche Massnahme war die Regelung der Bauwirtschaft. Gemäss einer Vereinbarung des GBW vom 5.9. wurde der Einsatz der Bauwirtschaft dem Gene-

A 085185

H2296-0192

ralinspekteur für das deutsche Strassenwesen Dr. T o d t übertragen, die Luftwaffe übertrug den Ausbau ihrer Industrie dem Generalbauinspektor Professor S p e e r .

Auf Antrag des Wi Rü Amtes erfolgte am 11.10. seitens des Generalfeldmarschall G ö r i n g eine Anordnung über Handhabung und Einschränkung der Bauwirtschaft. Durch sie wurde folgende Dringlichkeit der Bauten festgelegt:

1.) Programm der U-Boot-Waffe und Ju 88 und Vorhaben Peenemünde;

2.) Rüstungsbauten des HWA und der Sprengstoff-Chemie;

3.) Bauvorhaben der Luftwaffe, Hafenbauten der Marine, Bauten des Heeresverwaltungsamtes, Bauten des Vierjahresplanes und der Reichswerke Hermann Göring, soweit diese nicht unter 1) und 2) erfasst sind;

4.) Bauten des Zivil-Sektors.

Leider erfolgte durch diese Bestimmung keine durchgreifende Stillegung der kriegsunwichtigen Bauten, sodass der Reichsautobahnbau und die zahlreichen repräsentativen Bauten noch weiter Arbeitskräfte und Material in Anspruch nahmen.

Der durch die vorstehend ausgeführten Gründe erfolgte langsame Anlauf der Fertigungsprogramme und der verhältnismässig grosse Munitionsverbrauch im Polenkriege, sowie der grosse Verschleiss an Kraftfahrzeugen führten dazu, dass die Oberste Führung Anfang November mit dem Eingang der aus Neufertigung stammenden Waffen, Geräte und Munition nicht zufrieden war und eine erhebliche Mehrerzeugung forderte. Schon damals konnte der Chef des Wi Rü Amtes auf die wirklichen Gründe dieser schlechten Fertigung hinweisen. Zur Ab-

A 085186

H2296-0193

stellung der Misstände erfolgte ab Mitte Oktober seitens des Wi Rü Amtes ein erheblicher Druck, um nachträglich zu einer geordneten und schnellen Mobilmachung der Betriebe des GBW zu kommen, und um die Kräfte für die Verstärkung der Rüstungsindustrie freizumachen. Andererseits wurde seitens der Gauleiter die Forderung erhoben, die Dienstverpflichtungen, die innerhalb der Wirtschaft viel böses Blut gemacht hatten, aufzuheben, und zu einer gleichmässigeren Beschäftigung der Wirtschaft im Kriege zu kommen, die solche Dienstverpflichtung nicht benötigt.

Da der GBW, der für die Abstellung der Misstände verantwortlich war, keine Massnahmen ergriff, um zu einer Änderung des Verfahrens zu kommen, begab sich General T h o m a s am 7.11. zu Minister F u n k und forderte von ihm durchgreifende Massnahmen für eine Änderung der Kriegswirtschaftsführung. Das Ergebnis der Unterredung war negativ. Eine von Staatssekretär P o s s e vorbereitete Denkschrift über die Lage zu unterschreiben und sie dem Generalfeldmarschall G ö r i n g vorzulegen, lehnte F u n k ab. Die Aussprache hatte aber den Erfolg, dass es am 13.11. auf Einladung des Chefs Wi Rü Amt zu einer Besprechung mit dem GBW, R.Wi.M., Reichsarbeitsministerium, Vierjahresplan kam, die den Erlass neuer Massnahmen zur beschleunigten Überführung der Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft zum Ziele hatte. Protokoll über die Besprechung siehe Anlage XIX, 3. Das Protokoll ergibt die klare Beweisführung, dass die Masse der deutschen Industrie Mitte November infolge der nur teilweise durchgeführten Mobilmachung sich noch nicht im Mobilmachungszustande

H2296-0194

befand, sondern noch völlig im Rahmen der Friedenwirtschaft arbeitete.

Als Ergebnis dieser Sitzung wurden beim Generalfeldmarschall G ö r i n g , als dem Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung, durchgreifende Massnahmen beantragt, die die schnelle Überführung der Friedenwirtschaft in die Kriegswirtschaft sicherstellen sollten. Das Wi Rü Amt legte Richtlinien fest zur Zusammenfassung aller Kräfte zur Fertigungssteigerung der Wehrmacht, die am 29.11. von Generalfeldmarschall G ö r i n g gebilligt und inkraftgesetzt wurden (Anl. XIX,4). Durch diese Richtlinien wurde der Grund dazu gelegt, dass endlich eine Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft zur Durchführung kam.

In Verfolg der am 29.11. von Generalfeldmarschall G ö r i n g erlassenen Richtlinien zur Zusammenfassung aller Kräfte zur Steigerung der Rüstung stellte Wi Rü Amt an das R.Wi.M. die als Anlage XIX, 5 aufgeführten Forderungen und erliess an die WT die in Anlage XIX,6 beigefügten Weisungen.

Zur Verstärkung dieser Massnahme und zur Unterrichtung der Industrie erbat der Chef Wi Rü Amt eine Zusammenziehung der führenden Wirtschaftsführer in Berlin bei der Reichsgruppe Industrie, bei der den Wirtschaftsführern über die Notwendigkeit der schnellen Umstellung eingehende Ausführungen gemachtwerden sollten.

Am 29. November fand im Rahmen einer Sitzung der Reichsgruppe Industrie diese Zusammenziehung der Wirtschaftsführer statt, in der der Chef des Wi Rü Amtes in einer längeren

A 035138

H2296-0195

Ansprache (Anlage XIX, 7) die allgemeine Lage darlegte und dann die Forderungen der Wehrmacht aufstellte, die der schnellen Umstellung der Wirtschaft dienen sollte. Diese Forderungen enthalten im Grossen die gleichen Gedanken, die im Jahre 1943 bei der Erklärung des Totalen Krieges durch den Reichsminister Dr. G o e b b e l s zur Durchführung gebracht worden sind. Am Tage nach der Ansprache sprach Feldmarschall G ö r i n g den General T h o m a s auf seine Rede vor der Reichsgruppe Industrie an und meinte, sie habe eine Kritik an der bisherigen Wirtschaftsführung enthalten. Erst als sich Generalfeldmarschall G ö r i n g von dem Wortlaut des Vortrages überzeugthatte, war er mit diesen Ausführungen einverstanden, erklärte aber, dass er nicht glaube, mit diesen scharfen Forderungen durchkommen zu können, weil die Partei durch solche Massnahmen eine starke Beeinträchtigung der Kriegsstimmung befürchtete. Wie die späteren Ausführungen ergeben werden, kam es auch leider nur auf Teilgebieten zur Durchführung dieser Massnahmen, weil der Glaube und die Hoffnung auf einen kurzen Krieg immer noch in der Masse der Bevölkerung erhalten blieb und die Kriegspropaganda die Durchführung obiger Massnahmen in keiner Weise unterstützte.

Das Versagen der Dienststelle des GBW und die Überschneidungen dieser Dienststelle mit der des Vierjahresplans führte im Dezember zu einer grundlegenden organisatorischen Änderung. Der GBW wurde auf die Angelegenheiten des R.Wi.M. und der Reichsbank beschränkt, die Gesamtlenkung der Wirtschaftspolitik übernahm Generalfeldmarschall G ö r i n g

A 035199

H2296-0196

als Beauftragter des Vierjahresplanes. Durch Befehl des Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 7.12.1939 wurde der Generalrat für den Vierjahresplan hierzu zum kriegswirtschaftlichen Führungsorgan ausgebaut. General T h o m a s wurde in den Generalrat berufen. Die Dienststelle des GBW wurde aufgelöst, ihre Befugnisse übernahm - soweit sie nicht das R.Wi.M. und die Reichsbank betrafen - der Vierjahresplan.

Näheres ergibt die Anlage XIX,8.

Um die vor der Reichsgruppe Industrie am 29.11. vertretenen Forderungen auf tätigere Mitarbeit der Wirtschaft und auf schnellere Umstellung der Betriebe zu vertiefen, bat der Chef des Wi Rü Amtes am 18.12. die führenden Persönlichkeiten der deutschen Industrie zu sich und legte ihnen die Lage nochmals in aller Offenheit dar. (Ansprache s.Anl. XIX,9). In der Aussprache wurde seitens der Wirtschaftsführer als Grund für den langsamen Anlauf die durch das R.Wi.M. angeordnete um 20 % verringerte Stahlproduktion, die schlechte Transportlage und in Sonderheit das Durcheinander in den verschiedenen Wehrmachts- und sonstigen Staatsprogrammen bezeichnet. Allgemein bestand der Wunsch nach einer einheitlichen Wirtschaftsführung und nach einer Regelung der Dringlichkeit der Programme, einer Forderung, die das Wi Rü Amt von Kriegsbeginn vertreten hatte.

Nachdem der Polenkrieg einen überraschend hohen Verbrauch an Pulver und besonders Sprengstoff durch Heer und Luftwaffe ergeben hatte und nachdem durch diesen Feldzug eine erhebliche Lücke in die Vorräte auf dem Munitionsge-

A-035190

H2296-0197

biet gerissen worden war, kam -wie nicht anders zu erwarten war - die Forderung nach schnellstem Anlauf eines Munitionsprogramms. Die Voraussage des Wi Rü Amtes trat also schneller ein, als es erwartet worden war und es war natürlich, dass sich die Mängel in der Vorbereitung des Munitionserzeugungsprogrammes jetzt schnell offenbaren mussten.

Der Verbrauch an Pulver- und Sprengstoff im Polenkrieg, umgerechnet auf einen Monatszeitraum von 30 Tagen, betrug beim

Pulver	5 650 t
Sprengstoff	21 200 t.

Die im November 1939 bestehende Fertigungskapazität betrug beim

Pulver	6 800 t
Sprengstoff	12 700 t.

Es wurden also verbraucht gegenüber der Erzeugungsmöglichkeit an Pulver 82,5 %, an Sprengstoff 167 %. Die Folge dieser Feststellungen war, dass für den Ausbau des Pulver- und Sprengstoffplanes sofort eine Erhöhung der Baustoffzuweisungen vorgenommen wurde und dass Dr. K r a u c h angewiesen wurde, den Pulver- und Sprengstoffplan mit grösster Dringlichkeit zu beschleunigen. Es sollten als Monatsleistung erreicht werden:

<u>bis 1.10.1940:</u>

10 000 t	Pulver
18 000 t	Edelsprengstoff
11 000 t	Ersatzsprengstoff und
3 000 t	Kampfstoff;

A 035191

H2296-0198

bis 1.10.1941:

15 000 t Pulver
41 000 t Edelsprengstoff
15 000 t Kampfstoff.

Die nachstehenden Ausarbeitungen werden zeigen, dass sich der Ausbau in diesem Umfange terminmässig nicht erfüllen liess.

Dieser industriellen Planung gegenüber standen die Forderungen der Generalstäbe, die sich auf den Erfahrungen des polnischen Feldzuges und auf den grossen Sprengstoffbedarf des Ju 88-Programms aufbauten. Sie forderten sobald als möglich eine Bereitstellung

Pulverbedarf von	13 000	moto
Edelsprengstoff von	38 000	moto
Ersatzsprengstoff v.	11 000	moto
Kampfstoff von	3 000	moto.

Bis 1.10.1941 forderten sie eine Erzeugungskapazität von monatlich

20 000 t Pulver
51 000 t Edelsprengstoff und
15 000 t Kampfstoff.

In diesen Zahlen waren aber noch nicht enthalten Sonderforderungen, die der Führer aufstellte, z.B. die Steigerung der Fertigung der 1.F.H.-Produktion von 1,7 Mill. auf 7 Mill.

Dieser Ausbauplan auf dem Pulver- und Sprengstoffgebiet und der damit in Verbindung stehende Plan zur mechanischen Fertigung der betreffenden Munitionsmengen hätte terminmässig nur geleistet werden können, wenn er rückhaltlos an die Spitze aller Rüstungsvorhaben und aller sonstigen Programme gestellt worden wäre. Dies erfolgte indessen zu-

*C05192

H2296-0199

nächst nicht, sodaß der Anlauf des Munitionsprogrammes bei weitem nicht den Wünschen der Obersten Führung entsprach. Neben der Überbelastung der gesamten Rüstungsindustrie rächte sich in diesem Moment ganz besonders die Tatsache, daß das HWaA bezw. das AHA in Friedenszeiten keine Lehraufträge erteilt hatte zur Einarbeitung der Munitionsindustrie. Es rächte sich aber auch ganz besonders das Fehlen einer Tiefenrüstung, wie sie in den Aufrüstungsjahren immer wieder vom WStb gefordert worden war.

Im November 1939 ließ sich klar überblicken, daß - wenn der Westkrieg im größeren Umfange einsetzen sollte - Schwierigkeiten in der Munitionsversorgung eintreten würden. Die im Frieden getroffene Munitionsbevorratung war zu gering der Verbrauch im Polenfeldzug überraschend hoch. Besonders der Verbrauch an schwerer Munition und an Bomben übertraf bei weitem die Planung. Da andererseits der Anlauf des F.P. nur sehr langsam vor sich ging und die Forderungen nur dem F.P. 1938/39 entsprachen, war es natürlich, daß diese Situation bei der Obersten Führung erhebliche Unruhe hervorrief. Da diese Situation letzten Endes der Grund zur Einrichtung des Rm. f. B.u.M. wurde, muß an dieser Stelle nochmals auf die Gründe des langsamen Anlaufens der Munitionsfertigung eingegangen werden. Sie liegen im folgenden:

1.) In dem Fehlen der seit Jahren geforderten fabrikatorischen Vorbereitungen auf dem Munitionsfertigungsgebiet
2.) In der Nichtbewilligung der für 1939 vorgesehenen Maschinenkäufe zur Durchführung des Munitionserzeugungsplanes.

A 085193

H2296-0200

3.) In der Beschränkung der Zahl der Rüstungsbetriebe durch die Verordnung des Generalfeldmarschalls G ö r i n g vom 16.7.1938.

4.) In den Folgen dergeteilten Mobilmachung.

5.) In der Überbelastung der deutschen Wirtschaft mit zahlreichen nicht kriegswichtigen Aufträgen.

6.) In der Hintenansetzung der Munitionserzeugung bei dem Fertigungsprogramm der Aufrüstungszeit.

7.) In der erheblich langsameren Durchführung des Pulver- und Sprengstoffplanes und endlich

8.). in der Propaganda, die zu Kriegsbeginn getrieben wurde, die dem Volk einen kurzen Krieg in Aussicht stellte und den Ernst der Lage nicht wahrhaben wollte.

Dass nebenbei noch weitere Mängel des Heereswaffenamtes vorlagen, wie Rückständigkeit in der Massenfertigung von Munition, falsche Einsatzgewichte bei der Zuweisung von Rohstoffen, fehlende Lehraufträge, zu zahlreiche Konstruktionen an Geschossen und Zündern, kann nicht bestritten werden.

Hätte man in diesem Moment dem Chef des OKW die gleichen Vollmachten erteilt, wie sie später der Reichsminister für B.u.M. erhielt, so hätte seitens des OKW vielleicht eine ebenso schnelle Lösung der Munitionskrise gefunden werden können, als es im Laufe des Jahres 1940 durch den Reichsmin.f.B.u.M. geschah.

Auf Grund dieser Situation war der Dezember 1939 ausgefüllt mit Planungen für ein neues Munitionsprogramm. Der

A 035194

H2296-0201

Führer ordnete Ende November die Bearbeitung eines neuen Munitionsprogramms an, das die Aufstellung einer Endlösung und Festlegung der Leistungen in den einzelnen Zeitabschnitten enthalten sollte. In den Vordergrund wurde gestellt die Minenfertigung für Marine und Luftwaffe für die endgültige Absperrung Englands von seinen Zufuhren. Die Fertigung von Lufttorpedos sollte aufgegeben werden. Bei den Hauptkalibern des Heeres forderte der Führer eine Fertigung von

4 - 5	Mill. Schuß	l.F.H.,
500 000	"	s.F.H.,
250 000	"	10 cm K.,
300 000	"	21 cm Mrs.

Diese Forderungen wurden am 12. Dezember vom Führer noch erhöht auf

5 Mill.	Schuß	l.F.H.,
1 Mill.	"	s.F.H.,
1/2 Mill.	"	10 cm K.,
100 000	"	s.I.G.,

während die Fertigung von 8,8 Flak-Munition von 400 000 auf 200 000 Schuß erniedrigt und die Fertigung der Kriegsmarine-Munition (10,5 cm und15 cm) auf 1/3 gekürzt werden sollte.

Dieses Führerprogramm entsprach auf der chemischen Seite einem monatlichen Bedarf von 47 000 t Sprengstoff und 20 000 t Pulver. Es ergab sich also, dass dieses Programm in übersehbarer Zeit nicht durchführbar war. Das Heereswaffenamt wurde daher beauftragt, die Möglichkeiten der Steigerung auf dem chemischen und mechanischen Sektor nochmals zu untersuchen und zum 10.Januar 1940 seine Stellungnahme und gegebenenfalls einen neuen Vorschlag vorzulegen.

* 085195

H2296-0202

3. Rohstofflage.

Die Rohstofflage wurde auf Grund der ersten Kriegserfahrungen, des Bedarfes im Polenkriege und unter Berücksichtigung der kurz vor dem Kriege noch eingeführten Rohstoffvorräte im Einvernehmen mit dem R.Wi.M. erneut untersucht und ergab ein besseres Bild, als es sich in den Überlegungen vor Kriegsbeginn gezeigt hatte. Die Untersuchung ging in Sonderheit darauf hinaus zu prüfen, wie lange man auf den wichtigsten Rohstoffgebieten den Krieg wird durchhalten können. Das Ergebnis der Untersuchung ist in der Anlage XIX, 10 beigefügt. Es spricht sich dahin aus, dass, wenn nicht ein überraschend hoher Verbrauch seitens der Wehrmacht eintritt, man mit einer Versorgung mit Rohstoffen und Mineralölen auf etwa 2 Jahre rechnen könne. Voraussetzung für diese Annahme ist allerdings schärfstes Haushalten, Stärkung der Leistungsfähigkeit der Rohstoffindustrie, keine Störung der Einfuhrmöglichkeiten aus den nordischen Staaten und aus dem Südostraum, Schutz der Rohstofferzeugung gegen Luftangriffe und genügende Ernährung der Bevölkerung. Gerechnet wurde dabei mit einer Bereitstellung für die Gesamtwirtschaft von monatlich rd. 1,5 Mill. t Eisen, rd. 20 000 t Kupfer, 20 000 t Blei, rd. 7 - 800 t Nickel, rd. 7 - 800 t Zinn, 20 - 21 000 t Aluminium, 4 500 - 5 500 t Kautschuk, rd. 180 000 t Vergasertreibstoff, 100 000 t Flugtreibstoff, 150 000 t Diesel und 100 000 t Heizöl für das erste Kriegsjahr.

A 085196

H2296-0203

Der spätere Kriegsverlauf im Westen brachte dann überraschend erhebliche Rohstoffbestände als Beute, die dieses im Frieden nicht erwartete günstige Bild noch verbessern konnten, sodass im Grossen die Rüstung in den ersten beiden Kriegsjahren durch die Rohstofflage keine ausgesprochene Einschränkung erfahren brauchte. Wo Schwierigkeiten auftraten, lagen sie entweder in der Rohstoffverteilung, in dem überhöhten Gewicht der Einsatzgebiete bei vielen Waffen- und Munitionsarten, im Arbeitermangel oder am Fehlen des notwendigen Maschinenparks.

In der Rohstoffverteilung bestanden die seit mehr als Jahresfrist bekannten Spannungen. Der Wehrmacht wurde schon vor Kriegsbeginn vorgehalten, dass sie die deutsche Rohstoffdecke zu stark in Anspruch nehme und dass die übrigen Verbraucher dadurch zu kurz kämen. Hierzu muss zunächst festgestellt werden, dass für die reinen Wehrmachtsvorhaben der Rohstoffverbrauch verhältnismässig gering war. Im Sommer 1939 nahm die Wehrmacht nur 30 % der Stahlerzeugung, 20 % des Kupferverbrauches, 14 % des Kautschukverbrauches, 24 % des Holzverbrauches, 14 % des Treibstoffverbrauches und 45 % des Zementverbrauches in Anspruch. Im ersten Quartal 1939 war auf dem Stahlgebiet der Wehrmachtsverbrauch rd. 600 000 t pro Monat, während der übrigen Wirtschaft über 1,1 Mill. t und der Ausfuhr 340 000 t zugewiesen waren. Die Forderungen der Wehrmacht lagen etwa auf der doppelten Höhe. Auf dem Kupfergebiet war der Wehrmachtsverbrauch 5 900 t bei einem Gesamtverbrauch von 29 400 t. Die Forderungen der WT lagen bei 19 400 t. Ähnlich lagen die Verhältnisse auf

A 085197

H2296-0204

allen anderen Metallgebieten. Wenn auch zugegeben werden muss, dass die Forderungen der WT sehr stark überhöht waren, weil die Einsatzgewichte in der Fabrikation nicht genügend nachkontrolliert wurden, muss doch festgestellt werden, dass die der Wehrmacht zugebilligten Zuteilungen nicht den militärisch-politischen Verhältnissen entsprachen und eine Überforderung seitens der Wehrmacht gegenüber der anderen Wirtschaft nicht stattgefunden hat. Aufschlussreich ist weiter, dass auch nach Kriegsbeginn die erhöhte Stahlzuteilung zu einem grossen Teil nicht in die reine Waffen- und Munitionsfertigung ging, sondern sehr stark für fabrikatorische und Festungsbauvorhaben Verwendung fand.

Bei Kriegsbeginn wurde die Wehrmachtsquote an Stahl von 680 000 t um 144 000 t erhöht bei einer Erzeugung von 1,5 Mill. t.

Davon wurden im Winter 1939/40 durchschnittlich eingesetzt:

a) für Kriegsgerät- und Munitionsfertigung	335 000 moto
b) für fabrikatorische Ausbauten der weiterverarbeitenden Industrie	177 000 moto
c) für Ausbau der Rohstoffindustrie	139 000 moto
d) für Festungsbau und sonstige Bauten	188 000 moto.

Diese Zahlen sind ein Beweis dafür, dass die Tiefe der Rüstung in der Aufrüstungszeit zu kurz gekommen war. Innerhalb der Wehrmacht bestand ein andauernder Kampf um die Rohstoffe zwischen den WT, wobei festgestellt werden kann, dass bei dem grossen Interesse, das seitens der Obersten Führung für den Kriegsschiffbau und für die Vergrösserung der Luftwaffe bestand, das Kontingent des Heeres gegenüber den anderen beiden WT zunächst als sehr gering bezeichnet

A 085198

H2296-0205

werden muss. Im Laufe der nächsten Jahre traten dann erhebliche Verschiebungen innerhalb der Wehrmacht ein.

Die Hauptsorge blieb für das Wi Rü Amt einmal die Kupferlage, da die Marine für das U-Boot-Programm zunächst übermässig hohe Forderungen stellte und dann die Kautschuklage, da die Bestände an Naturkautschuk nur gering und die Zufuhren sehr unsicher waren und da die Buna-Produktion bei Kriegsausbruch erst 3 000 moto betrug.

In der Rohstoffbewirtschaftung blieb es bei dem bereits im Frieden eingeführten Kontrollnummersystem, jedoch riefen die zahlreichen neuen Verordnungen über Beschlagnahme und Verbrauchsregelung in der Wirtschaft erhebliche Verwirrung hervor.

Am3. Januar 1940 gab Unterstaatssekretär General von H a n n e c k e n in der 2. Sitzung des Generalrates einen Überblick über die Rohstofflage zur Jahreswende 1939/40. Da diese Ausführungen des die Rohstoffversorgung leitenden Hauptabt.Chefs des R.Wi.M. für die späteren Massnahmen des Wi Rü Amtes von ausschlaggebender Bedeutung wurden und die Grundlage bildeten für die Rohstoffbewirtschaftung des Jahres 1940, werden sie auszugsweise nachstehend wiedergegeben:

I. E i s e n .

"Die Eisenerzeugung ergibt, was ihre Höhe und die Rohstoffversorgung anlangt, folgendes Bild. Die Erzeugung der Walzwerke und der Giessereien betrug im Jahre 1939 im Altreich und der Ostmark bis zum August monatlich mit gewissen Schwankungen etwa 1,505 Mill. t Walz- und 0,360 Mill.t

A C05199

H2296-0206

Gussgewicht, zusammen 1,865 Mill.t. Diese Erzeugungsmenge ist ab September, dem 1. Kriegsmonat, auf etwa 1,550 Mill.t, also nur um 18 % zurückgegangen.

Die vor etwa Jahresfrist noch gültigen Rohstoffplanungen hatten nur eine Menge von1,300 Mill.t für das 1. Kriegsjahr und für später nach Aufbrauch der Vorräte nur 0,800 Mill.t als zulässig und verteilbar erscheinen lassen. Die wesentliche Verbesserung der Erzeugungsmenge auf jetzt tatsächlich über 1,500 Mill.t ist in der Hauptsache eine Folge der günstigen Entwicklung der Schiffahrtslage in Ost- und Nordsee. Das Rückgrat unserer ganzen Eisenerzeugung ist und bleibt das schwedische Erz, nicht nur wegen der grossen Mengen, sondern insbesondere wegen seines hohen-Eisengehaltes von 55 und 60 %. Aus einer Statistik der Erzeinfuhr aus den Hauptländern für die einzelnen Monate des Jahres 1939 ergibt sich, dass von dem aus dem Ausland im ersten Halbjahr 1939 eingeführten Erzmengen, die etwa 59 % des ganzen Zuganges an eisenhaltigen Rohstoffen zu den deutschen Hochöfen ausmachten (ohne Hochofenschrott, der etwa weiteren 6 % entspricht), 60 - 70 % dus Schweden stammten, etwa 20 % aus Frankreich und Kolonien und 10 - 20 % aus anderen Ländern wie Spanien, Brasilien, Norwegen, Länder, die heute fast ausnahmslos von uns abgeschnitten sind. Die Einfuhr aus Schweden kann für die Zukunft günstig beurteilt werden. Wir können wohl heute zuverlässig mit 8 Mill. t Erz aus Schweden rechnen. Die aus der Zeichnung für die Wintermonate 1940 sich ergebende Einfuhrverminderung ist lediglich durch die Vereisung des Bottnischen Meerbusens bedingt, Die handelspolitischen Verein-

A 085200

H2296-0207

barungen mit Schweden sehen 10 Mill. t vor und wir haben uns auch zu Gegenlieferungen, insbesondere von Kohle und Koks, in entsprechendem Umfang verpflichtet.

Die Inlandförderung ergab in den Monaten Januar bis August 1939 einen ziemlich gleichmäßigen Monatsdurchschnitt von 0,370 Mill. t Eisen. Das Kriegsprogramm sieht hier eine Steigerung auf 0,517 Mill. t, also um 0,150 Mill. t monatlich oder 1,8 Mill. t jährlich vor.

Es ist gelungen, bis Ende 1939 die Förderung wenigstens auf 0,450 Mill. t, also etwa um die Hälfte des vorgesehenen, zu steigern. Leider ist aber auch dies der Eisenversorgung nur zum Teil zugute gekommen, da seit Kriegsbeginn kaum mehr als 75 des angeforderten Transportraumes zu Wasser und zu Lande zur Verfügung gestellt worden sind. Dies hat zu einer ständigen Erhöhung der Erzbestände bei den Erzgruben geführt. Diese Transportschwierigkeiten müssen im Laufe des Jahres 1940 unter allen Umständen beseitigt werden, wenn die gegenwärtige Erzeugung das ganze Jahr durchgehalten werden soll.

Die Gesamtbestände, d.h. bei Gruben und Hochofenwerken an Erz haben sich seit Kriegsbeginn nicht unwesentlich verringert. Zu einem Teil liegt dies an dem seit Dezember eingetretenen Ausfall des noreschwedischen Hafens Lulea, der zugefroren ist, zum anderen Teil leider auch daran, daß wir von unseren Erzvorräten zehren. Hier muß der Ausgleich durch die geplante aber bis jetzt nur teilweise erreichte Steigerung der Verwertung deutscher Erze kommen, zum anderen Teil durch vollständige Ausnutzung aller handespolitischen Möglichkeiten bei der Erzeinfuhr.

A C05201

H2296-0208

Die Lage beim Schrott ist vorläufig noch befriedigend. Die Bestände nehmen aber seit Kriegsbeginn erheblich ab. Der Hauptgrund hierfür ergibt sich aus dem Wegfall fast aller Schrotteinfuhren. Diese deckte 1938 immerhin etwa 10 % des Schrottverbrauchs. Sie stammte vor allem aus den Vereinigten Staaten, aus Belgien und Holland. Weitere Schrotteinsparungsmaßnahmen werden 1940 nötig sein. Gewisse Hoffnungen können ferner auf die Schrotterfassung im Generalgouvernement Polen gerichtet werden.

Bei den Hauptlegierungserzen für Stahlveredlung, Wolfram, Molybdän und Chrom ist die Bevorratung, die durchweg 15 Monate und mehr im Verhältnis zu den Zuteilungen des 1. Vierteljahres 1940 beträgt, befriedigend.

II. Eisen- und Stahlverteilung.

A) Allgemeines.

Für das letzte Friedensquarta l waren rd. 2,2 Mill. t Eisen und Stahl (Fertiggewicht) verteilt worden.

Für das erste Kriegsjahr war im Mobprogramm zunächst nur mit einer monatlichen Erzeugung von 1,3 Mill. t gerechnet worden.

Schon bald zeigte sich, daß mit einzelnen Kontingenten die vorliegenden Aufga ben nicht effüllt werden konntan. Ich entschloß mich daher, die Erzeugung unter Heranziehung aller Vorräte an Erz, Schrott und sonstigen Fe-Trägern auf 1,55 Mill. t zu erhöhen.

A 005202

H2296-0209

Zu der Erzeugung im Altreich und in der Ostmark mit 1,55 Mill.t ist noch die Erzeugung im Protektorat und in Polen insoweit zuzuschlagen, als sie in den genannten Gebieten nicht selbst benötigt wird. Aus dem Protektorat stehen bei einer Gesamterzeugung von rund 100 000 t noch 40 000 t und aus Polen von rund 120 000 t noch 60 000 t zur Verfügung, sodaß insgesamt 1,65 Mill. t zur Verteilung gebracht werden konnten. Tatsächlich sind inzwischen 1,7 Mill. t verteilt worden. Die Differenz von 50 000 t (3 %) ist erfahrungsgemäß ohne sichtbaren Einfluß auf die Belieferung , da sie innerhalb der Genauigkeitsgrenze der Kontingentierung überhaupt liegt.

Ich will nun zunächst kurz auf die Höhe der Kontingente selbst eingehen:

B. Bedarfsgruppen

1. Wehrmacht

Wie bereits erwähnt, standen im Kriegsfall zunächst 1,3 Mill. t Walzgewicht Eisen und Stahl zur Verfügung. Die Wehrmacht hatte dagegen bereits im Dezember 1938 für die friedensmäßige Aufrüstung für die Jahre 1939 und 40 1,27 Mill.t je Monat gefordert. Wenn diese Zahl auch vermutlich durch reines Zusammenzählen von Einzelanforderungen mit hohen Sicherheitszuschlägen entstanden ist und sie allein für Wehrmachtszwecke schon aus Kapazitätsgründen nicht verarbeitet werden könnte, so ist doch interessant, daß die Wehrmacht im Frieden theoretisch die gesamte im Kriegsfall mögliche Eisen- und Stahlerzeugung beanspruchte.

Da die Wehrmacht im Kriege selbstverständlich das erste Anrecht auf Eisenzuteilungen hat, wurde so vorgegangen ,

A 085203

H2296-0210

daß zunächst der Bedarf aller übrigen Gruppen darauf untersucht wurde, wieweit er eingeschränkt werden konnte. Insbesondere durch ganz erehbliche Einschränkungen bei der Eisen verarbeitenden Industrie und verschiedenen öffentlichen Kontingentsträgern - ich komme hierauf noch im einzelnen zu sprechen - konnten für die Wehrmacht zunächst 600 000 t im Monat = 46 % der kriegsmässigen Erzeugung vorgesehen werden. Dieser Menge wurden weitere 60 000 t, die für die Unterstützung Italiens im Falle seines Eintrittes in den Krieg vorgesehen waren, zugeschlagen. Durch die Einbeziehung der Bauten des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung in das Wehrmachtsprogramm erhielt das Wehrmachtskontingent die Höhe von 680 000 t je Monat = 52,5 % der Erzeugung.

Schon nach kurzer Zeit erklärte die Wehrmacht, mit diesen Mengen nicht auskommen zu können. Nach einer einmaligen Sonderzuteilung von 147 000 t bei Kriegsausbruch wurde das Grundkontingent bereits im IV. Quartal 1939 auf 854 000 t je Monat erhöht. Einschließlich einiger Sonderzuteilungen für bestimmte Zwecke (Ju 88 - Programm u.ä.) beträgt das Kontingent der Wehrmacht im I. Quartal 1940 885 000 t. Bei der augenblicklichen Erzeugung von rund 1,65 Mill. t einschließlich der Zuflüsse aus dem Protektorat und den Ostgebieten hat damit die Wehrmacht 53,5 % des zur Verfügung stehenden Eisens erhalten. Während des Weltkrieges betrug der Wehrmachtsanteil an der Gesamterzeugung im Juli 1917 = 41 %, im Sommer 1918 = 52 %. Mengenmäßig erhielt die Wehrmacht im letzten Weltkriegsjahr rund 620 000 t = 70 % der jetzigen Zuteilung von 885 000 t.

A C85204

H2296-0211

2. Öffentliche Kontingentsträger.

Den öffentlichen Kontingentsträgern waren friedensmäßig für das III. Quarta l 1939 rund 400 000 t je Monat zugeteilt worden.

Als Kriegskontingente waren für den öffentlichen Bedarf zunächst nur 130 000 t = 1/3 der friedensmässigen Zuteilung vorgesehen worden. Mit Ausnahme der Reichsbahn, die wegen ihrer Bedeutung im Kriegsfall zunächst 55 % ihres Friedenskontingents erhielt, wurden die Kontingente der Partei und des Strassenbaues auf 6%, der Reichspost auf 23 %, für die Wasserstrassen auf 10 %, für den Bausektor auf 15 %, und für den Vierjahresplan ohne Sprengstoffprogramm auf 16,5 % herabgesetzt. Diese einschneidenden Kürzungen liessen sich im ersten Kriegsquartal jedoch nicht in voller Höhe aufrechterhalten. Insbesondere verlangten die Aufgaben der Reichsbahn (Fahrzeugbauprogramm) die nicht unwesentliche Erhöhung von 100 000 t a uf 145 000 t im I.Quartal 1940. Insgesamt sind für den öffentlichen Bedarf zur Zeit 175 000 t je Monat = rund 10,6 % der augenblicklichen Gesamterzeugung zugeteilt.

3. Schlüsselindustrie.

Unter dem Begriff Schlüsselindustrie ist der Bedarf für die Energieversorgung, den Bergbau, die Eisenschaffende und die Nichteisenmetall-Industrie, ferner für den Ausbau der Reichswerke Hermann-Göring zusammengefa sst. Für diesen Sektor, dem im letzten Friedensquartal 310 000 t je Monat zugeteilt waren, war für das erste Kriegsquartal 171 000 t d.h. eine Kürzung um 45 % vorgesehen. Auch hier zeigte sich schon

A C85205

H2296-0212

bald, daß insbesondere bei der Eisenschaffenden Industrie und den Reichswerken Hermann Göring mit den Kriegskontingenten nicht auszukommen war ohne die Versorgung der Rüstungsindustrie ernstlich zu gefährden. Die vorgenommene Erhöhung der Kontingente beträgt bisher 55 000 t., wobei der Bergbau und die Nichteisenmetall-Industrie trotz großer Schwierigkeiten auch auf diesen Gebieten bisher zusätzliche Zuteilungen nicht erhalten haben. Mit insgesamt 321 000 t im Monat stehen diesem Sektor zurzeit 13,5 % der augenblicklichen Erzeugung zur Verfügung.

4. Eisen verarbeitende Industrie.

Für die Eisen verarbeitende Industrie waren im letzten Friedensquartal insgesamt 360 000 t bereitgestellt. Die Zuteilungen hierfür wurden für das erste Kriegsquartal auf 29 % des letzten Friedensquartals herabgesetzt. Diese außerordentliche Kürzung hat seit Kriegsausbruch bereits zu recht erheblichen Schwierigkeiten geführt, die weniger darin liegen, daß der private Bedarf nicht genügend befriedigt werden kann - dieser muß eben im Kriege zurückstehen - , als vielmehr darin, daß der mittelbare Bedarf 2. und 3. Ordnung für Zwecke der Wehrmacht, der als solcher in vielen Fällen nicht mehr klar erkennbar ist, nicht mehr gedeckt werden kann. Zum Beispiel konnte dem Maschinenbau nur so viel Eisen zur Verfügung gestellt werden, daß aus ihm nicht mehr als 60 % des Bedarfes an Maschinenersatzteilen befriedigt werden kann. Neue Maschinen können aus dem Maschinenbaukontingent überhaupt nicht mehr hergestellt werden, sodaß Ersatzteilbeschaf-

A 085206

H2296-0213

fungen bei Ausfall vorhandener Maschinen nicht mehr möglich sind, wenn nicht z.B. ein Wehrmachtbedarf 1. Ordnung vorliegt und die Wehrmacht deshalb eine Kontrollnummer aus ihrem Kontingent zur Verfügung stellt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei allen anderen Wirtschaftsgruppen, von denen insbesondere die Elektro-Industrie genannt sei, für die in Bezug auf elektrische Maschinen, Fernmeldeanlagen usw. das Gleiche gilt wie für den Maschinenbau. Die Herabsetzung des Kontingents der Wirtschaftsgruppe Werkstoffverfeinerung auf 40 % des letzten Friedensquartals hat z.B. zu einem oft sehr störend in Erscheinung tretenden Mangel an Verpackungsmaterial (Bandeisend~~raht~~, Nägel) geführt.

Auf die Deckung des privaten Bedarfs wirkt sich vor allem die Kürzung des Kontingents der Wirtschaftsgruppe Eisen~~,~~ Stahl - und Blechwarenindustrie auf 25 % und des Handwerks auf 39 % aus. Trotz der notwendigen Drosselung des privaten Bedarfs scheint hier die ausserst vertretbare Grenze erreicht zu sein, da bereits in einer großen Reihe tatsächlich lebenswichtiger Artikel wie Öfen und Herde und dergleichen erheblicher Mangel entstanden ist.

Insgesamt betragen die Erhöhungen in diesem Sektor aber nur 17 000 t, sodaß für ihn im I. Quartal 1940 125 000 t = rd. 15 % der Gesamterzeugung zur Verfügung gestellt sind.

5. Hilfskontingente und freier Markt.

In dieser Gruppe sind die Kontingente für den landwirtschaftlichen Bedarf, für den Unterhaltungs- und Erneuerungsbedarf der nichteisenverarbeitenden Industrie und der freie

A 085207

H2296-0214

Markt zusammengefaßt. Im letzten Friedensquartal waren hierfür 158 000 t vorgesehen, im ersten Kriegsquartal nur noch 90 000 t = 57 %. Diese hier verhältnismäßig gering erscheinende Kürzung ist vor allem auf die an sich bereits niedrigen Kontingente zurückzuführen.

Für den freien Markt, d.h. für den nichtkontingentierbaren Verbraucher wie den kleinen Landwirt u.ä. sind z.Zt. monatlich nur noch 20 000 t vorgesehen. Da unter dem Einfluß der Kriegspsychose der Händlerläger weitestgehend ausgekauft wurden und Nachlieferungen infolge Herabsetzung der Herstellerkontingente nur in recht geringem Umfange möglich sind, habe ich zur Deckung des dringendsten privaten Bedarfes eine einmalige Sonderaktion für den Eisenwarenhandel mit einer Gesamtmenge von 20 000 t eingeleitet. Auch hiermit wird der tatsächlich vorliegende Bedarf nur zum geringsten Teil befriedigt werden können, doch erwarte ich insofern eine gewisse Entspannung, als die wenigstens zeitweilige Liefermöglichkeit jetzt ausverkaufter Artikel zu einer Beruhigung der Bevölkerung beitragen wird. Neben dieser Sonder[illegible]n läuft noch eine andere, durch die insgesamt 10 000 t Verpackungsmaterial dem Handel zugeführt wird. Auch diese Maßnahme dürfte viele Schwierigkeiten beseitigen.

6. Export.

Im letzten Friedenquartal waren für den direkten und indirekten Export zusammen 375 000 t vorgesehen worden. Für das erste Kriegsquartal waren zunächst 126 000 t eingesetzt. Sehr bald schon zeigte sich, daß diese Menge wesentlich durch

A 005208

H2296-0215

die eingehenden Exportaufträge überschritten wurde. Da durch die Grenze der Erzeugungsmöglichkeit von Eisen und Stahl ein ungehemmter Export zu einem eisenmässigen Ausverkauf bezw. zu einer Benachteiligung der Wehrmacht und Wehrwirtschaft geführt hätte, sah ich mich gezwungen, auch für den Export feste Kontingente zu bestimmen. Trotz einer Erhöhung dieser Kontingente auf insgesamt 190 000 t im Monat kann aus ihnen nur etwa 60% der eingehenden Bestellungen aus dem Ausland ohne Rußland gedeckt werden. Der Bedarf für Rußland, für das allmonatlich allein 70 000 t benötigt werden, muß ebenfalls aus dem Exportkontingent von 190 000 t gedeckt werden, da weder eine Erhöhung der Erzeugung noch eine Kürzung der verschiedenen Kontingente möglich ist. Dies bedeutet, daß der Export nach den anderen offenen Ländern noch wesentlich unter 60 % herabgesetzt werden muß.

C. Zusammenfassung.

Wie ich bereits eingangs sagte, werden zur Zeit im Altreich mit der Ostmark 1,55 Mill. t erzeugt. Diese Erzeugungshöhe geht zur Zeit allerdings auf Kosten der vorhandenen Fe-Vorräte. Eine der wichtigsten Fragen ist daher die Aufrechterhaltung der Einfuhr von Schwedenerzen und die Steigerung der deutschen Förderung, deren Ausnutzung dabei zur Zeit vor allem eine Transportfrage ist.

Wenn auch die jetzige Höhe der deutschen Eisenerzeugung voraussichtlich noch längere Zeit durchgehalten werden kann, bestehen in Bezug auf die Höhe der Kontingente noch gewisse Schwierigkeiten. So muß das Kontingent des Bergbaues unbedingt

A 085209

H2296-0216

erhöht werden, wenn er die ihm gestellten Aufgaben (Exportkohle nach Skandinavien, Kohlenversorgung der Hydrierwerke !) erfüllen soll. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bereitstellung des Eisens für die Rußlandlieferungen. Eine der brennendsten Fragen ist der Unterhaltungsbedarf der Industrie. Zur Erhaltung des Wirtschaftsgefüges muß hier spätestens im kommenden Sommer etwas durch zusätzliche Eisenzuteilungen getan werden.

Die insgesamt zur Bereinigung der genannten Schwierigkeiten erforderliche Eisenmenge beträgt etwa 120 000 t monatlich.

Eine weitere Überziehung der Erzeugung zum Ausgleich der noch notwendigen Kontingentserhöhungen kommt bei ihrem Umfang nicht in Betracht, da sie nur die Wirkung ungedeckter Schecks hätte und durch Erhöhung des Auftragsbestandes bei den Walzwerken zu einer gerade im Kriege unerwünschten Verlängerung der Lieferzeiten führen würde ".

A 005210

H2296-0217

II. Die Lage auf dem Metallgebiet.

A) Versorgungslage

1. Schwermetalle.

"Die deutsche Metallversorgung war mit Ausnahme von Zink auf Grund der geringen deutschen Metallerzvorkommen immer in sehr starkem Umfange von der Einfuhr aus dem Auslandes abhängig. Zink ist bei nachfolgenden Betrachtungen außer Acht gelassen worden, da durch den Anschluß der ostoberschlesischen Zinkgruben der deutsche Bedarf an Zink nunmehr aus eigener Produktion befriedigt werden kann. Im Jahre 1939 wurden bis zum Kriegsbeginn monatlich etwa folgende Metallmengen verbraucht:

Kupfer	rund 29.000 t/Monat
Blei	" 23.700 t/ "
Nickel	" 1.000 t/ "
Zinn	" 1.300 t/ " .

Von diesen Verbrauchsmengen mußten aus dem Auslande in Form von Hüttenmaterial und Metall eingeführt werden:

Kupfer	rund 68 %
Blei	" 55 %
Nickel	" 95 %
Zinn	" 97 % .

Mit Kriegsbeginn wurde die Metalleinfuhr fast ganz abgeschnitten, erst nach und nach ist es gelungen, die Einfuhr

A 085211

H2296-0218

wenn auch in geringem Umfange, wieder aufzunehmen. In den Monaten September bis November 1939 konnten im Monatsdurchschnitt aus dem Auslande beschafft werden:

Kupfer	2.000	Moto	gegenüber	20.000	Moto	v.d.Kriege	=	10 %
Blei	1.000	"	"	14.000	"	" " "	=	7 %
Nickel	50	"	"	950	"	" " "	=	5 %
Zinn	100	"	"	1.200	"	" " "	=	8,5%.

Hieraus ist zu ersehen, daß die deutsche Metallversorgung jetzt im Kriege in der Hauptsache auf den Metallanfall im Inlande und auf die Bestände angewiesen ist. In Erkenntnis dieser Lage wurde gemeinsam mit dem OKW eine Planung in der Versorgung auf drei Jahre vorgenommen, die beginnend mit dem September 1939 etwa folgendes Bild ergibt:

Die einsetzbaren Metallbestände im Reichsgebiet betrugen (einschließlich der in Polen zu erfassenden Mengen) am 1. November 1939 etwa folgende Mengen:

Kupfer	rund	120.000 t
Blei	"	142.000 t
Nickel	"	5.800 t
Zinn	"	3.600 t.

In den obigen Bestandszahlen sind die in Polen erbeuteten und noch herauszuziehenden Metallmengen mit enthalten. Bisher wurden aus Polen herausgeholt:

Kupfer	rund	15.000 t
Blei	"	500 t
Zinn	"	160 t
Nickel	"	9 t
Aluminium	"	1.000 t .

A 005212

H2296-0219

Nach der Kriegsplanung für die ersten drei Kriegsjahre werden aus der innerdeutschen Produktion und aus dem Anfall von Altmaterial, einschließlich der Mobilisation in Polen und im Reich und aus der Einfuhr aus dem Auslande, aber ohne Einsatz der Bestände, voraussichtlich sicher zur Verfügung stehen:

	1.Jahr	2.Jahr	3.Jahr
Kupfer	11.800 Moto	10.000 Moto	9.000 Moto
Blei	13.000 "	12.900 "	12.600 "
Nickel	300 "	210 "	210 "
Zinn	310 "	320 "	320 "

Davon aus deutschen Erzen:

	1.Jahr	2.Jahr	3.Jahr
Kupfer	2.000 Moto	2.400 Moto	2.600 Moto
Blei	7.500 "	7.700 "	7.900 "
Nickel	45 "	80 "	80 "
Zinn	28 "	35 "	45 "

Als unsichere Beschaffungsmöglichkeiten kommen noch in Frage:

1.) der Transitverkehr über Rußland,

2.) Steigerung der Einfuhr aus den neutralen Ländern (in der Hauptsache aus Jugoslavien und den Nordstaaten).

Die geforderten Bedarfsmengen können nicht in vollem Umfange, auch nicht in der ersten Zeit, befriedigt werden, vielmehr wurden für die Monate November und Dezember 1939

AC03213

H2296-0220

die nachstehenden Metallmengen zugeteilt, bezw. sind für das I. Quartal 1940 vorgesehen:

	November und Dezember 1939 in Monatstonnen:			I.Quartal 1940 in Monatstonnen:		
	Wehrmacht	Ziv.Wirtschaft (einschl. Ausfuhr)	Zus.	Wehrmacht	Ziv. Wirtschaft (einschl. Ausfuhr)	Zus.
Kupfer	12.000	12.000	24.000	12.000	10.000	22.000
Blei	9 .500	9.950	19.450	10.200	9.500	19.700
Nickel	600	225	825	535	175	710
Zinn	265	500	765	240	425	665.

Die Unterschiedsmenge zwischen den nach der Planung zur Verfügung stehenden Metallen aus Metallanfall im Inland sowie Einfuhr und den vorstehenden Zuteilungen wird aus den noch vorhandenen Beständen gedeckt.

Bis zum April 1940 wird gegenüber der Kriegsplanung bereits ein sehr starker Vorgriff vorgenommen. Dies bedeutet eine entsprechende Verminderung der Deckungsdauer aus den Beständen. Ab April 1940 ist eine stärkere Drosselung des Verbrauchs auf allen Metallgebieten bis auf Blei und Zink nicht mehr zu vermeiden.

Die Versorgungslage bei B l e i ist im allgemeinen günstiger, da die deutsche Erzeugung verhältnismäßig groß und eine gewisse Einfuhr aus dem neutralen Ausland gesichert ist.

Bei Z i n n dagegen ist die Lage äusserst schlecht, weil die Vorratslage bei Kriegsbeginn besonders ungünstig

A 083214

H2296-0221

war, und eine Einfuhr aus dem neutralen Ausland nur in geringen Mengen gegeben ist.

2. Leichtmetalle.

Der Aluminiumverbrauch betrug in den letzten Monaten vor dem Kriege

Wehrmacht	8.300 Moto
Ziv.Wirtschaft (einschl.Ausfuhr)	11.200 "
zusammen	19.500 Moto.

Diese Mengen konnten fast ganz aus der eigenen Produktion aus Rohaluminium und Umschmelzmaterial gedeckt werden. Der Kriegsbedarf wurde gemeinsam mit dem OKW wie folgt eingeschätzt:

Wehrmacht	15.700 Moto
Ziv.Wirtschaft (einschl.Ausfuhr)	12.000 "
zusammen	27.700 Moto (einschl. Umschmelzaluminium).

Dieser Bedarf konnte mit Kriegsbeginn mangels ausreichenden Erzeugungsanlagen nicht gedeckt werden; diesem Bedarf standen folgende Zuteilungen gegenüber:

	November u.Dezember 1939 in Moto	I.Quartal 1940 in Moto
Wehrmacht	14.000	15.400
Ziv.Wirtschaft (einschl. Ausfuhr)	6.300	5.100
Zusammen:	20.300	20.500

A 083215

H2296-0222

3. Legierungsmetalle.

Die Versorgungslage bei Kobalt ist besonders schwierig, da Beschaffungsmöglichkeiten aus dem neutralen Ausland nicht mehr gegeben sind. Bei den übrigen Metallen, Quecksilber, Antimon und Cadmium wird die Versorgungslage einigermassen befriedigend sein, wenn die Zufuhren aus dem neutralen Ausland auch weiterhin aufrecht erhalten werden können. Dies gilt besonders für Quecksilber, das in erster Linie aus Italien im Clearing bezogen wird. Der Quecksilberpreis ist jedoch seit Kriegsbeginn bereits auf das Doppelte gesteigert worden.

B. Maßnahmen zur Sicherstellung der kriegswichtigen Produktion.

Der in vorstehenden Ausführungen dargelegte Überblick über die Versorgungslage zeigt, dass einschneidende Maßnahmen erforderlich sind, um die Versorgung der kriegswichtigen Produktion sicherzustellen, insbesondere auch für eine längere Kriegsdauer. Diese Maßnahmen können unterteilt werden:

1.) in Maßnahmen zur Drosselung des Metallverbrauchs auf dem zivilen Sektor und für die Ausfuhr,
2.) in Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage allgemein.

Mit Kriegsbeginn wurde durch die Mob-Anordnungen grundsätzlich der Metallverbrauch des zivilen und lebensnotwendigen Verbrauchssektors auf rund 50 vom Hundert des bisherigen Verbrauchs herabgesetzt. Die weitere Drosselung

A 085216

H2296-0223

des Verbrauchs ist nach und nach über die Metallzuteilung durch die Reichsstelle für Metalle durchgeführt und wird weiter fortgesetzt.

Abgesehen von der Drosselung des zivilen Verbrauchs wurden Maßnahmen zur Abwicklung und Aufrechterhaltung des wichtigen interessanten Exports durchgeführt.

Für die Einschränkung auf dem zivilen Verbrauchssektor sind von besonderer Bedeutung die allgemeinen Verwendungs- und Herstellungsverbote. Diese Verwendungsverbote haben bereits in der Vorkriegszeit zu einer erheblichen Metalleinsparung geführt. Mit Kriegsbeginn wurde die Reichsstelle für Metalle beauftragt, weitere stärkere Verwendungsbeschränkungen durchzuführen, insbesondere die noch bestehenden Ausnahmen einzuengen.

C. <u>Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage.</u>

Diese umfassen die Steigerung der Metallerzförderung im Inland, die Gewinnung von Metallen aus Schlackenhalden und sonstigen Rückständen und die Mobilisation von Metallen sowie eine möglichst intensive Steigerung der Metalleinfuhr aus dem Auslande.

Der Steigerung der Metallerzförderung kommt unter diesen Maßnahmen eine bevorzugte Bedeutung zu. Nach den bisherigen Feststellungen wird es möglich sein, die Metallgewinnung aus deutschen Erzen wie folgt zu steigern:

A 085217

H2296-0224

	1940	1941	1942
	(in Monatstonnen)		
Kupfer	auf 2.000	auf 2.400	auf 2.600
Blei	" 7.500	" 7.700	" 7.900
Nickel	" 45	" 80	" 80
Zinn	" 28	" 35	" 45.

Ausser der Steigerung der Metallerzförderung wird die Gewinnung von Metallen aus Schlackenhalden und sonstigen Rückständen stark gefördert. Hierdurch werden Metalle gewonnen,die bisher aus wirtschaftlichen Gründen nicht verhüttet werden konnten.

Die Aluminium-Erzeugung wird von 204.800 Jato auf 246.800 Jato bis Frühjahr 1941 gesteigert werden. Darüber hinaus ist ein zusätzlicher Ausbau auf 266.000 Jato möglichst bis Ende 1941 vorgesehen. Auch die Magnesium-Erzeugung wird erheblich gesteigert werden.

Neben diesen Maßnahmen zur Steigerung der Metallerzeugung wird ein grösserer Metallanfall durch Mobilisation in der Wirtschaft und in den Haushalten erwartet. Die Vorbereitungen hierzu sind eingeleitet.

Mit Rücksicht auf die schlechte Versorgung mit Zinn wurde bereits jetzt u.a. der Austausch von Bierleitungen aus Zinn in die Wege geleitet.

Es ist selbstverständlich, dass alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die Einfuhr der kriegswichtigen Metalle aus den neutralen Ländern zu steigern. Mit Jugoslawien konnte bereits ein besonderer Erfolg erzielt wer-

A 085218

H2296-0225

den, indem infolge eines Kompensationsgeschäftes mit Kriegsmaterial rund 1 500 t Kupfer und 2 000 t Blei je Monat zunächst für die Dauer eines Jahres eingeführt werden. Diese Metalleinfuhr ist im Dezember 1939 zum Anlauf gekommen.

Weiterhin wurde versucht, aus Finnland zusätzliche Mengen an Kupfer und Nickel hereinzuholen. Leider sind unsere Bemühungen durch den finnisch-russischen Konflikt aufgehalten worden.

Unsere diesbezüglichen Ansprüche sollen aber bei den deutsch-russischen Verhandlungen geltend gemacht werden.

Zur Erleichterung der Metallversorgungslage werden gleichzeitig mit den Verwendungsverboten auch die Möglichkeit der Umstellung laufend verfolgt. Leider wird die Auswahl der zur Verfügung stehenden Austauschstoffe immer geringer. An metallischen Austauschstoffen steht im Vordergrund das Zink".

H2296-0226

III. Versorgungslage in Mineralölerzeugnissen.

1.) Zur Klarstellung.

"Die Versorgung mit Mineralölerzeugnissen wird nach Beobachtungen des RWi Min an vielen Stellen, auch solchen, die entscheidend beim Einsatz des Mineralöls mitwirken, nicht richtig beurteilt. Man glaubt, dass Mineralöle, insbesondere Benzin, für eine absehbare Zeit in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen. Demgegenüber muss darauf hingewiesen werden, dass bereits in den ersten Kriegsmonaten erhebliche Einbrüche in die Bestände vorgenommen werden mussten, obwohl in diesen Monaten der Bedarf, der aufgetreten ist, nicht einem Höchsteinsatz der Wehrmacht entspricht.

2.) Die Ausgangslage.

Bei Ausbruch des Krieges wurde festgestellt, dass die voraussichtliche Dauer der vollen Deckung des Mob-Bedarfs durch eigene Erzeugung und einsetzbare Bestände ab 1.Oktober 1939

für Flugvergaserkraftstoff	4,5 Monate
für Kraftfahrzeugvergaserkraftstoff	4,4 Monate
für Dieselkraftstoff für Wirtschaft und Landfahrzeuge der Wehrmacht	3,0 Monate

betrage.

Nach Ablauf der hier angegebenen Monatszahlen sollte nur noch die heimische Erzeugung zur Verfügung stehen. Sie war bei Flugvergaserkraftstoff mit 30 % des Mob-Bedarfs, bei Kfz.-Vergaserkraftstoff mit 63 % des Mob.-Bedarfs und bei Dieselkraftstoff mit 30 % des Mob.-Bedarfs anzunehmen. Hieraus ging hervor, dass nach den Vor-

A 005230

H2296-0227

schätzungen vor Beginn des Krieges damit gerechnet werden musste, dass wir nur für wenige Monate in den wichtigsten Kraftstoffen noch eine zureichende Deckung hatten.

3.) Tatsächliche Gestaltung der Lage in den ersten 4 Monaten des Krieges.

Wider Erwarten hat sich gegenüber den Vorschätzungen die Lage in den ersten 4 Kriegsmonaten günstiger gestaltet, was auf folgende Umstände zurückzuführen ist:

a) der Bedarf der Wehrmacht an Kfz.-Vergaserkraftstoffen belief sich auf 244 000 t gegenüber einer Vorschätzung auf 460 000 t, wobei allerdings der Monat September allein 107 000 t gebraucht hat.

b) der Verbrauch an Flugbenzin betrug rd. 178 000 t gegenüber einer Vorschätzung von rd. 600 000 t.

c) in den Vorschätzungen waren Importe nicht enthalten. Es konnten aber in den 4 Monaten insgesamt noch

Flugkraftstoff	11 000 t
Kfz.-Vergaserkraftstoff	108 000 t
Dieselkraftstoff	107 000 t
zusammen	226 000 t

eingeführt werden.

A 085231

H2296-0228

4.) Die Lage am 1.Januar 1940.

Mineralölversorgung Januar-Juni 1940.

		Flug-kraft-stoff	andere Vergaser-kraft-stoffe	Diesel-kraft-stoff	Schiffs-diesel-kraft-stoff	Schiffs-heiz-öl	zusammen
1.1.1940	Einsetzbare Bestände	425	150	80	612	307	1 574
Januar	Erzeugung	300	480	480	---	192	1 452
	Import	70	305	230	---	110	715
		795	935	790	612	609	3 741
Juni	Verbrauch	800	1 080	745	60	785	3 470
30.6.1940	Endbestand	5	145	45	552	176	271

Für die Ergebnisse der angestellten Überlegungen bedeutet es nur eine entsprechende Verschiebung, wenn man das Einsetzen stärkerer Kriegshandlungen früher oder später ansetzt.

Die Schmierölversorgung ist für das Jahr 1940 als gesichert anzusehen.

Die Aufstellung zeigt, dass bei vollem Einsatz der Kriegshandlungen ab 1.Februar 1940 bezw. später die Bestände bis zum Juni aufgebraucht sind und man praktisch auf die Erzeugung und möglichen Einfuhren angewiesen ist.

Zu der gesamten Entwicklung sind folgende Bemerkungen zu machen:

a) die Mob-Produktion ist bereits in den ersten 4 Monaten programmässig verlaufen. Eine wesentliche Steigerung ist in den nächsten 6 Monaten nicht zu erwarten. Bei den bis-

A 085232

H2296-0229

herigen Überlegungen ist man davon ausgegangen, dass diese Produktion auch in Zukunft ungestört weiterläuft. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass sowohl mit Störungen in der Roh- und Hilfsstoffversorgung infolge von Transportschwierigkeiten sowie mit Zerstörungen durch Angriffe des Feindes in gewissem Umfange gerechnet werden muss.

b) die Einfuhr hängt von der politischen Entwicklung auf dem Balkan und in Russland und den derzeitigen Möglichkeiten des Transports ab. Zurzeit sind die Aussichten hinsichtlich der Lieferwilligkeiten und Liefermöglichkeiten von Rumänien und Russland günstig zu beurteilen. Gelänge es, von den in Aussicht genommenen Gesamtmengen in den genannten Erzeugnissen 90 000 Moto aus Rumänien und ca. 60 000 Moto aus Russland zu beziehen, so könnte bei gleichbleibender ruhiger Lage voraussichtlich der jetzige Gesamtbedarf aus Erzeugung und Import gerade noch gedeckt werden. Bei größeren Kriegshandlungen werden jedoch die Bestände auch bei derartigen Importen in wenigen Monaten verbraucht sein.

Es kann aber für die nächsten Monate mit der Durchführung der angegebenen Importziffern nur bedingt gerechnet werden. Für die Zeit der Stillegung des Donau-Schiffsverkehrs ist die Bewältigung der Transporte mit den jetzt zur Verfügung stehenden Transportmitteln nicht möglich.

Es sind eingesetzt:

a) für Rumänien 1 700 Kesselwagen mit einer Transportkapazität von monatlich 25 000 t

b) für Przemysl 980 Kesselwagen = monatlich 45 000 t.

Ausserdem kann Russland Ende Januar 35 000 t Heiz- und Schmieröl nach Constanza liefern, so dass von Rumänien

A-035933

H2296-0230

abtransportiert werden müssen

Januar	80 000 t
Februar	115 000 t.

Es fehlen also Transportmittel für

Januar	55 000 t
Februar	90 000 t.

Um die Januarmenge abnehmen zu können, müsste der für Rumänien eingesetzte Kesselwagenpark um ca. 3 600 Wagen vermehrt werden. Dies ist in vollem Umfange nicht möglich. Es können zusätzlich eingesetzt werden:

aus Neubauten Dezember-Januar	400 Wagen
in Rumänien angemietet	100 Wagen
in Slowakei angemietet	35 Wagen
aus Protektorat	250 Wagen
	785 Wagen.

Darüber hinaus müssen Freistellungen erfolgen aus den Kesselparks der Luftwaffe, des Heeres, der Chemie und der Ernährungswirtschaft (Melasse- sowie Pflanzenölwagen). Gelingt die Zusammenziehung von Kesselwagen nicht, so muss noch mit Einbrüchen in die an sich sehr schwachen Bestände weiter gerechnet werden.

c) Die im Verhältnis zu den anderen Mineralölen günstige Bevorratungslage bei Schiffsdieselkraftstoff für die Marine und bei Flugkraftstoff für die Luftwaffe ändert sich hinsichtlich der Luftwaffe bei stärkeren Kriegshandlungen schlagartig.

d) Sowohl Erzeugung wie Import sind in gewissen Grenzen zwischen den einzelnen Mineralölerzeugnissen steuerbar. Die Möglichkeiten, zu Gunsten eines Kraftstoffes einen anderen bei Import oder Erzeugung herabzusetzen, werden bereits heute ausgenutzt. Es wäre aber eine Selbsttäuschung, wenn man annehmen würde, dass damit eine wirksame Abhilfe

H2296-0231

im Gesamtbild auf längere Zeit möglich wäre, denn die Schwierigkeiten in der Versorgung bestehen auf allen Gebieten.

e) Es kommt hinzu, dass noch einige andere Mineralölprodukte, die lebensnotwendig sind, aber in den grösseren Gesamtzahlen nicht hervortreten, hergestellt bezw. importiert werden müssen. Diese Stoffe (es sind Petroleum, technische Benzine, technische Benzole, Paraffin zur Fetterzeugung und Bitumen) beeinträchtigen die Versorgung auf den Gebieten anderer Mineralölprodukte um insgesamt rund 60 000 Moto.

f) Für die Ersparnis an Kraftstoffen sind in den ersten Kriegsmonaten in immer zunehmendem Maße schärfste Maßregeln in der Wirtschaft und im Verkehr getroffen. Bei Dieselkraftstoff musste eine ausserordentlich weitgehende Kontingentierung ab 1.November 1939 eingeführt werden. Sie ist auf zahlreichen Gebieten der Wirtschaft und des Verkehrs so weit getrieben worden, dass ernsthafte Gefährdungen der kriegsmässigen Versorgung sowie der Kriegsproduktion unvermeidlich waren. Eine weitere Drosselung würde zu ernsten Schädigungen der Wirtschaft führen und insbesondere die Ernährungslage gefährden. Wichtig erscheint es, dass, nachdem diese harten Drosselungen in der Wirtschaft durchgeführt worden sind, auch die Wehrmacht in eine weitgehende Prüfung von Ersparnismöglichkeiten, insbesondere im Verbrauch von Kfz.-Vergaserkraftstoff eintritt. Ich bin davon überzeugt, dass, wenn die Führung bis herunter zu den Divisionen darüber unterrichtet wird, warum Kraftstoff unbedingt eingespart werden muss, noch zahlreiche Möglichkeiten ausgenutzt werden könnten.

A 085225

H2296-0232

g) Mit Beginn des zweiten Halbjahres 1940 muss damit gerechnet werden, dass die Bestände, abgesehen von Kraftstoffen der Marine, aufgebraucht sind. Wenn Störungen auf dem Balkan und über die Türkei nicht eintreten und damit die rumänischen und russischen Importmöglichkeiten nicht beeinträchtigt werden oder zum Erliegen kommen, und die im Inland vorhandene Erzeugungskapazität wesentlich erhalten bleibt, kann alsdann nur mit der Deckung von 2/3 des vollen Mobbedarfes gerechnet werden."

Die von besonderer Vorsicht getragenen Lagebeurteilungen des Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums haben sich glücklicherweise im Verlauf des Jahres 1940 als zu"ungünstig" gesehen erwiesen. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass der Wehrmachtsverbrauch in dem ersten Halbjahr 1940 über Erwarten gering war und dass der grosse Beuteanfall durch den Westfeldzug das ganze Bild der Rohstofflage schlagartig zu unseren Gunsten verändert hat. Hätten wir diese Beutebestände nicht erobert, hätte das Jahr 1940 auf verschiedenen Gebieten zweifellos schwierige Lagen gebracht.

A 005206

H2296-0233

4. A r b e i t s e i n s a t z.

Das Gebiet des Arbeitseinsatzes ist in einer Sonderbearbeitung (siehe Vorwort) behandelt, sodaß im Rahmen dieser zusammenfassenden Arbeit nur auf besonders wichtige Punkte hingewiesen ist. Eine eingehende Schilderung der Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation auf diesem Arbeitsgebiet erfolgt an dieser Stelle nicht. Die angeführten Befehle und Anlagen sind als Anlagen der Sonderbearbeitung beigefügt.

Die Arbeitseinsatzfrage erhielt zu Beginn des Krieges durch zwei grundsätzliche Verfügungen eine erste Regelung für den Krieg. Ein Erlaß des OKW vom 13.9.1939 - Nr.2289/39 g. Kdos. WFA / L II bestimmte die Zurückziehung der Rüstungsfacharbeiter aus dem Wehrdienst im Wege des FM-Verfahrens; die Verfügung OKW Az. 1 K 35 AHA/Ag/E (Vb) Nr. 2880/39 geh. vom 27.9.39 regelte die Fragen der Unabkömmlichkeit während des Krieges. In die Durchführung beider Befehle wurden die Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation eingespannt und damit einer Aufgabe unterworfen, die bei der lauen und ablehnenden Einstellung der Zivilbehörden eine Riesenarbeit und einen unerfreulichen Kampf mit der Wehrersatzorganisation einerseits und mit den Betrieben andererseits bedeutete.

Wie in den vorhergehenden Abschnitten ausgeführt, bestand schon bei Kriegsausbruch ein erheblicher Mangel an Facharbeitern in der Rüstungsindustrie. Andererseits war die Masse der Betriebe noch nicht so durch rationalisiert, daß alle Möglichkeiten der Schaffung von weiteren Kräften aus dem Betrieb heraus voll erschöpft gewesen wären. Durch die nicht

A 085237

H2296-0234

planmässig durchgeführte Mobilmachung wurde die Situation erheblich gespannter. Da ausserdem die WT befehlsgemäss nur einzelne Programmteile anlaufen liessen und nicht sofort das Gesamtfertigungsprogramm inganggesetzt wurde, erfolgte der Abruf von zusätzlichen Arbeitern bei den Arbeitsämtern durch die Betriebe nur sehr langsam, so dass die zunächst bereitgestellten Arbeiter zum Teil wieder in ihre alten Friedensbetriebe zurückkehrten und dort ihre Arbeit wieder aufnahmen. Auf der anderen Seite waren zahlreiche Unterlieferungsbetriebe personell von den Dienststellen des GBW nicht erfasst worden, so dass die jüngeren Arbeitskräfte zur Truppe eingezogen wurden und die Betriebe ohne den notwendigen Arbeitsstamm dastanden. Die Hauptschwierigkeiten traten im Metallsektor auf, weil gerade auf dem Metallgebiet durch Sicherung aller Betriebe - auch derjenigen, die zunächst keine Mob-Aufträge hatten - eine grosse Zahl von Kräften zurückgehalten wurde, so dass der Ergänzungsbedarf auf diesem Sektor nur zu 65 % gedeckt werden konnte. Dank der ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen Wehrwirtschaftsinspektionen, Wehrersatzinspektionen und Arbeitsämtern glückte es aber, zunächst die grössten Pannen zu überbrücken und den wichtigsten Betrieben die notwendigen Arbeitskräfte zuzuführen. Allerdings gelang es nirgends, schnell auf zweite und dritte Schichten zu kommen, was sich in den späteren Monaten in Sonderheit auf dem Munitionsprogramm, sehr unerfreulich ausgewirkt hat. Da der Fehlbedarf innerhalb der Bezirke der Landesarbeitsämter nicht gedeckt werden konnte - in

A 035228

H2296-0235

Sonderheit nicht in den Bezirken Nordmark, Niedersachsen und Mitteldeutschland - wurde seitens der WT verstärkt die Deckung mittels Reichsausgleich gefordert. Dagegen stand die Forderung, die die Gauleiter beim Führer vorgebracht hatten, auf Einschränkung der Dienstverpflichtungen. Da der Führer in der Dienstverpflichtung eine Schwächung des Kriegswillens sah, konnte von der Anwendung des Reichsausgleichs nur wenig Gebrauch gemacht werden. Er wurde nur für die oben genannten drei Landesarbeitsbezirke angeordnet.

Die Wehrwirtschaftsinspektionen wurden angewiesen, ihrerseits mit aller Schärfe auf die Betriebe einzuwirken, einerseits durch Rationalisierung der Arbeitsverfahren, andererseits durch verstärkte Ausbildung den dringendsten Bedarf innerhalb der Betriebe selbst zu decken. Die Forderungen der Betriebe waren meist überhöht, in Sonderheit bei den Unterlieferanten und bei den vom GBW betreuten Betrieben, aber auch - wie sich später herausgestellt hat - bei den staatlichen Werftbetrieben der Kriegsmarine. Besonders die qualitativen Ansprüche, die seitens der Betriebe gestellt wurden, entsprachen nicht den Kriegsverhältnissen.

Mit dem Ablauf des Polenkrieges und der Führerforderung auf schnellste Wiederherstellung der Kraftfahrzeuge der schnellen Truppen trat seitens der Industrie die Forderung hervor, die zur Truppe eingezogenen Facharbeiter wieder zurückzuerhalten. Wi Rü Amt erbat daher beim AHA eine entsprechende Zurückbeorderungsaktion, die im Rahmen des F.M.-Verfahrens auch zur Durchführung kam, die

A 085229

H2296-0236

sich aber beim Widerstand der Front nur sehr langsam auswirkte.

Im Durchschnitt waren bei Jahresende etwa 25 % der zurückbeorderten Facharbeiter wieder zu den Betrieben zurückgekehrt. Die ganze Aktion litt durch den Erlass des OKH und des RdL und Ob.d.L., wonach Entlassungen und Beurlaubungen nur noch durchgeführt werden sollten, wenn dies ohne Beeinträchtigung der Einsatzbereitschaft der Truppe möglich oder wenn Ersatz eingetroffen war.Wenn schon bei den Kommandostellen nicht das notwendige Interesse für die Rüstungsindustrie bestand, so war das Verhältnis für ihre Bedeutung bei den Frontkommandeuren noch verringert und das Ergebnis musste sein, dass die ganze Aktion zunächst nur einen geringen Erfolg brachte.

Festgestellt muss allerdings auch werden, dass in mehreren Fällen Betriebe in leichtfertiger Weise unbegründete Anträge auf UK-Stellung oder Rückführung von Arbeitern gestellt haben, die aber von den Wehrwirtschaftsinspektionen sehr schnell klargestellt und abgewiesen werden konnten.

Laut Meldung der WT bestand im November 1939 ein Fehlbedarf von rund 100 000 Facharbeitern, der sich bis Jahresende noch erheblich erhöhte. Die Zahl der Dienstverpflichteten belief sich im November 1939 auf rd. 400 000 Mann.

Zur weiteren Deckung des Arbeiterbedarfs der Rüstungsindustrie wurde schon im November 1939 auf Forderung des Wi Rü Amtes mit dem Reichsarbeitsminister die "Auskämmung" der Industrie-Betriebe von nicht dringend benötigten

085230

H2296-0237

Facharbeitern beschlossen und dazu am 21.November die Bildung der ersten Reichskommission in die Wege geleitet. Diese Einrichtung wurde die Grundlage für die später umfangreiche Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation und der Dienststellen des Dr. Todt auf dem Gebiet der Freimachung von Arbeitern durch die Auskämmungs-Kommissionen.

Ende Dezember erfolgte eine Führerweisung, wonach vordringlich die Soldaten der Jahrgänge 1900 und älter, soweit sie Mangelberufen angehören oder für die Rüstungsindustrie geeignet sind, zu entlassen sind.- OKW Nr.3088/39 geh. WFA/L I u. II - .

Erst im Jahre 1940 hat eine erneute Weisung des Führers die Masse der Kräfte der Kriegsindustrie zurückgegeben.

Ein besonderer Stein des Anstoßes seitens der WT blieb im 1.Kriegsjahr der Bauarbeiter-Sektor, weil durch die Fortführung zahlreicher, nicht kriegswichtiger Bauten, z.B. der Bauten zur Winter-Olympiade in Garmisch, erhebliche Arbeitskräfte nicht den kriegswichtigen Aufgaben zugeführt werden konnten.

Als besondere Notwendigkeit erwies sich, der Wirtschaft bei der verlängerten Arbeitszeit warme Betriebsverpflegung zu geben. Auf Antrag des W Stb erfolgte am 20.11.1939 seitens des Generalfeldmarschall Göring eine entsprechende Neuregelung der Betriebsverpflegung.

A 085231

H2296-0238

5. Verkehrslage.

Die Verkehrslage stand zu Beginn des Krieges im Zeichen von Spannungen, die dadurch entstanden waren, dass die Reichsbahn ihr Eisenbahnnetz und ihr rollendes Material nicht den Forderungen der deutschen Großrüstung hatte anpassen können. Da der Transportchef sich für den Aufmarsch und auch später für sonstige operative Lagen einen erheblichen Teil des Lokomotiv- und Wagenparks bereitgestellt und reserviert hatte, trat für die Wirtschaft sehr bald ein Wagenmangel ein. Dieser Mangel verstärkte sich von Monat zu Monat und wurde besonders mit dem Ausfall der Binnenschiffahrt im Winter für den Wirtschaftsablauf ein höchst störendes Moment. Besonders im Ruhrgebiet wurde über den Wagenmangel geklagt. Im November konnte die Waggongestellung für die Ruhrkohle nur 50 - 60 %, für die schlesische Kohle mit 40 %, für die Braunkohle mit 30 % bedient werden.

Verstärkt wurde der Wagenmangel durch die grossen Kohlenlieferungen nach Italien (700 000 t/Mon.), wozu noch [illegible]0 000 t polnische Kohle kamen) und durch den sonstigen hohen Wagenumlauf im Auslande, der für den Export und Import erforderlich war.

Dazu kam, dass die Umlaufzeiten der Waggons infolge Verdunkelung und langsamer Entladung immer länger wurden.

Wie gespannt die Lage im November war, zeigt die Aktennotiz vom 10.11. über eine Besprechung mit Reichsbahn und Reichswirtschaftsministerium über Maßnahmen zur Besserung der Verkehrslage (siehe Anl. XIX,11).

A 005232

H2296-0239

Die Binnenschiffahrt wurde schnell 100 % zur Entlastung der Eisenbahn eingesetzt, war aber auch sehr bald überlastet, so dass besonders auf der Donau grosse Rückstauansammlungen stattfanden.

Im Strassenverkehr wirkte sich sehr bald die Tatsache aus, dass der Wirtschaft meist nur alte Lastkraftwagen belassen waren, die große Reparaturausfälle aufwiesen. Der von der Obersten Führung erwähnte Gedanke, nach Schluß des Polenkrieges mehrere Divisionen zu entmotorisieren und die Fahrzeuge der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, kam nicht zur Durchführung.

Anfang Dezember wurde Wi Rü Amt bei dem Chef OKW vorstellig und forderte, dass im Rahmen der Kriegswirtschaft die Verkehrslage eine erhöhte Berücksichtigung finden muß, und daß für das Neubauprogramm der Eisenbahn größere Rohstoff-Kontingente freigemacht werden müssten. Der Antrag des Wi Rü Amtes wurde abgelehnt, da man nach Angabe des Chefs OKW nur mit einem kurzen Krieg zu rechnen habe und der Lokomotiv- und Wagenpark bis dahin ausreichen müsse. Die Eisenbahn sollte, sofern eine Erhöhung des Rohstoff-Kontingents überhaupt erforderlich sei, aus dem Export-Kontingent versorgt werden. Eine nennenswerte Erhöhung trat jedoch nicht ein. Im übrigen muss aber auch festgestellt werden, dass die Reichsbahn in der Verwendung ihrer Rohstoffe sich nicht rechtzeitig den Kriegserfordernissen angepasst und organisatorisch und technisch manches versäumt hat, um der Verkehrslage Herr zu bleiben. Erst im späteren Verlauf des Krieges konnte die Reichsbahn diese Mängel nachholen und hat dann hervorragende Leistungen in der Bewältigung der Kriegsforderungen vollbracht.

A 005233

H2296-0240

XX.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen

im Jahre 1940.

A C05234

H2296-0241

XX.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen im Jahre 1940.

A. Organisation

Organisatorisch standen die ersten Monate des Jahres 1940 im Zeichen der Einrichtung eines Reichsministers für Bewaffnung und Munition, einer Einrichtung, die im Interesse der Sache nur begrüßt werden konnte.

Wie in den Vorkapiteln bereits ausgeführt, hatte die durch den Polenfeldzug dargetane schlechte Munitionslage einerseits und der langsame Anlauf der Rüstungsprogramme bei der Obersten Führung eine erhebliche Unruhe hervorgerufen. Dazu kam, daß - nach Ansicht des Chefs OKW - seitens der Außenstellen des Reichsamtes für Technik, durch den Generalbauinspektor Dr. T o d t an den Führer Klagen herangebracht wurden über Nichteinschaltung des Reichsamtes in die Rüstung und daß von dieser Seite Vorschläge vorgelegt wurden, wie die Rüstung schneller vorwärts gebracht werden könnte. Diese Vorschläge brachte im Allgemeinen nichts Neues, sondern enthielten z.T. das, was seitens des Wi Rü Amtes seit Kriegsbeginn gefordert worden war. Da aber die Vorschläge des Wi Rü Amtes leider nicht mit dem notwendigen Nachdruck an den Führer herangebracht wurden und das Wi Rü Amt weder den W.T. noch der Industrie gegenüber irgendeine Befehlsbefugnis hatte und da im Gegenteil alle treiben-

H2296-0242

den Vorschläge des Wi Rü Amtes vom GBW und dem RWiM bekämpft wurden, war es erklärlich, daß der Führer die durch Dr. T o d t an ihn herangebrachten Vorschläge gut hieß. So mag der Führer allmählich zu dem Entschluß gekommen sein, eine Persönlichkeit wie Dr. T o d t , die ihm nahestand und die in der Partei ein Ansehen hatte, mit besonderen Vollmachten einzusetzen, um das Munitionsprogramm und die sonstigen besonderen Führerwünsche aufs höchste zu fördern. Nachdem nun mal bei dem Wi Rü Amt infolge der mangelnden Befehlsbefugnis die Schwierigkeit, sich mit seinen Ansichten durchzusetzen, bestand, mußte dieser Entschluß des Führers, eine Stelle mit Vollmachten und Durchschlagskraft zu schaffen, nur begrüßt werden. Es wurde eben der Beweis erbracht, daß die Einwendungen, die der WStb bei der Gründung dieser Dienststelle gegen die Dienstanweisung und die mangelnden Vollmachten erhoben hatte, zu Recht bestanden haben. Eine Rüstungsführung, die ihre Aufgaben erfüllen sollte, mußte einmal unmittelbaren Vortrag beim Führer als dem Obersten Chef der Wehrmacht haben, um von ihm unmittelbare Weisungen zu empfangen und um ihm mit technischen Kenntnissen ein klares Bild über die Rüstungslage zu geben und andererseits mußte diese Rüstungsführung alle Vollmachten haben, um die Weisungen des Führers schnellstens zur Durchführung zu bringen.

Beide Voraussetzungen waren beim WStb bezw. beim Wi Rü Amt nicht gegeben.

General Thomas ist seit Kriegsbeginn, bis auf zwei oder drei unwichtige Ausnahmefälle, nie zum direkten Vor-

H2296-0243

trag beim Führer vorgelassen worden, sondern die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Vorträge übernahm der Chef OKW.

Vom Führer ist richtigerweise stets gefordert worden, daß der Soldat nur seine Forderungen stellen soll und daß eine zivile Rüstungsstelle diese Forderungen dann in die Tat umsetzen müsse. Leider entsprach aber die vorbereitende Spitzenorganisation nicht diesen Wünschen der Obersten Führung, denn die wehrwirtschaftlichen Mob-Vorbereitungen sowie die Vorbereitungen für die Durchführung der Rüstung waren allein von den militärischen Stellen, in Sonderheit dem WStb im OKW getroffen worden, da die zivilen Stellen in der Praxis überhaupt nichts getan hatten.

So mußte es kommen, daß zu Beginn des Krieges, als die Organisation sich bewähren sollte, grundlegende Organisationsänderungen vorgenommen werden mußten, die zu einer jahrelangen Doppel- und Nebeneinanderarbeit geführt haben.

Die neue Stelle des Reichsministers für Bewaffnung und Munition wurde mit Führererlaß vom 17.3. geschaffen (s.Anl. XX,1). Die ersten Durchführungsbestimmungen zu diesem Führererlaß erfolgten am 20.3. Leider brachte der Führererlaß aber nicht die notwendigen klaren Abgrenzungen für die Arbeit des OKW und der Wehrmachtteile einerseits und der Dienststelle des Reichsministers für Bewaffnung und Munition andererseits, sodaß es bald zu einer Doppelarbeit kam, die besonders draußen in der Wirtschaft schnell fühlbar wurde.

Minister Dr. T o d t führte in der Besprechung aus,

H2296-0244

daß er sich bei seinen Maßnahmen zunächst nur um die Erzeugung kümmern wollte und zwar in erster Linie bei den Munitionsbetrieben. Ein Eingreifen in die Entwicklung lehnte er vorläufig ab. Die vom OKW geforderte Bindung T o d t an das Einvernehmen mit der Wehrmacht wurde von Minister L a m m e r s abgelehnt, da die Person T o d t als Vertrauensperson des Führers genügen müsse, um eine sachliche Behandlung des ganzen Materie zu garantieren.

Die Zusammenarbeit mit dem neuen Reichsminister für Bewaffnung und Munition wurde seitens des Wi Rü Amtes sofort aufgenommen und in voller Offenheit und Kameradschaft betrieben. Um eine harmonische Verbindung zwischen dem Reichsminister und der Rüstungsorganisation zu schaffen, wurde der Minister zu der am 29. und 30.März 1940 tagenden Inspekteurbesprechung eingeladen und hier durch den Chef des Wi Rü Amtes mit besonders herzlichen Worten begrüßt (s.Anl. XX,2). In seiner Antwortrede betonte der Minister, daß er mit den Rüstungsinspektionen arbeiten wolle und daß diesen Stellen noch größere Vollmachten erteilt werden müssen, um die Arbeit möglichst reibungslos zu gestalten. Er erklärte:

> " Wir wollen keine neue Zentrale nach Berlin legen, sondern das ganze Schwergewicht sowohl der Industrie als auch meiner Organe an die Stelle der Rüstungsinspektionen legen! "

Leider ist es zur Durchführung dieses Versprechens nicht gekommen, weil seitens der Dienststelle des Reichsministers

H2296-0245

der Schwerpunkt auf die Außenstellen des Ministeriums, die Wehrkreisbeauftragten, verlagert wurde. Diese Stellen, die in der Hauptsache mit Persönlichkeiten aus der Parteiorganisation des Reichsamtes für Technik besetzt waren, sahen vom ersten Tage ihre Stellung darin, die Rüstungsinspektionen zu ersetzen und nicht etwa sie zu unterstützen. Im einzelnen wird auf diesen Punkt an späterer Stelle eingegangen werden.

Sogleich nach der Einsetzung des Reichsministers für Bewaffnung und Munition wurde von seiten des Wi Rü Amtes versucht, eine klare Abgrenzung der Aufgaben des OKW und des R.f.B.u.M. zu erreichen. Ebenso wurde angestrebt, eine Klärung der Aufgaben bei den Außenstellen durchzuführen. Diese Klärung ist nie erfolgt, weil Minister T o d t das Parallelarbeiten der Rüstungsinspektionen und Wehrkreisbeauftragten für nützlich hielt und nach seiner Ansicht sich der Bessere und Stärkere schon durchsetzen würde (s. auch Anl. XX,3). In Wirklichkeit hat diese Nebeneinanderarbeit nur Reibungen hervorgerufen, viel Personal verbraucht und in die Betriebe Unklarheiten gebracht. Dabei muß betont werden, daß mehrere Wehrkreisbeauftragte fähige und energische Männer waren, die viel geleistet und gut mit den Rü-Dienststellen zusammengearbeitet haben.

Hätte man die Wehrkreisbeauftragten in die Rüstungsinspektionen eingebaut und durch ihr technisches Wissen die Schlagkraft der Rüstungsinspektionen verstärkt, so hätte man wenigstens in der Zwischeninstanz eine ideale Organisa-

H2296-0246

der Schwerpunkt auf die Aussenstellen des Ministeriums, die Wehrkreisbeauftragten, verlagert wurde. Diese Stellen, die in der Hauptsache mit Persoenlichkeiten aus der Parteiorganisation des Reichsamtes fuer Technik besetzt waren, sahen vom ersten Tage ihre Stellung darin, die Ruestungsinspektionen zu ersetzen und nicht etwa sie zu unterstuetzen. Im einzelnen wird auf diesen Punkt an spaeterer Stelle eingegangen werden.

Sogleich nach der Einsetzung des Reichsministers fuer Bewaffnung und Munition wurde von seiten des Wi Rü Amtes versucht, eine klare Abgrenzung der Aufgaben des OKW und des R.f.B.u.M. zu erreichen. Ebenso wurde angestrebt, eine Klaerung der Aufgaben bei den Aussenstellen durchzufuehren. Diese Klaerung ist nie erfolgt, weil Minister T o d t das Parallelarbeiten der Ruestungsinspektionen und Wehrkreisbeauftragten fuer nuetzlich hielt und nach seiner Ansicht sich das Bessere und Staerkere schon durchsetzen wuerde (s. auch Anl.XX,3). In Wirklichkeit hat diese Nebeneinanderarbeit nur Reibungen hervorgerufen, viel Personal verbraucht und in die Betriebe Unklarheiten gebracht. Dabei muss betont werden, dass mehrerer Wehrkreisbeauftragte faehige und energische Maenner waren, die viel geleistet und gut mit den Rü-Dienststellen zusammengearbeitet haben.

Haette man die Wehrkreisbeauftragten in die Ruestungsinspektionen eingebaut und durch ihr technisches Wissen die Schlagkraft der Ruestungsinspektionen verstaerkt, so haette man wenigstens in der Zwischeninstanz eine ideale Organisation

A085239

H2296-0247

Thomas

tion geschaffen. So blieb wohl nach außen hin die Zusammenarbeit zwischen OKW und Rm.f.B.u.M. gewahrt, jedoch bestand von Anfang an der Eindruck, daß seitens des Rm.f.B.u.M. mit dem Ziel gearbeitet wurde, den Soldaten allmählich aus der Rüstung herauszudrücken und den Ingenieur dafür einzusetzen, eine Linie, die später immer mehr zum Ausdruck kam.

Als im Juli die Rüstungsprogramme allmählich auf Touren gekommen waren und die Munitionskrise durch den geringen Munitionsverbrauch im Westen überwunden war, benutzte der Rm.f.B.u.M. diesen Moment, um in der Presse für seine Erfolge Propaganda zu machen. Daß diese Erfolge zum größten Teil das Ergebnis der langjährigen Arbeit der Rüstungsinspektionen waren, wurde nicht erwähnt.

Da auch in der großen Reichstagsrede vom 20.7. der Arbeit der Wehrwirtschaftsorganisation keine Erwähnung getan wurde, wandte sich der Chef des Wi Rü Amtes, General T h o m a s , in einem Schreiben an Generalfeldmarschall K e i t e l (s.Anl. XX,4). General T h o m a s wurde daraufhin am 1.8.40 bevorzugt zum General der Infanterie befördert und damit eine Anerkennung für die langjährige und erfolgreiche Arbeit der Wehrwirtschaftsorganisation zum Ausdruck gebracht.

Als im Herbst die Reibungen zwischen dem Wi Rü Amt und dem Rm.f.B.u.M. durch das Nichtinnehalten der getroffenen Bestimmungen durch die Organe des Rm.f.B.u.M. immer mehr zunahmen, versuchte Chef Wi Rü Amt erneut eine Klärung der Zuständigkeiten zu erreichen. Feldmarschall K e i -

H2296-0248

geschaffen. So blieb wohl nach aussen hin die Zusammenarbeit zwischen OKW und Rm.f.B.u.M. gewahrt, jedoch bestand von Anfang an der Eindruck, dass seitens des Rm.f.B.u.M. mit dem Ziel gearbeitet wurde, den Soldaten allmaehlich aus der Ruestung herauszudruecken und den Ingenieur dafuer einzusetzen, eine Linie, die spaeter immer mehr zum Ausdruck kam.

Als im Juli die Ruestungsprogramme allmaehlich auf Touren gekommen waren und die Munitionskrise durch den geringen Munitionsverbrauch im Westen ueberwunden war, benutzte der Rm.f.B.u.M. diesen Moment, um in der Presse fuer seine Erfolge Propaganda zu machen. Dass diese Erfolge zum groessten Teil das Ergebnis der langjaehrigen Arbeit der Ruestungsinspektionen waren, wurde nicht erwaehnt.

Da auch in der grossen Reichstagsrede vom 20.7. der Arbeit der Wehrwirtschaftsorganisation keine Erwaehnung getan wurde, wandte sich der Chef des Wi Rü Amtes, General Thomas, in einem Schreiben an Generalfeldmarschall K e i t e l (s.Anl. XX,4). General T h o m a s wurde daraufhin am 1.8.40 bevorzugt zum General der Infanterie befoerdert und damit eine Anerkennung fuer die langjaehrige und erfolgreiche Arbeit der Wehrwirtschaftsorganisation zum Ausdruck gebracht.

A085240

Als im Herbst die Reibungen zwischen dem Wi Rü Amt und dem Rm.f.B.u.M. durch das Nichtinnehalten der getroffenen Bestimmungen durch die Organe des Rm.f.B.u.M. immer mehr zunahmen, versuchte Chef Wi Rü Amt erneut eine Klaerung der Zustaendigkeiten zu erreichen. Feldmarschall K e i t e l

H2296-0249

t e l wünschte dabei eine Einschaltung des Reichsmarschalls. Chef Wi Rü Amt trug daher die Lage dem Reichsmarschall am 6.11. vor, der dabei entschied, daß Minister T o d t allein für die Fertigung eingesetzt sei und daß die Führung der Rüstung einschl. Rohstoffverteilung und Arbeitseinsatz allein beim OKW liegen könne, das ihm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung zu unterrichten habe. Der Reichsmarschall wollte Minister T o d t über seine Auffassung unterrichten.

In einem Schreiben an Minister T o d t vom 23.11. (s.Anl. XX,5) legte Chef OKW die Abgrenzung der beiderseitigen Aufgabengebiete wie folgt fest:

"Die sich aus den Absichten der Kriegführung, aus der Kriegslage und der Organisation der WT ergebenden Forderungen an die Rüstung werden im OKW vom Standpunkt der Wehrmachtkriegführung festgestellt (Wehrmacht -Führungs - stab) und im Rahmen der gesamten Kriegswirtschaftsplanung nach den der Rüstungswirtschaft gezogenen Grenzen geprüft und zu einem Rüstungsprogramm gestaltet. (Wi Rü Amt).

Die Durchführung wird im Auftrag des Führers durch den Chef OKW an die WT befohlen.

Das OKW unterrichtet den Rm.f.B.u.M. über die militärischen Rüstungsforderungen und -planungen der WT und beteiligt ihn vor Anordnung der Programme an der Feststellung bezw. Ermittlung der rüstungswirtschaftlichen Durchführbarkeit. Die einheitliche Vertretung der den WT zuzuweisenden Aufträge sowie notwendig werdender Verlagerungen

H2296-0250

in der Produktion gegenüber dem Rm.f.B.u.M. obliegt dem OKW, vertreten durch den Chef des Wi Rü Amtes, der die notwendige Übereinstimmung herbeiführt.

Das OKW (Wi Rü Amt) regelt federführend unter Beteiligung des Rm.f.B.u.M.

a) die Anforderung der für die mittel- und unmittelbaren Erfordernisse der Rüstung notwendigen Rohstoffe und die Aufteilung der zugewiesenen Rohstoffkontingente auf die WT;

b) die Bereitstellung der zur Durchführung der Gesamtrüstung benötigten Arbeitskräfte aus Wirtschaft, Wehrmacht-Kriegsgefangenen usw. sowie ihren Einsatz in der Rüstungswirtschaft;

c) die Eingliederung der Waffen-, Munitions- und Gerätefertigung in Dringlichkeitsstufen entsprechend der militärischen Zielsetzung sowie die Anordnung der für die einzelnen Dringlichkeitsstufen auf personellem und materiellem Gebiet zu treffenden Maßnahmen.

Grundlegende Anordnungen auf den Gebieten unter a) bis c) bedürfen vor ihrer Herausgabe des gegenseitigen Einverständnisses.

Notwendig werdende Entscheidungen des Führers werden in gemeinsamen Vortrag herbeigeführt. Hierzu werden von Fall zu Fall in grundlegenden Fragen der Fertigung die Oberbefehlshaber der betr. WT , bei einschneidenden Fragen des Menscheneinsatzes aus dem Sektor der Wehrmacht als federführende Stelle des OKW der Chef H Rüst u BdE herangezogen.

H2296-0251

Dem Rm.f.B.u.M. obliegt verantwortlich die Lenkung, Förderung und Überwachung der Munitions- und Waffenerzeugung, einschl. der Vorsorge für Schaffung der Fertigungsstätten und Produktionsmittel.

Hierzu stehen das Wi Rü Amt mit seinen nachgeordneten Dienststellen sowie die Waffenämter der WT dem Rm.f.B.u.M. voll zur Verfügung mit der Maßgabe, daß alle Anordnungen an die WT und Rü-Dienststellen sowie Berichte und Vorschläge an den Rm.f.B.u.M. über das Wi Rü Amt geleitet werden.

Der Rm.f.B.u.M. hat in Fragen der Produktion das Weisungsrecht an die auf diesem Gebiet eingesetzten Dienststellen der Wehrmacht; Anordnungen des OKW bedürfen der Zustimmung des Rm.f.B.u.M.

Die VO der WT beim Rm.f.B.u.M. stellen im Dienstverkehr des Ministers mit den WT die Beteiligung des Wi Rü Amtes sicher.

Die Beauftragten des Rm.f.B.u.M. sind berechtigt, bei den für die Erzeugung örtlich zuständigen Rü-Dienststellen die mit dem OKW vereinbarten Produktionsforderungen unmittelbar geltend zu machen und die für ihre Aufgaben nötigen sachlichen Unterlagen zu verlangen. Die enge Zusammenarbeit der Außenstellen wird durch unvoreingenommene gegenseitige Beratung, nicht durch gegenseitige Kontrolle bestimmt".

Auf Grund dieses Schreibens wurde einige Tage später eine Einigung über die Zusammenarbeit des Amtes mit Minister T o d t erzielt. Damit war eine Regelung geschaffen, die an und für sich eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit hätte bilden können.

H2296-0252

Am 11. Dezember wurden durch Vermittlung des Reichsministers Dr. T o d t die Rüstungsinspekteure, die Wehrmachtsbeauftragten und die Leiter der wichtigsten Sonderkommissionen des Rm.f.B.u.M. sowie die führenden Herren des Wi Rü Amtes und des Rm.f.B.u.M. dem Führer vorgestellt. Der Führer dankte für die geleistete Arbeit und wies auf die großen Aufgaben hin, die der Organisation noch bevorstünden. Vor allem betonte der Führer die Notwendigkeit einer großen Wendigkeit in der Führung der Wirtschaft und die Unmöglichkeit, die Fertigungsprogramme auf weite Sicht festzulegen.

Der Vorstellungstag beim Führer war für die Rüstungsinspekteure ein Tag großer Befriedigung und ein Anerkenntnis für ihre jahrelange fleißige Arbeit.

4085244

H2296-0253

B. Wehrwirtschaft.

Das Jahr 1940 wurde für die Wehrwirtschafts-Organisation zum ersten Prüfstein für ihren Wert und ihre Notwendigkeit. Nachdem sie sich in der Heimat bei den Maßnahmen zur wehrwirtschaftlichen Erstarkung Deutschlands und in Sonderheit bei der Wiederwehrhaftmachung der deutschen Industrie und dem Wiederaufbau der deutschen Rüstung voll bewährt und fortlaufende Anerkennung durch Generalfeldmarschall G ö r i n g und den Reichskriegsminister geerntet hatte, galt es nun zu beweisen, daß die Organisation auch zur Unterstützung der Kampftruppe, zur Erfassung der Wirtschaft besetzter Länder und zur Wideringangsetzung dieser Wirtschafter geeignet ist und daß für eine solche Organisation im heutigen Kriege eine unbedingte Notwendigkeit besteht. Daß diese Auffassung richtig ist, ergibt sich schon daraus, daß alle Freund- und Feindstaaten nach dem deutschen Muster eine ähnliche Organisation aufgebaut haben.

Die Unternehmen gegen Dänemark und Norwegen und der Westfeldzug gegen Holland, Belgien und Frankreich haben den Beweis voll erbracht, das Jahr 1942 hat diese Ansicht mehr als bestätigt.

1. Wehrwirtschaftliche Maßnahmen bei der Besetzung von Dänemark und Norwegen.

Die Besetzung Dänemarks und Norwegens brachte für die deutsche wehrwirtschaftliche Organisation eine dankbare und

A 085245

H2296-0254

vielseitige Aufgabe. Das Wi Rü Amt wurde über die geplante Durchführung dieser Operationen Ende Februar in Kenntnis gesetzt und ordnete daraufhin die Vorbereitung der zu treffenden wehrwirtschaftlichen Maßnahmen an. Es wurde festgelegt, daß ein kleiner Stab unter Leitung des Major N e e f (Gruppenleiter in der Rohstoffabteilung des Wi Rü Amtes) die entsprechenden organisatorischen Vorarbeiten treffen sollte, die nach den Weisungen des OKW - WFA - und des Oberquartiermeisters der mit der operativen Vorbereitung beauftragten Gruppe XXI zu erfolgen hatten. Oberbefehlshaber der Gruppe XXI war der General d. Infanterie v. F a l k e n h o r s t, Oberquartiermeister Oberst i.G. B a e n t s c h. Die unter Major N e e f zusammengefassten wehrwirtschaftlichen Facharbeiter wurden am 20.3. unter der Bezeichnung " Gruppe Wehrwirtschaft" und als VO des OKW / Wi Rü Amt " in den Stab der Gruppe XXI eingeordnet.

Die erste Tätigkeit der Gruppe war die Zusammenstellung von Material über die wirtschaftliche Struktur von Dänemark und Norwegen. Sie bearbeitete dann den wehrwirtschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Teil der "Forderungen des OKW an die politischen Bevollmächtigen des Führers bei der dänischen und norwegischen Regierung", sowie die wirtschaftlichen Maßnahmen in den "Besonderen Anordnungen über das Verhalten bei der Besetzung Dänemarks und Norwegens".

Alsdann wurden für die einzusetzenden Wehrwirtschafts-Offiziere Sonderbearbeitungen angelegt und dabei ihre ersten Aufgaben folgendermassen festgelegt:

ACC 3246

H2296-0255

a) Unterstützung der militärischen Befehlshaber in der Ausnutzung der Wirtschaft des Landes im Interesse der Truppe;

b) Feststellung und Sicherung der Vorräte gegen unbefugten Zugriff oder Abtransport;

c) Ingang- oder Wiederingangsetzung der Versorgungsbetriebe;

die weiteren wehr- und rüstungswirtschaftlichen Aufgaben sollten erst auf besonderen Befehl des OKW in Angriff genommen werden.

Es gelang dem Arbeitsstab, in den zur Verfügung stehenden 4 Wochen eingehendes Material zusammenzubringen, sodaß die vorgesehenen wehrwirtschaftlichen Dienststellen mit gutem Material ausgerüstet ihre Aufgabe antreten konnten. Alle notwendigen Befehle, Anordnungen usw. wurden in einem besonderen Kalender mobmäßig festgelegt.

Neben dem leitenden Wehrwirtschaftsoffizier, Major N e e f wurden folgende Offiziere den örtlichen Befehlshabern als Wehrwirtschaftsoffiziere zugeteilt:

Name	zugeteilt zu:	Standort:	Bereich:
Freg.Kapt.Dr. Forstmann	Stab Höh.Kdo. XXXI	Kopenhagen	Dänemark, insbes.dän-Inselgruppe,ohne Fünen
Korv.Kapt. Eichholtz	Stab 170. Div.	Esbjerg	Süd-Jütland-Fünen
Kaptlt.Michler	" " "	Aarhus	Nord-Jütland
Korv.Kapt. Ing. Kessler	Stab 163. Div.	Oslo	Süd-Ost-Norwegen m.d. Häfen Oslo, Drammen, Arendal,Kristiansand
Freg.Kapt. Angermann	Stab 69 Div.	Bergen	Südwest-Norwegen m.d. Häfen Stavanger, Bergen
Kaptlt.Dr. Sonnemann	Stab Geb.Jäger Regt. 138	Trondheim	Mittel-Norwegen m.d. Häfen Trondheim, Namsos u. Mosjön

H2296-0256

Name	zugeteilt zu:	Standort:	Bereich:
Korv.Kapt. Reichmann	Stab 3. Geb. Jäger Regt.	Narvik	Nord-Norwegen m. d. Häfen Bodö, Hammerfest, Narvik, Tromsö, Kirkenes.

Als Durchführungstag des Unternehmens wurde am 2.4. der 9.4. festgelegt.

Die Durchführung des Unternehmens lief im großen gesehen planmäßig ab. Es war vorgesehen, daß die WO ihren Standort mit den betreffenden Stäben erreichen sollten und zwar Major N e e f auf dem Luftwege, die WO Esbjerg und Aaarhus auf dem Landwege, die übrigen Herren auf den Kriegsschiffen, auf denen die Stäbe transportiert wurden. Während alle WO, wenn auch teilweise unter stärkeren Kämpfen, ihr Ziel am 9.4. erreichten, konnte Major N e e f infolge des Widerstandes bei Oslo erst am 12.4. in Oslo eintreffen.

Die vorgesehene einheitliche Wehrwirtschafts-Organisation für Norwegen und Dänemark beruhte auf der Anordnung, daß das Höhere Kommando z.b.V. XXXI in Dänemark der Gruppe XXI in Norwegen unterstellt war. Da sich sehr bald zeigte, daß dies bei den Entfernungen und bei dem gegensätzlichen Verhalten der norwegischen und dänischen Regierung unzweckmäßig war, wurde am 10.4. angeordnet, daß das Höhere Kommando Dänemark unmittelbar dem Oberbefehlshaber des Heeres unterstellt wird, während die Gruppe XXI mit den in Norwegen eingesetzten Kräften dem OKW unterstellt blieb. Dadurch wurde es notwendig, auch die wehrwirtschaftliche

H2296-0257

Organisation zu teilen. Die wehrwirtschaftliche Verbindungsstelle Dänemark trat zum Wirtschaftsbevollmächtigten für Dänemark beim Stabe des politischen Bevollmächtigten des Führers in Kopenhagen , die Organisation Norwegen unter Major N e e f blieb der Gruppe XXI zugeteilt.

Sowohl in Norwegen wie in Dänemark hat sich die Zuteilung wehrwirtschaftlicher Dienststellen zu den militärischen Detachements voll bewährt. Die wehrwirtschaftlichen Dienststellen wurden so stark mit Aufgaben überhäuft, daß ihre geringe Personalausstattung kaum ausreichte, sie wurden sehr schnell Mädchen für Alles.

Sowie die Dienststellen in ihren neuen Bezirken festen Fuß gefaßt hatten und die dringlichsten militärischen Aufgaben erledigt waren, gingen sie schnell an den Aufbau der wehrwirtschaftlichen Organisation.

In Norwegen blieb in den ersten Tagen nach der Besetzung der deutsche Gesandte Dr. B r ä u e r zunächst der politische Bevollmächtigte des Führers. Als Bevollmächtigter des Auswärtigen Amtes für wirtschaftliche Fragen wurde ihm Min.Direktor S a r n o w vom RWiM zugeteilt. Major N e e f versuchte sofort eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete zu erreichen. Da dies aber nicht glückte, vereinbarte er im Interesse der Sache mit Min.Dir. S a r n o w, daß die Dienststelle des WO Norwegen als Hauptabteilung II in den Stab des Bevollmächtigten für Wirtschaftsfragen eingegliedert wurde. Diese Maßnahme kam aber nicht zur Durchführung, da sowohl Dr. B r ä u e r wie Min.Dir. S a r n o w am 22.4. abberufen und der Gauleiter T e r b o v e n vom

H2296-0258

Führer zum Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete ernannt wurde. Alle Versuche des Major N e e f, mit dem 1. Mitarbeiter des Reichskommissars Gauwirtschaftsberater O t t e zu einer Klärung der Zuständigkeiten und der Arbeitsgebiete zu kommen, blieben zunächst ohne Erfolg. Am 27.4. wurde die bisherige Verbindungsstelle in den Wehrwirtschaftsstab Norwegen umgewandelt. Die WO wurden ihm als Außenstellen unterstellt.

In Dänemark gelang es Freg.Kapt. Dr. F o r s t m a n n schnell mit dem deutschen Gesandten von R e n t h e - F i n k und dessen Handelsattaché Dr. K r ü g e r zur Klärung der Arbeitsgebiete zu kommen und enges Einvernhmen mit ihnen herzustellen. Am 27.5. wurde die Dienststelle in " Wehrwirtschaftsstab Dänemark" umbenannt.

Die Einzelheiten über die Einsetzung der wehrwirtschaftlichen Dienststellen, über ihren Aufbau und über ihre zahlreichen Aufgaben sind in den Geschichten des WStb Dänemark und Norwegen eingehend beschrieben. Infolgedessen wird im Rahmen dieser Darstellung auf die Einzelheiten nicht eingegangen. In Kürze soll nur hingewiesen werden auf die Aufgaben im großen und auf die hauptsächlichsten Erfahrungen, die bei diesem ersten großzügigen Einsatz der Wehrwirtschafts-Organisation gemacht wurden.

Die Aufgaben, vor die die wehrwirtschaftlichen Offiziere bei der Besetzung Dänemarks und Norwegens gestellt wurden, waren höchst umfangreich und umfaßten sowohl militärische wie wirtschaft iche Aufgaben aller Wirtschaftsgebiete. Die militärischen Führer waren froh, daß ihnen wehrwirtschaftlich geschulte Offiziere zur Verfügung standen, die

H2296-0259

in der Lage waren, wirtschaftlich-organisatorische Fragen zu lösen und als Sachverständige mit den dänischen und norwegischen Behörden Verhandlungen zu führen. Es erwies sich in diesem Moment der Wert der richtigen Zusammensetzung der Wehrwirtschafts-Organisation, die Kräfte in sich barg, die sowohl auf militärischem, industriellem wie kaufmännischem Gebiet geschult waren. So kam es, daß den WO Aufgaben übertragen wurden, die eigentlich weit aus dem Rahmen ihrer Tätigkeit fielen. Genannt seien nur folgende:

Versorgung der Truppe mit Lebensmitteln, Kraftfahrzeugen und Treibstoffen,

Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für die Truppe,

Geldbeschaffung und Regelung der Währungsfragen,

Materialbeschaffung (Zement, Holz usw.),

Kohlenversorgung,

Transportregelung,

Verfrachtung von Truppen auf Schiffen,

Beschaffung von Rohstoffen und Fertigungserzeugnissen,

Ingangsetzung der Fischerei,

Rationierung der Lebensmittel für die Wehrmacht und Zivilbevölkerung,

Rationierung der Treibstoffe,

Mitwirken bei der Absendung und dem Empfang von aus- und einlaufenden Schiffen,

Verfügung über die Ladung der Schiffe,

Vorprüfung der Ansprüche auf Abgeltung von Kriegsschäden und Requisitionen,

Verwertung von Fischabfällen und Herstellung von Fischmehl,

H2296-0260

Kauf- und Mietpreisregelung für Grundstücke der Wehrmacht,

leihweise Abgabe von Pferden und Saatgut für die Landwirtschaft.

Derartige und ähnliche Aufgaben mußten von den WO übernommen werden, weil die zuständigen Stellen der Wehrmachtsteile nicht vorhanden oder nicht in der Lage waren, die Aufgaben zu lösen.

Erst nach Durchführung dieser Aufgaben konnten die WO an die eigentlichen wehrwirtschaftlichen Aufgaben herangehen, die zunächst in der Erfassung und Sicherung der wichtigsten Landesvorräte und in der Wideringangsetzung der lebenswichtigen Versorgung bestanden.

Die Aufgaben in Dänemark und Norwegen gestalteten sich alsdann infolge der Kriegslage verschiedenartig. (s.Anl. XX,6). Für Dänemark konnte bereits am 15.6. bestimmt werden, daß Dänemark wie das Heimatkriegsgebiet zu behandeln ist und damit die wehr- und rüstungswirtschaftliche Ausnutzung Dänemarks schnell eingeleitet werden konnte. In Norwegen konnte die Ausnutzung der Rüstungsindustrie nur langsamer und später efolgen, da es als Feindgebiet zu behandeln war. Die Nutzbarmachung der dänischen und norwegischen Wirtschaft erfolgte im Rahmen der "Vorschläge der Wehrmacht für die Regelung der allgemeinen wehrwirtschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Fragen ". (s.Anl. XX,7).

Es bedurfte sehr bald eines scharfen Eingreifens des Wi Rü Amtes und der wehrwirtschaftlichen Dienststellen in Dänemark und Norwegen, um das Gegeneinanderarbeiten und die Überschneidung der WT in den dänischen und norwegischen Betrieben auszuschalten. Vor allem war es auch wichtig,

H2296-0261

Kauf- und Mietpreisregelung für Grundstücke der Wehrmacht,

leihweise Abgabe von Pferden und Saatgut für die Landwirtschaft.

Derartige und ähnliche Aufgaben mußten von den WO übernommen werden, weil die zuständigen Stellen der Wehrmachtsteile nicht vorhanden oder nicht in der Lage waren, die Aufgaben zu lösen.

Erst nach Durchführung dieser Aufgaben konnten die WO an die eigentlichen wehrwirtschaftlichen Aufgaben herangehen, die zunächst in der Erfassung und Sicherung der wichtigsten Landesvorräte und in der Wideringangsetzung der lebenswichtigen Versorgung bestanden.

Die Aufgaben in Dänemark und Norwegen gestalteten sich alsdann infolge der Kriegslage verschiedenartig. (s.Anl. XX,6). Für Dänemark konnte bereits am 15.6. bestimmt werden, daß Dänemark wie das Heimatkriegsgebiet zu behandeln ist und damit die wehr- und rüstungswirtschaftliche Ausnutzung Dänemarks schnell eingeleitet werden konnte. In Norwegen konnte die Ausnutzung der Rüstungsindustrie nur langsamer und später efolgen, da es als Feindgebiet zu behandeln war. Die Nutzbarmachung der dänischen und norwegischen Wirtschaft erfolgte im Rahmen der "Vorschläge der Wehrmacht für die Regelung der allgemeinen wehrwirtschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Fragen ". (s.Anl. XX,7).

Es bedurfte sehr bald eines scharfen Eingreifens des Wi Rü Amtes und der wehrwirtschaftlichen Dienststellen in Dänemark und Norwegen, um das Gegeneinanderarbeiten und die Überschneidung der WT in den dänischen und norwegischen Betrieben auszuschalten. Vor allem war es auch wichtig,

A 085252

H2296-0262

währungsmäßig eine feste Hand über den Einkäufern der WT zu haben, weil diese durch Überschwemmung mit Reichskreditkassenscheinen Gefahren für die Währung der Länder verursachten. Endlich machte sich sehr bald notwendig , Maßnahmen für die Bereitstellung der Rohstoffe für die nach Dänemark und Norwegen zu legenden Aufträge zu treffen, weil teilweise die Rohstoffe in diesen Ländern nicht vorhanden waren, die zur Durchführung der Aufträge erforderlich gewesen wären.

Um eine möglichst schnelle Wiederingangsetzung der notwegischen Industrie zu erreichen, entsandte Wi Rü Amt nach Norwegen deutsche Persönlichkeiten aus der Industrie und Wirtschaft, die als Mittelsmänner ein schnelles Vertrauensverhältnis herstellen und den Wideranlauf der norwegischen Wirtschaft durch ihre Sachkenntnis beschleunigen sollten.

Die Erfahrungen aus den ersten Monaten der Besetzung ergeben, daß die Ausstattung selbständig operierender Verbände mit wehrwirtschaftlichen Dienststellen bei Besetzung fremder Länder eine unbedingte Notwendigkeit ist, da in einem modernen Kriege wirtschaftliche Aufgaben an die Truppenführer herangetragen werden, die nur von geschultem Personal gelöst werden können.Daß später ein Großteil der Aufgaben an die einzurichtenden zivilwirtschaftlichen Stellen überzugehen haben und der Soldat nur die wirtschaftlichen Aufgaben in der Hand behält, die der Truppe dienen, ist ist selbstverständlich, sofern nicht eine Lösung gefunden wird, wie sie sich später in den Niederlanden bewährte.

Die Ausstattung der WO für Dänemark und Norwegen war

H2296-0263

währungsmäßig eine feste Hand über den Einkäufern der WT zu haben, weil diese durch Überschwemmung mit Reichskreditkassenscheinen Gefahren für die Währung der Länder verursachten. Endlich machte sich sehr bald notwendig , Maßnahmen für die Bereitstellung der Rohstoffe für die nach Dänemark und Norwegen zu legenden Aufträge zu treffen, weil teilweise die Rohstoffe in diesen Ländern nicht vorhanden waren, die zur Durchführung der Aufträge erforderlich gewesen wären.

Um eine möglichst schnelle Wiederingangsetzung der norwegischen Industrie zu erreichen, entsandte Wi Rü Amt nach Norwegen deutsche Persönlichkeiten aus der Industrie und Wirtschaft, die als Mittelsmänner ein schnelles Vertrauensverhältnis herstellen und den Wideranlauf der norwegischen Wirtschaft durch ihre Sachkenntnis beschleunigen sollten.

Die Erfahrungen aus den ersten Monaten der Besetzung ergeben, daß die Ausstattung selbständig operierender Verbände mit wehrwirtschaftlichen Dienststellen bei Besetzung fremder Länder eine unbedingte Notwendigkeit ist, da in einem modernen Kriege wirtschaftliche Aufgaben an die Truppenführer herangetragen werden, die nur von geschultem Personal gelöst werden können.Daß später ein Großteil der Aufgaben an die einzurichtenden zivilwirtschaftlichen Stellen überzugehen haben und der Soldat nur die wirtschaftlichen Aufgaben in der Hand behält, die der Truppe dienen, ~~ist~~ ist selbstverständlich, sofern nicht eine Lösung gefunden wird, wie sie sich später in den Niederlanden bewährte.

Die Ausstattung der WO für Dänemark und Norwegen war

A 085253

H2296-0264

in den meisten Fällen zu gering, da die Aufgaben zu vielseitig und die ihnen zugewiesenen Gebiete zu groß waren.

Festzustellen ist jedoch, daß die wehrwirtschaftlichen Dienststellen gerade in Dänemark und Norwegen in den ersten Monaten der Truppe unschätzbare Dienste geleistet haben, und daß eine Organisation für die Wiederingangsetzung der Betriebe und die Unterbringung der Aufträge der WT von unbedingter Notwendigkeit ist.

Die hervorragende Arbeit der wehrwirtschaftlichen Dienststellen in Dänemark und Norwegen war außerdem die Voraussetzung dafür, daß im Jahre 1941 die großen Arbeiten für die Landesverteidigung planmäßig durchgeführt werden konnten, die seitens der Obersten Führung an die Wirtschaft der Länder Dänemark und Norwegen gestellt wurden.

A C05254

H2296-0265

2. Westfeldzug.

Die Operationen gegen Frankreich, Holland und Belgien brachten den ersten Großeinsatz der Wehrwirtschafts-Organisation in Feindesland. Er wurde in enger Verbindung mit dem Gen.Qu. des Heeres vorgenommen.

Zu Beginn des Krieges waren die im Westen aufmarschierten Armeen auf Grund der im Polenfeldzug gemachten Erfahrungen mit Armeewirtschaftsführern (A Wi Fü) +) ausgestattet worden, die zugleich die Verbindung zu den im heimatlichen Grenzgebiet bestehenden Rüstungsdienststellen wahrnahmen.

Hierzu waren aber eingesetzt:

Kdo.Behörde	Verb.Offz.	Vertreter
H.Gr. B	Oberst Heinz	Oblt. Sath
H.Gr. A	Oberstlt. Gutscher	Hptm. Drege
A.O.K. 18	Major Weber	Hptm. Hustedt
A.O.K. 6	Oberslt.Dr. Petri	Baurat Geneuß
A.O.K. 4	Major Maier	Hptm. Oppe
A.O.K. 2	Oberstlt. Fach	Lt. Gerhardi
A.O.K. 12	Oberstlt. Wendt	Lt. Witte
A.O.K. 16	Major Ludwig	Hptm. Eberhardt

Den AWiFü der Westarmeen oblagen zunächst in erster Linie wirtschaftliche Räumungs- und Lähmungsaufgaben und erst Ende des Jahres 1939 traten die Vorbereitungen für

+) Ihre Bezeichnung war zunächst V.O. des OKW/Wi Rü Amt, später wurden sie in "Armeewirtschaftsführer" umbenannt.

A 033255

H2296-0266

den Einmarsch nach Holland, Belgien und Frankreich in den Vordergrund. Die Durchführung der wirtschaftlichen Räumungsarbeiten im Heimatgebiet lag in der Hauptsache bei den zuständigen Rü Kdos der Heimat, die hierfür im Rahmen der bereits im Frieden vorbereiteten Freimachungsmaßnahmen mobilmachungsmäßig die erforderlichen Vorbereitungen getroffen hatten. Besonders im Saargebiet wurden die VO dabei vor umfangreiche Aufgaben gestellt und konnten auch in der Verteidigung den Wert ihres Vorhandenseins unter Beweis stellen.

Anfang Januar 1940 wurde die Organisation der VO verstärkt und teilweise personell geändert, sodaß am 15.1.40 eingesetzt waren:

H.Gr.B.	VO :	Oberst Nagel (zugl. Leiter d.Wirtsch. Abt. d.H.Gr.) Vertr.: Oblt. Heyl	Köln/Godesberg
AOK 6	VO :	Oberstlt. Dr. Petri Vertr.: Baurat Geneuß	Düsseldorf/Rheydt
AOK 4	VO :	Oberstlt. Gutscher Vertr.: Hptm. Oppe	Köln/Euskirchen
H.Gr.A	VO :	Oberstlt. v.Schroetter (später Oberstlt. Gutscher) Vertr.: Sonderführer Nothnagel	Koblenz (Mödling)
AOK 12	VO :	Oberstlt. Wendt Vertr.: Lt. Witte	Mayen
AOK 16	VO:	Major Ludwig Vertr.: Oblt. Später	Bad Bertrich
AOK 1	VO :	Oberstlt. Sympher Vertr.: Sonderführer Dr.Jaroschek	Bad Kreuznach

A 085256

H2296-0267

AOK 7	VO: Major Mayer Vertr.: Assistent Otterbach	Calw/Freudenstadt
AOK 2	VO: Oberstlt. Fach Vetr.: Lt. Gerhardi	Bonn (Osnabrück) (Lüdnscheid)
AOK 18	VO: Major Weber Vetr.: Rittm. Eicke	Wuppertal
Gen.Kdo.X	VO: Hauptm. Hustedt	Dülmen

Neben dieser VO-Organisation bei den militärischen Führungsstäben (Heeresgruppen, Armeen) wurden Teile der Wehrwirtschafts-Organisation auch in die für die Verwaltung der Westgebiete vom Gen.Q.M. vorbereitete Militärverwaltung eingebaut.

Auf Grund der vom Führer für die Verwaltung der besetzten Westgebiete erlassenen Weisung vom 9. Mai 1940 waren beim

Gen.Qu.M. ein Wirtschaftsbevollmächtigter,

bei den

Heeresgruppen Militärverwaltungsstäbe,

Oberfeldkommandanturen Wirtschaftsabteilungen und

Feldkommandanturen Wirtschaftsgruppen

zu bilden, in die die Organe der Wehrwirtschafts-Organnisation eingefügt wurden.

Hierzu wurde seitens des Wi Rü Amtes angeordnet:

" 1.) Der VO des OKW /Wi Rü Amt zum OKH wird als Sachbearbeiter für die Rüstungswirtschaft in den Stab des Gen.Qu. M kommandiert. Er ist zugleich Fachreferent für die Rüstungswirtschaft beim Wirtschafts-

AOC83257

H2296-0268

bevollmächtigten.

2.) Beim Mil.Verw.Stab der H.Gr. und bei den Mil.Verwalt. Abteilungen der Oberfeldkommandanturen wird eine Grup Rüstungswirtschaft eingerichtet, die durch die Wehrwirtschafts-Organisation des Wi Rü Amtes besetzt werden.

3.) Nach den Weisungen des Führers stellt OKW / Wi Rü Amt seine Forderungen für die rüstungsmäßige Ausnutzung der besetzten Gebiete an OKH.

4.) Die Wehrmachtsteile sind gehalten, ihre Forderungen für die Ausnutzung der besetzten Gebiete hinsichtlich der Rüstung an OKW / Wi Rü Amt zu stellen, das die Verteilung der Betriebe auf die Wehrmachtteile vornimmt. Nach Zuteilung der Betriebe an die Wehrmachtteile verkehren die Wehrmachtteile zur Ausnutzung der Betriebe unmittelbar mit den Rüstungsdienststellen der besetzten Gebiete" .

Zum Wirtschaftsbevollmächtigten beim Gen.Qu. M wurde Staatssekretär Dr. P o s s e, der frühere Staatssekretär des GBW ernannt. VO des OKW/Wi Rü Amt zum OKH war zunächst Major P a b s t , alsdann Major von G u s o v i u s und später Major Dr. J u s t .

Da die Abteilung bezw. Gruppe " Rüstung" einen Hauptteil in der Organisation der Militärverwaltung ausmachte und da die Leiter der Gruppe "Rüstung" ausgewählte und erfahrene Offiziere in der Wehrwirtschaftsorganisation waren, wurde vereinbart, daß der Vertreter des Leiters der Wirtschaftsabteilungen bezw. Wirtschaftsgruppen grundsätzlich der Leiter der Gruppe"Rüstung" ist. Außerdem wurde Oberst

H2296-0269

N a g e l zum Leiter der Wirtschaftsabteilung des Militärverwaltungsstabes der H-Gr. B ernannt.

Neben den VO-Dienststellen und den Dienststellen der Militärverwaltung wurden wie im Ostfeldzug technische Wehrwirtschaftseinheiten in Form der "Technischen Kommandos" und "Wirtschaftstrupps" zur Erfassung der wirtschaftlichen Beute durch Wi Rü Amt aufgestellt und den Heeresgruppen zur Verfügung gestellt.

An Techn. Kdos. waren für den Westen zunächst bereitgestellt:

3 Tech.Kdos. für Elektrizität, Gas und Wasser,

3 " " " " " " Bergbau,

sowie

3 Reserve Kdos für Elektrizität

und

1 " " " Gas und Wasser.

Dazu traten später noch in großem Umfange technische Abteilungen, die in der Hauptsache von der Technischen Nothilfe durch Vermittlung des OKH aufgestellt wurden.

An Wirtschaftstrupps standen bei Beginn der Opratione bereit:

10 Wirtschaftstrupps für die Oberfeldkommandanturen

2 " " gruppen Betriebsstoff (je 1 für die H.Gr. A und B

10 " " trupps Betriebsstoff für Oberfeldkommandanturen.

Der ganze wehrwirtschaftliche Apparat erhielt in den Monaten vor Beginn der Operationen eine eingehende Schulung in den

H2296-0270

N a g e l zum Leiter der Wirtschaftsabteilung des Militärverwaltungsstabes der H-Gr. B ernannt.

Neben den VO-Dienststellen und den Dienststellen der Militärverwaltung wurden wie im Ostfeldzug technische Wehrwirtschaftseinheiten in Form der "Technischen Kommandos" und "Wirtschaftstrupps" zur Erfassung der wirtschaftlichen Beute durch Wi Rü Amt aufgestellt und den Heeresgruppen zur Verfügung gestellt.

An Techn. Kdos. waren für den Westen zunächst bereitgestellt:

3 Tech.Kdos. für Elektrizität, Gas und Wasser,

3 " " " " " " Bergbau,

sowie

3 Reserve Kdos für Elektrizität

und

1 " " " Gas und Wasser.

Dazu traten später noch in großem Umfange technische Abteilungen, die in der Hauptsache von der Technischen Nothilfe durch Vermittlung des OKH aufgestellt wurden.

An Wirtschaftstrupps standen bei Beginn der Oprationen bereit:

10 Wirtschaftstrupps für die Oberfeldkommandanturen

2 " " gruppen Betriebsstoff (je 1 für die H.Gr. A und B

10 " " trupps Betriebsstoff für Oberfeldkommandanturen.

Der ganze wehrwirtschaftliche Apparat erhielt in den Monaten vor Beginn der Operationen eine eingehende Schulung in den

A0033259

H2296-0271

bevorstehenden Aufgaben, die vom Wi Rü Amt geleitet und von Oberst N a g e l und sonstigen erfahrenen Wehrwirtschaftsoffizieren durchgeführt wurden. Unterlagen für die Ausbildung waren die vom Gen. Qu. herausgegebenen Bestimmungen für die Verwaltung der besetzten Gebiete (Sammelheft Wirtschaft) und die Richtlinien des Wi Rü Amtes über die Bearbeitung der gewerblichen und Rüstungswirtschaft. (s.Anl. XX,8).

Über die Aufgaben der VO und über die Zusammenarbeit der VO und der Rüstungsdienststellen der Militärverwaltung siehe Anlage XX,9 " Rüstungsdienststellen bei den Kommandobehörden im Militär-Verwaltungsgebiet einer Heeresgruppe" und Verfügung Wi Rü Amt Nr. 725/40 geh. Stab Ia vom 13.3.40.

Es wird davon abgesehen, im Rahmen dieser Arbeit Einzelheiten über die Aufstellung, Bereitstellung und Ausbildung der wehrwirtschaftlichen Dienststellen aufzuführen, da die Kriegstagebücher der Dienststellen diese enthalten. Festgestellt soll nur werden, daß bei Beginn der Westoffensive die wehrwirtschaftlichen Dienststellen planmäßig zur Verfügung standen und durch eingehende Fachausbildung für ihre Aufgaben gerüstet waren. Die schnelle Erfassung und Wiederingangsetzung der holländisch-belgisch-französischen Wirtschaft und ihre überaus schnelle Einschaltung in die deutsche Kriegswirtschaft sind ein Beweis dafür.

Der Ablauf des Einsatzes der Wehrwirtschafts-Organisation im Westen nahm insofern einen anderen Gang, als man es vorher annehmen konnte, weil durch den schnellen Fort-

H2296-0272

gang der Operationen der Einsatz der Militärverwaltungen in Holland, Belgien und Frankreich viel schneller erfolgte, als es vorgesehen war. Hierdurch kamen die Stäbe der VO mit ihren nachgeordneten technischen Wehrwirtschafts-einheiten teilweise nicht so stark zum Einsatz, wie später bei den Kämpfen im Osten. Einzelne VO-Stäbe und mehrere technische Kommandos und Wi- Trupps wurden indessen fast täglich vor Aufgaben großen Ausmasses gestellt und konnten ihren hohen Wert voll beweisen. Auf Grund des vorherigen gründlichen Studiums der französischen Wirtschaft und der Erkundungen in ihren Angriffsstreifen waren die VO in der Lage, beim Eintreffen der Militärverwaltung dieser eingehendes Erkundungsmaterial zur Verfügung zu stellen das für die Arbeit der Militärverwaltung, in Sonderheit für die Erfassung und den Abtransport der Rohstoffe von großer Bedeutung war. Besonders bewährten sich die Wirtschafts-trupps, da sie in der Lage waren, der kämpfenden Truppe sehr schnell erhebliche Verpflegungs-, Treibstoff- und sonstige -bestände zur Verfügung zu stellen, die den Nachschub bei den schnellen Operationen sehr erleichterten.

Der Einsatz der VO-Organisation und die Einrichtung der Militärverwaltung in Holland, Belgien und Frankreich liefen im Großen wie folgt ab:

Die VO mit den ihnen unterstellten technischen Wehrwirtschaftseinheiten folgten den vordersten Teilen der kämpfenden Truppe dicht auf und fanden in den Industriegebieten Hollands, Belgiens und des östlichen Frankreichs

H2296-0273

sofort reichlich Arbeit. Der VO des AOK 18 - Major W e b e r - traf in Holland auf große Vorratslager aller Branchen und hatte vom ersten Tage an große Aufgaben, die teils der Truppe zugute kamen, teils der Erfassung der großen Vorräte und der Wiederingangsetzung der elektrischen und Wasseranlagen dienten.

Besondere Verdienste erwarb sich der VO mit dem Techn. Kdo 13 bei der Löschung der großen Benzinvorräte in Rotterdam, Antwerpen und später in La Rochelle. Durch das tapfere Eingreifen des Techn. Kdos. 13 wurden große Treibstofflager der kämpfenden Truppe erhalten. Besonders in Antwerpen traten an den VO Aufgaben in einem Ausmaße heran, wie es für die Wehrwirtschafts-Organisation bisher nirgends der Fall gewesen war. Auch die VO des AOK 2 und AOK 4 - Oberstleutnant Dr. P e t r i und Major M a i e r - fanden in Süd-Holland und Belgien, besonders in dem Industriegebiet von Charleroi, sowie im Gebiet von Lens, Douai und Bethune umfangreiche Aufgaben, die in Sonderheit der Sicherung der dortigen Vorräte dienten. Die ausgezeichneten Leistungen der Organisation und ihre Bedeutung für die Truppe wurde durch den Oberbefehlshaber der 2. Armee - Generaloberst von R e i c h e n a u - dadurch anerkannt, daß er dem VO - Oberstleutnant Dr. P e t r i - frühzeitig die Spange zum E.K.I verlieh. Gleiche Verdienste erwarben sich die VO des AOK 12 und AOK 16 - Oberstleutnant W e n d t und Major L u d w i g - , deren Aufgabengebiet in der Hauptsache im Luxemburger Industriegebiet und in dem Industrie-

H2296-0274

gebiet von Le Creusot und Nancy-Diedenhofen lag. Auch in diesen Gebieten fanden die Techn. Kdos. hohe Anerkennung seitens der Oberbefehlshaber .

Im Saargebiet und in dem Industriegebiet um Lunéville fand der VO des AOK 1 - Major S y m p h e r - reichlich Arbeit. Die Erfassung und Sicherung der großen Hafenbestände von Bordeaux wurde in erster Linie durch Major v. R h e i n b a b e n - VO des AOK 7 - durchgeführt.

Die Wirtschaftstrupps, die mit den vordersten Teilen der kämpfenden Truppe in die Gebiete eindrangen, brachten sehr schnell eingehende Meldungen über die bestehenden Vorratslager und sorgten für deren Sicherung und Erfassung. Ihr Einsatz hat sich in hohem Masse bezahlt gemacht, ihr Wirken wurde von Feldmarschall G ö r i n g besonders lobend anerkannt.

Zur besseren Verbindung mit den VO und mit den Wirtschaftstrupps richtete das Wi Rü Amt zunächst in Brüssel einen Meldekopf ein, der dem Oberst B r a u m ü l l e r übertragen wurde und der sich für die Steuerung des Einsatzes der Wirtschaftsgrupps und für die Verbindung zwischen VO und Wi Rü Amt sehr praktisch erwies.

Durch den schnellen Vormarsch der Truppe und die über Erwarten schnelle Entwicklung der Operationen waren auch die VO mit ihren technischen Einheiten gezwungen, der Truppe schnell zu folgen und hatten nicht die Möglichkeit, ihre Aufgaben in den besetzten Gebieten so eingehend durchzuführen, wie es bei längerem Verbleiben erwünscht gewesen .

H2296-0275

wäre. Infolgedessen wurde sehr begrüßt, daß seitens des Gen.Qu.M. die Militärverwaltung schnell nachgeschoben wurde und die Abteilungen bezw. Gruppen "Rüstung" der Oberfeldkommandanturen die besetzten Gebiete übernehmen und die Technischen Einheiten der VO ablösen konnten. Die Übergabe ging überall planmäßig vonstatten, die Dienststellen der Militärverwaltung konnten auf Grund der Erkundungsergebnisse der VO ihre Arbeit ohne Verzögerung aufnehmen.

Es war vorgesehen, daß die H.Gr. B das holländische Gebiet,die H.Gr.A das belgische und französische Gebiet übernehmen sollte. Durch den Zusammenbruch Hollands verschob sich die H.Gr.B. aber schnell entlang der Kanalküste nach Nord-Belgien und Nord-Frankreich. Da außerdem in Holland die Militärverwaltung sehr bald durch eine Zivilverwaltung abgelöst wurde, kam die ursprünglich in Holland eingesetzte Militärverwaltung der H.Gr.B nach Brüssel. Die Rüstungsgruppe der Militärverwaltung bei der H.Gr.B verblieb indessen in Holland und wurde der Stamm für die dort zu bildende Rü In Niederlande. Die H.Gr. A war währenddessen weiter nach Frankreich vorgeschoben worden, hatte aber 3 Oberfeldkommandanturen in Luxemburg, Lüttich und Charleroi zurückgelassen, deren Rüstungsgruppen die dortige Industrie übernommen hatten und die später der in Brüssel eingerichteten Rü In Belgien unterstellt wurden. Die Rü In Belgien wurde aus der Gruppe Rüstung der Wirtschaftsabteilung der Militärverwaltung Belgien entwickelt.

Die Rüstungsgruppe der Militärverwaltung der H.Gr.A

H2296-0276

wäre. Infolgedessen wurde sehr begrüßt, daß seitens des Gen.Qu.M. die Militärverwaltung schnell nachgeschoben wurde und die Abteilungen bezw. Gruppen "Rüstung" der Oberfeldkommandanturen die besetzten Gebiete übernehmen und die Technischen Einheiten der VO ablösen konnten. Die Übergabe ging überall planmäßig vonstatten, die Dienststellen der Militärverwaltung konnten auf Grund der Erkundungsergebnisse der VO ihre Arbeit ohne Verzögerung aufnehmen.

Es war vorgesehen, daß die H.Gr. B das holländische Gebiet, die H.Gr.A das belgische und französische Gebiet übernehmen sollte. Durch den Zusammenbruch Hollands verschob sich die H.Gr.B. aber schnell entlang der Kanalküste nach Nord-Belgien und Nord-Frankreich. Da außerdem in Holland die Militärverwaltung sehr bald durch eine Zivilverwaltung abgelöst wurde, kam die ursprünglich in Holland eingesetzte Militärverwaltung der H.Gr.B nach Brüssel. Die Rüstungsgruppe der Militärverwaltung bei der H.Gr.B verblieb indessen in Holland und wurde der Stamm für die dort zu bildende Rü In Niederlande. Die H.Gr. A war währenddessen weiter nach Frankreich vorgeschoben worden, hatte aber 3 Oberfeldkommandanturen in Luxemburg, Lüttich und Charleroi zurückgelassen, deren Rüstungsgruppen die dortige Industrie übernommen hatten und die später der in Brüssel eingerichteten Rü In Belgien unterstellt wurden. Die Rü In Belgien wurde aus der Gruppe Rüstung der Wirtschaftsabteilung der Militärverwaltung Belgien entwickelt.

Die Rüstungsgruppe der Militärverwaltung der H.Gr.A

A 085264

H2296-0277

unter Oberstleutnant G u t s c h e r mit 4 Rüstungsreferaten der noch nicht eingesetzten Oberfeldkommandanturen wurden in Richtung Paris vorgeführt und für den weiteren Einsatz in Fränkreich bereitgehalten. Die Rüstungsgruppe wurde später der Stamm für die Rü In Frankreich.

Nach der Besetzung von Paris wurde aus der Gruppe Rüstungswirtschaft der Militärverwaltung Paris und dem Wi-Trupp unter Oberstleutnant M u s s e t die Rü In Paris gebildet, die dem Generalmajor S c h u b e r t unterstellt wurde. Ihr wurde zunächst der Bereich des Militärbefehlshabers Paris zugewiesen, während die Rü In Frankreich die übrigen Teile des besetzten Frankreich mit Ausnahme des Departements Nord und Pas de Calais zu bearbeiten hatte.

Die weitere Einrichtung der Rü In in Holland, Belgien und Frankreich ist aus den nachstehenden Einzelschilderungen ersichtlich.

Die Bedeutung Hollands für die Kriegswirtschaft, der schnelle Ablauf der Operationen in den Niederlanden und in Belgien und der bevorstehende Einsatz von Militärverwaltungen in Holland und Belgien veranlaßte den Chef Wi Rü Amt, am 22.5. den Feldmarschall G ö r i n g in seinem Hauptquartier Trübs bei Mayen aufzusuchen und ihm die Einrichtung einer Rü In für die Niederlande vorzuschlagen, die nicht nur die Rüstungsinteressen, sondern auch die Bearbeitung der gesamten gewerblichen Wirtschaft in Holland übernehmen sollte. Der Feldmarschall erklärte sich mit dieser Maßnahme einverstanden, gab dem Chef Wi Rü Amt alle

A C85265

H2296-0278

Vollmachten und wünschte nur, daß Major V e l t j e n s als Vertrauens- und Verbindungsmann zum Wehrmachtbefehlshaber und Reichskommissar eingesetzt werden sollte. OKW / Wi Rü Amt ordnete darauf die Errichtung der Rü In Niederlande an. Die Einrichtung wurde Oberstleutnant Dr. Frhr. v. S c h r ö t t e r übertragen. Am 14.6. übernahm Konteradmiral R e i m e r die Dienstgeschäfte als Rüstungsinspekteur. Als Außenstellen wurden drei Rü Kdos

Den Haag — Freg.Kapt.A n g e r m a n n,

Zwolle — Major B i s f h o f f,

s'Hertogenbusch — Oberstleutnant Dr. O s w a l d

aus den Referaten "Rüstungswirtschaft" bei den Oberfeldkommandanturen 592, 570 und 511 aufgestellt. Diese wurden im Verlauf des Jahres wieder aufgelöst und die Bearbeitung bei der Rü In zentralisiert. Bei den größten Firmen wurden deutsche Industriebeauftragte eingesetzt.

Über die Tätigkeit der Rü In gibt die "Geschichte der Rü In Niederlande" eingehenden Aufschluß. Infolgedessen sei im Rahmen dieser Bearbeitung nur auf folgende Punkte hingewiesen:

Die Zusammenfassung der Bearbeitung der Rüstungswirtschaft und der sonstigen gewerblichen Wirtschaft bei der Rü In hat sich voll bewährt. Der Versuch wurde hier in den Niederlanden erstmalig gemacht im Einvernehmen zwischen Wi Rü Amt und RWiMin. Der Rüstungsinspekteur erhielt seine Weisung für die rüstungswirtschaftlichen Aufgaben von dem Wi Rü Amt, für die Aufgaben der gewerblichen Wirtschaft vom

A 005266

H2296-0279

RWiMin bezw. dem Vierjahresplan. Die Schwierigkeiten, die in der Zusammenarbeit in Norwegen entstanden waren und nie zu einer klaren Arbeitsteilung geführt haben, sind in den Niederlanden durch die Zusammenfassung beim Rüstungsinspekteur und seine Doppelunterstellung in zufriedenstellender Weise gelöst worden.

Eine der Sonderaufgaben, die die Rü In zu leisten hatte, war die Brechung des Widerstandes der holländischen Regierungsstellen gegen die Inanspruchnahme der holländischen Wirtschaft für die Rüstung. Erst nach der Beseitigung des zum Demobilmachungskommissar bestellten holländischen Militärbefehlshabers, General W i n k e l m a n n, gelang es am 5.6.40 den Weg zur eigentlichen Aufnahme der Arbeit für die Rü In freizumachen.

Die Erkundung der holländischen Betriebe ergab, daß die Masse der industriellen Anlagen unversehrt war und daß große Teile der Wirtschaft, in Sonderheit die Schiffbauindustrie und die Maschinenfabriken, höchst moderne Betriebe waren mit einem ausgezeichneten Maschinenpark. Außerdem befanden sich bei den Betrieben sehr große Lager von Rohstoffen, besonders an Stahl, Kupfer, Zinn, Gummi und Treibstoffen, da eine Bewirtschaftung bis zu unserem Einmarsch noch nicht stattgefunden hatte. Die Betriebe wurden verhältnismäßig sehr schnell in die deutsche Fertigung eingegliedert, in Sonderheit erhielt die Marine und Luftwaffe durch die holländischen Betriebe eine erhebliche Erweiterung ihrer Fertigungsbasis. In der verarbeitenden Industrie konnten bis zum Herbst 1940

C05267

H2296-0280

für rund 740 Mill. Gulden Aufträge untergebracht werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Rü In war der Abtransport der erkundeten Rohstoffe, soweit sie nicht zur eigenen Fertigung in Holland benötigt wurden. Diese Rohstoffe haben auf vielen Gebieten der deutschen Wirtschaft eine erhebliche Entlastung gebracht.

Ein anderes wichtiges Kapitel für die Rü In war die Wiederingangsetzung des wirtschaftlichen Verkehrsnetzes, da besonders die Wasserstrassen durch die Zerstörung der Schleusen und Brücken sehr gelitten hatten. Ebenso brachte die Erfassung der überzähligen LKW und PKW in der holländischen Wirtschaft eine merkliche Unterstützung für die Oberste Führung.

Alles in allem kann festgestellt werden, daß sowohl im Jahre 1940 wie in den späteren Jahren die Wirtschaftsführung durch die Rü In einen glatten Verlauf nahm und sich sowohl für die holländische Wirtschaft wie für die deutsche Kriegsführung erfolgreich ausgewirkt hat.

Die Errichtung einer Rü In Belgien wurde am 8.6. auf Grund eines Vortrages des Chefs Wi Rü Amt beim Feldmarschall G ö r i n g in dessen Hauptquartier Givet befohlen und im Einvernehmen mit dem zum Militärbefehlshaber für Holland und Belgien ernannten Generals d.Inf. von Fal k e n h a u s e n aufgestellt. Der Feldmarschall forderte als erste Aufgaben für die Inspektion folgende Maßnahmen:

Einrichtung von Reparaturbetrieben größten Stils für die Truppe,

Rückführung der vorgefundenen Rohstoffvorräte,

AOC 52.68

H2296-0281

Wiederingangsetzung der Industrien Belgiens und Nordfrankreichs, um Ruhe und Ordnung im Lande zu schaffen, und zwar in erster Linie solcher Betriebe, die für die Rüstung von Bedeutung sind, wie Eisen- und Stahlbetriebe, Kesselwagenfertigung usw.,

die Umstellung von Rüstungsbetrieben auf deutsche Typen und Kaliber sollte zunächst nicht stattfinden.

Die Rü In wurde durch Kapitän L e n s s e n aus der Gruppe Rüstung der Wirtschaftsabteilung der Militärverwaltung Belgien entwickelt. Ebenso wurden die Gruppen Rüstung der Oberfeldkommandanturen der Stamm für die späteren Rü Kdos.

Am 13.6. wurde Oberst d.Lw. F r a n s s e n zum Rüstungsinspekteur ernannt.

Der Mil.Verw.Chef Belgien versuchte zunächst, die Errichtung der Inspektion zu sabotieren, sodaß es eines Eingreifens des Chefs Wi Rü Amt und einer Aussprache mit dem Militärbefehlshaber, General d.Inf. von F a l k e n h a u s e n, bedurfte, um die Rü In in ihrer Stellung zu festigen. Später ergab sich eine sehr erfreuliche Zusammenarbeit zwischen Rü In und Militärverwaltung.

An Rü Kdos wurden errichtet:

Rü Kdo Brüssel	Major Dr. P u s c h
Rü Kdo Charleroi	Oberstlt. Graf V i t z t h u m
Rü Kdo Gent	Major B i s c h o f f
Rü Kdo Lille	Major Dr. S o r g e
Rü Kdo Lüttich	Major E n g e l m a n n.

Die der Rü In unterstellten Rü Kdos blieben den bisherigen Oberfeldkommandanturen wirtschaftlich angegliedert mit der Maßgabe, daß die Oberfeldkommandanturen über alle wichtigen wehrwirtschaftlichen Vorgänge von den Rüstungs-Kommandeuren zu unterrichten waren.

A C05769

H2296-0282

Um eine enge Zusammenarbeit mit der Militärverwaltung zu sichern, wurde mit General v. F a l k e n h a u s e n vereinbart, daß die Rü In genau wie der Kommandostab, der Q.Qu.Stab und der Verw. Stab zum Stabe des Militärbefehlshabers gehört und daß der Rüstungsinspekteur dessen Berater und Sachbearbeiter in allen wehr- und rüstungswirtschaftlichen Fragen ist.

Die Rü In erwrb sich in Belgien dank der Geschicklichkeit des Inspekteurs und des Fachwissens der Bearbeiter schnell eine hervorragende Stellung. Wohl kam es oftmals zu Überschneidungen der Aufgaben mit der Militärverwaltung, weil die Aufgabenstellung für die Wirtschaftsabteilung in der Militärverwaltung eine andere war wie für die Rü In. Aufgabe der Rü In war ausschließlich durch weitestgehende Ausnutzung der besetzten Gebiete die deutsche Kriegswirtschaft zu entlasten. Die Wirtschaftsabteilung hingegen sah ihre Aufgabe unter einem anderen Gesichtswinkel, weil sie auch den Forderungen der belgischen Verwaltung und den allgemeinen wirtschafts-politischen Belangen der deutschen Wirtschaft gerecht werden mußte. Trotzdem wurde im Laufe der Zeit eine erfreuliche Zusammenarbeit geleistet.

a) in der Unterstützung der Truppe durch schnellste Einrichtung von Reparaturwerkstätten aller Art und Bereitstellung von Hilfsstoffen;

b) in der Feststellung und Sicherung aller für die deutsche Wirtschaft wichtigen Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und sonstigen Gütern;

A C05270

H2296-0283

c) in der Ingangsetzung der Industriebetriebe des Landes zur Entlastung der heimischen Kriegswirtschaft;
d) in der Unterstützung der mit der Wiederherstellung des Verkehrs beauftragten Stellen.

Die Durchführung der Aufgaben, die Überwindung der vorliegenden Schwierigkeiten und die Erfolge der Tätigkeit sind in der Geschichte Belgiens eingehend dargestellt. Es wird daher im Rahmen dieser Bearbeitung auf Einzelheiten nicht eingegangen.

Bei den Arbeiten entstanden in der Inspektion insofern Schwierigkeiten, als die Masse der führenden industriellen Persönlichkeiten geflohen war und zunächst neue Betriebsführer für die Werke eingesetzt werden mußten. Das untere Personal und die Arbeiterschaft benahm sich im großen arbeitswillig, sodaß die Rü In sehr bald daran gehen konnte, auch die sozialen Maßnahmen in den Betrieben für die willigen Arbeiter zu verbessern. Es ist ein großes Verdienst der wehrwirtschaftlichen Organisation in Belgien, daß es ihr gelang, in den großen süd-belgischen Industriegebieten eine laufende Mitarbeit der belgischen Bevölkerung zu sichern. Die belgischen Industriegebiete wurden durch die hervorragende Arbeit der Wehrwirtschafts-Organisation schnell zu einer wichtigen Hilfsquelle der deutschen Rüstung.

Die für die Erfassung und den Abtransport der Rohstoffe in Belgien eingesetzten Wirtschaftstrupps, deren Aufgabe es war, die kriegswichtigen Mangel- und Spargüter und die kriegswichtigen Produktionsmaschinen für die Zwecke der Kriegführung schnell zu erkunden, ihren Bestand genau auf-

AC05271

H2296-0284

zunehmen, ihren Abtransport vorzubereiten und auf Weisung der vorgesetzten Stelle den Abtransport durchzuführen, haben sich besonders in Belgien in hohem Maße bewährt.

In Frankreich entwickelte sich die Einrichtung der Rü In aus dem Verlauf der Operationen. Nach der Besetzung von Paris waren zunächst eine Rü In Paris für den Stadtbereich und eine Rü In Frankreich für den übrigen besetzten Teil Frankreichs gebildet worden.

Nachdem die Regelung der militärischen Befehlsverhältnisse in Frankreich erkennbar wurde, wurde auch auf dem wehrwirtschaftliche Gebiet zu einer Regelung der Verhältnisse geschritten. Die zunächst bestehende Militärverwaltung Frankreich setzte sich aus der Militärverwaltung Paris mit 3 Departements,

der Oberfeldkommandantur A (Kanalgebiet) mit 13 Departements

" " " B (Atlantikgebiet)" 12 "

" " " C (Innerfrankreich) " 18 "

zusammen. Durch die Neuregelung wurden die Oberfeldkommandanturen zur Militärverwaltungsbezirken umgebildet, und zwar

A - Nordwestfrankreich,

B - Südwestfrankreich,

C - Nordostfrankreich.

Entsprechend dieser Organisation wurden aus den bereits bestehenden 3 Rü Kdos der Rü In Frankreich (Rouen, Bordeaux und Troyes) und der Rü In Paris 4 Rü In geschaffen, die dem neugebildeten Wi Rü Stab Frankreich unterstellt wurden.

A 035272

H2296-0285

Es wurden gebildet:

Der Wi Rü Stab Frankreich unter Generallt. B a r c k h a u s e n, Chef des Stabes Oberstleutnant G u t s c h e r,

Rü In Paris in Paris unter Gen.Major S c h u b e r t,

Rü In A in Rouen, später in St.Germain, unter Oberst B r a u m ü l l e r ,

Rü In B in Bordeaux, später in Angers, unter Kapt. z.S. H e n r i c i,

Rü In C in Troyes, später in Dijon, unter Oberst Graf V i t z t h u m von E c k s t ä d t.

Den Rü In nachgeordnet wurden Rü Kdos bezw. Außenstellen geschaffen, und zwar

bei der Rü In A: Außenstellen in Laon, Rouen und Orléans,

bei der Rü In B: das Rü Kdo Bordeaux und die Außenstellen Le Mans und Brest,

bei der Rü In C: Außenstellen in Auxerre, Besançon und Nancy.

Die Gebiete der ehemaligen Reichslande Elsaß-Lothringen wurden aus dem französischen Befehlsbereich ausgeschieden und für das Departement Moselle ein Rü Kdo Metz, für die Departements Bas Rhin und Haut Rhin ein Rü Kdo Straßburg gebildet, die zunächst den zuständigen Mil.Bef. unterstellt wurden (s.Anl. XX,10).

Außerdem wurde ein Wi Kdo Bourges gebildet zur Verwaltung des dortigen Arsenals und zur Sicherstellung der dortigen Beutegüter.

AC03273

H2296-0286

Endlich erfolgte eine klare Regelung der Unterstellung der Wi-Trupps, Techn. Kdos, Bergungskolonnen und sonstigen wehrwirtschaftlichen Dienststellen.

Die Ausnutzung der besetzten Gebiete Frankreichs und Belgiens erfolgte zunächst nach der in der Anlage XX,11 beigefügten Weisung des Feldmarschalls G ö r i n g und des OKW / Wi Rü Amt. Diese Weisung wurde bald durch Bestimmungen überholt, die erheblich schärfer die französische Wirtschaft für die deutsche Rüstung in Anspruch nahmen (s. Anl. XX,12).

Die Hauptaufgaben der Wi Rü Dienststellen in Frankreich waren durch die Zielsetzung bestimmt, die Wirtshaft des besetzten Frankreichs zur Stärkung des deutschen Kriegspotentials weitestgehend auszunutzen, d.h.

1.) durch Unterstützung der im besetzten Frankreich eingesetzten Verbände der 3 W.T., damit diese voll kriegsverwendungsfähig blieben, insbeondere auch durch schnelle Einrichtung von Reparaturwerkstätten,
2.) durch Abtransport von Rohstoffen und Maschinen, soweit sie in Deutschland benötigt wurden,
3.) durch Verlagerung von Aufrrägen nach Frankreich,
4.) durch Überführung französischer Arbeitskräfte nach Deutschland.

Bei dieser Aufgabenerfüllung war für die Rüstungsdienststellen oberster Grundsatz, den deutschen Wehrmachtinteressen gegenüber allen anderen, auch von der französischen Verwaltung herangetragenen Wünschen den unbedingten Vorrang einzuräumen.

ACCESS

H2296-0287

Die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Ausnutzung Frankreichs lagen in den obengenannten gegensätzlichen Aufgaben und es kam darauf an, die richtige Synthese zu finden zwischen der Ausnutzung der vorhandenen Fertigungsmöglichkeiten und dem Abtransport der französischen Rohstoffreserven und der Maschinenparks für Zwecke der deutschen Rüstung.

An und für sich war der Leistung der französischen Industrie eine gewisse Grenze gezogen. Selbst bei der Voraussetzung, daß es gelang, durch innere Umlagerung die fehlenden Arbeitskräfte von 1 1/2 Millionen französischer Kriegsgefangener und der zahlreichen nach Deutschland abbeförderten Facharbeiter zu ersetzen, war die Abhängigkeit Frankreichs von ausländischer Kohlen- und Kraftstoffeinfuhr sowie von der ausreichenden Wasserhaltung seiner in den französischen Hoch- und Mittelgebirgen liegenden Elektrizitätswerke eine gegebene Größe. Auch mußte der Abzug erheblicher Mengen von Transportmitteln aus Frankreich die Transportleistung stark beeinträchtigen. Schließlich war damit zu rechnen, daß die Gegner alles daran setzen würden durch Bombenangriffe die Leistungen der französischen Industrie möglichst herabzusetzen. Es kann aber festgestellt werden, daß trotz aller Bedenken, es im hohen Masse geglückt ist, die Wirtschaft Frankreichs für die Kriegführung auszunutzen. Trotz aller organisatorischen, technischen und psychologischen Hemmungen glückte es, ein Höchstmaß an rüstungswirtschaftlichen Leistungen aus der bisher feindlichen Kriegsmaschine herauszuholen. Der Abtransport der Rohstoffe wurde besonders gefördert durch die hervorragende

A C35275

H2296-0288

Arbeit der eingesetzten Wi Trupps. Die Unterbringung der verlagerten deutschen Aufträge wurde einer zentralen Auftragsstelle (Zast) übergeben, die gemeinsam mit dem RWiM für den Bereich des Mil.Bef.Frankreich mit dem Sitz in Paris eingerichtet wurde.

Wie im Einzelnen die vorstehend genannten Aufgaben durchgeführt wurden, ergibt die eingehende Sonderbearbeitung des Wi Rü Stabes Frankreich, die dieser zusammenfassenden Bearbeitung beigefügt ist (siehe Vorwort). Aus ihr ist auch der nähere Organisationsausbau der Wehrwirtschaftsorganisation in Frankreich ersichtlich. Ein Eingehen auf Einzelheiten erübrigt sich daher im Rahmen dieser Bearbeitung.

Hingewiesen sei nur auf folgende Punkte:

Am 16.6. ordnete der Führer an, daß Generalfeldmarschall G ö r i n g als Beauftragter des Vierjahresplanes die einheitlich Planung der Wirtschaft der Westgebiete zu übernehmen habe (s. Anl. XX,13).

Am 21.6. nahm der Rm. f.B.u.M. Einfluß auf die Fertigung in den besetzten Gebieten durch Einsetzung von Beauftragten und übernahm damit die Mitverantwortung für die rüstungsmäßige Ausnutzung des besetzten Westgebietes (s. Anl. XX,14).

Dadurch wurde auch auf die besetzten Gebiete der im Reich bestehende Zustand verlagert, daß 4 Oberste Reichsbehörden - OKW, Vierjahresplan, RWiM und Rm f.B.u.M. - Befehlsbefugnis über die Wirtschaft haben, ein Zustand, der dem Ansehen der deutschen Verwaltung in den besetzten Gebieten nicht zuträglich gewesen ist. Erst der im Jahre 1944

A C35276

H2296-0289

erfolgte Einbau aller Stellen in die Militärverwaltung hat diesen Zustand beseitigt.

Die französische Industrie ist im Verlaufe des Krieges zu einer bedeutenden Hilfsquelle für die deutsche Rüstung geworden. Die französischen Industriellen und in Sonderheit die Arbeiter haben nach Ablauf der kriegerischen Ereignisse und nach Beseitigung der ersten Spannungen in den ersten Kriegsjahren gute Arbeit geleistet. Erst im Jahre 1943 war an vielen Stellen ein erheblicher passiver Widerstand festzustellen. Die Erfolge hätten aber erheblich größer sein können, wenn eine politische Verständigung oder wenigstens ein Vorfriedensschluß mit Frankreich möglich gewesen wäre. Der Chef Wi Rü Amt hat auf diese Möglichkeit mehrfach hingewiesen, fand aber beim Chef OKW mit seinen Vorschlägen eine Ablehnung aus politischen Gründen (Schriftwechsel s. Anl. XX,15).

Auch die landwirtschaftliche Ausnutzung Frankreichs hätte unter anderen politischen Verhältnissen und bei Einsatz eines Apparates von deutschen Landwirtschaftsführern, wie er später in der Ukraine erfolgte, noch größere Erfolge zeitigen können.

Von wehrwirtschaftlicher Seite aus wurde auch die Rückgabe des Departements Nord und Pas de Calais an Frankreich für ratsam gehalten, da die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Paris und den nördlichen Wirtschaftsgebieten durch die Trennung doch erheblich gestört waren. Dank der Zusammenarbeit der Militärverwaltungen Frankreich

A 005277

H2296-0290

und Belgien wurden die Störungen wenigstens z.T. wieder ausgeglichen.

Wie wertvoll die Heranziehung der französisch - belgisch- holländischen Wirtschaft für die deutsche Rüstungswirtschaft gewesen ist, zeigen die Zahlen der in diesen Ländern untergebrachten deutschen Aufträge:

Zusammenstellung der nach den besetzten Gebieten vergebenen unmittelbaren und mittelbaren Wehrmachtaufträge:

Auftragsbestände Werte in 1 000 RM

	Ende 1941	Ende 1942	Ende 1943
Frankreich	3 101 713	1 963 740	2 650 351
Belgien	558 720	433 140	571 990
Nordfrankreich	209 750	112 810	131 620
Niederlande	921 665	634 562	677 342

Als Nebenaufgabe war dem Wi Rü Stab Frankreich innerhalb seines Bereiches die Überwachung der in Ausführung des Waffenstillstandsvertrages vorgesehenen Abrüstung Frankreichs auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet befohlen, eine Aufgabe, die bei stetig zunehmender Verlagerung der Aufträge aus Deutschland nach Frankreich immer mehr zusammenschrumpfte und sich durch eine Entscheidung des Vorsitzen-

A 083278

H2296-0291

den der D.W.St.K. vom August 1940 im besetzten Frankreich nur noch auf eine Überwachung der Fertigung zur Verhinderung nicht genehmigter französischer Aufträge und der Ausfuhr von Kriegsgerät erstreckte.

Am 2.8.1940 wurde durch Führerbefehl die Zivilverwaltung in Elsaß, Lothringen und Luxemburg eingeführt und damit diese Gebiete dem Heimatgebiet angeschlossen.

A 03279

H2296-0292

3. Beteiligung an den französischen Waffenstillstands-bedingungen.

An der Abfassung der Waffenstillstandsbedingungen mit Frankreich hatte das Wi Rü Amt insofern keinen Anteil, als vom Führer abgelehnt wurde, in den Waffenstillstands-vertrag wirtschaftliche Bindungen aufzunehmen. Wi Rü Amt hatte die Aufnahme der in Anlage XX,16 aufgenommenen Punkte gefordert, RWiM, Vierjahresplan und Reichsbank hatten diese Forderungen noch ergänzt. Die Ablehnung durch den Führer erfolgte, weil die Präambel so weitgehend gefaßt werden sollte, dass man daraus alle Forderungen herleiten konnte. Im übrigen sollte auf wirtschaftlichem Gebiet alles auf dem Wege freier Vereinbarungen erreicht werden.

Für die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen auf dem Rüstungsgebiet wurde der Chef d. St. des Wi Rü Amtes, Oberst H ü n e r m a n n , in die Waffenstill-standskommission entsandt und in dieser eine Gruppe Rüstung eingerichtet. Zur Durchführung der Kontrolle wurde eine Rüstungskontrollinspektion eingerichtet, deren Aufgabe und Gliederung aus Anl. XX,17 ersichtlich ist. Mit der italienischen Waffenstillstandskommission wurde eine Abgrenzung über die Räume und eine Abmachung über die Zusammenarbeit getroffen (s. Anl. XX,18).

Zum Chef der deutschen Kontrollinspektion wurde General d. Luftwaffe W e y g a n d (bisher Rü In Prag) ernannt.

Über den Ablauf der Kontrolltätigkeit und die daraus sich ergebenden Erfahrungen wird in einer Sonderbearbei-

A 000290

H2296-0293

tung berichtet werden. Da die Kontrolltätigkeit sich auch nach Afrika ausdehnte und später doch erheblich auch wirtschaftliche Punkte umfasste (Treibstoff, Rohstoffe, Devisen pp.), wurde die Wehrwirtschaftsorganisation auch hier vor umfangreiche und höchst interessante und bedeutungsvolle Aufgaben gestellt, die sich mit Beginn des Afrika-Feldzuges noch erheblich vermehrten.

H2296-0294

4. England.

Die ersten wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen für eine Operation gegen England waren bereits vor dem Kriege getroffen worden, indem die Erkundung und Untersuchung der Wehrwirtschaft Großbritanniens besonders betrieben worden war. Das Ergebnis dieser Arbeit wurde im Frühsommer des Jahres 1940 in einer eingehenden Bearbeitung "Die Wehrwirtschaft Großbritanniens" zusammengestellt, die am 1.8. an Stäbe und Truppen herausgegeben wurde und eine hervorragende Grundlage für alle wehrwirtschaftlichen Maßnahmen darstellte.

Die praktischen Vorbereitungen für eine Operation gegen England wurden Ende Juli 1940 durch Errichtung eines Arbeitsstabes "England" eingeleitet, der dem Admiral A n k e r (Rü In X) mit Obstlt. P e t r i als Chef des Stabes übertragen wurde.

Auf Grund der ersten Überlegungen wurde am 30.Juli 1940 mit Befehl Wi Rü Amt Nr. 1550/40 geh.Kdos. die Aufstellung einer Wehrwirtschaftlichen Organisation für England angeordnet (s.Anl. XX,19). Sie umfasste

1 Wehrwirtschaftsstab,
6 Wehrwirtschaftskommandos,
8 Wehrwirtschaftsoffiziere und
1 Verbindungsstab zur Wehrmachtsreifenstelle

nach einem besonderen den englischen Verhältnissen angepassten Etat.

Die gesamten Vorbereitungen liefen unter dem Decknamen "Seelöwe".

Die Aufstellung dieser Organisation war bis zum 3 0.8.

A C 03352

H2296-0295

abgeschlossen, die Einberufung der führenden Persönlichkeiten und ihre Einweisung in ihre Aufgaben sollte bis Mitte September erfolgen. Auf Grund eingehender Besprechungen mit dem Gen.Qu. und den leitenden Persönlichkeiten des RWiM wurde festgelegt, dass für den Einsatz "England" nur eine geschlossene Wehrwirtschaftsorganisation eingesetzt werden solle, und zwar die des Wi Rü Amtes, zu der das RWiM Fachkräfte entsenden würde. Damit setzte sich der Grundsatz der Einheitlichkeit durch, der schon bei allen früheren Operationen vom Wi Rü Amt vertreten worden war.

Zu dieser Organisation sollten wie im Westfeldzuge VO mit zugeteilten wehrwirtschaftlichen Einheiten treten, die ebenfalls Anfang September vom Wi Rü Amt in Frankreich aufgestellt und bereitgestellt wurden.

Die gesamte wehrwirtschaftliche Organisation stand am 15.9. einsatz- bezw. abrufbereit. Eingehende Besprechungen mit dem Gen.Qu. und den für die Leitung der Operation bestimmten Stäben einerseits und mit den die englischen Verhältnisse kennenden Wirtschaftlern andererseits hatten auch die sonstigen wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen bis Mitte September zum Abschluss gebracht. Ebenso war die Einweisung und Schulung der führenden Persönlichkeiten abgeschlossen.

Anfang Oktober wurde erkennbar, dass die Operation vorläufig nicht zur Durchführung kommen würde. Infolgedessen wurde - um der Wirtschaft die Fachkräfte zurückzugeben und um die von den Arbeitskräften entblößten anderen Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation wieder zu verstärken - am 4.10. angeordnet, dass der WWi Stab z.b.V. "England" wieder in einen Arbeitsstab

H2296-0296

zurückverwandelt wird (s. Anl. XX,19a).

Am 28.10. wurde die Auflösung des Arbeitsstabes England angeordnet (s. Anl. XX,20).

Wenn auch die umfangreichen Vorarbeiten für das Unternehmen " Seelöwe " leider nicht zur Durchführung kommen sollten, so konnten daraus doch erhebliche Erfahrungen geschöpft werden, die für die späteren Operationen von grösstem Wert waren.

Die rüstungswirtschaftlichen Vorbereitungen für das Unternehmen " Seelöwe " sind an späterer Stelle behandelt.

A 055284

H2296-0297

5.) Wehrwirtschaftliche Verhandlungen mit den befreundeten und neutralen Staaten sowie Kriegsgerätelieferungen.

Das Jahr 1940 brachte dem Wi Rü Amt auf dem Gebiet des Kriegsgerätehandels besondere Aufgaben durch die aus der militärpolitischen Lage sich ergebenden Lieferungen an Russland, Finnland, Rumänien und Italien.

Wie im Jahre 1939 schon berichtet, sollten auf Grund des deutsch-russischen Vertrages vom 19.8.1939 sich die deutschen Lieferungen auf Kredit in den nächsten 2 Jahren auf 200 Mill. RM belaufen, davon im ersten Jahre 120 Mill. RM. Als erwünscht wurde eine deutsche Lieferung von 500 Mill.RM Waren bereits im ersten Jahr bezeichnet. Da derartige Mengen an Maschinen, Fahrzeugen, Apparaten pp. produktionsmässig in kurzer Zeit gar nicht zu schaffen waren und da die Russen in ihrer Wunschliste auch Kriegsgerät aufgeführt hatten, trat im Auswärtigen Amt und im Reichswirtschaftsministerium von Anfang an der Wunsch hervor, den Russen möglichst viel fertiges Kriegsgerät zur Verfügung zu stellen.

Da, wie bereits berichtet, die Russen als erste Gegenlieferung wertvolle Nahrungsmittel und Rohstoffe

(1 Mio t Getreide
500 000 t Weizen
900 000 t Ölderivate
100 000 t Baumwolle
500 000 t Phosphate
80 Mio.RM Holz
10 000 t Flachs
Manganerze, Platin und
den Transit für 1 Mio. t Sojabohnen)

A 085285

H2296-0298

zur Verfügung gestellt hatten, wurde bei der Bedeutung dieser Mengen für die deutsche Kriegswirtschaft und bei dem Wert, den die Oberste Führung auf ein gutes Verhältnis zu Sowjetrussland derzeitig legte, die Frage schneller deutscher Gegenlieferungen immer dringlicher.

Der Wunsch auf Bereitstellung von Kriegsgerät wurde daher von Woche zu Woche stärker, so dass seitens OKW beim Wi Rü Amt ein Sonderreferat eingerichtet wurde, das die Bearbeitung der russischen Forderungen und ihren Einbau in das deutsche Fertigungsprogramm übernahm. Anlage XX,21 und XX,22 geben ein Bild über den Fortgang der Verhandlungen.

Da die Russen schnell und gut lieferten, kam es darauf an, auch die deutschen Gegenlieferungen schneller durchzuführen. Infolgedessen entschloss sich die deutsche Führung, den Russen in grösserem Umfange deutsches Kriegsgerät anzubieten, das fertig oder bereits im Bau war und das geldmässig hohe Werte darstellte. Hierunter fiel in Sonderheit der grosse Kreuzer " Lützow ", sonstige Artillerie-Schiffsausrüstungen, Musterstücke für schwere Artillerie und Tanks und wichtige Lizenzen für Kriegsgerät. Da aber auch diese Lieferungstermine dieser Geräte den russischen Wünschen nicht entsprachen, bestimmte der Führer am 30.3., dass die Russenlieferungen - so weit erforderlich - vor die Kriegsgerätelieferungen an die deutsche Wehrmacht zu stellen seien.

Diese Bestimmung brachte die Wehrmachtteile teilweise in eine schwierige Lage, da die Oberste Führung auch die Produktion für den deutschen Bedarf gesteigert

A 005286

H2296-0299

und pünktlich ausgeliefert haben wollte.

Am 14.8. wurde dem Chef Wi Rü Amt bei einem Vortrag bei Reichsmarschall G ö r i n g allerdings bekanntgegeben, dass der Führer nur pünktliche Belieferung der Russen bis zum Frühjahr 1941 wünsche. Später hätten wir an einer vollen Befriedigung der russischen Wünsche kein Interesse mehr. Diese Andeutung nahm der Chef Wi Rü Amt zum Anlass, die Bearbeitung der wehrwirtschaftlichen Lage Russlands stärker in den Vordergrund zu stellen.

Ende Oktober 1940 nahm Reichsmarschall G ö r i n g nochmals Veranlassung, auf die schnellere und planmäßigere Belieferung der Russen zu drücken (Aktennotiz vom 5.10. s. Anl. XX,23).

Später trat die Dringlichkeit der russischen Belieferungen in den Hintergrund, weil bereits die Vorbereitungen für den Ostfeldzug im Gange waren.

Die Russen haben ihre Lieferungen bis zum Angriffsbeginn planmässig durchgeführt, ja sogar in den letzten Tagen noch Kautschuktransporte aus dem Fernen Osten mit Eil-Transitzügen zur Durchführung gebracht.

Die Lieferungen an Finnland waren bis zum Sommer 1940 nach Weisung des Reichsmarschalls G ö r i n g geheim und getarnt erfolgt. Am 14.8. erfolgte Weisung (s. Aktennotiz über Besprechung beim Reichsmarschall vom 14.8., Anl. XX,24), dass der Führer schnelle und starke Belieferung Finnlands wünsche. Oberstlt. V e l t j e n s wurde vom Reichsmarschall zum Marschall M a n n e r h e i m gesandt, um die Wünsche der Finnen zu erfahren.

A 005287

H2296-0300

Hieraus ergab sich dann das laufende Kriegsgerätegeschäft, das seitens Finnlands vom Generalmajor G r a n d e l l, seitens Deutschlands vom Wi Rü Amt gesteuert wurde. Auf Befehl des Reichsmarschalls sollte das gesamte Geschäft über die Firma V e l t j e n s geleitet werden. Die Lieferungen nahmen im Verlauf des Krieges immer grösseren Umfang an, vor allem,nachdem Deutschland und Finnland gemeinsam den Kampf gegen den Bolschewismus aufnahmen.

Die Kriegsgerätegeschäfte mit Rumänien, die sich zunächst aus dem mit Rumänien abgeschlossenen Ölpakt entwickelten, nach dem ein Teil des von Rumänien gelieferten Öls mit Kriegsgerät bezahlt werden sollte, entwickelten sich im Jahre 1940 zu grösserer Planmässigkeit. Während es sich zunächst darum handelte, die von der deutschen Industrie abgeschlossenen Aufträge zur Durchführung zu bringen (in Sonderheit Pak-Lieferungen), wurde 1940 auf Grund der deutsch-rumänischen Annäherung daran gegangen, an Rumänien die Masse der Polenbeute zu verkaufen und Rumänien auch in der Motorisierung einzelner Verbände zu unterstützen. Die Verhandlungen führten auf rumänischer Seite General R o z i n , auf deutscher Seite Chef Wi Rü Amt. Sie führten zu dem Erfolge, dass durch die Lieferungen grosse Mengen Treibstoffe bezahlt werden konnten und dass Deutschland auf die rumänischen Verhältnisse immer mehr Einfluss erlangte. Die Verkäufe und Lieferungen verstärkten sich im Jahre 1941 nach Eintritt Rumäniens in den Krieg erheblich.

Auch das italienische Waffengeschäft basierte zunächst auf dem Verkauf der polnisch-französischen Kriegs-

A-035288

H2296-0301

beute an Italien. Die ersten Verhandlungen wurden geführt mit einer um die Jahreswende 1939/40 in Berlin anwesenden italienischen Kommission. Die Verhandlungen wurden von italienischer Seite sehr schleppend behandelt, da Italien möglichst modernes Gerät forderte und wenig dafür zahlen wollte. Erst nach den Mißerfolgen der Italiener in Albanien wurde das Geschäft von italienischer Seite intensiviert und wuchs sich im Jahre 1941 zu grösserem Ausmaß aus. Vor allem lagen nunmehr die italienischen Wünsche auf dem Rohstoff- und Treibstoffgebiet und wurden nun von dem italienischen General F a v a g r o s s a vertreten. Näheres siehe 1941.

Auch das Kriegsgerätegeschäft mit Portugal nahm aus politischen und wirtschaftlichen Gründen 1940 einen grösseren Umfang an.

Ebenso wurde auf Weisung des Führers im Herbst 1940 das Kriegsgerätegeschäft mit Bulgarien erheblich gefördert durch Lieferung der bulgarischen Wünsche an Munition, Seeminen und einigen Küstengeschützen.

*035289

H2296-0302

C. Rüstungswirtschaft

1.) Die Programmgestaltung.

Auf dem Rüstungsgebiet stand in den ersten Monaten des Jahres das Munitionsprogramm im Vordergrund. Das Heereswaffenamt hatte festgestellt, dass das vom Führer am 17.12. aufgestellte bezw. genehmigte Programm (s. Anl. XX,25) nicht durchführbar war, weil die chemische Erfüllbarkeit weit unter den Forderungen und nicht im Rahmen des Pulver- und Sprengstoffplanes lag. Um eine möglichst hohe Erfüllung dieses Führerprogramms zu erreichen, hatte das Waffenamt bestimmte Forderungen gestellt, die im Rahmen der anderen Rüstungsprogramme aber nicht erfüllbar waren. Infolgedessen erging am 19.1. eine Weisung des OKW über die Steigerung der Munitionsfertigung (s.Anl. XX,26), die unter Beibehaltung des Endzieles der Führerforderung ein erstes Teilziel für die Fertigung der wichtigsten Kaliber des Heeres festlegte und die Maßnahmen traf zur weitestgehenden Erfüllung der Forderungen des Heereswaffenamtes.

Im Verlauf der weiteren Monate wurde sowohl vom Führer wie vom Führungsstab erkannt, dass das Munitionsprogramm in dieser Höhe nicht durchführbar sei, wenn man die anderen Rüstungsprogramme dadurch nicht erheblich schädigen wollte. Weder Rohstoffe, noch Arbeitskräfte, noch Maschinen waren in dem notwendigen Umfange heranzubringen, sofern nicht die anderen Rüstungsgebiete erheblichen Schaden erleiden sollten. Infolgedessen fällte der Führer Anfang April einen neuen Entscheid über die

A 005290

H2296-0303

Munitionsfertigung, der als sogenannter Führerentscheid festgelegt wurde. Die Zahlen des neuen Führerentscheides wurden dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition übermittelt, der damit die Verantwortung für die Munitionsherstellung voll übernahm.(Näheres s. Anl. XX,27).

Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition beschritt zur Durchführung seiner Aufgabe einen neuen Weg, indem er den Leiter der Reichsgruppe Industrie, Generaldirektor Z a n g e n, beauftragte, innerhalb der Munition erzeugenden Betriebe Arbeitsgemeinschaften zu bilden und diesen in Selbstverantwortung den wirtschaftlichen Ablauf des gesamten Munitionsfertigungsprogramms zu übertragen (Verfügung s. Anl.XX,28). Die Rü In wurden angewiesen, die Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaften in jeder Weise zu unterstützen. Eine Unterstellung der Vorsitzer der Arbeitsgemeinschaften unter die Rü In erfolgte bei der Selbstverantwortung der Arbeitsgemeinschaften selbstverständlich nicht.

Bis zum Westfeldzug blieb die Munitionsfertigung an der Spitze aller Rüstungsmaßnahmen und erst als der Westfeldzug einen erheblich geringeren Verbrauch als erwartet erbrachte, klang das besondere Interesse der Obersten Führung an dem Munitionsprogramm allmählich ab.

Die zu Beginn des Krieges gegebenen Weisungen für die Steuerung der Rüstungsprogramme blieben bis zur Beendigung des Westfeldzuges im Grossen in Kraft. Da der Anlauf der Programme sich mit jedem Monat stärker bemerkbar machte und da laufend neue Wünsche der Obersten Führung hinzutraten, stiessen sich die Programme der WT und der

A 085291

H2296-0304

übrigen Bedarfsträger von Monat zu Monat stärker. Es war daher in der Hauptsache Aufgabe des OKW, diese Reibungen zwischen den WT und den anderen Bedarfsträgern auszugleichen.

Weiterhin blieb das Wi Rü Amt immer mehr bemüht, die laxe Auffassung des Reichswirtschaftsministers über die Notwendigkeit der stärkeren Industrieumstellung zu brechen und erwirkte dafür verschiedene Befehle des Generalfeldmarschall G ö r i n g (s. Anl. XX,29). Ebenso wurde der Rm.f.B.u.Mun. dafür interessiert, die Bestrebungen des Wi Rü Amtes auf Beschränkung der Programme auf das Durchführbare und auf Schaffung einer Dringlichkeit zu unterstützen. Erschwert wurde auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit mit dem Rm.f. B.u.Mun. besonders dadurch, dass dieser sein Interesse nur auf die speziellen Führerwünsche richtete und für die übrigen Programme nur wenig Interesse zeigte, während es dem OKW darauf ankommen musste, die gesamte Rüstung vorwärts zu treiben.

Bereits vor Abschluss des Westfeldzuges entschloss sich die Oberste Führung, das bei Beginn des Krieges festgelegte Rüstungsprogramm der Wehrmacht umzustellen.

Der Chef Wi Rü Amt wurde am 7.6. von Generaloberst K e i t e l wie folgt orientiert:

"Führer glaubt an baldigen Zusammenbruch Frankreichs. Schnellste Umsteuerung der Rüstung auf Kampf gegen England. Anscheinend ist nach Zusammenbruch Frankreichs mit Angebot an England zu rechnen. Heer soll nur 120 Divisionen behalten. Grosse Vermehrung

A 003292

H2296-0305

der Panzerwaffe. Grösste Vermehrung der Luft- und U-Boot-Rüstung, dazu Wegnahme von 30 000 t Stahl vom Heer und 13 000 t aus dem Pulver- und Sprengstoffplan.

Unterstützung der Heimat in grossem Umfange, und zwar durch

1.) Verlängerung des Stillhalteabkommens
2.) Entgegenkommen auf dem Uk-Gebiet der Wirtschaft gegenüber.

Der Entschluss des Führers fand Ausdruck in den am 9.7.40 erlassenen Weisungen über die Umsteuerung der Rüstung (s.Anl. XX,30). Diese Umsteuerung hatte folgende Zielsetzung:

a) Volle Durchführung des erhöhten Luftrüstungsprogrammes,
b) Fortführung der befohlenen Kriegsmarinerüstung,
c) Fortführung der Rüstung des Kriegsheeres auf Grund der Kriegserfahrungen unter besonderer Berücksichtigung der Panzerwagenfertigung.

Das neue Rüstungsprogramm stand unter dem Zeichen des Krieges gegen England und bevorzugte die Luft- und Marinerüstung. Das Kriegsheer sollte auf 161 Divisionen, darunter 10 Mot- und 20 Panzer-Divisionen herabgesetzt werden, während bei der Kriegsmarine sowohl das U-Boot-Programm wie die Fertigstellung der grossen Kriegsschiffe fortgesetzt und bei der Luftwaffe das erhöhte Luftwaffenbeschaffungsprogramm Nr. 18 durchgeführt werden sollte. Die Verfügung spricht sich klar darüber aus, dass diese Zielsetzung nur erfüllt werden kann, wenn beim Heer starke

AC 35293

H2296-0306

Einschränkungen in der Munitions- und Waffenfertigung vorgenommen und einschneidende Maßnahmen getroffen werden, um die fehlenden Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Auch die Pulver- und Sprengstoffertigung sollte auf das unbedingt notwendige Maß zurückgeführt werden. Dem Heer wurden auf Grund dieser Maßnahme 130 000 t Moto Stahl entzogen, die den beiden anderen WT zur Durchführung ihrer Aufgaben zugewiesen wurden.

Dem Vierjahresplan, Reichswirtschaftsministerium, Reichsarbeitsministerium und Reichsverkehrsministerium wurden diese Maßnahmen für die Umsteuerung mitgeteilt mit der Aufforderung, ihrerseits alle Maßnahmen zu treffen, um die schnelle Umsteuerung der Rüstung zu gewährleisten.

Am 18.7. wurde durch den Vorsitzenden des Reichsverteidigungsrates eine eingehende Weisung herausgegeben, die die Dringlichkeit der Fertigungsprogramme auf Grund der neuen Umsteuerung regelte (s. Anl. XX,31). Diese Regelung hatte keinen langen Bestand. Bereits am 2.8. wurde dem Chef Wi Rü Amt mitgeteilt, dass der Führer die Gesamtsituation anders ansehe als beim Abschluss des Westfeldzuges und dass man sich für das Jahr 1941 für jede möglich werdende politische Situation vorbereiten müsse.

Die bereits eingeleitete Verminderung der Heeresrüstung wurde wieder aufgehoben und dem Heer mitgeteilt, dass es sich für 1941 auf eine Erhöhung des Heeres auf mindestens 180 Divisionen einzurichten habe und dass das Heer in seiner Fertigung auf dem erhöhten Fertigungsstand bleiben müsse.

Ende Juli erfolgte eine Führerweisung, dass die Landung in England (Seelöwe) beschleunigt vorzubereiten

AC33294

H2296-0307

sei (s. Anl. XX,32). Am 15.8. besprach Chef Wi Rü Amt die Frage der auf Grund der neuen Führerweisung notwendigen Umsteuerung mit den betreffenden Amtschefs der drei WT (s. Aktennotiz, Anl. XX,33).

Am 20.8. erfolgte eine Führerweisung (s. Anl. XX,34), welche anordnete:

1.) Die Vorbereitungen für die Landung in England (Unternehmen"Seelöwe") stehen an erster Stelle aller Maßnahmen;

2.) bestimmte Vorhaben der Kriegsmarine, des Heeres und der Luftwaffe werden als Sonderstufe vor die am 18.7.1940 festgelegten Dringlichkeitsklassen gestellt.

Damit war die Rüstung erneut vor eine neue Lage gestellt, die sich aus der Erkenntnis ergeben hatte, dass

1.) mit dem Zusammenbruch Englands im Jahre 1940 unter Umständen nicht mehr zu rechnen ist;

2.) im Jahre 1941 ein Eingreifen Amerikas in Frage kommen kann und

3.) das Verhältnis zu Russland im Jahre 1941 eine Änderung erfahren kann.

Auf Grund der Entwicklung der militärpolitischen Lage erfolgte am 20.9.1940 eine erneute Regelung der Dringlichkeit der Fertigungsprogramme, durch die beim Heer in Sonderheit die Kampfwagenfertigung, die Panzerabwehr und bestimmte chemische Fertigungen, bei der Kriegsmarine der U-Boot-Plan, bei der Luftwaffe alle Typen zur Bekämpfung Englands in den Vordergrund gestellt wurden.

Das am 20.8. durch Führerweisung befohlene und am 20.9. durch Regelung der Dringlichkeit festgelegte Fertigungsprogramm wurde am 27.9. erneut erhöht und insofern abgeändert, als die Fertigungen, die unter dem Stichwort

AO35295

H2296-0308

"Achse" liefen (Kampf in Afrika), vor alle anderen Fertigungen, auch die der Sonderstufe, gestellt wurden.

Da sowohl das Heer und Minister T o d t mit Hochdruck das Panzer- und Achse-Programm betrieben, die Marine ihre "Seelöwe"-Maßnahmen stärker gefördert sehen wollte und die Luftrüstung auch immer stärker gefördert wurde, wies der Chef Wi Rü Amt in einer Amtschefsitzung bei Generalfeldmarschall K e i t e l auf die Schwierigkeit hin, bei der schlechten Arbeitseinsatzlage alles auf einmal vorwärtstreiben zu können. Er forderte nochmals eine Klärung der Führung, was nun wirklich am wichtigsten sei. Darauf erfolgte die in der Anlage XX,35 beigefügte Stellungnahme des WFSt vom 3.12.40.

Diese Stellungnahme war für die weiteren Maßnahmen von Bedeutung, als

1.) nicht mehr von der Landung in England, sondern nur von der Belagerung Englands gesprochen wird,

2.) erstmalig die Luftverteidigung der Heimat in den Vordergrund gerückt wird und

3.) der bevorstehende Großfeldzug (Russland) erstmalig erwähnt und seine Verschiebung auf spätere Zeit als möglich bezeichnet wird.

Kurz vorher - am 6.11.1940 - hatte Reichsmarschall G ö r i n g erstmalig sich dahin geäussert, dass man sich auf lange Kriegsdauer einstellen müsse und demgemäss die Rohstoffplanungen weitsichtig vorzunehmen seien (s. Aktennotiz über Vortrag in Beauvais am 6.11.40, Anl. XX,36).

Anfang Dezember erging dann die Weisung, dass vorläufig mit der Landung in England nicht mehr zu rechnen sei und daß die "Seelöwe"-Vorbereitungen nur noch abzuschliessen seien.

A 085296

H2296-0309

2. Arbeitseinsatz.

Die Durchführung der Rüstungsprogramme wurde im Jahre 1940 in erster Linie durch die Arbeitseinsatzlage beeinträchtigt. Es bedurfte mehrfach des Eingreifens des Führers, um die Widerstände, die die geteilte Mobilmachung und die falsche Propaganda in der Bevölkerung und bei den Zivilbehörden erzeugt hatten, zu brechen. Immer wieder, zunächst nach dem Polenkrieg, dann verstärkt nach der Norwegen-Aktion und besonders nach dem Westfeldzug traf die Wehrwirtschaftsorganisation bei ihren Bemühungen um eine schnelle Stillegung aller kriegsunwichtigen Fertigungen auf eine geschlossene Abwehrfront, die das Ende des Krieges vor der Tür sah und allen durchgreifenden Maßnahmen Widerstand entgegensetzte.

Selbst im Juli 1940 erklärte der Reichswirtschaftsminister, dass nach dem Westfeldzug die Verbrauchsgüterindustrie und sonstige kriegsunwichtige Industrien wieder anlaufen müssten, da der Führer mit baldigem Kriegsende rechnete. Es wurde sogar erforderlich, dass Reichsmarschall G ö r i n g am 22.Juli gegen diese Auffassung eine scharfe Weisung an den Reichswirtschaftsminister erliess.

Wenn später das Nichteinrichten 2. oder 3. Schichten in wichtigen Betrieben und der sich immer stärker zeigende Mangel an Arbeitskräften bemängelt wurde, so muss man sich diese Einstellung der Masse des deutschen Volkes immer wieder vor Augen halten. Diese innere Einstellung zum Kriege ist der Hauptgrund dafür, dass im Jahre 1941

A 035297

H2296-0310

die Rüstung unter dem grossen Mangel an Arbeitskräften litt. Dazu kam die Einstellung der Oberkommandos der 3 WT, die ihren Menschenbedarf in erster Linie immer für die Front forderten und bis zum Ende des Jahres 1940 für die Rüstung weniger Interesse aufbrachten.

Nachstehend sind die Hauptmaßnahmen dargelegt, die zur Besserung der Arbeitseinsatzlage getroffen wurden:

Die brennendste Frage war die der Freimachung von Facharbeitern. Ihr galt der Führerbefehl +) OKW/WFA Abtlg. L II Nr. 22 005/40 gK Chefsache vom 17.1.1940. Danach sind die dringend benötigten Facharbeiter sofort zur Verfügung zu stellen, auch wenn dadurch eine vorübergehende Schwächung der Verbände eintritt. Diese bevorzugte Freigabe von Facharbeitern im FM-Verfahren war in dem schon genannten Befehl Nr. 2880/39 geh. vom 27.9. 1939 in Anlage 6 angeordnet worden, der aber seinen Zweck bisher nicht erreicht hatte. Er wurde nunmehr auf Veranlassung von Chef Wi Rü Amt durch OKW/AHA Ag/E (V b) Nr. 100/40 g vom 20.1.1940, unter Aufhebung der erlassenen Sperrverfügungen und durch Terminsetzung verschärft, mit Fernschreiben allen WT in Erinnerung gebracht. Die Wichtigkeit dieser Maßnahme wurde noch unterstrichen durch den Befehl OKW Az. 1 k 35 AHA/Ag/ E(Vb) Nr. 50/40 g.Kdos. vom 12.2.1940, wonach der FM-Stempel nur für das U-, Ju- und Mun-Programm in Anwendung kommen durfte. Trotzdem ging die Herauslösung dieser Kräfte aus der Truppe nur langsam vor sich.

+) Anm.: Die betreffenden Verfügungen befinden sich als Anlagen in der Sonderbearbeitung des Hptm. T r a h n-dorf (siehe Vorwort).

A 035298

H2296-0311

Mit Beginn des Westfeldzuges kam die FM-Aktion zum Stillstand. Insgesamt sind rd. 236 000 FM-Anträge gestellt worden, bis zum 15.5.1940 wurden der Rüstungsindustrie erst 84 040 Facharbeiter wieder zugeführt. Schliesslich mussten die Rüstungsinspekteure in Sonderlehrgängen für Frontoffiziere über die Notwendigkeit der Durchführung des FM-Verfahrens Vorträge halten. Mit OKW Az. 1 k 35 AHA/Az/E (V a) Nr. 2610/40 vom 25.7. 1940 wurden die Vorschriften des FM-Verfahrens neu gefasst, unter Ausdehnung seines Anwendungsbereichs auf weitere Schwerpunktvorhaben. Diese Erweiterung wurde dann später durch OKW Az 1 k 35 AHA/ Ag/E (V) Nr.3350/40 geh. vom 8.11.1940 beschränkt auf Vorhaben in der Sonderstufe, der Dringlichkeitsstufe Ia, der Dringlichkeitsstufe I b und im Bergbau.

Leider liess nicht nur die erhoffte Hauptwirkung dieser Aktion sehr zu wünschen übrig, sondern es zeigte sich bald eine recht unerfreuliche Nebenwirkung. Die WE-Dienststellen und die Truppe erblickten in der Beschränkung der FM-Regelung auf die Facharbeiter eine Aussonderung der für die Wirtschaft wichtigsten Kräfte aus dem allgemeinen UK-Stellungsverfahren, und so erfuhren die übrigen laufenden UK-Anträge eine ganz nebensächliche Behandlung. Insbesondere traten häufig Verwechslungen ein mit dem UK-Stellungsverfahren auf Grund der Listen der Mangelberufe. Ferner war durch kurzfristige Aufkündigungen von Uk-Stellungen und durch plötzliche Einberufungen von Ungedienten und Kurzausgebildeten, die ursprünglich der Wirtschaft belassen werden soll-

A 035299

H2296-0312

ten und für die daher keine UK-Anträge gestellt waren, eine erhebliche Beunruhigung in die Rüstungsindustrie gekommen. Zahlreiche Verfügungen suchen die Mißverständnisse zu klären und die vielen Sonderwünsche der WT und der verschiedenen Wirtschaftszweige zu erfüllen. Es waren ihrer so viele, dass sich bald niemand mehr hindurch fand, am wenigsten die Bearbeiter in den Betrieben, die die Anträge zu stellen hatten. Bereits am 25.7.1940 waren unter Az 1 k 35 AHA/ Ag/E (V a) Nr. 2370/40 g. Richtlinien für die UK-Stellung gegeben worden, aber erst am 11.11.1940 - über ein Jahr nach Kriegsbeginn - erschien die D 3/14 "Bestimmungen für Unabkömmlichstellung bei besonderem Einsatz" - die Dienstvorschrift über die Durchführung der Unabkömmlichstellung.

Um den Betrieben, die mit der Ausführung besonders vordringlicher Rüstungsvorhaben betraut waren, in personeller Beziehung eine gewisse Ruhezeit zu verschaffen, war zwischen dem Rm.f.B.u.Mun. und dem Allgemeinen Heeresamt für die vordringlichsten Vorhaben am 19.4.1940 ein sogenanntes "Stillhalteabkommen" abgeschlossen worden - OKW Nr. 654/40 g AHA/ Ag/E (V b) - . Vorläufig bis zum 30.6.1940 wurden aus den in Betracht kommenden Betrieben alle Angehörigen des Jahrganges 1909 und älter und die Uk-Gestellten des Jahrganges 1910 und jünger nicht zur Wehrmacht einberufen. Hierzu rechneten alle Facharbeiter, alle in der Fertigung eingesetzten ungelernten Arbeiter sowie auch die Beamten und Angestellten. Allerdings durfte nicht übersehen werden, dass nach Ablauf des Stillhaltetermins infolge des starken Ersatz-

A 085300

H2296-0313

bedarfs der Truppe sich voraussichtlich die Einziehungen zum Wehrdienst aus den Rüstungsbetrieben in empfindlicher Weise häufen würden. Das Stillhalteabkommen wurde verlängert, zunächst bis zum 31.7., dann bis zum 30.9. und schliesslich bis zum 31.12.1940.

In der günstigen militärischen Lage nach Abschluß des Westfeldzuges hoffte man, als neues Mittel zur Befriedigung des Kräftebedarfs der Rüstungsindustrie eine großzügig geplante Entlassungs- und Beurlaubungsaktion durchführen zu können. Die im Juli begonnene "Umsteuerung der Rüstung", die ja nicht nur eine Verlagerung auf andere Schwerpunkte, sondern auch eine Erhöhung der Zahlen des Fertigungsausstosses brachte, hätte wohl mit Hilfe dieser Maßnahmen zunächst den Kräftebedarf decken können, zumal durch die im Rahmen der Richtlinien des Rm f.B.u.Mun. vom 4.7.1940 zu erfolgende Drosselung des Munitionsprogramms ebenfalls Kräfte verfügbar wurden. Leider erwiesen sich aber diese Hoffnungen sehr bald als trügerisch, denn der vom Führer befohlene Heeresausbau verlangte die sofortige Einberufung von 400 000 Mann und bis zum Februar 1941 noch weitere 500 000 Mann. Zugleich war aber auch eine erhebliche "Steigerung der Rüstung" befohlen, so dass Heeresausbau und Rüstungssteigerung einen zusätzlichen Menschenbedarf von 1,5 Mill. erforderten. Die Urlaubsaktion, die sich kaum hatte auswirken können, musste unter diesen veränderten Verhältnissen abgebrochen werden. Bald zeigte sich allerorts in der Rüstungsindustrie ein solcher Mangel an Arbeitskräften, dass an eine Erfüllung der gestellten Forderun-

A 085301

H2296-0314

gen nicht zu denken war. Als einziges Mittel, die Durchführung wenigstens der wichtigsten Programme zu ermöglichen, blieben der militärischen Führung: ein Zurückschrauben ihrer Forderungen und eine Konzentrierung der Kräfte auf einzelne, besonders dringliche Fertigungen. Das letztere Mittel wurde gewählt, es kam zur Festsetzung neuer Dringlichkeitsstufen; es war eine Kette ohne Ende. Die Fertigungen, die von dem Abzug der Kräfte betroffen wurden, kamen meist bald selbst in die Lage, dass sie zum Engpass wurden und in eine Dringlichkeitsstufe gesetzt werden mussten.

Die Regelung des Arbeitseinsatzes durfte sich aber nicht nur auf die Forderungen des Rüstungssektors beschränken, sondern sie musste auch auf die Bedürfnisse der lebens- und kriegswichtigen Betriebe - einschliesslich der Produktion für den Export - Rücksicht nehmen. Da im zivilen Sektor der Wirtschaft die in den Mobplänen vorgesehene und durch die Weisungen des RVR gebotene Umstellung auf die wirklich im Kriege noch notwendige Produktion nicht in dem erforderlichen Maße erfolgt war, sah sich GFM G ö r i n g schon am 3.2.1940 veranlasst, den Reichswirtschaftsminister auf diesen Mangel hinzuweisen und am 23.2.1940 Dr. T o d t als "Generalinspekteur für Sonderaufgaben" einzusetzen, zu dessen Aufgaben es gehörte, Feststellungen und Meldung über Schwierigkeiten beim Arbeitseinsatz zu machen und über Verstösse gegen Vorschriften zu dessen Regelung. Der Rw.Min. hatte zwar in seinem Runderlass vom 21.2.1940 den Bezirkswirtschaftsämtern ausführliche Weisung über die Stillegung von Betrieben

A 0853-92

H2296-0315

erteilt, aber die Durchführung brachte kein befriedigendes Ergebnis; sie wurde vor allem durch ein viel zu umständliches Verfahren so in die Länge gezogen, dass Wochen und Monate verlorengingen, ehe es zur wirklichen Stillegung solcher kriegsunwichtigen Betriebe kam und die freigemachten Kräfte den Arbeitsämtern zur Verfügung gestellt wurden.

Inzwischen war durch Führererlass vom 17.3.1940 Dr. T o d t zum Rm.f.B.u.Mun. mit besonderen Vollmachten ernannt worden. Auf Grund dieser Ernennung ordnete er zur Behebung der Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz sofort die Bildung von Kommissionen an, die die Kriegswichtigkeit der Betriebe bezw. die Notwendigkeit der bei diesen beschäftigten Arbeitskräfte nachprüfen sollten. Diese sogenannten "Auskämm-Kommissionen" setzten sich zusammen aus Offizieren der Rü-Dienststellen und Beamten der Arbeitsämter. Beide Dienststellen hatten vorher von sich aus im Rahmen ihrer Machtbereiche in ähnlichen Kommissionen derartige Prüfungen vorgenommen. Jezt konnten diese Auskämmungen systematisch durchgeführt werden und zeitigten ein besseres Resultat als die Stillegungsaktion des Rwi.Min., die dadurch fast völlig abgelöst wurde.

Zu Anfang des Jahres 1940 hatte noch ein anderer Faktor des Arbeitseinsatzes eine grosse Enttäuschung bereitet: der Fraueneinsatz. Hatte er zwar bei Kriegsbeginn infolge der Propaganda von Presse und Rundfunk einen guten Anlauf genommen, so zeigte sich doch bald ein rapider Rückgang, so dass bis Ende März 1940 rd. 500 000 Frauen weniger in der deutschen Wirtschaft beschäftigt

A 085303

H2296-0316

waren als bei Kriegsbeginn. Die Gründe waren verschiedener Art und können hier nicht näher ausgeführt werden, der stärkste war zweifellos die Höhe der Familienunterstützung. Der ebenfalls im Frühjahr 1940 einsetzende Arbeitsdienst für die weibliche Jugend trug sein Teil dazu bei, weitere Kräfte zu binden, die sonst der Wirtschaft zugeflossen wären. Der Versuch, den weiblichen Arbeitsdienst den Bedürfnissen der Rüstung anzupassen und evtl. geschlossen einzusetzen, hatte keinen Erfolg.

Von der Möglichkeit der Anwendung der Dienstverpflichtung wurde nur zögernd Gebrauch gemacht. Trotzdem gelang es aber mit geschickter Werbung und sanftem moralischem Druck allmählich wieder mehr Frauen zum Einsatz zu bringen. Ende des Sommers 1940 war der Verlust nicht nur nicht ausgeglichen, sondern es waren bereits fast 300 000 Frauen mehr in der Wirtschaft beschäftigt als vor dem Kriege.

Nach dem glücklichen Ausgang der bisherigen Feldzüge lag es nahe, Ausländer aus den besetzten Gebieten, evtl. auch Kriegsgefangene, in den Arbeitsprozess der Rüstungsindustrie einzuspannen. Aus Gründen der Abwehr wurde anfänglich davon Abstand genommen, aber nach einem befriedigend verlaufenen Versuch mit belgischen Arbeitern wurde auch diese Maßnahme systematisch ausgebaut. Sie konnte sich allerdings, ebenso wie die Verlagerung der Betriebe in Gebiete brachliegender Menschenkräfte, nicht so schnell auswirken, da ihre Vorbereitungen und ihre Durchführung längere Zeit erforderten. Für die Bereitstellung von Kräften für die befohlene Steigerung

A 085304

H2296-0317

der Rüstungsproduktion im Jahre 1940 kamen sie also nicht mehr in Frage.

Nach Unterbringung der Aufträge zu diesem Programm stellte sich heraus, dass zu seiner Durchführung der Rüstungsindustrie noch rd. 300 000 Arbeitskräfte fehlten - davon fast die Hälfte Facharbeiter. Es stand auch zu erwarten, dass diese Zahl auf Grund der neuesten Führerforderungen sehr bald stark anwachsen würde. Da alle bisher genannten Maßnahmen erschöpft waren und den Arbeitsämtern keine neuen Kräfte zur Verteilung zuführen konnten, entschloss sich der Führer mit dem Befehl vom 28.9. 1940, durch die Arbeitsurlaubsaktion "Rü 40" 300 000 Mann aus der aktiven Wehrmacht bis zum 31.3.1941 freizugeben. Doch auch diese Maßnahme erfüllte noch nicht die in sie gesetzten Hoffnungen. Bis Mitte November 1940 waren statt 300 000 Mann erst 98 000 in den Betrieben eingetroffen. Nunmehr erfolgte Ende 1940 der Führerbefehl vom 28.12. 1940, der durch folgende Anordnungen die erforderlichen Kräfte für die Durchführung der Steigerung der Rüstungsproduktion sicherstellen sollte:

1.) Die wichtigsten Fertigungsstätten der WT, voran die Werften und Luftwaffenbetriebe, sind vorläufig bis zum 30.6.1941 als Spezialbetriebe von jeglichem Entzug von Arbeitskräften auszunehmen, mit Ausnahme der Arbeitsurlauber. Für diese gilt, dass sie bis zum 31.1.1941 auf ihren Arbeitsplätzen zu belassen sind.

2.) Die in Rüstungsbetriebe und Bergbau beurlaubten Arbeitskräfte der Urlaubsdivisionen verbleiben dort in vollem Umfang bis zum 1.5.1941.

A 055305

H2296-0318

3.)Produktionsmittel 1940.

Ein zweiter Grund für den langsamen Anlauf der Rüstungsprogramme in den ersten Kriegsmonaten war die mangelhafte Ausstattung der Betriebe mit Produktionsmitteln und die langsame Freimachung von entsprechenden Maschinen durch den GBW aus den Nichtrüstungsbetrieben. Wenn auch die deutschen Industriebetriebe eine verhältnismässig gute Ausstattung an Werkzeugmaschinen hatten, so waren es doch nur wenige Betriebe, die für die Massenherstellung von Kriegsgerät mit hochwertigen Hochleistungsmaschinen ausgestattet waren. Während der Aufrüstungszeit hatten sich in der Hauptsache nur diejenigen Betriebe einen entsprechend modernen Maschinenpark angeschafft, die entsprechende Wehrmachtsaufträge hatten. So kam es, dass schon kurz vor dem Kriege, ganz besonders aber in den ersten Kriegsmonaten, ein erheblicher Bedarf an Produktionsmitteln entstand, der von der deutschen Werkzeugmaschinen-Industrie in keiner Weise gedeckt werden konnte. Bei einer planmässigen Tiefenrüstung wäre es eine der ersten Aufgaben gewesen, die Werkzeugmaschinen-Industrie erheblich zu erweitern, wie es z.B. in Amerika geschehen ist. Diese Maßnahme wurde in Deutschland nicht getroffen. Im Gegenteil wurde zu Beginn des Krieges der Werkzeugmaschinen-Industrie noch eine erhebliche Menge von Arbeitern entzogen, weil die Betriebe durch den GBW nicht ordnungsmäßig gesichert waren und sich die geteilte Mobilmachung auch hier störend auswirkte. Auch während des Jahres 1940

A035306

H2296-0319

hatte es schwere Kämpfe gekostet, der Werkzeugmaschinen-Industrie die Arbeitskräfte zu verschaffen, um wenigstens in einer Schicht voll zu laufen. Um dieses Ziel zu erreichen, musste selbst Reichsmarschall G ö r i n g eingespannt werden, wie es die Anlage XX,37 ergibt. Ähnliche Verhältnisse lagen in der Fertigung von Lehren und Werkzeugen.

Die Programmgestaltung der deutschen Werkzeugmaschinen- und Lehren-Industrie wurde ausserdem noch dadurch erheblich gestört, dass sowohl die WT wie die Rüstungsfabriken unter dem Druck der ihnen auferlegten Programme unüberprüft Riesenaufträge an die Werkzeugmaschinen-Industrie erteilten, die diese Industrie für viele Jahre beschäftigt hätten. Dazu kam, dass in den Bestellungen dauernd Abänderungen vorgenommen wurden, weil der Wechsel der Rüstungsprogramme eine Änderung der Bestellung verlangte. Durch alle diese Maßnahmen war eine erhebliche Verstopfung in der Auslieferung von Werkzeugmaschinen eingetreten, so dass das Wi Rü Amt zusammen mit dem Beauftragten für die Maschinenindustrie, Generaldirektor Dr. L a n g e , erst darangehen mussten, einen übersichtlichen und stetigen Fertigungsplan in der Werkzeugmaschinen- und Lehrenindustrie festzulegen. Es wurden halbjährige Auslieferungspläne aufgestellt und die Maschinenarten wurden der Dringlichkeit nach geordnet. Alle übrigen Produktionen von Maschinen wurden stillgelegt und so allmählich die Produktion auf Kriegsgeräte-Spezialmaschinen umgestellt. Es war eine Riesenarbeitsleistung, diese Ordnung allmählich in die Bestellungen der WT und in die Fa-

A 035307

H2296-0320

brikationsprogramme der Firmen hineinzubringen.

Trotzdem war es nicht möglich, den Bedarf an Produktionsmitteln für die WT und die anderen Bedarfsträger zu decken. Es wurde daher besonderer Wert auf die Durchführung des Maschinenausgleichs von gebrauchten Maschinen gelegt und die Rü In auf dieses Arbeitsgebiet besonders eingestellt. Aber auch hier waren die Ergebnisse unbefriedigend, weil die Stillegung der kriegsunwichtigen Betriebe durch das RwiM nicht so erfolgte, wie es die Wehrmacht forderte, sondern in vielen Betrieben die alte Friedensproduktion in der Hoffnung auf das baldige Kriegsende beibehalten wurde.

Die Bezirkswirtschaftsämter waren bei dieser Arbeit nicht fördernd, sondern hemmend, und es bedurfte oft radikaler Maßnahmen, um die Maschinen für die Rüstungsfertigung freizubekommen.

Auf dem Altmaschinenmarkt traten erhebliche Preissteigerungen auf, so dass es erforderlich wurde, hier scharfe Anordnungen zu erteilen über Höchstpreise für fabrikneue und gebrauchte Werkzeugmaschinen. Bis zum Frühjahr 1940 wurden etwa 4 000 Stück nach Deutschland zurückgeführt. Daneben wurden die polnischen Werkzeugmaschinenfabriken, die z.T. modern mit amerikanischen Maschinen eingerichtet waren, wieder in Gang gesetzt und deutschen Werkzeugmaschinenfirmen zur Betreuung überwiesen. Gleiches erfolgte im Protektorat Böhmen und Mähren.

Nach der Durchführung des Westfeldzuges wurde sehr schnell darangegangen, auch die Werkzeugmaschinenfabriken Frankreichs, Belgiens und Hollands für unsere Aufga-

A 085308

H2296-0321

ben einzuspannen. Näheres über die Ausnutzung dieser Länder für die Fertigung von Produktionsmitteln ergeben die Sonderbearbeitung Polen und des Wehrwirtschaftsstabes Frankreich.

Daneben wurde der Bezug von Werkzeugmaschinen aus dem Auslande - so weit wie irgend möglich - betrieben. Als grösserer Lieferant kam allerdings nur die Schweiz in Frage, aus der in grösserem Umfange hochwertige Maschinen wie: Zahnradbearbeitungsmaschinen, Langdrehautomaten, Formschleifmaschinen und Lehrenbohrwerke eingeführt wurden.

Auf dem Gebiet der Lehrenfertigung wurde durch die Lehrengruppe im H.Wa.A. eine Rationierung der Lehrenbauindustrie vorgenommen und eine erhebliche Verbreiterung der Lehrenfertigung durch bevorzugte Bereitstellung von Produktionsmitteln sichergestellt. Auch glückte es durch schnelles Handeln des Wi Rü Amtes, in der Schweiz Lehrenaufträge mit günstigen Lieferterminen unterzubringen und dadurch den dort tätigen französisch-englischen Kommissionen zuvorzukommen.

Endlich wurden umfangreiche Maßnahmen getroffen, um die Herstellung von Spezialwerkzeugen einzuleiten bezw. einen Aufkauf in neutralen Ländern vorzunehmen.

Die Bereitstellung dieser Produktionsmittel war eine der wichtigsten Aufgaben, die die Rüstungsabteilung des Wi Rü Amtes zu leisten hatte. Trotz schwierigster Verhältnisse wurde die Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für die Maschinenindustrie im Grossen aber voll erfüllt. Es wurde vieles nachgeholt, was bereits

AOC5309

H2296-0322

im Frieden hätte geschehen müssen, was aber unterblieb, weil die Bedeutung der Tiefenrüstung nicht erkannt worden war. Auch auf diesem Gebiet ist seitens des GBW bei den Kriegsvorbereitungen im Frieden viel versäumt worden.

A 005310

H2296-0323

4. Rohstoffe

Auf dem Rohstoffgebiet lagen die Hauptarbeiten im Jahre 1940 auf folgenden Punkten:

1.) In der Vertretung der Rohstoffinteressen der Wehrmacht gegenüber dem RWiM und dem Vierjahresplan,

2.) in der Verteilung der vom RWiM zugewiesenen Rohstoffe auf die W.T.,

3.) in der Mitarbeit am Ausbau der deutschen Rohstoffgrundlagen,

4.) in der Mitarbeit an der Bewirtschaftung der deutschen Treibstoffe und in der Verteilung der Treibstoffe auf die W.T.,

5.)in der Mitarbeit beim Ausbau des Energienetzes in Deutschland und

6.) in der Vertretung der Wehrmachtinteressen bei den Rohstoffverhandlungen mit den befreundeten und neutralen Staaten.

In der Rohstoffbewirtschaftung stand die Rohstoffabteilung des Wi Rü Amtes in einem fortdauernden Kampf gegen die hohen Forderungen der W.T und andererseits gegen die geringen Zuweisungen, die der Reichswirtschaftsminister der Wehrmacht zur Verfügung stellte. Wenn auch zugegeben werden muß, daß sich die Rohstofforderungen der W.T. auf die vom Führer geforderten hohen Programme stützten, so kann doch festgestellt werden, daß die Forderungen bei allen 3 W.T. infolge zu hoher Einsatzgewichte und teilweise nicht ra-

A 035311

H2296-0324

tioneller Fertigungsverfahren überzogen waren und daß die Zuteilungen, die den W.T. vom OKW zugewiesen wurden, im großen und ganzen dem entsprochen haben, was praktisch verarbeitet werden konnte. Es ist jedenfalls nur ganz selten vorgekommen, daß Betriebe eingeschränkt arbeiten mußten, weil ihnen die Rohstoffe fehlten. In den meisten Fällen, wo Betriebe zum Stillstand kamen, lagen andere Gründe dafür vor. Wie stark überfordert die Forderungen der W.T. waren, mögen einige Zahlen beweisen. In der nachfolgenden Zusammenstellung bedeutet die erste Zahl die Forderungen der Wehrmacht, die zweite Zahl das wirklich verarbeitete Wehrmachtkontingent.

		t/Mon.	t/Mon.
Stahl	I/40	1 212 000	924 000
	II/40	1 276 000	880 000
	III/40	1 313 000	900 000
	IV/40	1 151 000	1 017 000
Kupfer	I/40	19 500	12 400
	II/40	18 000	16 000
	III/40	20 000	14 300
	IV/40	21 300	15 200
Blei	I/40	15 200	9 100
	II/40	17 700	12 500
	III/40	14 900	9 500
	IV/40	14 300	11 500
Nickel	I/40	713	370
	II/40	709	372
	III/40	671	330
	IV/40	683	443

A 083312

H2296-0325

		t/Mon.	t/Mon.
Zinn	I/40	615	332
	II/40	645	460
	III/40	571	447
	IV/40	860	496
Aluminium	I/40	17 500	15 700
	II/40	23 200	16 800
	III/40	26 600	23 500
	IV/40	28 000	24 500

Auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß der Reichswirtschaftsminister sich laufend wehrte, der Wehrmacht größere Kontingente zuzuteilen, weil er glaubte, daß dadurch die Nichtrüstungsindustrie und der Export zu stark geschädigt würden. Es bedurfte - wie aus den Anlage XX,38 ersichtlich - mehrfach des Eingreifens des Reichsmarschalls bezw. des Führers, um bei gespannten Lagen die Rüstung beim Wirtschaftsminister so in den Vordergrund zu bringen, wie es die Kriegslage erforderte.

Fest steht indessen, daß die Kontingentierung der Nichtrüstungsindustrie in den ersten zwei Kriegsjahren zu reichlich war und daß es möglich gewesen wäre, für die Wehrmacht bezw. für die Transportrüstung mehr Rohstoffe freizumachen. Auch für den Luftschutz wäre eine höhere Versorgung am Platze gewesen.

Jede Programmänderung und vor allem jeder Befehl für Umsteuerung der Rüstung brachte die gleichen Überforderungen der W.T. und den gleichen Kampf mit dem RWiM. Der

A 085313

H2296-0326

Der Reichswirtschaftsminister erklärte allerdings am 14.2., daß er die dringlichsten Forderungen der Wehrmacht auf dem Mangelgebiet nur erfüllen könne, wenn er rücksichtlos alle Bestände der Heimat verbrauchen würde. Bei einer Zuteilung von Kupfer von 16 000 t an die Wehrmacht wurden die Vorräte im September 1940, bei einer Zuteilung von Blei von 15 000 t in April 1941, einer Zuteilung von 600 t Nickel im Dezember 1940 und 500 t Zinn im September 1940 verbraucht sein.

Von diesem Zeitpunkt ab konnte nach Auffassung des Reichswirtschaftsministers der Bedarf der gesamten Metall verarbeitenden Wirtschaft nur noch aus dem Metallanfall aus dem Inlande und aus der geringen Einfuhr gedeckt werden, sodaß im Jahre 1941 die Deckung des Wehrmachtbedarfes bei weitem nicht mehr vorhanden sei. Auf der anderen Seite verlangte die Führung fast bei jeder großen Programmänderung, daß rücksichtlos alle Reserven einzusetzen sind, da man mit den militärischen Maßnahmen, die diese Umstellung der Rüstung ermöglichen sollten, eine Entscheidung des Krieges erhoffte. So standen die Auffassungen der die Rohstoffe verwaltenden Stellen und der militärischen Führung immer in einem gewissen Gegensatz. Das Wi Rü Amt ist in dieser Zeit stets den Mittwelweg gegangen und hat dadurch ermöglicht, daß die Rohstoffdeckung für die Programme bis zum Jahre 1943 hinein laufend vorhanden gewesen ist.

Im allgemeinen ist es dank der guten Zusammenarbeit zwischen Wi Rü Amt und den Abteilungen des RWiM geglückt, die Bedürfnisse der Wehrmacht auf dem Rohstoffgebiet im Jahre 1940 zu erfüllen. Dabei muß aber festgestellt werden,

A 005314

H2296-0327

daß die großen Bestände, die im Westfeldzug in Holland, Belgien und Frankreich in Besitz genommen wurden, viel dazu beigetragen haben, die Bedürfnisse des Jahres 1940 zu erfüllen und vor allem nur ermöglicht haben, die Rüstung im Jahre 1941 in dem großen Umfange durchzuführen. Hätte man diese Mengen nicht einsetzen können, so wäre bereits 1941 eine erhebliche Mangellage eingetreten und man hätte bereits 1941 zu den Notmaßnahmen schreiten müssen, die dann erst 1944 zur Durchführung kamen. Bis Ende 1940 wurde an Beute-Metallbeständen aus dem Westen gemeldet:

135 000 t Kupfer,
20 000 t Blei
9 500 t Zinn,
9 000 t Nickel,
9 000 t Aluminium.

Einen Überblick über die gesamte Rohstoffverteilung - Bedarf, Kontingent, Verbrauch - gibt die Rohstoffbilanz (s. Anl. XX,39).

An Einzelheiten der Rohstoffversorgung des Jahres 1940 seien folgende Punkte besonders erwähnt:

K o h l e:

Die Kohlenversorgung machte zu Beginn des Jahres durch die schlechte Transportlage große Schwierigkeiten, sodaß im Januar und Februar zahlreiche Firmen, zeitweise bis zu 185 Betriebe, zur Stillegung kamen. Die Hauptschwierigkeiten lagen bei den Wehrkreisen III, IX, X und XII. Es wurde daher für die Wirtschaft eine der Wichtigkeit

A035315

H2296-0328

nach gestaffelte Kürzung der Kohlenzuführung bis zu 60 % angeordnet. Besonders im Hausverbrauch entstand eine erhebliche Notlage.

Um die Versorgung der W-Betriebe sicherzustellen, wurde im Februar bei der Reichsstelle Kohle ein vom OKW zu besetzendes Referat Wehrmacht eingerichtet, das sich im Verlauf der Kriegsjahre sehr bewährt hat.

Außerdem wurde zur besseren Lenkung der Kohlenlieferungen die lochkartenmäßige Überwachung der Betriebe durch die Rü In ab 1.10. eingeführt und dadurch eine zweckmäßigere Verteilung sichergestellt.

Am 22.9. wurde dem Reichskohlenkommissar vom Reichsmarschall eine Ermächtigung erteilt, um Kohlenförderung und Bewirtschaftung in den besetzten Gebieten als alleinige Reichsinstanz durchzuführen.

Elektrizitäts- und Gasversorgung:

Die Elektrizitäts-Versorgung machte bis zum Herbst 1940 keine Schwierigkeiten, erst im November zeigten sich im Westen erhebliche Spannungen, die durch Störung von Kraftwerken durch Luftangriffe (Brauweiler, Böhlen, Primersdorf) hervorgerufen wurden. Es wurde daher erforderlich, große Stromverbraucher (Aluminium- und Stickstoffwerke) zeitweise abzuschalten und 35 000 KW von Mitteldeutschland in das Ruhrgebiet zu transferieren. Seitens des Wi Rü Amtes wurde daher dringend ein stärkerer Ausbau des elektrischen Energienetzes gefordert.

Die Ferngasversorgung unterlag dauernden Schwierigkei-

A 085316

H2296-0329

ten, sodaß bereits im Sommer im Ruhrgebiet Gasspartage eingeführt werden mußten. Im Herbst und Winter steigerten sich die Schwierigkeiten, sodaß die völlig unzureichende Kapazität der Gaserzeugungsanlagen in Sonderheit an der Ruhr klar zu Tage trat. Auch hier forderte Wi Rü Amt verstärkt schnellste Besserungsmaßnahmen.

Eisen- und Metalle:

Die W.T. forderten laufend höhere Eisen- und Metallzuteilungen, trotzdem ihnen bewiesen werden konnte, daß sie mit dem derzeitigen Arbeitsverfahren größere Mengen nicht verarbeiten konnten. Trotzdem wurde seitens des OKW die Forderung von Zuteilung von 1,1 Mill. t Eisen mit den entsprechenden Metallmengen beim Reichswirtschaftsminister vertreten.

Die Eisenzuteilung an die Wehrmacht wurde vom Reichswirtschaftsminister jedoch in den ersten 3 Quartalen nicht von 924 000 auf 1 100 000 t/Mon. erhöht, sondern blieb um 900 000 t/Mon. stehen. Erst für das IV. Quartal wurden auf Grund der neuen Führerforderung für die Umrüstung vom 20.8. 1 017 000 t/Mon. zur Verfügung gestellt. Aber auch im IV. Quartal konnte die Verarbeitung trotz der höheren Zuweisung nicht gesteigert werden.

Durch die Wideringangsetzung der Produktion in Belgien, Luxemburg und Nordfrankreich stieg die Eisenerzeugung im großdeutschen Raum Ende des Jahres auf rd. 2 Mio/t/Mon.

Um die durch die von den Waffenämtern zugebilligten hohen Einsatzgewichte bei den eisenverarbeitenden Betrieben

A 085317

H2296-0330

entstandenen großen Bestände an Eisen- und Stahlerzeugnissen für die Rüstung nutzbar zu machen, wurde die Wehrmacht im Mai ermächtigt, zusätzliche "ZQ" Kontrollnummern zu erteilen, sodaß der Betrieb in die Lage versetzt wurde, aus eigenen Beständen den Auftrag auszuführen. Dadurch trat eine gewisse Lockerung in den Auftragsbeständen ein.

Die Metallzuweisungen genügten nach Ansicht der W.T. ebenfalls nicht, die Verarbeitungsquote beweist das Gegenteil. Nur die Kriegsmarine hätte im U-Boot-Bau ein größeres Kontingent verarbeiten können, wenn sie ihre sonstigen Rohstoffzuweisungen stärker auf den U-Boot-Bau konzentriert hätte.

Mitte des Jahres wurde ein vereinfachtes Verfahren für die Anmeldung der Stahllegierungsmetalle angeordnet.

Die Metallspende des deutschen Volkes ergab zusammen mit der Mobilisation von Sparmetallen bei den Behörden die nicht erwartete Menge von 70 000 t mit einem Kupferanteil von 45 %.

Da hierzu noch die Beute aus dem Westfeldzug kam, ergab eine im Herbst 1940 aufgestellte Metallbilanz ein verhältnismäßig günstiges Bild.

Im November setzten die Einfuhren von Leichtmetallen ein auf Grund des mit der französischen Leichtmetallindustrie geschlossenen Vertrages . Hierdurch wurde auch die Leichtmetallbilanz verbessert, sodaß im IV. Quartal das Wehrmachtkontingent auf 25 200 t/Mon. erhöht werden konnte, gegen 15 und 17 000 t /Mon. in den ersten beiden Quartalen.

A 035318

H2296-0331

Der Ausbau der norwegischen Aluminiumindustrie wurde vom Reichsmarschall Generaldirektor K o p p e n b e r g übertragen und in Angriff genommen. Danach war eine Steigerung der norwegischen Kapazität an Aluminium bis Ende 1942 um 120 000 t/Jahr und bis Ende 1943 um 150 000 t/Jahr vorgesehen. Einschließlich der Ausbauten in Deutschland und der Einfuhren sollen damit Ende 1943 ingesamt etwa 50 000 t/Mon. gegenüber z.Zt. 31 000 t/Mon. Aluminium zur Verfügung stehen.

Kautschuk:

Auch beim Kautschuk lagen die Bedarfsforderungen weit über dem tatsächlichen Verbrauch, wobei aber festzustellen ist, daß die zugewiesenen Kontingente voll verbraucht wurden.

Infolge des erhöhten Bedarfes für das Schuhsohlenprogramm wurden die Naturkautschukbestände im Sommer erheblich in Anspruch genommen, sodaß für Ende 1940 nur etwa 3 000 t verfügbar geblieben wären. Große Beutebestände aus Holland brachten indessen eine erfreuliche Verbesserung der Kautschukbilanz. Allerdings blieb Ende des Jahres die Bunaerzeugung hinter der Planung erheblich zurück.

Der verstärkte Ankauf von Naturkautschuk im Fernen Osten wurde seitens des Wi Rü Amtes stark betrieben.

Sprengstoff:

Die hohen Forderungen an Sprengstoff im Rahmen des neuen Rüstungsprogramms in Sonderheit für Bomben und Minen machten im November 1940 eine Kontingentierung der Spreng-

AC85319

H2296-0332

stoffe erforderlich. Der laufende Bedarf für den Kampf gegen England wird voll gedeckt, die darüber hinausgehenden Bevorratungen müssen ihrer Dringlichkeit nach eingeschränkt werden.

Frostschutzmittel:

Die schwierige Lage in Glyzerin und der hohe Bedarf von Äthylen (Glysantin) für andere Zwecke machte die Neuschaffung eines neuen Frostschutzmittels erforderlich, das auf der Basis Milchsäure gefunden wurde. Ebenso wurde die Sammlung und Regenerierung der gebrauchten Frostschutzmittel in die Wege geleitet.

Glimmer:

Der Verbrauch von Glimmer wurde stark kontingentiert und für die Masse der Fertigungen verboten.

Grundsätzlich kann also gesagt werden, daß auch im Jahre 1940 dank der Vorratspolitik und dank der Beutebestände die Rüstung durch die Rohstofflage nicht gehemmt worden ist.

A035320

H2296-0333

Treibstofflage.

Die Treibstofflage hat im Jahre 1940 wohl einige Male kritische Punkte gezeigt, hat sich aber nie zu der vor dem Kriege erwarteten Krisis entwickelt, weil einmal grosse Beutebestände in Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich für die Treibstoffbilanz eine grosse Entlastung gebracht hatten und die für Deutschland günstige Kriegslage die Einfuhr besser gestalteten, als zunächst vorauszusehen war. Trotzdem hielt es der Chef Wi Rü Amt für richtig, im Hinblick auf die Gefahr eines langen Krieges und die Möglichkeit der Zerstörung der Treibstoffbasen durch Luftangriffe immer wieder den stärkeren Ausbau der deutschen Produktionsstätten zu fordern und eine höhere Einstufung der Treibstoffbauten in die Dringlichkeitsliste zu verlangen. Ebenso wurde der Ausbau der operativen Treibstoffläger und der verstärkte Bau von Transportmaterial (Kesselwagen pp.) vom Wi Rü Amt dauernd betrieben.

In dieser Forderung standen Wi Rü Amt und Vierjahresplan in einer Einheitsfront, da die WT und der Rm.f. B.u.Mun. die Ausweitung der Treibstoffgrundlage in der Dringlichkeit immer hinter ihre Waffen, Munitions- und Geräte-Forderungen gestellt sehen wollten.

Da die Bestände an Vergaserkraftstoffen von 324 000 t auf 108 000 t und an Dieselkraftstoffen von 230 000 auf 55 000 t abgesunken, die Einfuhren im I./40 infolge der Donauvereisung rückgängig waren und der Bedarf für die bevorstehende Westoffensive unsicher war, forderte Wi Rü Amt beim Chef OKW und beim Feldmarschall

A 085321

H2296-0334

Göring am 9.3.1940 eine durchschlagende Massnahme , und zwar:

1.) "Schaffung einer nationalen Reserve aus Beständen der Luftwaffe und der Kriegsmarine,

2.) Zeitweise Umstellung der Dieselölproduktion auf Kraftwagenbenzin,

3.) Einschränkung des Bedarfs der Bauwirtschaft an Dieselöl,

4.) Versorgung der Wirtschaft mit Dieselöl aus den Beständen der Kriegsmarine,

5.) Sicherung des Arbeiterbedarfs der Treibstoffabriken".

Feldmarschall G ö r i n g ordnete darauf an:

a) Es ist eine besondere Mineralölreserve zur persönlichen Verfügung des Vorsitzenden für die Reichsverteidigung zu halten, der 200 000 t Dieselkraftstoff aus den Beständen der Kriegsmarine und 100 000 t Flugbenzin aus Beständen der Wirtschaftlichen Forschugsgesellschaft mbH. zuzuführen sind.

b) Die Fahrbenzinerzeugung ist weitgehend zu verstärken, wobei Einschränkungen in der Dieselkraftstoff- und Flugbenzin-Erzeugung in Kauf genommen werden müssen. Ein Ausgleich ist unter Zuhilfenahme der gebildeten Reserven vorzunehmen.

c) Heranziehung zum Wehrdienst oder für andere Zwecke aus den Förderbetrieben und den Erzeugerwerken der Mineralölwirtschaft darf bis zum 1.1o.1940 nicht erfolgen. Für die bereits Eingezogenen werden besondere Bestimmungen getroffen.

d) Mineralölwerke sollen mit Rücksicht auf ihre besondere Luftempfindlichkeit gegen Luftangriffe besonders geschützt werden.

e) Über Rückgabe von Eisenbahnkesselwagen durch die Luftwaffe und über die Verwendung neuer Mineralöl-Eisenbahnkesselwagen wird Verfügung getroffen.

A C85322

H2296-0335

f) Eine Regelung des Einsatzes von Betriebsstoffen für den gesamten zivilen Kraftverkehr wird vorgeschrieben.

g) Eine möglichst weitgehende Einsparung hat auch auf dem Gebiet der Bauwirtschaft zu erfolgen.

h) Der Chef des Wi Rü Amtes im OKW wird damit beauftragt, unter Berücksichtigung der jeweiligen operativen Lage Vorschläge über den Einsatz der aus Erzeugung und Einfuhr anfallenden Betriebsstoffe und der unter a) angegebenen Mineralölreserve zu machen und die vom Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung zu erlassenden Weisungen für die Steuerung der Erzeugung vorzubereiten. Es ist hierbei anzustreben, eine möglichst gleichmässige Versorgung sowohl der W.T. als auch des lebensnotwendigen Bedarfs der Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, zu erreichen. Die Vorschläge sind im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister, dem Gen.Bevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und dem Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung aufzustellen.

Die entsprechenden Maßnahmen wurden unter Leitung des Wi Rü Amtes getroffen, so dass damit die Treibstoffversorgung für die Westoffensive sichergestellt war.

Da aber durch den glatten Ablauf der Treibstoffversorgung im Polen- und Westfeldzuge seitens der Obersten Führung die Sicherung der Treibstofflage als bestehende Tatsache hingenommen und die Maßnahmen für eine Besserung der Lage auf weite Sicht immer wieder hintenan gestellt wurden, richtete der Chef des Wi Rü Amtes am 26.6. 1940 an den Reichsmarschall erneut ein Schreiben mit nachstehenden Forderungen:

A 035323

H2296-0336

" Die Mineralölversorgung des Reiches und der von ihm abhängigen Länder kann auf Grund der augenblicklichen Erzeugung und der zu erwartenden Einfuhren bei weiterem Einsatz der Bestände bis Ende ds. Js. als voll gesichert angesehen werden.

Bei Fortführung des Krieges im Jahre 1941 reichen jedoch die bisher als sicher einzusetzenden Eingänge nicht zur Bedarfsdeckung aus. Nach vorläufigen Schätzungen werden etwa 120 000 t/Mon. Fehlbedarf entstehen. Seine Deckung müsste daher aus den Mineralölreserven des Reiches erfolgen. Ganz abgesehen davon, dass deren Höhe davon abhängig ist, inwieweit die erwarteten Einfuhren tatsächlich geleistet werden können und die feindlichen Angriffe auf unsere Mineralölerzeugungs- und -verteilungsanlagen sich auswirken, ist es erforderlich, stets einen gewissen Mindestbestand auf Lager zu halten. Infolgedessen könnte der Fehlbedarf nur verhältnismässig kurze Zeit durch Abbau der Vorräte befriedigt werden. Daher erscheint es dringend notwendig, die bereits im Gang befindlichen umfangreichen Maßnahmen zur Verstärkung der Zugänge und Drosselung des Verbrauchs erheblich zu beschleunigen.

Als wichtigste Maßnahme ist die Einstufung sämtlicher der Verbesserung der Mineralöllage dienenden Vorhaben in die höchste Dringlichkeitsstufe der Rüstung erforderlich. Hierzu rechnen insbesondere:

a) Beschleunigung der Fertigstellungs- und Anfahrtermine der im Bau befindlichen Mineralerzeugungsanlagen einschl. des Reichsbohrprogramms.

A 035324

H2296-0337

Das OKW ist bereits mit dem Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Industrie, Prof. Dr. K r a u c h , in Verbindung getreten. Er hat den Auftrag erhalten, die Steigerung der Treibstofferzeugung mit Vorrang vor seinen übrigen Vorhaben zu betreiben und ein neues Programm für den Ausbau aufzustellen. Das OKW wird die von ihm noch benötigten zusätzlichen Rohstoffe bereitstellen. Im gleichen Sinne ist OKW mit Prof. B e n t z in Verbindung getreten.

b) Beschleunigte Fertigstellung der Mineralöltransportmittel (Kesselwagen und Tankschiffe), insbesondere der für die Einfuhr aus Russland und Rumänien bestimmten.

c) Bevorzugte Durchführung derjenigen Maßnahmen, welche zur Herabsetzung des Mineralölverbrauchs dienen, Bau von Generatorfahrzeugen, Umstellung von ortsfesten Dieselmotoren auf andere Energiearten.

Die mit der Durchführung der Maßnahmen zu b) und c) befassten Dienststellen, insbesondere auch der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen und das RwiM sind von der Notwendigkeit, ihre Maßnahmen weiter zu beschleunigen, bereits in Kenntnis gesetzt worden.

Ich bitte, meinem Antrag, alle Vorhaben auf dem Mineralölgebiet in die 1.Dringlichkeitsklasse zur Rüstung einzustufen, zuzustimmen."

A 005325

H2296-0338

Der Reichsmarschall ordnete darauf am 12.Juli mit Schreiben Nr. 11136/5 g.Rs. an:

An den

Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes.

Auf Ihren Vorschlag erkläre ich mich damit einverstanden, dass

die im Bau befindlichen Mineralölerzeugungsanlagen beschleunigt fertiggestellt werden,

das Reichsprogramm energisch weitergeführt wird,

der Park der Mineralöltransportmittel weiter verstärkt wird,

sowie dass

die Maßnahmen, die der Herabsetzung des Mineralölverbrauchs durch Umstellung auf andere Betriebsstoffe dienen, fortgeführt werden.

Ich bin damit einverstanden, dass die mit der Fertigstellung der im Bau befindlichen Mineralölerzeugungsanlagen und die mit der Intensivierung des Reichsbohrprogramms zusammenhängenden Bauvorhaben, soweit sie im Jahre 1941 fertig werden, in die erste Dringlichkeitsstufe eingereiht werden. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass das OKW die für die Fertigstellung der Mineralölerzeugungsanlagen und die Intensivierung des Reichsbohrprogramms zusätzlich benötigten Rohstoffe aus seinen Kontingenten bereitstellen wird.

Eine weitere Drosselung des zivilen Mineralölverbrauchs kommt zurzeit nicht in Betracht."

A 005326

H2296-0339

Auf Grund der erheblichen Beutebestände, die in Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich vorgefunden wurden und die an

Vergaserkraftstoff	363 000 t
Dieselkraftstoff	65 000 t
Flugbenzin	220 000 t
Heizöl	150 000 t,

also rd. 800 000 t betrugen, ausser den Mengen, die die Truppe während der Operationen laufend verbraucht hatte, wurde die Treibstofflage vom Wi Rü Amt im Herbst 1940 wie folgt beurteilt:

" 1. <u>Flugvergaserkraftstoffe.</u>

Sehr günstig. Die Vorräte können trotz notwendiger Drosselung der Erzeugung zugunsten der Dieselkraftstoffherstellung auf einen Stand gehalten werden, der gestattet, den bisher eingetretenen Höchstverbrauch über 5 Monate lang allein aus Beständen zu decken.

2. <u>Kfz.-Vergaserkraftstoffe.</u>

Ebenfalls günstig. Die den Verbrauch übersteigenden Zugänge gestatten bis Ende des Jahres auf etwa einen 4-Monatsvorrat zu kommen. Die Unterbringung der steigenden Bestände beginnt etwa Ende September Schwierigkeiten zu machen. Es wird nicht ganz zu vermeiden sein, auch Lager zur Bevorratung heranzuziehen, welche hinsichtlich der Luftgefährdung wenig günstig liegen, nachdem alle übrigen Lagermöglichkeiten, wie z.B. auch Befüllung sämtlicher nicht in Betrieb befindlichen Zapfstellen erschöpft sind.

A 085327

H2296-0340

3. Kfz.-Dieselkraftstoff.

Versorgung bleibt trotz erhöhter Erzeugung und Einfuhr angespannt. Die laufenden Zugänge decken knapp den Bedarf, so dass eine Erhöhung der relativ niedrigen Vorräte (für kaum 2 Monate) nicht möglich ist. Die gem. Befehl vom 2 0.8.1940 als Sonderreserve vom OKW zur Verfügung gestellten 200 000 t sind bis auf 64 000 t verbraucht. MitRücksicht auf den ansteigenden Bedarf der Kriegsmarine und deren abnehmende Bestände soll jedoch versucht werden, eine weitere Inanspruchnahme der Restmengen zu vermeiden.

4. Schiffsdieselkraftstoff.

Versorgung erfolgt weiterhin zur Entlastung der Dieselkraftstoffe für Kraftfahrzeuge aus Vorräten des OKM. Bis Ende des Jahres werden jedoch die Vorräte so weit abgesunken sein, dass die Marine z.T. aus Zugängen versorgt werden muss.

5. Heizöl für Kriegsmarine.

Günstig. Trotz erhöhten Verbrauchs kann infolge Ansteigens der Vorräte ein etwa 6-monatiger Bestand gehalten werden. Gewisse Schwierigkeiten ergeben sich aus der durch die ausserordentlich grosse Ausdehnung des Bereiches der Stützpunkte notwendigen starken Verteilung der Bestände und den z.T. erheblichen Qualitätsunterschieden des Öls.

Insgesamt kann die Mineralölversorgungslage zurzeit als gesichert angesehen werden.

Die Zugänge aus Einfuhr und Erzeugung werden ausreichen, um den laufenden allerdings noch zum Teil stark gedrosselten Bedarf zu decken. Andererseits werden Ende

A 0855328

H2296-0341

des Jahres, mit Ausnahme von Dieselkraftstoff, die Vorräte nicht mehr für eine 4 - 5 monatige volle Versorgung ausreichen."

Der Verbrauch lag im Jahre 1940 nach Beginn der Operationen im Westen bei

rd. 150 - 160 000 t/Mon. Vergasertreibstoff,
" 135 000 t/Mon. Dieseltreibstoff
" 80 - 100 000 t/Mon. Flugbenzin
" 65 000 t/Mon. Heizöl
" 25 - 30 000 t/Mon. Schiffsdieseltreibstoff.

Die Zugänge (Erzeugung ausser Beute) lagen bei

rd. 128 000 t/Mon. Vergasertreibstoff
" 90 000 t/Mon. Dieseltreibstoff
" 95 000 t/Mon. Flugbenzin
" 63 000 t/Mon. Heizöl
" --- t/Mon. Schiffsdieseltreibstoff.

Da die Beutebestände eine erhebliche Entlastung brachten und die rumänischen und russischen Lieferungen sich im Laufe des Jahres 1940 erheblich steigerten, ergab sich am Ende des Jahres 1940 an und für sich eine günstigere Situation als zu Beginn des Jahres.

Schwierig blieb die Lage auf dem Dieselölgebiet, da beim Dieselkraftstoff die Bestände sehr gering waren und die Schiffsdieselölreserve der Kriegsmarine stark zusammengeschmolzen war. Dazu kam, dass jetzt in den besetzten Gebieten ein erheblicher Treibstoffbedarf entstand, dass Italien starke Forderungen an Treibstoffen stellte und dass sich Ende des Jahres die Möglichkeit eines Ostfeldzuges gegen Russland anzeigte, so dass das Wi Rü Amt mit einer gewissen Sorge für die Treibstoff-

A 035329

H2296-0342

versorgung auf das Jahr 1941 blicken musste.

Der Chef Wi Rü Amt brachte die Besorgnisse beim Chef OKW und beim Reichsmarschall mehrfach zum Vortrag und forderte erneut schnelleren Ausbau der deutschen Treibstoffbasis und personellen und luftabwehrmässigen Schutz der deutschen Betriebe.

Am 4.10. traf der Reichsmarschall Anordnungen für die bessere Ausnutzung der rumänischen Produktion für die Kriegführung (s. Aktennotiz v. 5.10.40, Anl. XX,40).

Wichtig ist zu wissen, dass wir im Jahre 1940

aus Rumänien rd. 1 000 000 t
aus Russland rd. 620 000 t

Mineralölprodukte erhielten. Die rumänischen Lieferungen erfolgten im Rahmen des mit Rumänien abgeschlossenen Ölpaktes (Austausch von Öl gegen Waffen, Munition pp.) Der Zuwachs aus dem besetzten westgalizischen Ölgebiet war minimal, die Friedensproduktion lag bei 12 000 t/Mon. und musste erst wieder in Gang gebracht werden.

Am Ende des Jahres standen rd. folgende Treibstoffbestände für Wehrmacht und Wirtschaft zur Verfügung:

Vergaserkraftstoff	500 000 t,	davon einsetzbar	275 000 t
Dieselkraftstoff	300 000 t,	" "	160 000 t
Flugbenzin	600 000 t,	" "	400 000 t
Heizöl	550 000 t,	" "	400 000 t
Schiffsdiesel	250 000 t,	" "	200 000 t.

Weiteres ergibt die Sonderbearbeitung von Oberstlt. S a d e w a s s e r (siehe Vorwort).

A 005330

H2296-0343

5. Transportlage.

Neben dem Mangel an Arbeitskräften und dem Fehlen an Werkzeugmaschinen bildete im Jahre 1940 auch die Transportlage zeitweise ein erhebliches Hemmnis für die Durchführung der Rüstungsprogramme. Die Schwierigkeiten, die sich bereits seit Beginn des Krieges auf dem Transportgebiet zeigten und die in erster Linie an dem Fehlen einer planmäßigen Eisenbahnrüstung lagen, wirkten sich besonders in den Wintermonaten des Jahres 1939/ 1940 auf das Rüstungstempo störend aus. In der Anlage XX,41 ist ein eingehender Bericht beigefügt über die Auswirkungen, die das scharfe Winterwetter in den Monaten Januar und Februar auf die Transportlage und damit auf die Rüstung ausübte. Erst im April waren diese Schwierigkeiten überwunden und traten merkbare Besserungen für die Versorgungslage der Rüstungsbetriebe ein. Der für 1940 vorgesehene Bau von 1 350 Lokomotiven und 65 000 Wagen kam bedauerlicherweise auch nicht zur vollen Durchführung, da Mangel am Oberbau und große Reparaturarbeiten das Rohstoffkontingent der Eisenbahn stärker als vorgesehen in Anspruch nahmen. Dazu kam, daß der Vertrag mit Italien, wonach wir jährlich 12 Mill. t Kohle auf dem Landwege zu liefern hatten, sich auch höchst belastend auf die deutsche Versorgung auswirkte. Diese Verpflichtung nahm einen Waggonbedarf von 30 000 Stück in Anspruch, wovon Deutschland 22 500 stellen mußte bei einem Bestand von 278 000 offenen

A 085331

H2296-0344

Wagen. Im Mai hatte sich die Lage soweit gebessert, daß 40 - 50 % der Anforderungen der Wirtschaft gedeckt werden konnten, soweit sie nicht 100 %ig durch Sonderregelung versorgt wurde. Die Westoperationen gegen Frankreich brachten auch erneut eine erhebliche Störung, sodaß zeitweise eine Güterzulaufsperre für die westlichen Industriegebiete verhängt werden mußte. Andererseits brachten jedoch die Eroberungen von Holland und Belgien eine gewisse Verbesserung der Waggonlage.

Während des Sommers lag die Wagengestellung für die Wirtschaft bei rd. 145 000 Waggons täglich, wobei für die Kohleabfuhr aber immer noch täglich 5 - 10 000 Wagen fehlten, sodaß allmählich bei den Bergwerken eine Anhäufung der Kohlenhalden stattfand.

Ab Ende Juli wurde die Lage im Westen erschwert durch die Sperrung des Dortmund-Ems-Kanals infolge Fliegerangriffs. An der Ostgrenze trat infolge der hohen russischen Lieferungen im August ein ziemlicher Wagenmangel ein. Das französisch-belgisch-holländische Netz konnte im August und September wieder soweit in Betrieb genommen werden, daß die Wirtschaft leidlich versorgt wurde./ Aus Frankreich wurden 100 000 französische Waggons zugeführt./ Der Herbst brachte wieder eine erhebliche Verschärfung der Transportlage. Von den 82 000 zur Verfügung stehenden offenen Waggons mußten 60000 für Kohle-, Rüben- und Kartoffel-Abfuhr eingesetzt werden, sodaß nur 22 000 für die übrige Wirtschaft zur Verfügung blieben bei einem Bedarf von 49 000 o.Wagen.

Der Winter brachte im großen die gleichen Störungen wie der Winter 1939/40.

A 085332

H2296-0345

Der Strassenverkehr litt stark unter Treibstoff- und Reifenmangel. Die Kraftfahrzeuge der Wirtschaft wiesen einen besonders hohen Reparaturbedarf auf. Ab 1.10. wurde auch die Treibgasbewirtschaftung eingeführt.

Die Binnenschiffahrt wurde weitgehend ausgenutzt, litt aber stark an Schleppermangel, da die Wehrmacht die beschlagnahmten Schlepper nicht zurückgab.

Ende des Jahres war die Umnagelung in Litauen auf russische Spur beendet, sodaß die deutsch-russischen Umladungen jetzt an der deutsch-russischen Grenze in Eydtkau stattfanden.

A 005333

H2296-0346

XXI.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen im Jahre 1941.

H2296-0347

XXI.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen im Jahre 1941.

A. O r g a n i s a t i o n .

Das Jahr 1941 brachte durch die Erweiterung der Kriegsschauplätze und durch die damit verbundene erhebliche Vermehrung der wehrwirtschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Aufgaben eine starke Vergrößerung der wehrwirtschaftlichen Organisation . Während bei Kriegsausbruch die Stärke der Wehrwirtschafts- und Rüstungsorganisation rund

betrug, war sie bis Ende 1940 zu einer Stärke von

angewachsen und hatte Ende 1941 die Stärke von

erreicht.

Nachdem Ende 1940 durch die langwierigen Verhandlungen mit Minister Dr. T o d t eine einigermassen brauchbare Trennung der Aufgabengebiete und Zuständigkeiten des OKW und des Rm.f.B.u.M. stattgefunden hatte, bleib die Organisation im Jahre 1941 von grundlegenden Erschütterungen und Umbildungen verschont. Wohl trat im Rm.f.B.u.M. immer wieder der Gedanke auf, die Abteilungen Rüstungswirtschaft

AOC05335

H2296-0348

und Rohstoffwirtschaft ganz in das Rm.f.B.u.M. hinüber zu ziehen, doch Minister Dr. T o d t brachte diesen Gedanken zunächst nicht zur Durchführung, weil er seine Tätigkeit in der Hauptsache auf die Förderung der besonderen Führerwünsche konzentrierte und es für besser hielt, auf den übrigen großen Rüstungsgebieten beim Führer nur als Kontrollorgan und nicht als Verantwortlicher aufzutreten. Außerdem hatte Dr. T o d t anscheinend selbst die Empfindung, daß sein Menschenapparat für eine volle Übernahme der Aufgabe noch nicht ausreichte. Nur das gesamte Gebiet des Arbeitseinsatzes zog er immer stärker an sich heran und schaltete hierbei seine Außenstellen - die Wehrmachtbeauftragten - besonders stark ein. Überhaupt war es das Bestreben der Herren des Rm.f.B.u.M. die Wehrmachtbeauftragten immer stärker in den Vordergrund zu schieben und sie als Kontrollorgane der Rü In zu betrachten. Hierdurch wuchs immer mehr die Doppelgleisigkeit der Rüstungsführung in der Provinz und der Erfolg der Arbeit wurde immer stärker abhängig von dem Zusammenarbeiten dieser beiden Außenstellen. An einzelnen Stellen war die Zusammenarbeit gut, an anderen Stellen mußte fast in jedem Monat der Einklang durch die Zentralorgane wieder hergestellt werden.

Alle Versuche des Chefs Wi Rü Amt, eine Zusammenfassung der Rü In und Wehrmachtbeauftragten in einer Dienststelle zu erreichen, blieben ohne Erfolg, da Minister Dr. T o d t die Doppelgleisigkeit für arbeitsfördernd ansah und der Auffassung war, daß der Führer durch dieses System

A 085336

H2296-0349

auch seine großen Erfolge erreicht habe.

Wie sehr sich die Doppelgleisigkeit in der ganzen Rüstungsorganisation auswirkte, zeigte sich in dem umfangreichen und wenig erfreulichen Schriftwechsel zwischen Dr. T o d t und den Dienststellen der Wehrmachtteile.

Daß der Rm.f.B.u.M. auf weite Sicht anstrebte, die Gesamtrüstung bei sich zu vereinen, wurde immer klarer.

Der Führer besprach die Programme mit den Oberbefehlshabern - oftmals ohne Beisein des Chefs OKW - und Minister Dr. T o d t hielt seine Vorträge meist auch ohne Beisein des Chefs OKW. Dadurch wurden die Oberbefehlshaber der WT auf dem Rüstungsgebiet immer selbständiger und es war für das Wi Rü Amt schwer, die Unterlagen für die Führung der Rüstung für den Chef OKW immer wieder zusammen zu bringen, um so mehr als der Chef OKW den Chef Wi Rü Amt zu keinem Führer-Vortrag heranzog.

Diese Tatsache mußte einmal dazu führen, daß der Chef OKW über die Einzelheiten der Rüstung nicht so unterrichtet sein konnte, wie der betreffende Oberbefehlshaber oder der Minister Dr. T o d t und daß der Chef OKW dadurch in schweirige Lagen kam, andererseits wurde dadurch aber auch die Stellung des Chefs Wi Rü Amt und dessen Arbeit auf das Höchste erschwert. Alle Versuche, die Stellung des Chefs OKW auf dem Rüstungsgebiet wieder zu stärken , blieben ohne Erfolg (s.z.B. Schreiben des Generals T h o m a s an den Chef des OKW vom 29.6.41, Anl. XXI,1).

A 085337

H2296-0350

Die Organisation im Wi Rü Amt selbst blieb im Jahre 1941 die gleiche mit der Ausnahme, daß Anfang 1941 im Amt die Lehr- und Ausbildungstätigkeit wieder vermehrt aufgenommen und Oberst N a g e l damit beauftragt wurde.

Auch im Westen traten keine Organisationänderungen ein mit Ausnahme der Zusammenlegung der Rü In A und Paris in Paris.

Der Hauptausbau der Außenorganisation erfolgte durch die Einrichung der Wehrwirtschaftsorganisation auf dem Balkan und durch die gemäß Weisung des Reichsmarschalls großzügig aufzuziehende Organisation in Rußland.

Auf dem Balkan wurden neben der VO-Organisation bei den betreffenden Armeen im Jahre 1941 geschaffen:

am 22.4. der WStb Serbien unter Oberst B r a u m ü l l e r mit der Außenstelle in Belgrad für das serbische Gebiet,

am 9.5. der WO Agram für das kroatische Gebiet,

am 20.4. das Wi Kdo Saloniki mit einer Nebenstelle in Athen für den von deutschen Truppen besetzten griechischen Raum,

im Jan.40 die Deutsche Wehrw. Mission Rumänien unter Oberst S p a l c k e für Rumänien

am 27.8. der WO Odessa (später Transnistrien) für das Gebiet von Transnistrien,

am 7.5. der WO Sofia für Bulgarien und die Rü Kdos. Klagenfurt und Graz zur Übernahme des an Deutschland fallenden Teils des ehem. jugl.Staates.

A 005338

H2296-0351

Die Wehrwirtschaftsorganisation für den Osten trat nach eingehender Vorbereitung am 9.6. zusammen und wurde unter Befehl eines "Wirtschaftsstabes Ost " gestellt. Zum Inspekteur wurde auf Grund seiner russischen Kenntnisse General S c h u b e r t h , bisher Rü In Paris, ernannt, der früher Militärattaché in Moskau war und durch Reisen Sowjet-Rußland kannte.

Die Organisation wurde insofern auf eine neue Basis gestellt, als in sie die gesamten Wirtschaftszweige eingebaut wurden, also neben der Rüstung auch die Landwirtschaft, Forstwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft, Handel, Arbeitseinsatz, soziale Betreuung, wirtschafts-wissenschaftliche Betreuung usw.

Damit wurde erstmalig eine einheitliche Außenorganisation geschaffen, die sich im Rahmen der ihr gestellten großen Aufgaben voll bewähren sollte.

Da der Reichsmarschall sich die Oberste Leitung dieser Organisation vorbehalten hatte, wurde für ihre Lenkung ein Ausschuß in Gestalt des "Wirtschaftsführungsstabes Ost" geschaffen, dem Staatssekretär K ö r n e r voraaß und dem die Staatssekretäre der betr. Arbeitsgebiete und der Chef Wi Rü Amt als für die Organisation federführende Stelle angehörten.

Die Organisation Ost entwickelte sich aus der militärischen Lage und umfaßte zunächst die drei Wirtschaftsinspektionen Süd, Mitte und Nord, zu der später die Wi In Kaukasus und die Wehrwirtschaftsinspektionen Ukraine und Ostland traten.

AC 85339

H2296-0352

Alles Nähere über Aufbau, Einteilung, Einsatz und Personalbesetzung der Organisation ergeben die Sonderbearbeitung des Wi Stabes Ost und der Teil Wehrwirtschaft 1941 dieser Bearbeitung.

Die Ausdehnung der wehrwirtschaftlichen Aufgaben, die Verlagerung von Aufträgen in das neutrale Ausland und der enge Verkehr, der sich mit befreundeten und neutralen Auslandsstaaten entwickelte, führte dazu, daß auch in diesen Staaten deutsche wehrwirtschaftliche Dienststellen erforderlich wurden.

Es wurden daher geschaffen:

am 11. Juni der Wehrwirtschaftsoffizier Ungarn,

am 11. Juni die Deutsche Industriekommission in Bern,

am 14. Oktober der Deutsche Wehrwirtschaftsoffizier Schweden,

am 1. Dezember der Deutsche Wehrwirtschaftsoffizier Slowakei,

am 19. Dezember der Deutsche Wehrwirtschaftsoffizier Finnland.

Aufgaben dieser Dienststellen sind aus den Dienstanweisungen (s. Anl. XXI, 2 bis XXI, 6) zu ersehen.

Um für die sich dauernd erweiternde Organisation personell und materiell eine Ersatzformation zu schaffen, war zunächst im Januar 1940 eine Rohstoffstammabteilung aufgestellt worden. Aufgabe der Rohstoffstammabteilung war, die Aussenorganisation mit dem notwendigen Fachpersonal zu ver-

A 085340

H2296-0353

sorgen und gegebenenfalls das Personal vorher auszubilden und entsprechend einzukleiden.

Im Herbst 1941 wurden zwei Ersatzabteilungen aufgestellt, die

Wwi Ers. Abt. 1 in Berlin und die

Wwi Ers. Abt. 2 in Dresden.

Näheres über ihre Aufgaben und Zuständigkeiten siehe OKW / Wi Rü Amt Nr. 4385/41 Stab I a vom 27.9.41 (s. Anl. XXI,7).

Ausserdem wurde zur Besserung der Lage auf dem Treibstoffgebiet eine Mineralölbauabteilung geschaffen, deren Aufgabe es war, in der Heimat und in den besetzten Gebieten beschädigte Treibstoffanlagen wieder in Stand zu setzen (s. OKW/ Wi Rü Amt Stab Ia Nr. 55/41 geh. v. 9.1.41. Anl. XXI,8).

Am 19.12.41 übernahm der Führer als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht auch die Führung des Heeres. Der die Übernahme bekanntgebende Aufruf des Führers an das Heer ist in der Anlage XXI,9 beigefügt.

A 085341

H2296-0354

B. Wehrwirtschaft.

Das Kriegsjahr 1941 stand wehrwirtschaftlich in erster Linie im Zeichen der Vorbereitungen bezw. der Durchführung der Balkanaktion, des Ostkrieges und des Afrikakrieges.

Die Vorbereitungen hierzu gehen auf das Jahr 1940 zurück. Die Entwicklung des italienisch-albanisch-griechischen Krieges, die Einrichtung einer deutschen Militärmission in Rumänien und die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung am italienischen Afrikakrieg hatten dazu geführt, dass bereits im August 1940 ein Wehrwirtschaftsstab Rumänien und im Oktober ein Wehrwirtschaftsstab Afrika vom Wi Rü Amt aufgestellt wurden, die in die Probleme dieser Kriegsschauplätze eingewiesen und mit der Bearbeitung der anfallenden Fragen beauftragt wurden. Mitte November 1940 wurde Oberst i.G. S p a l c k e im Rahmen der deutschen Militärmission nach Rumänien entsandt und übernahm dort die wehrwirtschaftliche und rüstungswirtschaftliche Vertretung. Die wehrwirtschaftliche Bearbeitung der Balkanländer und Afrikas und die Bereitstellung der für eine Operation notwendigen wehrwirtschaftlichen Unterlagen wurde im Wi Rü Amt mit Hochdruck betrieben.

Im November 1940 wurde der Chef Wi Rü Amt zusammen mit Staatssekretär K ö r n e r , N e u m a n n , B e c k e und General v o n H a n n e k e n vom Reichsmarschall über die geplante Ostoperation unterrichtet.

A 035342

H2296-0355

Auf Grund dieser Weisungen wurde Ende 1940 im Wi Rü Amt mit den Vorarbeiten für den Ostfeldzug begonnen.

Die Vorarbeiten für den Ostfeldzug umfassten zunächst folgende Aufgaben:

1.) Schaffung eines eingehenden Bildes über die russische Rüstungsindustrie, ihrer Lageorte, ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Zusammenhänge,
2.) Untersuchung der Leistungsfähigkeit der einzelnen grossen Rüstungszentren und ihrer Abhängigkeit voneinander,
3.) Feststellung des Energie- und Verkehrsnetzes für die Wirtschaft der Sowjetunion,
4.) Untersuchung der Rohstoff- und Erdölvorkommen,
5.) Schaffung eines Überblicks über die Nichtrüstungswirtschaft der Sowjetunion.

Diese Punkte wurden in einer grossen Bearbeitung "Wehrwirtschaft der Sowjetunion" zusammengefasst und mit eingehendem Kartenmaterial versehen.

Ausserdem wurde eine Kartothek geschaffen, die alle wichtigen Betriebe Sowjetrusslands enthalten sollte und ein Wirtschaftslexikon in deutsch-russischer Sprache für den Einsatz der deutschen Wehrwirtschaftsorganisation.

Für die Bearbeitung dieser Aufgaben wurde Anfang Januar 1941 ein Arbeitsstab Russland eingesetzt, der zunächst dem Obstlt. L u t h e r , später dem Gen.Major S c h u b e r t h unterstellt wurde. Die Bearbeitung erfolgte nach den Weisungen des Amtschefs bezw. der

A C85343

H2296-0356

Amtsgruppe Ausland des Wi Rü Amtes unter Heranziehung aller Dienststellen, Wirtschaftsstellen und sonstiger Persönlichkeiten, die Kenntnisse über Russland besaßen. Durch diese intensive Vorbereitungstätigkeit wurde ein hervorragendes Sachmaterial zusammengebracht, das für die spätere Durchführung der Operationen und für die Verwaltung des Landes von grösstem Wert sein sollte.

Daneben gingen eingehende Untersuchungen über die Treibstoff- und Kautschuklage im Fall einer Großoperation im Osten auf Grund der vom Chef d.Gen.St. des Heeres und vom Gen.Qu. der Luftwaffe gestellten Forderungen, auf die an anderer Stelle eingegangen wird.

In die Bearbeitung des russischen Aufgabenkomplexes fielen die Anforderungen auf wehrwirtschaftlichem Gebiet für den Balkan und für Afrika.

A C05344

H2296-0357

Balkan.

Während die Vorbereitungen für den Russlandfeldzug planmässig getroffen werden konnten, mussten die Maßnahmen für die Balkanaktion durch den Putsch in Jugoslawien improvisiert werden. Planmässig war nur Anfang Januar Oberst W e n d t als VO zum AOK 12 nach Rumänien entsandt und ihm das T.B.13 zugeführt worden. Die Vorbereitungen wurden nur für einen Einmarsch in Griechenland getroffen. Als der Putsch in Jugoslawien losbrach, mussten die Vorbereitungen umgestellt werden. Die Abt. IV des VO AOK 12 wurde geteilt, die eine Hälfte unter Oberst W e n dt sollte dem Vorstoss des AOK 12 Richtung Belgrad folgen, die andere Hälfte unter Hptm. v. I l l b e r g sollte die nach Griechenland angreifenden Kräfte begleiten. Je 1/2 Batl. des T.B. 13 wurde Oberst W e n d t und Hptm. v. I l l b e r g unterstellt.

Mit der neu herangeführten 2.Armee wurde Oberst F a c h als VO eingesetzt, ihm wurden die T.B. 6 und 8 zugeführt. Ausserdem wurden den VO Fachkräfte zur Verfügung gestellt, die Kenntnis von der Wirtschaft Jugoslawiens und Griechenlands hatten. Für die Betreuung des Kupferwerkes B o r wurde Dr. P o o k vom Wi Rü Amt entsandt.

Näheres über Einsatz und Leistungen der wehrwirtschaftlichen Einheiten während der Balkanaktion siehe Bericht des OKW (Wi Rü Amt) Nr. 27438/41 geh. v. 4.6.1941, Anlage XXI,10).

A035345

H2296-0358

Noch während der Operationen wurde die Einrichtung eines Wehrwirtschaftsstabes Serbien mit einem Wi Kdo in Belgrad befohlen, der Stab wurde eng an den vom Reichsmarschall mit der wirtschaftlichen Verwaltung Serbiens beauftragten Generalkonsul N e u h a u s e n angeschlossen.

Ebenso wurden

a) ein Wehrwirtschaftsoffizier Agram für das Gebiet Kroatien und

b) ein Rü Kdo Klagenfurt für die zum Reichsgebiet übertretenden Teile Jugoslawiens eingesetzt (s. Anl.XXI,11).

Der Wehrwirtschaftsstab Serbien wurde schnell für die Truppenversorgung der auf dem Balkan eingesetzten Truppen von grosser Bedeutung und hat sich später grosse Verdienste erworben bei der Erschliessung und Sicherung der für die deutsche Rüstung wichtigen jugoslawischen Rohstoffvorkommen und bei der Organisation des Abtransportes dieser Rohstoffe. Die Erfassung der in Serbien und Kroatien noch brauchbaren Betriebe zur Einordnung in die deutsche Rüstungswirtschaft wurde bereits im April eingeleitet (s. Wi Rü Amt Nr. 22 261/62 v. 29.4.1941 Anl. XXI,12 und XXI,13) und brachte den W.T. besonders für Reparaturbetrieb, aber auch für Neufertigung von Gerät aller Art brauchbare Hilfe. Die Rohstoffbetriebe konnten im Laufe der Zeit zu einer wertvollen Unterstützung der deutschen Kriegswirtschaft ausgebaut werden, da sowohl die Kupfer-, Bauxit-, Zinn-, Chrom-, Asbest- und Glimmerlieferungen von erheblicher Bedeutung waren.

A033316

H2296-0359

Da der griechische Raum lt. Weisung des Führers (s. Weisung Wi Rü Amt Nr. 22 263/41 2. Ang. v. 29.5. Anl.XXI,14) den Italienern zur wirtschaftlichen Ausnutzung überlassen wurde, wurden in Griechenland nur insoweit wehrwirtschaftliche Dienststellen eingerichtet, als es das Truppenbedürfnis und die Sicherung der Verkehrslage erforderten. Es wurden

in Saloniki und in Athen je ein Wi Kdo

geschaffen. Zugleich wurde für den von deutschen Truppen besetzten Raum Saloniki und Athen die Erfassung und Ausnutzung der Betriebe, die für die Kriegs- und Rüstungswirtschaft in Frage kamen, angeordnet (s. Wi Rü Amt Nr. 22 263/41 g Anl. XXI,15). Die Werke in Athen wurden in Sonderheit für den Reparaturbetrieb der Luftwaffe von Bedeutung. Aber auch für die Öl- und Tabakversorgung von Truppe und Heimat konnten sich die wehrwirtschaftlichen Dienststellen erhebliche Verdienste erwerben.

A 035347

H2296-0360

Italien - Afrika.

Als die Beteiligung deutscher Truppen am italienischen Afrika-Feldzug in Erwägung gezogen wurde, war dem Wi Rü Amt klar, dass aus einer solchen Aktion sich grosse wehrwirtschaftliche Aufgaben entwickeln können. Es wurde daher im Frühjahr 1940 zunächst intern im Wi Rü Amt die Zusammenstellung und Bearbeitung aller wichtigen wehrwirtschaftlichen Unterlagen über das nordafrikanische Gebiet angeordnet und die Bereitstellung des notwendigen Fachpersonals vorbereitet. Zu einer Aufstellung eines besonderen Wehrwirtschaftsstabes für Afrika kam es allerdings erst im Oktober 1940, da die Italiener sich zunächst jede wirtschaftliche Ausnutzung des afrikanischen Kampfraumes vorbehalten hatten. Da auch der Führer der deutschen Truppen vorläufig keine wehrwirtschaftlichen Aufgaben in Afrika sah, wurde der Stab 1940 nicht zum Einsatz gebracht. Erst im Frühjahr 1942 wurde in Form eines VO Lybiens beim deutschen Panzerkorps der praktische Grundstein für die Wehrwirtschaftsorganisation Afrika gelegt, die später die gesamte wirtschaftliche Ausnutzung des besetzten Gebietes von Afrika übernehmen musste und sowohl für die Truppenführung wie für die Ausnutzung des Landes im Interesse der Heimat von grösster Bedeutung wurde.

Der Eintritt Italiens in den Krieg hatte auch die wehrwirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und Italien näher geknüpft. Während im Jahre 1940 fast nur Kriegsgerätegeschäfte abgewickelt wurden, bauten sich im Jahre 1941 neben dem Kriegsgerätegeschäft die Verbindungen auf folgenden Gebieten aus:

A 085348

H2296-0361

a) auf dem Rohstoffaustausch und der Belieferung Italiens mit Kohlen und Treibstoffen,

b) auf dem Gebiet der technischen Hilfe Deutschlands für die italienische Industrie,

c) auf dem Gebiet der Verlagerung von Aufträgen nach Italien,

d) auf der Gestellung italienischer Arbeiter nach Deutschland.

Anfang Januar 1941 hatte Chef Wi Rü Amt mit dem Führer der italienischen Kommission eine erste offene Aussprache, die für die Gesamtbeurteilung Italiens von besonderer Bedeutung war und die ein wenig erfreuliches Bild zu Tage brachte. Das Kriegstagebuch Wi Rü Amt besagt darüber: " Besprechungen mit den Italienern. Bisheriger Eindruck: Italien ist wirtschaftlich völlig unvorbereitet in den Krieg eingetreten. Rohstoffe sind nicht genügend vorhanden, Vorräte reichen nach italienischen Angaben höchstens auf 2 - 3 Monate. Engpass bei Kautschuk und Mineralöl. Italienische Rüstungsindustrie arbeitet mit 25 % ihrer Kapazität in einer Schicht, da weder genügend Kohle (z.T. nur 1 Monat Vorrat) noch Rohstoffe vorhanden. Stahlproduktion soll 90 000 t/Mon. betragen, davon 40 000 t Heer, 20 000 t Marine, 10 000 t Luftwaffe und 20 000 t für sonstige Zwecke. General F a v a g r o s s a erklärt, dass er seit einem halben Jahr den Staatschef auf die bestehenden Schwierigkeiten aufmerksam gemacht und auf eine Aussprache mit Deutschland gedrängt habe, aber nie Erfolg gehabt habe. Nach Vortrag der Lage

A C05349

H2296-0362

beim Führer durch Chef OKW wird den Italienern die komplette Ausrüstung für 10 Divisionen aus der französischen Beute zugesagt. Die Frage der Munitionsfertigung in Frankreich soll schnellstens geklärt werden. Amtschef bittet General Favagrossa um Vorlegung eines Fertigungsplanes, aus dem genaue Angaben ersichtlich sind."

Im Laufe des Sommers 1940 trat die schlechte Kriegsvorbereitung Italiens immer mehr zu Tage und die italienischen Wünsche, in Sonderheit auf artl. Gebiet und dem Rohstoff- und Mineralölgebiet wurden immer dringlicher. September 1941 kam es zu einer erneuten Aussprache mit F a v a g r o s s a , wobei dieser die Lage in Italien als höchst gespannt schilderte und sehr über den Rückstand der zugesicherten deutschen Lieferungen an Kriegsgerät und Rohstoffen Klage führte. Ausserdem verwies er auf die schlechte Mineralöllage Italiens und stellte erhöhte Treibstofforderungen.

Die Forderungen konnten zur z.T. erfüllt werden, im übrigen wurden die Italiener auf die Beendigung des Ostfeldzuges vertröstet.

Über die wehrwirtschaftliche Ausnutzung wurde der in der Anlage beigefügte Befehl Wi Rü Amt Nr.27 041/41 g v. 18.7.41 erlassen (s. Anl. XXI,16).

Die als Gegenleistung für die deutschen Lieferungen verlangte Gestellung italienischer Arbeiter nach Deutschland kam nur langsam in Gang. Näheres darüber an späterer Stelle.

A C05350

H2296-0363

Ungarn, Bulgarien, Schweiz.

Da die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Verbindungen mit Ungarn, Bulgarien und der Schweiz laufend zunahmen und die W.T. in der Auftragsvergebung nach diesen Ländern sich dauernd gegenseitig störten und den Rang abliefen, entschied sich OKW, auch in diesen Ländern eine wehrwirtschaftliche Dienststelle des OKW einzurichten.

Es wurden geschaffen:

a) am 7.Mai ein "Deutscher Wehrwirtschaftsoffizier Sofia"
b) " 11.Juni " "Deutscher Wehrwirtschaftsoffizier Ungarn"
c) " 11.Juni " "Deutsche Industrie-Kommission in Bern".

Die Aufgabengestellung und die Leitung der Dienstgeschäfte musste bei der Verschiedenheit der politischen Verhältnisse zwischen Deutschland und den Ländern verschiedenartig sein, sie ergibt sich aus den in den Anlagen XXI,17,18 und 19 beigefügten Dienstanweisungen (Wi Rü Amt Nr. 3529/41 g, Nr. 4068/41 g und Nr. 4083/41 geh.s. Anl. XXI,3).

Diese Dienststellen wurden nicht nur für die Truppenversorgung und für die Auftragsverlagerung von grosser Bedeutung, sondern sie wurden allmählich auch für den Kriegsgeräteaustausch und für sonstige militär-wirtschaftliche Aufgaben zum Bindeglied zwischen Deutschland und den betr. Staaten. Ausserdem bildeten sie auf wehrwirtschaftlichem Gebiet das wachsame Auge des Wi Rü Amtes in diesen Staaten.

Sie haben sich im Laufe der Jahre voll bewährt.

A 085351

H2296-0364

Ostfeldzug.

Die wehrwirtschaftliche Vorbereitung des Ostfeldzuges wurde von Seiten des Wi Rü Amtes mit grösster Energie und in grösstem Ausmaß betrieben. Leider konnten nur die theoretischen Arbeiten in diesem Tempo gefördert werden, da die praktischen Vorbereitungen, wie Aufstellung und Ausrüstung der wehrwirtschaftlichen Stäbe und Verbände aus Geheimhaltungsgründen verboten war. Mehrere Anträge des Chefs Wi Rü Amtes, in der praktischen Vorbereitung wenigstens so weit gehen zu können wie für die Kampftruppen, wurden vom Chef OKW aus Geheimhaltungsgründen abgelehnt. Trotzdem gelang es auch, die Aufstellungsvorarbeiten so zu fördern, dass bei Beginn der Operation die wehrwirtschaftlichen Einheiten planmässig zur Verfügung standen, wenn auch ihre Ausrüstung noch recht mangelhaft war.

Die theoretische Vorbereitung, d.h. die Ausrüstung der einzusetzenden Wehrwirtschaftsorganisation und der in Russland einmarschierenden Truppen mit dem notwendigen wehrwirtschaftlichen Material war indessen mustergültig durchgeführt worden, und es kann festgestellt werden, dass noch nie ein Heer mit wehrwirtschaftlichem Material über das Feindesland so ausgerüstet gewesen ist, wie das deutsche in Russland. Reichsmarschall G ö r i n g erkannte diese Vorbereitungen dem Chef Wi Rü Amt gegenüber mit höchsten Worten des Lobes an (s. Aktennotiz v. 26.6.1941, Anl. XXI,20). Über die Einzelheiten der Vorbereitung gibt die Sonderbearbeitung des Wi Stabes Ost Auskunft.

A 005352

H2296-0365

Der Einsatz der Organisation ging im allgemeinen planmässig vonstatten, wenn auch der Stand der Motorisierung der Einheiten zunächst nicht genügte und dadurch ihr Eintreffen an einzelnen Stellen verzögert wurde. Die Arbeit der wehrwirtschaftlichen Dienststellen fand allerorts höchste Anerkennung, in Sonderheit haben sich die Landwirtschaftsführer in ihrer schweren Arbeit auf einsamen Posten unvergängliche Verdienste erworben. Wenn es gelang, die landwirtschaftliche Ausnutzung der Ukraine, des Dongebietes, der kaukasischen Ebenen und aller sonstigen Gebiete auf eine solche erfreuliche Höhe zu bringen, wie es die Sonderbearbeitung des Wi Stabes ergibt, und wenn es gelang, dicht hinter der kämpfenden Front die russischen Industriegebiete wieder in kurzer Zeit zum Anlauf zu bringen, so ist das das Hauptverdienst der Wehrwirtschaftsorganisation und ihrer draussen eingesetzten Führer.

Das Wi Rü Amt war vom ersten Tage der Vorbereitung an bemüht, der Obersten Führung ein wahres Bild von der wehrwirtschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Lage Sowjetrusslands zu geben. Die Nachrichten darüber widersprachen sich völlig. Als erste grössere Bearbeitung legte Wi Rü Amt neben dem grossen Heft "Die Wehrwirtschaft der Sowjetunion" der Obersten Führung eine Ausarbeitung vor unter dem Titel: "Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten" - Wi Rü Amt Nr. 10/41 g. Kdos. Chefsache - (s. Anl. XXI,21).

A 085353

H2296-0366

2353-PS

Die Bearbeitung stellte das Ergebnis dar der vom Reichsmarschall im November 1940 befohlenen Überlegungen über die geplante Ostoperation. Das Wi Rü Amt hatte sich darin bemüht, ein rein sachliches Bild zu geben über die wehr- und rüstungswirtschaftliche Lage der Sowjetunion und hatte es für erforderlich gehalten, auf die Punkte hinzuweisen, die einer militärischen Operation Schwierigkeiten bereiten können.

Das Ergebnis dieser auf Grund sicherer Unterlagen sorgsam zusammengetragenen Arbeit ist am Schluss wie folgt zusammengefasst:

" Eine Operation, die zur Besetzung des europäischen Teiles der UdSSR (ohne Uralgebiet) führt, bringt folgende Ergebnisse:

I. Für die ersten Monate wird sowohl auf dem Ernährungssektor wie auf dem Rohstoffgebiet für Deutschland eine Entlastung eintreten, wenn es gelingt, durch schnelles Zufassen

a) die Zerstörung der Vorräte zu verhindern,
b) das Erdölgebiet des Kaukasus unzerstört in unsere Hand zu bekommen und
c) die Transportfrage zu lösen.

II. Für eine längere Kriegsdauer ist eine wirksame Entlastung von folgenden Voraussetzungen abhängig:

a) auf allen Gebieten:
1. von der Lösung der Transportfrage,
2. von dem Verbleib der Bevölkerung und ihrer Gewinnung zur Mitarbeit.

A 035354

H2296-0367

b) auf dem Gebiete der Landwirtschaft:

1. von der Verhinderung einer Zerstörung der M.T.S. und der Möglichkeit des Ersatzes ihres Traktoren- und Maschinenparks durch Wiederaufnahme der Fertigung in der UdSSR.

2. von der Versorgungsmöglichkeit mit Treibstoffen.

c) auf industriellem Gebiet:

1. von der unzerstörten Inbesitznahme oder raschen Wiederherstellung der Kraftwerke.

2. von der Sicherstellung der Belieferung der Industrie mit den im europäischen Teil der UdSSR. nicht vorhandenen Rohstoffen.

III. Ungelöst bleibt bis zur Gewinnung einer Verbindung mit dem Fernen Osten die Versorgung Deutschlands mit Kautschuk, Wolfram, Kupfer, Platin, Zinn, Asbest und Manilahanf.

IV. Die Gebiete südlich der Wolga- und Donmündung einschl. des Kaukasus müssen in die Operation miteinbezogen werden. Das kaukasische Treibstoffgebiet ist für die Ausnutzung der besetzten Gebiete unentbehrlich.

V. Auf dem Gebiete der reinen Rüstungsindustrie führt sie zu einer Inbesitznahme von rd. 75 % der gesamten russischen Rüstungs- und fast 100 % der feinmechanischen und optischen Industrie.

Der UdSSR. verbleiben rd. 25 % der reinen Rüstungs- und kaum 1 % der feinmechanischen und optischen Industrie."

A035355

H2296-0368

Die Arbeit fand bei der Obersten Führung mit ihrem guten Kartenmaterial Anerkennung, die aufgezeichneten Schwierigkeiten wurden auf Grund der militär-politischen Gesamtbeurteilung aber nicht geteilt.

Dieser Bearbeitung sind weitere gefolgt, die das Ziel verfolgten, bei der fortschreitenden Eroberung der russischen Industriegebiete der Obersten Führung immer ein klares Bild zu geben über das den Russen noch zur Verfügung stehende Kriegspotential.

Besonders wichtig und für die Führung wertvoll waren davon im Jahre 1941 zwei Bearbeitungen:

a) eine Ausarbeitung vom 2.1o.1941 "Voraussichtliche Entwicklung der wehrwirtschaftlichen Lage Rußlands mit Fortschreiten der Operationen nach Osten"

und

b) eine Ausarbeitung vom Dezember 1941 über die Möglichkeit der Fortführung der russischen Rüstung im Jahre 1942.

In der Bearbeitung vom 2.10.1941 wurde die rüstungswirtschaftliche Lage der Sowjetunion dargelegt, nachdem der deutsche Vormarsch bestimmte Gebiete erreicht hatte. Die Lage Russlands wurde kurz wie folgt gekennzeichnet:

" A. Nach Verlust der Gebiete bis zur Linie Krim, Dnjepr-Linie, Charkow, Tula, Moskau, Leningrad, Kandalaaksha (Orte einschl.):
Der Verlust von etwa 2/3 der Eisen- und Aluminium-Erzeugung lässt eine Steigerung der verbliebenen Fertigungskapazitäten, wahrscheinlich sogar ihre volle Ausnutzung nicht mehr zu. Eine Wiederauffüllung

A 035356

H2296-0369

der materiellen Ausrüstung der Wehrmacht auf den Stand bei Kriegsbeginn während eines Stillstandes der Operationen im Winter ist nicht mehr möglich, wohl aber die Erstellung des dringendsten Bedarfs an Kriegsmaterial für die abwehrmässige Fortsetzung der Kampfhandlungen im nächsten Frühjahr.

Eine entscheidende Schwächung der wehrwirtschaftlichen Kraft Russlands ist noch nicht erreicht".

B. Nach weiterem Verlust der Erdölgebiete von Maikop und des Donez-Rostower Gebietes:

"Der Verlust von 2/3 der Kohleförderung bewirkt in Verbindung mit dem gleichhohen Verlust der Eisen-, Stahl- und Aluminiumproduktion eine so starke Schwächung der Gesamtwirtschaft, dass die industrielle Produktion auf fast allen Gebieten auf über die Hälfte absinkt. Damit dürfte die Wehrwirtschaft Russlands so weit geschwächt sein, dass sie bis Sommer 1942 aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist, die rüstungsmässigen Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Wiederaufnahme des Kampfes westlich des Urals zu schaffen."

C. Nach weiterem Verlust des Industriegebietes von Gorkij

"Die besondere Bedeutung des Verlustes von Gorkij ist zu erblicken in der fast völligen Ausschaltung der Lkw.- und Pkw.Fertigung. Nach Ausfall des Automobilwerkes "Molotow" in Gorkij, das 1938 rd.

A 035357

H2296-0370

115 000 Lkw. und Pkw. erzeugte, verfügt Russland nur nooh über wenige unbedeutende und kaum ausbaufähige Kfz.-Werke. Dieser für die Motorisierung der Wehrmacht sehr schwerwiegende Verlust wird in ausreichendem Maße nur durch entsprechende Umstellungsmaßnahmen auf Kosten der Kampfwagenfertigung ausgeglichen werden können.

Die Flugzeugindustrie verliert in Gorkij eines der leistungsfähigsten Zellenwerke, wodurch die Flugzeugausbringung eine weitere Verminderung erfährt. Eine wesentliche Verschlechterung der wehrwirtschaftlichen Gesamtlage gegenüber Fall B tritt sonst nicht ein."

D. Nach weiterem Verlust der Gebiete bis zur Wolga: "Gegenüber Fall B und C ergibt sich eine bedeutende weitere Schwächung der wehrwirtschaftlichen Kraft, die jedoch nicht unbedingt zu einem Niederbruch zu führen braucht. Dieser ist vielmehr erst nach dem Verlust der Industriegebiete des Urals zu erwarten."

Hieraus ergab sich die klare Erkenntnis, dass ein Zusammenbruch der Sowjetunion rein aus wehrwirtschaftlichen Gründen erst mit der Wegnahme oder Zerstörung der Ural-Industriegebiete erwartet werden konnte.

Die Bearbeitung vom Dezember 1941 diente in der Hauptsache dazu, der Obersten Führung nochmals eine Unterlage zu geben für die Beurteilung des russischen Rüstungsstandes, da nach Auffassung des Wi Rü Amtes darüber bei der Obersten Führung falsche Ansichten bestanden. Es wurde

A 035358

H2296-0371

zum Ausdruck gebracht, dass im Dezember der Russe noch genügend Rüstungskapazitäten in der Hand hatte, um die Rüstung weiterzuführen und dass die Wegnahme oder die Zerstörung der Wolga- und Ural-Industriegebiete das wehrwirtschaftliche Ziel unserer Operationen sein müsse.

Diese rüstungswirtschaftlichen Beurteilungen, die nur der Obersten Führung und den Generalstabschefs der W.T. vorgelegt wurden, haben bei der Obersten Führung nicht volle Zustimmung gefunden. Leider haben die weiteren Jahre und die spätere Entwicklung gezeigt, dass die rein auf sachliche Nachrichten und Berechnungen aufgestellten Beurteilungen des Wi Rü Amtes sich voll bewahrheitet haben und zum grossen Teil noch zu optimistisch abgefasst waren.

Der Chef und die verantwortlichen Bearbeiter des Wi Rü Amtes haben unter der Nichtanerkennung ihrer langjährigen und fleissigen Arbeit während der Ostkämpfe schwer gelitten, da sie glaubten, mit ihrer Arbeit auch ihren Anteil an dem deutschen Freiheitskampf gegeben zu haben. Es ist für sie ein schlechter Trost, wenn sie am Ende des grossen Ringens feststellen müssen, dass sie die Stärke der wirtschaftlichen Kampfkraft Russlands richtig beurteilt haben.

Für die Beurteilung der russischen Lage war für das Wi Rü Amt besonders von Bedeutung, dass frühzeitig die planmässige Räumung der westlichen Wirtschaftsgebiete erkannt wurde. Auch konnten durch die VO des Wi Rü

A 035359

H2296-0372

Amtes bei den Armeen an zahlreichen Stellen an Hand von gefundenen Unterlagen die Räumungsziele festgestellt werden. Ausserdem wurde durch Vorschieben von wehrwirtschaftlichen Stellen zur Gefangenenvernehmung wichtiges Material über die russische wirtschaftliche Lage eingebracht. Umso bedauerlicher war es, dass dieses Material nicht die richtige Wertung fand.

Die Tätigkeit des Wi Rü Amtes während der Durchführung des Ostfeldzuges lag in der Hauptsache in der organisatorischen Steuerung des eingesetzten wehrwirtschaftlichen Apparates und in der Beratung des wirtschaftlichen Führungsstabes Ost. Die fachmännische Führung lag bei den im Führungsstab vereinigten Staatssekretären, die ihre Fachweisungen über den Wirtschaftsstab Ost an ihre Bearbeiter bei den Wehrwirtschaftsinspektionen gaben. Nur auf dem Rüstungsgebiet ergingen die Richtlinien für die Ausnutzung des Ostraumes zunächst vom Wi Rü Amt bis nach der Eroberung des Donezgebietes auf Befehl des Reichsmarschalls auch für den Ostraum der Rm.f.B.u.Mun. dafür zuständig wurde.

Der Wiederaufbau der Rohstoff- und Treibstoffbetriebe und ihre Bewirtschaftung erfolgte seitens des R.Wi. Min. in engem Einvernehmen mit dem Wi Rü Amt.

Verantwortlich für die wirtschaftliche Gesamtleitung des Ostraumes war der Wirtschaftsführungsstab Ost unter dem Reichsmarschall bezw. Staatssekretär K ö r n e r, verantwortlich für die Fachweisungen waren die Staatssekretäre, verantwortlich für den Aufbau der wehrwirtschaftlichen Organisation das Wi Rü Amt, verantwortlich für

A 085360

H2296-0373

die Durchführung aller Maßnahmen der Wi Stab Ost.

Das Wi Rü Amt blieb bemüht, den Apparat unter den schwierigen Ostverhältnissen und den Riesenentfernungen möglichst wendig zu erhalten und ihn in gleicher Weise für die Bedürfnisse der Truppe wie für die Versorgung der Heimat nutzbar zu machen (s. Richtlinien für die Führung und den Einsatz der Wirtschaftsdienststellen in den neu besetzten Ostgebieten, Wi Rü Amt Stab Ia Nr. 2921/1941 geh. v. 11.8.1941, Anl. XXI,22).

Die wehrwirtschaftliche Organisation hat im Osten eine Arbeit geleistet, deren Ausmaß und Bedeutung erst später bei einem ruhigen Studium der durchgeführten Arbeiten erkannt werden wird. Die Truppe hat die Arbeitsleistung allerorts voll anerkannt und weiss, was durch die Wehrwirtschaftsorganisation für sie geleistet worden ist. Die Heimatdienststellen, die von den Schwierigkeiten des Einsatzes, den Entfernungen, dem Mangel an Treibstoff und den grossen Aufgaben, die an jeden Mann draussen auf einsamer Flur fast täglich herantraten, keinen Begriff hatten, konnten die Grösse der Leistung nicht bewerten. Jedenfalls war die Wehrwirtschaftsorganisation von dem Gedanken erfüllt, dass sie mit ihrer Tätigkeit der kämpfenden Truppe wie der Heimat einen Dienst leistet, wie sie es besser nicht konnte und wie es für Soldaten selbstverständliche Ehrenpflicht war.

Im Ostfeldzug war es von Anfang an das Bestreben der Obersten Führung, möglichst frühzeitig die Wehrmacht von der Verwaltung der besetzten Ostgebiete zu entlasten und dafür eine dem Reichsminister R o s e n -

b e r g

A 005561

H2296-0374

unterstehende Zivilverwaltung einzurichten. Dieser Maßnahme lag in erster Linie die Idee zu Grunde, dass das eroberte Land durch die Organisation der Partei möglichst schnell propagandistisch beeinflusst und die Beseitigung der unsicheren Elemente durch die Organe des Sicherheitsdienstes und der Polizei durchgeführt werden sollte. Ausserdem war es im Sinne des Führers, dass die Landesverwaltung nicht durch die Wehrmacht, sondern durch bewährte Parteiorgane vorgenommen werden sollte. Neben der reinen Verwaltung sollte auch die Wirtschaftsführung in diesen Gebieten von diesen Zivilstellen durchgeführt werden.

Die frühzeitige Abgabe der rückwärtigen Gebiete an die Zivilverwaltung wurde vom Oberquartiermeister des Heeres begrüsst, da ihm dadurch eine erhebliche Arbeitslast abgenommen wurde. Für die Wehrwirtschaftsorganisation wäre die Abgabe zu einem späteren Termin erwünschter gewesen, da sie gerade in dem Moment erfolgte, wo sich die umfangreichen Vorarbeiten und der erste schwierige Aufbau auswirken sollten.

Allein aus dem Gerechtigkeitsgefühl heraus und zur geschichtlichen Klärung muss aber festgestellt werden, dass die Zivilorganisation ohne jede Vorbereitung ihre Aufgabe antrat und allein auf den Arbeiten fussen konnte, die vorher von der Wehrwirtschaftsorganisation geschaffen und eingeleitet waren und dass von Seiten der Wehrmacht an die Zivilorganisation alle Bearbeiter aus der Wehrwirtschaftsorganisation zur Verfügung gestellt wurden, die die neuen Zivildienststellen für den

A 035362

H2296-0375

weiteren glatten Ablauf für notwendig hielten.

Dass eine derartige kameradschaftliche Unterstützung der Zivilorganisation durch die Wehrmacht eine Selbstverständlichkeit war, ist klar. Da aber das Ostministerium und die vom Führer eingesetzten Reichskommissare später das Verdienst für die schnelle Erschliessung der östlichen Wirtschaft allein für sich in Anspruch genommen haben, war es eine Dankesverpflichtung an die Aussenstellen der Wehrwirtschaftsorganisation, ihre grossen Verdienste beim Aufbau der besetzten Ostgebiete hier besonders herauszustellen. Sowohl die Heeresgruppen und Armeen, wie die Einwohnerschaft der bewirtschafteten Gebiete haben bei jeder sich bietenden Gelegenheit die sachliche, tätige und verständnisvolle Arbeit der Soldaten der militärischen Wehrwirtschaftsorganisationen anerkannt. Auch später hat das Wi Rü Amt laufend den Wi Stab Ost angehalten, engste kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Reichskommissars zu pflegen.

Der grundlegende Erlass des Führers über die Verwaltung der neubesetzten Ostgebiete vom 17.Juli 1941 ist in der Anlage XXI,23 beigefügt, desgleichen der Zusatzerlaß vom 29.6.1941, Anl. XXI,24.

Durch Führerbefehl wurden an die Zivilverwaltung abgegeben:

1.8.41 Bezirk Bialystock	an Provinz Ostpreußen
1.8.41 Galizien	an Generalgouvernement
1.8.41 Litauen	an RK. Ostland
1.9.41 Raum um Minsk,Lettland	an RK. Ostland

A 085363

H2296-0376

1. 9.41	Raum zwischen Pinsk-Brest-Luck-Kamenez-Podolsk-Mogilew-Podolski	an RK- Ukraine
20.10.41	Raum von Winniza-Perwomaisk-Tscherkassy - Kiew-Shitomir	" " "
15.11.41	das Gesamtgebiet westlich des Dnjepr: die Räume von Nikolajew, Cherson, Nikopol, Dnjepropetrowsk	" " "
5.12.41	Estland	" " " .

Die entsprechenden Führererlasse vom 29.6.41, 17.7.41 und 20.8.41 sind in den Anlagen XXI,25 - 27 beigefügt.

Durch den frühzeitigen Einsatz der Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten entstanden an einzelnen Stellen Unklarheiten über die Aufgaben der Zivilstellen und der Wehrwirtschaftsorganisation. Auf Bitten des Wi Rü Amtes erließ daher der Reichsmarschall mit V.P. 17 622 (Bgm) vom 28.10.41 einen Erlaß über die Zuständigkeiten der Betriebsbetreuung in den besetzten Ostgebieten.

Die VO des Wi Rü Amtes bei den AOK waren auch im Ostfeldzug für die Truppenführung von großer Bedeutung. Besonders das durch das Wi Rü Amt zusammengestellte eingehende Nachrichtenmaterial über die Wirtschaftseinrichtungen in den russischen Städten und Gebieten gab den Truppenführern gute Unterlagen in die Hand für Unterkunft und Versorgung. Andererseits konnten die VO und die direkt auffolgenden Wi Kdos große Mengen von Vorräten aller Art vor der Vernichtung retten und für den Truppennach-

A 035364

H2296-0377

schub bereitstellen.

Die VO und späteren Armeewirtschaftsführer wurden sehr bald zu einem wichtigen Glied der Stäbe der hohen Kommandostellen und haben dort von Monat zu Monat sich steigernde Aufgabengebiete zugewiesen bekommen. Alle Armeen waren von der Notwendigkeit der Einrichtung der Dienststelle des Armeewirtschaftsführers voll überzeugt.

A 035365

H2296-0378

F r a n k r e i c h

Die im Jahre 1940 eingeleiteten Maßnahmen auf dem wehrwirtschaftlichen Gebiet wurden im Jahre 1941 intensiviert und brachten die ersten erfreulichen Erfolge.

An kriegswichtigen Mangelstoffen wurden bis 31.12. nach Deutschland abtransportiert:

Nichteisenmetalle	213.162 t
Nichteisenmetalle-Abfälle	40.651 t
Stahl und Eisen	107.841 t
Chemische Rohstoffe, Kautschuk	19.694 t
Ind. Öle und Fette	16.445 t
Terpentinöl	11.043 t
Kolophonium	45.486 t
Häute , Felle, Leder	16.538 t
Textilrohstoffe	36.466 t
Steine und Erden	10.543 t
Holz	17.429 t
Schrott (ohne Schuh)	51.302 t
Schrott Org. Schuh	912.761 t
	1,499.361 t.

Trotzdem blieben der französischen Wirtschaft die Rohstoffmengen, die sie zur Durchführung der verlagerten und ihrer eigenen Aufträge benötigte. Es zeigte sich, daß in Frankreich von der Wirtschaft eine erhebliche Bevorratungspolitik betrieben worden war und daß die Vorräte erheblich höher lagen als es zunächst angenommen werden konnte.

A 035366

H2296-0379

Ebenso erfreulich waren die Ergebnisse im Maschinenabtransport . Schon die ersten oberflächlichen Erkundungen ergaben, daß etwa 15 000 Werkzeugmaschinen für die deutschen Belange aus der französischen Wirtschaft herausgenommen werden konnten ohne daß deren Leistungsfähigkeit nennenwerte Einbusse erleiden würde. Die Anzahl der nach Deutschland bis 1.8.1942 abtransportierten Werkzeugmaschinen, Motoren und Lochkartenmaschinen belief sich auf über 17 000 Werkzeugmaschinen, über 8 000 Motoren und über fast 700 Lochkartenmaschinen. Daneben wurden noch zahlreiche Sonderwünsche der deutschen Wirtschaft erfüllt, indem in größerem Umfange Eisenkonstruktionshallen, Kräne, Sondermaschinen für Munitionsfertigung, Aggregate für das Mineralölprogramm, Kraftmaschinen zum Ausbau der U-Boot-Punkte, Spezialgeräte für den Bergbau und andere industrielle Werte aus der französischen Industrie herausgezogen und der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden.

Die Auftragsverlagerung wurde von Tag zu Tag ausgeweitet. Nachdem die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke durch Technische Kommandos wieder voll in Gang gebracht worden waren, wurde eine eingehende Erkundung der Leistungsfähigkeit der französischen Industriegebiete auf Grund der in Deutschland gemachten Erfahrungen vorgenommen und entsprechende Fertigungsvorschläge für die Hauptfirmen aufgestellt, nach denen die Belegung der Betriebe erfolgte. Da alle Aufträge von den Beschaffungsstellen der Wehrmachtteile oder unmittelbar von deutschen Rüstungsfirmen an die franzö-

A035367

H2296-0380

sischen Rüstungsbetriebe über die zuständige Rü In zu leiten waren, gelang es bei dem Rü Stab Frankreich sehr schnell, einen Überblick über die Leistungsfähigkeit und über die Belegung der französischen Industrie zu bekommen. Im Verlauf des Jahres 1941 wurde auch vermehrt dazu übergegangen, die Fertigung von Verbrauchsgütern von Deutschland nach Frankreich zu verlegen, um in Deutschland weitere Betriebe für die Rüstungsfertigung freizumachen.

Auch in die Umsetzung französischer Arbeitskräfte nach Deutschland wurde die Wehrwirtschaftsorganisation stark eingespannt und konnte durch ihre Kenntnis die Arbeit der deutschen Arbeitseinsatzverwaltung erheblich unterstützen.

Alle Einzelheiten ergibt die Sonderbearbeitung des Wi Rü Stabes Frankreich.

A 035368

H2296-0381

Norwegen und Schweden .

Besonderer Aufmerksamkeit bedurfte die wehrwirtschaftliche Lage in Norwegen. Norwegen wurde im Jahre 1941 mit Großaufträgen überlastet, deren Ausmaß in keiner Weise mit den finanziellen und wirtschaftlichen Kräften des Landes in Einklang stand. Folgende Großaufträge lagen 1941 vor:

1.) Küstenbefestigungen (90 Batterien)
2.) Großausbau von Flugplätzen
3.) Bau der Eisenbahn nach Stavanger, für den allein 46 000 Arbeiter gefordert wurden
4.) Ausbau der U-Boot-Basen in Drontheim und Bergen
5.) das Koppenberg' sche Aluminium-Projekt.

Da die W.T. ihre Aufträge ohne jede sachliche Vorprüfung mit größter Dringlichkeit in Norwegen vergaben und alle Produktionsmittel in Anspruch nahmen und aufkauften, trat für die norwegische Währung ein gewisse Gefahr ein, die den Reichskommissar veranlaßte, gegen das wilde Auftragsgebahren der W.T. vorzugehen. Der W Stb Norwegen wurde daher durch den nach Norwegen gereisten Chef Wi Rü Amt angewiesen, die Auftragsvergebung im Einvernehmen mit dem Reichskommissar möglichst zu steuern und wo erforderlich, Ausgleiche zwischen den W.T. zu schaffen. Leider gestaltete sich das dienstliche Verhältnis zwischen Reichskommissar

A 035369

H2296-0382

und Chef W Stb Norwegen trotz aller Bemühungen des Wi Rü Amtes nicht so, daß ein enges Zusammenarbeiten der Dienststellen gesichert war. Auch der Ersatz des Inspekteurs im Jahre 1943 durch einen General der Luftwaffe bracht keine Änderung.

In Schweden traten durch die zahlreichen Aufträge und Einkäufe der W.T. ebenfalls Schwierigkeiten ein, in dem unser Passivsaldo im September auf über 100 Millionen RM stieg. Es wurde innerhalb der deutschen Regierungskommission ein Ausschuß für die Verhandlungen mit der schwedischen Regierung gebildet und die Einkäufe der W.T. wurden über den zum Ausschuß gehörenden Wirtschaftsoffizier Oberst D r e w s geleitet und von hieraus entsprechend gesteuert. Wenn auch die Luftwaffe immer wieder versuchte, ihre eigenen Wege zu gehen, gelang es doch allmählich, in Schweden Ordnung in das Einkaufsverfahren zu bringen.

A 035370

H2296-0383

E n g l a n d .

Da die Vorbereitungen für eine Landung in England (Seelöwe) Ende 1940 gestoppt worden waren, trat wehrwirtschaftlich England 1941 etwas in den Hintergrund. Die Hauptaufgabe bestand darin, der Luftwaffe für die Luftangriffe das notwendige wehrwirtschaftliche Material zu liefern, die Auswirkungen des U-Boot-Krieges zu beobachten und die gesamte Rüstungs- und Versorgungslage Englands weiter unter Kontrolle zu halten.

Daneben war es dem Wi Rü Amt möglich, aus der Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge heraus dem militärischen Führungsstabe Hinweise zu geben für den Einsatz von Luft- und Wasserstreitkräften zur Störung der englischen Versorgung und des englischen Schiffsverkehrs nach Rußland und Amerika.

Die im Jahre 1940 gegebenen wehrwirtschaftlichen Beurteilungen Englands fanden im Jahre 1941 ihre Bestätigung. Näheres ergeben die Anlagen:

Die Ernährungslage Englands im Jahre 1941
Nr. 18 386/41 geh.v.1.4.41 (Anl. XXI,28)

Die wehrwirtschaftliche Lage Englands am 1.6.41
Nr. 20 961/41 geh. v. 19.6.41 (Anl. XXI,29)

Die Versorgungslage Englands
Nr. 22 411/41 geh. v. 29.7.41 (Anl. XXI,30)

Die Ernährungslage Englands
Nr. 31 335/41 geh. v. 1.12.41 (Anl. XXI,31).

A 035371

H2296-0384

Schätzung der Ende Dezember 1940 ausgerüsteten Formationen des englischen Kriegsheeres auf Grund der Rüstungslage vom 13.1.41 (Anl. XD,32).

Das Allgemeinbild rundete sich immer mehr dahin ab, daß

a) die Rüstungsindustrie Großbritanniens durch die Luftangriffe wohl stark gelitten, aber noch keinen entscheidenden Schlag erhalten hatte;

b) die Versorgungslage wohl starke Lücken zeigte, die zeitweise eine gewisse Not erkennen liessen, aber noch keine gefahrvolle Note angenommen hatte;

c) daß zum Zusammenbruch Englands sowohl luft- wie U-Boot-mäßig erheblich stärkere Erfolge errungen werden müssen als bisher.

A-035372

H2296-0385

A m e r i k a.

Das Studium der amerikanischen Wehrwirtschaft war schon vor dem Kriege seitens des WStb mit besonderem Nachdruck betrieben worden. Zu diesem Zwecke war der damalige Major W a r l i m o n t vom WStb auf ein Jahr nach Amerika kommandiert worden und hatte gute Unterlagen über die Organisation der amerikanischen Wehrwirtschaft mitgebracht. Auch sonst war es gelungen, ein ungefähres Bild der rüstungs- und wehrwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Vereinigten Staaten zu erhalten. Das Urteil des Wi Rü Amtes bei Kriegsausbruch 1939 über die Vereinigten Staaten lautete dahin, daß Amerika

1.) bei überraschendem Kriegsausbruch nur gerade in der Lage sei, seine Wehrmacht zu versorgen,
2.) zur Umstellung seiner Industrie etwa ein Jahr benötige, um große Mengen von Kriegsgerät, vor allem an Flugzeugen, Panzern und Kraftfahrzeugen zu erzeugen,
3.) nach einem 1 - 1 1/2 jährigen Anlauf auf fast allen Rüstungsgebieten eine Leistungsfähigkeit erreichen kann, die alle anderen Staaten weit übertrifft.

Infolgedessen wurde seitens des Wi Rü Amtes immer der Standpunkt vertreten, daß die Politik unter allen Umständen ein Eintreten Amerikas in den Krieg gegen uns verhindern müsse und daß es am besten sei, Amerika als Großlieferant für Deutschland zu gewinnen.

AOC55373

H2296-0386

Diese Auffassung fand aber keine Würdigung, da man militärischerseits die Ansicht vertrat, daß der Kriegs längst gewonnen sein würde, ehe sich die amerikanische Umstellung auf Kriegswirtschaft auswirken könne. Auch wurden die Angaben des Wi Rü Amtes über die wehr- und rüstungsmäßige Leistungsfähigkeit Amerikas noch Ende des Jahres 1942 als zu pessimistisch abgelehnt. Die heute (Sommer 1944) bekannt gewordenen Zahlen liegen zum größtenteil weit über den damaligen Angaben des Wi Rü Amtes. Weiterhin wurde vom Wi Rü Amt immer wieder darauf hingewiesen, daß, wenn Amerika erst mal große Mittel für den Krieg investiert hat, es nicht eher den Krieg beendigen wird, bis daraus nicht ein erträgliches Geschäft erwachsen ist.

Eingehende Beurteilungen des Wi Rü Amtes über die amerikanische Wehrwirtschaft befinden sich in den Akten des jetzigen F Wi Amtes.

A 005374

H2296-0387

Verhandlungen mit den befreundeten und neutralen Staaten und Kriegsgerätelieferungen.

Die Verhandlungen mit den befreundeten und neutralen Staaten auf wehrwirtschaftlichem Gebiet nahmen im Jahre 1941 einen umfangreichen Rahmen an. An der Spitze standen die Verhandlungen mit Italien, die folgende Hauptgebiete betrafen:

a) Unterstützung Italiens mit Kriegsgerät,

b) Belieferung Italiens mit Rohstoffen und Mineralölen,

c) Leistung technischer Hilfe an italienische Betriebe,

d) Verlagerung von Kriegsgeräteaufträgen nach Italien,

e) italienische Gegenlieferungen auf materiellem Gebiet und in der Gestellung von Arbeitskräften.

An Kriegsgerät stand zunächst die Bezahlung der aus der französischen Beute gelieferten Waffen, Fahrzeuge und Geräten zur Debatte, wobei die Italiener die deutsche Preisforderung zu hoch bezeichneten und nach langen Verhandlungen ihnen auf Wunsch des Führers ein Preisnachlaß von 25 % gewährt wurde. Da festgestellt worden war, daß die Italiener von Deutschland gelieferte Waffen weiter verkauften, wurde ihnen vom Wi Rü Amt die Verpflichtung auferlegt, kein von Deutschland geliefertes Kriegsgerät weiterzuverkaufen. Ihre weiteren Wünsche lagen in Sonderheit auf dem Flakgebiet und in der Belieferung mit Kraftwagen für Lybien. Mit Flakausrüstung wurden sie durch Deutschland in größerem Umfange

A 085875

H2296-0388

beliefert, teilweise mit modernen 8,8 cm Batterien, teilweise mit umgebauten 7,5 cm Beutebatterien. Von den geforderten 3 000 Lkw wurden ihnen 1 000 Stück zugeführt.

Da den Italienern außer 250 Beutepanzern keine Panzerwagen geliefert werden konnten, wurde ihnen die Baulizenz für die Panzerwagen Type III kostenlos gegeben. Als Ende des Jahres die italienischen Wünsche auf allen Gebieten in Sonderheit auf dem Rohstoffgebiet immer zahlreicher wurden, ging Wi Rü Amt daran, die gesamte Fertigung Italiens und den Rohstoffeinsatz nachzuprüfen, um den Italienern zu beweisen, daß ihre Rüstungsfertigung nicht scharf genug auf den Krieg eingestellt sei und daß mit den vorhandenen Fertigungsstätten und Rohstoffen mehr geleistet werden könne. Leider wehrten sich die italienischen Stellen mit allem Nachdruck gegen dieses Verfahren, sodaß der Versuch vorläufig keinen Erfolg brachte.

Die italienischen Forderungen an Rohstoffen und Mineralöl waren ab 1941 ein dauerndes Sorgenkind des Wi Rü Amtes. Die Rohstofforderungen des Generals F a v a g r o s s a waren im Großen und Ganzen nicht übertrieben, bedeuteten aber für die deutsche Kriegswirtschafteine laufende Belastung. So kam es, daß die vom RWiM zugesagten laufenden Lieferungen meist nicht voll erfüllt wurden und Italien diese Tatsache zum Vorwand nahm, auch seinerseits seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen. Ganz besonders belastend war aber die Mineralöllage Italiens. Da Italien seine Vorräte aufgebraucht und nur eine geringe Eigenproduktion

A 085376

H2296-0389

hatte, andererseits der Afrikakrieg und vor allem die zahlreichen Torpedierungen von Tankern einen erheblichen Verbrauch darstellten, mußte Deutshland neben den italienischen Bezügen aus Rumänien laufend Flugtreibstoff und Heizöl zur Verfügung stellen, um die italienische Luftflotte und Kriegsmarine einsatzfähig zu erhalten. Da die rumänischen Lieferungen, besonders nach Italien immer schlechter wurden und der deutsche Verbrauch im Osten im Anwachsen war, bedurfte es dauernder Verhandlungen, um Krisen in der italienischen Kriegführung zu verhindern. Näheres siehe Sonderbearbeitung des Oberstleutnant S a d e w a s s e r.

Die Vermittlung technischer Hilfe an italienische Firmen nahm laufend zu, die Verlagerung von Aufträgen nach Italien kam aber nur sehr langsam in Gang, weil die italienischen Firmen sich immer erst der notwendigen Rohstoffbereitstellung durch Deutschland versicherten. Auf Grund zweier in Paris im Feburar geschlossener Abkommen sollte Italien als Gegenleistung folgende Arbeiter stellen:

Nach dem ersten Abkommen sollen gestellt werden:

50 000 Metallfacharbeiter, die aus italienischen Betrieben herausgezogen werden,

30 000 Anlernkräfte aus dem vorhandenen Arbeitslosenbestand,

70 000 sonstige Kräfte, die in Deutschland in ihrem Beruf oder als Anlerner eingesetzt werden sollen.

Bei dem zweiten Abkommen handelt es sich um ca. 54 000 Kräfte; davon waren bestimmt:

A 005377

H2296-0390

10 000 für den Bergbau,

20 000 für Bauten der Dringlichkeitsstufen SS und S, besonders Bauten des chemischen Erzeugungsplanes,

10 000 für Verkehrsarbeiten, Reichsbahn, Reichspost, Strassen.

Ob die Zahlen erreicht wurden, war nach dem in den Verhandlungen gewonnenen Eindruck zweifelhaft.

Eine Anwerbeaktion für landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Höhe von ca. 60 000 lief gesondert.

Über die materiellen Gegenlieferungen Italiens wird im Jahre 1942 berichtet.

Neben den italienischen Verhandlungen nahmen bis zum Juni 1941 noch die Verhandlungen mit Rußland einen größeren Raum ein. Von Seiten des Führers war die Weisung gegeben worden, daß zur Tarnung des deutschen Aufmarsches die Russenaufträge in Deutschland pünktlichst erfüllt werden müssen. Da die Russen ihre Getreidelieferungen von den deutschen Lieferungen abhängig machten, diese aber bei einzelnen Firmen stark die Aufträge der deutschen Wehrmacht störten, bedurfte es zahlreicher Einzelverhandlungen des Wi Rü Amtes mit deutschen Firmen, um die russischen Aufträge in die deutsche Dringlichkeit einzuordnen. Die deutsche Industrie wurde auf Wunsch des Auswärtigen Amtes angewiesen, alle russischen Aufträge anzunehmen, auch wenn ihre fristgerechte Auslieferung nicht möglich war. Da besonders im Mai größere Auslieferungen auf dem Kriegsmarinegebiet stattfinden mußten, wurden die Firmen angewiesen,

A-035378

H2296-0391

das Gerät durch die russische Abnahmekommission ordnungsmäßig abnehmen zu lassen, dann aber das Gerät transportmäßig so umzuleiten, daß eine Auslieferung über die Grenze vor Beginn des deutschen Angriffs nicht mehr stattfinden konnte.

Durch den Besuch des Honvedministers, Exzellenz B a r t h a traten die Kriegsgerätegeschäfte mit Ungarn wieder mehr in den Vordergrund. Die Ungarn forderten in erster Linie deutsche Hilfe bei der Aufrüstung ihrer Luftwaffe, sowie Flak, Scheinwerfer- und Horchgerät, Panzer, Artillerie- und Nachrichtengerät und Schwerschrott. Sie boten dafür freie Kapazitäten für Lehren- und Zünderfertigung, Artilleriegerät- und Lkw- und Kasselwagenfertigung. Den Ungarn wurde Hilfe auf fast allen Gebieten zugesagt, jedoch erst ab Sommer 1942, weil man bis dahin den Ostfeldzug erledigt zu haben glaubte. Technische Hilfe für Rohstoffeinsparung mit Bereitstellung von Lizenzen wurde ihnen sofort zugesagt. Die Verlagerung von deutschen Aufträgen nach Ungarn wurde eingeleitet.

Einen größeren Umfang nahmen die Verhandlungen mit Rumänien und Finnland ein, da beide Staaten erhebliche Forderungen zur Besserung der Ausrüstung ihrer für den Kampf gegen Rußland vorgesehenen Verbände forderten. Gefragt waren von Rumänien zunächst Flakgerät, Zugmaschinen und Lkw für die Motorisierung und Artilleriegerät verschiedener Art, außerdem wurde von ihnen die Durchführung der in Frankreich und bei den Boehlerwerken laufenden Artillerie- und Munitionsaufträge erbeten. Die Finnen forderten weittragende

A 085379

H2296-0392

Geschütze, Flaks, Zünder, Flugzeuge und Unterstützung bei der Motorisierung. Auf Weisung des Führers wurde den Rumänen soweit als möglich entgegengekommen, während die Finnen auf später vertröstet werden sollten.

Mit Beginn der Ostoperationen wurden die Forderungen immer umfangreicher und dringlicher, bei den Finnen besonders auf dem Rohstoff- und Treibstoffgebiet. Sie wurden beiden Ländern gegenüber soweit als irgend möglich erfüllt.

Die bulgarischen Wünsche lagen in Sonderheit auf dem Motorisierungs- und Nachrichtenmittelgebiet und in der Lieferung von Panzerspäh- und Panzerwagen. Eine Belieferung konnte nur zum kleinen Teil erfolgen, im übrigen wurden die Bulgaren darauf hingewiesen, daß zunächst die im Kampf stehenden Staaten beliefert werden müßten.

Von besonderer Wichtigkeit waren weiterhin die Verhandlungen mit der Türkei. Das Wi Rü Amt wurde angewiesen, diese Verhandlungen besonders zu pflegen und den Türken möglichst viel Kriegsgerät anzubieten, einmal aus militärpolitischen Gründen, andererseits um die türkischen Chromlieferungen zu forcieren. Da das Auswärtige Amt im Herbst seinen Vertrag über türkische Chromlieferungen im Jahre 1942/43 unter Dach bringen wollte, wurden für 1942 größere Kriegsgerätelieferungen, die teilweise frühere türkische Bestellungen darstellten, zugesagt.

Endlich sind noch die Verhandlungen mit den Japanern zu erwähnen, die mit großen Forderungen an modernem Kriegsgerät an Deutschland herantraten. Ihnen wurde größtes Ent-

A C05380

H2296-0393

gegenkommen zugesagt, dafür aber Verstärkung der Kautschuklieferungen gefordert. Da im Laufe des Jahres die Schiffsverbindungen mit Japan immer schwieriger wurden, änderten die Japaner ihre Wünsche ab und stellten in erster Linie Forderungen in Gestalt von Musterstücken und Lizenzen an modernstem Kriegsgerät.

Eine Zusammenstellung der Kriegsgerätelieferungen ergibt die Anlage XXI, 33.

AC 3881

H2296-0394

C. Rüstungswirtschaft.

1.) Die Programmgestaltung.

Das Rüstungsprogramm des Jahres 1941 stand, nachdem die "Seelöwe" Aktion Ende 1940 als erledigt bezeichnet worden war, zunächst völlig im Zeichen des bevorstehenden bezw. im Gang befindlichen Ostkrieges. Später fanden je nach den zeitlichen Ereignissen das U-Boot-Programm und die Maßnahmen für den Afrikakrieg und im 2. Halbjahr die Verstärkung der Luftwaffe und der Ausbau des Mineralölprogramms eine besondere Förderung.

Bis zum Beginn des Ostfeldzuges regelte die Dringlichkeitsliste vom 7.2.1941 Rangordnung und Tempo der Rüstungsprogramme (s. Anl. XXI, 34). Sie stellte erstmalig die Entwicklungs-, Forschungs- und Erprobungsaufgaben für die neuen Waffen und Geräte in den Vordergrund, da man allmählich zur Erkenntnis gelangte, daß die Engländer und Amerikaner in gewissen Entwicklungen voraus seien und daß die Forschung und Entwicklung schärfer betrieben werden muß. Beim Heer blieb die Panzerwagenfertigung und die Panzerabwehr im Vordergrund, bei der Marine das U-Boot-Programm und die Flakabwehr, bei der Luftwaffe die modernen Typen der Luftrüstung und die moderneren Flakgeschütze einschl. der Flakmeßgeräte. Neu in die SS-Stufe wurden aufgenommen die neuen Entwicklungen auf dem Draht- und Funknachrichten-

A 033252

H2296-0395

verkehr und die Beschaffung der Apparaturen für die Hochleistungstreibstoffe sowie die Bunafertigung und Verarbeitung.

Seitens des Rm.f.B.u.M. wurden alle Anstrengungen gemacht, um das vom Führer gewünschte Panzerprogramm noch besonders zu fördern, sodaß hierdurch die W.T. mit ihren anderen wichtigen Programmen betreffs Arbeitergestellung und Rohstoffzuteilung mit dem Rm.f.B.u.M. oftmals nicht einig ginge. Besonders mit dem HWaA traten erhebliche Differenzen ein (s. Schreiben des Feldmarschall K e i t e l an Generalfeldmarschall v. B r a u c h i t s c h vom 19.2.41 , s. Anl. XXI,35).

Das OKW mußte daher laufend bemüht bleiben, im Interesse der Gesamtrüstung die notwendigen Ausgleiche vorzunehmen. Ein in der Anlage XXI,36 beigefügter Bericht des OKW / Wi Rü Amtes vom 16.5. über " Die Leistungen auf dem Gebiet der materiellen Wehrmachtsrüstung in der Zeit vom 1.9.40 bis 1.4.1941" sowie eine Aktennotiz vom 21.Mai 1941 über eine Rüstungsbesprechung bei Generalfeldmarschall K e i t e l am 19.5.41 in Berchtesgaden (s. Anl.XXI,37) geben einen Einblick über die Fertigungslage und die wichtigsten Rüstungsprobleme der ersten Monate des Jahres 1941. In dieser Besprechung wurde seitens des Chefs OKW erstmalig darauf hingewiesen, daß bei der Gefahr eines länger dauernden Krieges der Ausbau der Rohstoffgrundlagen wichtiger sein kann als die Erweiterung der reinen Waffen- und Munitionsfabriken. Damit wurde eine vom Wi Rü Amt seit Kriegsbeginn vertretene Ansicht bestätigt.

Bald nach Beginn der Ostoffensive erging unter dem

A 035383

H2296-0396

Eindruck der großen Erfolge eine Weisung des Führers über die Fortführung der Rüstung. Der Inhalt der Weisung ist durch Punkt 1 dieser Weisung (WFSt Abt. L II Org. Nr. 441219/41 g.Kdos. Chefsache , s. Anl. XXI,38) gekennzeichnet. Er lautet:

" Die militärische Beherrschung des europäischen Raumes nach der Niederwerfung Rußlands erlaubt es, den Umfang des Heeres demnächst wesentlich zu verringern. Im Rahmen der herabgesetzten Heeresstärke wird die Panzer-Waffe eine starke Vermehrung erfahren.

Die Rüstung der Kriegsmarine ist scharf auf diejenigen Maßnahmen zu begrenzen, die unmittelbar der Kriegführung gegen England und Amerika dienen.

Der Schwerpunkt der Rüstung geht auf die Luftwaffe über, die in großem Umfange zu verstärken ist ".

Durch diese Weisung wird die langjährige Forderung des Wi Rü Amtes erfüllt, die Rüstung auf bestimmte Punkte scharf zu konzentrieren, denn die Weisung fordert

a) die gesamte Bewaffnung und Ausrüstung auf das durch die feldmäßige Beanspruchung erforderliche Mass zurückzuführen;

b) alle Nichtkampftruppen auf Beutewaffen anzuweisen;

c) nur noch das allerdringlichste " allgemeine Wehrmachtsgerät" zu fertigen;

d) nicht unbedingt notwendige Industrieausweitungen

A 085384

H2296-0397

und -bauten zu unterlassen bezw. einzustellen und

e) die gesamte Rüstungskraft zu konzentrieren beim Heer auf das Panzer-, Pak- und Flakprogramm, bei der Marine auf das U-Boot-Programm, bei der Luftwaffe auf das erweiterte Luftrüstungsprogramm, das nunmehr als Schwerpunkt der Gesamtrüstung gilt.

Ein weiterer Befehl des OKW vom 17. Juli 1941 (Wi Rü Amt Nr. 2450/41 g.Kdos. - s. Anl. XXI,39) bestimmt, daß gleichrangig mit diesem erweiterten Luftrüstungsprogramm die Sicherung der Rohstoff- und Mineralölbasis zu laufen hat.

Aus diesen Weisungen spricht die Hoffnung auf eine schnelle Erledigung der Sowjets und auf die Möglichkeit einer baldigen Neuorientierung der Rüstungswirtschaft für den Kampf gegen England. Bestätigt wird diese Auffassung durch die Niederschrift der Besprechung des Chefs OKW mit den W.T. am 16.8.41 über " Die Auswirkungen der Richtlinien des Führers vom 14.7.41 sowie die Durchführbarkeit der sich daraus ergebenden neuen Schwerpunkt-Programme" (s. Anl. XXI,40). In diesen heißt es unter Ziffer III):

" Nachdem uns im Erdkampf ein ernst zu nehmender Gegner nicht mehr entstehen kann und eine Landung auf irgendeinem Teil des europäischen Festlandes ausgeschlossen sein dürfte, bleibt die Aufgabe:

1.) Durchführung des U-Boot-Krieges, um die Versorgung Englands weiter zu drosseln und zu lähmen.

2.) Die Luftwaffe auf einen Stand zu bringen, der

A 085385

H2296-0398

befähigt, der immer stärker werdenden feindlichen Luftmacht auf die Dauer gewachsen zu sein "

und später:

" Die Bedrohung Deutschlands liegt in einer sehr erheblichen Verstärkung der gegnerischen Luftwaffe, die sich auf alle Gebiete der Rüstungsindustrie auswirkt, aber auch psychologisch in ihrer Auswirkung auf die Arbeitsleistung und die Widerstandskraft des Volkes zu werten ist. Daher klare Erkenntnis und der feste Wille, den Schwerpunkt auf die Luftwaffe und die U-Boot-Waffe zu verlegen für den kommenden Kampf in der Luft und zur See ".

Der ganze Verlauf dieser Besprechung mit den Chefs der Beschaffungsämter der W.T. stand völlig unter der Hoffnung eines bevorstehenden Zusammenbruchs der Sowjetfront. Wenn auch die militärischen Erfolge eine derartig optimistische Auffassung aufkommen lassen mußten, versuchte das Wi Rü Amt laufend, diese Auffassung abzuschwächen, da rüstungsmäßig zu viele Anzeichen darüber vorlagen, daß die Sowjets am Ural und in Sibirien doch bereits große Industriezentren im Betrieb bezw. Aufbau hatten, die noch eine erhebliche rüstungsmäßige Kraftreserve darstellten.

Im übrigen enthält die Niederschrift wichtige Hinweise auf die Mitte 1941 bestehenden Schwierigkeiten in der Rüstung.

Die Verlagerung des Schwerpunktes der Gesamtrüstung auf die Luftwaffe veranlaßte den Ob.d.L. beschleunigt ein

A 085386

H2296-0399

Großprogramm in Gang zu setzen. Dieses umfaßte solche Forderungen an Rohstoffen, Maschinen und Arbeitern, daß seine Durchführung ohne völlige Zurücksetzung der beiden anderen W.T. undurchführbar war. Wie überzogen die Forderungen waren, zeigt sich daraus, daß das RLM am 26.6. für das neue Programm einen Mehrbedarf von 3,5 Millionen Arbeitern anforderte, eine Zahl, die später auf 1 Million herabgesetzt wurde. Außerdem wurde als Grundlage für die Durchführung des Programms der Besitz der kaukasischen Ölgebiete angenommen, da Professor K r a u c h für die Versorgung dieser Luftflotte die Einfuhr von zusätzlich 4 Millionen t hochwertigen Öls aus Rußland forderte zur Herstellung des Hochleistungskraftstoffes. Näheres darüber s. Anl. XXI,41 .

Das Wi Rü Amt schlug daher vor, die praktischen Arbeiten des Luftprogramms auf die zur Verfügung stehenden Grund-Rohstoffe (Aluminium) und auf die vorhandenen Fertigungskapazitäten abzustellen und sicherte jede Unterstützung zu, um das Luftrüstungsprogramm möglichst zu fördern. Der Rm.f.B.u.M. wurde beauftragt, beschleunigt möglichst viele Kapazitäten freizumachen für Fertigungen des Luftrüstungsprogramms (siehe OKW / Wi Rü Amt Nr. 27 017/41 geh. v. 16.7.41, Anl. XXI,42 und Rm.f.B.u.M. Nr. 371-4088/41 geh. 216 v. 11.7.41, Anl. XXI,43). Das Wi Rü Amt förderte diese Maßnahme umso mehr, als der Ob.d.L. bereits damals die Ansicht vertrat, daß das Verhältnis zwischen deutscher und englisch-amerikanischer Luftwaffe im Jahre 1943 wie 1:5

A085387

H2296-0400

sein würde, eine Auffassung, die das Wi Rü Amt von Kriegsbeginn an vertreten hatte.

Die bevorzugte Förderung des Luftwaffenprogramms wurde aber sehr bald wieder eingeschränkt durch einen Vortrag des Großadmirals R a e d e r beim Führer. Auf die Klage des Großadmirals, daß das U-Boot-Programm zurzeit nur zu 62 % durchgeführt würde - was nur an der Rohstoffverteilung innerhalb der Marine lag - bestimmte der Führer, daß das von ihm genehmigte Marineprogramm voll durchzuführen und der Großschiffbau sofort nach Abschluß der Ostoperationen wieder aufzunehmen sei. Damit war es unmöglich, der Marine Rohstoffe und Kapazitäten zu Gunsten der Luftwaffe wegzunehmen.

Da bei den W.T. die Auffassung bestand, daß eine planmäßige Durchführung der den W.T. gegebenen Weisungen zu den gesetzten Terminen nicht möglich ist, berief Feldmarschall K e i t e l vom 14. - 16.8. die Amtschefs der W.T. zu sich, um eine Klärung der Programmgestaltung zu erzielen (siehe oben).

Das Ergebnis ist in Anlage XXI,44 niedergelegt. Es ergibt Einschränkungen in dem Panzer- und Flakprogramm des Heeres, Beibehalt des U-Boot-Programms von 25 Booten und vorläufige Rückkehr zum Elchprogramm der Luftwaffe, womit die Verdoppelung bezw. Vervierfachung der Luftwaffe zunächst hinausgeschoben wird.

Damit war der Führerbefehl vom 14. Juli praktisch überholt.

A 085388

H2296-0401

Trotz dieser Regelung ging der Kampf um die Rohstoffe, Arbeiter und Kapazitäten zwischen den W.T. aber heftig weiter und es bedurfte einer unsagbaren Kleinarbeit des Wi Rü Amtes und seiner Außenstellen, um in den Betrieben die Konkurrenz der W.T. auszuschalten.

Da ein Großteil der Aufträge ohne Wissen des OKW erfolgte, entschloß sich der Führer am 11.9. zu einem durchgreifenden Befehl (Nr. 340/41 g.Kdos. Chef OKW vom 11.9.41 s. Anl. XXI,45), der eine Abstimmung der Aufträge durch das OKW anordnete. Dieser Befehl zusammen mit dem Ausführungsbefehl des OKW / Wi Rü Amt Nr. 3080/41 g.Kdos. Rü II a vom 10.10.41, s. Anl. XXI,46 brachten wenigstens für einige Monate eine gewisse Ordnung in das Beschaffungssystem der W.T. Zu gleicher Zeit erging seitens des OKW ein Befehl an die W.T., durch den eine Vereinfachung der technischen Ausstattung erreicht werden sollte (Chef OKW Nr.2249/41 g.Kdos. vom 19.9.41, s. Anl. XXI,47). Auf Grund der im Ostkrieg gemachten Erfahrungen und auf Grund der Erkenntnis, daß der Ostkrieg doch nicht so schnell wie erhofft zu Ende gehen würde, erließ der Führer im Anschluß an vorstehende Weisung des OKW am 3.12. eine eingehende Weisung über Vereinfachung und Leistungssteigerung unserer Rüstungsproduktion (Wi Rü Amt Nr. 3750/41 g.Kdos. vom 3.12., s. Anl. XXI,48) der robustere Konstruktion, vereinfachte Fertigung, Einsparen von Material und großzügigere Abnahme zum Ziel hatte. Dieser Befehl räumte erfreulicherweise mit einer

A 085389

H2296-0402

großen Zahl veralteter Bestimmungen auf und brachte für die Fertigung manche Erleichterung.

Im August tra en die Forderungen des afrikanischen Kriegsschauplatzes stark in den Vordergrund, indem der Führer höchste Unterstützung der Wünsche Rommel' s anordnete, besonders die Ausstattung mit Paks mit Spreizlafetten mußte beschleunigt zur Durchführung gebracht werden.

Im Oktober wurde durch Führerbefehl angeordnet, daß die Luftwaffe das Flakprogramm stärker zu fördern und die Fertigung der 8,8 cm Flak-Munition auf 2 Millionen Schuß zu bringen habe. Da die Luftwaffe aus ihrem Eisenkontingent kein Eisen für das Flakprogramm freimachen zu können glaubte, und Generalfeldmarschall M i l c h wegen der Förderung des Flugzeugprogrammes keine Rohstoffe abgeben wollte, wurde seitens des Wi Rü Amtes für das IV. Quartal 41 noch 25 000 t Eisen zu Lasten späterer Quartale bereitgestellt, um die Forderung des Führers sicherzustellen. Ebenso wurde die Fertigung des Flakpulvers erweitert und dadurch der bestehende Engpaß beseitigt.

Auf Grund des am 10.10. erlassenen OKW-Befehls über die Anpassung und Abgleichung der Beschaffungsnotwendigkeiten der Wehrmacht an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft wurden am 25.10. mit Nr. 3382/41 g.Kdos. (s. Anl. XXI,49) vom Wi Rü Amt Weisungen für die Fertigungsplanung für 1942 erlassen. Diese Weisungen sollten den W.T. die Möglichkeit geben, ihre Planungen auf weitere Sicht und auf die Leistungsfähigkeit der Industrie abzustellen.

A 085390

H2296-0403

Das am 14. Juli befohlene und durch die Chefbesprechung vom 16.-18.8. revidierte Rüstungsprogramm wurde bis Ende des Jahres beibehalten, trotzdem die starken Materialverluste des Heeres in den Herbst- und Winterkämpfen in Rußland bereits darauf hinwiesen, daß mit einer neuen Rückverlagerung des Rüstungsschwerpunktes auf das Heer zu rechnen sein wird. Um die Jahreswende wurde zur Bearbeitung eines neuen Programms geschritten. Da nun von Seiten des Heeres mit großen Forderungen an das OKW herangetreten wurde und Luftwaffe und Marine ihren Rüstungsstand behalten sollten, stellte das Wi Rü Amt hierzu eine Denkschrift auf, um zu erreichen, daß das neue Programm dieses Mal auf den gegebenen Tatsachen aufgebaut wird.

In dieser Denkschrift (s. Anl. XXI,50) wurde dargelegt, daß die Aufhebung der Führerweisung vom 14.7.41 erforderlich,nach welcher Luftwaffe und Kriegsmarine im Vordergrund standen, und die Verlegung des Rüstungsschwerpunktes auf das Heer notwendig ist. Das kann nur erreicht werden, wenn Kriegsmarine und Luftwaffe einen Teil der ihnen zugedachten Rohstoffe an das Heer abgeben. Dabei sollen der Kriegsmarine so viel Rohstoffe verbleiben, daß der eigentliche U-Boot-Bau unter Einschränkung der übrigen Fertigungsvorhaben durchgeführt werden kann. Die Luftwaffe soll in die Lage versetzt werden, etwa 60 % des Göringprogrammes und anteilmäßig des Flakprogrammes zu fertigen.

Die Programme Krauch, G.B.K., Chef W.N.V. und Transprotchef können nicht gekürzt werden.

H2296-0404

Einschneidende Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitseinsatzlage müssen gefordert werden, z.B.

a) sofortige Entlassung der noch bei der Truppe befindlichen Bergleute,

b) Vereinfachung des Verwaltungsapparates bei Staat, Partei und Wirtschaftsorganisation,

c) Entlassung des männlichen Arbeitsdienstes und Einsatz des weiblichen für Innendienst im Ersatzheer.

Die Denkschrift sollte die Grundlage für den Entwurf eines neuen Führerbefehls bilden.

Um die vom Führer angeordnete Auffüllung und Verstärkung der gesamten Wehrmacht unter allen Umständen, nötigenfalls auch durch Einberufung von Uk-Gestellten durchzuführen, sollte nach Weisung von AHA an die Wehrkreisbefehlshaber bei Aufkündigung und Einberufung auch auf folgende Bedarfsstellen zurückgegriffen werden, wobei die Reihenfolge als Anhalt diente:

1.) Wehrmachtdienststellen,

2.) Reichs-, Landes-, Kommunal- und sonstige Verwaltungen, soweit nachstehend nicht Einschränkungen genannt sind,

3.) Baugewerbe,

4.) Sonstige Gewerbe,

5.) Sonstige Berufe,

6.) Reichspost außer Fernmeldedienst,

7.) Reichsbahn einschl. kriegswichtiger Privat-, Klein- und Werkbahnen (nur Geb.Jg. 1919 und jünger),

085392

H2296-0405

8.) Binnenschiffahrt (nur Geb.Jg. 1919 u. jünger)
9.) Strassenverkehr (nur Geb.Jg. 1914 u. jünger)
10.) Holz- und Forstwirtschaft,
11.) Reichsarbeitsdienst (nur Geb.Jg. 1914 u. jünger, sowie Gfm. 1908 u. jünger),
12.) Ernährungs- und Landwirtschaft (ausser Betriebsführer, Aufsichtspersonal u. Schlüsselkräften),
13.) Rüstungsbetriebe (nur Nichtfacharbeiter Geb. Jg. 1910 u. jünger u. kaufmännische Angestellte dieser Jahrgänge bis zu 80 %),
14.) Polizei (nur Unausgebildete 1914 u. jünger).

nicht zurückzugreifen ist auf:

1.) Bergbau,
2.) Laut Führerbefehl Uk.- Gestellte,
3.) Für "Rheingold" vorgesehene Wehrpflichtige,
4.) Für Partei und Parteigliederungen (bis zum Abschluß der im Gange befindlichen Abmachungen).

Näheres siehe Jahr 1942.

Am 15.9. wurde durch Führerentscheid angeordnet, daß das Vorhaben " Peenemünde" in die Sonderstufe SS eingereiht wird (s. Anl. XXI,51). Damit wurde ein jahrelanger Wunsch des HWaA erfüllt. Zweifellos hatte die Entwicklung der Raketenfrage durch die zwei Jahre lange Hintanstellung der Dringlichkeit viel Zeit verloren, was sich im Jahre 1944 störend bemerkbar machte.

A 085393

H2296-0406

Der Kampf der W.T. gegeneinander, die Überschneidung der Rüstungsprogramme in den einzelnen Werken und die Lage auf dem Rohstoffgebiet einerseits und der Wunsch, dem Führer über die Durchführungsmöglichkeit der einzelnen Programme schnell und sachgemäß Auskunft geben zu können, führte im Wi Rü Amt 1941 dazu, die Einrichtung einer Wehrmachtplanungsstelle, die 1939 bereits vorgeschlagen, aber nicht durchgeführt werden konnte, erneut aufzugreifen. Da die Luftwaffe am meisten ihre eigenen Wege ging und ungern dem Wi Rü Amt Einblick in die Prgrammgestaltung gab, wurde vom Ob.d.L. ein Generalstabsoffizier zur Führung der Planungsstelle erbeten. Die Stelle wurde am 9.10. bei der Rüstungsabteilung des Wi Rü Amtes eingerichtet und Major i.G.d.L. H ö l s c h e r unterstellt. Ihre Aufgabe war einmal, die Planungen der einzelnen W.T. zusammenzutragen, ihren Bedarf zu ermitteln und ihre Durchführbarkeit zu überprüfen und alsdann Vorschläge für Genehmigung bezw. Änderung der Programme vorzulegen. Die Planungsstelle hat sich zunächst voll bewährt und hat zahlreiche Vorschläge vorgelegt, die oftmals unerfreuliche Zwistigkeiten der W.T. bei einzelnen Firmen beseitigten und Wege für die Durchführbarkeit der Programme zeigten. Sie wurde später vom Rm-f.B.u.M. übernommen.

Eine für die Rüstung besonders wichtige Aktion, die durch die Rü.In im Jahre 1941 durchgeführt wurde, war die Festlegung der Spezialbetriebe, d.h. solcher Betriebe, die bei der Einziehung von Arbeitskräften eine Ausnahmestellung

A C85394

H2296-0407

haben sollten. Da der Wunsch auf Erklärung zum Spezialbetrieb bei allen Firmen und Auftraggebern sehr groß war, bedurfte es sehr eingehender Prüfungen der Rü Kdos, um wirklich die wichtigsten Betriebe zu sichern. Da Wi Rü Amt hielt es vor allem für seine Pflicht, die wichtigsten Rohstoffbetriebe (Treibstoff, Aluminium, Buna usw.) zu Spezialbetrieben zu erklären, da für diese Betriebe weder bei den W.T. noch bei der Ersatzorganisation ein unmittelbares Interesse bestand und sie ständig Arbeiterentziehungen ausgesetzt waren. Ebenso setzte sich das Wi Rü Amt während des ganzen Jahres stark ein für die arbeitseinsatzmäßige Sicherung der Bergbaubetriebe. Näheres siehe Abschnitt " Arbeitseinsatz".

Die drohende Gefahr feindlicher Luftangriffe veranlaßte das Wi Rü Amt laufend auf eine Verlagerung wichtiger Engpaßbetriebe nach dem Osten zu drücken. Da durch die Verlagerungsmaßnahmen immer zeitweise Produktionseinschränkungen stattfanden, waren die W.T. und die Firmen für derartige vorausschauende Verlagerungen wenig zu haben. Eine Aussprache des Chefs Wi Rü Amt mit dem Gauleiter H a n k e von Niederschlesien brachte die Verlagerung von Betrieben nach Schlesien allmählich in Gang und sie fand durch den Gauleiter tatkräftige Unterstützung.

Ebenso wurde die Heranziehung der Industrie der besetzten Gebiete und der befreundeten Staaten mit allen Mitteln betrieben. Am 1.12.1941 lagen an Aufträgen

AC05395

H2296-0408

in Frankreich für	3 168 000 000 RM.
in den Niederlanden für	904 000 000 "
in Belgien und Nordfrankreich für .	856 000 000 "
im Generalgouvernement für	367 000 000 "
in Dänemark für	107 000 000 "
in Norwegen für	69 000 000 "
in Serbien für	7 000 000 " .

In Rumänien wurde die Beschäftigung des von den Hermann-Göring-Werken übernommenen Malaxa-Konzerns in die Wege geleitet.

Den Wünschen der W.T. und einzelner deutscher Firmen, die durch die Eroberung Griechenlands in Besitz genommenen Betriebe, in Sonderheit den Bodossaki-Konzern zu erwerben, widersprach Wi Rü Amt und gab sein Einverständnis nur für solche Betriebe, die die deutsche Rohstofflage verbesserten. Alle anderen Betriebe sollten nur auftragsmäßig ausgenutzt werden.

AC85396

H2296-0409

2. Produktionsmittel.

Die Hauptarbeit auf dem Gebiet der Produktionsmittel lag im Jahre 1941, nachdem der Maschinenausgleich innerhalb Deutschlands im Großen durchgeführt war, in der Steuerung der deutschen Fertigung der Produktionsmittel und ihrer Verteilung und in der Einschaltung der Produktionsmittelerzeugungsstätten der besetzten Gebiete und der neutralen Staaten in die deutsche Rüstungswirtschaft.

Durch den Beginn des Ostkrieges wurden zunächst die zahlreichen von Russland in Deutschland in Auftrag gegebenen Maschinen frei. Diese Maschinen wurden im Einvernehmen zwischen Wi Rü Amt und Generalbeauftragten für die Maschinenproduktion, Direktor L a n g e , auf die W.T. verteilt, wobei in Verfolg des Führerbefehls vom 14.Juli 1941 der Luftwaffe mit 70 % Zuteilung der Vorrang gegeben wurde und Heer 20 % und Kriegsmarine 10 % der Maschinen erhielten.

Ebenso konnten 400 Maschinen aus dem Arsenal Kragujevac den W.T. zur Verfügung gestellt werden.

Alle Beutemaschinen wurden in Sammellagern des OKW gesammelt, dort instandgesetzt und dann den W.T. angeboten. Auf Bitte des Heeres wurden die Rüstungsinspektionen im Osten angewiesen, möglichst viel Maschinen für Kraftfahrzeug-Instandsetzungsparks des Heeres hinter der Ostfront bereitzustellen.

Ausserdem wurde mit Direktor L a n g e vereinbart, dass das ganze Bestellungsprogramm der W.T. an Produktionsmitteln unter Führung des Wi Rü Amtes gesichtet und alle nicht dringlichen Bestellungen annulliert wer-

A-085397

H2296-0410

den. Um die Fertigung der Produktionsmittel den Wehrmachtsforderungen angepasst steuern zu können, wurde dem Generalbeauftragten für die Maschinenindustrie zugesagt, dass er laufend über die Programmgestaltung und über ihre Dringlichkeit unterrichtet wird. Ebenso wurde durch das Wi Rü Amt die noch stärkere Betreuung der Werkzeugmaschinen-Industrie zugesagt, um die Schäden der laufenden Neueinziehungen in der Werkzeugmaschinenindustrie möglichst zu mindern.

Die Heranziehung der ausländischen Werkzeugmaschinen konnte in Sonderheit in der Schweiz und in Schweden weiter ausgebaut und dadurch auch der Ankauf von Maschinen durch England erheblich gestört werden. Allerdings wurde die Unterbringung der deutschen Aufträge, besonders in der Schweiz, immer schwieriger, weil die Schweiz die Bereitstellung der für die Fertigung notwendigen NE.-Metalle und auch möglichst des Eisens forderte. Ebenso gelang es, einen Teil der in der Schweiz von Sowjetrussland bestellten Maschinenaufträge nach Deutschland umzuleiten. Sowohl der Referent des Wi Rü Amtes, Reg.Baurat S c h i n n a g e l , wie die Aussenstelle des Wi Rü Amtes in der Schweiz, erwarben sich bei den Maßnahmen in der Schweiz erhebliche Verdienste.

Ende des Jahres wurden auf Wunsch des RM.f.B.u. Mun. bei den Rüstungsinspektionen Werkzeugmaschinen-Ausgleichstellen eingerichtet, um bei dem Mangel alle Werkzeugmaschinen zweckmässig einzusetzen. Der Maschinenausgleich für alle anderen Maßnahmen verblieb bei den Landwirtschaftsämtern.

C05398

H2296-0411

4. Verkehrslage.

Die Verkehrslage konnte sich, nachdem die Winterschwierigkeiten einigermassen überwunden waren, auch nicht im Frühjahr wie in früheren Jahren erholen, da ab März die Belastungen für die Balkan- und Ostoffensive hinzutraten und ausserdem von der Bauwirtschaft hohe Ansprüche gestellt wurden. Alle Versuche des Reichsverkehrsministers Dr. D o r p m ü l l e r , durch persönliche Besprechungen eine Einschränkung der Programme der verschiedenen Bedarfsträger zu erreichen, blieben erfolglos. Die wirtschaftliche Transportlage und damit die Kohlenlage in den Betrieben wurde immer gespannter. Besonders in den östlichen Eisenbahndirektionsbezirken musste im April mehrfach zu Annamesperren und sonstigen Zwangsmaßnahmen geschritten werden, um den Rückstau von Zügen allmählich zu senken. Erst Ende Mai mit Einführung des Höchstleistungsplanes wurde die Lage auch für die Wirtschaft etwas entspannter. Besonders hart wurde im Frühjahr 1941 durch die Transportlage die Wirtschaft im Generalgouvernement getroffen. Die Strecken der Ostbahn waren völlig verstopft, so dass nur durch dauerndes Eingreifen des Rüstungsinspekteurs General S c h i n d l e r und durch Heranführung von Kohlenzügen die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement im Betrieb gehalten werden konnte. Dauernde Zwistigkeiten zwischen Reichsbahn, Transportchef, Kohlenkommissar und Industrie und Unklarheiten über den Träger der Verantwortung bewiesen, dass auch unsere Spitzenorganisation

AC85399

H2296-0412

auf dem Verkehrsgebiet nicht einwandfrei war. Vorschläge des Wi Rü Amtes, die Verantwortung für den Betrieb entweder voll dem Transportchef oder der Reichsbahn zu übertragen, blieben leider erfolglos. Es blieb dabei, dass für die militärischen Transporte der Transportchef, für die wirtschaftlichen die Reichsbahn verantwortlich war, bis endlich im Jahre 1942 die Verhältnisse dazu führten, dass der langjährige Vorschlag des Wi Rü Amtes durchgeführt wurde und die Reichsbahn die Gesamtverantwortung für den Betrieb übernahm.

Besondere Schwierigkeiten traten im Frühjahr in Rumänien ein und brachten den Treibstoffnachschub zu Beginn der Ostoffensive in eine schwierige Lage.

Da bereits die Aufmärsche zu den Balkanoperationen das dortige Verkehrsnetz sehr in Anspruch genommen hatten und der Transportchef für die Treibstoff- und Wirtschaftstransporte wenig Interesse zeigte, bedurfte es dauernder Vorstösse des Wi Rü Amtes beim OKW und beim Generalstab des Heeres, um überhaupt einigermaßen die transportmässigen Maßnahmen für die Treibstoffbereitstellung für den Ostkrieg durchzusetzen.

Mit der Mobilmachung in Rumänien versagte das dortige Transportnetz zunächst völlig und nur durch schärfste Maßnahmen des Wi Rü Amtes (Entsendung mehrerer Offiziere des Wi Rü Amtes zu den Verladestellen und Haupttransportleitstellen) gelang es, die Treibstoffzüge in den militärischen Fahrplan mit Fahrtnummern einzurangieren und dadurch die Treibstoffversorgung aus Rumänien sicherzustellen.

A 085400

H2296-0413

Leider zeigte es sich, dass die Strecke Dornesti - Czernowitz - Lemberg, die nach Weisung des Reichsmarschalls als " Ölbahn " schnell ausgebaut werden sollte, besonders stark zerstört war. Dafür wurde beschlossen, die Strecke Lemberg - Tarnopol -Odessa möglichst schnell zweigleisig auszubauen. Der direkte deutsch-rumänische Verkehr auf der Strecke Czernowitz - Lemberg - Krakau wurde Ende August eröffnet und am 27.8. der erste Mineralölzug auf dieser Strecke aus Rumänien gefahren. Leider wurde die behelfsmässig wieder hergestellte Eisenbahnbrücke über den Pruth bei Czernowitz am 2.9. durch Hochwasser zerstört und der Verkehr auf dieser Strecke dadurch wieder unterbrochen.

Erfreulich war für die Treibstoffversorgung auch das Anwachsen der Kesselwagenbestände, da monatlich 1 000 Kesselwagen fertiggestellt wurden.

Mit der fortschreitenden Ostoffensive wurde auf der ganzen Front mit der Umnagelung der russischen Bahnen auf deutsche Spurweite begonnen. Der Umstand, daß nur wenig rollendes Material erbeutet worden ist - bis Ende August nur rd. 1 000 Lokomotiven, davon nur rd. 500 betriebsfähig, und rd. 21 000 Güterwagen - hat dazu gezwungen, erheblich mehr Strecken auf deutsche Spur umzunageln, als ursprünglich vorgesehen war.

Mit dem Beginn der Erntetransporte wurde die Verkehrslage wieder erheblich gespannter, vor allem da erhebliche Lokomotiv- und Wagenmengen für militärische Aufgaben im Osten in Anspruch genommen wurden.

A 005401

H2296-0414

Bereits im November konnten die für Rüstungs- und Wirtschaftsaufgaben notwendigsten Waggons nicht mehr gestellt werden, so dass erhebliche Störungen in der Fertigung eintraten.

Eine Verkehrskrise trat dann Ende Dezember durch den Kälteeinbruch und durch grosse Lokabgaben für operative Maßnahmen im Osten ein. Diese Krise führte dazu, daß selbst die dringlichsten Rüstungstransporte nur zu 30 % bedient werden konnten, und es bedurfte schärfster Maßnahmen und höchster Arbeitsanstrengung im Wi Rü Amt, um grössere Stillegungen von Rü-Betrieben zu vermeiden.

Für den Abtransport der wichtigsten Wirtschaftsgüter aus dem Osten wurden durch gutes Zusammenarbeiten der wehrwirtschaftlichen Dienststellen im Osten und der Transportoffiziere die notwendigen Leerzüge gestellt. Die ersten Transporte mit Getreide und Vieh aus der Ukraine trafen im September in Berlin ein. Beim Chef des Transportwesens wurde im September 1941 zur Bearbeitung der mit dem Transport von Gütern für die Kriegswirtschaft zusammenhängenden Fragen endlich eine Gruppe "Kriegswirtschaftstransporte" gebildet, die dem Chef des Transportwesens unmittelbar untersteht.

In der Binnenschiffahrt machte die Verlagerung von der Schiene auf das Wasser grosse Fortschritte; allerdings machte sich hierbei bald wieder Mangel an Dieseltreibstoff bemerkbar. Die Schiffahrt in Serbien wurde durch die Unruhen und die damit zusammenhängenden Sabotageakte gegen Brücken und Eisenbahnanlagen behindert. Zur Sicherung der Donau-Kataraktenstrecke wurden zwei

A085402

H2296-0415

Schützenkompanien mit schweren Waffen auf dem serbischen Ufer eingesetzt. Das rumänische Ufer wurde durch Bereitstellung eines rumänischen Bataillons bei Orsova gesichert, während die 12 Katarakten-Schiffe, die den Schleppdienst in den Katarakten versehen, durch Einsatz von MG-Truppen gesichert wurden. Der Umschlag in den Bulgarien-Donau-Häfen erforderte eine ungewöhnlich lange Zeit, da die Verladeeinrichtungen ausserordentlich primitiv waren.

Die Lage der Seeschiffahrt war durch starken Tonnagemangel, in Sonderheit im Mittelmeer gekennzeichnet, da der Krieg in Afrika stark an unserem Transportraum zu zehren begann.

Der gesamte Strassenverkehr litt während des ganzen Jahres stark unter Treibstoffmangel. Der Umbau auf Generatorbetrieb ging trotz dauernder Mahnungen des Wi Rü Amtes nur langsam vorwärts. Der Umbau auf Treibgas litt an Mangel von Flaschen und Ersatzteilen.

Ende des Jahres wurden für Aufgaben im Osten erneut grössere Mengen von Lkw aus der Rüstungsindustrie gezogen.

Der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen war durch den Reichsmarschall mit der Durchführung aller Gütertransporte im nicht militärischen Strassenverkehr in den neu besetzten Ostgebieten beauftragt worden. Der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen erhielt zu diesem Zweck die Verfügungsberechtigung über sämtliche zivilen Strassentransportmittel. Der GBK stellte dazu ein motorisiertes Strassentransportregi-

H2296-0416

ment mit zunächst 1 000 Lkw auf. Die Verteilung der Kolonnen und die Bestimmung, was gefahren werden soll, erfolgte im Benehmen mit Wirtschaftsstab Ost bezw. den Wirtschafts- und Rüstungsinspektionen.

A 085404

H2296-0417

5. Rohstofflage.

Kohle und Eisen.

Über die Gesamtlage auf dem Kohle- und Eisengebiet äusserte sich Unterstaatssekretär General von H a n n e k e n in der Generalratssitzung vom 24.6.41 wie folgt:

"Während der Bedarf in den letzten 4 Jahren von 182 auf 230 Mill. t, also um 48 Mill. t gestiegen ist, konnte die Förderung in der gleichen Zeit nur um 8 Mill. t erhöht werden. Dadurch erhalten die von der deutschen Kohle abhängigen europäischen Staaten zurzeit nur 60 % der notwendigen Kohlenbezüge und die schon ohnehin beschränkte Kohleversorgung der inländischen Bahnabnehmer, die schon seit Anfang April völlig unzureichend geworden war, musste nochmals um durchschnittlich etwa 10 % gekürzt werden.

Zahlreiche Betriebsstillegungen und -einschränkungen waren unvermeidlich, selbst der Kohleverbrauch der Energieversorgungsunternehmen musste teilweise um 20 % gekürzt werden. Auch die vorgesehene Hausbrandbevorratung ist weit hinter den Sollzahlen zurückgeblieben. Da von Ende September ab die saisonmässigen Schwierigkeiten einsetzen, wird es von der Wagengestellung in den Monaten Juli bis September abhängig sein, ob wir schwere Produktionsausfälle in der Wirtschaft und eine bedrohliche Unterdeckung in der Hausbrandversorgung vermeiden können.

A 035405

H2296-0418

Nachdem die Erzeugung der eisenschaffenden Industrie von ihrem Tiefstand im Februar ds. Js. mit 1 850 000 t in den folgenden Monaten ständig gestiegen ist und im Mai ihre bisherige Höchsterzeugung von 2 300 000 t erreicht hat, muss infolge der verminderten Kohlezufuhren vom nächsten Monat ab mit einer Abnahme der Eisenerzeugung um mindestens 10% gerechnet werden.

Ein weiterer Ausfall ergibt sich von der Erzseite her. Durch die Einschränkung des Schiffsraums in der Ostsee kann an Stelle einer vorgesehenen Erzverschiffung von 1 300 000 t je Monat nach dem augenblicklichen Stand der Verhältnisse nur noch mit gewissen Erzeinfuhren aus Norwegen gerechnet werden. Ich habe mich daher entschliessen müssen, vom 1. Juli ab den Verbrauch an phosphorarmen Skandinavien-Erzen bei den Ruhrhütten um 25 % und in Oberschlesien, im Protektorat und bei den Küstenwerken um 20 % herabzusetzen. Hierdurch muss zwangsläufig eine weitere Verminderung der Eisenerzeugung eintreten, da die Verhüttung geringwertiger Erze einen spezifisch höheren Kohlenverbrauch je t Eisen zur Folge hat. Es kann also im 3.Quartal unter der Voraussetzung, dass nicht noch weitere Einschränkungen auf der Kohlen- und Erzseite notwendig werden, nur mit einer Erzeugung von bestenfalls insgesamt 1,8 Mill. t Rohstahl gerechnet werden.

A 005406

H2296-0419

Der Auftragsbestand, der Ende September vorigen Jahres mit 5 600 000 t gerade noch als tragbar angesehen werden konnte, wird mit Ende ds.Mts. unter Berücksichtigung des Verlagerungsbedarfs und der von den Bedarfsträgern noch nicht verausgabten und zum Umtausch für das 3. Quartal angemeldeten Kontingente auf 12 000 000 t angeschwollen sein, insbesondere infolge der Mindererzeugung durch die starke Luftbedrohung und der ungünstigen Wetterverhältnisse in diesem Winter. Die Lieferzeiten liegen, insbesondere bei den Produkten, bei denen Engpässe in der Fertigung vorliegen, weit über 6 - 7 Monate; Röhren-, Halbzeug-, Oberbaumaterial und Feinbleche haben heute Lieferzeiten von 10 - 12 Monaten. Da es für die Kontingentsträger keinen Sinn haben kann, Eisenzuweisungen zu erhalten, für die sie in absehbarer Zeit keine Lieferungen bekommen können, erwarte ich, für eine Maßnahme zur Reduzierung des Auftragsbestandes Verständnis zu finden. Es ist verständlich, dass ich, zumal wir neue Aufgaben durch den Russen-Feldzug erwarten, eine Erhöhung der Kontingente, insbesondere die beantragte Wehrmachtkontingentserhöhung um 200 000 moto nicht durchführen kann".

General von H a n n e k e n schlug anschliessend vor, Aufträge, die vor dem 1.Juli 1940 erteilt und bis heute noch nicht ausgeliefert sind, zu streichen.

AC35407

H2296-0420

Die Lage auf dem Metallgebiet schilderte General v. H a n n e k e n folgendermassen:

"Für das 3.Quartal 1941 ist eine Versorgung der Wehrmacht im bisherigen Umfange sichergestellt; bei dem Bedarf der Wirtschaft und bei der Ausfuhr mussten jedoch im Hinblick auf den bevorstehenden Aufbrauch der Vorräte Kürzungen um rd. 20 % vorgenommen werden. Gleichzeitig liess sich eine höhere Zuweisung an unsere italienischen Bundesgenossen nicht vermeiden. Die vom Reichsmarschall angeordnete Mobilisierung in den besetzten Gebieten ist teilweise starken Widerständen begegnet; besonders gilt dies für die Abnahme der Kirchenglocken. Die Zerstörungen auf den Gruben- und Hüttenanlagen der Mines de Bor in Jugoslawien bringen einen Ausfall von voraussichtlich 20 - 25 000 t, d.h. nahezu einen Monatsbedarf. Ich habe daher die sofortige Mobilisierung der Kupferwalzen in den Betrieben eingeleitet, welche die Voraussetzungen für die Fortführung der Zuteilungen im 3.Quartal ds.Js. sind. Sollte die Durchführung der Glockenmobilisation aus politischen Gründen nur bedingt durchgeführt werden, wird sich insbesondere eine erhebliche Kürzung der derzeitigen Zinnzuteilungen vom 1.Oktober auf 65 %, für das 1.Quartal 1942 auf 25 % als erforderlich erweisen.

A 085408

H2296-0421

Der Ertrag der Glockenmobilisation würde 5 000 t - der derzeitige Bedarf beträgt 1 000 t monatlich - bringen.

Der bereits gedrosselte Aluminiumbedarf von zurzeit rd. 29 000 t monatlich wird auch aus der deutschen Erzeugung und den Zugängen aus Norwegen, Frankreich und der Schweiz gerade gedeckt werden können. Schwierigkeiten bestehen zurzeit in der Versorgung der Aluminiumhütten mit Tonerde. Dadurch ist bereits ein Erzeugungsausfall von monatlich 2 000 t Aluminium im Reich eingetreten. Ferner ist die Produktion der norwegischen Hütten dadurch auf 1/3 ihrer Leistungsfähigkeit zurückgegangen. Erst die Inbetriebnahme neuer Tonerdefabriken zu Beginn des kommenden Jahres wird hierin Wandel schaffen.

Bei Platin wird eine teilweise Umstellung auf Gold notwendig werden."

Die Rohstoffabteilung des Wi Rü Amtes stellte im Sommer eine Rohstoffbilanz auf, die als Anl. XXI,52 beigefügt ist.

Aus ihr ist ersichtlich, dass auch im Jahre 1941 die WT. die Rohstoffmengen erhalten haben, die sie verarbeiten konnten. Wohl sind an einzelnen Stellen kurzfristige Mangellagen eingetreten, wirklich gehemmt ist die Rüstungsausbringung aber nur worden auf dem Aluminium-

A 005409

H2296-0422

gebiet, wo die Luftwaffe größere Kontingente hätte verarbeiten können und auf dem Wolframgebiet, wo die Herstellung der Hartkernmunition begrenzt war. Alle anderen Behauptungen, daß die Rüstung durch Rohstoffmangel behindert worden ist, sind falsch. Die Gründe hierfür lagen auf anderen Gebieten, meist im Mangel an Arbeitskräften. Wäre es möglich gewesen, in den Werken 2. und 3. Schichten zu besetzen, so hätten sich dann natürlicherweise auch Mangellagen auf dem Rohstoffgebiet gezeigt.

Die oben aufgestellte Behauptung wird durch nachstehende Übersichten über die Forderungen, Zuteilungen und Verbrauch der Wehrmacht an Eisen und Metallen klar erwiesen:

E i s e n (in tausend moto)

		Heer	Marine	Luft	Rü.A.
I/41	Forderung	459	206	297	464
	Zuteilung	300	158	265	312
	Verbrauch	256	109	203	232
II/41	Forderung	451	228	337	391
	Zuteilung	270	176	290	304
	Verbrauch	239	159	256	224
III/41	Forderung	357	257	404	453
	Zuteilung	227	190	348	355
	Verbrauch	207	149	257	220
IV/41	Forderung	253	322	522	461
	Zuteilung	180	185	345	322
	Verbrauch	250	125	173	218

A 085410

H2296-0423

M e t a l l e (Gesamtwehrmacht) - in 1 000 moto

		Cu	Pb	Ni	Sn	Al
I/41	Forderung	33,5	19,9	0,91	1,11	31,6
	Zuteilung	17,6	12,7	0,57	0,76	25,5
	Verbrauch	17,6	12,9	0,40	0,57	25,2
II/41	Forderung	26,1	19,9	0,79	1,19	34,1
	Zuteilung	22,3	14,7	0,54	0,73	23,9
	Verbrauch	21,1	13,6	0,40	0,57	24,6
III/41	Forderung	25	20,3	0,65	1,07	33,6
	Zuteilung	16,8	14,3	0,48	0,70	25,4
	Verbrauch	17,9	13,6	0,41	0,51	25,3
IV/41	Forderung	30,4	22,2	0,66	1,19	38,4
	Zuteilung	15,1	11,9	0,45	0,68	26,4
	Verbrauch	16	11	0,42	0,55	26,2.

Wenn trotzdem auch im Jahre 1941 immer wieder Klagen über Rohstoffmangel auftraten und auch bewusst beim Führer vorgebracht wurden, so lag es einfach daran, dass die W.T. und sonstigen Verbraucher ihre Kontingente sofort voll in Aufträge umsetzten und verteilten und dass ihnen bei einer Änderung des Rüstungsprogramms oder beim plötzlichen Auftreten eines neuen Bedarfs die Rohstoffe fehlten, um sie den Firmen zuzuteilen. So lagen Mitte des Jahres in grossem Umfange Aufträge mit gebundenem Eisen bei den Firmen herum, die aus Mangel an Fertigungskapazität nicht fertiggestellt und ausgeliefert werden konnten. Daher bestand im RWi.Min. und beim Wi Rü Amt immer das Bestreben, diese alten Aufträge ungültig zu erklären, was aber die W.T. ablehnten, weil auch diese Aufträge

A-085411

H2296-0424

von ihnen benötigt wurden. Erst im Jahre 1942 glückte es, die alten Aufträge zu sichten und ungültig zu erklären.

Um diesem Durcheinander auf dem Rohstoffgebiet zu steuern, versuchte der Chef Wi Rü Amt durch Vortrag bei Generalfeldmarschall K e i t e l am 30.8. die Rohstoffzuteilung an die W.T . auf die Menge zu beschränken, die sie wirklich verarbeiten konnten. Der Chef OKW lehnte diese Maßnahme ab. So wurden auch für das IV. Quartal rd. 1 000 000 t Eisen seitens der Wehrmacht verteilt, während noch nicht 800000 verarbeitet wurden.

Als im Herbst auf Grund der Entwicklungen der Kriegslage zahlreiche Führerwünsche an die W.T. herantraten und sie ihre Kontingente bereits wieder verausgabt hatten, wurde ihnen zur Förderung der Rüstung erneut zugestanden, ihre Kontingente zu Lasten späterer Quartale zu überziehen. Doch nur dem Heer gelang es, durch verstärkte Munitionsfertigung mehr Eisen im IV. Quartal 1941 zu verarbeiten. Zugleich wurden die W.T. angewiesen, technische Kommissionen einzusetzen zur Nachprüfung der Einsatzgewichte, da das Wi Rü Amt zu der Auffassung gekommen war, daß die hohen Rohstoffbestände bei den Firmen durch Bewilligung zu großer Einsatzgewichte bei den Aufträgen der Wehrmacht entstanden waren. Allerdings wurde die Annahme von den W.T. immer bestritten, bis endlich einige verantwortungsbewußte Industrielle beim Rm. f. B.u.Mun. selbst diesen

H2296-0425

Fehler zur Sprache brachten. Auch hierin zeigte sich, daß im Wi Rü Amt ein mit der Praxis vertrauter Chef-Ingenieur gefehlt hat.

Zur Besserung der Rohstofflage wurde außerdem durch das OKW eine große Sammelaktion in den besetzten Gebieten in Sonderheit in Rußland unter Gewährung von Sammelprämien und durch Aufstellung von Sammelkompanien angeordnet.

Mit besonderen Schwierigkeiten war die Bereitstellung der Rohstoffe für das Nachrichtennetz Ost verbunden, da hierzu in erheblichem Umfange Kupfer bereitgestellt werden mußte. Allein für das Luftnachrichtennetz stellte der Reichsmarschall 12 000 t Cu zur Verfügung.

Ebenso belastend für die Planung wirkten sich die plötzlichen Eisenanforderungen für das Todt' sche Ausbauprogramm für die Atlantikbefestigungen aus.

Als die Mehrforderungen der W.T. an N.E.-Metallen immer größer wurden, trotzdem ihre Verarbeitung nicht möglich war und dadurch die Lage auf dem Markt der N.E.-Metalle auf weite Sicht immer gespannter wurde, gab der Führer an Chef OKW die Weisung, nur noch soviel N.E.-Metalle an die W.T. zu verteilen, daß die Versorgungslage auch bei längerer Kriegsdauer gesichert bleibt. Näheres ergibt der als Anlage XXI,53 beigefügte Befehl Chef OKW / Wi Rü Amt / Ro Nr. 7229 / 41 geh. vom 29.11.41.

Die vorstehend angedeuteten Schwierigkeiten in der Rohstoffbewirtschaftung brachten schon damals den Beweis für drei Erkenntnisse:

A-035413

H2296-0426

1.) Die Steuerung der Rüstung kann nur von einem Mann erfolgen, der alle Vollmachten in der Hand hat, der die Pläne der Obersten Führung kennt und seine Ansichten beim Führer selbst vertreten kann. Eine Verteilung der Verantwortlichkeit auf OKW, W.T. und Rm.f.B.u.M. muß zu Schwierigkeiten führen und einen glatten Ablauf der Rüstung hindern. Die bei uns eingeführte Mehrgleisigkeit mußte sich eines Tages totlaufen.

2.) Die Rohstoff-Anforderungs- und Verbrauchslisten zeigen, daß jede Wirtschaft nur eine bestimmte Rohstoffverarbeitung durchführen kann und darüber hinaus gesteigerte Forderungen nur den Ablauf und die Wendigkeit der Programmgestaltung stören. Eine Programmänderung ist bei übersättigter Wirtschaft besonders schwierig, wie es das Beispiel der Umsteuerung auf das Luftwaffenprogramm (Führerbefehl vom 14.7.) zeigt.

3.) Die Beschaffungsstellen der W.T. waren sich über den wirklichen Rohstoffverbrauch zur Durchführung ihrer Aufträge nicht klar. Anstatt die Einsatzgewichte und die Verarbeitungsverfahren nachzuprüfen, forderten sie immer größere Rohstoffmengen und verstopften dadurch selbst den Durchlauf in den Rohstoffbetrieben. Die Gewinner waren die Eisen- und Metallverarbeitenden Betriebe, die sich dadurch große Rohstoffbestände verschafften.

A 035414

H2296-0427

Von besonderer grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Rohstoffbewirtschaftung ist eine Äusserung des Führers, die mir am 20.6.41 von Minister Dr. T o d t übermittelt und am selben Tag von Generalfeldmarschall K e i t e l bestätigt wurde, sie lautete inhaltmäßig:

" Der Verlauf des Krieges zeigt, daß wir in unseren autarkischen Bestrebungen zu weit gegangen sind, Es ist unmöglich, alles, was uns fehlt, durch synthetische Verfahren oder sonstige Maßnahmen selbst herstellen zu wollen. Es ist z.B. unmöglich, daß wir unsere Treibstoffwirtschaft so ausbauen, daß wir uns ganz auf sie fundieren können. Diese ganzen autarkischen Bestrebungen nehmen einen großen Menschenbedarf in Anspruch, der einfach nicht gedeckt werden kann. Man muß einen anderen Weg gehen und muß das, was man benötigt und nicht hat, erobern. Der Menscheneinsatz, der dazu einmalig notwendig ist, wird nicht so groß sein wie der Menscheneinsatz, der für die Betreibung der betreffenden synthetischen Werke laufend benötigt wird. Das Ziel muß also sein, sich alle die Gebiete, die für uns wehrwirtschaftlich von besonderem Interesse sind, durch Eroberung zu sichern".

Der Chef Wi Rü Amt hat dazu bemerkt:

" Ich habe dazu ausgeführt, daß als s.Zt. der Vierjahresplan eingerichtet wurde, ich immer den Standpunkt vertreten habe, daß eine völlige autarkische

A 035415

H2296-0428

Wirtschaft für uns unmöglich ist, weil dazu der Menschenbedarf zu groß ist. Allerdings ist meine Lösung immer in der Richtung gegangen, daß man sich möglichst große Vorräte für die fehlenden Bestände anlegt bezw. durch Wirtschaftsbündnisse auch die Belieferung im Kriege sichert.

Wenn die militärische Führung in der Lage ist die fehlenden Rohstoffvorkommen durch Eroberung sicherzustellen, wird dies von der Wirtschaftsführung besonders begrüßt werden.

Mit besonderem Hochdruck wurde im Jahre 1941 die Verbreiterung der Leichtmetallbasis betrieben. Der Reichsmarschall hatte den Generaldirektor K o p p e n b e r g vom Junkers-Konzern mit dieser Aufgabe betraut und ihn angewiesen, die vorhandene Basis in Norwegen durch Ausnutzung der dortigen Wasserkräfte für Zwecke der deutschen Kriegswirtschaft weiterauszubauen. Die Friedensproduktion Norwegens an Al war rund 18 000 t gewesen. K o p p e n b e r g legte einen Plan vor, der für das Jahr 1942 eine Produktion von 60 000 t, 1943 - 120 000 t -, 1944 - 180 000 t und eine Endleistung von 240 000 Al und 20 000 t Mg vorsah. Die Masse der Rohstoffe sollte, da der in Norwegen befindliche Rohstoff nicht ausreichte, aus Südeuropa herantransportiert werden, ebenso die Masse der Apparaturen. Das Wi Rü Amt hat gegen die Planung von Anfang an Bedenken erhoben, da es in Kriegszeiten die dazu notwendige Transportleistung nicht für

A 035416

H2296-0429

durchführbar hielt. Außerdem wurde vom Wi Rü Amt der Standpunkt vertreten, daß man derartige Riesenbauten besser im gesicherten Mitteleuropa aufführte, wo man die Kontrolle des Fortschreitens der Arbeiten besser in der Hand hat. Die Bedenken wurden zurückgewiesen. Was aus der Planung geworden ist, ergeben die Berichte der folgenden Jahre.

Seitens des Wi Rü Amtes wurde mit besonderem Nachdruck die Erschließung der im serbisch-griechischen Raum befindlichen Rohstofflager betrieben. Der WStb Südost erwarb sich hi[illegible]in sehr erhebliche Verdienste, in dem durch ihn die Erkundung, Sicherung und der Abtransport der Rohstoffe sichergestellt wurde. Besonders für die Chrom- und Bauxitlage stellten die Einfuhren eine wichtige Hilfe dar.

Ebenso wurden die Arbeiten der Berg- und Hüttengesellschaft Ost in Kriwoj Rog und Nikopol seitens des Wi Rü Amtes mit allen Mitteln unterstützt und der Gesellschaft auf dem Personal-, Maschinen- und Transportgebiet große Hilfe geleistet. Auf dem Kohlengebiet kam es zu einem engen Zusammenarbeiten zwischen dem Wi Rü Amt und dem neu ernannten Beauftragten für den Kohlenbergbau, Direktor P l e i g e r. In der Erkenntnis, daß die Sicherung der Kohleversorgung die Grundlage für die gesamte Rüstung darstellt, setzte sich das Wi Rü Amt für alle anerkannten Forderungen des Bergbaues ein und hat viel dazu beigetragen, daß die Krisen in der Kohlelieferung ohne große Pannen überstanden wurde.

Endlich ist darauf hinzuweisen, daß der ganze Komplex des Krauchplanes im Wi Rü Amt eine tatkräftige Stütze fand.

A 085417

H2296-0430

Die zahlreichen, oft übermäßigen Wünsche der Bau- und Betriebsleitungen wurden laufend an das Wi Rü Amt herangetragen und von ihm bei den verschiedenen militärischen und zivilen Stellen vertreten. Ohne die tatkräftige Hilfe des Wi Rü Amtes hätten die Betriebe der Krauchplanes schwerlich die schnelle Betriebsbereitschaft gefunden, wobei es auch hier Grundsatz des Wi Rü Amtes war, alles, was auf solider und sachlicher Grundlage stand, tatkräftig zu fördern, alle utopischen Forderungen und unerfüllbaren Idealpläne zu bekämpfen. Diese Einstellung des Wi Rü Amtes, das alle Erfordernisse und Möglichkeiten der Gesamtrüstung übersah und abwägen mußte und die oftmals sich gegenseitig bekämpfenden Forderungen auszugleichen hatte, hat des öfteren zu dem Urteil geführt, daß das Wi Rü Amt zu sachlich und nicht dynamisch genug arbeite.

In Wirklich hat die sachliche Arbeit den größeren Erfolg gebracht und die vom Wi Rü Amt vertretenen Ansichten haben sich meist auf weite Sicht als richtig erwiesen.

A0035418

H2296-0431

Kautschuk.

Die Kautschuklage hatte sich im Frühjahr 1941 durch die Beutebestände und durch Einfuhren aus Fernost über Rußland besser gestaltet als vorher angenommen werden konnte. Auch hatte die Buna-Verarbeitung Fortschritte gemacht. Die Versorgungslage gestattete eine Verarbeitung von 6 000 moto Kautschuk mit 2 000 t Naturkautschuk-Einsatz bis etwa Ende 1941.

Da zu erwarten stand, daß der Ostfeldzug die Einfuhren über Rußland abstoppen würde, wurde durch Verhandlungen mit der Sowjetregierung versucht, noch vor Beginn unseres Angriffs möglichst viel Kautschuk durch Rußland aus dem Fernen Osten heranzutransportieren. Dieses Manöver gelang, denn die Russen gaben ihre Zustimmung, daß außer den mit Normalzügen über Sibirien kommenden Kautschukeinfuhren (2 700 t im Mai) noch mittels russischer Expreßzüge mit rund 25 Tagen Laufzeit weitere 2 000 t heranbefördert wurden. Weitere 10 300 t waren in 3 Blockadebrechern nach Deutschland unterwegs.

Da außerdem die Buna-Erzeugung im Frühjahr 5 000 moto betrug, war die Gummilage für den Ostfeldzug zunächst gesichert. Als allerdings von den 3 Blockadebrechern nur einer mit 3 200 t Naturkautschuk eintraf, mußte die Verarbeitungsquote von 6 000 t auf 5 000 herabgesetzt werden. Andererseits steuerten die besetzten Gebiete in Sonderheit Frankreich mit rund 2 000 moto Kautschuk zu der deutschen

A 035419

H2296-0432

Versorgungslage erheblich bei. Die Versorgungslage wurde aber Ende des Jahres durch die großen Ausfälle im Osten und durch die stark steigenden Forderungen der Panzerwaffe wieder erheblich angespannt und blieb für das kommende Jahr stark von den Einfuhren von Naturkautschuk durch Blockadebrecher abhängig. Daneben war es von großer Bedeutung, daß die Bunafabriken Schkopau und Hüls von feindlichen Luftangriffen verschont blieben.

Pulver- und Sprengstoff.

Die Pulver- und Sprengstofflage blieb auch trotz der großen Verbrauche im Osten gesichert. Wenn auch die Forderungen der W.T. nicht erfüllt werden konnten, traten bei der guten Bevorratung irgendwelche Notlagen nicht ein.

An Sprengstoff wurden seitens der W.T. gefordert (III. Quartal)

Heer	2 400 moto
Marine	2 460 moto
Luftwaffe	9 227 moto
insgesamt ...	14 087 moto

zugeteilt wurden

Heer	2 000 moto
Marine	2 000 moto
Luftwaffe	7 000 moto
Ausfuhr	250 moto
insgesamt ...	11 250 moto.

Der Luftwaffe wurden außerdem größere Mengen Amotol

A 035420

H2296-0433

zugeteilt im Werte von etwa 850 t Tri.

Nebenher gelang es noch eine OKW-Reserve an Trinitrotoluol zu schaffen. Auf dem Pulvergebiet entstand durch die hohen Flakmunitionsforderungen des Führers ein erheblicher Engpaß. Durch Neuaufstellung von Pressen und sonstigen fabrikatorischen Maßnahmen konnten die dringlichsten Mängel im Jahre 1941 beseitigt werden. Der Chef Wi Rü Amt ordnete trotzdem im Oktober an, daß das Pulver- und Sprengstoffprogramm stärker als bisher zu fördern sei.

Da die Salpetersäureherstellung mit der Pulverherstellung nicht Schritt hielt, wurden im Jahre 1941 durch die Rü In außerdem alle Maßnahmen getroffen, um den Bau der neuen Salpetersäureanlagen zu beschleunigen.

Kunststoffe.

Der Bedarf an Kunststoffen stieg immer weiter an, konnte aber sowohl mangels Phenol und sonstiger Kunststoffemulsionen nicht voll gedeckt werden. Vor allem machte sich der Mangel an Oppanol für Kabel, geschützte Behälter und Gasschutzkleidung störend bemerkbar.

Durch den Bau einer synthetischen Phenolanlage durch die Rüttgerswerke und durch Abzweigung von Isobutanol aus den Hochleistungskraftstoffen sollten die Hauptmängel abgestellt werden.

A 0 85420/1

H2296-0434

Äthylen, Alkohol, Frostschutz- und Lösemittel.

Die Lage auf dem Äthylen- und Alkoholgebiet wurde bei den steigenden Verbräuchen immer gespannter. Die Herstellung von Athylenoxyd wurde laufend erhöht, Mitte des Jahres stand einem Bedarf von 5 000 moto eine Produktion von 3 900 moto gegenüber. Die Alkoholbilanz für das Brennjahr 40/41 stellte sich wie folgt dar:

Bedarf (äusserst gedrosselt) :		
für Trinkbranntwein	1 169 000 hl	
für chemische Industrie	1 891 000 hl	
für Essig	150 000 hl	
für Brennspiritus	620 000 hl	
für Kraftstoff	820 000 hl	
für Sonstiges	2 000 hl	4 652 000 hl
Deckung:		
Erzeugung	4 292 000 hl	
Einfuhr	170 000 hl	4 462 000 hl
Fehlbedarf:		190 000 hl

Zur Besserung der Lage auf dem Gebiet der Frostschutzmittel wurde die Diglykol- und Oxolerzeugung zu Gunsten der Frostschutzmittel gedrosselt.

Die Lösungsmittel mußten scharf kontingentiert werden. Weitere Einzelheiten siehe Anlage XXI,54 (Rohstoffbilanz der Rohstoffabteilung des Wi Rü Amtes).

AC 3021

H2296-0435

XXII.

Das K r i e g s j a h r 1942.

A 085422

H2296-0436

Das K r i e g s j a h r 1942.

A. O r g a n i s a t i o n

Das Jahr 1942 brachte für die Wehrwirtschaftsorganisation einerseits die große Bewährung in der wehrwirtschaftlichen Erfassung und Verwaltung der besetzten Ostgebiete, auf der anderen Seite den Beginn der Aufteilung der einheitlichen Organisation durch den Rm.f.B.u.M.

Wie in den Vorjahrsberichten ausgeführt, war der unterirdische Kampf verschiedener Stellen gegen die militärische Wehrwirtschaftsorganisation schon seit Kriegsbeginn im Gange. Der für die Leitung der Kriegswirtschaft vorgesehene Generalbeauftragte für die Wirtschaft und das RWiM erkannten bald nach Beginn des Krieges die Mängel ihrer eigenen Organisation und sahen, daß das Vertrauen der Wirtschaft voll und ganz bei den Dienststellen der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation lag. Sie bemühten sich daher immer stärker, diese Mängel wieder aufzuholen, der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation möglichst viele Aufgaben wieder zu entreissen und sich dafür als "zuständig" zu erklären. Anstatt dankbar zu sein, daß die Aufgaben, die die Zivilstellen im Frieden versäumt hatten, überhaupt gelöst wurden, traten der GBW und das RWiM jetzt mit der Behauptung auf, das Wi Rü Amt hätte die Führung vieler Wirtschaftsgebiete unberechtigt an sich gerissen. Das Wi

A 035433

H2296-0437

RÜ Amt hat wohl viele Gebiete, die nicht in dem militärischen Rahmen lagen, im Frieden aufgegriffen, aber nur, weil seitens der Zivilstellen nichts geschah und diese Maßnahmen für die Mobilmachung der Rüstungsindustrie erforderlich waren. Da der Führer sich zu Beginn des Krieges mehrfach dahin ausgesprochen hatte, daß die Wirtschaft von einem Wirtschaftler geführt werden müsse und der Soldat sich auf die Aufstellung der Forderungen zu beschränken habe, gewannen die Angriffe des OKW und des RWiM an vielen Stellen schnell an Boden. Endlich fand diese Richtung in dem Rm. f.B.u.M. einen starken Rückhalt, da die dort führenden Ingenieure eine Wirtschaftsführung durch Offiziere stark bekämpften und dabei von dem Bund für Technik unterstützt wurden. Wie bereits ausgeführt, hatte Minister Dr. T o d t diese Richtung niedergehalten, da er als Offizier eine Führung der W.T. auf dem Rüstungsgebiet durch das OKW für unbedingt erforderlich hielt und weil er seine eigene Organisation noch nicht für schlagkräftig genug ansah, um die Aufgaben des Wi RÜ Amtes und seiner Außenorganisation voll zu übernehmen. Als im Februar 1942 Minister Dr. T o d t durch Flugzeugunfall den Tod fand und die Ernennung eines Nachfolgers zur Debatte stand, setzte der Kampf gegen die Wehrwirtschaftsorganisation mit aller Schärfe ein. Da der Führer dem neuernannten Minister die Richtlinie gab, in der gesamten Rüstungs- und Kriegswirtschaft die Selbstorganisation der Wirtschaft schärfer einzuschalten,

NO-5434

H2296-0438

den Ingenieur mehr in den Vordergrund zu rücken und die Reichsverteidigungskommissare schärfer für die Aufgaben zu interessieren, war damit eine der Grundlagen für die allmähliche Ausschaltung des OKW und des Wi Rü Amtes und seiner Außenstellen aus der Rüstungsführung gegeben.

Der Kampf gegen das OKW wurde besonders durch die W.T. betrieben und zielte darauf hinaus, daß sich die W.T. bei ihren Rüstungsmaßnahmen jeder Kontrolle durch das Wi Rü Amt entziehen wollten. In gleicher Richtung arbeiteten der Staatssekretär und die Amtschefs des Rm. f.B.u.M., die darauf zielten, die Führung der gesamten Wirtschaft bei sich zu vereinigen und sowohl das OKW wie das Wi Rü Amt auszuschalten. Sie begründeten ihren Anspruch damit, daß eine einheitliche Führung nun endgültig erforderlich sei, die nur bei dem vom Vertrauen des Führers getragenen neuen Reichsminister liegen könne und nicht beim OKW, da dieses sich gegan die W.T. nicht durchsetzen könne.

Auch der Chef des Wi Rü Amtes hielt eine straffe Zusammenfassung aller Belange der Rüstungsführung beim Minister S p e e r für erforderlich, hoffte aber, den geschlossenen Apparat des Wi Rü Amtes und seiner Außenstellen dem Minister als Arbeitsapparat zur Verfügung stellen zu können-. Leider wurde diese Auffassung von den Amts- und Abteilungschefs des Rm.f.B.u.M. von Anfang an bekämpft.

Eine wenig erfreuliche Rolle spielte in dieser Lage

A 035425

H2296-0439

die Industrie. Daß es ihre Pflicht war, sich sofort mit aller Kraft auf die Linie des Ministers S p e e r umzustellen, ist selbstverständlich. Daß sie, die das Loblied der Wehrwirtschaftsorganisation nicht laut genug singen konnten, aber nun sofort in den Kampfruf gegen den Soldaten einstimmten, war weniger erfreulich. Solche Männer aber, die sich mit der Arbeit des WStb wirklich befasst hatten und nicht nur an ihre Aufträge und Gewinne dachten, wie Generaldirektor B ü c h e r, Generaldirektor R o e h n e r t, Generaldirektor P l e i g e r, Dr. Paul M ü l l e r und zahlreiche andere Herren, haben weiterhin das gute Wollen und die grundlegende Leistungen der Wehrwirtschaftsorganisation anerkannt und vertreten. Dafür gebührt ihnen besonderer Dank.

Minister S p e e r übersah die Lage ziemlich bald und erkannte, daß er die Wehrwirtschaftsorganisation zur Durchführung seiner Aufgabe unbedingt brauchte. Er sprach sich gleichzeitig dahin aus, daß die ihm vom Führer übertragenen Vollmachten und Aufgaben eine Zentralisierung der Rüstung im Rm. f.B.u.M. erforderten. Da er anscheinend das OKW nicht als die Stelle ansah, die ihm die notwendige Unterstützung gegenüber den W.T. geben konnte und da er richtigerweise den Reichsmarschall als die führende Persönlichkeit auf dem Wirtschaftsgebiet betrachtete, ließ er sich von diesem zum Generalbevollmächtigten für die Rüstung ernennen und schloß sich mit dessen engsten Beratern, Feld-

A 085426

H2296-0440

marschall M i l c h und Staatssekretär K ö r n e r zusammen, um mit den vereinigten eigenen und des Reichsmarschalls Vollmachten über die "Gesamtplanung" die Gesamtführung auf dem Wehrwirtschaftsgebiet in die Hand zu nehmen. Dabei war es das Bestreben des Feldm. M i l c h, die Stellung des Chefs OKW möglichst beiseite zu schieben und sich als Vertreter der Wehrmacht in diesem Führungsgremium festzusetzen.

Der Chef Wi Rü Amt war von Anfang an bemüht, den Minister S p e e r in seiner schweren Aufgabe voll zu unterstützen und sich ihm zu unterstellen, da die Gedankengänge des Ministers in der Zentralisierung der Führung und in den durchzuführenden Maßnahmen mit denen des Chefs Wi Rü Amt in fast allen Punkten zusammengingen.

Nachdem der Minister S p e e r in einer Besprechung v. 2.3. (s. Anl. v. 2.3.1942, XXII,1) seine Ideen ausgeführt und die Wünsche des Führers klargelegt hatte, erklärte sich der Chef Wi Rü Amt sofort bereit, dem Minister die gesamte Organisation zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung zu stellen und sich ihm für die Durchführung der Rüstung zu unterstellen.
Die Auffassung des Chefs Wi Rü Amt in den darauf folgenden Verhandlungen war stets die, dass das Wi Rü Amt nunmehr eine doppelte Aufgabe habe; einmal als Dienststelle des OKW die Aufstellung der Forderungen für die Rüstung der Wehrmacht und zweitens als Dienststel-

NO35427

H2296-0441

le des RMi. f.B.u.Mun. die Leitung der militärischen Rüstungsorganisation zur Durchführung und Überwachung der Rüstung.

Der Chef Wi Rü Amt vertrat weiterhin die Ansicht, dass es zweckmässig sei, beide Aufgaben durch dasselbe Amt bearbeiten zu lassen und nur den Chef des Amtes dabei doppelt zu unterstellen, einmal dem Chef OKW, für die anderen Aufgaben dem RMi. f. B.u.Mun.

Gegen diese Ansicht wurde von dem Staatssekretär und den Amtschefs des RMi. f. B.u.Mun. sofort Sturm gelaufen und Minister S p e e r bedrängt, unter allen Umständen eine Teilung des Wi Rü Amtes in ein Wehrwirtschaftsamt und in ein Rüstungsamt zu verlangen.

Der in der Anlage XXII,2 beigefügte Schriftwechsel zwischen Minister S p e e r und dem damals nach Meran beurlaubten Chef des Wi Rü Amtes mit den von beiden Seiten gemachten Lösungsvorschlägen lässt die unterschiedlichen Auffassungen erkennen. Während das OKW die Beibehaltung eines geschlossenen Wi Rü Amtes und nur die klare Trennung der Aufgaben forderte, ging die Linie des RMi. f.B.u.Mun. auf eine personelle Teilung und Zerteilung des wehr- und rüstungswirtschaftlichen Apparates des OKW aus.

Die Verhandlungen über diese Frage wurden mehrere Monate hindurch geführt und führten nach langem Kampf zu dem Erlass des Führers über die einheitliche Steuerung der Wirtschaft vom 7.Mai 1942 (s. Anl. XXII,3).

AC035428

H2296-0442

Durch diesen Erlaß wurde nicht nur die aufgabenmäßige Trennung des Wi Rü Amtes, sondern auch die personelle Trennung durchgeführt. Wenn auch General d. Inf. T h o ma s Chef beider Ämter blieb, war damit doch der erste große Trennungsschnitt in die in langer Jahre Arbeit aufgebaute Organisation getan. In der der Unterzeichnung dieses Erlasses vorangehenden Besprechung zwischen Feldmarschall K e i t e l und Minister S p e e r hatte letzterer auf die Frage des Generalfeldmarschalls klar zum Ausdruck gebracht, daß mit diesem Erlaß die gewünschte Klarheit zwischen den beiden Behörden geschaffen sei und daß Minister S p e e r keine weiteren Forderungen mehr an das OKW habe.

/ Die als Anlage (XXII,4) beigefügte Ansprache des Minister S p e e r an die Rüstungsinspekteure am 21.5.42 anläßlich der Übergabe der Rüstungsdienststellen an den Rm.f.B.u.M. zeigt die damalige Einstellung des Minister S p e e r zu der Lage und ließ die Hoffnung zu, daß mit dieser Lösung die endgültige Organisation geschaffen sei. Der Verlauf des Jahres 1942 zeigte dann allerdings, daß diese Trennungsmaßnahme erst der erste Schritt zur Verdrängung des Soldaten aus der Rüstungsführung sein sollte.

Nachdem durch den Führer die Trennung des Wehrwirtschafts- und des Rüstungsamtes befohlen war, betrachtete der Chef des Rüstungsamtes as als seine höchste Pflicht, schnellstens das Rüstungsamt in den Bau des Rüstungsministeriums einzufügen und alle Angehörigen der Organisation

A 085429

H2296-0443

in die neue Linie einzuweisen. In einer am 20. und 21. Mai stattgefundenen Inspekteurbesprechung wurden die Rüstungsinspekteure über die getroffene Lösung unterrichtet und mit besonderer Eindringlichkeit vom Chef des Rü Amtes darauf hingewiesen, daß wir in unserer Organisation keinen Prestigekampf kennen, sondern daß die vom Führer befohlene Trennung der Organisation eine neue klare Aufgabe gestellt hat und daß sich alle Stellen mit größter Energie und größtem Fleiß darauf einzustellen haben, diese neue Aufgabe zu erfüllen. Auch in der am 21.5. stattgefundenen Übergabeverhandlung der Rüstungsdienststellen an den Rm.f.B.u.M. versicherte der Chef des Rü Amtes dem Minister S p e e r erneut, daß er auf eine tatkräftige und vertrauensvolle Mitarbeit des Rü Amtes und der Rü-Dienststellen rechnen könne.

Der Chef des Rü-Amtes sah es als seine nächste, dringlichste Aufgabe an, die Abgrenzung der Aufgaben des Rü-Amtes gegen die anderen Ämter des Rm. f.B.u.M. klarzustellen und zweitens eine möglichst schnelle Ordnung der Verhältnisse in der Mittel-Instanz zur Durchführung zu bringen. In beiden Aufgaben fand er den absoluten Widerstand des Rüstungslieferungsamtes und des Technischen Amtes (Staatsrat Dr. S c h i e b e r und Hauptdienststellenleiter S a u r), die sich anscheinend zum Ziel genommen hatten, möglichst viele Aufgaben des Rü-Amtes vor einer Klärung der Zuständigkeit der Ämter an sich zu reißen und die Unterhöhlung des Rü-Amtes zu betreiben.

A 085430

H2296-0444

Ebenso versuchten sie die Stellung der Rüstungsinspekteure und -kommandeure möglichst zu schwächen, ehe es zu einer grundsätzlichen Regelung der Mittelinstanz kam. Da außerdem der Staatssekretär des Ministers, S c h u l z e - F i e l i t z den Versuch machte, sich als vorgesetzte Dienststelle des Chefs des Rü-Amtes zu erklären, was der Chef des Rü-Amtes von Anfang an dem Minister gegenüber abgelehnt hatte, kam es sehr bald zwischen dem Chef des Rü-Amtes und den genannten Herren zu sachlichen Differenzen, die leider nicht zu der Zusammenarbeit führten, wie sie wünschenswert gewesen wäre und wie sie vom Chef des Rü-Amtes und seinen Herren angestrebt wurde. Bedauerlicherweise wurde in der Frage der Abgrenzung der Aufgaben der Ämter seitens des Ministers auch keine Entscheidung gefällt, der sich jedes Amt zu fügen hatten, sondern er riet den Amtschefs, sich in dieser Frage zu einigen. So kam es, daß bis zum Ausscheiden des Generals T h o m a s als Chef des Rüstungsamtes aus dem RMin.f.B.u.M. keine Abgrenzung der Arbeitsgebiete getroffen und keine Arbeitspläne herausgegeben wurden, sodaß bei dem Bestreben der Herren S c h i e b e r und S a u r , in alle Aufgaben einzugreifen, ein dauerndes Nebeneinanderarbeiten und Gegeneinanderarbeiten bestehen blieb. Trotzdem z.B. die Regelung des Arbeitseinsatzes und die Rohstoffbewirtschaftung die beiden Hauptaufgaben des Rü Amtes darstellten, wurden auch für diese Arbeitsgebiete in anderen Ämtern Referate eingerichtet und der Arbeitseinsatz sogar hauptamtlich dem Major N i k o l a i im Rüstungslieferungamt übertragen. Alle Versuche

A 08430/

H2296-0445

Versuche des Chefs des Rüstungsamtes, eine schriftliche Festlegung der Aufgabengebiete zu erreichen, blieben erfolglos. Neben dieser Unklarheit führte die Tatsache, daß der Chef des Rü-Amtes zugleich noch Angehöriger des OKW und Chef des Wehrwirtschaftsamtes war, zu weiteren Differenzen, da in den anderen Ämtern ein unüberbrückbares Mißtrauen gegen das OKW bestand und deswegen von diesen Ämtern dem Chef Rü Amt wichtigste Nachrichten, Führerbefehle usw. nicht zugestellt wurden. Da weiterhin in den Planungs- und sonstigen Besprechungen sehr oft scharfe Vorwürfe gegen das OKW und gegen die Person des Generalfeldmarschall K e i t e l geführt wurden und der Chef des Rü-Amtes diese Vorwürfe ablehnte oder entkräftete, wuchs das Mißtrauen gegen die Person des Chefs des Rüstungsamtes und brachte weitere Störungen in das Arbeitsverhältnis zwischen den Ämtern. Auch der Versuch des Generals T h o m a s durch Einsetzung eines Verbindungsoffiziers, der an allen wichtigen Besprechungen der Ämter teilnehmen sollte, einen engeren Konnex zwischen den Ämtern sicherzustellen, (s. Anl. XXII,5) brachte nicht den gewünschten Erfolg. Selbst die Beauftragung des Oberbürgermeisters L i e b e l mit der Klärung der zwischen den Ämtern strittigen Fragen brachte keine Einigung.

In ähnlicher Weise verliefen die Verhandlungen zur Klärung der Fragen der Verhältnisse in der Mittelinstanz. Von Seiten der anderen Ämter wurde alles versucht, um den

H2296-0446

Rüstungsinspekteur in seinen Aufgaben möglichst zu beschränken und um die Wehrkreisbeauftragten, die vom Technischem Amt abhängig waren, und die neu eingerichteten Rüstungsobleute des Rüstungslieferungsamtes sowie die Landwirtschaftsämter mehr in den Vordergrund zu rücken. Da anscheinend der Minister bestimmte Verpflichtungen gegenüber den Reichs - verteidigungskommissaren eingegangen war und auch dem RWiM in der Stellung der Landwirtschaftsämter bestimmte Zugeständnisse gemacht hatte, wurden die Forderungen, die das Wi Rü Amt für die Organisation der Mittelinstanz stellte, nicht erfüllt. Besonders bedauerlich war es außerdem, daß auch in diesen Punkten die Chefs der Waffenämter nicht das OKW unterstützten, sondern bereit waren, dem Minister Sp e e r erhebliche Zugeständnisse zu machen, die nicht der Stärkung der Stellung der Inspekteure dienten, sondern die damit eine Lockerung von der Führung des OKW erhofften. Mehrere Organisationsvorschläge für die Mittelinstanz, die teils vom Rüstungsamt, teils von dem damit beauftragten Dr. L i e b e l vorgelegt wurden, fanden nicht die Billigung des Ministers bezw. des Reichsleiters B o r m a n n und erst durch die Bildung von Rüstungskommissionen, die durch Erlaß des Reichsmarschalls V.P. 17632 vom 17.9.42 mit 1. Durchführungsanordnung Nr. 9041/16/217 vom 10.10.42 (s. Anl. XXII,6) geschaffen wurden, wurde in diesem Punkte eine vorläufige Lösung erzielt.

Auch dieser Erlaß kam erst nach mehrwöchigen Verhand-

A 085432

H2296-0447

lungen zustande, und es bedurfte des ganzen Einsatzes des Chefs Rü Amt , um für die Rüstungsinspekteure die in der 1. Durchführungsanordnung festgelegten Befugnisse sicherzustellen.

Wie die Einstellung zu diesem Punkt im Rm.f.B.u.M. war, ergibt eine Aktennotiz über eine Besprechung des Chefs Rü Amt mit Staatssekretär S c h u l t z e - F i e l i t z vom 12.5., in der es heißt:

" Chef Rü Amt legte die Aufgabe der Rü-Dienststellten bezüglich Betriebsbetreuung dar und forderte eine Stärkung ihrer Stellung, zumal sie jetzt Außenstellen des Rm. f.B.u.M. sind. Sie müßten die Betreuung der gesamten kriegswichtigen gewerblichen Wirtschaft sowie der kriegswichtigen Grundstoffindustrie übertragen bekommen. Beim LWA dürfe nur noch die Betreuung für die zivile Versorgung bleiben. S c h u l t z e - F i e l i t z äußerte demgegenüber, daß der Rüstungsinspekteur heute nur noch " Briefträger" und "Türöffner" für die Rüstungswirtschaft sei, dagegen keinerlei Entscheidungsbefugnisse habe, so z.B. bei der Verteilung der Kohle und Energie, Treibstoffe, Erstellung von Bauvorhaben, auf dem Transport- und Verkehrsgebiet sowie bei Auftragsbelegung."

Trotz aller Versuche des Generals T h o m a s, ein positives Verhältnis mit den anderen Ämtern des Ministeriums zu erreichen, ging das Kesseltreiben der anderen Ämter

H2296-0448

gegen den Chef des Rü-Amtes, seine Abteilungschefs und gegen die Rüstungsinspekteure weiter und führte zu mehreren Aussprachen zwischen Minister und dem Chef des Rü-Amtes, der sich immer wieder bemühte, ein befriedigendes Arbeitsverhältnis mit den anderen Ämtern und ein Vertrauensverhältnis mit dem Minister sicherzustellen. Leider glückte dieses nicht und es bedurfte oft größter Zurückhaltung des Chefs Wi Rü Amt bei den anhaltenden Quertreibereien und unberechtigten Angriffen der Amts- und Abteilungschefs des Ministeriums gegen das OKW und dessen Dienststellen, um nicht von Seiten des Soldaten einen Bruch herbeizuführen, der nicht im Sinne der großen Sache lag.

Minister S p e e r hat sicherlich das Beste gewollt, genau so wie es das innerste Bestreben des Generals T h o m a s war dem Führer und dem Vaterlande in dieser Stellung dienen zu können. Die Verhältnisse - vor allem das mangelnde Vertrauensverhältnis zwischen Chef OKW und Reichsminister S p e e r - waren aber stärker und führten zum Bruch.

Ein Sonderfall - die Forderung des Ministers, einen Offizier des Rü-Amtes wegen einer angeblich unterlassenen Meldung zu bestrafen, die der Chef Rü Amt als unbegründet ablehnte - wurde Anlaß zum Bruch. Er ereignete sich in einer Zeit, in der der Chef des Rü-Amtes infolge einer Operation im Krankenhaus lag. Dieser Sonderfall führte zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Minister S p e e r und General T h o m a s und zu dessen Bitte, ihn von der Stel-

A-035434

H2296-0449

lung eines Chefs des Rü-Amtes im Rm.f.B.u.M. zu entbinden. Die vergangenen Monate hatten den Beweis erbracht, daß bei den obwaltenden Verhältnissen es unmöglich war, einen Angehörigen des OKW im Rüstungsministerium als Amtschef zu belassen. Außerdem zeigte es sich, daß es unter den herrschenden Verhältnissen unmöglich war, zwei vorgesetzten Dienststellen, die oft verschiedener Ansicht waren, voll gerecht zu werden.

Der Minister entsprach dem Wunsche des Generals d.Inf. T h o m a s , nahm nach der Aussprache aber dann wieder eine betont freundschaftliche Haltung ein und bat um weitere Zusammenarbeit auf einer noch zu klärenden Basis. Näheres ergibt der Bericht des Generals T h o m a s an Feldmarschall K e i t e l.

Am 17.11. übergab General d. Inf. T h o m a s das Rüstungsamt an Generalmajor W a e g e r, wodurch die völlige Trennung der Rüstungs- und Wehrwirtschaftsorganisation vollzogen wurde (s. Anl. XXII,7).

Minister S p e e r dankte General d. Inf. T h o m a s in einem als Anlage XXII,8 beigefügtem Dankschreiben.

Der Rücktritt des Generals d. Inf. T h o m a s wurde seitens des Rm. f.B.u.M. benutzt, um entgegen den früher Generalfeldmarschall K e i t e l gegebenen Zusicherungen weitere Teile aus dem Wehrwirtschaftsamt in den Rm.f.B.u.M. hinüberzuziehen. Da Feldmarschall K e i t e l einen Widerstand dagegen für aussichtslos hielt, wurde die wei-

A 005435

H2296-0450

tere Abgabe von Teilen des Amtes in die Wege geleitet. Näheres darüber siehe Abschnitt 1943.

Die durch vorgenannten Erlaß erfolgte Regelung der Mittelinstanz nahm den Rüstungsinspekteuren viel von ihren bisherigen Aufgaben, war aber insofern zu begrüßen als sie endlich eine gewisse Klärung der Verantwortung und eine Verteilung der Aufgaben brachte. Wenn auch die Aufgabenverteilung noch erhebliche Überschneidungen in sich barg, und die Rüstungsinspekteure nur zum Teil Vorsitzer der Rüstungskommissionen waren, so war dadurch, daß die Geschäftsführung bei der Rüstungsinspektion bezw. beim Rü-Kdo lag, die Möglichkeit einer klaren und einheitlichen Führung innerhalb des Bezirks gegeben. Mit dieser Lösung in der Mittelinstanz wurde, wenn auch in stark verbesserter Form die langjährige Forderung des Wi Rü Amtes auf Zusammenarbeit aller mit der Rüstung und Kriegswirtschaft befassten Stellen der Mittelinstanz in einer Dienststelle, die dem Reichsverteidigungskommissar unterstellt werden sollte, erfüllt. Wäre man bereits im Frieden den Vorschlägen des Wi Rü Amtes gefolgt und hätte man die Führung der gesamten Wirtschaft beim GBW vereinigt und ihm den Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes als Staatssekretär beigegeben, so hätte man auch in der Mittelinstanz die einheitliche Führung in Form einer Dienststelle oder Kommission sicherstellen und den unseligen Konkurrenzkampf der einzelnen Dienststellen in der Mittelinstanz in den ersten Kriegsjahren vermeiden können. Eine solche Lösung war aber nur möglich, wenn die Führung der

*085436

H2296-0451

Rüstung und Kriegswirtschaft bei einer Person lag, die das volle Vertrauen des Führers und entsprechende Vollmachten hatte.

Um eine weitere Verbindung zwischen Wehrmacht und Wirtschaft zu schaffen, befahl Minister S p e e r die Bildung eines Rüstungsrates. In diesen wurden berufen:

Feldmarschall M i l c h
General d. Art. L e e b
General d. Inf. T h o m a s
Admiral W i t z e l
Generaldirektor V ö g l e r
Generaldirektor B ü c h e r
Generaldirektor R o e h n e r t .

Es muß allerdings festgestellt werden, daß dieser Rat nie geschlossen getagt hat, sondern daß seine Mitglieder nur einzeln vom Minister herangezogen wurden.

Folgende weitere organisatorische Maßnahmen sind im Jahre 1942 von Bedeutung:

H e i m a t g e b i e t:

Die Aufstellung der wehrwirtschaftlichen Dienststellen für den Osten im Jahre 1941 hatte den Beweis erbracht, daß es notwendig ist, für die sich immer weiter ausbreitende wehrwirtschaftliche Organisation einen Unterbau von Ersatzdienststellen zu schaffen, die in der Lage sind, neue wehrwirtschaftliche Dienststellen aufzustellen und die vorhandenen mit dem notwendigen ausgebildeten Ersatz zu versorgen. Außerdem zeigte sich immer mehr, daß eine planmäßige Aus-

A 085437

H2296-0452

bildung auf militärischem und wehrwirtschaftlichem Gebiet für die Angehörigen der wehrwirtschaftlichen Dienststellen erforderlich ist. Diese Tatsache führte zu dem Entschluß zur Aufstellung einer Inspektion für Wehrwirtschaftliches Ersatz- und Ausbildungswesen und von den drei weiteren Wehrwirtschaftlichen Ersatzabteilungen. Es wurden daher mit dem 10. Januar aufgestellt:

Die Inspektion für das Wehrwirtschaftliche Ersatz- und Ausbildungswesen unter Generalleutnant S c h u b e r t h, der zu diesem Zweck von seiner Stellung als Chef des Wi Stab Ost entbunden wurde, in B e r l i n,

die Wehrwirtschaftliche Ersatzabteilung 3 unter Oberstleutnant Dr. K r u l l in D r e s d e n,

die Wehrwirtschaftliche Ersatzabteilung 4 unter Oberst M a t z k y in B e r l i n und

die Wehrwirtschaftliche Ersatzabteilung 5 unter Major von B u t t l a r in K a s s e l.

Aufstellungsbefehle und Aufgaben für diese Neuformationen sind als Anlagen beigefügt (s. Anl. XXII, 9-12).

Den schon seit Jahresfrist vorgebrachten Wunsch des Gauleiters für Baden, K ö h l e r , folgend wurde am 1. Juli 1942 eine neue Rü In Oberrhein mit dem Sitz in Straßburg unter gleichzeitiger Auflösung des Rü Kdos Straßburg aufgestellt. Die neue Rü In umfaßt die nord-

A 035438

H2296-0453

badischen Wehrbezirke Karlsruhe, Rastatt, Offenburg und das Elsaß. Ihr wurden unterstellt die neu aufzustellenden Rü Kdos Karlsruhe und Kollmar.(Näheres siehe OKW / Wi Rü Amt Stab I/O Nr. 7742/42 vom 21.4.42 - Anl. XXII ,13).

Am 30.4. wurde zur Sicherstellung einer noch engeren Verbindung zwischen dem Rm. f.B.u.M. und seinen Dienststellen einerseits und den Abteilungen des Wi Rü Amtes andererseits ein VO zum Rm f.B.u.M. geschaffen. Major W a g n e r wurde vom Chef Wi Rü Amt für diese Stelle bestimmt. Dienstanweisung siehe Wi Rü Amt Stab I/O Nr.7789/42 vom 30.4.42 - Anl. XXII,14 - bis s.auch Anl. XXI,5).

Die Verhandlungen des Minister S p e e r mit den Reichsverteidigungskommissaren und der Wunsch des Führers diese stärker in die Kriegswirtschaft einzuschalten und endlich der Wunsch, die gesamte Rüstung stärker auf das Gebäude der Partei abzustellen, führten im August dazu, die Gebietseinteilung der Rüstungs-Dienststellen zu ändern und sie auf die Grenzen der Gaue abzustellen. Diese Neueinteilung machte die Aufstellung verschiedener neuer Rü Kdos erforderlich bezw. die Verlegung einzelner Rü Kdos in andere Unterkunftorte. Es wurden neu aufgestellt die

Rü Kdos Stettin, Berlin V, Stuttgart II,
Karlsruhe, Gleiwitz, Ludwigshafen , Wiesbaden, Regensburg und Posen.

Es wurden verlegt:

Rü Kdo Villingen nach Freiburg
Rü Kdo Kollmar nah Straßburg

A 085439

H2296-0454

Rü Kdo Osnabrück nach Münster

Rü Kdo Hamburg II nach Lüneburg

Rü Kdo Coburg nach Bayreuth.

Rü Kdo Mannheim wurde aufgelöst.

Die Grenzziehung wurde so vorgenommen, daß ein oder zwei Rü Kdos in ihren Grenzen mit den Gaugrenzen übereinstimmten. Die Gebiete der Rü In umfaßten nunmehr ein oder mehrere Gaue, wichen aber zum Teil von den bisher zu Grunde gelegten gemeinsamen Wehrkreisgrenzen ab. In Anpassung an diese neue Gebietseinteilung wurden auch die Wehrwirtschaftsinspektionen auf diese neuen Grenzen abgestellt und ihre Aufgaben nochmals klar festgelegt. Näheres siehe OKW / Wi Rü Amt Nr. 4283/42 vom 18.9. und OKW / Wi Amt Nr. 11581/42 vom 30.9.42 - Anl. XXII, 15 und XXII,16) .

<u>F r a n k r e i c h</u>.

Die sich immer mehr steigernde Ausnutzung des französischen Wirtschaftsgebietes machte einerseits die Vermehrung der rüstungswirtschaftlichen Außenstellen notwendig, andererseits zeigte sich aber immer mehr die Notwendigkeit, das Industriegebiet von Paris und Norwestfrankreich in einer Inspektion zusammenzufassen. Infolgedessen wurde mit Wirkung vom 1.5.42 eine neue Gliederung der Wehrwirtschaftlichen Organisation in Frankreich vorgenommen und das Gebiet in drei Rüstungsinspektionen gegliedert:

A 035440

H2296-0455

Rüstungsinspektion A (Paris und Nordwest-Frankreich) mit Sitz in Paris

Rüstungsinspektion B (mit Sitz in Angers)

Rüstungsinspektion C (Nordost-Frankreich mit Sitz in Dijon).

Näheres siehe OKW / Wi Rü Amt Nr. 7456/42 vom 23.4.42 - s. Anl. XXII,17 .

Auf Grund der Forderungen des Ministers S p e e r auf Trennung der wehrwirtschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Dienststellen auch in dem besetzten Westgebiet wurde am 26.6. eine erneute Umorganisation in Frankreich angeordnet, die mit dem 20.7. in Kraft trat. Der Wehrwirtschafts- und Rüstungsstab Frankreich wurde zerteilt in den Wehrwirtschaftsstab Frankreich, der dem OKW unterstellt blieb, und dem Rüstungstab Frankreich, der dem Rm. f.B.u.M. (Chef Rü Amt) unterstellt wurde. Der Chef des Wehrwirtschaftsstabes sollte zugleich Chef des Rüstungsstabes sein. Als nachgeordnete wehrwirtschaftliche Dienststellen des WStb Frankreich bleiben eingesetzt, die

Wehrwirtschaftsinspektion A (Paris u. Nordwest-Frankreich)

Wehrwirtschaftsinspektion B (Südwest-Frankreich)

Wehrwirtschaftsinspektion C (Nordostfrankreich).

mit den Grenzen der entsprechenden militärischen Verwaltungsbezirke.

Als nachgeordnete rüstungswirtschaftliche Dienststellen

A 035441

H2296-0456

des Rüstungsstabes Frankreich wurden eingesetzt:

a) die Rüstungsinspektion Frankreich mit dem Sitz in Paris,

b) die Rüstungskommandos, die der Rüstungsinspektion Frankreich unterstanden und

c) ein deutscher Beschaffungsstab in Frankreich.

Diese völlige Neugliederung auf dem rüstungswirtschaftlichem Gebiet fusste auf dem Gedanken des Ministers S p e e r, dass die praktische Rüstungsarbeit bei den Rü Kdos. liegen muss, da sie die engste Verbindung zu den Betrieben haben, und dass die grosse Zahl der Rüstungsinspektionen in Frankreich für die Arbeit nur hemmend sei. Der Beschaffungsstab sollte die bisher stark dezentralisierte Beschaffung in Frankreich zusammenfassen und eine bessere Ausnutzung der Betriebe sicherstellen. Er sollte eine weitere Leistungssteigerung durch erhöhte Zusammenfassung und Rationalisierung aller Kräfte der gewerblichen Wirtschaft nach deutschem Vorbild durchführen. Die entsprechenden Verfügungen sind als Anl. XXII,18/19 beigefügt, im übrigen gibt über die Vor- und Nachteile dieser Neuorganisation die Sonderbearbeitung des Wehrwirtschafts- und Rüstungsstabes Frankreich Auskunft.

R u s s l a n d .

Die Ausweitung der Operationen im Osten brachte auch für die Wehrwirtschaftsorganisation erhöhte Anfor-

1 C85442

H2296-0457

derungen und neue organisatorische Aufgaben. Die Führung des Wi Stab Ost durch den Gen.Lt. S c h u b e r t h entsprach nicht den Auffassungen des Chefs Wi Rü Amt, da sich Gen.Lt. S c h u b e r t h allzu stark mit theoretischen Zukunftsideen befasste und zu wenig die praktischen Gegenwartsaufgaben anfasste. Wenn er auch von früh bis spät mit grösstem Fleiss bemüht war, die ihm übertragene Aufgabe zu erfüllen, gelang es ihm doch nicht, die notwendige Verbindung mit der Truppenführung, dem Gen.Quartiermeister und den an der Front stehenden Dienststellen zu schaffen und eine wirklich feste Führung im Stab zu erreichen. Als äusserdem durch den Heldentod seiner Söhne und seines Schwiegersohnes erhebliche Schicksalsschläge auf ihn einwirkten, entschloss sich der Chef Wi Rü Amt Gen.Lt. S c h u b e r t h von der Führung des Wi Stab Ost mit dem 1.Juli 1942 (Gen.Lt. S c h u b e r t h war vorher 6 Wochen beurlaubt) zu entbinden und ihm die Ersatz- und Ausbildungsinspektion zu übertragen. Die Führung des Wi Stab Ost übernahm zunächst vertretungsweise der Chef Wi Rü Amt selbst. Am 3.8.42 gab der Reichsmarschall seine Genehmigung zur Übernahme und Führung des Wi Stab Ost durch Gen.Lt. S t a p f , den der Chef Wi Rü Amt für diese Aufgabe vom Personalamt erbeten hatte. Während der Führung des Wi Stab Ost durch den Chef Wi Rü Amt hatte dieser am 27.5. General N a g e l als Generalinspekteur der Wehrwirtschaftsorganisation Ost eingesetzt,

A C05443

H2296-0458

um dadurch eine enge Verbindung zwischen der Führung und den Aussenstellen zu schaffen. Näheres siehe Wi Amt Stab I/O Nr. 8551/42 v. 27.5.42 - Anl. XXII,20. General N a g e l behielt in dieser Tätigkeit seine Aufgabe als Verbindungsoffizier zum Reichsmarschall bei bis zur Ernennung des General S t a p f zum Chef Wi Stab Ost. Mit diesem Termin wurde die Stellung des General N a g e l als Generalinspekteur und als Verbindungsoffizier zum Reichsmarschall eingezogen.

Mit dem 3.2. wurde eine grundlegende Änderung im Einsatz der Wehrwirtschaftsdienststellen im Osten vollzogen, indem die Gebietsgrenzen der wehrwirtschaftlichen Dienststellen den militärischen Grenzen angepasst wurden. Die Wirtschaftsinspekteure wurden den Heeresgruppenkommandos angegliedert, die Grenzen der Wirtschaftskommandos wurden denen der Armeen angepasst. Überall da, wo in einem Armeebereich mehrere Wirtschaftskommandos eingesetzt werden mussten, wurde ein leitendes Wirtschaftskommando geschaffen, das die Verbindung mit dem AOK hielt. Diese Maßnahmen wurden in Sonderheit deswegen erforderlich, weil die Gefahr bestand, dass die Wehrwirtschaftsorganisation sich zu stark für ihre Aufgaben zur Versorgung der Heimat und zu wenig der Sicherstellung der Versorgung der Truppe widmete. Näheres darüber siehe OKW/Wi Rü Amt Nr.5568/42 v. 3.2.42 - Anl. XXII,21.

Die Verkleinerung der Gebiete der Wi In Nord durch Abgabe der Gebiete der Randstaaten an die Zivilverwal-

NOKW-3444

H2296-0459

tung führte im Januar zur Verkleinerung und Auflösung der bisherigen Wi In Nord und zur Übertragung der Aufgaben auf das Wi Kdo. Pleskau, Oberstlt.d.Lw. B e c k e r, der damit zum Inspekteur der neuen Wi In Nord ernannt wurde.

Der Wiederbeginn der Operationen und die Eroberung weiterer russischer Gebiete machte die Neuaufstellung zahlreicher neuer Dienststellen erforderlich. Am 31.5. wurde die Bildung einer Bezirkswirtschaftsinspektion Donez angeordnet, um die einheitliche Verwaltung und Ausnutzung des Donez-Industriegebietes sicherzustellen. Zum Bezirkswirtschaftsinspekteur wurde Oberst W i t t e k i n d ernannt. Zu gleicher Zeit wurde in der Heimat die Aufstellung einer neuen Wirtschaftsinepsktion (Wi In zbV. A) angeordnet, die bei weiterem Vorgehen das Kaukasusgebiet übernehmen sollte und deren vorausgesandter Arbeitsstab zunächst in Stalino bei Oberst W i t t e k i n d zur Einarbeitung eingesetzt wurde. Näheres darüber siehe OKW/Wi Rü Amt I/O Nr. 3420/42 geh. v. 23.5. (Anl. XXII,22) und Nr.3478/42 geh. v. 26.5. (Anl. XXII,23).

Auf Grund der im ersten Jahr im Osten gemachten Erfahrungen wurde am 7.Juli der neu bearbeitete Abschnitt "Wirtschaftsorganisation" in den "Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten" (grüne Mappe) neu herausgegeben. Damit wurden die gesamten Grundlagen der Organisation noch-

A 085445

H2296-0460

mals festgelegt bezw. neu geordnet. Die in der Anl.XXII,24 beigefügte Neubearbeitung OKW/Wi Amt Nr. 3556/42 geh. v. 7.7. bringt darüber die näheren Einzelheiten. Ebenso wurde bei den Wirtschaftsinspektionen Ost neue Chefgruppen Forst- und Holzwirtschaft und Betriebsförderung und Berufserziehung eingerichtet, sowie die Chefgruppe Fü/M in die Stelle eines Chefs des Stabes umgewandelt. Näheres hierüber siehe OKW/Wi Amt Z 1/II Nr. 9740/42 v. 13.7. (Anl. XXII,25).

Die Dienstanweisung für den Wehrwirtschaftsinspekteur und Wehrwirtschaftskommandeur wurde neu bearbeitet und herausgegeben. Näheres siehe OKW/Wi Amt Nr.5187/42 geh. v. 27.7.,(Anl. XXII,26).

Ebenso wurde die Dienstanweisung für den Armeewirtschaftsführer neu bearbeitet und am 5.9. in Kraft gesetzt. Näheres siehe OKW/Wi Amt Z 1/II Nr. 10 860/42 v. 5.9.1942 (Anl. XXII,27).

Für die Besetzung der neu eroberten Gebiete wurden zahlreiche Neuaufstellungen vorgenommen, wie sie in der Verfügung OKW/Wi Rü Amt Stab I/O Nr. 2616/42 geh. v. 23.4.42 (s. Anl. XXII,28) festgelegt sind.

Für die schnelle Erfassung der russischen Erdölvorkommen wurden umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Auf Grund eines dem Reichsmarschall vorgelegten Vorschlages des Wi Rü Amtes wurde die Aufstellung einer Mineralöl-Brigade Kaukasus vorgenommen. Über Aufstellung und Tätigkeit dieser Brigade folgt ein Sonderbe-

4 C35416

H2296-0461

Sonderbericht. Daneben wurde für die Untersuchung des Gebietes von Romny ein Min.Öl Kommando Romny und für den Nachschub an Erdölbohrgerät ein besonderer Nachschubstab für Erdölgeräte und später eine Außenstelle Armavir angeordnet. (Entsprechende Verfügung s. Anl. XXII, 29 und XXII, 30).

Für die Sicherstellung der immer dringender werdenden Versorgung der Truppe und der sonstigen kriegswichtigen Bedarfsträger mit Holz wurde auf Vorschlag des Wi Rü Amtes vom Reichsmarschall ein Generalbevollmächtigter für die Holzversorgung im sowjetischen Südostraum bestellt. Sitz: K i e w. Mit der Aufgabe wurde Generalmajor v. M a j e w s k i betraut. NAheres OKW / W Stb Wi Amt Z I/II Nr. 10226/42 vom 5.8.42 (Anl. XXII, 31).

Für die Betreuung der im Donez-Bergbau eingesetzten, meist von Deutschland herangeholten Bergleute wurde ein besonderer Stab z.b.V. gebildet, der die disziplinarische Beaufsichtigung und die soziale Betreuung der Bergleute übernahm.

Die durch die abschnittsweise Übergabe von Teilen des Operationsgebietes an die Zivilverwaltung vorzunehmenden Grenzänderungen brachten auch für die Wehrwirtschaftsorganisation zahlreiche Änderungen in der Einsetzung und Begrenzung der Wirtschaftsdienststellen und machten zahlreiche Neuaufstellungen bezw. Auflösungen erforderlich.
Die Hauptänderungen in der Ukraine sind durch Befehl OKW/Wi Amt ZI=I Nr.10 640 vom 25.8. (s.Anl. XXII,32) festgelegt.

A 0055417

H2296-0462

S o n s t i g e M a ß n a h m e n .

Durch die Änderung der Befehlsverhältnisse in Griechenland wurde im Januar 1942 die Verbindungsstelle Athen in eine Dienststelle "Deutscher Wehrwirtschaftsoffizier Athen" umgewandelt. Mit der Stelle wurde Rittm. K o c h beauftragt. Das bestehende Wi Kdo. Saloniki wurde in die Dienststelle "Deutscher Wehrwirtschaftsoffizier Saloniki" abgeändert. Diese Dienststellen wurden dem Wehrwirtschaftsstab Südost unterstellt.

Das starke Interesse, das von der Führungsseite an Spanien und Portugal genommen wurde, veranlasste das Wi Rü Amt einen Wehrwirtschaftshilfsoffizier nach Lissabon zu kommandieren und in Spanien einen WO Spanien einzurichten. Der WO Spanien trat zum Wehrmachtattaché Madrid, der WO Lissabon trat zum Wehrmachtattaché Lissabon. (Entsprechende Verfügungen siehe Anl. XXII, ~~33~~ u. 34).

Zur Unterstützung der Versorgung der in Afrika eingesetzten deutschen Truppen wurde zur Panzerarmee in Afrika ein VO in der Person des Oberstlt. B a t t r é kommandiert. Dienstanweisung für diesen Offizier siehe Anlage XXII,35. Dieser Stab bildete die Grundlage für die Einrichtung der späteren Dienststelle "Deutscher Wehrwirtschaftsstab beim Oberbefehlshaber Tunesien".

Die Dienststelle des Wehrwirtschaftsoffiziers Transnistrien wurde im Oktober 1942 nach Abgabe des Gebietes an die Zivilverwaltung in eine Außenstelle Odessa des WO Rumänien umgewandelt.

RG 085448

H2296-0463

Die Dienststelle des WO Transnistrien wurde im Oktober 1942 nach Abgabe des Gebietes an die Zivilverwaltung in eine Außenstelle Odessa des WO Rumänien umgewandelt.

Für die verschiedenen Kriegsschauplätze wurden im Jahre 1942 zahlreiche Wehrmachtserfassungskommandos aufgestellt, auf deren Tätigkeit im Abschnitt " Wehrwirtschaft " eingegangen wird.

Im September erfolgte die Einrichtung des WO in Aarhus, der dem WStb Dänemark unterstellt wurde.

Da die Stellung des WO in den befreundeten bezw. in den neutralen Ländern infolge der zunehmenden Verlagerung von Aufträgen und der Wichtigkeit ihrer über sie eingehenden Auslandsnachrichten immer bedeutungsvoller wurde, musste ihre Dienststellung innerhalb der deutschen Mission eine grundlegende Regelung erfahren. Dieses wurde auch erforderlich, weil der Reichsaussenminister gelegentlich der Einsetzung des WO Madrid die Forderung erhob, dass eine enge Zusammenarbeit des WO mit der Mission durch eine entsprechende Dienststellung und Dienstanweisung sichergestellt wird. Durch Besprechungen mit Botschafter R i t t e r vom Ausw. Amt wurde eine Übereinstimmung über Abfassung einer Dienstanweisung hergestellt, die ihrerseits die engste Zusammenarbeit des WO sicherstellt, andererseits den Belangen der Wehrmacht vollauf Rechnung trägt. Diese Dienstanweisung, die als Anlage XXII,36 beigefügt ist, führte zu einer vermehrten Selbständigkeit des WO gegenüber den Wehrmachtattachés und zu einer Verlagerung der Einflußnahme

A 035449

H2296-0464

auf die Tätigkeit des WO im Ausland stärker zum Missionschef hin. Beides erschien für die Durchführung der Aufgaben des WO nützlich. Der WO, der die Gesamtbelange der Wehrmacht zu wahren hatte, wurde dadurch unabhängig von einem Wechsel des Wehrmachtattachés und von dessen Einstellung, die oft nicht ganz frei von Rücksichten, die er als Vertreter seines WT zu nehmen müssen glaubte, war. Diese vermehrte Unabhängigkeit ließ ferner erwarten, daß die bisher von den übrigen Waffenattachés dem WO gegenüber geübte Zurückhaltung einer engeren Zusammenarbeit mit ihm Platz machen wird. Schließlich wird dem WO für die erfolgreiche Durchführung seiner Aufgaben unentbehrliche unmittelbare Unterrichtung durch den Missionschef über die dem Empfangsstaat gegenüber einzuschlagende Taktik in den handels- und finanzpolitischen Beziehungen zustatten kommen.

A005450

H2296-0465

Die wehrwirtschaftlichen Nachrichten für die Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation.

Um den über die ganze Heimat und über alle besetzten Gebiete verstreuten Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation ein Zeichen der Zusammengehörigkeit zu geben, wurde im Herbst 1942 ein Nachrichtenorgan in Gestalt " Der Wehrwirtschaftlichen Nachrichten" geschaffen, durch das alle Dienststellen über die Tätigkeit der Organisation unterrichtet werden sollten. Die einzelnen Ausgaben dieser "Wehrwirtschaftlichen Nachrichten" geben wertvolle Unterlagen über die Tätigkeit der Organisation.

Die erste Ausgabe wurde durch nachstehenden Aufsatz des Generals d. Inf. T h o m a s eingeleitet:

"Die Wehrwirtschaftsorganisation der Wehrmacht eine der Grundlagen der Kriegführung.

Die Aufgaben, die ich im Frieden der deutschen Wehrwirtschafts- und Rüstungsorganisation gestellt hatte, sind durch die Forderungen des Krieges weit übertroffen worden. Die Stärke der Organisation wuchs daher im Kriege von Monat zu Monat. Aus der kleinen Gruppe von wenigen Männern, die vor einem Jahrzehnt die Fahne der Wehrwirtschaft hißten, ist durch die Kriegsereignisse eine Organisation von mehreren Zehntausend geworden.

Ein kurzer Rückblick über die Entwicklung möge uns den steigenden Wert der Wehrwirtschaftsorganisation für die Kriegführung noch mehr verdeutlichen.

NO-3451

H2296-0466

Deutschland konnte die wehrwirtschaftlichen Erfahrungen des Weltkrieges nach außen hin erst 1933 nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in die Praxis umsetzen. Erst diese schuf die Möglichkeit, die bereits seit 1924 im damaligen Reichswehrministerium in aller Stille geschaffenen Pläne zum Wiederaufbau der wirtschaftlichen Wehrkraft des Reiches nutzbar zu machen. Der 1933 eingerichtete W e h r w i r t s c h a f t s s t a b, zu dem eine über das ganze Reich verzweigte Außenorganisation trat, erhielt die Aufgabe, den wehrwirtschaftlichen Aufbau in enger Zusammenarbeit mit der zivilen wehrwirtschaftlichen Organisation - d.h. dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, sowie den Dienststellen des Vierjahresplanes, , dem in Sonderheit die Schaffung der Rohstoff- und Ernährungsgrundlagen für die Landesverteidigung übertragen worden war - durchzuführen.

Die Aufgaben, die wir uns im Frieden gestellt hatten, lagen in der Hauptsache auf sechs Gebieten. Zunächst galt es, die wehrwirtschaftliche Idee der Wirtschaft zu eigen zu machen und sie auf die Notwendigkeit der Wehrhaftmachung umzustellen. Dann hieß es, eine Organisation zu schaffen, die einmal in der Zentralinstanz die wirtschaftliche Mobilmachung bearbeitete und die andererseits diese Arbeit draußen in der Praxis umsetzte. Eine weitere Aufgabe war die Erkundung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit verbunden, der Aufbau einer neuen Rüstungsindustrie auf Grund der Nachschubforderungen, die die WT für

A 005452

H2296-0466A

USA - 35

2353-PS

H2296-0467

2353-PS

den Ernstfall stellten. In enger Verbindung damit stand die rohstoffmäßige Sicherung dieser Programme und die Vorbereitung einer weitsichtigen Bewirtschaftung. Nebenher ging eine planmäßige Beobachtung und Untersuchung der Wirtschaften der befreundeten und in Sonderheit der Feindländer als Grundlage für den zu führenden Wirtschaftskrieg.

Die Geschichte wird wenig Beispiele dafür kennen, daß ein Staat bereits im Frieden seine wirtschaftlichen Kräfte so überlegt und planmäßig auf Kriegserfordernisse ausgerichtet hat, wie das bei Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen gezwungenermassen der Fall war. Unzweifelhaft hat die Wehrwirtschaftsorganisation mit ihrer Vorkriegsarbeit der deutschen Kriegführung von Anfang an so erhebliche Vorteile gegenüber den Gegnern gebracht, daß diese bereits in einer Anzahl von Fällen sich veranlaßt gesehen haben, Maßnahmen in ihrem eigenen Lande nachzuahmen, die sie vorher bei uns kritisiert oder belächelt hatten. Die Literatur in den Feindstaaten hat dafür wiederholt schlagende Beweise gegeben.

Unstreitig ist ferner, daß das Bestehen der wehrwirtschaftlichen Organisation, ihre Schulung auf wirtschaftlichem Gebiet, ihre enge Verbundenheit mit der Wirtschaft und mit den militärischen Ersatzdienststellen den Anlauf der deutschen Rüstung und ihren Aufbau während des Krieges maßgeblich beeinflußt hat. Zusammen mit den Waffenämtern der WT war die Organisation der Träger der Rüstung, und erst das immer größere Anwachsen der Forderungen und die

A 035453

H2296-0468

Ausweitung der Kriegsschauplätze führte zur Einsatzung des Rm. f.B.u.M. und dem späteren Zusammenschluß beider Organisationen. Die heutige Lösung, die auf dem Rüstungsgebiet den engen Zusammenschluß der behördlichen Organisation mit der Selbstverwaltung der Wirtschaft gebracht hat, ist zweifellos diejenige , die in einem Kriege von solchem Ausmaß und von langer Dauer allein möglich ist.

Der Verlauf des Krieges hat der wehrwirtschaftlichen Organisation aber

neue, unerwartet große Aufgaben

gebracht. Hier sind es in Sonderheit drei Aufgabengebiete, die besonders hervorzuheben sind:

ersten das Zusammenwirken wehrwirtschaftlicher Dienststellen und Verbände mit der kämpfenden Truppe,

zweitens die Übernahme der Wirtschaft in den besetzten Feindgebieten und

endlich die Unterstützung der kämpfenden Front auf den verschiedensten Nachschubgebieten durch die im besetzten Gebiet eingesetzten wehrwirtschaftlichen Dienststellen.

Schon vor dem Kriege wurde der Einsatz von technischen Bataillonen und sonstigen wehrwirtschaftlichen Verbänden zur Unterstützung der kämpfenden Truppe im Rahmen der Wehrwirtschaftsorganisation vorgesehen. Die Abneigung, die zunächst die militärischen Dienststellen gegen den Einsatz solcher Verbände an den Tag legten, wurde durch gemeinsame wehrwirtschaftliche Kriegsspiele bald behoben. Schon der Polenfeldzug und der Feldzug nach Frankreich,

A 085454

H2296-0469

ganz besonders aber der Rußlandfeldzug haben die Notwendigkeit solcher Verbände erwiesen. Heute sind das " Techn. Batl.", die wehrwirtschaftlichen Erfassungskommandos ebenso wie das Wirtschaftskommando Inbegriffe höchster Notwendigkeiten für die Sicherung der Versorgung der kämpfenden Truppe. Es erwies sich aber als erforderlich, diese Teile der Wehrwirtschafts-Organisation erheblich auszubauen. So entstanden die Begriffe und die Dienststellen des AWiFü, der Wehrwirtschaftsinspekteure und Wi Kdos, besonderer Bergbau- und Mineralöleinheiten und weitverbreitete Rohstofferfassungsorganisation. Das Zusammenwirken zwischen kämpfender Truppe und wehrwirtschaftlichen Einheiten hat sich in hervorragendem Masse eingespielt, und die wehrwirtschaftlichen Dienststellen und Verbände wurden zu einem wichtigen Bestandteil der Armee.

In besonderem Umfange hat die

Übernahme der Wirtschaftsverwaltung in den besetzten Ostgebieten

einen großzügigen Einsatz der Wehrwirtschaftsorganisationen erfordert. Neben großen Sonderaufgaben auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft, wie der Wiederingangsetzung der Mangangruben von Nikopol, dem Wiederaufbau des Donez-Kohlenbergbaues, der Neuerschliessung der Ölfelder im Kaukasus, liegt das Hauptarbeitsgebiet auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Wenn im ersten Jahr des Ostfeldzuges über 5 000 Sowchosen, 43 000 Kolchosen und mehr als 34 000 Ernährungsbetriebe wieder in Gang gesetzt und dadurch die

A 035455

H2296-0470

Ernährungsgrundlage für die kämpfenden Armeen gesichert werden konnten, so ist dies das

Ergebnis der erfolgreichen und gemeinsamen Arbeit

von Wehrwirtschaftsorganisation und Reichsnährstand, die diese Aufgaben unter besonders schwierigen Verhältnissen zu lösen hatten. Auch die schnelle wirtschaftliche Erfassung der besetzten großen russischen Gebiete durch die Wirtschaftsinspektionen und Wirtschaftskommandos war nur dadurch möglich, daß eine für diese Aufgaben geschulte große Organisation zur Verfügung stand. Hier zeigte sich die Bedeutung der Friedensausbildung, die nicht nur aktiven Offizieren und Beamten im Rahmen der Wehrwirtschaftsorganisation zuteil wurde, sondern die durch Einrichtung zahlreicher Kurse auch eine große Zahl von Herren der Wirtschaft erfasst hat. Die Schulung, die in Friedenszeiten diesen Herren aus dem Gedanken der Wehrwirtschaft vermittelt wurde, hat sich im Einsatz in den besetzten Gebieten von Ost und West, Nord und Süd hervorragend bewährt.

Endlich ist noch auf die umfangreichen Arbeiten hinzuweisen, die die wehrwirtschaftlichen Dienststellen

zur Versorgung der Truppe

zu leisten haben. Durch ihre schnelle, fachkundige und zielstrebige Tätigkeit war es möglich, der Truppe auf verschiedensten Gebieten, in Sonderheit in der Beschaffung von Fahrzeugen und Schlitten, Bekleidungsstücken, Stellungsausbau und vielen anderen notwendigen Dingen tatkräftige Hilfe zu leisten.

A 085456

H2296-0471

Es sollte nicht Zweck dieser Ausführungen sein, ein Loblied auf die Tätigkeit der wehrwirtschaftlichen Organisation zu singen, sondern es kam mir darauf an, allen Angehörigen der Organisation, die weit draußen - fern der Heimat - und auch in den deutschen Industriegebieten ihre Arbeit leisten, einen kurzen Rechenschaftsbericht zu geben über die Erfolge, die unsere Organisation im Lauf des Krieges errungen hat. Die Ideen, die als Ergebnis des vorigen Weltkrieges geboren wurden und die in dem letzten Jahrzehnt ihre erste Fassung fanden, waren richtig und haben sich voll bewährt. Die Wehrwirtschaftsorganisation ist jung und wird vielleicht noch manche Umformung im Laufe der Zeit erfahren. Sie hat sich aber in ihrem ersten Einsatz voll bewährt und ist ein wichtiger Faktor für die Kriegführung geworden. So kommt es jetzt nur darauf an, die Erfahrungen weiter auszubauen und durch besondere Tatkraft und praktisches Anfassen der Aufgaben die Leistungen noch zu erhöhen, die der Versorgung der kämpfenden Front, der Rüstung und der Stärkung der Wirtschaftskraft der Heimat dienen ".

A 035457

H2296-0472

B. Wehrwirtschaft.

Das Jahr 1941 hatte der wehrwirtschaftlichen Organisation grosse Aufgaben gebracht. Das Jahr 1942 sollte diese in ihrem Ausmaß und in ihrer Bedeutung noch vergrößern. Sie standen im Jahre 1942 in erster Linie im Zeichen der wehrwirtschaftlichen Erfassung weiterer grosser Ostgebiete und in der Gründung einer neuen wehrwirtschaftlichen Organisation auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz. Erst in zweiter Linie standen die durch die Besetzung des bisher unbesetzten Südteils von Frankreich entstehenden neuen Aufgaben sowie die Maßnahmen, die durch organisatorische Änderungen und sonstige Ereignisse in den anderen besetzten Ländern zu treffen waren.

Die Leistungen der Wehrwirtschaftsorganisation auf dem östlichen Kriegsschauplatz sind in der Bearbeitung des Wi Stab Ost eingehend festgelegt. Es wird daher davon Abstand genommen, im Rahmen dieser Zusammenfassung den Ablauf der Ereignisse und der Erfolge der Tätigkeit festzulegen. Drei Hauptpunkte, für die im Wi Rü Amt erhebliche Arbeit zu leisten war, bedürfen aber einer besonderen Betonung:

1.) die schnelle wehrwirtschaftliche Erfassung des Donezgebietes und die Einleitung von dessen Wiederaufbau;
2.) die wehrwirtschaftlichen Maßnahmen zur Erfassung und Ausnutzung des Kaukasusgebietes und
3.) die Tätigkeit der Mineralölbrigade zur Wiedererschließung der kaukasischen Erdölgebiete.

A 085458

H2296-0473

Die Wiederaufnahme des Vormarsches im Sommer 1942 ging durch die Ausweichmaßnahmen der Russen um 4 Wochen schneller vonstatten, als es planmässig vorgesehen war. Infolgedessen waren die für den Vormarsch neu aufgestellten Wehrmachterfassungskommandos und Wirtschaftskommandos durch den Transportchef nicht so rechtzeitig herangeführt worden, dass ihr Einsatz unmittelbar bei Beginn des Vormarsches erfolgen konnte. Es war daher nicht zu umgehen, dass die Landwirtschaftsführer nicht so rechtzeitig zur Stelle sein konnten, wie es bei der Fülle der Vorräte, vor allem südlich des Don und im Kubangebiet erwünscht gewesen wäre. Im Verlaufe der Operationen war es jedoch den Landwirtschaftsführern möglich, sowohl für die Versorgung der Truppe, wie für den Abtransport der Ernte und des Viehs nach der Heimat Hervorragendes zu leisten. Mit der Besetzung des Dongebietes schoben sich die wehrwirtschaftlichen Dienststellen unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe in dieses Gebiet ein und konnten durch ihr schnelles Zugreifen erhebliche Vorräte sicherstellen, die Ernte bergen und manche industrielle Zerstörung verhindern. Besonders gross waren die wehrwirtschaftlichen Aufgaben im Donez-Industriegebiet. Es ergab sich sehr bald, dass die hier zu leistenden wehrwirtschaftlichen Aufgaben so umfangreich und vielseitig waren, dass hierfür eine besondere Dienststelle geschaffen werden musste, die einzig und allein sich den im Donezgebiet anfallenden Aufgaben widmete. Infolgedessen entschloss sich das Wi Rü Amt in Stalino, eine Bezirkswirtschaftsinspektion einzurichten, die in enger Ver-

A 385459

H2296-0474

bindung mit der Wirtschaftsinspektion Süd, aber in ihrem Aufgabenbereich selbständig, den Wiederaufbau der Wirtschaftsverwaltung des gesamten Donezgebietes zu leiten hatte. Mit dieser Aufgabe wurde zunächst Oberst W i t t e k i n d betraut, später wurde sie Generalmajor N a g e l übergeben. General N a g e l hat sich in enger Gemeinschaftsarbeit mit den militärischen Dienststellen und den industriellen Beauftragten des Gen.Direktors P l e i g e r in der Durchführung dieses Auftrages grosse Verdienste erworben und durch Regelung der Zuständigkeiten, Sicherstellung der Verpflegung, Regelung des Arbeitseinsatzes, Bereitstellung der notwendigen Verkehrsanlagen und sonstigen Maßnahmen die wichtigsten Grundlagen geschaffen, die für eine schnelle Ingangsetzung der wichtigsten Industriewerke des Donezgebietes erforderlich waren. Für den Einsatz im Donez-Gebiet wurden neben leitenden und führenden Bergleuten (Steiger und Bergwerksdirektoren) insgesamt 1 750 Bergleute zum aktiven Wehrdienst einberufen. Die Bergleute wurden am Einsatzort der Bezirkswirtschaftsinspektion Donez unterstellt. In enger Zusammenarbeit mit den von der Berghütte Ost und den von den deutschen Patenfirmen entsandten Technikern und Wirtschaftlern gelang es trotz grösster Transport- und sonstiger Schwierigkeiten große Teile des Bergbaues und der Montanbetriebe in kurzer Zeit wieder in Gang zu bringen. Durch einen Sonderbefehl des Führers, der die Wichtigkeit der Aufgabe betont (Anl. XXII,37), wurde die Arbeit der Bezirkswirtschafts-

085460

H2296-0475

inspektion erheblich gefördert und der Aufbau beschleunigt. Die Arbeitsverteilung und Verantwortung wurde so geregelt, dass die Berghütte Ost bezw. die Vertreter der übrigen mit dem Aufbau bestimmter Werke beauftragten Firmen die Verantwortung für den technischen Wiederaufbau der Werke trugen und dass die Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation ihnen hierfür die notwendigen Bedürfnisse sicherstellte. Es bedarfganz besonderer Betonung, dass diese Aufgabe der Wehrwirtschaftsstelle eine besonders schwierige war, weil letzten Endes der Wiederaufbau dieses Industriegebietes dichthinter der kämpfenden Front erfolgen musste und infolge der Anforderungen der Front transportmässig nur höchst mangelhaft bedacht werden konnte.

Mit dem Fortschreiten der Operationen über den Don und die Eroberung des Kaukasusgebietes musste auch auf wehrwirtschaftlichem Gebiet eine Neuorganisation der Befehlsverhältnisse eingeleitet werden, da es für die Wirtschaftsinspektion Süd unmöglich war, das neue Gebiet zusätzlich zu übernehmen. Es wurde daher die bereits in der Heimat vorsorglich aufgestellte Wi In A unter Gen. Major N a g e l zum Einsatz gebracht und zunächst mit der Bezirkswirtschaftsinspektion Donez verbunden. Da es sich aber bald zeigte, dass für das Gebiet südlich des Don eine eigene Wirtschaftsverwaltung notwendig war, wurde die neu herangeführte Wirtschaftsinspektion A von der Verwaltung des Dongebietes entbundenund unter Gen.Lt.

T 085461

H2296-0476

N i e d e n f ü h r der gegen den Kaukasus vordringenden Heeresgruppe A zur Verfügung gestellt. General N a g e l behielt die Verwaltung des Donezgebietes. Die bisherige Wirtschaftsinspektion Süd wurde auf das Gebiet der Heeresgruppe B beschränkt, die Inspektion selbst in Wirtschaftsinspektion B umbenannt. Mit dem Fortschreiten des Angriffes in Richtung Kaukasus war es erforderlich, dass auch die Wirtschaftsinspektion A das Donezgebiet verliess und der Heeresgruppe A nach Woroschilowsk folgte. Unter Gen.Major N a g e l wurden die bisher in Poltawa verbliebenen Teile der Wirtschaftsinspektion Süd und die Bezirksinspektion Donez als neue Wirtschaftsinspektion Don-Donez in Stalino vereinigt.

Die wehrwirtschaftliche Versorgung des neu eroberten Kaukasusgebietes wurde wie folgt organisiert:

Mit dem vorwärtsschreitenden AOK 17 und der 1.Panzerarmee stiessen die Armeewirtschaftsführer dieser beiden Armeen mit nach vorn und sorgten dafür, daß die Verwaltung und Ausnutzung des Landes für Zwecke der Truppe sofort in Angriff genommen wurden. Die Wirtschaftsinspektion Kaukasus übernahm vom Sitz der Heeresgruppe Woroschilowsk aus die Verwaltung des gesamten rückwärtigen Gebietes und setzte hierzu 6 Wirtschaftskommandos ein, und zwar

Wirtschaftskommando 15 und 16	in Rostow
Wirtschaftskommando 5	in Krasnodar
Wirtschaftskommando 11	in Maikop
Wirtschaftskommando 6	in Pjatigorsk

A 085462

H2296-0477

Wirtschaftskommando 10 in Naltschik.
Diesen Wirtschaftskommandos gelang es sehr schnell, eine enge Verbindung mit der Einwohnerschaft herzustellen und dadurch die Mitarbeit der Einwohnerschaft sicherzustellen. Leider gestatteten die später eintretenden militärischen Verhältnisse nicht, diese hervorragend angelaufene Arbeit der Wirtschaftsorganisation so erfolgsmäßig auszuwerten, wie es erwünscht gewesen wäre.

Erheblich schwieriger lagen die Verhältnisse im Erdölgebiet für den Einsatz der Mineralölbrigade. Schritthaltend mit der Säuberung des Erdölgebietes von Maikop auf der Tamanhalbinsel gelangte die Mineralölbrigade, die schon Wochen vorher westlich Rostow bereitgestellt war, zum Einsatz. Hierbei waren ungeheuerliche Schwierigkeiten zu überwinden, da sämtliche Anlagen restlos zerstört, die Zufahrtswege bei der beginnenden nassen Witterung teilweise unbenutzbar und die Bahnlinien ebenfalls zerstört waren. Auf die Schaffung guter Zufahrtsstrassen zu deneinzelnen Anlagen hatte der Russe allgemeinverzichtet, da er während der nassen Jahreszeit und während des Winters keine Transportbewegungen mittels Lkw vornahm, sondern das Erdöl nur mittels Röhrenleitungen beförderte. Erst nachdem die Eisenbahn über Rostow - Armawir - Maikop benutzbar gemacht wordenwar und der Truppenbedarf der weiter vormarschierenden Armeen die ersten Transporte für die Mineralölbrigade zuliess, konnte mit der Wiederherstellung der zerstörten Anlagen begonnen werden.

A 035463

H2296-0478

Anfang Dezember wurden die ersten Förderungen an einzelnen günstigen Stellen erzielt, die zunächst aber noch nicht einmal dazu ausreichten, den Bedarf für die eigenen Wiederherstellungsarbeiten zu decken. Die in den noch intakten Rohrleitungen vorgefundenen Ölmengen konnten als Aushilfe benutzt werden. Der Stab der Mineralölbrigade hatte in Pjatigorsk Unterkunft bezogen, um von hier aus zentral die Arbeiten im Gebiet von Maikop sowie von Grosnyi zu leiten. Nachdem es auf unabsehbare Zeit aussichtslos erschien, dass auch das Erdölgebiet von Grosnyi von uns in Besitz genommen werden könnte, wurde der Stab der Mineralölbrigade nach Iwerskaja verlegt.

Der Reichsmarschall hat im November auf Grund eines Berichtes eines von ihm in das Erdölgebiet entsandten Vertrauensmannes an der Arbeit und vor allem an der Person des Generals H o m b u r g , dem Führer der Mineralölbrigade, scharfe Kritik geübt. Hierzu muss festgestellt werden:

General H o m b u r g ist von Seiten des Personalamtes der Luftwaffe als besonders geeignet für wirtschaftliche Aufgaben dem Wi Rü Amt überwiesen worden. Sein Einsatz als Führer der Mineralölbrigade wurde s.Zt. von der Luftwaffe besonders begrüsst. General H o m b u r g hatte vor seiner Tätigkeit in der Mineralölbrigade Differenzen mit General von R i c h t h o f e n , auf den er im Kaukasus erneut stiess und der anscheinend dem Reichsmarschall und dessen Vertrauensmann abfällige

A C05464

H2296-0479

Äusserungen über General H o m b u r g übermittelt hat. Chef Wi Rü Amt hat hierzu nur festgestellt, dass General H o m b u r g sich mit grosser Begeisterung und grossem Fleiss auf die Aufgabe gestürzt hat und dass er bemüht war, die sehr schwierige Aufgabe des Einsatzes der Mineralölbrigade gut zu lösen.

Wenn man in der Tätigkeit des General H o m b u r g Fehler feststellen will, so sind es folgende:

1.) Durch die Schnelligkeit des Vormarsches gegen den Kaukasus verleitet, hat er zu lange damit gerechnet, dass nicht nur das Treibstoffgebiet von Maikop, sondern auch das von Grosnyi in unseren Besitz kommt. Infolgedessen hat er nicht schnell genug alle Kräfte in Maikop konzentriert und ist persönlich zu lange in Pjatigorsk geblieben, was zwischen beiden Erdölgebieten lag, anstatt selbst im Maikop-Ölgebiet Unterkunft zu nehmen;

2.) scheint er den ihm beigegebenen technischen Kräften zunächst nicht die nötige Freiheit im Handeln gegeben, sondern die gesamte Tätigkeit zu stark auf den militärischen Befehlsweg abgestellt zu haben;

3.) endlich hätte er seine Forderungen bei der Armee- bezw. bei der Heeresgruppe noch rücksichtsloser vertreten können, als es bei seinem verbindlichen Wesen erfolgt ist.

A 035465

H2296-0480

Trotz dieser Fehler muss aber festgestellt werden, dass in der Tätigkeit der Mineralölbrigade nichts versäumt worden ist, sondern dass sie alles herausgeholt hat, was unter den obwaltenden Verhältnissen überhaupt möglich war. Die Oberste Führung hatte sich von den Zerstörungen und von der Schwierigkeit des Wiederaufbaues ein falsches Bild gemacht und die Verkehrsverhältnisse in das Maikopgebiet haben sich doch als erheblich ungünstiger herausgestellt, als es angenommen werden konnte. Für die Lage war bezeichnend, dass geradedie technischen Fachleute und Prof. B e n z nach Besichtigung des Maikoper Gebietes der Auffassung waren, dass es zweckmässig wäre, die Masse der für den Kaukasus bereitgestellten Bohrgeräte lieber in Rumänien oder im Wiener Gebiet einzusetzen als in Maikop, da die technischen Schwierigkeiten sich dort doch erheblich grösser zeigten, als wie sie von den technischen Herren erwartet worden waren. Dazu kam, dass die Mineralölbrigade lange Zeit im Gebiet von Maikop im Feuer des Feindes arbeiten musste, und dass die Bahn Armavir - Maikop erst verhältnismässig spät fertiggestellt wurde. Als die Arbeiten sich auszuwirken begannen, wurde der Rückzug befohlen und die neu geschaffenen Anlagen wieder gesprengt. Die weiteren Einzelheiten über die Tätigkeit und die Erfolge der Mineralölbrigade ergibt die Sonderbearbeitung der Brigade.

A 085466

H2296-0481

Besonderer Erwähnung bedarf noch die Tätigkeit der vor Stalingrad und bei Woronesch eingesetzten Armeewirtschaftsführer und der ihnen zugeteilten Wehrmachtserfassungskommandos. An beiden Stellen haben diese wehrwirtschaftlichen Einheiten in starkem feindlichem Feuer hervorragende Bergungsarbeiten durchgeführt und damit wertvolle Bestände - in Sonderheit an Maschinen und Rohstoffen - der Vernichtung entzogen. An beiden Stellen sind starke Verluste eingetreten.

Als im Sommer die 18. Armee den Befehl erhielt, die Operationen zur Einnahme von Petersburg und für die Herstellung einer Verbindung mit den Finnen vorzubereiten, wurde auch bei dieser Armee ein Armeewirtschaftsführer eingesetzt und sein Stab entsprechend ausgebaut. Er führte eingehende Vorarbeiten zur wehrwirtschaftlichen Inbesitznahme des neuen Gebietes durch. Ausserdem wurde ihm ein entsprechend bereitgestelltes Wehrmachterfassungskommando für die Aufgabe zugeführt. Infolge Änderung der militärischen Lage kam es leider nicht zur Durchführung dieser Aktion.

Im Verlauf der Ostoperationen hatte sich die Notwendigkeit ergeben, auch bei den Heeresgruppen eine wehrwirtschaftliche Stelle einzurichten. Mit der Wahrnehmung dieser Tätigkeit - Heeresgruppen Wirtschaftsführer - wurden die Wirtschaftsinspekteure beauftragt, soweit sie sich am Sitz der Heeresgruppe befanden. Da, wo es dem Inspekteur aus sachlichen Gründen nicht

NO-5467

H2296-0482

möglich war, mit der Heeresgruppe vorzumarschieren, wurde von ihm ein höherer Offizier als Verbindungsoffizier zur Heeresgruppe entsandt. So verblieb z.B. der Inspekteur des Donez-Gebietes in Stalino und hielt die Verbindung mit der Heeresgruppe durch einen Verbindungsoffizier aufrecht. Die enge Zusammenarbeit der Heeresgruppenwirtschaftsführer mit den militärischen Kommandostellen hat sich ganz besonders bei den späteren Rückzugsbewegungen voll bewährt.

Als besonders wichtig bei der im Osten eingesetzten Wehrwirtschaftsorganisation muss ihre Mitarbeit bei der Winterversorgung der Truppe Erwähnung finden. Hier sind auf fast allen Nachschubgebieten hervorragende Leistungen aus der russischen Wirtschaft herausgeholt worden, die für die Versorgung der Truppe und für die Entlastung der Heimat von allergrösster Bedeutung waren. Dabei war besonders wichtig, dass durch diese Bereitstellung von Winterausrüstung im Lande die schwer belastete Eisenbahn von umfangreichen Transporten entlastet wurde.

Zur Ergänzung der hinter der Front eingesetzten technischen Bataillone wurde die Aufstellung von Kraftwerk-Eisenbahnzügen angeordnet. Zweck dieser Züge war, die Überbrückung von Lücken bei der Inbesitznahme von Städten, Industrieanlagen usw. bis zur Wiederinbetriebnahme der wiederhergestellten örtlichen Energieanlagen. Ferner sollten die Züge dazu dienen, den Energiebedarf der Truppe beim Ausfall von Erzeugungsanlagen zu decken

A C35468

H2296-0483

und die Anschlüsse zwischen den zu speisenden Hochspannungsnetzen und dem betreffenden Eisenbahnzug herzustellen.

Die durch den neu eingesetzten Sonderbeauftragten für die Holzversorgung angeordnetenMaßnahmen zur Bereitstellung grösserer Holzmengen für Front und Heimat litten stark unter dem Mangel an Transportmitteln. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt war daher laufend bemüht, Schlepper und Lastwagen bereitzustellen und den Abtransport des Holzes vor dem Winter sicherzustellen. Leider sind die Forderungen bei dem Mangel an Fahrzeugen nur teilweise erfüllt worden.

Ebenso lagen die Verhältnisse bei der Bereitstellung von Treibstoff für den Abtransport von Getreide und sonstigen Gütern nach den Bahnstationen, da infolge des starken Frontverbrauchs und der gespannten Treibstofflage eine Belieferung der rückwärtigen Kolonnen mit Treibstoff in dem notwendigen Umfang nicht möglich war.

Zur besseren Versorgung der in Südrussland eingesetzten wehrwirtschaftlichen Verbände wurde in Charkow für die Wirtschaftsinspektion Don-Donez und in Rostow für die Wirtschaftsinspektion Kaukasus je ein Felddepot geschaffen und dieses als zentrale Nachschubstelle für die betreffenden Inspektionen eingerichtet.

Neben zahlreichen anderen Bearbeitungen des Wehrwirtschaftsamtes auf dem Gebiete der Beurteilung der Feindstaaten waren folgende für die Beurteilung Russlands

A 035469

H2296-0484

von besonderer Bedeutung:

"Die wehrwirtschaftliche Lage der UdSSR Anfang des Jahres 1942" vom 31.3.1942;

"Die russische Kampfwagenfertigung" vom 3.2.1942;

"Die Beurteilung der Ernährungslage der UdSSR 1942/43" vom 12.5.1942;

"Der wirtschaftliche Rüstungsplan der UdSSR" vom 19.1.1942;

"Die rüstungswirtschaftliche Lage der UdSSR" vom 8.6.1942;

"Die Versorgungslage der UdSSR auf dem Gebiet der Treibstoffe" vom 1.12.1942.

Letztere kam infolge der veränderten Lage allerdings nicht mehr bei der Obersten Führung zur Vorlage, ist aber wegen ihrer Schlussfolgerung auch von besonderem Interesse. Sie lautet:

"Die Sperrung der Wolga bei Stalingrad allein genügt nicht, um die Treibstoffversorgung der SU aus Baku so einzuengen, dass sich daraus im Laufe des Jahres 1943 Auswirkungen auf die Kriegsführung der SU ergeben würden. Diese sind vielmehr nur zu erwarten, wenn eine völlige Unterbindung der Ölzufuhren aus Baku im Frühjahr 1943 herbeigeführt würde. In diesem Falle würde bereits im Sommer 1943 eine völlige Erschöpfung der Vorräte einsetzen. Eine ausreichende Versorgung der Wehrmacht und Wirtschaft mit Treibstoffen würde aus der ausserkaukasischen Förderung allein nicht möglich sein. Insbesondere würde die Erzeugung von hochoktanischen Fliegertreib-

H2296-0485

stoffen durch den Ausfall der Grundbenzinerzeugung Bakus, die den Bedarf zu etwa 70 % deckte, eine solche Einschränkung erfahren, dass eine weitgehende Lähmung der Luftwaffe die Folge sein würde".

Daneben war für die Beurteilung der Lage in Russland von besonderem Wert die Ausarbeitungen über folgende Gebiete:

Die Wehrwirtschaft des Kaukasusraumes

Die Wehrwirtschaft des Gebietes Donez-Stalingrad-Kaukasus

Die Erdölgebiete Maikop - Grosnyi und

Die Bedeutung des Verlustes von Stalingrad für die UdSSR.

Von anderen Kriegsschauplätzen war besonders der afrikanische von Bedeutung. Der für die Panzerarmee Afrika aufgestellte Wehrwirtschaftsoffizier war in erster Linie dahin abgestellt, um bei einem Einmarsch in Ägypten die notwendigen wehrwirtschaftlichen Maßnahmen treffen zu können. Das für den Wehrwirtschaftsoffizier bereitgestellte Fachpersonal war zunächst in Griechenland zurückgehalten worden. Nachdem der Vormarsch an der ägyptischen Grenze zum Stehen kam und die Armee R o m m e l ihren Rückzug antrat, wurde der Stab des Wehrwirtschaftsoffiziers aufgelöst und die bereitgestellten Kräfte aus Griechenland zurückgezogen. Dafür forderte bereits am 12.12. der Oberbefehlshaber der neu gebildeten 5.Panzerarmee in Tunis die Einrichtung einer wehrwirtschaft-

A035471

H2296-0486

lichen Organisation für Tunesien. Mit dieser Aufgabe wurde der bisher bei der 8.ital. Armee an der Ostfront eingesetzte Armeewirtschaftsführer Oberstlt. Dr. A s c h o f f beauftragt. Die Durchführung dieser Aufgabe und der Aufbau der Wehrwirtschaftsorganisation, später genannt "Deutscher Wirtschaftsstab beim O.B. Tunesien" vollzog sich trotz der grossen Schwierigkeiten, jenseits des Mittelmeeres deutsche und italienische Interessen unter Schonung der französischen Belange in Einklang zu bringen, mustergültig. Über die Einzelheiten wird später berichtet.

In Frankreich lag die wichtigste wehrwirtschaftliche Aufgabe in der Regelung der durch die Besetzung von Südfrankreich entstandenen neuen Situation. Bei dieser Operation wurde die Armeegruppe F e l b e r g, die mit der Durchführung dieser Operationen von Norden her beauftragt war, ein Verbindungsoffizier durch die Rüstungskontrollinspektion unter Mitwirkung des Wi Stabes Frankreich zugeteilt. Bei der von Westen her in das unbesetzte Frankreich vorgehenden 1.Armee wurden die wehrwirtschaftlichen Belange durch den dortigen IV Wi wahrgenommen. Die Erfassung der in den französischen Häfen liegenden hochwichtigen Mangelgüter wurde der Mineralöl-Kontrollkommission 5 in Marseille übertragen, die aber nicht verhindern konnte, dass ein beträchtlicher Teil der Güter bereits aus den Lagerhallen verschwunden war, ehe die Wehrwirtschaftsdienststelle ein-

NO35472

H2296-0487

traf. Die Unklarheiten in der Behandlung der Franzosen, die dauernd dieserhalb wechselnden Anordnungen und Befehle waren die Gründe hierfür. Erst im Laufe des Dezembers wurde das Wehrmachtserfassungskommando 9 aus dem Bereich der H.Gr. Nord nach Frankreich verlegt und dort dem Mil. Bef. von Frankreich bezw. der Armeegruppe F e l b e r g zur Verfügung gestellt. die Befehlsverhältnisse bei der Ausnutzung der Wehrwirtschaft Südfrankreichs wichen in dem neu besetzten Gebiet infolge der Einschaltung des Mil.Bef. auch in das Wirtschaftsgebiet gegen das Verfahren in den anderen von uns besetzten Gebieten ab.

Auch auf dem Gebiet der Waffenstillstandsfragen wurde die Arbeit des Wi Rü Amtes durch die Verhandlungen in Südfrankreich neu belebt. Durch den am 8.11.42 erfolgten Übertritt von Algier und Marokko zu den Feindmächten und die Besetzung Südfrankreichs am 11.11.42 wurde ein sofortiger Abbruch derjenigen Tätigkeiten der Gruppe Rüstung, welche in direkter Beziehung zur französischen Wehrmacht und zur Rüstungsindustrie des unbesetzten Gebietes standen, erwirkt. - Nachdem im Zuge der Ereignisse auf Befehl des WFSt die Deutsche Waffenstillstandskommission am 17.11. einen Arbeitsstab nach Paris abstellen mußte und dieser seine Weisungen vom OB West erhielt, wurde auch die Gruppe Rüstung nach Paris verlegt; die Lage hatte sich bald insoweit geklärt, daß die französische Wehrmacht aufhörte zu existieren und ihre Bestände als Beute abgeben mußte. Die entscheidend-

A 035473

H2296-0488

sten Aufgaben der Deutschen Waffenstillstandskommission gegenüber der französischen Regierung gingen an den OB West über und die Gruppe Rüstung kam zu der Erkenntnis, daß die Lenkung der Rü-Aufgaben im neubesetzten Frankreich nicht mehr zu dem Tätigkeitsbereich der Waffenstillstandskommission gehören würde, sondern von der bestehenden Rü-Organisation des besetzten Frankreich fortgesetzt werden könne. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Lösung wurde vom OKW / Wi Amt anerkannt und es ergingen unmittelbare Weisungen an die Rüstungs-Kontrollinspektion in Bourges. Zu Ende der Berichtszeit war die Entwicklung, die zu der Auflösung der Gruppe Rü führte, zwar abgeschlossen; die endgültige Auflösung erfolgte jedoch erst im Februar 1943.

Mit der Deutschen Waffenstillstands-Delegation für Wirtschaft wurde ebenso wie früher auch in der Berichtszeit enge Fühlung gehalten. Von Fragen, die mit dieser Stelle gemeinsam behandelt wurden, wären zu nennen: Besatzungskosten, Währungsfragen, Abgabe von neutraler Tonnage, Lebensmittellage in Frankreich, Mineralölfragen, Kriegsrisiko, u.a.m.

Auf dem Balkan waren von besonderer Bedeutung die Verhandlungen mit dem rumänischen Generalstab. Der rumänische Vertreter, General Ro z i n , forderte eine Überlassung von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten. Den rumänischen Wünschen wurde insofern entsprochen als einzelne, für die Versorgung der rumänischen Front wichtigen Betriebe - mit Ausnahme von

A035474

H2296-0489

Erz- und Kohlenbergwerken und Werken der Schwerindustrie - den Rumänen übereignet wurden. Darüber hinaus sollten sie nach der neuen Produktion von Erz, Kohle und Eisen in der Süd-Ukraine beteiligt werden.

Da die Wasserverbindungen Süd-Rußlands, Odessa - Rumänien zur Entlastung der Bahnverbindungen immer wichtiger wurden, wurde zum WO Rumänien ein VO des Wi Stab Ost bedert, mit der Aufgabe, den Ausbau des Wassertransportes über das Schwarze Meer weitestgehend zu fördern.

Zur Überwachung der Wasser- und Energieversorgung auf Kreta wurden dem Kommandanten der Festung Kreta unter Kommandierung zum WO Athen Fachkräfte zur Verfügung gestellt.

Wehrwirtschaftlich besonders wichtige Aufgaben lagen beim WO Bern. Einerseits versuchten die Engländer und Amerikaner , die deutsche Auftragsverlagerung nach der Schweiz möglichst stark zu stören, andererseits bestand beim WO Bern keine einheitliche Führung der gesamten deutschen Verlagerung, weil die Luftwaffe durch Einrichtung einer eigenen Dienststelle, der Deliko, eigene Wege ging. Der WO Bern wurde daher angewiesen, die englisch-amerikanischen Störungsversuche eingehend zu studieren und entsprechende Gegenmaßnahmen vorzuschlagen. Über das Ergebnis dieser Tätigkeit wird im Jahre 1943 berichtet. Um in Sonderheit die Verlagerung nach der Schweiz und die Vertretung deutscher Rüstungsinteresse sicherzustellen, wurde durch den Chef Wi Rü Amt in Besprechungen mit dem Generalluftzeugmeister versucht, eine Vereinigung der Deliko mit der

A 035475

H2296-0490

Deutschen Industriekommission (Diko) zu erreichen. Die Luftwaffe war für eine solche Maßnahme aber nicht zu haben. Die Verhandlungen führten aber endlich zu dem Ziel, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Dienststellen geschaffen wurde und daß die gesamte Vertretung bei den behördlichen Stellen durch den WO vorgenommen wurde. Die Hauptgrundsätze des OKW

einheitliche Lenkung der Auftragsvergebung,

engste Zusammenarbeit der deutschen Auftraggebenden Stellen und

Abstimmung der Auftragsprogramme

wurden nach erneuter Besprechung im Jahre 1943 sichergestellt.

In Finnland war eine der wichtigsten wehrwirtschaftlichen Aufgaben die Steuerung des Abtransportes der Nickelerze aus den Petsamo-Gruben nach Kirkenes. Mit diesem Abtransport bis Kirkenes wurde der WO Finnland beauftragt, mit dem Umschlag von Schiff der WStb Norwegen. Für den Abtransport wurde eine erste Transportkolonne aus französischen Fahrzeugen zusammengestellt und nach Finnland überführt. Außerdem wurde technische Hilfe geleistet zur Umstellung des Kraftfahrzeugbetriebes im Petsamo-Gebiet auf Generatorbetrieb.

Die Arbeiten der Abteilung Wi Ausland, später Amtsgruppe Wi Ausland wurden durch die Ausdehnung der Kriegsschauplätze und das immer stärker hervortretende Moment

A 085476

H2296-0491

der großen kriegswirtschaftlichen Einflüsse auf den Ausgang des Krieges von immer größerer Bedeutung und durch die zahlreichen Auskünfte und Anforderungen der WT auf Bearbeitung bestimmter wirtschaftlicher Gebiete wuchs sich das Arbeitsgebiet von Monat zu Monat stärker aus. Die Länderbearbeiter und Abteilungen wurden durch das Zusammenfliessen der Nachrichten aus allen nur möglichen Quellen zu den besten Kennern ihrer Gebiete. Es war deshalb besonders bedauerlich, daß dieses Wissen der einzelnen Kräfte der Amtsgruppe Ausland seitens der Führung immer stärker ausgenutzt wurde, sondern im Gegenteil nicht die Anerkennung fand, die es verdient hätte. Die Tätigkeit der Gruppen und Referate der Abteilung Ausland konzentrierte sich immer mehr auf zwei Aufgaben:

Einmal auf die Sammlung, Zusammenstellung und Prüfung aller wichtigen Nachrichten und auf die Bearbeitung bestimmter, die augenblickliche Kriegslage beherrschenden Sonderfragen, und zweitens auf die Einschaltung der Wi Amtes in die laufenden Tagesfragen der betreffenden Länder.

Hierdurch wurden die Referenten zu den am besten orientierten Auskunftstellen auf militärischem Gebiet.

Als die Meldungen der AWiFü ergaben, daß in den besetzten russischen Gebieten erhebliche wissenschaftliche Einrichtungen, die für die Kriegswirtschaft und Forschung von besonderer Bedeutung sein könnten, gefunden worden waren, wurde zur Auswertung dieser wissenschaftlichen Einrichtungen ein größerer Kreis von Wissenschaftlern einbe -

A 085477

H2296-0492

rufen und zur Durchführung ihrer Aufgaben der Wirtschaftsorganisation Ost zugewiesen. Dem schnellen Heranbringen dieser Wissenschaftler ist es zu verdanken, daß ein großer Teil dieser wissenschaftlichen Einrichtungen erhalten und sichergestellt wurde. Besonders die verschiedenartigen Einrichtungen in Charkow, Kiew und auf dem Kaukasus haben sich für die Beurteilung der russischen Wirtschaft, andererseits aber auch für die deutsche Wissenschaft von besonderem Wert erwiesen.

In der Heimat wurden die Maßnahmen zum Industrieschutz und Abwehr erheblich verstärkt. Da eine Verbesserung der aktiven Luftverteidigung durch Heranführung neuer Kräfte nicht möglich war, sondern noch Abzüge nach der Ostfront erfolgten, wurde in verstärktem Masse von den Werken Heimatflakbatterien aufgestellt und in großem Umfange Vernebelungsanlagen geschaffen.

Als Objekte zum Zwecke der Vernebelung wurden nachstehende Betriebe angemeldet:

1.) Leuna, Ammoniakwerke Merseburg GmbH

2.) Pölitz b. Stettin, Hydrierwerke Pölitz AG

3.) Gelsenkirchen, Horst, Gelsenberg-Benzin AG
Hydrieranlage Nordstern

4.) Gelsenkirchen, Hydrierwerk Scholwen AG

5.) Böhlen b. Leipzig, Braunkohle-Benzin AG

6.) Marhüls, Chem. Werk Hüls GmbH

7.) Schkopau, IG-Farbenindustrie AG

8.) Knappsack, Rhein. Westf. Elektrizitätswerk AG

9.) Brauweiler, Rhein. Westf. Elektrizitätswerk AG

H2296-0493

10.) Ludwigshafen, IG-Farbenindustrie AG
11.) Leverkusen, IG_Farbenindustrie AG
12.) Golpa-Zschornewitz, Elektrowerk AG
13.) Martinswerk, Grevenbroich (Tonerdefabrik)
14.) Gebr. Giulini, Ludwigshafen (Tonerdefabrik)
15.) Erftwerk , Grevenbroich, Aluminiumwerk
16.) Wehlheim (Bottrop) Mühlheimer Bergwerksverein, (Ruhröl GmbH)
17.) Tröglitz b. Leipzig, Braunkohle-Benzin AG
18.) Magdeburg-Rothensee, Braunkohle-Benzin AG
19.) Wesseling b. Köln, Union-Rheinische Braun Kraftstoff AG
20.) Regis Krs. Borna, Deutsche Erdöl AG Mineralölwerke Rositz
21.) Rositz / Altenburg, Deutsche Erdöl AG Mineralölwerke Rositz
22.) Jena, Karl Zeiß u. Jenaer Glaswerk Schott u. Genossen
23.) Schweinfurt, Fichtls & Sachs AG, 1. automatische Gußstahlfabrik vorm. F.Fischer u. Vereinigte Kugellagerfabriken AG
24.) Grünenplan, Dtsch. Spiegelglas AG
25.) Moosbierbaum v. Wien, Donauchemie AG
26.) Oberhausen - Holten, Ruhrbenzin AG
27.) Meerbeck - Krs. Moers, Gewerkschaft Steinkohlenbergwerk Rheinpreussen
28). Schwarzheide b. Senftenberg, Braunkohlen-Benzin AG
29.) Espenhain AG., Sächsische Werke (ASW)
30.) Offleben, Braunschweigische Kohlenbergwerke
31.) Maltheuren b. Brüx, Sudetendeutsche Treibstoffwerke AG
32.) Lauta, Vereinigte Aluminiumwerke AG u. Elektr.Werke AG
33.) Frose Krs. Ballenstedt, IG-Farbenindustrie .

Gegen die Möglichkeit des Einsatzes von Sabotagetrupps und Luftlandeabteilungen wurde das System der Alarmkampnien weiter ausgebaut.

H2296-0494

Die Verhandlungen mit den befreundeten bezw. neutralen Staaten und ihre Belieferung mit Kriegsgerät.

In den Verhandlungen mit den befreundeten Staaten standen die zahlreichen Besprechungen mit den italienischen und rumänischen Dienststellen im Vordergrund. Neben diesen blieb die Belieferung der Ungarn, Bulgaren und Finnen mit Kriegsgerät von besonderer Bedeutung und endlich trat als neuer Verhändler die Türkei hervor.

I t a l i e n .

Die Verhandlungen mit Italien wurden auf Grund der Besprechungen des Führers mit dem Duce und Generalfeldmarschalls K e i t e l mit dem italienischen Generalstabschef C a v a l l e r o von Monat zu Monat intensiver und enger und betrafen einmal die Stärkung der italienischen Truppen in Afrika, zweitens die Versorgung der italienischen Wehrmacht und Wirtschaft mit Mineralöl, drittens die Verbesserung der italienischen Küstenverteidigung und endlich die Versorgung Italiens mit Kohle und Rohstoffen. Aus allen Besprechungen wurde immer ersichtlicher, daß die Aufrüstung der italienischen Armee für den Kampf in Afrika, aber auch für die Küsenverteidigung höchst unzulänglich war, sowohl was Qualität, wie Quantität betraf und daß die Neuproduktion an Waffen, Gerät und Munition in Italien sehr im Argen lag. Indolgedessen wurde

A 005480

H2296-0495

es notwendig, auf vielen Gebieten deutsche Waffen, Geräte und Munition bereitzustellen, vor allem nachdem der Rückschlag in Afrika eingetreten und die Italiener bei dem Rückzug erhebliche Geräteverluste erlitten hatten. Näheres über die deutschen Lieferungen ergibt die Anlage XXII,38, (s. auch Anl. XXI,33).

Die Mineralöllage erwies sich im Jahre 1942 für Italien als ganz besonders schwieriger Punkt. Die geringen Vorräte, die Italien bei Kriegsausbruch eingelagert hatte, waren verbraucht, die rumänischen Zufuhren wurden bei der zurückhaltenden Haltung Rumäniens und dem starken deutschen Verbrauch immer geringer und die Bewirtschaftung in Italien entsprach in keiner Weise den Kriegsbedürfnissen, da sie in unzulänglichen und anzuverlässigen Händen lag und der Treibstoff nicht überall zu kriegswichtigen Aufgaben eingesetzt wurde. Dazu kam, daß von Monat zu Monat die Verluste von Tankern im Mittelmeer und die Versenkung von Mineralöltransporten nach Afrika immer zahlreichen wurden und die deutschen Forderungen an die italienische Marine auf Gestellung von Geleitfahrzeugen für die deutschen Transporte immer mehr wuchsen. So kam es, daß im Herbst die italienische Flotte ohne jegliche Heizölreserve da stand und Teile der Flotte nicht einsatzbereit waren. Es bedurfte daher dauernder Verhandlungen und Hilfsstellungen des Wi Rü Amtes und Bereitstellungen aus den Reserven der deutschen Kriegsmarine und aus der deutschen Produktion, um die Treibstofflage in Italien so zu gestalten, daß die wichtigsten Aufgaben erfüllt werden konnten. Mehrfache

A 035481

H2296-0496

Besuche des Chefs und von Herren des Wi Rü Amtes in Italien führten endlich dazu, daß die Treibstoffbewirtschaftung in Italien in militärische Hände überführt und dadurch eine gewisse Besserung der Lage erreicht wurde. Auch die italienische Luftflotte mußte Laufend eine Unterstützung mit deutschem Fliegerkraftstoff erhalten. Wenn die italienische Wehrmacht bis zu ihrem Zusammenbruch genügend Treibstoffbestand hatte, um den Kampf fortzuführen, ist dies allein ein Verdienst der deutschen Dienststellen.

Auch auf dem Rohstoffgebiet waren die italienischen Forderungen erheblich. Hier kämpfte der Chef des italienischen Amtes für Rohstoffe und Kriegsproduktion - General F a v a g r o s s a - einen schweren Kampf, weil die übrigen italienischen Minister zu einer klaren Umstellung auf die Kriegsbedürfnisse nicht zu bewegen waren. Wie sich nach der Besetzung Italiens durch die deutschen Truppen herausgestellt hat , sind von dem Corporationsministerium in größerem Umfang Bauten und Neueinrichtungen vorgenommen worden, die der Friedenswirtschaft nach dem Kriege dienen sollten und deren Rohstoffe, Maschinen und Arbeiter erheblich besser in der Kriegswirtschaft hätten Verwendung finden müssen. Auch hat sich herausgestellt, daß die Bevorratung mit Rohstoffen für die italienischen Betriebe erheblich günstiger war, als es von dem die Verhandlungen führenden Staatssekretär immer dargestellt worden ist.

Wenn diese Rohstofforderungen im Verhältnis zum deut-

035482

H2296-0497

schen Verbrauch auch mengenmäßig nicht bedeutend waren, so trafen sie das deutsche Kriegspotential doch deswegen, weil es sich um die gleichen Rohstoffe handelte, an denen auch die deutsche Rüstungsindustrie Not litt. Das Bestreben des Wehrwirtschafte-Amtes einen klaren Einblick in die italienischen Verhältnisse zu erhalten, um mit Rat und Tat besser zur Seite stehen zu können, wurde indessen von der italienischen Führung abgelehnt. Besonders der Besuch des Chefs Wi Rü Amt in Rom bei den führenden italienischen Dienststellen brachte die klare Erkenntnis, daß der Duce von dem ihn nahestehenden Persönlichkeiten über die wahre Lage nicht unterrichtet wurde und daß starke Bestrebungen bestanden, die den totalen Einsatz der Wirtschaft für Kriegsaufgaben ablehnten. Auch bestand bei der italienischen Führung nicht das notwendige Verständnis für die Bedeutung der wirtschaftlichen Kriegsaufgaben. Der Staatssekretär und spätere Minister, General F a v a g r o s s a , der sich immer als angenehmer und wertvoller Mitarbeiter gezeigt hat, konnte sich gegen diese Bestrebungen nicht durchsetzen.

Im Rahmen der im Jahre 1941 zugesagten Unterstützungsaktion wurden aus Beute- und Wehrmachtbeständen erhebliche Mengen an Kriegsgerät geliefert und zwar zum Teil durch die deutschen Rüstungsfirmen, teils durch die AGK. Hierbei blieb Italien mit der Bezahlung laufend stark im Rückstand. Zur Stärkung der Abwehrkraft der italienischen

A 005483

H2296-0498

Inseln wurden 54 Pak, 12 - 10 cm Kanonen und 50 Grabenwerfer abgegeben. Darüberhinaus wurden für das Mutterland 54 Geschütze für beweglichen Einsatz, 7 Batterien Küstenartillerie, 200 Pak, 200 Geschütze für bodenständige Küstenartillerie, Tankminen und Stacheldraht abgegeben, für die italienischen Inseln weiterhin über 300 Pak, 180 Geschütze verschiedenster Art und Tankminen. Endlich wurden zur Stärkung des Flakschutzes 88 Geschütze 8,8 cm und 144 Geschütze 2 cm Flak zur Verfügung gestellt, dazu die notwendige Munition, die laufend von Skoda und Krupp in monatlichen Raten geliefert wurde.

Daneben bestanden erhebliche Forderungen an Werkzeugmaschinen, die aber nur zum Teil erfüllt wurden, weil der Beweis erbracht wurde, daß diese Maschinenforderungen, die zu Lasten der deutschen Wehrmachtversorgung gingen, in Italien zivilen Zwecken zugeführt wurden. Der WO Italien wurde daher angewiesen, hierüber genaue Erkundigungen einzuziehen.

R u m ä n i e n .

Die Verhandlungen in Rumänien liefen in der Hauptsache darauf hinaus, den rumänischen Divisionen die notwendige Bewaffnung und Motorisierung zu beschaffen. Die Lieferungen der deutschen Rüstungsindustrie nahmen hier größeres Ausmaß an, vor allem nachdem die Rumänen im Kampf erhebliche Materialverluste erlitten hatten. Näheres über den Umfang der Lieferungen ergibt die Anlage XXII,39

A 035484

H2296-0499

(s. auch Anlage XXI,33).

Daneben wurde gemeinsam mit dem Vierjahresplan und dem RWiM das Ziel verfolgt, die rumänische Ölproduktion und die rumänische Ölbewirtschaftung besser den Kriegsverhältnissen anzupassen. In Rumänien bestanden starke Kräfte, die den stärkeren Ausbau der rumänischen Erdölvorkommen für deutsche Zwecke ablehnten und die Erhöhung der Ausfuhr verhinderten. Jedenfalls gelang es den führenden rumänischen Stellen nicht, den großen rumänischen Eigenverbrauch zu stoppen und die eine Mehrproduktion hemmenden Widerstände zu beseitigen. Der Wunsch des Wi Rü Amtes auf Einsatz eines deutschen Öldiktators in Rumänien wurdevom Führer abgelehnt und erst durch mehrfache Besprechungen mit Marschall A n t o n e s c u gelang es, einen Teil der deutschen Forderungen durchzudrücken. Da die Treibstofflage für die deutsche Wehrmacht mehrfach durch Ausbleiben der rumänischen Zufuhr kritisch wurde, wurden mehrmals Offiziere des Wi Rü Amtes nach Rumänien entsandt, um die Hauptschwierigkeiten zu beseitigen.

In den Verhandlungen mit Rumänien trat im Laufe des Jahres 1942 insofern eine erhebliche Besserung ein, als es dem Chef Wi Amt gelang, den rumänischen Verhandlungsführer, General R o z i n , davon zu überzeugen, daß eine wirksame Unterstützung Rumäniens durch Deutschland nur möglich sei, wenn Rumänien seine Wünsche in Form einer weitsichtigen Gesamtplanung vorläge. In mehrfachen Verhandlungen

H2296-0500

wurde festgelegt, daß der rumänische Generalstab diese Gesamtplanungen gemeinsam mit der deutschen Heeresmission aufstellt, die Notwendigkeit der Lieferungen durch die deutsche Heeresmission geprüft und dann die Planung dem Wi Amt übergeben wird. Der erste Erfolg in dieser Richtung zeigte sich in der Vorlage einer Munitionsplanung, die Wünsche für eine einmalige Unterstützung und Forderungen auf laufende monatliche Munitionsraten enthielt. Leider hatte man sich im rumänischen Generalstab über die Höhe der monatlichen Nachschubraten noch kein rechtes Bild gemacht, sodaß die Unterlagen hierfür sehr verspätet eingingen. Im Laufe des Jahres wurden dann von den Rumänen vorgelegt:

eine Waffenplanung,
eine Munitionsplanung,
eine Nachrichten - und
eine Kraftfahrzeugplanung.

Aus dem in der Anlage XXII,40 beigefügten Schreiben des Chefs OKW an den Chef des rumänischen Generalstabs ergibt sich, was auf Grund dieser Planungen als erste Unterstützung an Rumänien geliefert worden ist. Die Planungen wurden allerdings im Winter 1942 über den Haufen geworfen, weil durch die starken Verluste der rumänischen Truppen im Don-Gebiet durch eine Sofortmaßnahme neue Hilfe an Rumänien geleistet werden mußte.

In den vom WO Rumänien übermittelten Rohstoffwünschen der Rumänen für die Waffen- und Munitionsherstellung in Rumänien wurden die Rumänen in der Hauptsache auf die deutschen Stahl- und Eisenlieferungen verwiesen, die im

A 035486

H2296-0501

Rahmen des neuen Handelsvertrages den Rumänen zugeführt wurden.

Durch den verstärkten Frontbedarf der rumänischen Truppen an Waffen, Gerät und Munition und die sich hieraus ergebende Forderung des Gen Qu zum direkten Transport des lieferbereiten Kriegsgerätes auf deutschem Nachschubweg an die Front ergaben sich Schwierigkeiten in der Abwicklung der auf privatrechtlicher Basis mit den Rumänen abgeschlossenen Lieferverträgen der deutschen Rüstungsfirmen. Die Rumänen wollen eine Zahlungsverpflichtung nur dann anerkennen, wenn Übergabeprotokolle, von rumänischen Frontdienststellen unterzeichnet, vorlägen.

Wegen Behebung dieser Schwierigkeiten sind laufend Verhandlungen mit deutschen Rüstungsfirmen , dem RWiM , Reichsfinanzministerium und dem OKW / WH geführt worden. Eine endgültige Regelung konnte zunächst noch nicht erzielt werden, zumal es sich in dieser Zeit immer wieder gezeigt hatte, daß die in Berlin tätige rumänische Militärkommission nicht mit genügenden Vollmachten seitens des rumänischen Rüstungsministeriums ausgestattet war.

Weiterhin wurden Verhandlungen geführt über die Beteiligung der Rumänen an der Kriegsbeute in Rußland. Das Ergebnis ist aus einem Protokoll, welches als Anlage XXII,41 beigefügt ist, zu ersehen.

C85487

H2296-0502

U n g a r n.

Auch die Verhandlungen mit den Ungarn lagen auf dem Gebiet der materiellen Verstärkung der ungarischen Wehrmacht und auf dem Gebiet einer stärkeren Ausnutzung der ungarischen Erdölvorkommen zum Zwecke der gemeinsamen Kriegführung. Von besonderer Bedeutung war die Belieferung Ungarns mit Panzerfahrzeugen zur „Aufstellung einer Panzerdivision. Andererseits gelang es den gemeinsamen Bestrebungen des Auswärtigen Amtes, RWiM und Wi Rü Amtes auch die gegensätzlichen Strömungen in Ungarn zu brechen und die Treibstoffproduktion Ungarns zu erhöhen und größere Mengen für die deutsche Kriegführung freizumachen.

Die Forderungen der Ungarn an Rohstoffen, Waffen, Munition, Gerät, Ausrüstung und Werkzeugmaschinen bezweckten in der Hauptsache eine Wiederausrüstung der in der Heimat verbliebenen Formationen und nur zum geringen Teil eine Verbesserung der Ausrüstung der an der Front stehenden 2. ung. Armee. Da den Ungarn bei der Nachschublage Deutschlands die Ausrüstung für die Heimatformationen nicht mehr in Aussicht gestellt werden konnte, legten sie neue Listen vor im Werte von 400 Mill. Pengö, die zum Teil erfüllt werden konnten. Abgesehen von dem darin geforderten Sofortprogramm wurden den Ungarn in Aussicht gestellt

150	Stück	81 mm Granatwerfer
160	"	7,5 cm Pak 40
93	"	15 cm schwere Feldhaubitzen (T)

A 005488

H2296-0503

und endlich russisches Beutegrät für die Umbewaffnung der ungarischen Sicherungsdivisionen.

Hinsichtlich des ungarischen Wunsches auf Lieferung von Panzern für die Aufstellung einer 2. ung. Panzerdivision wurde den Ungarn mitgeteilt, daß der 1. ung. Panzerdivision stärkere deutsche Panzer überwiesen werden würden und daß die hierdurch bei der 1. ung. Division freiwerdenden Panzer zur Aufstellung einer 2. Division benutzt werden könnten.

T ü r k e i.

Als besonderes Ereignis konnten die Verhandlungen mit der Türkei gewertet werden. Auf Grund der Vorverhandlungen der deutschen Vertretung in der Türkei und des Verhandlungsführers des Auswärtigen Amtes, des Gesandten C l o d i u s, in der Frage der Belieferung Deutschlands mit Chrom, lud der Führer im Frühjahr 1942 eine türkische Militärkommission ein, um mit ihr eine Bereitstellung von modernen Waffen gegen die türkischen Chromlieferungen zu besprechen. Auf Grund des persönlichen Empfangs der Kommission durch den Führer und zahlreicher Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dem Wehrwirtschaftsamt wurde den Türken ein 100 Millionen Kredit zur Verfügung gestelltzum Ankauf von Waffen in Deutschland. Zweifellos hat dieser Vertragsabschluß zur Besserung der deutschen und türkischen Beziehungen beigetragen und den türkischen

A 035489

H2296-0504

Wunsch, nicht in das Kriegsgeschehen hereingezogen zu werden, vermehrt. Die pünktliche Belieferung der Türken stellte bei der gespannten deutschen Rüstungslage eine schwierige und arbeitsreiche Aufgabe dar.

Oberstleutnant R a d t k e vom Wi Rü Amt hat an dem Erfolg dieser umfangreichen Verhandlungen mit den verschiedenen Staaten hervorragenden Anteil.

Das deutsch-türkische Regierungsabkommen über Lieferung von Kriegsgerät wurde am 21.12.1942 unterzeichnet.

In den Monaten Februar bis August 1943 sollten im Rahmen dieser Vereinbarungen im wesentlichen folgende Geräte zur Ablieferung kommen:

109 - 5 cm Pak mit Munition und Ersatzteilen

445 - s.m.G. 34 mit Munition und Zubehörsachen

32 - Panzerkampfwagen III m. Munition und Ersatzteilen

35 - Panzerkampfwagen IV m. Munition und Ersatzteilen

3 - Befehlspanzerwagen mit Z.U.V.

1 - Kraftfahrzeugwerkstatt "Matra" mit Ersatzteilen

sowie verschiedene optische Geräte.

Die qualitative Abnahme der Geräte und Munitionsmengen erfolgte durch Abnahmebeauftragte der deutschen Wehrmacht. Quantitative Abnahme fand in der Türkei statt.

Eine Erstattung der Rohstoffe für die abzugebenden Geräte erfolgte nicht. Die Rohstoffmengen mußten vielmehr den Kontingenten des jeweils für die Abgabe in Frage kommenden W.T. entnommen werden.

A 085490

H2296-0505

B u l g a r i e n .

Im November 1942 überreichte der Chef des Beschaffungs- und Rüstungsamtes im bulgarischen Kriegsministerium, Generalleutnant R u s s e w , in Gegenwart des Gesandten dem Chef des Wehrwirtschaftsamtes eine Bedarfsliste über Rohstoffe und Kriegsgerät. Die Rohstoffwünsche betrugen allein einen Gesamtbetrag von 55 Millionen RM und enthielten Forderungen an Stahl, Eisen, NE-Metallen, Chemikalien, Sprengstoffen, Treibstoff und Maschinen verschiedener Art.
Die Bedarfsliste über Kriegsgerät umfaßte in erster Linie Handwaffen, Granatwerfer mit Munition, Kampfwagen, Sturmgeschütze und Kraftfahrzeuge. Die Bulgaren betonten, daß sie wüßten, wie schwierig zurzeit derartig große Lieferungen für Deutschland seien, baten aber, Bulgarien mit zu den kriegführenden Staaten zu rechnen und dem Lande das gleiche Entgegenkommen zu zeigen wie Rumänien und Italien. Gemäß Weisung des Feldmarschalls K e i t e l wurde den Bulgaren mitgeteilt, daß man ihnen in ihren Wünschen soweit entgegenkommen würde, als es die augenblickliche Kriegslage gestatte. Die Wünsche konnten aber nur vorläufig in beschränktem Umfang erfüllt werden.

F i n n l a n d.

Mit Finnland wurden eingehende Verhandlungen gepflogen, die zu laufenden Lieferungen an Waffen und Munition führten. Die Lage an der finnischen Front führte dazu, daß Deutsch - land auf verschiedenen Rüstungsgebieten der volle Lieferant Finnlands wurde. Auch die finnischen Gegenlieferungen

A 085491

H2296-0506

besonders an Holz und Kupfer waren beträchtlich. Darüber hinaus wurden von Deutschland verschiedene Rohstoffe, Chemikalien, Buna, Zellwolle und Kunstseide zur Verfügung gestellt.

J a p a n .

Japan legte im Juli 1942 eine umfangreiche Wunschliste von 2 20 Positionen vor, die teils aus hochwertigstem Kriegsgerät, teils aus Rohstoffen, Werkzeugmaschinen und endlich in der Erwerbung moderner Verfahren, wie Kohlehydrierung, synthetische Treibstoffherstellung usw. bestanden. Gemäß Weisung des Führers sollten die japanischen Wünsche weitestgehend erfüllt werden. Die Schwierigkeiten der Lieferungen bestanden in erster Linie in der Transportfrage. Allmählich stellte es sich heraus, daß es den Japanern in erster Linie darauf ankam, Einzelstücke und Nachbaurechte zu erhalten, um die deutschen Konstruktionen und Erfindungen nachzubauen. Die Verhandlungen waren besonders schwierig, weil die Japaner die Wünsche für die verschiedenen japanischen Bedarfsträger getrennt vorbrachten und dieses Verfahren oft zu Doppel- und Mehrfachanforderungen führte. Die sehr langwierigen Verhandlungen brachten den Japanern den Beweis größten deutschen Entgegenkommens, führten aber zu verhältnismäßig geringen Erfolgen, weil die Transportfrage nicht gelöst werden konnte.

A0035492

H2296-0507

K r o a t i e n.

Die Verhandlungen mit Kroatien wurden, nachdem zunächst von vielen Seiten Wünsche herangebracht worden waren, bei dem Leiter der Militärmission bei der kroatischen Gesandtschaft in Berlin, Generalmajor von L e m e s i c, zentralisiert. Es erfolgten in der Hauptsache aus Beutebeständen Lieferungen, insbesondere Infanteriewaffen für die erste Ausstattung der jungen kroatischen Wehrmacht.

P o r t u g a l.

Die Grundlage für die mit Portugal laufenden Verhandlungen war der Wolfram - Vertrag durch den neben sonstigen deutschen Lieferungen auch Kriegsgerät geliefert werden mußte. Die Verhandlungen wurden durch Generaldirektor E l t z e geführt, der die portugiesischen Wünsche an Kriegsgerät feststellen sollte. Über das Ergebnis wird erst im Jahre 1943 berichtet.

S c h w e d e n.

Die Verhandlungen mit Schweden gründeten sich auf die von Deutschland in den deutsch-schwedeischen Regierungsausschußverhandlungen gemachten Zusagen auf Lieferung von 110 Stück l.F.H. mit 300 000 Schuß Munition. Bis Ende 1942 gelangten 32 Geschütze mit 80 000 Schuß Munition zur Auslieferung. Den Schweden wurde zugesagt, weitere

A 035493

H2296-0508

monatliche Lieferungen von 4 Geschützen und 10 000 Schuß durchzuführen.

S p a n i e n .

Leitgedanke bei der Entscheidung über Kriegsgerätelieferungen nach Spanien war, im Rahmen des militärisch Möglichen Gegenposten für kriegswichtige spanische Lieferungen und Leistungen zu schaffen.

Mit der spanischen Marine wurde ein Abkommen geschlossen über

Fertigung und Lieferung von Sperrwaffen, Geschützen (einschl. Doppelflak und Munition) Schnellbootsmotoren

im Gesamtwert von rund RM 22,6 Mill.;
dazu kamen noch Nachbaurechte
in Höhe von etwa " 2 Mill.

Außerdem wurde den Spaniern vorbehalten,

Auftrag auf Lieferung von Ausrüstungssachen für vorstehendes Gerät zu erteilen in Höhe von RM 3 -4 Mill.

Ferner wurde ein mit spanischer Hilfe aus Seenot in einen spanischen Hafen eingebrachtes U-Boot an die spanische Marine verkauft. Der Verkaufspreis wurde entgegenkommend unter Berücksichtigung der schweren Beschädigungen des U-Bootes auf RM 1,5 Millionen festgesetzt.

Die durch den spanischen Ministerwechsel zum Stillstand gekommenen deutsch-spanischen Wirtschaftsverhand-

A 035494

H2296-0509

lungen wurden gegen Ende des Jahres erneut aufgenommen und ein Zwischenabkommen abgeschlossen, in dem die Grundsätze des deutsch-spanischen Warenverkehrs festgelegt worden sind.

Als Gegenlieferung an Kriegsgerät für diese interimistische Verhandlungsperiode wurde eine Lieferung der Brünner Waffenwerke über insgesamt 6.000 M.G.s einschl. Munition im Werte von etwa 30 Millionen RM vorgesehen. Die Rohstoffbeistellung für diese Lieferung wurde vom RWiM geregelt.

Dem deutschen Delegationsführer wurden Anfang Dezember von spanischer Seite erneut folgende Rüstungswünsche vorgetragen:

1.) Heer

50 oder 60 mm Pak

15 cm Geschütze

Panzerwagen I mit 2 MG 7,92 mm

Panzerwagen II mit 45 oder 50 mm Kanonen und 2 MG

Panzerwagen III mit 75 mm Kanone und 2 MG 20 mm

aufgeführtes Material einschl. Munition.

2.) Luftwaffe

Jagdflugzeuge Me 109 G

Transportflugzeuge Ju 52

Bomber He 111 H 6

einschl. Bewaffnung und Ersatzteilen.

2 cm, 3,7 cm und 8,8 Flak einschl. Zugmaschinen u. Munition

Horchgerät

A 035495

H2296-0510

Scheinwerfer

Feldfunkstationen 1,5 Kw für Lang- und Kurzwelle

" 100 Kw

sowie fahrbare Wetterstationen und Rollfeldbeleuchtung.

3.) Marine.

8,8 und 10,5 Doppelflak einschl. Feuerleit

10,5 cm einfach Flak

3,7 cm halbautomatische Flak

20 und 37 mm Maschinenkanonen

Feuerleit für Torpedoausschußrohr

EMD-Minen

Wasserbomben

G 7 und elektrische Torpedos

Kinematographisches Vermessungsgerät

Askania-Beobachtungs- und Scherenfernrohre

Entfernungsmesser Zeiß und Goerz

Optische Gläser Zeiß.

Da über Mengen keine Angaben gemacht worden sind, wurde mit Spanien vereinbart, Anfang 1943 eine Militärkommission von Fachleuten nach Deutschland zu entsenden.

Unabhängig hiervon wurden vom Befehlshaber in Spanisch-Marokko, General O r g a z, Kriegsmaterialwünsche vorgebracht, die sich u.a. auf

360 Pak

Panzerwagen für 2 - 3 Regimenter

A 085496

H2296-0511

24 Flakbatterien

3 Küstenbatterien mit 24 cm Geschützen

erstrecken.

Diese Wünsche wurden in die Kommissionsverhandlungen mit aufgenommen.

A085497

H2296-0512

C. Rüstungswirtschaft.

Die rüstungswirtschaftlichen Arbeiten des Jahres 1942 verliefen erheblich stetiger als in den Vorjahren und hatten während des ganzen Jahres die vom Führer gegebenen Richtlinien vom 10. Januar 1942 als Richtschnur. Auf Grund des Ende 1941 auf dem Ostkriegsschauplatz eingetretenen Rückschlages und der in den Ostkämpfen bisher gewonnenen Erfahrungen erliess der Führer am 10. Januar 1942 mit Nr. 1/42 g.Kdos. OKW/WFSt/Org.-Wi Rü Amt Richtlinien für die Rüstung des Jahres 1942, die gegen die Richtlinien vom Juli 1941 eine erhebliche Änderung der Auffassung bedeuteten (siehe Anl. XXII,42). Wenn auch in den neuen Richtlinien der Ausbau der Luftwaffe und Kriegsmarine zum Kampf gegen die anglosächsischen Mächte als Zielsetzung auf weite Sicht noch betont wurde, so trat durch diesen Befehl für die Kriegführung des Jahres 1942 doch das Heer rüstungsmässig wieder voll in den Vordergrund.

Den Anträgen des Wi Rü Amtes entsprechend wurden die W.T. angewiesen, ihre Rüstungspläne auf den verfügbaren Rohstoffen aufzubauen und der Chef OKW wurde vom Führer beauftragt, zur Stärkung der Kampfkraft des Heeres alle einigermassen zu vertretenden Kürzungen bei

A 085498

H2296-0513

Kriegsmarine und Luftwaffe in der Rohstoffverteilung vorzunehmen.

Die neuen Richtlinien forderten

beim Heer: Die Wiedereinsatzbereitschaft des Heeres bis 1.5. 1942, seine Bevorratung an Munition in Höhe des 6-fachen Monatsverbrauches und eine erhebliche Verstärkung der Schnellen Truppen und der Motorisierung für den östlichen Kriegsschaupltz;

bei der Marine: die Konzentrierung der Rüstung auf Bau und Unterhaltung der U-Boot-Waffe, sowie die Erhaltung des Geleitdienstes und der Sicherung Norwegens;

bei der Luftwaffe: Durchführung des Flugzeugbeschaffungsprogramms 21 und des Flakprogramms im Rahmen der Rohstoffzuteilung.

Als besonders dringend wurde außerdem noch die Durchführung des Mineralölprogramms und der Programme auf dem Gebiet des Eisenbahn- und Nachrichtenwesens sowie des chemischen Erzeugungsplanes bezeichnet.

Endlich sollte der Ausbau der Küstenbefestigung nach Maßgabe der Kräfte und Mittel fortgesetzt werden.

Diese Richtlinien bildeten während des ganzen Jahres die Grundlage für die Programmgestaltung mit Ausnahme nachstehender Änderungen:

Die große Transportkrise im Winter 1941/42 und der große Ausfall an Lokomotiven und sonstiger Transportmittel

A 085499

H2296-0514

in Verbindung mit der Erkenntnis, daß die Überwindung des russischen Raumes eine Transportmittelfrage ist, führten dazu, daß bereits im Februar das Mineralölprogramm und das Transportmittelprogramm in der Dringlichkeit an erste Stelle gesetzt wurden. Im Mai 1942 wurde sogar noch angeordnet, daß das Beschaffungsprogramm der Reichsbahn jedem anderen Beschaffungsvorhaben, auch den dringendsten der Wehrmacht gegenüber, den Vorrang haben. Ebenso wurden im Laufe des Jahres mehrfach Sonderweisungen gegeben, um die Förderung und Produktion an Treibstoffen und den Ausbau neuer Werke vor allen anderen Vorhaben zu fördern.

Im übrigen behielten aber die Richtlinien vom 10. Januar ihre volle Gültigkeit und es war das Bestreben aller Stellen im Rahmen dieser Richtlinien eine Rüstungssteigerung zu erreichen. Der neue Rm. f.B.u.M. sah in Sonderheit die Leistungssteigerung in der Gesamtrüstung als seine erste und dringlichste Aufgabe an. Er schlug dabei den Weg ein, den das Wi Rü Amt seit Kriegsbeginn angestrebt hatte, aber bei der mangelnden Durchschlagskraft des OKW nicht erreichen konnte. Dieser Weg ist mit folgenden Punkten kurz gezeichnet:

Einrichtung einer Gesamtplanung und
Aufstellung einer klaren Rohstoffbilanz
Erhöhung der Kohlenförderung
Erhöhung der Eisen- und Stahlproduktion und
Neuverteilung zu Gunsten der Wehrmacht
Erhöhte Einschaltung der Selbstverantwortung der

A085500

H2296-0515

wirtschaft durch Bildung von Fertigungsausschüssen und - ringen

Rationalisierung der Fertigung

Lösung der Transportkrise durch bevorzugte Belieferung der Reichsbahn

Besserung der Arbeitseinsatzlage durch Sicherung der Schlüsselkräfte in den Betrieben und erheblicher Einsatz von Kriegsgefangenen in der Rüstung

und

endlich Verbesserung der Lage auf dem Energiegebiet durch Bau neuer Werke und Einsparungsmaßnahmen zu Lasten der nicht kriegswichtigen Wirtschaft.

Wenn auch diese Maßnahmen auf vielen Gebieten nicht den Erfolg gebracht haben, den der Rm.f.B.u.M. erhoffte und seinerzeit dem Führer in Aussicht gestellt hatte, so hat sich seine Arbeit doch erfolgreich auf die Rüstung ausgewirkt und auf den wichtigsten Fertigungsgebieten eine erfreuliche Leistungssteigerung hervorgerufen. Vor allem hat man von nun ab dem Volk den Ernst und die Forderungen des totalen Krieges klar gemacht und eine erfreuliche Mitarbeit von Staat und Volk erreicht. Auf die einzelnen Maßnahmen wird später eingegangen.

Um den neuen Führerbefehl schnellstens zur Durchführung zu bringen, wurden Mitte Januar die Rüstungs-

A085501

H2296-0516

inspekteure und -kommandeure in die neuen Aufgaben eingeführt. Die Vorträge des Amtschefs des Wi Rü Amtes, des Abteilungschefs der rüstungswirtschaftlichen Abteilung und des Generalbevollmächtigen für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, die in der Anlage XXII, 43a, b, und c beigefügt sind, geben Auskunft über die Auffassungen, die vom Wi Rü Amt vertreten wurden. Die Rüstungsdienststellen wurden in Sonderheit angehalten, in engster Kameradschaft mit den Stellen des Rüstungsministeriums zusammen zu arbeiten, die der Wirtschaft übertragene Rationalisierung tatkräftig zu unterstützen, die Arbeit mehr als bisher in die Praxis zu verlegen und auf die Aufgaben zu konzentrieren, die kriegsentscheidend sind. Im Hinblick auf die Wichtigkeit des Mineralölprogramms und der sonstigen Aufgaben des BG Chem wurde den Dienststellen auf dieser Tagung ein eingehendes Bild gegeben über Zweck und Umfang dieser Arbeiten und sie wurden angewiesen, gemäß der Führerweisung diesen Vorhaben besondere Förderung angedeihen zu lassen. Durch Befehl Wi Rü Amt Nr. 200/42 g.Kdos. vom 31.1. (s.Anl. XXII,44) wurden alle Behörden über die neue Führerweisung unterrichtet und sie gebeten, die geforderten Maßnahmen mit allen Mitteln zu unterstützen.

///

Die Umstellung auf das neue Rüstungsprogramm war im vollen Gange als der vom Führer beauftragte neue Rm. f.B. u.M. sein Amt antrat. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Rm. f.B.u.M. trat insofern in ein neues Stadium, als Minister

A 085502

H2296-0517

S p e e r sich von Anfang an für die Gesamtrüstung für zuständig hielt und nicht nur, wie es Minister Dr.T o d t getan hatte,die Führerwünsche in den Mittelpunkt seiner Arbeiten stellte. Der Chef Wi Rü Amt hielt es für seine Pflicht, den Rm. f.B.u.M. in dieser Auffassung voll zu unterstützen, da jener seit Jahren den Standpunkt vertreten hatte, daß die Rüstung nur von einem Mann gelenkt werden kann und die Verteilung der Verantwortung auf OKW, Wehrmachtteile und Rm.f.B.u.M. eine Unmöglichkeit ist. Die von Minister S p e e r in dieser Richtung angeordneten Maßnahmen konnten daher vom Wi Rü Amt nur gut geheißen werden, so lange sie eine feste zentrale Führung und eine enge Zusammenarbeit mit dem OKW anstrebten. Minister S p e e r hat seine Grundauffassung bei der Übernahme seines Amtes in zwei Ansprachen niedergelegt, die am 24. Februar auf einer Gauleitertagung und am 17. April auf einer Tagung der Gauwirtschaftsberater gehalten wurden. Beide Reden sind in der Anlage beigefügt (s. Anl. XXII, 45 und XXII, 46).

Die von Minister S p e e r in den ersten Monaten getroffenen einzelnen Maßnahmen können nur voll gebilligt werden.

Wenige Tage nach Übernahme der Dienststellung forderte Minister S p e e r vom Wi Rü Amt und den WT die Bereitschaft, sich seinen Weisungen voll unterzuordnen und seine Arbeiten rückhaltlos zu unterstützen. Diese Verpflichtung wurde von allen Amtschefs im Interesse der

H2296-0518

Sache unterzeichnet, trotzdem seitens der WT dagegen erhebliche Bedenken bestanden. Die erste praktische Maßnahme war die Einrichtung der Zentralen Planung, wie sie von Seiten des Wi Rü Amtes seit Jahren gefordert wurde. Es ist besonders interessant festzustellen, daß diese Zentrale Planung jetzt von den Vertretern der drei Stellen gefordert wurde, die dem Wi Amt gegenüber die Zentrale Planung abgelehnt hatten, nämlich dem Rm. f. B.u.M., dem Ob.d.L., in Gestalt des Generalfeldmarschalls M i l c h und dem Vierjahresplan, in Gestalt des Staatssekretärs K ö r n e r. Daß eine solche Zentrale Planung für die Rüstungsführung eine unbedingte Notwendigkeit ist, war immer erkannt worden; daß sie bisher nicht durchgeführt worden war, lag an den Verhältnissen und an den Widerständen der obengenannten Stellen. Daß das OKW nicht in der Führung dieser Planung vertreten war, war ein Fehler, entsprach aber dem neuen Kurs, der von Minister S p e e r gesteuert wurde und der nicht den Chef OKW, sondern Generalfeldmarschall M i l c h als Vertreter der Wehrmacht betrachtet haben wollte. Die Einflußnahme des OKW wurde allein dadurch gesichert, daß General T h o m a s bei allen Tagungen der Zentralen Planung anwesend ist .

Eine ähnliche notwendige Maßnahme war die stärkere Einschaltung der Selbstverantwortung der Wirtschaft. Schon im Frieden hatte das Wi Rü Amt die Auffassung vertreten, daß die Wirtschaft stärker in die Rüstungs- und Kriegs-

AOS5504

H2296-0519

vorbereitungen eingeschaltet werden müsse und daß die Ideallösung dahin gehe:

die Wehrmacht fordert, die Wirtschaft führt aus.

Diese Auffassung wurde aber seitens der WT scharf bekämpft, weil die Waffenämter der Auffassung waren, daß sie allein die Produktion steuern könnten und daß sie die einzelnen Firmen in der Hand haben müßten. Wenn diese Auffassung auch für den Frieden eine gewisse Richtigkeit hatte, so war sie für den Krieg falsch. Es war daher das Bestreben des Wi Rü Amtes wenigstens bei den Rü In Beiräte der Wirtschaft einzusetzen und so eine engere Verbindung zwischen Wehrmacht und Wirtschaft zu schaffen. Die Heranziehung der Reichsgruppe Industrie zur zentralen Steuerung der Rüstungsaufträge war allerdings unmöglich, so lange die Verantwortung für die Rüstung bei verschiedenen Zentralstellen lag und nicht eine Stelle vorhanden war, die mit allen Vollmachten ausgerüstet, der Wirtschaft bindende Befehle geben konnte. Der Gedanke, die Auftraglenkung aller an die Rüstung gegebenen Aufträge, die Umsetzung der Aufträge zur Serienfertigung in rassereine Betriebe und die Durchführung der Rationalisierungsbestrebungen in die Hand der Ausschüsse und Ringe zu legen, war zweifellos richtig, so lange diese Ausschüsse nicht daran gingen, ihre Tätigkeit bürokratisch aufzuziehen, sondern sich nur in der Praxis auswirkten. Ob es allerdings zweckmäßig war, dabei die auftraggebenden Stellen - die Waffenämter - völlig auszuschalten, sei dahingestellt. Ebenso scheint

A 085505

H2296-0520

das System der Ausschüsse und Ringe allmählich zu stark ausgebaut worden zu sein, sodaß es für die Wirtschaft eine gewisse Belastung darstellte. Es muß aber festgestellt werden, daß das System zweifellos zu einer erheblichen Leistungssteigerung geführt hat und zwar in Sonderheit durch die Serienfertigung und durch den Erfahrungsaustausch, der innerhalb der Ausschüsse und Ringe durchgeführt wurde.

Auch die Schaffung einer klaren Bilanz auf dem Kohlen- und Rohstoffgebiet, sowie die Maßnahmen zur Förderung der Produktion auf diesen Gebieten konnten nur voll begrüßt werden. Vor allem die klare Erkenntnis, daß für eine Rüstungssteigerung zunächst eine Erhöhung der Kohlenförderung, eine bessere Energieausnutzung und eine Vermehrung der Rohstoffe notwendig ist, war für die Fortführung der Rüstung von besonderer Bedeutung. Ebenso bedeutsam war die Forderung an das RWiM, mehr Eisen und Rohstoffe für die WT freimachen zu lassen zu Lasten der sonstigen noch laufenden Produktion. Auch hiermit wurde eine Forderung durchgeführt, die während des ganzen Krieges vom Wi Rü Amt erhoben worden war, aber vom RWiM immer abgelehnt wurde.

Besondere Verdienste erwarb sich Minister S p e e r zusammen mit dem neu ernannten Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Dr. G a n z e n m ü l l e r in der Beseitigung der die Front und die Rüstung so stark belastenden Transportkrise. Auch hier setzte Minister S p e e r Forderungen durch, die bereits vor dem Kriege vom Wi Rü Amt vertreten worden waren , deren Notwendigkeit aber von der

A 085506

H2296-0521

Obersten Führung nie anerkannt wurde. Trotz aller Hinweise und Anträge des Wi Rü Amtes mußte es erst zu der Krise der Reichsbahn im Winter 1942/43 kommen, bis die Notwendigkeit einer bevorzugten Stützung der Reichsbahn in allen Beschaffungs- und Rohstoffragen erkannt und durchgeführt wurde.

Endlich sind die Maßnahmen auf dem Arbeitseinsatzgebiet für die Rüstungssteigerung von größter Bedeutung gewesen, die gemeinsam mit dem Gauleiter S a u c k e l zur Durchführung gebracht wurden. Wenn Minister S p e e r in seiner Rede vor den Gauwirtschaftsberatern sein Erstaunen zum Ausdruck brinrt, daß er in den großen Betrieben keine 2. und 3. Schichten vorgefunden hätte und daß trotzdem in großem Umfang von den W.T. neue Bauten aufgeführt worden wären, so wies er damit auf einen Kampf hin, den das Wi Rü Amt mit den W.Tl während des ganzen Krieges geführt hat. Durch die großen Führerforderungen angestachelt war es dauernd das Bestreben der W.T. neue, moderne Fabriken zu erbauen, um dadurch genügend Ausweichmöglichkeiten für eintretende Ausfälle zu haben. Alle Bestrebungen des Wi Rü Amtes, 2. und 3. Schichten einzurichten, scheiterten an dem Unvermögen des Reichsarbeitsministeriums, diese Arbeitskräfte zu stellen und an der ablehnenden Einstellung des RWiM, entsprechende Kräfte freizumachen. Erst die Heranbringung der großen Mengen an Gefangenen und ausländischen Arbeitern ermöglichte es, der Einrichtung von 2. und 3. Schichten näherzutreten.

Abschließend sei zu den von Minister S p e e r getroffenen Maßnahmen festzustellen:

A 385507

H2296-0522

Es bedurfte erst der Einrichtung eines zivilen Rüstungsministeriums, um den Widerstand der WT gegen die Pläne der Wi Rü Amtes zu brechen und um die Mitarbeit der WT auf vielen Gebieten zu erzielen. Und erst die Vollmachten, die der zivile Minister vom Führer übertragen bekommen hatte, führten dazu, Vorschläge und Forderungen des Wi Rü Amtes, die seit Jahren klar erkannt und gestellt waren, gegenüber den WT und anderen Dienststellen zur Durchführung zu bringen.

Das Wi Rü Amt hatte mit der Durchführung des Rüstungsprogramms nur so lange zu tun, als es sich geschlossen im Bereiche des OKW befand. Mit der Übertritt des Rüstungsamtes in den Bereich des Rm. f.B.u.M. ging die Durchführung der Rüstung immer mehr in die Hände des Rüstungs-Lieferungsamtes und des Technischen Amtes über, während im Rüstungsamt in der Hauptsache nur die Rohstoffbewirtschaftung, der Arbeitseinsatz, die Steuerung der Rü In und rein militärischen Aufgaben, wie Luftschutz, Sabotageschutz usw. verblieben.

Die Umstellung auf das vom Führer am 10.1.42 befohlene neue Rüstungsprogramm machte besonders durch den Mangel an Arbeitskräften, die zu einem größern Teil schon in das Luftwaffenprogramm überführt waren, durch Mangel an NE-Metallen und durch Fehlen freier Kapazitäten auf dem Geschützgebiet, die dem Flakprogramm zur Verfügung gestellt worden waren, erhebliche Schwierigkeiten. Es bedurfte daher eingehender Ausgleichsverhandlungen mit den WT, um dem Heer

A385508

H2296-0523

wieder die Möglichkeit zu geben, seinen Rüstungsschwerpunkt dem Führerbefehl entsprechend durchzusetzen. Um die Flakfertigung nicht absinken zu lassen, wurden vom HWaA die ersten Aufträge an Flakrohren nach Italien verlagert.

Im März machte die Lage auf dem Munitionsgebiet ein Eingreifen des Wi Rü Amtes in den Ablauf der Rüstung erforderlich. Der erhebliche Munitionsverbrauch in den Wintermonaten und die Bereitstellung der vom Führer befohlenen Munitionsreserven forderten vor allem auf dem Gebiet der l.F.H. durchgreifende Maßnahmen. Kriegsmarine und Luftwaffe wurden daher angewiesen, Kapazitäten an das Heer abzugeben, die Gesamtmunitionsfertigung, in Sonderheit die Hülsenfertigung wurde durch die Zuführung von Arbeitskräften erhöht und die Pulvererzeugung durch schnelleren Ausbau der Vorproduktenerzeugung verbessert. Die Luftwaffe legte Teile ihrer Bombenfertigung zu Gunsten des Heeres still.

Die Kürzung der Rohstoffe hatte das Programme der Kriegsmarine in Schwierigkeiten gebracht, sodaß diese im März meldete, daß ihre U-Boot-Produktion auf 13 Boote absinkt. Der Kriegsmarine wurden daraufhin vermehrte NE-Metalle zugewiesen, ihr aber zugleich mitgeteilt, daß sie ihr Programm noch viel schärfer auf den U-Bootbau und durch Umstellungen ihren Metallverbrauch vermindern müsse.

Als Sonderaktion wurde im Führjahr die Erhöhung der Herstellung der Treibstoffe für die Raketen und den sonstigen auf dem T-Stoff beruhenden Neuentwicklungen betrieben. Es wurden seitens des Wi Rü Amtes klare Forde-

A 835509

H2296-0524

rungen der WT verlangt, damit nach entsprechendem Führervortrag der Ausbau der Fertigungsstätten in das Dringlichkeitsprogramm vorgenommen werden kann.

Die von Minister Dr. T o d t eingeleitete und von Minister S p e e r später ausgebaute Rationalisierung der Fertigung wurde vom Wi Rü Amt mit allen Mitteln unterstützt und die Rü In angewiesen, den damit beauftragten Stellen der Wirtschaft jede Hilfe zu gewähren. Näheres siehe Vortrag Oberst N e e f (s. Anl. XXII,47). Im Rahmen dieser Rationalisierung erfuhr die Fertigung moderner Werkzeugmaschinen eine besondere Förderung. Der Reichsmarschall nahm sich im Interesse der Luftrüstung selbst der Angelegenheit an und befahl eine möglichst starke Stützung der Werkzeugmaschinenfertigung. In Sonderheit wurde die erhöhte Fertigung von Einzweckmaschinen gefordert. Dem Beauftragten für Maschinenbau wurden hierfür Facharbeiter zur Einrichtung einer zweiten Schicht und vermehrte Rohstoffzuweisungen zugesagt.

Ebenso wurde im Interesse erhöhter Kohlenförderung die Herstellung der Bergwerksmaschinen arbeitseinsatzmäßig gesichert und der Generatorbau für Kraftwagen gefördert.

In dem Bestreben Neubauten einzuschränken und möglichst viel Kräfte für die Waffen- und Panzerherstellung freizubekommen, versuchte Minister S p e e r im März erhebliche Einschränkungen des Ausbauplans des G.B. Chem vorzunehmen. Wi Rü Amt trat im Interesse der Rohstoff- und Treibstoffrüstung stark für Beibehalt der Planungen ein, verlangte

A 085510

H2296-0525

jedoch eine Senkung des Rohstoffverbrauchs und eine Konzentrierung der Arbeitskräfte auf die dringlichsten Aufgaben.

Eine besondere Arbeit erwuchs der Rüstungsorganisation durch die von Minister S p e e r eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitskräfte für die Rüstung. Die Durchführung der Aktion " Schlüsselkräfte ", auf die im Teil Arbeitseinsatz näher eingegangen wird und die für die gesamte Fortführung der Rüstung und die Leistungssteigerung von großer Bedeutung werden sollte, bedeutete eine schwierige, aber dankbare Großaufgabe für die Rüstungsdienststellen. In enger Zusammenarbeit mit den Wehrersatzdienststellen gelang es den Rü-Dienststellen sehr schnell einen Überblick über die Zahl an Schlüssel- und Fachkräften zu schaffen und ihre Sicherstellung in den Betrieben durchzuführen. Näheres siehe Teil Arbeitseinsatz.

Von besonderer Bedeutung für die verantwortliche Mitarbeit der Wirtschaft und für die Leistungssteigerung wurde auch der Führererlaß vom 21.3. " Verordnung zum Schutze der Rüstungswirtschaft" (s.Anl. XXII,48), da diese Verordnung der Wirtschaft zum ersten Mal den Ernst ihrer eigenen Aufgabe vor Augen führte, ihre große Mitverantwortung feststellte und einen Verstoß dagegen unter Strafe stellte. Alle in gleicher Richtung vom Chef Wi Rü Amt früher betriebenen Maßnahmen wurden von den verschiedensten Stellen sabotiert.

A 385511

H2296-0526

In der Frage der Einstufung der Rüstungsprogramme in die Dringlichkeitsliste wurde ein neuer Weg beschritten, da die Einstufung nach SS, S, Ia und Ib Aufträgen sich abgenutzt hatte und die Masse der Wehrmachtaufträge nach SS und S verlegt worden war. Infolgedessen wurden die Stufen Ia, Ib und II als Normalaufträge umgewandelt, die keine besondere Förderung genossen und für ganz besonders wichtige Aufträge wurde die Stufe D E geschaffen, die aber nur mit Einverständnis des Rü Amtes benutzt werden durfte (s. Verfügung d. Rm.f.B.u.M., Anl. XXII, 49). Besondere Maßnahmen wurden in der Dringlichkeitsanordnung für das Mineralöl- und das Reichsbahnprogramm getroffen, um diese beiden Vorhaben in Anbetracht der Gesamtlage möglichst zu fördern. Außerdem wurde im August nochmals eine Rangfolge der Programme und Programmteile für die Zuweisung von Arbeitskräften festgelegt, um für die dringlichsten Aufgaben auch den Arbeiterfehlbedarf sicherzustellen.

Mit besonderem Nachdruck wurde die Verlagerung von Aufträgen nach den besetzten Gebieten betrieben. Die Verlagerung war soweit fortgeschritten, daß am 1.10.42 an unmittelbaren und erkennbaren mittelbaren Wehrmachtaufträgen untergebracht waren in

Frankreich	im Werte von	1	906	Millionen	RM
Niederlande	" "	"	634	"	"
Gen.Gouvernement	" "	"	525	"	"
Belgien	" "	"	484	"	"
Dänemark	" "	"	134	"	"

A 085512

H2296-0527

Norwegen	im Werte von	86	Millionen RM
Serbien	" " "	14	" "
Saloniki	" " "	8	" "
	Sa.	3 791	Millionen RM.

Außerdem noch in befreundeten Ländern für etwa 515 Mill. Reichsmark. Ausgeliefert waren von den verlagerten Aufträgen an Wehrmachtsgerät in der Zeit vom 1.1. - 30.9.1942 :

Aufträge an	Waffen	im Werte von	89	Millionen	RM
" "	Munition	" " "	120	"	"
" "	Kraftfahrzeugen	" " "	298	"	"
" "	Schiffen	" " "	399	"	"
" "	Flugzeugen	" " "	858	"	"
" "	Nachrichtengerät	" "	146	"	"
" "	Optischem Gerät	" "	31	"	"
" "	Bekleidung u. Ausrüstung	" " "	376	"	"
" "	Maschinen	" " "	196	"	"
" "	Allg. Wehrmachts-gerät	" " "	133	"	"
" "	Handelsübl. Gerät	" "	414	"	"
" "	Sonstigem Gerät	" "	190	"	"

A 085513

H2296-0528

Produktionsmittel.

Der grosse Bedarf an Werkzeugmaschinen nahm durch die Erweiterung der Programme und durch die starke Abnutzung der Maschinen weiter zu. Da die Mehrproduktion an Maschinen nur langsam anwuchs und den Auslandsaufkäufen durch die Devisenlage auch Grenzen gesetzt waren, wurde vermehrter Wert auf die Durchführung des Maschinenausgleichs gelegt. Durch Befehl vom 8.9.1942 wurden durch den Reichsminister für Bewaffnung und Munition und Reichswirtschaftsminister erneute Richtlinien herausgegeben für vermehrte Maschinenauskämmung und besseren Maschinenausgleich. Näheres ergibt der in der Anlage XXII,50 beigefügte Befehl.

Daneben war es eine besondere Aufgabe des Wi Amtes, die rohstoffmässige Versorgung der nach der Schweiz gelegten Maschinenaufträge sicherzustellen, da die Schweiz ihre Auftragsannahme immer mehr von der Bereitstellung der dazu notwendigen Rohstoffe - in Sonderheit der NE-Metalle - abhängig machte.

A 085514

H2296-0529

Transportlage 1942.

Die seit Kriegsbeginn sich anzeigenden und Ende 1941 ausgebrochenen Schwierigkeiten auf dem Transportgebiet drohte, sich in den ersten Monaten des Jahres 1942 zur Krise auszuwachsen. Durch den starken Kälteeinbruch im Januar 1942 und durch die starken Abgaben anLokomotiven und rollendem Material an die Ostfront versteifte sich die Betriebslage in der Heimat so stark, dass der Rückstau an Güterzügen viele Tage über 1 100 Züge betrug und tagelang Totalannahmesperren abgeordnet werden mußten. Hierdurch traten auch für die Kohleversorgung der Rüstungsindustrie erhebliche Pannen ein, sodass Stillegungen zahlreicher Betriebe stattfinden mussten. Die Hilfsaktion für die Rüstungsindustrie konnte sich bei dem Mangel an Loks und bei den zahlreichen Streckensperrungen zunächst nur darauf beschränken, die höchstkriegswichtigen, kontinuierlich laufenden Betriebe des Mineralöl-, Buna-, Leichtmetall- und Sprengstoffprogramms zu versorgen. Ende Februar lagen noch 134 Rüstungsbetriebe ganz und 35 teilweise still. Erfreulicherweise nahm sich der neuernannte Minister f. B. u. Mun. der Transportlage von Anfang an energisch an und unterstützte die seit langem bestehenden Forderungen des Wi Amtes, das Transportmittelprogramm dem übrigen Rüstungsprogramm in der Dringlichkeit gleichzustellen. Als sich im Mai herausstellte, dass die Winterkrise nicht nur eine Folge

A C35515

H2296-0530

des starken Kälteeinbruchs und der Ostabgaben gewesen war, sondern dass die Reichsbahn in ihrem jetzigen Zustand den Anforderungen des Krieges überhaupt nicht gewachsen ist, wurde die Verkehrslage endlich grundlegend aufgegriffen und die Verhältnisse bei der Reichsbahn einer Reorganisation unterzogen. Hierbei kam es in mehreren Chefbesprechungen zu schweren Vorwürfen des Reichsministers S p e e r gegen das Verkehrsministerium und gegen die Reichsbahn, die den Rücktritt des Staatssekretärs K l e i n m a n n zur Folge hatten.

Anfang Juni erklärte Minister S p e e r , dass der Führer ihn und Feldmarschall M i l c h beauftragt hätte, die Transportangelegenheit so zu ordnen, dass die Verkehrsmittel, in Sonderheit die Reichsbahn, den Forderungen der Rüstung und der Kriegswirtschaft entsprechen. Er würde die erforderlichen Maßnahmen mit dem neu ernannten Staatssekretär Dr. G a n z e n m ü l l e r durchführen.

Die mangelnde Gestellung von Waggons für die Rüstungswirtschaft hielt zunächst an und erst dem tatkräftigen Eingreifen des neuen Staatssekretärs im Reichsverkehrsministerium, Dr. G a n z e n m ü l l e r , war es zu verdanken, dass Mitte des Sommers die Transportlage flüssiger wurde und die Wirtschaft vor weiteren Krisen durch die mangelnde Bedienung mit Verkehrsmitteln verschont blieb.

Durch Einrichtung von Transportleitstellen wurde der Kreuz- und Querverkehr und Gegenverkehr von Gü-

A085516

H2296-0531

tern unterbunden und die bevorzugte Beförderung von Rüstungsgütern sichergestellt. Die Lokomotivreparatur wurde von 600 Stück auf 1 500 monatlich gesteigert. Der Neubau von Loks und Waggons wurde erheblich gefördert und eine vermehrte Heranziehung von Material aus den besetzten Gebieten in die Wege geleitet.

Um die Forderungen der Rüstungswirtschaft einheitlich zu erfassen und gegenüber den Verkehrsträgern zu vertreten richtete Minister S p e e r in seinem Ministerium eine Sonderstelle ein und übertrug diese dem Oberbürgermeister L i e b e l , Nürnberg. Dieser wurde beauftragt, die Forderungen auf dem Transportgebiet aller Ämter zusammenzufassen und in Sonderheit die Bedürfnisse der Rüstung bei den zuständigen Stellen durchzusetzen.

Um die Lokproduktion zu steigern, wurde in kürzester Zeit ein Einheitsloktyp konstruiert, der den Ostverhältnissen Rechnung trug und im Serienbau leicht zu fertigen war. Diese Maßnahme brachte einen schnellen und durchschlagenden Erfolg. Im September wurden 220 neue Loks gefertigt gegen 125 im Jahre 1941 und 67 im Jahre 1940. Bis Mitte 1943 sollte die Monatsfertigung auf 500 Maschinen wachsen.

Zur Ordnung der Verkehrsverhältnisse im besetzten Westen fand am 15.6. in Paris eine Sitzung statt, in der die Grundlagen für die Neuordnung festgelegt wurden. Das Protokoll über diese Sitzung ist, da es einen Einblick in die damalige Lage gibt, als Anlage XXII,51 beigefügt.

A 085517

H2296-0532

Im Juli liess sich eine erhebliche Entspannung in der Transportlage feststellen. Hierüber berichtet das Wi Amt des OKW im Monatsbericht vom 1.8. wie folgt:

"Die Betriebslage der Reichsbahn entspannte sich im Juli wesentlich weiter. Die Wagengestellung entwickelte sich über Erwarten günstig, so dass bei G- und O-Wagen die Zuteilungen für Rüstungstransporte fast voll erfolgen konnten. Lediglich bei Spezialwagen hielten die Schwierigkeiten an, jedoch machten sich auch hier Zeichen der Besserung bemerkbar. Für Kohle wurden die geforderten Wagen voll gestellt. An der Ruhr wurden die Haldenbestände bereits stark gelichtet, zahlreicher Wagen- und Kahnraum blieb unbeladen. In Oberschlesien stösst der starke Abbau der Haldenbestände auf Schwierigkeiten in der Leistungsfähigkeit der Bahnanlagen. Auch in der Industrie zeigt sich bei der flüssigen Wagenlage jetzt häufig, dass Transportschwierigkeiten bei Lieferungsverzögerungen unberechtigt vorgeschützt werden. Die günstige Wagenstellung, die mit über 182 000 Wagen im arbeitstäglichen Durchschnitt Mitte Juli ihren bisherigen Höhepunkt erreicht, ist durch das Zusammenwirken zahlreicher Maßnahmen etc. zu erklären:

Senkung des Schad-Wagenstandes von 67 000 auf 31 000 Wagen,

Senkung des Bestandes deutscher Wagen im Ausland von 110 000 Wagen auf 93 000 Wagen,

Herausziehung bezw. Anmietung weiterer Wagen aus den besetzten Westgebieten,

A 085518

H2296-0533

Verstärkter Rücklauf von Wagen aus dem Osten,
Senkung der Anzahl der abgestellten Nachschubzüge,
Teilauflösung der Wagenreserve des Transportchefs,
Beschleunigung des Wagenumlaufs durch

schnelle Be- und Entladung,
Verschärfung der Standgeldpflicht sowie
Ausdehnung derselben auf die Wehrmacht,
Einrichtung von Be- und Entladekolonnen,
Ausdehnung der Be- und Entladungen an Sonntagen,
Verstärkung der Bedienung der Nebenstrecken,
Bereinigung der Lieferbeziehungen.

Neben den vorerwähnten Maßnahmen wurde die Leistungsfähigkeit der deutschen Reichsbahn nicht unwesentlich erhöht durch die Zulassung einer weiteren Überladung der deutschen Wagen (nunmehr bis zu 2 to) und der französischen und belgischen Wagen um 1 t. Bewusst wurde bei dieser Maßnahme die Steigerung der Gefahr von Betriebsunfällen durch Heißläufer, Achsen- und Schienenbrüche usw. in Kauf genommen. Um die verschiedenen Maßnahmen für die Beschleunigung des Wagenumlaufs noch besser in der Praxis zur Geltung zu bringen, wurde im Zuge der Stärkung der Selbstverantwortung der Industrie von Reichsminister S p e e r die Einsetzung von Transportbeauftragten in der Rüstungsindustrie (Tba) befohlen. Der Einsatz der örtlichen Tba erfolgte durch die Rü-Dienststellen, deren Transportbearbeiter über die Aufgaben der Tba in einer Ta-

A 035519

H2296-0534

gung eingehend unterrichtet wurden. Bis 1.Oktober sollte die Einrichtung der Tba stehen, um bei den im Herbst saisonmässig zu erwartenden Transportschwierigkeiten bereits nutzbringend zu wirken."

Im Herbst wurde diese Entspannung durch die starke Beanspruchung auf dem östlichen Kriegsschauplatz und durch die Ernte wieder durch neue Spannungen abgelöst, die die Rüstung aber nur vereinzelt trafen.

Trotzdem infolge der Verknappung des Lok- und Wagenmaterials und durch Beginn der Bandentätigkeit im Osten während des ganzen Jahres eine schwierige Betriebslage bestand, glückte es doch, durch scharfe Konzentrierung auf die Schwerpunkte gute Leistungen im Abtransport von Getreide, Ölsaaten, Holz und sonstigen Gütern aus den besetzten Ostgebieten hervorzubringen. Näheres ergibt die Sonderbearbeitung des Wi Stabes Ost.

Der Ausbau bezw. die Umspurung des Ostnetzes machte erfreuliche Fortschritte.

Auf dem Gebiet der Seeschiffahrt zeigte sich besonders hervorgerufen durch die Verluste im Afrikaverkehr erheblicher Tonnagemangel. Wenn auch durch Aufkäufe bezw. Beschlagnahme in Frankreich, Spanien und anderen Ländern grössere Tonnagemengen neu gewonnen werden konnten, so blieb der Tonnagemangel dauernd bestehen. Der Führer entschloß sich daher, einen Reichskommissar für die Seeschiffahrt in Gestalt des Reichsstatthalters K a u f m a nn einzusetzen und diesem die gesamte Leitung des Wiederauf-

A 035520

H2296-0535

baues des Handelsschiffsraumes zu übertragen. Die Befehle und Weisungen für die Zusammenarbeit zwischen dem Reichskommissar und dem RMi. f.B.u. Mun. sind aus den Anlagen XXII,52 und XXII,53 ersichtlich.

/ /

Das Wi Amt blieb besonders bestrebt, die Küstenschiffahrt im Schwarzen Meer zu fördern, um den Güterabtransport aus der Ukraine zu erhöhen.

A 085521

H2296-0536

R o h s t o f f w i r t s c h a f t.

Das Jahre 1942 brachte auf dem Rohstoffgebiet insofern einen erheblichen Fortschritt als sich die vom Wi Rü Amt seit Jahren vertretene Auffassung durchsetzte, daß zur Erhöhung der Rüstungsleistungen zunächst eine Mehrproduktion auf den Rohstoffgebieten notwendig ist, in Sonderheit Mehrförderung von Kohle und eine Mehrproduktion von Eisen und Stahl. Reichsminister S p e e r erkannte, daß neben der schlechten Transportlage die zu geringen Kohlenförderungen und die ungenügende Stahlproduktion ein Hemmnis für eine Leistungssteigerung auf dem Rüstungsgebiet ausmachten. Er erkannte aber auch, daß auch der Kohlenmangel in der Rüstungsindustrie und die geringe Eisenproduktion neben dem Mangel an Arbeitskräften auf der schlechten Transportlage basierten. Er sah daher als dringendste Maßnahme die Entspannung auf dem Transportgebiet an, als nächste sodann die Maßnahmen, die der erhöhten Kohlenförderung und der erhöhten Eisenproduktion dienten. Weiterhin erkannte er, daß in Sonderheit in der Bewirtschaftung des Eisens und der Metalle erhebliche Mängel bestanden, die bisher nicht vom RWiM abgestellt werden konnten und daß bei der Verteilung der Rohstoffe auch die Rüstung bisher nicht den unbedingten Vorrang gehabt hatte, wie es bei den umfangreichen Wehrmachtsaufgaben erforderlich war.

Die Kohlenlage hatte sich im Winter in der Hauptsache durch die schlechte Transportlage so schlecht gestaltet, daß

A 085522

H2296-0537

zeitweise selbst wichtige Rüstungsbetriebe stillgelegt werden mußten. Auch in den Frühjahrsmonaten trat keine durchschlagende Besserung ein, sodaß man für den Herbst 1942 mit den schlimmsten Befürchtungen rechnen mußte. Sowohl im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien entstanden erhebliche Haldenbestände und brannten, während die Wirtschaft zeitweise solchen Mangel an Kohle hatte, daß selbst die für Italien unbedingt zugesagten Kohlenlieferungen tageweise eingestellt und für die deutsche Wirtschaft verwandt werden mußten. Die durchgreifenden Maßnahmen des neuen Staatssekretärs Dr. G a n z e n m ü l l e r auf dem Transportgebiet führten dann erfreulicherweise im Juni sehr schnell zu einer Änderung der Lage, da von der Reichsbahn die notwendigen Kohlenzüge gestellt und über den augenblicklichen Bedarf hin Kohlen abgeliefert werden konnten. Außerdem wurden Maßnahmen getroffen auf möglichst umfangreiche Verlagerung von Kohlentransporten auf den Wasserweg. Auch die Kohlenförderung wurde durch verstärkten Einsatz von Ar - beitskräften, in der Hauptsache Gefangenen, erhöht. Es gelang Generaldirektor P l e i g e r durch Heranführung von Arbeitskräften, Rationalisierung in den Kohlenbetrieben und durch Bereitstellung von verbesserter Verpflegung für die Kohlenarbeiter eine erfreuliche Erhöhung der Förderung zu erreichen, die allerdings noch nicht genügte für die erhöhten Bedürfnisse der Stahlproduktion und für die Deckung des Bedarfs auf dem chemischen Sektor. Dazu kam, daß durch die gemeinsame Arbeit des Generaldirektor P l e i - g e r und der wehrwirtschaftlichen Dienststellen im Donezgebiet auch die Kohlenförderung verhältnismäßig

A 085523

H2296-0538

schnell anlief und eine erhebliche Entlastung für den deutschen Kohlenbergbau darstellte. Durch einen besonderen Führerbefehl (s. Anl. XXII, 54) wurden diese Maßnahmen noch besonders gefördert.

Bei der Kohlenverteilung war der Grundsatz des Generaldirektor P l e i g e r zunächst den Transport- und Energiebedarf voll zu decken und die dringendste Hausbrandkohle bereitzustellen. Hierdurch wurde die Kohlenbevorratung der Rüstungsindustrie für den Winter in Mitleidenschaft gezogen. Es bedurfte daher einer engen Zusammenarbeit zwischen der Reichsvereinigung Kohle und dem Rü-Amt, um auch den Rüstungsbedarf voll zu befriedigen, was dank des steten Entgegenkommens des Generaldirektor P l e i g e r auch voll gelang. Ein besonderes Sorgenkind blieb allerdings die Belieferung der befreundeten und neutralen Staaten mit den durch Handelsverträge festgelegten Kohlenmengen, weil der erhöhte deutsche Bedarf nicht eine ausreichende Erfüllung der Auslandswünsche gestattete; das Ausbleiben von Lieferungen machte sich besonders in den Verhandlungen mit Italien und Ungarn bemerkbar, weil die fehlenden Kohlenmengen von diesen Staaten immer als Grund für eine mangelnde Rüstungsproduktion vorgebracht wurden.

Auf dem Eisen- und Stahlgebiet lagen in den Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums bisher ebenfalls drei schwerwiegende Mängel:

1.) die geringe Produktion

2.) die nicht genügende Berücksichtigung der Rüstungsbetriebe bei der Verteilung

A 035524

H2296-0539

3.) das Kontingentierungsverfahren.

In der schon auf den Rüstungsgebieten durchgeführten Linie der Einschaltung der Selbstverantwortung der Industrie wurde auch auf dem Eisen- und Stahlgebiet das RWiM aus den Maßnahmen für die Produktionserhöhung ausgeschaltet und die Leitung dieser Maßnahmen der neu gebildeten Reichsvereinigung Eisen übertragen. An die Spitze dieser Reichsvereinigung Eisen traten Geheimrat R ö c h l i n g, Generaldirektor R o l a n d und Herr K r u p p v. B o h l e n jr. Die Rohstohlproduktion hatte Ende 1941 rund 2,7 Mill. to betragen und war bis Mai 1942 auf 2,55 Mill. abgesunken, d.h. 2,2 Mio t Walz- und Gußgewicht. Die Reichsvereinigung Eisen sah auf Grund der ihr vom Führer gegebenen Weisung eine Erzeugungssteigerung vor um 295 000 t, die bis Ende August erreicht und um weitere 230 000 t, die bis Jahresende durchgeführt werden sollten. Die näheren Ausführungen über die zu treffenden Maßnahmen siehe Niederschrift über die Sitzung der Zentralen Planung v. 15.7.1942 (Anl.XXII,55).

Aber auch die von der Reichsvereinigung in Aussicht gestellte Erzeugungssteigerung an Stahl trat nur in geringem Umfang ein, und zwar nur durch Heranziehung aller vorhandenen Schrottbestände. Im Dezember erreichte die Produktion 2,35 t gegen 2,2 t Walz- und Gußgewicht im Sommer. Man war sich klar darüber, dass Anfang 1943 wieder ein Rückgang in der Produktion zu erwarten sei, nahm dies aber in Kauf, da die Erzeugung vom IV! Quartal 1942

A C85525

H2296-0540

die Grundlage bilden sollte für die Rüstungssteigerung im Frühjahr 1943. Erst im späteren Laufe des Jahres 1943 ist es dann gelungen, die von der Reichsvereinigung Eisen in Aussicht gestellte Steigerung teilweise zur Durchführung zu bringen.

Die Verteilung der Rohstoffe wurde nunmehr von der Zentralen Planung vorgenommen, wobei Minister S p e e r Wert darauf legte, die Zuteilungen für die eigentliche Rüstung zu erhöhen zu Lasten der Kontingente für Ausfuhr und nicht besonders kriegswichtiger Aufgaben. Es ergab sich dabei allerdings, dass grössere Erhöhungen der Kontingente für die W.T. nicht freigemacht werden konnten, sondern dass die freiwerdenden Eisenmengen in erster Linie für Zwecke der Reichsbahn und der mittelbaren Rüstung, wie Rohstoffbetriebe, Energieausweitung und für ähnliche Aufgaben vorgesehen werden mussten. Während das Wehrmachtskontingent i.J. 1941 in der Gesamtheit bei rd. 1 100 000 t gelegen hatte, betrug es im I.Quartal 1942 = 1 115 000 t, im II./42 = 1 073 000 to, im III./42 = 2 994 000 t.

Das Kontingentierungsverfahren wurde im Laufe des Sommers 1942 umgestellt. Das bisherige Kontrollnummernverfahren hatte sich in erster Linie dadurch totgelaufen, dass das R.Wi.Min. laufend mehr Kontrollnummmern ausgab, als Eisen für die Bearbeitung zur Verfügung stand. Ausserdem waren die Kontrollnummern zeit-

A 085526

H2296-0541

gebunden und verfielen nach Quartalsablauf. Hierdurch waren die schon in früheren Jahren erwähnten grossen Auftragsbestände bei der eisenverarbeitenden Industrie entstanden, die den glatten Durchlauf des Eisens stark hinderten. Da alle Versuche zur Abstellung dieses Übels gescheitert waren, blieb nichts anderes übrig, als das Kontrollnummernsystem abzuschaffen und durch ein neues System zu ersetzen. Hierbei musste aber als wichtigste Maßnahme der Entschluss zur " Ehrlichkeit " gefasst werden, d.h. der Entschluss, nur so viel Eisen an die Kontingentsträger zu verteilen, als wirklich in jedem Quartal zur Verfügung stand. Das Kontrollnummernsystem wurde durch ein Schecksystem ersetzt. Hierzu wurde beim R.Mi.f.B.u.Mun. ein Rüstungskonto eingerichtet, das neben der Verwaltung der Rohstoffkontingente auch noch andere Aufgaben im Rahmen der Rüstung zu erfüllen hatte.

Beim Rüstungskontor wurde eine Eisenverrechnungsstelle errichtet, bei der die Kontingentsträger und Unterkontingentsstellen ein Konto erhielten, die berechtigt waren, Eisen zu verteilen. Das R.Wi.Min. überwies nach der von der Zentralen Planung festgesetzten Kontingentsliste die entsprechenden Eisenmengen auf die Konten der Kontingentsträger, die die Weiterverteilung auf die Unterkontingentsstellen vornahmen. Die Eisenkontingente wurden nur für je 1 Quartal zugeteilt. Sie behielten unbeschränkt Gültigkeit, waren also nicht an

+ 035527

H2296-0542

das Zuteilungsquartal gebunden. Anstelle der bisherigen Kontrollnummern und Kontrollmarken trat ab IV.Quartal 1942

1) der Eisenschein für die Überweisungen vom Kontingentsträger an den Erstauftragsnehmer,

2) der Eisenübertragungsschein für die Überweisung vom Hauptauftragnehmer an Unterlieferanten,

3) Eisenmarken für die Überweisung kleinerer Eisenmengen.

Der Eisenschein bestand aus 2 Teilen: dem eigentlichen Eisenschein und der sogenannten "Vormerkung". Bei der Erteilung eines Auftrages musste der gesamte Eisenbedarf des Auftrages durch Eisenschein und Vormerkung gedeckt sein, d.h. derjenige Eisenbetrag, der nicht durch sofortige Eisenzuteilung gedeckt wurde, wurde als Vormerkung auf dem Konto bei der Eisenverrechnungsstelle eingetragen.

Die besonderen Schwierigkeiten lagen in der Einpassung dieses neuen Verfahrens in den Ablauf der Rüstung und vor allem in der glatten Überführung der mit alten Kontrollnummern laufenden Aufträge in den Rüstungsablauf. Da ab IV. Quartal 1942 keine Überziehungen an Kontingenten vorgenommen werden durften, auf der anderen Seite aber die Programme der W.T. noch einen erheblichen Bedarf hatten, konnten für dieses Quartal nur die dringlichsten Programme rohstoffmäßig

A 035528

H2296-0543

voll erfüllt werden, während die weniger dringlichen zurückgestellt werden mussten. Eine gewisse Erleichterung trat für die Kontingentsträger dadurch ein, dass es fast auf allen Gebieten gelang, die Einsatzgewichte erheblich zu verringern und dadurch die Bedarfszahlen der Kontingentsträger zu ermässigen.

Mit diesem neuen Verfahren der Rohstoffzuteilung kam es, wenn auch allmählich, dazu, dass die Programme der W.T. mehr und mehr der Rohstofflage angepaßt wurden und die früheren Idealprogramme sich immer mehr der vorhandenen Wirklichkeit näherten. Auch hiermit wurde ein Weg beschritten, um den seit Jahren das Wi Rü Amt gekämpft hatte. Es ist besonders interessant, dass diese Maßnahmen nun von denjenigen getroffen wurden, die früher die Begrenzung der Programme durch die Rohstoffkontingente bekämpft hatten.

Auf dem Gebiet der NE-Metalle wurden zur Besserung der Mangellage zwei Wege beschritten: einmal eine erheblich stärkere Mobilisation der Altbestände, zum anderen eine stärkere Einschaltung der Wirtschaft bei den Maßnahmen zur Einsparung von NE-Metallen in der Fertigung.

Die Kupferlage wurde in Sonderheit durch Abbau alter Kabel, Fernsprech- und Lichtleitungen gebessert, wozu die W.T. Abbaukommandos zur Verfügung stellten, die erhebliches Altmetall einbrachten. Im übri-

A 885529

H2296-0544

gen wurde die Verteilung der Mangelmetalle auf die Programme konzentriert, die wirklich kriegsentscheidend waren und ohne dieses Metall nicht auskommen konnten. Auch wurden die Produktionsstätten in den besetzten Gebieten für Kupfer, in Sonderheit das Werk Bor in Serbien erweitert und die dortige Produktion erhöht. Die Metallbewirtschaftung wurde ebenfalls vereinfacht und durch Einrichtung einer Metallverrechnungsstelle ähnlich gestaltet wie die Eisenbewirtschaftung.

Eine besondere Sorge der Zentralen Planung war das geringe Ansteigen der Aluminium-Produktion, weil die Bauvorhaben der N o r d a g in Norwegen hinter den Planungen weit zurückgeblieben waren. Erst jetzt wurde erkannt, dass die Planungen der N o r d a g in Norwegen unter den obwaltenden Verhältnissen eine völlige Utopie waren, ein Standpunkt, den das Wi Rü Amt vom ersten Tage an vertreten hatte. Die Zentrale Planung entschloss sich daher am 30.6. sämtliche Bauvorhaben der Nordag in Norwegen stillzulegen mit Ausnahme des Magnesium- und Tonerde-Ausbaues in Heroen. Damit wurde eines der grossen Programme stillschweigend erledigt, die s.Zt. mit grossem Aufwand dem Reichsmarschall und dem Führer vorgetragen worden waren und die eine völlige Selbsttäuschung bedeuteten. Auch als dieses Programm in seiner Entstehung vom Wi Rü Amt bekämpft wurde, hielt man die Ansicht des Wi Rü Amtes für zu pessimistisch.

A 085530

H2296-0545

Die Zeit und das Ergebnis haben auch hier der sachlichen Bearbeitung durch das Wi Rü Amt rechtgegeben.

Die Energieversorgung hatte bereits im Winter 1941/42 grosse Lücken gezeigt und wurde im Jahre 1942 durch die steigenden Forderungen einerseits und durch den ersten sich anzeigenden Ausfall durch Luftangriffe andererseits immer schwieriger. Der Mangel an Kraftwerkleistung betrug im Mai bereits 1,2 Mill. Kw = 10 % des Leistungsbedarfs. Da ein Teil der Mangelleistungen auf Kohlenmangel beruhte, wurde zunächst eine Besserung der Kohlenzufuhr vorgesehen, die aber keinesfalls in den kommenden Wintermonaten die fehlenden Leistungen ausgleichen konnte. Es wurde daher, um nicht zu Zwangsmaßnahmen schreiten zu müssen, eine Propagandaaktion zur Ersparnis von Licht und Gas eingeleitet und Sparingenieure für Kohle und Energie in den Betrieben eingerichtet. Ausserdem wurde zur Senkung der Leistungsspitzen eine Staffelung der Schichten und der Ruhepausen durchgeführt und sonstige Maßnahmen zur Nivellierung der Energiebelastung getroffen.

Ähnlich lagen die Verhältnisse bei dem Gasbedarf, der vor allem durch die neuen Buna-, Hydrier- und Treibstoffwerke hervorgerufen wurde. Auch hier wurde erhöhte Kohlenzufuhr zugesichert und eine Begrenzung im Haushalt und Kleingewerbe angeordnet.

AC85531

H2296-0546

A. Organisation.

Das Jahr 1943 ist gekennzeichnet durch den völligen Übergang aller Rüstungsaufgaben auf den R.Mi. f.B.u.Mun. und durch die Auflösung des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes. Wie im Vorjahr bereits dargelegt, war eine Trennung des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes in ein Wehrwirtschafts- und in ein Rüstungsamt bereits im Jahre 1942 erfolgt und Ende des Jahres war die Führung des Rüstungsamtes von General der Inf. T h o m a s an Generalleutnant W a e g e r übergeben worden. Da Gen.Lt. W a e g e r mit der im Jahre 1942 erfolgten Aufgabentrennung zwischen Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt nicht einverstanden war, und der R.Mi. f.B.u.Mun. weitere Aufgaben, die bisher noch vom Wehrwirtschaftsamt erledigt wurden, für sich forderte, schlug Gen. T h o m a s dem Chef OKW vor, nunmehr eine endgültige und vollkommene Trennung der Aufgabengebiete vorzunehmen und die Durchführung der Verhandlungen mit Gen.Lt. W a e g e r dem Chef des Stabes des Wehrwirtschaftsamtes, Gen.Major H ü n e r m a n n , zu übertragen. Um zu vermeiden, daß der ehemalige Chef des Rüstungsamtes seine eigene aufgebaute Organisation zerschlug und um jede weitere Differenz mit dem Reichsm. f.B. u. Mun. zu verhindern, erklärte sich Gen.Feldmarschall K e i t e l mit diesem

H2296-0547

Vorschlag einverstanden.

Die Forderung des R.Mi.f.B.u.Mun. auf Übernahme weiterer Arbeitsgebiete des Wehrwirtschaftsamtes ging in erster Linie auf folgende Gebiete:

Werkschutz, Werkluftschutz und militärischer Schutz der Gebiete,

Bewertung der W-Betriebe für den aktiven Luftschutz,

Schutz der gesamten kriegswirtschaftlichen Betriebe gegen Einberufungen,

Beschaffung von handelsüblichem Gerät für die Truppe,

Übernahme der gesamten Planungsgruppe,

Rüstungsauftragsverlagerung nach dem neutralen Auslande,

Übernahme der Rohstoffbewirtschaftung.

Die langwierigen Verhandlungen führten zu starken gegensätzlichen Auffassungen. Da aber der Chef OKW durch diese Verhandlungen nicht belastet werden wollte und der Führer eine Übergabe aller vom R.Mi. f.B. u.Mun. geforderten Gebiete guthiess, wurden die vorstehenden Arbeitsgebiete im Laufe der ersten Monate des Jahres 1943 an den R.Mi.f.B.u.Mun. abgetreten.

Da dadurch das Wehrwirtschaftsamt in seinem Arbeitsumfang erheblich geschwächt war, bat Gen.d.Inf. T h o m a s den Chef OKW, ihn von der Stellung des

A085534

H2296-0548

XXIII.

Das K r i e g s j a h r 1943.

A 885532

H2296-0549

Chefs des Wehrwirtschaftsamtes zu entbinden und das Wehrwirtschaftsamt wieder in einen Wehrwirtschaftsstab umzuwandeln. Feldmarschall K e i t e l erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und ordnete die Umwandlung des Amtes am 28.Februar mit Befehl OKW Nr.860 /43 W Z I an. Der Wehrwirtschaftsstab gliederte sich nunmehr in eine Stabsabteilung, in die Gruppe Wehrwirtschaft Inland und besetzte Gebiete und in die Gruppe Wehrwirtschaft Ausland. Zum Chef des Wehrwirtschaftsstabes wurde Gen.Major d.Lw. B e c k e r ernannt, zum Chef Wehrwirtschaft Inland Gen. Major B e c h t , zum Chef Wehrwirtschaft Ausland Oberst i.G. B e u t l e r.

Gen.d.Inf. T h o m a s trat als Amtschef zbV. zum Stab des Chefs OKW und übernahm die Vertretung des Chefs OKW in allen wehrwirtschaftlichen Aufgaben. Näheres siehe Anlage XXIII,1. Oberstleutnant D o e h n e r, bisher Adjutant des Wi Rü Amtes, trat als Adjutant zu General T h o m a s.

Durch die vorgenannte Verfügung ging die Verantwortung für die Tätigkeit des Wehrwirtschaftsstabes und seiner Aussenorganisation auf Gen.Major B e c k e r über.

Der dienstälteste General d.Inf. S t a p f , Chef des Wi Stab Ost, trat unmittelbar unter den Befehl des Chefs OKW.

Da die Rüstungsinspekteure auf Grund der Vereinbarungen mit dem R.Mi.f.B.u.Mun. S p e e r keine wirt-

H2296-0550

schaftlichenAufgaben für das OKW erledigen durften, und da andererseits das wehrwirtschaftliche Aufgabengebiet im Bereich der Wehrkreiskommandos nicht so gross war, dass ein besonderer Wehrwirtschaftsinspekteur eingesetzt werden konnte, wurden bei den Wehrkreiskommandos Wehrwirtschaftsoffiziere geschaffen mit der Dienstbezeichnung "Der Wehrwirtschaftsoffizier des Wehrkreiskommandos X". Dieser Wehrwirtschaftsoffizier hatte folgende Aufgaben:

a) Sachbearbeiter und Sachberater des Wehrkreiskommandos für alle territorial zu bearbeitenden wehrwirtschaftlichen Angelegenheiten.

b) Beauftragter des OKW/Wi Amt für den Bereich des Wehrkreises für alle nach den Weisungen des OKW/Wi Amt zu bearbeitenden wehrwirtschaftlichen Angelegenheiten.

Gleiche Stellen wurden im Protektorat Böhmen-Mähren und im Generalgouvernement geschaffen.

Daneben wurden bei den Rü In im Reich, im Protektorat und im Gen.Gouvernement eine Dienststelle "Wirtschaftsoffizier bei der Rü In X" eingerichtet. Dieser Wehrwirtschaftsoffizier wurde den zuständigen Wehrwirtschaftsoffizieren des Wehrkreiskommandos unterstellt und erhielt seine Aufgaben vom OKW/Wi Amt. Sie umfassten alle Fragen der allgemeinen Wehrwirtschaft und des Industrieschutzes. Er hatte dabei in enger Verbindung

A085536

H2296-0551

mit den betreffenden Rü In zu arbeiten.

Nach der Bildung der Rü In XI b in Magdeburg und der Rü In VIII b in Kattowitz wurden auch dort Wehrwirtschaftsoffiziere eingerichtet.

Der bisherige Wehrwirtschaftsstab Dänemark wurde mit dem 1.2. in den Rü Stab Dänemark umgewandelt und dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition unterstellt. Bei dem RüStab wurde eine Abteilung "Wehrwirtschaft" eingerichtet zur Bearbeitung aller wehrwirtschaftlichen Aufgaben nach den Weisungen des OKW.

Die "Deutsche Industrie-Kommission in Bern" schied am 30.1.43 aus dem Befehlsbereich des OKW aus und wurde dem R.Mi.f.B.u.Mun. unterstellt. Über ihre Tätigkeit in der Bekämpfung der englisch-amerikanischen Störungsmanöver bei der Auftragsverlagerung in die Schweiz siehe Abschnitt "Wehrwirtschaft".

Die Wi In Don-Donez wurde am 20.2.43 in Wi In Süd umgewandelt.

Der Rückzug im Osten machte eine grössere Zahl von Wehrwirtschaftsdienststellen frei, so dass diese aufgelöst werden oder anderweitige Verwendung finden konnten. Zum Teil wurden die Wi Kdos. von den Armeewirtschaftsführern eingesetzt zur Heranschaffung der für die Befestigungsarbeiten notwendigen Rohstoffe, zum anderen Teil fanden sie Verwendung zur Leitung des Abtransportes von Material, Nahrungsmitteln und Menschen aus den zu räumenden Gebieten. Gerade auf dem letzteren Gebiet haben

A 035537

H2296-0552

sich die Wi Kdos hervorragende Verdienste erworben und viel dazu beigetragen, dass trotz der teilweise sehr schnellen Räumung noch erhebliche Materialien gerettet werden konnten. Der Einsatz bezw. Auflösung dieser freiwerdenden Wehrwirtschaftsdienststellen erfolgte nach Weisung des Wi Stab Ost, aus dessen Sonderbericht das Nähere ersichtlich ist. Die Durchführung der Auflösung erfolgte bei den zuständigen Wehrwirtschafts-Ersatzeinheiten.

Die Mineralölbrigade K a u k a s u s, die nach Weisung der Obersten Führung erst mit der fechtenden Truppe die Mineralölgebiete verlassen sollte, verlor auf ihrem Rückzug die Masse des Materials und kam stark dezimiert bis in die Gegend westlich Rostow zurück, von wo sie nach Deutschland zurückgezogen wurde. Sie wurde aufgelöst und z.T. in den deutschen Mineralölgebieten zum Einsatz gebracht, zum anderen Teil wurde aus ihr ein Mineralölkommando Estland gebildet zum Ausbau der Schieferölgewinnung in Estland. Näheres siehe Anl.XXIII,2 bis XXIII,3.

Eine ungelöste Frage bei der Trennung des Wi Rü Amtes war noch das Verbleiben der Amtsgruppe Vertrags- und Preisprüfung geblieben. Ende Februar stellte Prof. Dr. H e t t l a g e im Auftrage für den R.Mi.f.B.u. Mun. den Antrag, dass auch diese Amtsgruppe nunmehr auf den R.Mi.f.B.u.Mun. überzugehen habe. Da die Preisprüfung in engster Verbindung mit der Leitung der Gesamtrüstung stand, schlug General T h o m a s dem

AC85538

H2296-0553

Chef OKW vor, die Amtsgruppe an das Rüstungsministerium abzutreten, aber zu fordern, dass sie als solche geschlossen weitergeführt wird und nicht auf die W.T. aufgeteilt wird, wie es zunächst Wunsch von Prof. Dr. H e t t l a g e war. Die Amtsgruppe wurde am 1.5.1943 an den R.Mi.f.B.u.Mun. übergeben - Befehl hierzu siehe Anlage XXIII,4. Der Leiter der Amtsgruppe, Min.Direktor Z i e h m , trat mit diesem Tage von der Führung der Amtsgruppe zurück. Er wurde beauftragt, einen Bericht über die Grundsätze der Preisprüfung, wie sie im Frieden und im Kriege vom OKW vertreten und durchgeführt wurden, aufzustellen. Die Denkschrift liegt als Sonderarbeit dieser Bearbeitung bei.

Als für die Rüstung besonders wichtiges Arbeitsgebiet hat sich der Wehrwirtschaftsstab der Organisation des maschinellen Berichtswesens angenommen und mit dem damit beauftragten Oberstlt. P a s s o w hierfür die notwendigen Grundlagen geschaffen. Der als Anlage XXIII,5 beigefügte Befehl des R.Mi.f.B.u.Mun. und des Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben des Vierjahresplanes vom 7.April 1943 gibt im Grossen das wieder, was durch das Wi Rü Amt auf diesem Gebiete geschaffen worden war und nunmehr in die Hände des Staatsrates S c h m e e r übergeleitet wurde. Die grosse Bedeutung der Organisation des Berichtswesens war in der Wehrmacht seit langem erkannt und wurde mit den W.T. und der Wehrwirtschaftsorganisation planmässig

A 085539

H2296-0554

aufgebaut, bis auch die Überleitung dieses Gebietes
auf den R.Mi. f.B.u.Mun. erfolgte.

A 385540

H2296-0555

B. W e h r w i r t s c h a f t.

Die wehrwirtschaftlichen Arbeiten des Wi Amtes lagen in der Zeit, in der General T h o m a s noch das Amt führte, in der Hauptsache auf folgenden Gebieten:

a) in der organisatorischen Leitung der wehrwirtschaftlichen Maßnahmen der besetzten Ost- und Südostgebiete,

b) in der wehrwirtschaftlichen Ausnutzung der besetzten Westgebiete und Norwegens,

c) in der Steuerung der Tätigkeit der wehrwirtschaftlichen Dienststellen in dem von deutschen Truppen besetzten Teilen Afrikas,

d) in der Leitung der umfangreichen Verhandlungen mit den befreundeten neutralen Staaten über wehrwirtschaftliche Ausnützung dieser Staaten und über Waffenkäufe,

e) in der tatkräftigen Mitarbeit bei der Sicherung der deutschen Treibstoff- und Gummilage.

Zu a)

Mit der Eroberung des Ölgebietes von Maikop und der Vorberge des Kaukasus und der Besetzung von Stalingrad haben die Neuaufstellungen an Wehrwirtschaftsdienststellen für die neubesetzten Gebiete ein Ende genommen und es kam darauf an, die vorhandenen Dienststellen zu möglichst tatkräftiger und erfolgbringender Arbeit anzuleiten. Wie

H2296-0556

bereits im Vorjahre angeführt, erhielten die wehrwirtschaftlichen Dienststellen ihre fachwirtschaftlichen Weisungen von den deutschen Heimatministerien über den Wi Stab Ost, sodaß es für das Wi Amt nur darauf ankam, das Zusammenwirken aller Stellen sicherzustellen. Die Durchführung lag in den Händen des Wi Stab Ost, der in seinem Sonderbericht über die getroffenen Maßnahmen und über die Erfolgstätigkeit eingehende Ausführungen macht. Mit Beginn des Rückzuges in Rußland traten für die Wehrwirtschaftsdienststellen sehr schwierige Verhältnisse ein, weil die Weisungen für die Durchführung der Räumungsvorbereitungen aus erklärlichen militärischen Gründen immer erst sehr spät gegeben wurden und dann das Transportsystem nicht in der Lage war, den erforderlichen Transportraum bereitzustellen. Die Vorbereitungen an sich waren von den wehrwirtschaftlichen Dienststellen rechtzeitig nach einem mobilmachungsmäßigen Plan getroffen worden. Die Wehrwirtschaftsinspekteure in ihrer Eigenschaft als Heeresgruppenwirtschaftsführer haben sich in jeder Weise bemüht, engste Verbindung mit den H.Gr. zu halten, um rechtzeitig Räumungs- und Zerstörungsmaßnahmen vorbereiten zu können. Leider erfolgten aber auch die Weisungen an die H.Gr. meist so spät, daß eine wirkliche planmäßige Räumung, die bei den Transportverhältnissen erhebliche Zeit beanspruchte, nicht durchgeführt werden konnte. Die Maßnahmen mußten infolgedessen an vielen Stellen stark improvisiert werden und erforderten den höchsten Einsatz der Wehrwirtschaftsdienststellen.

A 035542

H2296-0557

Neben diesen Räumungsmaßnahmen gingen auf der anderen Seite die Aufbaumaßnahmen für Wiederinbetriebsetzung des Maikoper Ölgebietes weiter. Gerade in dem Augenblick als auch die militärische Räumung des Gebietes von Maikop befohlen wurde, war der Aufbau so weit vorgeschritten, daß die ersten größeren Bohrungen liefen. Da man während der Zeit der Stalingradkämpfe immer noch hoffte, das Ölgebiet von Maikop noch halten zu können, war es für den wirtschaftlichen Führungsstab Ost sehr schwer zu bestimmen, wie lange die umfangreichen Transporte für den Wiederaufbau des Ölgebietes weiter nach dem Maikop Gebiet laufen sollten bezw. wann die Transporte abgestoppt und auf die anderen Erdölgebiete Rumäniens, Wien und Ungarn abgedreht werden sollten.

Um die Mineralölbrigade Kaukasus unter allen Umständen in den Besitz des genügenden Materials zu bringen, war das vorgeschobene Vorratslager Armavir eingerichtet worden, das bei dem großen raummäßigen Umfang des Gerätes und dem Mangel an Transportmitteln bei dem Rückzug leider nicht zurückgeführt werden konnte, sondern gesprengt werden mußte. Ebenso wurden beim Rückzug die wieder in Gang gebrachten Bohrun en wieder unbrauchbar gemacht.

Genau so, wie es bei dem Vormarsch sehr schwierig war, die wehrwirtschaftlichen Belange auf dem Transportgebiet durchzusetzen und den notwendigen Transportraum zu erhalten, bedurfte es bei dem Rückzug aus Rußland

A 085543

H2296-0558

größter Energie und Arbeit der Wehrwirtschaftsdienststellen, um sich den dringendsten Transportraum für den Abtransport der wichtigsten Maschinen und Vorräte sicherzustellen. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß nur durch das Vorhandensein der eingearbeiteten Wehrwirtschaftsorganisation und ihrer Verteilung über das ganze russische Gebiet es geglückt ist, die Räumung an Menschen und Wirtschaftsgütern noch so erfolgreich durchzuführen, wie es der Fall gewesen ist.

Dank der engen Verbindung der wehrwirtschaftlichen Dienststellen mit den militärischen Dienststellen einerseits und mit der gesamten Bevölkerung des Landes andererseits, war es nur möglich, das gute Zusammenwirken aller Stellen und der Bevölkerung sicherzustellen und die Räumung in der befohlenen Form durchzuführen. Die wehrwirtschaftlichen Dienststellen haben sich auch in dieser Lage hervorragend bewährt und überall die Anerkennung der H.Gr. und Armeen gefunden.

Besondere Schwierigkeiten lagen in der Räumung des Donez- Gebietes, bei der sich der Inspekteur der Wi In Süd, General N a g e l wiederum voll bewährt hat und nach den Weisungen des Chefs Wi Stab Ost, General S t a p f, und den Generaldirektor P l e i g e r herausgeholt hat, was bei der Schnelligkeit der Räumung und bei den mangelnden Transportmöglichkeiten überhaupt möglich war.

A 385544

H2296-0559

Besondere Schwierigkeiten lagen auch auf dem Gebiete der Holzversorgung, die dem General von M a j e w s k i übertragen war. Das starke Auftreten der Banden in den großen Waldungen und der völlige Mangel an genügenden Transportmöglichkeiten führten dazu, daß die Holzbelieferung bei weitem nicht so durchgeführt werden konnte, wie es die Planung vorsah. Durch Bereitstellung von Fahrzeugen und Treibstoffen und sonstigen Maßnahmen war das Wehrwirtschaftsamt dauernd bemüht, die Lage zu bessern. Bei dem dauernden Ausweiten der Bandenüberfälle und dam Mangel an Truppen im rückwärtigen Gebiet blieben die Anstrengungen aber leider ohne großen Erfolg.

Alles Nähere über die getroffenen Maßnahmen ergibt die Sonderbearbeitung des Wi Stab Ost.

Zu b)

Im Westen und in Norwegen traten neben der verstärkten Auftragsverlagerung durch den Rm. f.B.u.M. die starken Anforderungen der Truppe für den Ausbau der Küstenbefestigungen und für die Aufstellung neuer Verbände, stark in den Vordergrund. Die wehrwirtschaftlichen Dienststellen sahen daher in erster Linie ihre Aufgabe darin, die Truppenwünsche zu erfüllen und ihnen das notwendige Material zur Verfügung zu stellen. Dank des guten Zusammenarbeitens mit den Rü-Dienststellen und der großen Kenntnis des Landes konnten die wehrwirtschaftlichen Dienststellen den Armeen auf diesem Gebiete große Dienste leisten. Auch die Organisation T o d t, die Reichsbahn

AC85545

H2296-0560

und sonstige Behörden haben durch die Mitarbeit der wehrwirtschaftlichen Dienststellen erhebliche Vorteile gehabt. Alles Nähere ergibt die Sonderbearbeitung des Generals B a r c k h a u s e n über die Tätigkeit des Wehrwirtschaftsstabes Frankreich.

In Norwegen kam leider auch der neu ernannte Inspekteur B a u r d e B e t a z nicht zu einer engen Zusammenarbeit mit der Dienststelle des Reichskommissars. Die Rohstoffbetriebe Norwegens waren seit Beginn der Besetzung von den militärischen Dienststellen betreut worden und hatten durch diese Betreuung erhebliche Vorteile und zunächst überhaupt die Möglichkeit ordnungsmäßig zu arbeiten. Da für diese Betreuung fast überall wirtschaftliche Fachkräfte eingesetzt worden waren, legten die Betriebe besonderen Wert darauf, daß diese Betreuung weiter durch die Wehrwirtschaftsdienststellen erfolgte. Da der Reichskommissar aber eine Ausschaltung der militärischen Dienststellen aus der Wirtschaft forderte, und die Zweckmäßigkeit der Betreuung durch die militärischen Dienststellen nicht einsah, wurde die Betreuung der Rohstoff - betriebe auf Wunsch des Rm. f.B.u.M. an den Reichskommissar abgetreten und die Tätigkeit der wehrwirtschaftlichen Dienststellen wurde auf die Aufgaben beschränkt , die durch den Truppenbedarf bezw. durch den militärischen Ausbau der Küstenbefestigungen und der Flugplätze entstanden.

Zu c)

Die Landung der alliierten Truppen in Afrika hatte

H2296-0561

zu der Motwendi keit gefährt, starke deutsche Verbände nach Afrika zu werfen und Tunis zu besetzen. Da das tunesische Gebiet sehr bald Kampfgebiet wurde und sich hier die deutschen, italienischen, französischen und tunesischen Interessen stark überschnitten und große Wirtschaftsgüter in Gefahr waren, verloren zu gehen, mußte mit starker Hand eingegriffen werden, um einmal der Truppe die notwendigen Belange zu sichern und andererseits die großen Wirtschaftsgüter für die allgemeine Kriegsversorgung sicherzustellen. Dieses war unter den gegebenen Verhältnissen nur einer militärischen Stelle möglich. Infolgedessen wurde im Einvernehmen mit der militärischen Führung und dem Vierjahresplan ein Wirtschaftsstab Tunis geschaffen und dieser dem bei der italienischen Armee in Rußland bereits hochbewährten AWiFü Oberstleutnant A s c h o f f unterstellt. Oberstleutnant A s c h o f f wurde bei der Durchführung dieses Auftrages vor die schwierigsten Fragen gestellt und hat seinen Auftrag durch seine Energie, seine Klugheit und seine geschickte Verhandlungsweise hervorragend erfüllt. Es gelang ihm in kürzester Zeit, sowohl das volle Vertrauen der H.Gr. und das Vertrauen der tunesischen Landesregierung zu erwerben, sowie eine enge Zusammenarbeit mit dem vom Auswärtigen Amt entsandten Gesandten R a h n sicherzustellen. Die Einzelheiten seiner Tätigkeit ergibt seine Sonderbearbeitung. Es soll aber an dieser Stelle festgestellt werden, daß kein Kriegsschauplatz besser die Notwendigkeit der Wehrwirt-

A 0055547

H2296-0562

schaftsorganisation bewiesen hat, wie der tunesische und daß durch die Tätigkeit des WStb Tunis der Truppe aus dem Lande all das zugeführt worden ist, was überhaupt möglich war und daß andererseits für die Heimatversorgung erhebliche Vorräte abbefördert worden sind, trotz der überaus schwierigen Transportbedingungen. Die italienische Verwaltung versagte in diesem Augenblick völlig und begab sich widerstandslos in die Hand des deutschen WSt, ebenso wie die französische Verwaltung das hervorragende Wirken des Oberstleutnant A s c h o f f voll anerkannte.

Zu d)

Die Verhandlungen über wehrwirtschaftliche Fragen und Kriegsgerätekäufe waren im Jahre 1943 besonders vielseitig und lagen zu Beginn des Jahres mit ihrem Schwerpunkt in Bulgarien, Italien, Rumänien, Spanien und der Schweiz.

B u l g a r i e n:

Anfang des Jahres traf der bulgarische Kriegsminister Generalleutnant Mi c h o f f in Begleitung des bulgarischen Generalstabchefs Oberst P o p o f f im Führerhauptquartier ein, um für die Durchführung der Kämpfe auf dem Balkan und in Sonderheit zur Abwehr etwaiger türkischer Angriffe eine erhebliche Neuaustattung der bulgarischen Kriegswehrmacht zu erbitten. Dem Generalleutnant M i c h o f f wurden seitens der Obersten Führung erhebliche Zusagen gemacht, die Durchführung der weiteren Ver-

AOC5548

H2296-0563

handlungen wurden dem Wi Amt übertragen. Bulgarien sollte zunächst bis 1.4. eine erhebliche Stärkung seiner Abwehrkraft bekommen und anschließend bis 1.7. eine Verbesserung der bulgarischen Kampfkraft zur Durchführung eines Angriffskrieges erhalten. Die mit dem bulgarischen Kriegsminister getroffenen Absprachen und die in Aussicht gestellten Lieferungen sind in einem Schreiben des Chefs des Wi Amtes an Exzellenz M i c h o f f niedergelegt, das als Anlage XXIII,6 beigefügt ist. Den Transport des Kriegsgerätes führte die AGK durch, das Wi Amt trat mit der Wehrmachttransportleitung Südost in Verbindung, um bei den schwierigen Transportverhältnissen die Lieferung schnellstens zum glatten Ablauf zu bringen. Zahlreiche Einzelfragen, in Sonderheit auf technischem Gebiet wurden mit der Berliner Verbindungsstelle des Königlich Bulgarischen Kriegsministeriums zur Ergänzung dieser Großlieferung verhandelt.

I t a l i e n :

In den Verhandlungen mit Italien lag der Schwerpunkt in der Durchführung der im Vorjahresbericht erwähnten großen Abgaben zur Verstärkung der Abwehrkraft in Italien und im südost-europäischen Raum. Es kam nicht zu der vollen Abgabe der genannten Geschütze, da die Bereitstellung des Gerätes beim Heer auf erhebliche Schwierigkeiten stieß. Es wurden abgegeben für den südost-europäischen Raum statt 200 Geschütze 160, für die italienischen

A 035549

H2296-0564

Inseln statt 140 Geschütze 124. Da das Gerät teilweise aus anderen Einsatzstellen oder aus Beutebeständen genommen werden mußte, machte die Durchsicht bezw. die Überholung des Gerätes erhebliche Arbeit. Dazu kam, daß die Transportverhältnisse im Südostraum so schwierig waren, daß dauernd vom Wi Stab eingegriffen werden mußte, um die Transporte an die richtigen Stellen heranzubringen. Das zugesagte Flakgerät wurde an Italien übergeben, nachdem die Ausbildung des italienischen Personals in deutschen Flak-Artillerieschulen stattgefunden hatte.

Die sonstigen wehrwirtschaftlichen Verhandlungen mit Italien, die in der Hauptsache mit General F a v a g r o s s a geführt wurden, versteiften sich im Jahr 1943 zuhend,sodaß der dortige Wehrwirtschaftsoffizier, General von H o r s t i g mehrfach meldete, daß von Seiten der italienischen Wehrmacht die deutschen Maßnahmen sabotiert werden. Die Schwierigkeiten lagen in der Hauptsache darin, daß sowohl die italienische Heeresverwaltung, wie der Generalstab, wie die italienischen Betriebe eine starke deutsche Bevormundung ablehnten wie sie zur Durchführung der deutschen Wünsche notwendig gewesen wäre. Ich selbst konnte nur feststellen, daß General F a v a g r o s s a sich bis zuletzt bemüht hat, den deutschen Wünschen nachzukommen, daß aber die übrigen Ministerien in Sonderheit das Corporationsministerium die größten Schwierigkeiten bereitet und sich völlig gegen die Maßnahmen für eine totale Kriegführung gesperrt haben.

A 035550

H2296-0565

R u m ä n i e n

Die Verhandlungen mit dem Rumänen waren insofern besonders schwierig, als durch zahlreiche Besuche rumänischer führender Persönlichkeiten die Programme mehrfach umgestossen wurden und immer wieder neue Wünsche in den Vordergrund taten. Die Hauptverhandlungen wurden mit dem rumänischen Kriegsminister General D o b r e und dem Chef des rumänischen Generalstabes Generalleutnant S t e f l e a im Januar und mit einer unter Führung des Generalleutnants P e t r o v a n u stehenden Kommission geführt. Das Ergebnis der Verhandlungen vom Januar ist in der Anlage XXIII,7 beigefügt, desgleichen das Protokoll, das in der Lieferungsfrage zwischen dem Reichsaußenminister R i b b e n t r o p und dem rumänischen Ministerpräsidenten Mihai A n t o n e s c u abgeschlossen wurde (s. Anl. XXIII,8). Wichtig für die Verhandlungen war, daß die Rumänen für das Kriegsgerät zunächst nur die Hälfte des Kaufpreises bezahlen wollten, während die andere Hälfte durch einen von der deutschen Regierung zugestandenen zinslosen Kredit zu decken war. Über die Abdeckung des Kredites sollte erst nach Kriegsende eine Entscheidung getroffen werden.

F i n n l a n d:

Das finnische Oberkommando entsandte im Februar 1943 erneut den Chef des Wehrwirtschaftlichen Amtes, Generalleutnant G r a n d e l l, um neue Verhandlungen

A 085551

H2296-0566

zu führen über die Unterstützung Finnlands mit Kriegsgerät und Rohstoffen. Die Wünsche lagen einmal in der Lieferung von Gewehr- und Pistolenpatronen, der Umlafettierung finnischer Beutekanonen auf Pak-Lafette, in der Belieferung mit Kraftfahrzeugen und in der Deckung des fehlenden Rohstoffbedarfs für 1943. Den Finnen wurden im großen die Wünsche erfüllt und dem General G r a n d e l l im Einvernehmen mit dem RWiM erhebliche Zusagen in der Rohstoffbelieferung gemacht. Als besondere Forderung brachte General G r a n d e l l den Wunsch mit, von der deutschen Industrie die technische Anleitung zu bekommen zur Umstellung der finnischen Munitionsherstellung von Messinghülsen auf Stahlhülsen sowie von Geschoßbleikernen auf Stahlkerne. Zur Vorbereitung dieser Maßnahmen wurde eine Industriekommission nach Finnland entsandt, die dort die notwendigen Unterlagen feststellen und dann mit einer finnischen Sachverständigen-Kommission weitere Verabredungen treffen sollte.

H2296-0567

J a p a n .

Die Verhandlungen mit Japan gestalteten sich insofern schwierig, als der japanische Militärattaché beim Vorsitzenden der Militärkommission des Dreimächtepaktes, Admiral Dr. h.c. G r o s s , eine Beschwerde einreichte über die schlechte Behandlung der japanischen Wünsche, insbesondere auf Abgabe von Nachbaurechten. Japan forderte,zur Vereinfachung der Bearbeitung seiner Wünsche ihm für das gesamte Gebiet der japanischen Wunschliste ein Kontingent von je 250 000 t Eisen und Stahl für 1943 und 1944 einzuräumen und ihm damit die Möglichkeit zu geben, seine Wünsche unmittelbar an die zuständigen Firmen heranzubringen. Die japanische Beschwerde war völlig unbegründet, da nachgewiesen werden konnte, dass die Verzögerung in der Bearbeitung immer von der japanischen Seite aus verursacht worden war. Um den Japanern ein möglichstes Entgegenkommen zu zeigen, wurde der Zentralen Planung vorgeschlagen, die Bereitstellung von 250000 t Eisen für Japan vorzunehmen, was vom R.Mi.f.B.u.Mun. jedoch zunächst abgelehnt wurde.

Im März 1943 wurde eine neue Wunschliste mit über 350 Positionen vorgelegt, die aber insofern illusorisch war, als eine Abtransportmöglichkeit durch Verschiffung nach Japan nicht mehr bestand.

H2296-0568

S p a n i e n .

Die bereits im Jahre 1942 angekündigte Spanien-sonderkommission zum Einkauf von Kriegsmaterial traf Mitte Januar 1943 mit einem weitgesteckten aber unklaren Programm ein und legte zunächst darauf Wert, durch ein umfangreiches Besichtigungsprogramm die deutsche Herstellung von Kriegsmaterial kennenzulernen. Auf die deutsche Anregung, zur Klärung und Vertiefung der weiteren Verhandlungen eine leitende Persönlichkeit des spanischen Generalstabes oder des Waffenamtes zu entsenden, traf Mitte März General Martinez de Campos als Delegationsführer ein und überreichte dem Chef des Wi Amtes eine neue spanische Wunschliste, die in drei Dringlichkeitsklassen eingeteilt war.

Die erste Dringlichkeitsgruppe umfasste:
Jagdflugzeuge und Flakgerät,
die zweite Gruppe: Ersatz für vorhandenes Gerät aller Art, das auch durch andere Typen ersetzt werden kann,
die dritte Gruppe: Gerät, auf das von Seiten Spaniens verzichtet werden kann, wenn es nicht lieferbar ist.

General C a m p o s betonte, dass die Erfüllung der Wünsche der ersten Dringlichkeitsgruppe die Voraussetzung für die Durchführung des ganzen Geschäftes sei und dass, wenn Deutschland das Material nicht liefern könne, dies in keiner Weise die deutsch-spanische

A 3855554

H2296-0569

Freundschaft berühren würde. Der General erklärte weiter, dass er ermächtigt sei, bis zu einer bestimmten Grenze Lieferverträge abzuschliessen. Über diese Grenze hinaus müssten Verhandlungen zwischen den deutschen und spanischen Aussenministerien stattfinden.

Nachdem General M a r t i n e z am 17.3. im Führerhauptquartier empfangen worden war, wurde ihm vom Wehrwirtschaftsamt das genehmigte Gerät bekanntgegeben, dessen Abgabemöglichkeit inzwischen festgestellt werden konnte.

General M a r t i n e z d e C a m p o s war mit den deutschen Angeboten sehr zufrieden und fuhr Ende März nach Spanien zurück, um das Geschäft zum Abschluss zu bringen. Die spanischen 3 Waffenattachés sollten die Verhandlungen weiterführen. Das als Anlage XXIII,9 beigefügte Schreiben des OKW an die spanische Sonderkommission für Kriegsmaterial ergibt die näheren Unterlagen für die deutschen Angebote.

Das Geschäft kam im Sommer 1943 zum Abschluss und wurde bei allen drei W.T. - besonders auf dem Marinegebiet - bis in den Sommer 1944 zur Durchführung gebracht.

H2296-0570

K r o a t i e n .

Die Verhandlungen mit Kroatien kamen insofern auf eine sachliche Grundlage, als der Führer am 30.1. 1943 die erforderlichen Richtlinien für eine neue Ordnung der kroatischen Wehrmacht unter deutscher Führung erliess. Auf Grund dieser Richtlinien wurde ein größeres Lieferungsprogramm aufgestellt, das im Jahre 1943 zur Durchführung kommen sollte. Näheres ergibt die Zusammenstellung der Kriegsbelieferungen, Anl. XXIII,1o.

S c h w e d e n .

Die Lieferungen auf Grund des von der R h e i n m e t a l l B o r s i g A G im Dezember 1941 abgeschlossenen Vertrages über 110 Stck. l.F.H. einschl. Munition wurden in monatlichen Raten von 4 Geschützen und 10 000 Schuss erfüllt.

Im Rahmen der Regierungsverhandlungen in Stockholm Ende 1942 war bereits schwedischerseits der Wunsch mitgeteilt worden, Flugzeugmaterial aus deutschen Luftwaffenbeständen gegen Walzläger im Werte von etwa 10 Millionen zu beziehen. Der Vorschlag wurde vom OKW unterstützt, kam aber nicht zur Durchführung.

H2296-0571

T ü r k e i .

Im Rahmen der mit der Türkei abgeschlossenen Kreditabkommen gelangten im 1.Vierteljahr folgende Geräte zur Ablieferung:

Krupp	7	Pzkw IV
Wichmann	50	Richtkreise
Rheinmetall	30	5cm Pak
"	19	" "
"	9 000	" Pzgr.Patr.
"	6 000	" Sprgr.Patr.
"	5 700	" Pzgr. Patr.
"	3 800	" Sprgr.Patr.
"	3	" Pakersatzrohre
"	2	" " "
"	180	sMG
"	36 000	2 cm Brandgranaten f. Focke-Wulf-Jäger
"	36 000	2 cm Leuchtspurgranaten f. Focke-Wulf-Jäger
R.W.S.	804 000	SS-Patr. 7,92
"	1432 000	sMK-Patr.7,92
"	636 000	sMKL-Patr.7,92
Focke-Wulf	12	Jäger FW 190
Zeiss	30	Scherenfernrohre
Krupp	20	Feldflak

A C85557

H2296-0572

Bochumer Verein	40	neugeseelte Rohre
N.S.U.		Ersatzteile f. Krafträder
Köln-Rottweil	50 000	kg Trotyl
B.M.W.		Ersatzteile f. Traktoren
Zeiss	4	Periskope

A 085558

H2296-0573

U n g a r n .

Das Kriegsgerätegeschäft mit Ungarn unterlag in den ersten Monaten des Jahres 1943 grossen Schwankungen, die durch die militärischen Ereignisse an der Ostfront hervorgerufen waren. Die Materialbedarfslage an der Ostfront erforderte, dass die alten Lieferungszusagen an die Ungarn zurückgezogen werden mussten, und dass die vorgesehenen Lieferungen an die ungarische Fronttruppe auch nur zu einem geringen Teil zur Ausführung gebracht werden konnten. Die Lieferungen wurden in der Hauptsache auf diejenigen Teile begrenzt, die für Ausbildungszwecke in Ungarn dringlichst erforderlich waren. Erst im späteren Verlauf des Jahres 1943 konnten grössere Lieferungen, besonders an Infanteriebewaffnung und Paks zur Durchführung gebracht werden.

Besondere Bedeutung hatten die Verhandlungen mit Ungarn über die Bereitstellung grösserer Treibstoffmengen aus der ungarischen Produktion für die gemeinsame Kriegführung. Es gelang nach langen Kämpfen, diese Mengen erheblich zu erhöhen und die ungarische Regierung zur Einschränkung des Eigenverbrauchs zu bewegen. Ebenso konnte die Verlagerung deutscher Aufträge nach Ungarn im Laufe des Jahres 1943 erhöht werden.

A 065559

H2296-0574

S c h wei z :

Die Verhandlungen mit der Schweiz lagen in der Hauptsache auf 2 Gebieten:

a) auf dem Gebiet der Fortführung der Schweizer Maschinenlieferungen im Rahmen des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages,

b) auf dem Gebiet der Bekämpfung der Störungsversuche der Feindmächte gegen die deutsche Auftragsverlagerung nach der Schweiz.

Die Fortführung der grossen Maschinenlieferungen der Schweiz für die deutsche Kriegsindustrie wurde auf zweierlei Gründen immer schwieriger. Einmal führte die Rohstofflage der Schweiz immer mehr dazu, dass die Schweizer Firmen für die Lieferungen sämtliche Rohstoffe von Deutschland bereitgestellt haben wollten und dass auch Schwierigkeiten in der Kohlenbelieferung der betreffenden Firmen auftraten. Andererseits lag die Schweizer Regierungso stark unter englisch-amerikanischem Druck, dass der Abschluss des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages in Frage gestellt oder der Vertrag selbst immer nur auf kürzeste Frist abgeschlossen wurde. Zeitweise kam es zu einem vertraglosen Zustand, der dann, dank beiderseitigen Entgegenkommens, meist immer wieder durch einen kurzfristigen Vertrag abgelöst wurde. Das Wehrwirtschaftsamt war aufs höchste bemüht,

A 085560

H2296-0575

die deutsch-schweizerischen Verhandlungen immer wieder in Gang zu bringen, um dadurch die besonders wichtige Belieferung mit schweizerischen Hochleistungsmaschinen und Werkzeugen sicherzustellen.

Um die Störversuche der Feindmächte gegen die deutsche Auftragsverlagerung nach der Schweiz klarzulegen, wurde im Februar 1943 der bisherige Abteilungschef der Rü Abteilung, Oberst N e e f , nach der Schweiz entsandt, um die hierfür notwendigen Untersuchungen anzustellen. Eine Denkschrift über die dort vorgefundene Lage mit Beweismaterial befindet sich in den Akten des Wehrwirtschaftsamtes, so dass auf die Ausführungen in dieser Sonderbearbeitung verwiesen werden kann.

Die Bearbeitung zeigt, dass auch von deutscher Seite in der Auftragsverlagerung erhebliche Fehler gemacht worden sind, besonders dadurch, daß immer wieder zahlreiche deutsche Stellen gesondert und unabhängig von der Gesandtschaft in der Schweiz arbeiteten und die einheitliche Vertretung der Dinge unterbanden. Nach Oberst N e e f hat die Vielgleisigkeit der deutschen Verhandlungen und das Fehlen einer geschlossenen deutschen Führung in der Schweiz mehr geschadet als die Maßnahmen der Feindmächte, die wohl höchst unangenehm, aber für die deutsche Auftragsverlagerung nicht ausschlaggebend gewesen sind.

H2296-0576

Zu e):

Die Treibstoffplanungen hatten bisher immer darauf basiert, daß das russische Kaukasusgebiet oder zumindest Teile davon ab 1943 zur Verfügung stehen würden. Trotzdem von Anfang an klar war, daß große Mengen der Kaukasus-Produktion für die Bewirtschaftung des russischen Raumes benötigt werden, hoffte man doch durch dieses Erdölgebiet einen solchen Zuschuß zu erhalten, daß die Aufbauplanung der Luftwaffe im großen Umfang darauf aufgebaut war. Leider wurden durch diese Hoffnungen die Bestrebungen des Wehrwirtschaftsamtes die heimatlichen Erdölgebiete noch schneller auszubauen und in Betrieb zu setzen, von vielen Stellen nicht so unterstützt wie es im Interesse der Lage notwendig gewesen wäre. Erst im Dezember 1942 als erkennbar wurde, daß die Eroberung des gesamten Kaukasusgebietes kaum noch in Frage kommen wird, wuchs bei diesen Stellen das Interesse an der schnelleren Ingangsetzung der Treibstoffneubauten in Deutschland und den sonstigen besetzten Gebieten. Es muß festgestellt werden, daß erst vom Januar 1943 überall die Erkenntnis erwachte, daß es unbedingt notwendig sei, die deutschen Treibstoffwerke gegen Mensdenabzug und luftschutzmäßig besser zu schützen als es bisher der Fall gewesen war. Alle früher vom Wi Rü Amt zusammen mit Professor K r a u c h eingebrachten Forderungen auf besseren Schutz der Treibstoffwerke waren von den zu-

A 035562

H2296-0577

ständigen Stellen zurückgestellt worden, da man hoffte, daß man im Jahre 1943 durch das kaukasische Öl im Treibstoff " schwimmen" würde.

Dazu kam, daß der Bedarf sowohl in Deutschland wie bei unseren Bundesgenossen laufend stieg. Die Vermehrung der deutschen Panzerdivisionen wirkte sich beim Heer aus, die Vergrößerung der Flugzeuge und die Erhöhung ihrer Geschwindigkeit bei der Luftwaffe. Ganz besonderen Kummer bereitete die völlige Notlage der italienischen Wehrmacht auf dem Treibstoffgebiet. Seit Herbst 1942 liefen andauernd Verhandlungen mit den Italienern über die italienisc Treibstofflage, um ihre Wehrmacht einsatzfähig zu halten. Die deutsche Kriegsmarine sowie die Luftwaffe gaben laufend Treibstoff aus ihren Beständen ab, um die notwendigsten Bedürfnisse der Italiener zu decken. Der Afrika-Krieg bereitete durch starke Versenkungsziffern eine starke Erhöhung des Bedarfs.

So sah es das Wehrwirtschaftsamt als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, die deutsche Treibstoffproduktion laufend zu erhöhen und alle Maßnahmen vorwärts zu treiben, die diesem Ziel dienten. Besonderer Wert wurde auch darauf gelegt, schnell zu einer besseren Ausnützung des estländischen Schieferölgebietes zu kommen und die ungarische Produktion zu steigern. Einzelheiten darüber ergibt der Abschnitt Treibstoffwirtschaft.

Ebenso sah es der Wehrwirtschaftsstab als seine besondere Aufgabe an, alle Wünsche des GB Chem für den Ausbau der Buna- Produktion zu unterstützen. Durch das Aus-

A 085563

H2296-0578

bleiben der Blockadebrecher-Schiffe wurde es immer dring-
licher, den fehlenden Naturkautschuk durch Buna zu er-
setzen. Zu gleicher Zeit aber wurde es erforderlich, die
deutschen Buna-Werke Schkopau und Hüls luftschutzmäßig
besser zu schützen und die neuen Werke Ludwigshafen und
Auschwitz möglichst bald in Gang zu bringen. Auch hier
dauerte es lange bis bei allen „Reichsstellen das not-
wendige Verständnis für die Wichtigkeit dieses Nach-
schubgebietes erkannt und die Mitarbeit aller Stellen
erzwungen war.

A 085564

H2296-0579

2353-PS

2353 PS

Mansell

H2296-0580

OFFICE OF U.S. CHIEF OF COUNSEL

26 March 1946.

SUBJECT : Missing pages of Document No. 2353-PS, USA Exhibit 35
(General Thomas' "History of the German Military Economy")

TO : Mr. Harold Willey, American Clerk to Tribunal

When this document was offered in evidence, pages 47, 48, 267, 268 had been lost and were missing. They have since been found in the Document Room and are forwarded to you for incorporation in the original document.

Sidney S. Alderman
SIDNEY S. ALDERMAN.

Enclosure: 4 pages of
Thomas' Book

A08496

H2296-0581

F

2

Meine Äusserungen über den Krieg, über die Nazipartei und über die Nazipersönlichkeiten entsprechen nicht den Tatsachen.
Sie wurden nach dem 2o.7.44 zu meiner Entlastung gegenüber der Gestapo eingefügt.

Georg Bonato

Raymond W. Lehn
1st Lt. USMCR
13 November 1945

A 001969

Falkenstein i.Ta., den November 1945. 3

Eidesstattliche Aussage.

Ich, der Unterzeichnete, General a.D. Thomas sage hiermit das Folgende aus:

Ich war seit 1934 Chef des Wehrwirtschaftsstabes und ab 1939 bis zu meiner Entlassung am 1. Februar 1943 Chef des Wehrwirtschaftsamtes und Ruestungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Ich wurde im Jahre 1938 zum Generalmajor und am 1. August 1940 zum General der Infant. befoerdert. Ich wurde aus meiner Stellung am 1. Februar entlassen.

Ich erkenne das Originalmanuskript des Buches welches mir hiermit in einer roten Mappe bezeichnet "Reinschrift Original" vorgelegt wird, und welches ausserdem mit blauer Kreide als "36-K" bezeichnet ist, als mein Werk an. Die erste Seite dieses Manuskript traegt den Titel: "Inhaltsverzeichnis. Teil A. Die Wehr- und Ruestungswirtschaftlichen Arbeiten bis zum Beginn der Mobilmachung im Jahre 1939". Ich erkenne auch die photokopierten Durchschlage des verbesserten maschinengeschrieben Entwurfs der ganzen Abhandlung (Photostat Nr._____ bis_____), als meine Arbeit an.

Die sachlichen Beobachtungen und Angaben in meinem Manuskript sind nach meinem besten Wissen und Gewissen zutreffend. Sie basieren auf dem amtlichen Aktenmaterial und meinen persoenlichen Handakten aus meiner Diensttaetigkeit. Die Bleistiftnotizen und Berichtigungen im Originalmanuskript sind von mir geschrieben.

Der Zweck des Buches sollte sein, die Rolle und den Beitrag des Wehrwirtschafts- und Ruestungsamtes in der Aufruestungszeit und waehrend des Krieges darzustellen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Georg Thomas.

In meiner Gegenwart unterschrieben und beschoren.

Raymond W. Lokie
1st Lt. USMCR
13 November 1945

H2296-0582

F 4

H2296-0583

Meine Äusserungen über den Krieg, über die Nazipartei und über die Nazipersönlichkeiten entsprechen nicht den Tatsachen.
Sie wurden nach dem 2o.7.44 zu meiner Entlastung gegenüber der Gestapo eingefügt.

Georg Konrad.

Raymond W. Leba
1st Lt. USMCR
13 November 1945

C84971

Falkenstein i.Ta., den 13. November 1945. 5

Eidesstattliche Aussage.

Ich, der Unterzeichnete, General a.D. T h o m a s, sage hiermit das Folgende aus:

Ich war seit 1934 Chef des Wehrwirtschaftsstabes und ab 1939 bis zu meiner Entlassung am 1. Februar 1943 Chef des Wehrwirtschaftsamtes und Ruestungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Ich wurde im Jahre 1938 zum Generalmajor und am 1. August 1940 zum General der Infant. befoerdert. Ich wurde aus meiner Stellung am 1. Februar entlassen.

Ich erkenne das Originalmanuskript des Buches welches mir hiermit in einer roten Mappe bezeichnet "Reinschrift Original" vorgelegt wird, und welches ausserdem mit blauer Kreide als "36-K" bezeichnet ist, als mein Werk an. Die erste Seite dieses Manuskript traegt den Titel: "Inhaltsverzeichnis. Teil A. Die Wehr- und Ruestungswirtschaftlichen Arbeiten bis zum Beginn der Mobilmachung im Jahre 1939". Ich erkenne auch die photokopierten Durchschlage des verbesserten maschinengeschrieben Entwurfs der ganzen Abhandlung (Photostat Nr._____ bis_____), als meine Arbeit an.

sachlichen
Die Beobachtungen und Angaben in meinem Manuskript sind nach meinem besten Wissen und Gewissen zutreffend. Sie basieren auf dem amtlichen Aktenmaterial und meinen persoenlichen Handakten aus meiner Diensttaetigkeit. Die Bleistiftnotizen und Berichtigungen im Originalmanuskript sind von mir geschrieben. F

Der Zweck des Buches sollte sein, die Rolle und den Beitrag des Wehrwirtschafts- und Ruestungsamtes in der Aufruestungszeit und waehrend des Krieges darzustellen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

[signature]

In meiner Gegenwart unterschrieben und beschoren.

Raymond W. Lehs
1st Lt. USMCR
13 November 1945

~~00092~~

H2296-0584

F

6

Meine Äusserungen über den Krieg, über die Nazipartei und über die Nazipersönlichkeiten entsprechen nicht den Tatsachen.
Sie wurden nach dem 2o.7.44 zu meiner Entlastung gegenüber der Gestapo eingefügt.

Georg Bormann.

Raymond W. Baker
1st Lt. USMCR
13 November 1945

004073

H2296-0585

Falkenstein i.Ta., den 13. November 1945. 7

Eidesstattliche Aussage.

a D.

Ich, der Unterzeichnete, General T h o m a s, sage hiermit das Folgende aus:

Ich war seit 1934 Chef des Wehrwirtschaftsstabes und ab 1939 bis zu meiner Entlassung am 1. Februar 1943 Chef des Wehrwirtschaftsamtes und Ruestungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Ich wurde im Jahre 1938 zum Generalmajor und am 1. August 1940 zum General der Infant. befoerdert. Ich wurde aus meiner Stellung am 1. Februar entlassen.

Ich erkenne das Originalmanuskript des Buches welches mir hiermit in einer roten Mappe bezeichnet "Reinschrift Original" vorgelegt wird, und welches ausserdem mit blauer Kreide als "36-K" bezeichnet ist, als mein Werk an. Die erste Seite dieses Manuskript traegt den Titel: "Inhaltsverzeichnis, Teil A, Die Wehr- und Ruestungswirtschaftlichen Arbeiten bis zum Beginn der Mobilmachung im Jahre 1939". Ich erkenne auch die photokopierten Durchschlage des verbesserten maschinengeschrieben Entwurfs der ganzen Abhandlung (Photostat Nr._____ bis_____), als meine Arbeit an.

Die sachlichen Beobachtungen und Angaben in meinem Manuskript sind nach meinem besten Wissen und Gewissen zutreffend. Sie basieren auf dem amtlichen Aktenmaterial und meinen persoenlichen Handakten aus meiner Dienstaetigkeit. Die Bleistiftnotizen und Berichtigungen im Originalmanuskript sind von mir geschrieben. F

Der Zweck des Buches sollte sein, die Rolle und den Beitrag des Wehrwirtschafts- und Ruestungsamtes in der Aufruestungszeit und waehrend des Krieges darzustellen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Georg Thomas

In meiner Gegenwart unterschrieben und beschoren.

Raymond W. Lehr
1st Lt. USMCR
13 November 1945

H2296-0586

H2296-0587

F

8

Meine Äusserungen über den Krieg, über die Nazipartei und über die Naz persönlichkeiten entsprechen nicht den Tatsachen.

Sie wurden nach dem 2o.7.44 zu meiner Entlastung gegenüber der Gestapo eingefügt.

Georg Stumpf

Kpt. C.A. Sykes
C.I., U.S.M.C.R.
13 November 1945

Falkenstein i.Ta., den 13. November 1945.

9

Eidesstattliche Aussage.

Ich, der Unterzeichnete, General a.D. T h o m a s, sage hiermit das Folgende aus:

Ich war seit 1934 Chef des Wehrwirtschaftsstabes und ab 1939 bis zu meiner Entlassung am 1. Februar 1943 Chef des Wehrwirtschaftsamtes und Ruestungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Ich wurde im Jahre 1938 zum Generalmajor und am 1. August 1940 zum General der Infant. befoerdert. Ich wurde aus meiner Stellung am 1. Februar entlassen.

Ich erkenne das Originalmanuskript des Buches welches mir hiermit in einer roten Mappe bezeichnet "Reinschrift Original" vorgelegt wird, und welches ausserdem mit blauer Kreide als "36-K" bezeichnet ist, als mein Werk an. Die erste Seite dieses Manuskript traegt den Titel: "Inhaltsverzeichnis. Teil A. Die Wehr- und Ruestungswirtschaftlichen Arbeiten bis zum Beginn der Mobilmachung im Jahre 1939". Ich erkenne auch die photokopierten Durchschlage des verbesserten maschinengeschrieben Entwurfs der ganzen Abhandlung (Photostat Nr._____ bis_____), als meine Arbeit an.

Die sachlichen Beobachtungen und Angaben in meinem Manuskript sind nach meinem besten Wissen und Gewissen zutreffend. Sie basieren auf dem amtlichen Aktenmaterial und meinen perspoenlichen Handakten aus meiner Diensttaetigkeit. Die Bleistiftnotizen und Berichtigungen im Originalmanuskript sind von mir geschrieben. F

Der Zweck des Buches sollte sein, die Rolle und den Beitrag des Wehrwirtschafts- und Ruestungsamtes in der Aufruestungszeit und waehrend des Krieges darzustellen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Georg Thomas.

In meiner Gegenwart unterschrieben und beschoren.

Raymond W. Lehn
1st Lt. USMCR
13 November 1945

H2296-0588

F

10

Meine Äusserungen über den Krieg, über die Nazipartei und über die Nazipersönlichkeiten entsprechen nicht den Tatsachen.
Sie wurden nach dem 2o.7.44 zu meiner Entlastung gegenüber der Gestapo eingefügt.

Georg Stomat.

Raymond W. Stokes
1st Lt. USMCR
13 November 1945

H2296-0589

H2296-0590

Falkenstein i.Ta., den 13 November 1945.

II

Eidesstattliche Aussage.

a.D.

Ich, der Unterzeichnete, General Thomas, sage hiermit das Folgende aus:

Ich war seit 1934 Chef des Wehrwirtschaftsstabes und ab 1939 bis zu meiner Entlassung am 1. Februar 1943 Chef des Wehrwirtschaftsamtes und Ruestungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Ich wurde im Jahre 1938 zum Generalmajor und am 1. August 1940 zum General der Infant. befoerdert. Ich wurde aus meiner Stellung am 1. Februar entlassen.

Ich erkenne das Originalmanuskript des Buches welches mir hiermit in einer roten Mappe bezeichnet "Reinschrift Original" vorgelegt wird, und welches ausserdem mit blauer Kreide als "36-K" bezeichnet ist, als mein Werk an. Die erste Seite dieses Manuskript traegt den Titel: "Inhaltsverzeichnis. Teil A. Die Wehr- und Ruestungswirtschaftlichen Arbeiten bis zum Beginn der Mobilmachung im Jahre 1939". Ich erkenne auch die photokopierten Durchschlage des verbesserten maschinengeschrieben Entwurfs der ganzen Abhandlung (Photostat Nr._____ bis_____), als meine Arbeit an.

Die sachlichen Beobachtungen und Angaben in meinem Manuskript sind nach meinem besten Wissen und Gewissen zutreffend. Sie basieren auf dem amtlichen Aktenmaterial und meinen persoenlichen Handakten aus meiner Dienstaetigkeit. Die Bleistiftnotizen und Berichtigungen im Originalmanuskript sind von mir geschrieben.

Der Zweck des Buches sollte sein, die Rolle und den Beitrag des Wehrwirtschafts- und Ruestungsamtes in der Aufruestungszeit und waehrend des Krieges darzustellen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Georg Thomas.

In meiner Gegenwart unterschrieben und beschoren.

Raymond W. Sykes
1st Lt. USMCR
13 November 1945

12

Meine Äusserungen über den Krieg, über die Nazipartei und über die Naz persönlichkeiten entsprechen nicht den atsachen.

Sie wurden nach dem 2o.7.44 zu meiner Entlastung gegenüber der Gestapo eingefügt.

Raymond W. Lehr
1st Lt. USMCR
13 November 1945

H2296-0591

H2296-0592

13 + 14

2353 PS

G r u n d l a g e n

für eine

Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft.

A084940

H2296-0593

15

Inhaltsverzeichnis

Teil A.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Arbeiten bis zum Beginn der Mobilmachung im Jahre 1939.

Kapitel	Inhalt	Seite
	Vorwort.	1 - 6
I	Die Ausgangslage.	7 - 11
II	Die wehrwirtschaftlichen Vorarbeiten bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung.	12 - 24
III	Der Aufbau der Wehrwirtschaftsorganisation nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.	25 - 34
IV	Der Einfluß der Spitzenorganisation auf Aufbau und Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation.	35 - 43
V	Die Zweigleisigkeit der wehrwirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen.	44 - 54
VI	Die Ordnung der Begriffe für die Tätigkeit der Wehrwirtschaftsorganisation.	55 - 62
VII	Die wehrwirtschaftlichen Grundlagen für die Aufrüstung.	63 - 69
VIII	Die Mitarbeit der Wehrwirtschaftsorganisation an der deutschen Aufrüstung.	70 - 87
IX	Das Vorschriftenwerk für die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung.	88 - 101
X	Die Ausbildung der Wehrwirtschaftsorganisation.	102 - 106

A 084971

H2296-0594

16

Teil B.

Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Arbeiten vom Beginn der Mobilmachung 1939 bis zum Ende des Jahres 1941.

Kapitel	Inhalt	Seite
XVII	Die wehr- und rüstungswirtschaftliche Lage bei der Mobilmachung 1939.	167 - 180
XVIII	Der Ablauf der wirtschaftlichen Mobilmachung.	181 - 188
XIX	Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen von Kriegsbeginn bis zum Ende des Jahres 1939	
	A. Organisation und Wehrwirtschaft	181 - 203
	B. Rüstungswirtschaft.	204 - 261
XX	Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen im Jahre 1940	
	A. Organisation	262 - 272
	B. Wehrwirtschaft	273 - 317
	C. Rüstungswirtschaft	318 - 361
XXI	Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen im Jahre 1941	
	A. Organisation	362 - 367
	B. Wehrwirtschaft	368 - 407
	C. Rüstungswirtschaft	408 - 447
XXII	Das Kriegsjahr 1942	
	A. Organisation	448 - 483
	B. Wehrwirtschaft	484 - 523
	C. Rüstungswirtschaft	524 - 556
XXIII	Das Kriegsjahr 1943	557 - 564
	A. Organisation	
	B. Wehrwirtschaft	565 - 588

A 084972.

Kapitel	Inhalt	Seite
XI	Das wehrwirtschaftliche Führerkorps.	107 - 111
XII	Die Zusammenarbeit mit dem Vierjahresplan.	112 - 118
XIII	Die Erkundung der wehrwirtschaftlichen Kraft der fremden Staaten.	119 - 125
XIV	Die wehr- und rüstungswirtschaftliche Lage im Jahre 1937.	126 - 134
XV	Die wehr- und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen vom Einmarsch in Österreich (1938) bis zur Mobilmachung 1939.	135 - 149
XVI	Die Tätigkeit der Preisprüfung des OKW im Frieden und im Kriege.	150 - 166

A 084973

H2296-0595

H2296-0596

18

T e i l C.

Verzeichnis der Abkürzungen.

Anlagenverzeichnis.

A084974

H2296-0597

V o r w o r t:

Es wäre vermessen, schon heute, wo die militärischen und wirtschaftlichen Ereignisse noch in vollem Fluß sind, eine Geschichte der Wehr- und Rüstungswirtschaft schreiben zu wollen, die mal später vor der historischen Geschichtsschreibung bestehen kann. Würde man dieses Wagnis eingehen, so käme man unweigerlich zu Unsachlichkeiten und zu Fehlurteilen, die nach Ablauf bestimmter ZZeitabschnitte sich von selbst richtig stellen. Außerdem verbietet die militär-politische Geheimhaltungspflicht noch auf vielen Gebieten eine völlige Klarlegung der tatsächlichen Verhältnisse. Trotzdem halte ich es für geboten, aus dem vorliegenden Aktenmaterial in Form von sachlichen Grundlagen einen Rahmen für eine spätere Geschichtsschreibung über die deutsche Wehr- und Rüstungswirtschaft festzulegen, und zwar aus folgenden Gründen:

1.) Das Gebiet der Wehrwirtschaft ist so umfassend und befindet sich in einem solchen Tempo der Fortentwicklung, daß es nur demjenigen möglich sein wird, einen klaren Ablauf der Dinge zu schildern und richtige Urteile zu fällen, der selbst noch im Strudel dieser Vorgänge gestanden hat.

2.) Das große Gebiet der Wehr- und Rüstungswirtschaft ist in seinen ersten Vorbereitungen und bis zum Kriege fast allein von der Wehrmacht bearbeitet worden, denn die Vorarbeiten des Generalbevoll-

A 004975

H2296-0598

mächtigten für die Wirtschaft und des Reichswirtschaftsministeriums sind über theoretische Anfänge nicht herausgekommen und haben sich in der Praxis kaum ausgewirkt. Auch im Kriege war die Wehrmacht zunächst der Hauptträger der Arbeit bis durch die Gründung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition das Rüstungsgebiet auf diese neue Dienststelle überging. Die Wehrmacht muß daher ein Interesse daran haben, die großen Leistungen der deutschen Wehrwirtschafts- und Rüstungsorganisation, die die Grundlagen für den Rüstungsaufbau und für die materielle Kriegführung gegeben haben, vor der Geschichte eindeutig klarzustellen.

3.) Die Organisation der Wehr- und Rüstungswirtschaft weist während des Krieges erhebliche Veränderungen auf. Die Gründe hierfür klarzulegen und den Beweis für die Folgerichtigkeit dieser Entwicklung zu bringen, erscheint für eine spätere Geschichtsschreibung besonders notwendig.

4.) Der Ablauf des Krieges zeigt von Tag zu Tag mehr die Bedeutung der Wehr- und Rüstungswirtschaft als solcher und die Bedeutung einer richtigen Beurteilung der eigenen und feindlichen Wehrkraft. Es erscheint daher geboten, schon jetzt bestimmte Zeitläufe und Kriegsphasen, die durch die eigenen oder feindlichen wehrwirtschaftlichen Verhältnisse stark beeinflußt wurden, skizzenhaft festzulegen.

A-084976

H2296-0599

5.) Der Luftkrieg hat bereits wertvolles Tatsachen- und Aktenmaterial vernichtet, das zumindest inhaltlich für die Geschichtsschreibung erhalten werden muß, weil es später für eine richtige Beurteilung der Dinge von größter Bedeutung ist.

Die nachstehenden Grundlagen für eine Geschichte der Wehr- und Rüstungswirtschaft enthalten im Großen nur den Ablauf der Ereignisse, eine skizzenhafte Darstellung der getroffenen Maßnahmen, Hinweise auf die gegebenen Befehle und kurze B eurteilung der Lage, wobei die Maßnahmen auf dem Gebiet der Wehrwirtschaft von denen der Rüstungswirtschaft in den einzelnen Kriegsjahren getrennt behandelt wurden. Die Arbeit ist also nur eine Materialsammlung und ein Merkbuch für die spätere Geschichtsschreibung. Zur kritischen Beurteilung der Dinge wurde nur geschritten sofern die Gefahr bestand, daß sich durch die Fortentwicklung des Krieges falsche Auffassungen über den Ablauf der Dinge bildeten oder wenn diese zur Rechtfertigung von Personen oder Dienststellen erforderl wurde. Eine Kritik der Maßnahmen der Obersten Führung ist dabei selbstverständlich ausgeschlossen.

Aufgabe einer späteren Arbeit müßte es sein, Querschnittsbearbeitungen der Hauptfaktoren der Wehrwirtschaft:

- Beurteilung der eigenen und feindlichen materiellen Wehrkraft, wirtschaftliche Ausnutzung der besetzten Gebiete, materielle Unterstützung der befreundeten Staaten, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den neutralen Staaten usw. -

A 084977

H2296-0600

sowie der Hauptfaktoren der Rüstungswirtschaft:

-Organisation, Menscheneinsatz, Rohstoffe, Maschinen und Betriebsmittel, Transportlage, Auftragsverlagerung usw. -

vorzunehmen und von der Erfahrungsseite zu beleuchten.

Zu dieser zusammenfassenden Bearbeitung gehört eine Zahl von Einzelbearbeitungen, die geschlossene Abhandlungen bringen über Teilgebiete oder Einzeldarstellungen der Tätigkeit einzelner Dienststellen. Hierunter fallen in Sonderheit folgende Arbeiten, die im Auftrage des ehemaligen Chefs des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW angefertigt wurden:

1.) Generalleutnant Frhr. R ü d t v. Collenberg: Kritische Würdigung des Aufbaues der Wehrwirtschafts- und Rüstungsorganisation, ihre Leistungen und Bedeutung für die Großrüstung 1942 gesehen von der Warte eines Rüstungsinspekteurs.

2.) Major Dr. V a r e i n: Deutsche Rüstungswirtschaft in Polen 1939/40.

3.) General d. Artillerie B a r c k h a u s e n: Die deutsche Wehr- und Rüstungswirtschaft in Frankreich vom 3.7.1940 - 31.3.1943.

4.) Wi Stab Ost: Aufgaben und Leistungsbericht des Wi Stab Ost.

5.) Zwei Jahre Kriegswirtschaft im russischen Nordraum. Mit Tätigkeits- und Leistungsbericht der Wirtschaftsinspektion Nord.

AOC1978

H2296-0601

6.) Ein Jahr Rußlandfeldzug, Leistungen wehrwirtschaftlicher Formationen des OKW / Wi Amtes auf dem Rohstoffgebiet, zusammengestellt vom OKW / Wi Amt / Ro I Ost.

7.) Ministerialdirektor Ziehm: Wesen, Tätigkeit und Ergebnisse des Vertrags- und Preisprüfwesens im OKW in den Jahren 1939 - 1943.

8.) Hauptmann T r a h n d o r f f:

9.) Oberstleutnant S a d e w a s s e r: Die Arbeiten des Wi Rü Amtes an der Mineralölversorgung der Wehrmacht und Wirtschaft.

10.) Die Geschichten folgender Dienststellen:

W Stab Norwegen	: 8. 3.40 - 31. 5.42
W Stb Dänemark	: 8. 4.40 - 31.12.41
Rü Stab Frankreich	: 3. 7.40 - 31.12.41
Rü In I, II, III , IV, V	: 1. 9.39 - 31. 5.42
Rü In VI	: 1. 9.39 - 30. 4.42
Rü In VII	: 1. 9.39 - 31. 5.42
Rü In VIII	: 15.8.39 - 31. 5.42
Rü In IX	: 26.8.39 - 31.12.41
Rü In X, XI	: 26.8.39 - 31. 5.42
Rü In XII	: 26.8.39 - 30. 9.40
Rü In XIII, XVII, XVIII, XX XXI, Prag	: 1.9.39 - 31. 5.42
Rü In Generalgouvernement	: 1.7.40 - 31.12.41
Rü In Niederlande	: 10.5.40 - 30. 9.40
Rü In Belgien	: 24.5.40 - 31.12.41
Rü In A (Paris u. Nordfrankreich)	: 3.7.40 - 31. 7.42

A 084979

H2296-0602

RH In Frankreich : 1. 8.42 - 30. 9.42
RH In B (Südwest-Frankreich) : 6. 7.40 - 31. 7.42
RH In C (Nordost-Frankreich) : 3. 7.40 - 31. 7.42
Wi In Nord: Geschichte der estnischen Selbstverwaltung.

In der nachstehenden Arbeit sind die Verdienste der Offiziere, Beamten und Angestellten des Wehrwirtschaftsstabes (Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes) sowie der wehrwirtschaftlichen Außenorganisation des OKW besonders hervorgehoben. Dies erfolgte nicht um die Leistungen der anderen Dienststellen zurückzusetzen, sondern rein aus dem Gedanken heraus, die große und fleißige Arbeit dieser Herren, die später die von ihnen geschaffenen Grundlagen an die nachfolgenden Dienststellen des Reichsministers für Bewaffnung und Munition abgeben mußten, für die spätere Kriegsgeschichte zu erhalten.

Die nachfolgende Arbeit kann Fehler in der Auffassung enthalten, denn sie ist geschrieben aus dem Blickfeld des Wehrwirtschaftsstabes bezw. des Wehrwirtschafts- und Rüstungamtes. Diese Fehler auszumerzen, wird später Sache der Geschichtsschreibung sein, die Einblicke in das Gesamtgebiet der militärischen und politischen Kriegführung hat.

Die ganze Arbeit der Wehrwirtschaftsorganisation wurde vom ersten Tag bis zum letzten nur von einem Gedanken beherrscht:

Alles für den Sieg!

Für Führer und Vaterland!

ACC.330

H2296-0603

II.

Die wehrwirtschaftlichen Vorarbeiten bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung.

Die ersten Träger dieser planmäßigen Vorarbeiten waren die Chefs des Heereswaffenamtes, General W u r z b a c h e r und General L u d w i g mit den Offizieren ihres Nachschubstabes, Major S o l d a n, Major J a n s e n, Hauptmann von H a n n e k e n und die Ministerialräte S c h m i d t und Z i e h m. Im Herbst 1927 berief General L u d w i g Hauptmann T h o m a s in diesen Stab. Später hat sich der zum Amtschef des HWaA ernannte General v. V o l l a r d - B o c k e l b e r g große Verdienste für die Aufrüstungs- und Mobilmachungsarbeiten des Heeres erworben.

Die Arbeiten mußten unter größter Geheimhaltung erfolgen, da sie von der Reichsregierung verboten waren.

Eine am 24.11.1924 tagende Sitzung des Nachschubstabes stellte erstmals die Forderung auf, die deutsche Wirtschaft - vornehmlich die für die Rüstung in Betracht kommende Industrie - wehrwirtschaftlich zu erfassen und sich ein Bild über die Möglichkeit ihrer Leistungen für eine künftige Aufrüstung zu verschaffen.

Der politischen Lage des damaligen Deutschland entsprechend glaubte das Truppenamt des Reichswehrministeriums dabei von der ungünstigsten Lage ausgehen und ein rasches Eindringen des Feindes in das Reichsgebiet unterstellen zu müssen. Hieraus ergab sich die Beschränkung planmäßiger und

A 084081

H2296-0604

und nachhaltiger Rüstungsvorbereitungen auf ein als "R u m p f"- oder "I n n e r d e u t s c h l a n d " gekennzeichnetes Gebiet, das im Osten etwa von der Oder, im Westen von der Weser und in südlicher Fortsetzung von der allgemeinen Linie Kassel-Würzburg-Ulm begrenzt war.

Truppenamt, Marineleitung und Wehramt stellten den Nachschubbedarf fest und leiteten ihn mit dem Auftrag vorzubereitender Bedarfsdeckung an das HWaA weiter.

Unter den Augen wachsamer, über das ganze Reich zerstreuter Nachrichten-Organe der Alliirten schien zunächst nur der Weg möglich, von z e n t r a l e r Stelle aus den Nachschubbedarf bei geeigneten Betrieben unterzubringen. Der Versuch, sich dabei der W u m b a (Waffen- und Munitions-Beschaffungs-Amt) -Akten aus dem Weltkrieg zu bedienen, scheiterte, weil viele ehemalige Kriegsbetriebe verschwunden waren, andere sich auf Friedensproduktion umgestellt und ihren ehemaligen Maschinenpark abgestoßen hatten. Man verfiel auch auf den Gedanken, sich die Tätigkeit der Kontroll-Kommissionen zunutze zu machen und die Untersuchungen in erster Linie auf die von ihnen überwachten Betriebe zu konzentrieren. Aber auch hier - wie ebenfalls bei Auswertung von Anzeigen aus Tages- und Fachpresse - kam man über Teilergebnisse nicht hinaus.

Vorschläge des Heereswaffenamtes - wie die im Frühjahr 1925 geforderte Bildung eines wehrwirtschaftlichen Generalstabes und die erstmals Januar 1925 beschlossene Aufstellung eines wehrwirtschaftlichen Mobilmachungsplanes mit Terminkalender - mußten rein theoretische Erwägungen bleiben, wenn es nicht gelang, mit der Masse der praktischen

A 0044082

H2296-0605

Wirtschaft in unmittelbare Fühlung zu kommen.

In der Überzeugung, daß eine derartige Aufgabe am besten von Männern der Wirtschaft selbst übernommen werde, suchte und fand das HWaA Fühlung mit geeigneten, national eingestellten Persönlichkeiten der Industrie. Am 26.1.1926 bildete sich unter Leitung des HWaA mit dem Namen " Statistische Gesellschaft" unter dem Vorsitz des Geheimrat Dr. von B o y s i g eine "Vereinigung gemeinnütziger Natur mit der Aufgabe, statistische und technische Feststellungen für Interessenten durchzuführen"v Die hierbei ehrenamtlich tätigen Organe waren die in Berlin tagende "Hauptkommission" und die meist am Sitz der Wehrkreiskommandos ausgewählten " Regional-Kommissare". Der eigentliche Zweck dieser unter der Abkürzung "Stega" getarnten Organisation war die Beschaffung der vom HWaA für die Vorbereitung der wehrwirtschaftlichen Mobilmachung benötigten Unterlagen. Wesentlich dabei war, daß eine Beteiligung militärischer Stellen oder sonstiger Behörden nach außen unter keinen Umständen in Erscheinung trat.

Um den Regionalkommissaren die Erkundung von geeigneten Betrieben zu erleichtern, wurden sie mit Zeichnungen und sonstigen Unterlagen für einzelne Wehrmachtsgeräte ausgestattet.

Es erwies sich jedoch bald, daß diese Herren meist mit anderen Aufgaben zu sehr belastet waren, um sich diesen Detailaufgaben genügend widmen zu können, die sie zudem immer mit der Gefahr innerpolitischer Komplikation belasteten. Außerdem erforderte die zunehmende Intensivierung der Arbeiten bald auch eine Verkürzung des zeitraubenden Umweges über die Stega durch Aufstellung eigener Außenorgane des HWaA:

AC81983

H2296-0606

So wurden 1926 vornehmlich bei den Wehrkreiskommandos sogenannte "Wirtschaftsoffiziere " (WO) als dezentrale Organe des Nachschubstabes geschaffen und den Regional-Kommissaren beigegeben. Es waren dies meist Offiziere der alten Wehrmacht, die sich zwischenzeitlich in der Wirtschaft betätigt hatten. Sie schätzten sich glücklich, auf diesem neuartigen militärischen Kampffeld mit ersten entscheidenden Spatenstichen sich am künftigen Neubau deutscher Wehrmacht beteiligen zu können. Wir können in diesen Wirtschaftsoffizieren die Keimzellen der späteren "Wehrwirtschafts-" oder "Rüstungsinspektionen" erblicken, jenen militär-wirtschaftlichen Dienststellen, die für alle Zeiten mit der Geschichte dieses gewaltigen deutschen Kriegsringens unlösbar verbunden bleiben werden.

Bis zu dieser Entwicklung war allerdings noch ein weiter Weg!

Unerkannt und unbekannt mußten die damaligen Wirtschaftsoffiziere in aller Heimlichkeit, ohne Vorgänge, ohne Unterlagen und Hilfsmittel, ohne Kraftwagen und bestenfalls mit einer bescheidenen Schreibkraft ausgestattet, sich ihren Weg in das unbekannte Gebiet der Wehrwirtschaft suchen. In mühevoller Kleinarbeit - landauf, landab - hatten sie das benötigte Material zusammengetragen - dabei stets gewärtig, von den Späheraugen feindlicher Spione und heimatlicher Verräter entdeckt zu werden.

Da die Arbeiten praktisch nur mit Hilfe industrieller Vertrauensmänner durchführbar waren, mußten solche zuerst in allen in Betracht kommenden Betrieben ausfindig gemacht, abwehrmäßig überprüft und dem Reichswehr-Ministerium zur Bestätigung gemeldet werden. Gelegentlich mußteman dabei

A 034984

H2296-0607

auf die Mitwirkung der Betriebsführer selbst verzichten und versuchen, sich unter der Hand die Mitarbeit eines vertrauenswürdigen Mitgliedes der Betriebsleitung zu sichern. Gerade bei diesen häufigen delikaten Personalfragen konnte gelegentlich die Unterstützung des Regionalkommissars von unschätzbarem Wert sein. Aber nach der persönlichen Initiative der Wirtschaftsoffiziere selbst konnte es - z.B. über alte, wirtschaftlich tätige Kameraden -gelingen, sich Einblicke in die Industrie und einen Stamm zuverlässiger wirtschaftlicher Berater zu schaffen.

Jedoch auch den industriellen Vertrauensmännern gegenüber mußte letztes Ziel der Erhebungen oft verborgen bleiben. Meist wurden die Arbeiten als Unterlagen für statistische Wirtschaftserhebungen oder Versicherungsabschlüsse getarnt. Grundsätzlich durfte den Vertrauensmännern nur der begrenzte Fragenkomplex eröffnet werden, der für die betreffenden Einzelfeststellungen jeweils unbedingt nötig war. Ein Schriftverkehr sollte vermieden werden. Soweit Zeichnungen oder sonstige Unterlagen kurz in ihren Händen bleiben mußten, wurden diese vom Wirtschaftsoffizier persönlich überbracht und abgeholt. Wieviele zeitraubende Einzelreisen bei der auf dem flachen Lande weitverzweigten Industrie bei mangelhaften Bahnverbindungen damit erforderlich wurden, liegt auf der Hand.

Selbst aber beim Schriftverkehr mit den militärischen Zentralbehörden wurde größte Vorsicht geübt.

Auch innerhalb der Wehrkreisstäbe blieb die Kenntnis der WO-Aufgaben meist auf den Chef des Stabes und dessen Sachbearbeiter beschränkt. Wurde eine gelegentliche Unter-

A 004985

H2296-0608

richtung eines größeren Kreises von Offizieren oder auch Industriellen erforderlich, so wurde diese - nach Angaben des Wirtschaftsoffiziers - von dem Sachbearbeiter des Wehrkreiskommandos übernommen, um die Einrichtung der wehrwirtschaftlichen Organisation nicht in Erscheinung zu bringen.

Der Wirtschafts-Offizier war selbst an der peinlichen Durchführung dieser Vorsichtsmaßnahmen umsomehr interessiert, als er bei Bekanntwerden seiner Betätigung kaum auf eine Deckung rechnen durfte.

Diese genaue Durchführung der Geheimhaltung konnte den Erfolg für sich buchen, daß bei der späteren Wiederaufrüstung Deutschlands diese schlagartige Versorgung mit Massenlieferungen modernster Ausrüstung in der ganzen Welt eine der unerwartetsten Überraschungen auslöste. Als dann in Paris dem Reichskanzler B r ü n i n g die lange Liste deutscher "Verstösse" gegen den Versailler Vertrag vorgehalten wurde, war die Entente nicht in der Lage, einen einzigen Nachweis rüstungswirtschaftlicher Vorbereitungen anzuführen. Angesichts der weitverzweigten Kreise mitbeteiligter Persönlichkeiten bildete diese Tatsache einen schönen Beweis ernsten Pflichtbewußtseins und nationaler Selbstdisziplin für alle Mitarbeiter - einschließlich auch der braven Facharbeiter, die innerhalb ihrer Fabriken - hinter abgeteilten Holzverschlägen - zu arbeiten und ..... zu schweigen verstanden.

Der Ausgangspunkt für die ganzen Arbeiten lag in der Erfassung der rüstungswirtschaftlichen Kapazitäten.

Diese Einzelerkundungen Hunderter von Industriebetrieben erwies sich bald als viel zu umfangreich und zeitraubend, um nur nebenamtlich durch die Regional-Kommissare durchführ-

A 004986

H2296-0609

bar zu sein; sie wurde vielmahr fast ausschließlich Aufgabe der Wirtschaftsoffiziere und beanspruchte während der Anlaufjahre den Hauptteil ihrer Arbeitskraft.

Die in sogenannten "WO-Berichten" niedergelegten Erkundungsergebnisse wurden dem HWaA übersandt und bildeten dort die Grundlage für die große rüstungswirtschaftliche Inventur-Aufnahme Deutschlands. Diese Berichte enthielten neben den üblichen Allgemeinangaben, genaue Werksbeschreibung mit Maschinenverzeichnis, Gefolgschaft, Kraftantrieb, Transportanlagen, Betriebsmittel, Vorräte an Rohstoffen und Halbfabrikaten, derzeitige Fertigung, sowie Angaben über die im Weltkrieg gefertigten Geräte mit den davon noch vorhandenen Einrichtungen. Die Berichte gipfelten in begründeten Vorschlägen für eine geeignete Belegung mit Aufträgen im Kriegsfall.

Um die Erkundungsberichte auf einen im ganzen Reichsgebiet vergleichbaren Nenner zu bringen, wurden in der Folge besondere Fragebogen herausgegeben, die später noch mehrfach ergänzt wurden und ihre äußere Form wiederholt wechselten. In dem Bestreben, dabei den vielfaphen Verschiedenartigkeiten gerecht zu werden, nahmen sie schließlich eine etwas umfangreiche und komplizierte Form an, die von der mit zahlreichen Enqueten belasteten Industrie nicht immer restlos begrüßt wurden.

Unter Verwertung dieser beim Wirtschaftsstab (Nachschubstab) des HWaA aus dem Reiche zusammenlaufenden Erkundungen entstand dort unter der Bezeichnung "Firmenliste" ein umfassendes Firmenverzeichnis aller für die deutsche Rüstung in Betracht kommenden Betriebe. Die hierbei für jeden Einzelbetrieb festgelegte Nummernbezeichnung bildete Grund-

A 084987

H2296-0610

lage für den gesamten, die Firmen betreffenden Schriftwechsel, der auf diese Weise unschwer zu tarnen war.

Gleichzeitig wurde das gesamte Erkundungsmaterial in eine "Zentral-Kartei" des Wirtschaftsstabes gesammelt und ausgewertet.

Das bald rasche Anwachsen des Erkundungs-Materials machte die Einführung einer übersichtlichen Ordnung desselben erforderlich. Dieses mußte bei allen Wirtschafts-Offizieren bis zu einem gewissen Grade übereinstimmen, um bei den häufig notwendig werdenden Verschiebungen der Bezirksgrenzen das Unterlagenmaterial gegenseitig austauschen zu können. Im allgemeinen fand folgende Untergliederung Anwendung:

1) eine Firmen-Kartei mit allen wichtigen Einzelangaben über die für die Rüstung als Haupt- oder Unterlieferant in Betracht kommende Industrie. Hierbei war auch die für den Kriegsfall vorgesehene Fertigung und die dafür noch zu schaffenden Voraussetzungen vermerkt;

2) eine Ortskartei, welche die in den verschiedenen Ortschaften des Bezirks ansässige Industrie nachwies;

3) eine Maschinenkartei zur raschen Erfassung aller rüstungswichtigen Maschinen eines Bezirkes, wie Revolver-, Dreh- und Ziehbänke, Automaten, Bohrmaschinen, Hämmer, Spezialmaschinen. Diese Kartei diente insbesondere für den im Mobilmachungsfall vorgesehenen Maschinenausgleich zwischen den verschiedenen Rüstungsbetrieben;

4) für jeden Betrieb wurde endlich ein besonderer Firmenakt geführt, in dem alle Unterlagen und der gesamte Schriftverkehr, der den Betrieb betraf, Aufnahme fand.

A 0041908

H2296-0611

Die Umlegung des Gesamtnachschubbedarfes auf die Summe der verfügbaren Arbeitsstätten hatte man militärischerseits ursprünglich als eine Aufgabe angesehen, deren sachverständigste und zweckmäßigste Lösung von der Industrie selbst zu erwarten war und hatte die "Stega" um deren Durchführung gebeten. Die Statistische Gesellschaft versuchte daraufhin die Aufschlüsselung durch ein sogenanntes "Stega-Programm" vorzunehmen. Dieses erwies sich jedoch bald als kaum durchführbar, da die Produktionsaufteilung zu schematisch und ohne genügende Berücksichtigung der regionalen Verschiedenartigkeiten industrieller Fertigungsstätten vorgenommen war. So war u.a. die Anfertigung Hunderter von Geschützrohren in Bezirken vorgesehen, welche keine der dafür benötigten Maschinen oder Anlagen besassen.

In der Folge wurde dann die Aufstellung der Fabrikationsprogramme von dem Heereswaffenamt selbst übernommen und in unmittelbarem Benehmen mit den Wirtschaftsoffizieren durchgeführt. So lief zunächst neben dem "Stega-Programm" noch ein vom Heereswaffenamt herausgegebenes "Notprogramm", das sich nur mit dem allerdringlichsten Bedarf (einzelne Arten von Heeresgerät und Munition) für eine beschränkte Zahl von Divisionen befaßte. Es folgten später dann noch ein "Grenzprogramm" für die außerhalb Innerdeutschlands liegenden Gebiete, je ein "Sonderprogramm für Luft- und Marinebedarf" und schließlich in je etwa einjähriger Folge ein Fabrikationsprogramm für unmittelbaren und eines für mittelbaren Nachschubbedarf.

Mit Rücksicht auf den großen Arbeitszeitbedarf für Berechnung und Kontrolle der rüstungswirtschaftlichen Mobil-

A 034989

H2296-0612

machungsplanungen konnten diese zunächst nicht - wie die Mobilmachungsarbeiten der Truppe - jeweils nur auf ein Mobilmachungsjahr abgestellt werden, sondern es wurden vielmehr Fünfjahrespläne zugrunde gelegt. Der erste Fünfjahresplan sollte bis 1933 den Nachschub für 16 Divisionen, der zweite bis 1938 den für 21 Divisionen festlegen. Wenn man dabei auch nach wie vor bestrebt war, die Kriegsfertigung in die weniger bedrohten Gebiete im Inneren Deutschlands zu verlagern, so zeigte sich doch bald, daß dieser Grundsatz bei wichtigen Teilen der Produktion nicht aufrecht zu erhalten war. Lagen doch fast die gesamte Kohlen- und Erzproduktion, wie auch wichtige Teile der Schwerindustrie in unmittelbarer Grenznähe. Aber auch in anderen Teilen der Rüstungsfertigung mußte der Grundsatz "Innerdeutschlands" umgestossen werden: So lag z.B. das Boschwerk, welches zu 95 % den deutschen Kraftwagenbedarf an Anlassern und Lichtmaschinen deckte, einige Kilometer vor der Westgrenze Innerdeutschlands.

Diese wehrwirtschaftlichen Gegebenheiten trafen sich mit der Annahme, daß Deutschland unter den herrschenden Verhältnissen nicht zur Durchführung eines länger dauernden Krieges befähigt war. Mit dieser Erkenntnis wurde eine raschestmögliche Anlieferung von Kriegsgerät in größtmöglichstem Ausmasse wichtiger, wie der Schutz der Produktion vor Kriegseinwirkungen auf lange Sicht. "Mich interessiert nicht" betonte Reichsminister G r ö n e r auf einer Stega-Tagung im März 1929 "was die Industrie erst nach langen Anlaufzeiten zu liefern vermag, sondern entscheidend ist vielmehr, was sie in der allerersten Zeit

A 084990

H2296-0613

herausbringen wird".

So wurde dann der Grundsatz rein innerdeutscher Bedarfsdeckung mit der Zeit dahin abgewandelt, daß die Grenzgebiete wohl nur in zweiter Linie für die Endfertigung heranzuziehen seien, wohl aber für die bestmöglichste Versorgung der deutschen Rüstungsindustrie mit Rohstoffen und Halbfabrikaten in Frage kämen. In der weiteren Entwicklung trat dann der Begriff " Innerdeutschland" immer mehr in den Hintergrund, um nach der Machtergreifung völlig zu verschwinden.

So ging dann - vornehmlich seit dem Frühjahr 1929 - Schwergewicht und Initiative immer offensichtlicher von den Regional-Kommissaren auf die Wirtschaftsoffiziere über, allerdings immer noch mit wiederholten Weisungen an die Wirtschaftsoffiziere, sich nach Möglichkeit mit den Organen der Stega zu verständigen. Die Wirtschaftsoffiziere sollten auch weiterhin die Regional-Kommissare von den Aufträgen des Heereswaffenamtes unterrichten, sich bei deren Durchführung unterstützen lassen und nach Auftragserledigung auch eine gleichzeitige Stellungnahme des Regional-Kommissars veranlassen.

Der erste Versuch die Wirtschaft selbst mit den Aufgaben der Aufrüstung zu betrauen, war aber im Großen mißglückt, da bei der Masse der Wirtschaft kein Interesse dafür bestand und die Geheimhaltungsbestimmungen eine großzügige Heranziehung ziviler Kreise verboten.

Als im Jahre 1928 das Truppenamt die personellen Mob-Arbeiten auf eine neue Grundlage stellte, trat das Heereswaffenamt mit der Forderung hervor, auch die wirtschaftlichen

A 0[illegible]91

H2296-0614

Mob-Vorarbeiten auf eine neue Basis zu stellen und entsprechende fabrikatorische Vorbereitungen für den Kriegsfall zu treffen. Eine im November 1928 dem Reichswehrminister von Hauptmann T h o m a s vorgelegte Denkschrift über Zweck, Notwendigkeit und Umfang der wirtschaftlichen Aufstellungsvorarbeiten (s.Anl.II,1) zeigt, daß bereits damals die später zur Durchführung gebrachten Grundlagen für eine wirtschaftliche Mobilmachung klar erkannt waren. Die außen- und innenpolitische Lage gestattete ihre Ausführung im Großen aber zunächst nicht. Trotzdem wurden in den Jahren 1928-33 doch bereits erhebliche Schritte getan zur Verstärkung der materiellen Wehrkraft, wie z.B. der Neubau getarnter Munitionsbetriebe, die Erweiterung der Pulver- und Sprengstoffbetriebe, die vom HWaA betriebene Übernahme der Borsigwerke in Tegel durch die Firma Rheinmetall und die Errichtung von Erprobungsstätten für neuartige Geräte wie Flugzeuge, Tanks, Nachrichtengerät usw.

Wenn der späteren großen Aufrüstung gegenüber diese Maßnahmen als geringfügig und ungenügend erscheinen mögen, so darf nicht vergessen werden, daß an keiner der leitenden Regierungsstellen Interesse für diese Arbeiten bestand, daß Mittel hierfür nur in geringstem Umfange bewilligt wurden und daß die Maßnahmen unter größter Geheimhaltung und meist auf eigene Verantwortung der Männer des HWaA erfolgten und teilweise sogar aus " gesammelten schwarzen Mitteln" finanziert wurden. Eine Deckung für diese Arbeiten zu übernehmen, war weder der Reichswehrminister noch eine andere Regierungsstelle bereit. Umso höher müssen der Wille zur Tat der Offiziere des HWaA und ihre Leistungen in der da-

A C04992

H2296-0615

maligen Zeit bewertet werden.

Eine in der Anlage II,2 beigefügte kurze Denkschrift des Heereswaffenamtes über die Leistungsfähigkeit der deutschen Kriegsindustrie im Mob-Fall zeigt, wie weit Ende 1929 diese Vorarbeiten gediehen waren.

Anlage II,3 gibt einen Einblick über die rüstungswirtschaftliche Lage aus der die Aufrüstung im Jahre 1933 ihre Entwicklung nahm.

A 084993

H2296-0616

III.

Der Aufbau der Wehrwirtschaftsorganisation nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Die Richtlinien, die von der neuen Reichsregierung durch den Reichskriegsminister von B l o m b e r g für den Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht erlassen wurden, zeigten, daß die Regierung gewillt war mit dem alten System der Vorsicht und Geheimhaltung in allen Landesverteidigungsfragen zu brechen und den Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht offen und tatkräftig zu betreiben.

Damit war auch für das wehrwirtschaftliche Gebiet der Termin gekommen, die bisher im Geheimen betriebenen und zum Teil nur in theoretischen Arbeiten festgelegten Vorbereitungen in die Praxis umzusetzen und erstmalig eine planmäßige wirtschaftliche Mobilmachungsvorarbeit zu schaffen. Hierfür war zunächst eine entsprechend vorgebildete Organisation erforderlich.

Bisher bestand hierfür im Heer nur der Wirtschaftsstab des Heereswaffenamtes mit seinen Außenstellen, den Wehrwirtschaftsoffizieren bei den Wehrkreiskommandos; bei der Kriegsmarine ein kleiner Stab unter Kapitän G ö h l e der ebenfalls einige Außenstellen bei einzelnen Wehrkreiskommandos eingerichtet hatte.

Es war selbstverständlich, daß diese kleine Organisation nicht in der Lage war, die beiden sich jetzt ankündigenden großen wehr- und rüstungswirtschaftlichen Aufgaben : "Aufrüstung"und "wehrwirtschaftliche Mobilmachung " zu lösen.

A 004994

H2296-0617

Dazu kam, daß durch die Schaffung eines neuen Wehrmachtteiles, der Luftwaffe, ein dritter militärischer Bedarfsträger der Wirtschaft gegenüber auftrat und daß die Schaffung einer zentralen Führungsstelle auf wehrwirtschaftlichem Gebiet für die Gesamtwehrmacht immer notwendiger wurde. Dieser Wunsch wurde sowohl seitens der Wirtschaft als auch seitens des Heeres und der Marine immer dringlicher vorgebracht, nachdem die Luftwaffe ihre materiellen Beschaffungsaufgaben aus dem Rahmen des Heereswaffenamtes herausgenommen und ein eigenes Amt dafür aufgezogen hatte. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe ging bei seinen Maßnahmen für den materiellen Aufbau der Luftwaffe und für die wirtschaftliche Mobilmachung seiner Betriebe betont eigene Wege, weil er den Weg des HWaA für zu bürokratisch hielt und sich von einer Führung durch das Reichskriegsministerium bezw. durch das HWaA freimachen wollte. Das Beispiel der Luftwaffe wirkte sich auch sehr bald auf die Kriegsmarine aus, sodaß in kurzer Zeit von Seiten der Wehrmacht drei Bedarfsträger gegenüber der Wirtschaft auftraten, die sowohl ihre Beschaffungsvorhaben für die Aufrüstung wie ihre Mobilmachungsvorbereitungen in Konkurrenz bei der Wirtschaft unterzubringen suchten. Dieses Nebeneinander der drei Wehrmachtsteile mußte sich in der Wirtschaft sehr unerfreulich auswirken und erweckte den Gedanken auf Schaffung eines Wehrmachtrüstungsamtes, der früher schon einmal von dem Chef des Stabes des HWaA, Oberstleutnant T h o m a s , vorgebracht worden war. Die Nebeneinanderarbeit verschärfte sich bei dem Wunsch eines schnellen Aufbaues, der alle drei Wehrmachtteile beseelte, so schnell, daß die Wehrmacht-

A 004995

H2296-0618

teile sich Anfang 1934 bereit fanden, über die Möglichkeit der Gründung eines Wehrmachtrüstungsamtes zu sprechen. Die Verhandlungen blieben ergebnislos. Hierauf forderte der Chef des HWaA, General d. Inf. L i e s e, der die Mobilmachungs- und Aufrüstungsarbeiten des HWaA sehr förderte, in einer Denkschrift an den Herrn Chef der Heeresleitung eine schnelle Regelung dieser Frage und machte den Vorschlag, daß für den Frieden das HWaA als federführende Dienststelle für das im Kriege zu bildende Wehrmachtrüstungsamt bestimmt wird und daß im Mobilmachungsfall die Bildung eines Wehrmachtrüstungsamtes vorgesehen wird. (Denkschrift siehe Anlage III,1). Auch dieser Vorschlag fand aus Ressortbedenken nicht die Billigung der drei Wehrmachtteile. Besonders die Luftwaffe lehnte die Zusammenfassung aller Rüstungsbelange der Wehrmacht ab, weil sie die Luftrüstung als eine Sonderangelegenheit der Luftwaffe betrachtete und weil sie dem Reichskriegsminister möglichst wenig Einblick in ihre Maßnahmen geben wollte. Da man aber zu einer Lösung kommen mußte, entschloß sich der Reichskriegsminister im Herbst 1934 zu einer Notlösung, zur Gründung einer zentralen wehrwirtschaftlichen Führungsstelle für die Gesamtwehrmacht, die den Namen " Wehrwirtschafts- und Waffenwesen" führen sollte. Seitens des Chefs des Wehrmachtamtes, des Generals von R e i c h e n a u, war vorgesehen, die neue Dienststelle "Chef der Wehrmachts-Rüstung" zu benennen und ihr entsprechende Befugnisse zu übertragen. Durch Widerspruch der Wehrmachtteile kam es leider nicht zu dieser Organisation, sondern es würde eine in ihren Befugnissen stark ein-

A 084996

H2296-0619

geschränkte Dienststelle " Das Wehrwirtschafts- und Waffenwesen" geschaffen, die mangels jeder Befehlsgewalt nie in der Lage sein konnte, die Wehrmachtrüstung so zusammenzufassen, wie es den Erfordernissen entsprochen hätte. Die Dienststelle wurde mit dem 1. November 1934 eingerichtet und dem Oberst T h o m a s , bisher Chef des Stabes des HWaA, übertragen. Die für diese Dienststelle vorgesehene Dienstanweisung (siehe Anlage III,2) wurde wiederum zum Handelsobjekt mit den Wehrmachtteilen und zeigt in ihrer endgültigen Abfassung alle Anzeichen einer Behelfslösung. Wenn in dieser Dienstanweisung auch die Wehrmachtteile angewiesen wurden, ihre Rüstungsmaßnahmen dem Reichskriegsminister zu melden und sie in enger Verbindung mit dem Wehrwirtschafts- und Waffenwesen durchzuführen, so bestand doch die Tatsache, daß das Wehrwirtschafts- und Waffenwesen keine Befehlsbefugnisse hatte und seine Forderungen nur auf dem Verhandlungsweg durchführen konnte. Dazu kam, daß der Reichskriegsminister es vermeiden wollte, mit dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe in Differenzen zu kommen, sodaß der Widerstand, der gerade von dieser Seite aus kam, immer nur auf dem Verhandlungsweg beseitigt werden konnte. Bei den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtteile bestand der Wunsch, die Verantwortung für die Aufrüstung ihres Wehrmachtteiles, die ihnen der Führer übertragen hatte, allein zu tragen und sie suchten die Mitarbeit des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens nur dann , wenn ihnen Schwierigkeiten erwuchsen, die vom Wehrmachtamt beseitigt werden sollten. Auch die

A 084997

H2296-0620

OFFICE OF U.S. CHIEF OF COUNSEL

APO 124A U.S. Army

14, Jan. 1947

Upon return of Exh. No. USA 35 from photostating (from 8 Oct. ' 46 to 8 Jan. ' 47) the following sheets were found missing: Front page, and pages 7 through 12.

Attention of Mr. Niebergall, Chief of Document Division has been called to it by Mr. Reymon.

H2296-0621

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 16 July 1948

I certify that Document Number 2353-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-35 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (102447)

H2296-0622

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 2353-PS No. USA-35 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C.

Nuremberg, 23 June 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H-2296

USA 35

2353-PS

USA 35

H2296-0623

H2296-0623A

H2296-0624

H-2296

PS

German

PY-CHAN TEBOA HUNTINGTON LC 1262

USA-35

USA-35

H2296-0625